Geschichte der neuesten zeit 1815-1885

Konstantin Bulle

Geschichte
der
neuesten Zeit.

1815—1885.

Von

Constantin Bulle.

In vier Bänden.

Zweite, umgearbeitete und bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage
der Geschichte der neuesten Zeit (1815—1871).

Erster Band.
Von 1815 bis 1848.

Berlin,
Verlag von Leonhard Simion.
1888.

Druck von Leonhard Simion in Berlin SW.

Inhalt.

Fürsten und Völker der Heiligen Allianz.

Als mit Napoleons Sturze die Stürme sich legten, die ein Vierteljahrhundert hindurch Europa von einem Ende zum anderen durchbraust hatten, trat an Fürsten und Völker die Aufgabe heran ihre Beziehungen nach innen und außen auf neuen Grundlagen und im Geiste der neuen Zeit zu regeln. Die Wirkungen der französischen Revolution waren doch zunächst nur zerstörender Art gewesen. Gesunken waren vor dem Schlachtrufe der Freiheit und Gleichheit das unumschränkte Königtum und die Vorrechte der begünstigten Stände; aber die Versuche auf den neuen Prinzipien eine neue Lebensordnung der Völker zu begründen waren mißlungen. Aus dem Kampfe der widerstreitenden Interessen und Grundsätze war das Kaisertum hervorgegangen und hatte mit starker Hand die Idee des Staates gegenüber der auflösenden Kraft der freiheitlichen Bestrebungen zur Geltung gebracht. Aber eine Versöhnung der Gegensätze hatte es nicht erreicht. Wie es innerhalb der französischen Nation an die Stelle einer zügellosen Freiheit die ebenso ungezügelte Willkür gesetzt, so hatte es die Selbständigkeit der Nachbarvölker unterdrückt und ihnen unerbittlich das Joch der Fremdherrschaft auferlegt; wie es dort die Rechte des Bürgers, so hatte es hier die Rechte der Nationalität mit Füßen getreten und kein anderes Recht anerkannt, als das des Staates, der in seinem Begründer und Beherrscher verkörpert war. Diese Maßlosigkeit schuf sich selbst den Untergang. Gegen das Kaisertum erhoben sich vereint alle die Mächte, die es mittelbar oder unmittelbar sich unterworfen hatte. Die Feinde der Revolution, die vergeblich von dem Bändiger derselben die Rückgabe ihrer „legitimen" Rechte erwartet, die begeisterten Anhänger der Gleichheit und Freiheit, denen der Usurpator die guten wie die schlimmen Früchte ihres Sieges entrissen, die mißhandelten Völker, welche den Schatz ihrer Nationalität erst, da sie ihn verloren, recht zu würdigen gelernt hatten, sie alle standen zusammen um den gemeinsamen Gegner zu stürzen, und sie stürzten ihn. Aber nachdem sie dieses Ziel erreicht, trennten sich ihre Wege, und an die Stelle der Bundesgenossenschaft trat der Kampf der Bundesgenossen. Gegen die Forderungen der Mitstreiter erhob sich die Schar derer, welche die Erhaltung oder vielmehr die Erneuerung des Alten wollten. Ihr waren alle die zugewandt, die unter den Stürmen

Aufgaben der neuen Zeit.

Die Gegensätze.

Die Legitimität.

der Revolution Besitz und Vorrecht verloren hatten und nun Wiedereinsetzung in den vorigen Stand verlangten. Auch unter ihnen, den Fürsten, der Kirche, dem Adel, gab es wohl solche, die manches aus der neuen Zeit beizubehalten für recht und notwendig erkannten; aber im wesentlichen galt ihnen doch der Wirrwarr, zu dem die Ideen von 1789 geführt, als der beste Beweis für die Unhaltbarkeit derselben, und in diese Schlußfolgerung stimmten gar viele ein, die den großen Schlagworten, die über den Rhein herüberklangen, einst laut zugejauchzt hatten.

Die Romantik. In der öffentlichen Meinung war durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte eine doppelte Strömung hervorgetreten, die von verschiedenen Seiten her die erregten Gemüter in den Hafen der konservativen Grundsätze führte, die eine religiöser, die andere historischer Art. Je mächtiger die furchtbaren Ereignisse, die man erlebt hatte, jedem einzelnen das Herz in der Brust erschütterten, desto allgemeiner war das Gefühl der Abhängigkeit von einer höheren Macht wieder zum Durchbruch gekommen, und desto größer war die Zahl derer geworden, die vor den Irrungen und der Willkür des subjektiven Glaubens eine Zuflucht bei den Satzungen der Kirche suchten. Viele der verdientesten Patrioten der Freiheitskriege, die Stein, Niebuhr, Eichhorn, Arndt, Schenkendorf, Görres, folgten aus tiefer Überzeugung der orthodoxen Lehre ihres Bekenntnisses; zahlreiche bedeutende Männer aus protestantischen Kreisen ließen sich daran noch nicht genügen, sondern kehrten wie Friedrich Schlegel, Adam Müller, Zacharias Werner u. a. früher oder später in den Schoß der katholischen Kirche zurück. Bei vielen verband sich diese religiöse Stimmung mit der historischen. Die Erfahrung hatte gezeigt, zu welch entsetzlichen Zuständen es führe, wenn man unbekümmert um die geschichtliche Entwickelung und um die vorhandenen Gesellschaftsformen die Träume weltbürgerlicher Philosophen in die Wirklichkeit rufen wollte; durch die despotische Gleichmacherei der Republik und des Kaisertums war das Bewußtsein von der berechtigten Eigentümlichkeit der einzelnen Völker neu belebt; trotz der Ungunst der Zeiten hatte man mit Eifer begonnen, diese Eigentümlichkeit auch in der Vergangenheit zu studieren, und Sprache, Dichtung, Kunst, Verfassung, Rechtsleben, Geschichte zumal des Mittelalters zu erforschen. Die romantische Schule war entstanden und hatte die Herrschaft auf den verschiedensten Gebieten des geistigen Lebens erworben. Sie war ihrem innersten Wesen nach konservativ und den Ideen der Aufklärung feindselig abgewandt; allein sie war daneben doch zugleich national und insofern ein Bindeglied zwischen den Vertretern der Legitimität und denen des Liberalismus.

Der Liberalismus. Auch in dem letzteren waren die Keime zu großen Spaltungen vorhanden; neben der nationalen Richtung bestand immer noch die kosmopolitische. Aber fürerst war sie freilich unendlich schwach und durch die Begeisterung der Kriegsjahre selbst in die nationale Strömung hineingerissen; sie gewann erst dann an Stärke, als die Kluft zwischen den nationalen Liberalen und den nationalen Romantikern dadurch unaus-

füllbar wurde, daß diese mit fliegenden Fahnen in das Lager der Reaktion übergingen. Da konnte der kosmopolitische Liberalismus noch einmal eine große Herrschaft in den Gemütern gewinnen, obgleich ihm so wenig wie der Legitimität oder der Romantik die Zukunft beschieden war. Diese gehörte nur der Partei, die es verstand, das Recht der Nationalität mit den Prinzipien gesetzlicher Freiheit und Gleichheit zu verbinden; die Aufgabe, welche den Völkern Europas nach den napoleonischen Kriegen gestellt war, konnte nur die sein, nationale Staatengebilde auf der Grundlage konstitutioneller Verfassungen herzustellen.

Stimmung in Deutschland.

Ohne Zweifel lebte nach den Befreiungskriegen auch in dem deutschen Volke ein starkes Verlangen nach solcher staatlichen Einigung; aber wir sind im allgemeinen doch wohl geneigt, uns dieses Verlangen lebhafter und drängender vorzustellen, als es wirklich war. Es wird uns nicht leicht, uns in den unglaublich traurigen Zustand zurückzuversetzen, welchem der Friede von Paris ein Ende machte. Die Abschüttelung des Franzosenjoches, die Herstellung der alten Partikularstaaten war allein schon ein so unendliches Glück, daß die große Menge derer, welche die schweren Jahre der Fremdherrschaft erduldet hatten, über dem Erreichten ohne zu großes Widerstreben auf das Nicht-Erreichte verzichtete. Mit hellem Jubel wurden die heimkehrenden Fürsten nach langer Verbannung empfangen; mit heftigem Widerwillen vertauschten zahlreiche Bevölkerungen die Herrschaft des angestammten Regentenhauses mit der neuen Dynastie, der sie im Austausch zuerkannt waren; fast als selbstverständlich erschien es den meisten, daß die alten territorialen Abgrenzungen, welche die Franzosenzeit hinweggeräumt hatte, von Rechts wegen wieder hergestellt werden müßten. Kannten sie doch auch allesamt aus eigener Erfahrung keinen Zustand, der ihnen besseres geboten hätte; war das deutsche Volk doch schon seit unvordenklichen Geschlechtern des Segens einer wirklichen staatlichen Einheit verlustig; denn das deutsche Reich, das 1806 zu Grabe getragen war, hatte ja nur dem Scheine nach diesen Namen verdient. Und andererseits ließen sich an den neu gegründeten Bund, solange er noch nicht in Wirksamkeit getreten war, ja alle die Hoffnungen knüpfen, mit welchen vertrauensvolle Sehnsucht das Unbekannte auszuschmücken liebt. Als dann später die Enttäuschung kam, als die Thätigkeit des Bundestages sich einzig in der Unterdrückung freiheitlicher und nationaler Bestrebungen äußerte, da war in der großen Masse der Nation, die doch immer den Ausschlag giebt, die Abspannung zu groß um ein Aufraffen zu gestatten. Die schwere Zeit, welche man durchlebt hatte, schien kein anderes Bedürfnis zurückgelassen zu haben als das der Ruhe, der Erholung, des Genusses. Freilich fehlte es, zumal unter der Jugend, nicht an solchen, welche die Schmach dieses thatlosen Pflanzenlebens tief empfanden; die gewaltigen Leidenschaften, welche in den hoffnungsreichsten Tagen der Freiheitskriege die Brust der Völker durchlodert, die glänzenden Zukunftsträume, mit denen todesmutige Begeisterung die Kämpfenden entflammt, die Sterben-

den beglückt, die Trauernden getröstet hatte, sie zuckten auch jetzt noch nach und wollten nicht an ihre Nichtigkeit glauben; aber sie bildeten nicht das Gepräge der Zeit; sie waren das schmerzliche Vorrecht der kräftigeren, edleren Naturen; sie ermutigten, reizten, peinigten den, welcher an ihnen hing; aber sie vermochten nicht die Herzen der Masse zu erobern; sie waren nicht stark genug um die Folgen der geistigen und physischen Überanstrengung zu überwinden, die nach so gewaltigen Stürmen nicht ausbleiben konnten.

Stimmung im übrigen Europa.

Und das war nicht allein in Deutschland der Fall. Fast ausnahmslos begnügten sich die erschöpften Nationen mit dem negativen Gewinn, der Fremdherrschaft entledigt zu sein, und dachten nicht daran sofort mit Entschlossenheit die Bahn zu betreten, die sie zu nationaler Einigung und politischer Freiheit führen konnte. Selten wohl sind die Völker eines ganzen Erdteiles so einmütig bereit gewesen mit Bewußtsein auf ihre Ideale zu verzichten und sich willig der Leitung ihrer Machthaber hinzugeben, wie nach 1815. Das einzige, was sie verlangten, war ein verständiges, mildes Regiment; ja sie waren in der Stimmung als solches auch noch Willkürlichkeiten gelten zu lassen, die in minder ermatteten Zeiten für argen Despotismus wären angesehen worden. Der Bogen konnte scharf gespannt werden ohne zu springen; wenn und wo er doch sprang, da mußte den Völkern mehr, als Menschen ertragen können, zugemutet sein.

Hörte man freilich nur auf die Worte der Regierenden, so mußte man denken, das goldene Zeitalter werde wiederkehren. Und diese Worte schienen Glauben zu verdienen; denn unter den tonangebenden Fürsten befand sich keiner, dem nicht eine gewisse patriarchalische Gesinnung gegen seine Unterthanen eigen gewesen wäre. Da war zuerst Alexander, der russische Zar. Über dem Tage, der ihm die Krone aufs Haupt gesetzt, schwebte ein unheimliches Dunkel; der Weg zum Throne hatte ihn über die Leiche seines Vaters Paul I. geführt. Mochte er auch von der geplanten Ermordung zum voraus nichts gewußt haben, so hatte er doch die Früchte geerntet und hatte, vielleicht widerstrebenden Herzens, die Mörder belohnt. Über seine Seele hatte sich infolgedessen ein düsterer Schleier gelegt; er war tiefsinnig, schwärmerisch, mystisch geworden. Er hatte Verzeihung für ein schweres Unrecht von Gott zu erbitten und er hatte zugleich in dem eigenen Gewissen einen feindlichen Mahner niederzukämpfen. Das eine machte ihn weich, wohlwollend, zugänglich; das andere machte ihn scheu, argwöhnisch, schroff. So bewegte er sich in Extremen, ein Mann, dem das innere Gleichgewicht fehlte; aber es überwog doch zumeist die milde, schwermütige Stimmung; es überwog der Wunsch, durch ein gerechtes, christliches Regiment seine Herrschaft und ihren dunklen Beginn vor Gott, vor der Welt und vor sich selbst zu rechtfertigen. Die großen Wechselfälle seines Lebens, die Tage von Austerlitz und Friedland, von Moskau und Leipzig, mußten dieser religiösen Stimmung nachhaltige Nahrung verschaffen; zeigte sich doch sichtbar in ihnen der Finger des strafenden, aber auch des ver-

(Margin: Alexander I.)

zeihenden Gottes. So war ein böswilliger Despotismus von Alexander niemals zu erwarten; denn er fühlte beständig eine höhere Macht über sich; es fehlte ihm das, was allein den wahren Despoten macht, der Glaube an die eigene Straflosigkeit oder der Leichtsinn, der diesen Glauben hinwegspottet. Aber es fehlte freilich auch das, was allein den wahrhaft volksfreundlichen Fürsten macht: das offene Zutrauen, das gute Gewissen, die heitere Ruhe der Seele. Und je weniger diese Ruhe in ihm war, desto größeres Verlangen trug er sie um sich zu sehen. So wurde er ein aufrichtiger Freund des Friedens und ein entschiedener Feind der Revolution; so ging sein sehnlicher Wunsch dahin die Völker Europas gerecht und weise beherrscht zu sehen, aber nicht minder auch dahin jede Auflehnung rasch im ersten Keime zu ersticken. In der Wahl der Mittel konsequent zu sein beanspruchte er nicht: konnte die Ruhe eines Volkes durch die Erteilung einer Verfassung gesichert werden, so empfahl er die Verfassung; schienen Kanonen zweckmäßig um sie zu erzwingen, so war er auch für die Kanonen. Daß er daneben einen hohen Wert auf die sittlich-religiöse Beeinflussung der Völker legte und besonders in den ersten Jahren nach dem Friedensschlusse nicht allein die Bibelgesellschaften beförderte, sondern auch dem mystischen Zuge der Zeit jeglichen Vorschub leistete, entsprach seiner ganzen Lebensauffassung; aber es brachte ihn freilich auch in einen Gegensatz zu seinem eigenen Ruhebedürfnisse: er verkannte geraume Zeit hindurch, daß im Grunde doch derselbe Drang des Individuums sich zur Geltung zu bringen in den politischen Richtungen, die er bekämpfte, und in den religiösen, die er begünstigte, zu Tage trat. So ward er denn am Ende auch in diesem Punkte an sich selber irre.

Franz II.

Weit ausgeprägter noch als bei Alexander war das Verlangen nach unbedingter Ruhe bei „Franz dem Kaiser, unserm guten Kaiser Franz", des vielsprachigen Österreichs Herrscher. Der gemütliche Herr war das leibhaftige Phlegma. Er wollte gewiß niemandem zu nahe treten, aber niemand sollte auch ihm etwas zuleide thun, und das that unglücklicherweise jeder, der ihn in seiner Ruhe störte. Das Verfolgen an sich machte ihm keine Freude, aber wer sich nicht bedeuten lasse, so sagte man, den jage er weg, und wer sich unterfange mit ihm ringen zu wollen, den sperre er zeitlebens ein. Er war vollkommener Egoist. Ungemein treffend hatte ihn als Siebzehnjährigen schon sein Oheim Kaiser Josef ein verzogenes Mutterkindchen genannt, dem allein die Erhaltung seiner Person unendlich wichtig erscheine; kein edles moralisches Motiv, wie Ehrgeiz, Vaterlandsliebe, Pflichterfüllung, mache auf ihn Eindruck; nur Furcht und Scheu vor Verdrießlichkeiten beeinflusse ihn. Seine Unterthanen sollten daher thun und lassen, denken und glauben, was er wollte und verlangte. Wer neue Ideen in Umlauf brachte, der wurde schon dadurch sein persönlicher Feind. Befand er selbst doch bei den alten Zuständen sich ganz vortrefflich; wozu also Änderungen herbeiführen? „Es sind jetzt neue Ideen im Schwunge, sagte er 1821 zu den

Laibacher Professoren; Ideen, die ich nie billigen kann, nie billigen werde. Halten Sie sich an das Alte, denn dieses ist gut und unsere Vorfahren haben sich dabei gut befunden, warum sollten wir es nicht? Ich brauche keine Gelehrten, sondern brave Bürger. Die Jugend zu solchen zu bilden, liegt Ihnen ob. Wer mir dient, muß lehren, was ich befehle. Wer das nicht kann, oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen.“ Solchen Anschauungen entsprach es vollkommen, wenn er etwa einen höheren Offizier um Verzeihung bat, weil er ihn für den Verfasser eines militärischen Werkes gehalten, oder wenn er Gott dankte, daß Gentz und solche Leute keine geborenen Österreicher, sondern Ausländer seien. Große Gesichtspunkte fehlten ihm völlig; für Einzelheiten und Personalien hatte er die lebendigste Teilnahme. Die Stärke des Heeres bestimmte ohne ihn der Hofkriegsrat, aber die Befreiung des einzelnen Mannes vom Kriegsdienst mußte ihm selbst vorgelegt werden. Audienzen zu erteilen machte ihm unendliches Vergnügen; auf einer Reise in Italien empfing er 1825 etwa 20000 Personen. Dabei erwies er sich dann stets sehr leutselig und gewann durch seine gemütlichen Antworten in der Sprache des Volkes große Beliebtheit. Aufrichtiges Wohlwollen beseelte ihn freilich nicht; es war höchstens jene gutmütige Schwäche, die ganz gern anderen etwas zuliebe thut, wenn sie nur sich selbst dadurch kein Opfer auferlegt, verbunden mit einer kleinlichen Neugier nach den Privatangelegenheiten seiner Unterthanen. Das Spionier- oder Spitzelsystem wurde daher unter ihm zur größten Blüte gebracht und die Verletzung des Briefgeheimnisses war so selbstverständlich, daß Stein ohne weitere Bemerkung an Gneisenau schrieb: Ihren Brief erhielt ich durch die österreichische Post, also unzweifelhaft eröffnet, — daß Varnhagen meinte, es genüge daran zu denken, daß man in Österreich sei, um die Lust zum Schreiben und Empfangen von Briefen zu verlieren, — und daß ein toscanischer Minister sich weigerte, mit Österreich einen Postvertrag abzuschließen, weil man demselben kein Felleisen anvertrauen könne. Diese Spürsucht mußte mit innerer Notwendigkeit eine Saat von Mißtrauen ausstreuen; die Polizei wurde immer gewaltiger im Staate und über den Kaiser selbst; sie erstreckte ihre Aufsicht über die Geringsten und über die Höchsten; sie bestimmte über die Anstellung von Professoren und über die Residenz von Erzherzögen; sie zog eine chinesische Mauer gegen das Ausland; fremde Bäder war so gut verboten wie fremde Universitäten. Selbst in den Zeiten der dunkelsten Reaktion herrschte in Preußen noch Tageshelle, wenn man den dortigen Zustand mit Österreich verglich, und die preußische Staatszeitung, die man in Berlin verachtete, galt in dem Kaiserstaate für ein Wunder von Freisinn. Und dennoch blieb der gute Kaiser Franz der Liebling seines Volkes; die Wiener verträumten in behaglichem Wohlleben ihre politische Nichtigkeit und das bittere Wort behielt Recht, daß in Wien sich jede Revolution mit ein paar tausend gebackener Hähndeln beschwichtigen lasse.

Ein Liebling seines Volkes war auch der preußische König, Friedrich Wilhelm III. Schwere Zeiten nähern ja die Herzen derer, die sie zusammen erdulden. So hatten die trüben Jahre von 1806 bis 1812 um Herrscher und Beherrschte ein Band gewoben, das bis zum Tode des Königs in unverminderter Stärke aushielt. Und wirklich verdiente der schwergeprüfte Fürst aus vielen Gründen die Liebe seiner Unterthanen. Er war kein großer Geist; umgestaltende Neuerungen konnten ihm nur schwer annehmbar gemacht werden; kühne Entschlüsse vermochte er nur unter dem drückendsten Zwang der Verhältnisse zu fassen; großartige Charaktere waren ihm unbequem und beängstigend. Aber er besaß neben großem persönlichem Wohlwollen den Ruf vollkommener Ehrlichkeit; sein schlichtes Äußere war frei von der Gefallsucht des österreichischen Kaisers; sein Fleiß und seine Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung seiner Regentenpflichten minderten sich auch mit dem Alter nicht. Der politisch denkende Teil seines Volkes mochte zuzeiten Anstoß nehmen an den militärischen und theologischen Neigungen des Monarchen; er mochte es schmerzlich empfinden, daß die verheißene Verfassung immer länger auf sich warten ließ und endlich in durchaus ungenügender Weise ihre vorgebliche Erfüllung fand; der hohe Adel und die Umgebung des Königs mochten über seine wachsende Verdrießlichkeit klagen und widerwillig die Ausbrüche seiner Galle über sich ergehen lassen; aber das eigentliche Volk blieb von diesen Mißstimmungen unberührt: ihm war Friedrich Wilhelm der Gemahl der Königin Luise, das schuld- und wehrlose Opfer des rohen Korsen, der Urheber des Aufrufes vom 17. März 1813, der Gründer der Landwehr, der Freund und Förderer des Volksunterrichtes, der Zertrümmerer der Zollschranken, der gewissenhafte Arbeiter, der wohlwollende Fürst, der schlichte bürgerfreundliche Mann. Man hätte ihm so wenig etwas zuleide gethan wie einem persönlichen Freunde, und ebensowenig konnte man mit ihm grollen und schmollen. Seine Stellung zum Lande war weniger eine politische als eine persönliche. Man ertrug seine Schwächen, wie man die Schwächen eines Vaters erträgt, und man war einverstanden darüber, daß dieser Vater ein achtungswerter, sorgsamer und gerechter Fürst sei. Friedrich Wilhelm III.

Zwischen Friedrich Wilhelm und Alexander bestand ein sehr herzliches Verhältnis. Seit jener Novembernacht im Jahre 1805, wo sie am Grabe Friedrichs des Großen in der Garnisonkirche zu Potsdam sich ewige Freundschaft gelobt hatten, war freilich manche Wetterwolke zwischen ihnen aufgestiegen; Alexanders Haltung in Tilsit hatte wenig den schönen Worten entsprochen, mit denen er noch ein paar Wochen zuvor angesichts der vereinigten Heere den Freund umarmt hatte: Nicht wahr, wir fallen zusammen, keiner von beiden oder beide? Aber das, und Preußens Abfall nach Austerlitz, seine Teilnahme am Kriege von 1812, und was man etwa sonst einander vorzuwerfen hatte, war vergeben und vergessen: die Waffengemeinschaft von 1813 bis 1815 hatte die Erinnerung daran verscheucht, das häufige Zusammensein im Feldlager und in Verhältnis der drei Herrscher.

den Hauptstädten, bei Friedensschlüssen und Kongressen die persönlichen Bande noch enger gezogen; Gemeinsamkeit der Grundsätze und Gemeinsamkeit der Empfindungen gaben diesem Bündnisse die höhere Weihe; bald trat auch durch die Verlobung des Großfürsten Nikolaus mit des Königs Tochter Charlotte der gemütvolle Reiz enger verwandtschaftlicher Beziehungen hinzu. Dagegen stand Kaiser Franz diesem innigen Verhältnisse ziemlich fern; seine Verbindung mit den beiden Waffengenossen war ausschließlich politischer Art, und wenn der Vorteil es zu erheischen schien, so kostete es ihm keine Überwindung, sich sogar mit Frankreich gegen seine Alliierten zu verbinden, wie er das während des Wiener Kongresses bewiesen hatte, als Europa vor dem Schauspiel eines Krieges stand, der auf der einen Seite Rußland und Preußen, auf der anderen die übrigen Bundesgenossen und Frankreich sehen sollte. Innerliche Beziehungen zwischen Franz und seinen Vettern in Petersburg und Berlin gab es nicht, und nur mit zauderndem Mißbehagen unterzeichnete der österreichische Kaiser jene merkwürdige Urkunde der Heiligen Allianz, in welcher Alexander seine aufrichtigen Gefühle niederlegte und Friedrich Wilhelm den Kern seiner Anschauungen, wenn auch vielleicht in fremdartiger Hülle, wiederfand. Nach längeren Verhandlungen zwischen dem Zaren und Metternich, der dabei auch den König von Preußen vertrat, wurde das Aktenstück bei einer großen Truppenschau auf der Ebene von Vertus bei Paris am 26. September 1815 von den drei Monarchen vollzogen. Es wurde darin der Versuch gemacht, die Grundsätze der christlichen Religion zur Grundlage der Politik eines ganzen Erdteiles zu erheben. Die Unterzeichner erklärten, daß sie ihre Völker nur als Zweige einer und derselben christlichen Nation betrachten wollten, und luden sämtliche christliche Fürsten ein, sich ihrem Bunde anzuschließen; als Bevollmächtigte der Vorsehung wollten sie ihre Völker regieren; wie die Beziehungen der Staaten untereinander, so sollte die innere Verwaltung der einzelnen Länder nur auf die Vorschriften des Christentums, auf Gerechtigkeit, Liebe und Frieden gegründet werden; wie Brüder wollten die Fürsten unter sich verkehren, wie Familienväter ihren Unterthanen gegenüber stehen. Es war das Programm einer neuen Zeit, das so der Welt verkündet wurde; es war gleichsam die Summe der Lehren, die ein Vierteljahrhundert voll Haß und Blut dem Menschengeschlechte gepredigt hatte. Aber zu ernsthafter praktischer Bedeutung zu gelangen, war der seltsamen Urkunde nicht beschieden: niemals ist dieses „lauttönenden Nichts“, wie Metternich versichert, späterhin in den Verhandlungen der Kabinette wieder Erwähnung gethan. Die öffentliche Meinung Europas maß ihm freilich gar bald einen großen Anteil an alle den Bestrebungen bei, die auf die Unterdrückung der freiheitlichen Entwicklung abzielten. Aber auch dieses Verdammungsurteil entsprach keinesfalls der Stimmung, aus welcher die Unterzeichnung hervorging. Weder Alexander, der im privaten Gespräch aufrichtig beteuerte, friedlich für die Verbreitung liberaler Ideen wirken zu können sei das einzige, was dem Leben für ihn einigen Wert

Die Heilige Allianz.

verleihe, noch der König von Preußen, der wenige Monate vorher seinem Volke eine Verfassung verheißen um ihm ein Pfand seines Vertrauens zu geben, gedachte damals mit schönklingenden Worten ein trügerisches Spiel zu treiben und absolutistische Neigungen unter dem Deckmantel christlicher Frömmigkeit zu verbergen. Wenn sie ihre Völker als Väter zu lenken versprachen, so wollten sie damit die Liebe und Sorgfalt bezeichnen, die sie ihnen schuldig zu sein überzeugt waren; sie wollten nicht damit sagen, daß sie dieselben für unmündige Kinder hielten, denen kein Anteil an der Ordnung ihrer Geschicke verstattet werden könne. Und daß es ihnen Ernst war mit der Versicherung sich gegenseitig als Brüder zu behandeln und in friedlicher Vereinbarung etwa ausbrechende Streitigkeiten zu schlichten, dafür zeugte die in Paris getroffene Abrede, laut deren sie teils selbst von Zeit zu Zeit zusammenkommen, teils ihre Minister zusammentreten lassen wollten um zu erwägen, wie man die Ruhe und Wohlfahrt Europas am sichersten fördern könne. Auch dieser in seinem Ursprunge vortreffliche Vorsatz hat sich nachher zum Bösen gewendet, und viel Leid und Unheil ist durch die Kongresse von Aachen bis Verona über die Völker Europas gebracht worden. Als er der Welt bekannt wurde, mußte er doch den einstimmigen Beifall aller Verständigen finden. Denn kaum zu irgend einer Zeit mag das Gefühl der Gemeinsamkeit der Interessen die Nationen Europas gleichmäßiger und stärker durchzogen haben als damals, wo sie fast ausnahmslos zusammengestanden hatten um das Joch des Eroberers abzuschütteln, und wo auf dem Wiener Kongresse in einer großen Friedensakte das Geschick des ganzen Erdteils neu geordnet und ein neues europäisches Staatenrecht geschaffen war. Die Kongresse.

Die romanischen Völker.

Nur Frankreich mußte sich in diesem großen Völkerbunde sehr vereinsamt fühlen. Es war von seiner Höhe als Herrscherin hinabgestürzt und in schmerzlichem Gegenschlag gleichsam unter die Vormundschaft Europas gestellt. Fünf Jahre lang sollten die Truppen fremder Mächte seinen Boden bewachen und das Herrscherhaus beschirmen, das nichts gelernt und nichts vergessen hatte. Aber auch in Frankreich war das Ruhebedürfnis groß, ja größer vielleicht als irgendwo sonst in Europa. Ein Land, das in den letzten zehn Jahren $2\frac{1}{2}$ Millionen seiner Söhne auf den Schlachtfeldern verloren und fünf Milliarden in ungerechten Kriegen vergeudet hatte, durfte wohl nach schweren Niederlagen in eine Schlaffheit versinken, an der nur die racheburstigen Heißsporne der bourbonischen Sache keinen Anteil hatten. So schmerzlich es diesen war, daß Alexanders Wille den König zwang ein konstitutionelles Regiment zu führen, so konnten sie sich doch bald überzeugen, daß es nur von ihnen abhänge, die Verfassung zum toten Buchstaben zu machen. Denn gleich die ersten Wahlen zur Volksvertretung (im August 1815) ergaben Frankreich.

eine Kammer, von der selbst der König eingestand, sie habe ihm unfindbar geschienen, und die daher in der Geschichte den Ehrennamen der „unfindbaren“ (chambre introuvable) führt. Der Monarch und sein Ministerium hatten dieser Landesvertretung gegenüber keine andere Aufgabe als ihre Dienstwilligkeit in Schranken zu halten. Die Neigung dazu durfte man sowohl bei Ludwig XVIII. wie bei seinem ersten Minister, dem Herzog von Richelieu, voraussetzen. Der König war zwar nichts weniger als ein überzeugungstreuer Liberaler; das konnte man nach seinen Lebenserfahrungen auch nicht verlangen. Aber wie er beim Nahen der Revolution mit freisinnigen Grundsätzen geliebäugelt hatte, so ward ihm auch jetzt das Eingehen auf gemäßigt liberale Einrichtungen nicht schwer. Es lag ihm am Herzen seine Herrschaft zu befestigen; noch einmal in seinem Alter das Brot der Verbannung zu essen war der schreckhafteste Gedanke, der ihm vor die Seele treten konnte. Überzeugte man ihn — und er war sehr geneigt, das zu glauben —, daß eine milde konstitutionelle Regierung dieser Gefahr am dienlichsten vorbeuge, so war die Sache für ihn entschieden. Aber freilich waren und blieben seine Triebfedern durchaus eigensüchtiger Art: Opfer und Anstrengungen durfte man von ihm nicht verlangen. Schwerfällig an Körper und Geist, war er mit dem Ratgeber am besten zufrieden, der ihm unangenehme Aufregungen am geschicktesten fern hielt; wer das nicht vermochte, der mußte darauf gefaßt sein sich durch eben die Personen verdrängt zu sehen, vor deren Ungestüm er den König nicht hatte schützen können und die der Monarch deshalb lieber durch Nachgiebigkeit beschwichtigte als durch ferneren Widerstand reizte. Bei der Rückkehr nach Paris hatte der König Talleyrand als Minister von Gent mitgebracht und Fouché unter seine Ratgeber aufgenommen. Der eine wie der andere war den echten Royalisten gründlich verhaßt, den fremden Mächten äußerst verdächtig; aber man duldete sie für einige Wochen im Amte um durch ihren Arm die ersten Verfolgungen der Bonapartisten vollstrecken zu lassen. Kaum jedoch war durch den Ausfall der Wahlen der Erweis erbracht, daß man dieser Männer zur Niederhaltung feindlicher Parteien nicht bedürfen werde, so mußten sie das Feld räumen, und Ludwigs Wahl fiel nun nach Alexanders Rat auf Richelieu. Dieser hatte während der Revolution und des Kaiserreiches in Rußland gelebt und sich als Statthalter von Odessa Erfahrung und Beliebtheit erworben. Alexander empfahl ihn, weil er wußte, daß er an ihm einen Mann habe, der ganz in seinem Geiste wirke. Ein höchst achtungswerter Charakter mußte auch in Frankreich dem ersten Ratgeber der Krone bei allen Verständigen Ansehen und Geltung verschaffen; vor allem war seine strenge Uneigennützigkeit in dem Lande der Talleyrand und Fouché eine seltene Eigenschaft; daß ein Minister, dem bei seinem Rücktritte ein Ehrengeschenk bewilligt wurde, dessen ganzen Betrag milden Anstalten überwies, war in Frankreich lange nicht dagewesen. Unglücklicherweise aber war Richelieu des Königs doch nicht in dem Maße sicher, daß er das Ge-

Ludwig XVIII.

Das Ministerium.

Übergewicht der Ultras.

baren der extremen Legitimisten, der sogenannten Ultras, in den rechten Schranken hätte halten können. Am Hofe selbst arbeitete ihm des Königs Bruder und Nachfolger, Graf Artois, entgegen, dessen Residenz im Pavillon Marsan der Sammelpunkt aller Reaktionäre wurde; im Ministerium hatte er mit Vaublanc zu kämpfen, der einst Jakobiner, dann Bonapartist, jetzt ein leidenschaftlicher Ultra, einige der anderen Minister auf seiner Seite zu haben pflegte. Diesen schlossen sich unter den Pairs und Abgeordneten Männer wie Polignac und Labourdonnaye, Bonald und Chateaubriand an; auch die übrigen Mitglieder der königlichen Familie machten in Artois' Sinn ihren Einfluß auf den König geltend, und ihrem vereinten Bemühen gelang es, unter Hinweis auf die Stimmung der Kammer, den Monarchen zu Maßregeln zu verleiten, die um so thörichter waren, als die Parteien, gegen welche sich ihr Zorn richtete, die Republikaner und die Bonapartisten, ohnedies machtlos am Boden lagen. Durch die Erschießung des Marschalls Ney und des Obersten Labedoyère, die bei der Rückkehr Napoleons von Elba sich diesem wieder zugewandt hatten, durch das Todesurteil, das man über Flüchtlinge aussprach, ohne es vollstrecken zu können, durch zahlreiche Verbannungen reizte man das Heer, in welchem persönliche Zuneigungen für die Helden des Kaiserreiches, die Träger des nationalen Ruhmes, natürlich weit verbreitet waren. In dem Hasse gegen Napoleon ließ man einzelne Präfekten so weit gehen, daß sie sein Bild verbrannten; einer schloß in das Autodafé auch noch einen lebendigen Adler ein; wieder ein anderer schüttete die Asche des „Menschenfressers“ in die Loire. Die Absetzungen von Beamten wurden immer massenhafter; in einzelnen Departements erreichte ihre Zahl 6—700; in der Isère und Aude wurden allein je 300 Maires ihrer Posten beraubt. Durch die Sicherheitsgesetze, welche im Oktober 1815 der Regierung auf die Dauer eines Jahres die größten Vollmachten gegen alle politisch Verdächtigten gaben, wurde die persönliche Freiheit derart gefährdet, daß man sagte, die eine Hälfte Frankreichs habe dadurch das Recht erhalten die andere Hälfte nach Belieben verhaften zu können; zur Bestrafung aufrührerischer Rufe und Handlungen wurden besondere Gerichte, nach Art der Kriegsgerichte, eingesetzt. Über den Besitzern der Güter, welche in der Revolution eingezogen waren und die natürlich zum großen Teil schon ihre Eigentümer gewechselt hatten, schwebte beständig das Damoklesschwert der Einziehung. Die Geistlichkeit wurde in jeder Weise begünstigt; der ganze Hof, der greise Monarch voran, zog in Prozession durch die Straßen des spottlustigen Paris; Artois trat an die Spitze eines strengkatholischen Vereines, der Kongregation, der seine Fühlfäden über das ganze Land erstreckte und für Gläubige wie für Ungläubige, sofern sie nur zu heucheln verstanden, als Leiter zu Macht und Ansehen diente. Zu entsetzlichen Greueln führte der Religionseifer in den südlichen Provinzen, besonders in der Stadt Nimes, wo nur der Anmarsch österreichischer Truppen der mörderischen Verfolgung der Protestanten ein Ziel setzte. Alle besiegten Parteien waren gleichmäßig der

Rache der Unversöhnlichen Preis gegeben. Die Verhaftungen wurden so zahlreich, daß sie schon Ende August 1815 etwa 70000 betrugen; noch eifriger betrieb man die polizeiliche Überwachung; der Marschall Maison rühmte sich dieselbe in einem Vierteljahr nur in Paris über 20000 Personen verhängt zu haben. Bei einem solchen Regiment mußte auch dem Geduldigsten die Geduld vergehen. Schon in der ersten Hälfte des Jahres 1816 kam es zu Verschwörungen und Aufstandsversuchen in Grénoble und Paris, 1817 auch in Lyon. Diese zu unterdrücken war freilich nicht schwer; aber die allgemeine Unzufriedenheit und die Abwendung der liberalen Partei von den Bourbonen rückgängig zu machen war schwerer. Ludwig XVIII. hatte Einsicht genug um zu erkennen, daß er sich auf eine falsche Bahn habe locken lassen. Richelieus Einfluß gewann wieder an Stärke. Als Vaublanc und die Ultras im Jahre 1816 die Verfassung ändern und statt jährlich $^1/_5$ der Deputierten austreten zu lassen eine fünfjährige Wahlperiode für die ganze Kammer einführen wollten, — ein Vorschlag, der ihnen die Dauer der chambre introuvable bis 1820 sichern und die Gefahr, daß bei jeder Neuwahl regierungsfeindliche Mitglieder einträten, beseitigen sollte, — da verweigerte der König die Zustimmung, gab vielmehr Vaublanc im Mai seine Entlassung, löste vornehmlich auf Betreiben des Polizeiministers Decazes, eines äußerst geschmeidigen und bei ihm in höchster Gunst stehenden Mannes, im September die Kammer ganz auf und gab Richelieu neue Kollegen, mit denen er besser übereinstimmte. Nicht ohne Einfluß auf diesen verständigen Schritt waren wohl die oft wiederholten Mahnungen Wellingtons gewesen, der sehr freimütig dem Könige gegenüber das Verhalten der Ultras und ganz besonders der königlichen Prinzen tadelte. Aber auch Alexander hatte ihn durch ein Handschreiben dazu ermutigt und dann, gleichsam zur Belohnung, eine Note der Großmächte vom 10. Februar 1817 veranlaßt, welche die längst erbetene, aber bisher von Wellington bekämpfte Verminderung der Besatzungsarmee um 30000 Mann zusagte und ausdrücklich hervorhob, wie sehr die Grundsätze des Ministeriums und besonders des Herzogs von Richelieu den Entschluß zu diesem Schritte erleichtert hätten. Daß auch das Land die liberale Wendung mit Freuden aufnahm, begreift sich; die Neuwahlen ergaben eine gemäßigte Kammer, in welcher das Ministerium eine sichere Majorität von 60 Stimmen hatte, und ein neues, übrigens durchaus konservatives Wahlgesetz, welches das Wahlrecht an das 30. Lebensjahr und 300 Franken direkter Steuern knüpfte, erhöhte noch die Beliebtheit der Regierung und besonders des Ministers Decazes, der in derselben fortan neben Richelieu die Hauptrolle spielte. Auch die entschieden Liberalen, die sog. „Unabhängigen" (Independenten), die freilich damals in der Kammer nur 12 Sitze hatten, die aber in jedem Jahre bei der Fünftel-Erneuerung an Zahl und Einfluß wuchsen, schenkten dem Ministerium mit Zurückdrängung manches berechtigten Wunsches ihre Unterstützung.

Sieg der Gemäßigten.

So konnte man also von Frankreich wohl sagen, daß es nach kurzem

und verderblichem Irrwege eine Bahn eingeschlagen habe, die, fest innegehalten, zum Heile des Landes führen mußte. Ein aus ehrenhaften Männern bestehendes Ministerium, eine gemäßigt freisinnige Politik, eine weise, patriotische Bescheidung der liberalen Partei — das waren Elemente, welche die von der Zeit so sehr gewünschte und ihr so dringend nötige Ruhe zu verbürgen schienen.

In den anderen romanischen Ländern stand es nicht so gut. Portugal befand sich in einer ganz widernatürlichen Lage. Das von Napoleon abgesetzte Haus Braganza hatte zwar dem Namen nach wieder den Thron bestiegen; allein die wahnsinnige Königin Maria und ihr Sohn, der bis zu ihrem Tode im März 1816 als Prinz-Regent, dann als König Johann VI. herrschte, weilten noch in Brasilien, und alle Macht befand sich in den Händen des Engländers Beresford, der sich als Oberbefehlshaber des Heeres durch seine Begünstigung englischer Offiziere und englischer Handelsinteressen großen Haß zuzog. Von der früheren Hinneigung zu England war aus guten Gründen keine Spur mehr im Lande zu finden. Man sah und fühlte jetzt, wie eigennützig die britische Regierung die Schwäche des Hofes ausgebeutet hatte um auf Kosten des portugiesischen Volkes sich die ungeheuerlichsten Vorrechte auszubedingen; selbst der Handel Brasiliens mit dem Mutterlande war dadurch in den ärgsten Verfall geraten und betrug noch einige Jahre später kaum den dritten Teil dessen, was er 1806 betragen hatte. Beresford, ein stolzer und herrischer Mann, mißachtete hochmütig das üble Verhältnis, in dem er zu Heer und Volk und Regierung stand; eine Militärverschwörung, von der er Anfang 1817 Kunde erhielt, ließ er noch monatelang gewähren, um sie dann mit barbarischer Strenge zu unterdrücken; denn keinem anderen als ihm fiel die Verantwortlichkeit zu, wenn man die Verurteilten nacheinander erdrosseln, enthaupten und verbrennen ließ. Das Volk betrachtete sie als Märtyrer, und über dem Bilde des Vornehmsten, des Generals Freire de Andrade, schlossen wenige Monate später vorsichtigere Männer einen neuen Geheimbund. Der Zündstoff war so reichlich aufgespeichert, daß der erste Funke einen gewaltsamen Ausbruch herbeiführen mußte.

Portugal.

Vielleicht noch schlimmer sah es in Spanien aus. Der Ruhm, mit welchem seine Bewohner sich in dem Kriege gegen Napoleon und seinen Bruder Josef bedeckt, die Verdienste, welche sie durch ihren hartnäckigen Widerstand sich um ganz Europa erworben, die Treue gegen das Königshaus und die Liebe zur Freiheit, von der sie so zahlreiche und glänzende Beispiele gegeben hatten, alles das berechtigte zu frohen Hoffnungen für die Zukunft des Landes. Allein die Grunderfordernisse zu einem glücklichen Staatsleben fehlten trotzdem. Das Volk war in zwei schroff gesonderte Parteien zerspalten, deren einziger Bindepunkt der Haß gegen den Fremden gewesen war. Auf der einen Seite stand die Geistlichkeit, welche mit Leidenschaft an den verrotteten Einrichtungen der vorjosefinischen Zeit festhielt; auf der anderen Seite die Liberalen, die

Spanien.

Die Parteien.

alles Heil in den Grundsätzen der französischen Revolution suchten und als ihr Banner die Verfassung von 1812, das Werk der Cortes von Cadiz, erhoben. Beide Parteien waren stark, beide unnachgiebig und eigenwillig. Die Klerikalen verlangten Inquisition und Jesuiten, Censur und Steuerfreiheit der Geistlichkeit; die Liberalen schwuren auf ihre Konstitution von 1812 wie auf ein Evangelium und hatten in sie die Bestimmung aufgenommen, daß sie während der nächsten 8 Jahre in keinem Punkte geändert werden dürfe. Zwischen diesen Gegensätzen hindurch zu lavieren, war eine Aufgabe, die zu lösen dem größten Staatsmanne schwer, vielleicht unmöglich gewesen wäre. Und was für ein Mensch fand sich in Wirklichkeit ihr gegenübergestellt? Ferdinand VII., der jetzt aus der französischen Gefangenschaft zurückkehrte, hatte schon in den Wirren mit seinem Vater und in den Verhandlungen mit Napoleon, die ihm den Thron kosteten, seine ganze Jämmerlichkeit gezeigt. Grausam und feig, stumpf und genußsüchtig, faul und argwöhnisch, besaß er auch nicht den leisesten Anflug der Eigenschaften, die zu seiner schweren Aufgabe nötig waren. Zwischen den Parteien zu vermitteln war ein Gedanke, der ihm nicht von fern in den Sinn kam. Ohne Widerstreben warf er sich den Klerikalen in die Arme, die nichts Eiligeres zu thun hatten, als durch den Marquis von Mataflorida und 70 andere Cortesmitglieder einen Staatsstreich, durch ihr Preßorgan „den Galgen ohne Recht und Spruch" für die Liberalen zu verlangen. Bereitwillig hob der König am 4. Mai 1814 die Konstitution von 1812 auf; noch ehe er in Madrid einzog, wurden die Mitglieder der Regentschaft, die Minister, die liberalen Parteiführer verhaftet, um nach mehrmonatlichen Quälereien ohne Angabe eines Grundes für 6—8 Jahre in die Klöster, die Festungen oder die afrikanischen Presidios gesperrt zu werden. Keine Verdienste konnten vor der schmählichsten Behandlung sichern; die Verteidiger von Saragossa, die Helden des Unabhängigkeitskrieges waren so gut den Verfolgungen ausgesetzt, wie die Anhänger der Franzosen, die Afrancesados oder Josefinos. Alle Beamte, die von den Cortes Stellen angenommen, wurden abgesetzt; alle Anhänger des Königs Josef auf 20 Stunden von der Hauptstadt verbannt, etwa 10000 von ihnen des Vaterlandes und Eigentums beraubt; in den Kerkern der Inquisition schmachteten schon 1816 über 50000 Gefangene. Den Käufern der eingezogenen Kirchengüter wurde nicht bloß ihr Eigentum genommen, sondern noch eine Geldstrafe dazu auferlegt. Dabei herrschte am Hofe die größte Verschwendung. Obgleich Heer und Flotte vernachlässigt wurden, so daß nach amtlichem Berichte in Ferrol drei Marineoffiziere Hungers starben, obgleich die Steuern erhöht wurden und zahlreiche Konfiskationen die Staatskasse füllten, häufte König Ferdinand in fünf Jahren fast drei Milliarden Realen Schulden an. Tüchtige Minister hatte er selten, und wenn er ja einmal einen fand, so wurde diesem nicht die Zeit gelassen, Verbesserungen durchzuführen. Der König war völlig in der Macht seiner Höflingsschar; diese blieb; die Minister

Ferdinand VII.

Herrschaft der Klerikalen.

wechselten; in sechs Jahren hatte er deren dreißig. Wollte er sie wegjagen, so rief er sie wohl zu sich, überhäufte sie mit Freundlichkeiten und entließ sie gnädig; kamen sie dann nach Haus, so fanden sie ihre schimpfliche Absetzung oder auch einen Verhaftsbefehl. Mit den Großmächten stand Ferdinand meistens auf einem sehr schlechten Fuße; nur Rußland hatte durch seinen Gesandten Tatistscheff längere Zeit keinen unbedeutenden Einfluß. Als sich aber eine Flotte von acht Schiffen, die der Zar dem Könige zu anscheinend geringem Preise verkaufte, als wenig brauchbar erwies, ging es im Frühjahr 1818 auch mit Tatistscheffs Ansehen zu Ende, und es gelang Alexander nicht, den verlorenen Boden dadurch wieder zu gewinnen, daß er dem Könige zur Entschädigung drei Fregatten schenkte. Mit der Unterwerfung der Kolonieen kam man auch nicht vorwärts, und als die Regierung 1819 in die Abtretung Floridas an die Vereinigten Staaten willigen mußte, erlitt ihr Ansehen einen neuen Stoß. Immer weitere Kreise erglühten von Haß und Verachtung gegen dieses Regiment; aber weil es der Unterstützung der Geistlichkeit sicher war und weil diese das niedrige Volk unbedingt beherrschte, so kümmerte man sich nicht darum. Die Gebildeten waren machtlos, das Heer ohne Zusammenhang. Deshalb scheiterten auch alle Versuche, die aus dessen Mitte unternommen wurden; neun Aufstände wurden in den Jahren 1814—19 niedergeschlagen und mit Strick und Blei, mit Kerker und Folter gebüßt, wenn es den Führern nicht gelang, wie dem berühmten Mina, über die Grenze zu fliehen. Aber jeder mißlungene Versuch feuerte zu neuem Wagnis an; Verbindungen der Gleichgesinnten wurden heimlich angeknüpft; das Land glich einem Vulkane; mochten Eruptionen auf Eruptionen ohne großen Schaden anzurichten vorübergehen: jeden Tag konnte ein neuer Ausbruch erfolgen und niemand vermochte vorauszusagen, welche Ausdehnung er annehmen werde.

Würdige Seitenstücke zu diesem spanischen Treiben wies die appeninische Halbinsel auf. Die Zeichen der Unzufriedenheit traten dort so offen zu Tage, daß auch Metternich bei einem längeren Aufenthalte in Italien davon beunruhigt wurde, obgleich er meinte, die Zahl der Gutgesinnten sei doch gewaltig groß und die Jakobiner verkröchen sich vor ihm wie vor der Rute. Mochten auch die schlechten Ernten, die drei Jahre nacheinander eintraten, und die Zerrüttung des Wohlstandes, die natürliche Folge der gewaltigen politischen Erschütterung, zum Teil die gärende Unzufriedenheit erklären, das wagte doch der österreichische Minister selbst nicht zu bestreiten, daß nicht geringere Schuld die schlechte Regierung in den einzelnen Staaten trage. Ihm freilich mißfielen zum Teil grade die Regierungen, welche am verständigsten verfuhren. So erfreute sich Parma, wo Napoleons Gemahlin, die Erzherzogin Maria Luise, das Scepter führte, eines maßvollen Regimentes; so Toscana, wo Ferdinand III. durch den Minister Fossombrone zwar die französischen Neuerungen, auch die guten, meist beseitigte, aber in den verständigen Gesetzen seines Vaters Leopold keinen schlechten Ersatz bot. Italien.

Der Kirchenstaat. In den übrigen Staaten aber herrschte blinde Reaktion. Mit löblichem Beispiele ging Papst Pius VII. voran. Er, der den Jesuitenorden wieder herstellte, führte auch die Inquisition wieder ein und gestattete gegen die Freimaurer den Gebrauch der Folter. Ein getaufter Jude, der zu seiner Religion zurücktrat, wurde zum Tode verurteilt, und es galt für ein großes, als infolge dieser Scheußlichkeit die Todesstrafe gegen Ketzer aufgehoben wurde. Über die ganze katholische Welt suchte das Papsttum die von der Revolution zerrissenen Netze wieder auszuspannen. Mißerfolge, die nicht ausblieben, feuerten es nur zu um so regerem Eifer an, und wenigstens in der romanischen Welt ließ der Sieg fast nirgends lange auf sich warten. Dem Papste zur Seite stand in der Person des Kardinals Consalvi ein welterfahrener und feingebildeter Mann, der persönlich durchaus nicht zu extremen Schritten neigte, sondern viel größeres Gewicht darauf legte, durch kluge Mäßigung wohlmeinende Gemüter, wie den preußischen Gesandten Niebuhr, für sich und die Forderungen der Kirche zu gewinnen. Aber dieselbe Klugheit gebot ihm auch es mit den römischen Heißspornen nicht zu verderben, und so ließ er ihnen denn einen weiten Spielraum, zumal innerhalb der Grenzen des Kirchenstaates. Besonders während er selbst auf dem Kongresse in Wien abwesend war, feierte die Reaktion unter seinem Stellvertreter Pacca ihre Triumphe. Die Patrimonialgerichte wurden wieder hergestellt, die „verbrecherischen“ Gesellschaften aufgehoben und ihre Mitglieder, d. h. vorzugsweise die Freimaurer, rücksichtslos verfolgt. Mit einem Schlage thaten fast 2500 Klöster sich von neuem auf. Die Straßenbeleuchtung wurde als eine französische Einrichtung abgeschafft und die Pockenimpfung teilte wenigstens vorübergehend dieses Schicksal. Solche Thorheiten unterblieben nun wohl, seitdem Consalvi zurückgekehrt war. Aber die umfassenden Reformen, die der Papst auf sein Betreiben im Juli 1816 besonders für die ganz verrottete Rechtspflege verhieß, kamen auch nicht zustande, und die fortdauernde Besetzung aller maßgebenden Ämter durch Geistliche ließ jede Hoffnung auf Besserung völlig eitel erscheinen. Die Zustände in manchen Provinzen grenzten an offene Anarchie, das Räuberunwesen trat wieder in vollste Blüte; im September 1817 betrug die Zahl der Raubmörder, auf deren Köpfe die römische Polizei einen Preis gesetzt hatte, 57, und drei Jahre später beherbergten die Gefängnisse 11 000 Verbrecher. Fast alle Anläufe zu Reformen, die Consalvi auch in den folgenden Jahren noch nahm, scheiterten vollständig, und der sittliche wie der materielle Zustand der Bevölkerung sank auf eine so tiefe Stufe, wie kaum in einem anderen Staate der Halbinsel.

Sardinien. Und doch konnte die blinde Reaktion, der wüste Haß gegen alle französischen Einrichtungen sich in Sardinien fast noch ungestörter ergehen als in Rom. Viktor Emanuel I., ein gutmütiger, aber ebenso willenloser wie geistig beschränkter und in Frömmelei versunkener Mensch, feierte seine Rückkehr damit, daß er im Mai 1814 die ganze französische

Gesetzgebung einfach für nichtig erklärte, unbekümmert um die heillose Rechtsverwirrung, die dadurch entstand. Bei solcher Willkür an höchster Stelle war es nicht zu verwundern, wenn von übereifrigen Dienern der eine den botanischen Garten in Turin zerstörte, weil Franzosen ihn gepflanzt, der andere die Pobrücke abreißen lassen wollte, weil Napoleon sie gebaut, und der dritte Pässe für den Mt. Cenis zu erteilen verbot, damit die prächtige Straße verfalle, die der verhaßte Korse über diesen Berg hatte führen lassen. Durch ein summarisches Dekret wurden 4- bis 5000 Franzosen binnen zwanzig Tagen des Landes verwiesen. Fast in allen Zweigen der Verwaltung standen unfähige und engherzige Männer der alten Zeit an der Spitze. Und trotz alledem lebte in dem Volke und dem Adel von Piemont eine so zähe Tüchtigkeit und soviel staatlicher Sinn, daß die öffentlichen Verhältnisse nie bis zu dem Grade verzweifelt und hoffnungslos wurden wie in anderen Teilen Italiens und daß sich der Reisende „nirgends mehr auf europäischem Boden fühlte als in Turin".

Neapel.

Mit leidlicher Schonung behandelte man die französischen Einrichtungen in Neapel; aber man sorgte durch eine liederliche Verwaltung dafür, daß sie möglichst wenig Segen bringen konnten. Erreichte schon im Kirchenstaat die Pest des Brigantentums eine furchtbare Höhe, so wurde doch Neapel das Eldorado aller Räuber und Raubmörder, deren Zahl man 1817 auf 30 000 schätzte und die zu bekämpfen man kein anderes Mittel fand, als eine Bande gegen die andere zu dingen oder mit Gift und Giftmischern, für die der General Amato der Regierung 2000 Dukaten in Rechnung setzen durfte, gegen sie vorzugehen. Von konstitutionellen Formen wollte man natürlich nichts wissen. In einem geheimen Vertrage mit Österreich verpflichtete sich König Ferdinand I. am 12. Juni 1815 keine Einrichtungen zu treffen, die unvereinbar mit den in der Lombardei zugelassenen seien. Die freisinnige Verfassung der Insel Sicilien wurde 1816 aufgehoben. So entfremdete man sich auch hier die Herzen aller Liberalen, obgleich doch gerade in Neapel, wo die Muratisten trotz der Erschießung ihres Königs immer noch eine unverächtliche Partei bildeten, Vorsicht am dringendsten nötig war. Nirgends in ganz Italien wurde ein Ersatz geboten für die geträumte Freiheit, die man durch die Vertreibung der Franzosen zu erringen gehofft, nirgends ein Ersatz für die geordnete Verwaltung, die man mit dem Ende der Fremdherrschaft verlor ohne doch den harten Steuerdruck los zu werden, nirgends ein Ersatz für den Schein nationaler Selbständigkeit, der in dem Vizekönigtum Eugens und der unabhängigen Monarchie Murats gelegen hatte. Im Gegenteil: Italien mußte sich für einen geographischen Begriff erklären lassen; seine einzelnen Staaten wurden nicht einmal wie die deutschen durch einen lockeren Bund vereinigt; zwei seiner fruchtbarsten, geistig lebendigsten und politisch reifsten Provinzen vertauschten die französische Fremdherrschaft mit der österreichischen, die sich bald in gehässigster Weise fühlbar machte. Es war ein kurzer Wahn,

Nationale Wünsche.

Die Lombardei. wenn bescheidenere Gemüter auf den Titel eines „Lombardisch-venetianischen Königreiches“ und auf die Ernennung des Erzherzogs Anton zum Vizekönig Hoffnungen auf ein gewisses Maß nationaler Selbständigkeit bauten. Man war in Wien so weit davon entfernt, diese ernstlich zu wollen, daß die Lombardei und Venetien sogar noch jahrelang durch eine Zolllinie getrennt gehalten wurden, und daß der Erzherzog selbst vor Ablauf von zwei Jahren voll Verdruß sein Amt niederlegte. Sein Nachfolger, Erzherzog Rainer, fügte sich dann vollständig in die nichtige Rolle, die ihm übertragen wurde, und benutzte seine dreißigjährige Regierung lediglich dazu Geld zu machen. Mittlerweile wurden die österreichischen Gesetze ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Landes eingeführt. Die Polizeiwirtschaft erreichte einen Umfang und eine Höhe der Ausbildung, wie kaum in einem anderen Teil der Halbinsel, und es dauerte nicht lange, so hieß es im Volksmund: Übel Italiens gebe es drei, Deutsche, Typhus und Möncherei.

So boten denn für den Italiener die Festsetzungen des Wiener Kongresses keinen Abschluß der Revolutionszeit; für ihn galt es weiter zu kämpfen und an die Stelle der von Europa befohlenen Ordnung eine neue zu setzen, die den Wünschen und Bedürfnissen des eigenen Volkes Die Carbonari. entsprach. Da es für diesen Kampf an einer offenen, gesetzlichen Arena fehlte, so zog sich die Agitation in geheime Verbindungen zurück, die überdies dem Charakter der Nation so sehr zusagen. In beiden Lagern, dem revolutionären und dem reaktionären, bildete man derartige Sekten, die unter zahlreichen Benennungen, wie Guelfen, Konsistoriale, Illuminaten, Freimaurer, Muratisten, sich ausbreiteten; weitaus am bedeutendsten waren die Carbonari und die Sanfedisten. Die Gesellschaft der Carbonari, d. h. der Köhler, war um 1807 gegründet. Weshalb sie sich so nannte, wußte sie selbst nicht; man suchte es durch allerlei Mythen, z. B. durch Herleitung von jenem Köhler, der bei dem sächsischen Prinzenraube eine Hauptrolle spielte, zu erklären. In der französischen Zeit war ihr Bestreben die Abschüttelung des fremden Joches gewesen; jetzt wurde es die Sicherung des erwerbenden Bürgerstandes nach unten und oben, gegen Räuber und Fürsten. Letzterer Zweck wurde ihr in Neapel förmlich aufgedrängt, indem der Polizeiminister Fürst Canosa gegen sie einen aus entlassenen Verbrechern und ähnlichen Elementen gebildeten monarchischen Gegenbund, die Calderari oder Kesselmacher, ins Leben rief. Da nun aber die Feinde desselben Gegners untereinander leicht zu Freunden werden, so kam es vielfach zu einem Bündnisse zwischen Carbonari und Briganten, und es war manchmal schwer zu unterscheiden, wo der Straßenräuber aufhörte und der politische Verschwörer anfing. In den übrigen Landschaften Italiens hielt sich der Bund reiner, erlangte freilich auch nicht die gleiche Ausdehnung. Immerhin aber zählte man nach einigen Jahren 60 000 Teilnehmer in allen Gegenden der Halbinsel und zahlreiche kleine Aufstände verrieten das Feuer, das unter der Asche glomm.

Die Sanfedisten.

Die ultramontane Partei schuf sich als bedeutendstes Werkzeug neben den Mönchsorden und in enger Verbindung mit der Gesellschaft Jesu die Sekte der Sanfedisten, die, besonders im Kirchenstaate zu Hause, doch ihre Anhänger auch in den übrigen Teilen der Halbinsel hatte. Auch dieser Geheimbund stand der österreichischen Herrschaft in Lombardo-Venetien feindlich gegenüber und plante eine andere Verteilung Italiens, bei der dem Herzog von Modena eine bedeutende Rolle zugedacht war und auf die Unterstützung Rußlands gerechnet wurde. Der beherrschende Gedanke bei den Sanfedisten blieb aber doch immer der, das Übergewicht der Kirche zu sichern und den Liberalismus auszurotten, und wenn sie im Hasse gegen Österreich sich mit den Carbonari zusammenfanden, so waren es doch schlechterdings nicht nationale, sondern lediglich hierarchische Tendenzen, wodurch die Haltung ihrer Führer, insbesondere des Kardinals Pacca, bestimmt wurde.

Österreich.

Gegensatz zu Rußland.

Keine der Großmächte wurde durch diese Gärung in Italien unmittelbarer bedroht als Österreich, das nicht bloß die Lombardei und Venetien zu verlieren hatte, sondern auch die Ansteckung der liberalen und nationalen Bestrebungen für die übrigen Bestandteile des vielsprachigen Kaiserreiches fürchten mußte. Metternich verschloß denn auch nicht völlig die Augen vor dieser Gefahr. Er verwandte sich in seiner bequemen Weise, doch ohne Erfolg, für eine Berücksichtigung der dringendsten Wünsche, die ihm in der Lombardei zu Ohren gekommen waren, und bildete sich ein durch eine Verwaltungsreform die nationale Eigenliebe der Italiener befriedigen und die österreichische Herrschaft sogar beliebt machen zu können. Als das bedenklichste Moment betrachtete er doch eigentlich nicht die Unzufriedenheit der Bevölkerung, sondern die Neigung Rußlands nach Einfluß in Italien zu streben. War ihm Alexanders mystischer Liberalismus schon an und für sich unsympathisch, so flößte ihm die Verbindung russischer Agenten mit den italienischen „Jakobinern" vollends das äußerste Mißbehagen ein. Schon stieg vor seinen Augen das drohende Gespenst einer russisch-bourbonischen Allianz auf, zu der in dem großen Einflusse, welchen der Zar in Paris und Madrid übte, in der That die Grundlage geschaffen war und für die es auch in Neapel nicht an Stimmung fehlte. Er bemühte sich Anfang 1818 alles Ernstes, dagegen ein österreichisch-preußisches Bündnis, dem der Beitritt Englands nicht gefehlt haben würde, ins Leben zu rufen, ein Vorhaben, das doch an Friedrich Wilhelms stärkerer Hinneigung zu Rußland scheitern mußte und das am Ende fast in demselben Augenblicke, wo der Gedanke auftauchte, durch das Einlenken des Zaren überflüssig wurde. Aber auch fernerhin hörte Metternich nicht auf den russischen Nachbar argwöhnisch zu beobachten und von ihm die Förderung liberaler und konstitutioneller Bestrebungen zu befürchten, in denen er das Verderben

Ständische Vertretungen.

Österreichs sah. Durch schöpferische Neugestaltungen diesen Gefahren entgegenzuarbeiten lag ihm fern; er begnügte sich damit, daß im Jahre 1817 ein gemeinsames Ministerium des Innern für die ganze Monarchie (außer Ungarn) geschaffen wurde, und ließ den Gedanken dieser Centralstelle einen Reichsrat, dessen Mitglieder teils vom Kaiser ernannt, teils von den Ständen der Kronländer gewählt werden sollten, an die Seite zu setzen gleichmütig in dem Kabinette des Kaisers vergraben werden. Einer ehrlich konstitutionellen Entwickelung war dieses Reich mit seinem Gemisch von Deutschen und Italienern, von Tschechen und Polen, von Magyaren und Kroaten, Rumänen und Ruthenen, Slawonen und Slowenen allerdings damals gewiß nicht fähig. Was man von den Ständen einzelner Reichsteile zu erwarten hatte, bewies Ungarn, dessen Reichstag man ungesetzlicherweise bis 1825 gar nicht zusammenberief. Die Folge war, daß die Opposition sich in die Komitate, die Kreisvertretungen, verlegte, und daß diese nun Steuern und Rekruten anfangs ganz verweigerten und endlich nur unter heftigen Protesten bewilligten. Vergeblich beteuerte Kaiser Franz ihnen 1820, daß er ihre alte Verfassung ebenso liebe, wie sie selbst, und daß er sie seinen Nachkommen unverletzt überliefern werde, oder klagte in klassischem Latein, der parlamentarischen Sprache Ungarns: die ganze Welt sei verrückt geworden und wolle Phantasieverfassungen: totus mundus stultizat et constitutiones imaginarias quaerit. Als der Reichstag endlich wieder berufen wurde, zeigte er ein hohes Maß von Widersetzlichkeit, gab der Regierung die bittersten Wahrheiten zu hören und bewilligte nur in spärlicher Weise und erst nach zweijährigen Verhandlungen die Geldforderungen, die an ihn gestellt wurden. Von solcher Widersetzlichkeit war denn freilich in den deutsch-slawischen Erblanden nicht die Rede. Die altmodischen Stände, die hier zu Recht bestanden oder ins Leben gerufen wurden, vermochten schon durch ihre Zusammensetzung kein Vertrauen zu erwecken, wenn sie auch nicht so abhängig waren wie die „Kongregationen" der italienischen Provinzen, deren Mitglieder aus den Vorschlaglisten der Gemeinderäte ernannt wurden und einfach wieder entlassen werden konnten, wenn sie sich des kaiserlichen Vertrauens unwert zeigten. Adel und Geistlichkeit hatten durchschnittlich drei Viertel der Sitze inne; nur sehr wenige Städte waren landtagsfähig und teilten sich dann wohl gar, wie die sieben mährischen, in eine Stimme oder mußten sich, wie die niederösterreichischen, gefallen lassen, daß ihre Vertreter an den Beratungen keinen Teil nehmen durften. Übrigens beschränkte sich die ganze Wirksamkeit der Stände darauf an dem bestimmten Tage zusammenzutreten, die Vorschläge der Regierung „in allerunterthänigstem Gehorsam anzuhören, sie zu getreuen Herzen zu ziehen und reiflich und wohl zu erwägen und sich sodann zu solchem Entschlusse zu bequemen, wie es des Kaisers, des Landes und ihre eigene Notdurft erfordere". Da es auf diese Anbequemung in jedem Falle herauskommen mußte, so war es das bequemste sich die Prüfung ganz zu ersparen und zu allem und jedem einfach Ja zu sagen.

Auch bezogen sich die Vorlagen fast ausschließlich auf die Forderung von Steuern und Soldaten; reformierende Gesetze wurden gar nicht eingebracht. Und das ist der schwere Vorwurf, den man dem Metternichschen System mit Recht macht. Wenn Österreich kein Feld für politische Neuerungen war, wenn jeder aufrichtige Fortschritt in konstitutioneller Richtung das Bestehen der Monarchie gefährden konnte und folglich einem österreichischen Staatsmanne kein Vorwurf daraus gemacht werden darf, daß er sich dem entgegenstemmte und es vorzog abzuwarten, wie lange sich der Staat, so wie er sei, erhalten lasse, so war doch damit eine wirtschaftliche und soziale Entwickelung noch keineswegs ausgeschlossen und unbeschadet des politischen Stillstandes hätte Metternich hier auf der Bahn Josefs II. fortschreiten und dadurch auch die politische Reform anbahnen können. Aber um derlei Dinge kümmerte sich der Staatskanzler ganz und gar nicht, er beruhigte sich dabei, daß dies nicht seines Amtes sei, und begnügte sich mit der allgemeinen, allerdings oft wiederholten Mahnung, daß man in den höchsten Hofstellen mehr regieren und weniger verwalten möge. Die Auslegung und Anwendung dieses orakelnden Ausspruches blieb den einzelnen Departements überlassen, und so kam es höchstens in einzelnen Zweigen der Verwaltung zu einigen Fortschritten. Es besserten sich beispielsweise die Geldverhältnisse durch die Maßregeln, welche Graf Stadion traf, um das entwertete Papiergeld zu heben; aber freilich wurde das nur durch ungeheuere Opfer und durch immer neue Anleihen erreicht: beim Tode des Kaisers Franz beliefen sich die Staatsschulden auf etwa 570 Millionen Gulden und die jährliche Zinszahlung war von 5 Millionen im Jahre 1816 schon 1831 auf das vierfache gestiegen. Dem Handel kam die Gründung der Bank, der Bau einiger Alpenstraßen und sonstiger Chausseen, die Regulierung einzelner Wasserwege und die Anlage von Kanälen in Ungarn und Italien zu statten; doch blieben selbst die Unternehmungen dieser Art hinter den Anforderungen der Zeit zurück, und während die industrielle Thätigkeit im übrigen Europa sich mächtig hob, gerieten in Österreich selbst altbegründete Erwerbszweige in Verfall. Vollends aber geschah nichts auf dem Gebiete der ländlichen Gesetzgebung, nichts zur Beseitigung der bäuerlichen Unterthänigkeit, nichts für die Abschaffung der Leibsteuer, des Gehorsamshellers, des Aufruhrschillings, des Sühnheues und wie die wundersamen Abgaben der Bauern sich sonst benennen mochten. Man fürchtete auch dadurch die „drohende Auflösung der Gesellschaft“ zu beschleunigen, während es doch für die Hauptaufgabe der Regierung galt diese Auflösung zu verzögern, nicht aber „die Gesellschaft nach einem besseren Plane für die Zukunft zu bilden“. Was später einmal aus solchen vorsündflutlichen Zuständen werden möchte, darum kümmerte man sich nicht und wie Frau von Pompadour durch ihr berüchtigtes Après nous le déluge, so tröstete sich Gentz, Metternichs Vertrautester, mit dem frivolen Ausspruch: Mich und den Metternich hält's schon noch aus. Dazu aber waren die österreichischen Staatsmänner einsichtig genug, daß

Die Politik des Stillstandes.

Ihre Ausdehnung über Europa.

sie sich nicht verhehlten, wie zur Aufrechterhaltung ihres Systemes die Herrschaft desselben auch in den Nachbarländern unerläßlich sei. Deshalb war ihr eifrigstes Bemühen vor allem in Italien, Deutschland und dem russischen Polen, dem Alexander eine Verfassung verheißen hatte, die Einführung der konstitutionellen Regierungsform zu verhindern. Es war für die Geschicke Deutschlands verhängnisvoll, daß gerade Preußen sich auf diese Bestrebungen so bereitwillig einließ. Von der inneren Schwäche Österreichs schien man in Berlin gar keine Ahnung zu haben. Leichtgläubig ließ man sich einreden, daß der Kaiserstaat ohne Gefahr für sich selber, aber zum größten Schaden für Preußen, sich jederzeit in seine eigene Hülle zurückziehen könne, und daß er dies thun werde, wenn der König den revolutionären Tendenzen, die in seiner Umgebung wirksam seien, nicht mit Nachdruck entgegentrete. So gelang es Metternich, auf eine lange Zeit hinaus die konstitutionelle Entwickelung Preußens und damit eines der wesentlichsten Erfordernisse für die Begründung der preußischen Hegemonie in Deutschland zurückzuhalten, indem er geschickt den Wahn zu verbreiten wußte, als ob verfassungsmäßiges Regiment und Streben nach nationaler Einheit, worauf doch Preußens Zukunft beruhte, gerade für diesen Staat den Beginn der Auflösung bedeute. Den kleinen Souveränen in Deutschland wie in Italien mußte diese Haltung natürlich ungemein zusagen, obwohl von den deutschen Fürsten doch mancher einsichtsvoll genug war um zu erkennen, daß die Verleihung einer Verfassung ihm eine nicht zu unterschätzende Widerstandskraft gegen österreichische Zumutungen verschaffen könne. Aber mit dieser Rüstung angethan befolgten sie dann um so lieber die Ratschläge Metternichs, die auf die Eindämmung des ständischen Einflusses abzielten; ihre Staatsmänner wetteiferten in unterthäniger Gefügsamkeit gegen den österreichischen Minister, umdrängten ihn scharenweise mit ihren Huldigungen und Ehrfurchtsbeweisen, wenn er sich in den Sommermonaten auf seinem Schlosse Johannisberg im Rheingau aufhielt, und gaben ihm ein Recht, sein Erscheinen in ihrer Mitte als den Ausgangspunkt einer moralischen Revolution zu bezeichnen, ja sich selbst dem Messias zu vergleichen, der gekommen sei die Sünder zu erlösen.

Metternich. Der gewaltige Einfluß, den Metternich auf ganz Europa übte, erklärte sich in der That viel mehr aus der Lage des Staates, den er leitete, und aus den irrtümlichen Ansichten, die darüber verbreitet waren, als aus seiner Persönlichkeit. In Koblenz 1773 geboren, war er unter den Eindrücken des rheinischen Lebens groß geworden und hatte sich auch in seinen Studienjahren keine übergroßen Kenntnisse erworben. Seine Universitätsfreunde wußten nur die drei F an ihm zu rühmen: er sei fin, faux, fanfaron. Die gewinnenden Formen, in denen er sich bewegte, bezauberten freilich jedermann; selbst seine Gegner wußten seine Liebenswürdigkeit im Umgang nicht genug zu rühmen. Um so weniger verstand er ihnen sachlich gerecht zu werden. Nur auf Ruhe bedacht, haßte er die geistige Anstrengung, welche erforderlich gewesen wäre, um

das Berechtigte in den Bestrebungen des Liberalismus von den Auswüchsen zu sondern und mit dem Bestehenden zu versöhnen; nur mit hochmütiger Verachtung und der Miene unfehlbarer Überlegenheit pflegte er die Probleme der Tagespolitik, die sich ihm aufdrängten, zu behandeln; unfähig den Widerspruch, der ihm entgegentrat, zu würdigen, zog er es vor nur „leidende, ganz sich hingebende Organe" um sich zu dulden. Aber auch eigene schöpferische Gedanken zu fassen war ihm nicht gegeben. Seine ganze Weisheit beruhte in der Befolgung der altösterreichischen Grundsätze, in der Erhaltung des Bestehenden, und über die Inhaltslosigkeit dieser Politik suchte er sich selbst und andere durch eine Fülle von wohlklingenden Redensarten und eine rege Vielgeschäftigkeit zu täuschen. Sein Grundsatz ist beständig etwas vor der Hand zu haben, sagte man von ihm und traf damit den Nagel auf den Kopf. Diese massenhafte Thätigkeit zeichnete sich aber weder durch die Folgerichtigkeit, noch durch die Kühnheit ihrer Wege aus; noch weniger durch deren Rechtlichkeit, obgleich jedes dritte Wort seiner Depeschen diese zu rühmen pflegte. Sein Stab von Staatsmännern und Zeitungsschreibern bestand aus Leuten ähnlichen Schlages, zum Teil höchst talentvollen Männern, wie Gentz, dem „Unter-Metternich", Ad. Müller, Friedrich Schlegel, denen aber noch mehr als ihrem Herrn und Meister der behagliche Genuß des Lebens über alles ging. Mit bestem Erfolge arbeiteten sie daran alles politische und geistige Leben in Oesterreich zu ersticken; Sanskrit und Musik fanden allenfalls Gnade vor ihren Augen, deutsche Wissenschaft und Litteratur wurden polizeilich an der Grenze zurückgewiesen. Die Reisen ins Ausland überwachte man sorgfältig; Fremde durften im Kaiserstaate nicht einmal Privatunterricht erteilen; ja man ließ sogar Kinder von Ausländern, wenn sie das zehnte Jahr überschritten hatten, nicht mehr in den öffentlichen Schulen zu. Die Bibliothekare mußten jährlich Verzeichnisse der Bücher einliefern, welche die Professoren entliehen hatten; die unschuldigsten wissenschaftlichen und populären Werke wurden verboten; bei der Prüfung der Lehrer sollten die schriftlichen Arbeiten nach den darin ausgesprochenen kirchlichen und politischen Grundsätzen beurteilt werden. Den Reisenden spürte die Polizei auf Schritt und Tritt nach und weder Künstler wie Horace Vernet, noch Staatsmänner wie Kapodistria, noch Fürsten wie der Kronprinz Ludwig von Bayern entgingen ihrer Aufmerksamkeit. So löste sich mehr und mehr der längst schon lockere Zusammenhang mit Deutschland. Trotz der Wiener Jahrbücher, die Metternich 1819 begründete, entfremdete sich Österreich vollständig der deutschen Wissenschaft und Poesie. Sein Zoll- und Handelswesen verhinderte jeden Aufschwung des materiellen Verkehrs. Die politischen Vorgänge am Bundestage waren für die inneren Verhältnisse des Kaiserstaates so gut wie gleichgültig; blieben alle Unterdrückungsmaßregeln, die man dort beschließen konnte, doch hinter der Polizeiherrschaft zurück, die in Österreich ohnedies herrschte. Von einer inneren Teilnahme der österreichischen Bevölkerung an den nationalen

Ertötung des öffentlichen Geistes.

Bestrebungen der deutschen Patrioten konnte aber vollends nicht die Rede sein. Wohl schwärmte man in vielen Gegenden Deutschlands für Österreichs Beruf, das alte Kaisertum zu erneuern; in Österreich selbst aber hatten „nicht einmal die Gebildeten von Bund und Bundespflichten eine klare Vorstellung, sondern überließen die Sorge um Deutschland teilnahmslos der Staatskanzlei".

Deutschland.

Die Grenze gegen Frankreich.

Dem deutschen Volke kam diese innerliche Ablösung der österreichischen Stammesgenossen nur sehr langsam zum Bewußtsein. Das kaiserliche Präsidium am Bundestage, die Anwesenheit österreichischer Truppen in den Bundesfestungen, die rührige Geschäftigkeit der Metternich'schen Agenten an den einzelnen Höfen beförderten jene Täuschung über den deutschen Charakter der österreichischen Politik, die trotz der Erlebnisse und Erfahrungen gerade dieser Jahre fast allgemein verbreitet war. Keine Stimme erhob sich, um laut und vernehmlich die unzweifelhafte Thatsache zu verkünden, daß Metternich und sein Kaiser in allen Stücken die Hemmnisse der heiligsten Wünsche des deutschen Volkes gewesen seien und zu sein fortführen. Dreierlei hatte Deutschland von der Erhebung des Jahres 1813 gehofft: die Abschüttelung des fremden Joches, die Herstellung der nationalen Einheit, die Einführung konstitutioneller Formen. Die französische Herrschaft war glücklich beseitigt, zwar nicht in dem Umfange, wie die Patrioten es gewünscht, aber in höherem Grade, als bescheidene Gemüter noch Ende 1813 gehofft hatten. Eine verbreitete Stimmung wollte sich damals am rechten Rheinufer genügen lassen und das ganze linksrheinische Gebiet mit Aachen und Köln, Mainz und Worms den Franzosen preisgeben. Die Bevölkerung dieser Gegenden wäre im ganzen auch nicht übel zufrieden damit gewesen. Aber der Patriotismus eines Blücher und Stein verwarf solch schwächlichen Verzicht, und Arndts Büchlein „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" gab dem Unwillen der Entschiedenen Ausdruck. Mit dem Vorrücken in Frankreich war diese Gefahr abgewendet, allein der Wunsch, auch Elsaß zurückzugewinnen, scheiterte 1814 wie 1815, obgleich beim zweiten Pariser Frieden die deutsche, besonders die preußische Diplomatie kräftig dafür eintrat. Er scheiterte vor allem an dem Abfall Österreichs, dessen Sonderinteressen man doch so weit entgegenkam, daß man zum Herrscher des Landes den Erzherzog Karl vorschlug. Noch viel nachteiliger als in diesem Punkte wurde die Politik Metternichs aber in bezug auf die Neugestaltung Deutschlands. Als Alexander und Friedrich Wilhelm im Februar 1813 das Bündnis von Kalisch schlossen, gedachten sie alle Anhänger Napoleons unter den deutschen Fürsten, vor allem also die Rheinbundskönige, ganz zu beseitigen und versprachen dem Volke eine Verfassung aus dem ureigensten Geiste der Nation. Ein preußisches Kaisertum lag damals durchaus im Bereich der Möglichkeit; aber durch

Die Verfassung.

Österreichs Beitritt zum Bündnisse gegen Napoleon schwand die Aussicht dazu so völlig, daß schon vor der Schlacht an der Katzbach die drei Verbündeten sich über die Nichtwiederherstellung der deutschen Kaiserwürde verständigten. Allein Österreich ging auf eigene Hand noch weiter. Durch den Vertrag von Ried sicherte es Bayern am 8. Oktober 1813 seine volle Selbständigkeit zu und ließ ähnliche Verträge mit Württemberg und Baden folgen. Natürlich konnten nun auch Hannover, Hessen, Braunschweig, Oldenburg ihren vertriebenen Fürsten nicht vorenthalten werden und die Fortdauer der deutschen Vielstaaterei war gesichert, ehe man noch den Rhein überschritt.

Unter solchen Umständen war es denn freilich nicht leicht eine Form zu finden, die dem deutschen Volke mehr als den Schein der politischen Einheit gegeben hätte. Danach zu suchen war die Aufgabe des deutschen Ausschusses am Wiener Kongreß, der aus Österreich, Preußen und den Königreichen bestand. Natürlich beschäftigte dieser sich nicht mit den phantastischen Plänen, welche patriotische Dilettanten ausheckten, wie denn Görres z. B. empfahl, Österreich mit der Kaiserwürde zu ehren, den preußischen Herrscher aber daneben zum deutschen Könige zu machen. Die Grundlage der Verhandlungen bot vielmehr eine Idee Steins, wonach an die Spitze des Bundes ein Direktorium, aus Österreich, Preußen, Bayern und Hannover bestehend, treten sollte; die Bundesversammlung sollte aus Vertretern sämtlicher Fürsten und Ständekammern zusammengesetzt werden; gewisse Einkünfte, z. B. Grenzzölle, deckten die Ausgaben des Bundes, der außerdem allen seinen Angehörigen bestimmte politische Rechte garantierte. Diese Vorschläge Preußens, vom 13. September 1814 datiert, erlitten nun zunächst in den Beratungen mit Metternich wesentliche Umänderungen, die teils in der Beseitigung liberaler Bestimmungen, teils in der Verstärkung des Einflusses der Direktorialregierungen bestanden. In 12 Artikel zusammengefaßt, wurde das umgearbeitete Projekt am 16. Oktober von den beiden Großmächten den drei Königreichen vorgelegt. Deutschland zerfiel danach in sieben Kreise; in je zweien bekleideten Österreich und Preußen, in je einem Bayern, Württemberg und Hannover das Amt eines Kreisobersten. Als solche leiteten sie die Kreistage und übten die Aufsicht über das Militärwesen des Kreises und über die Gerichte höchster Instanz; gemeinschaftlich hatten sie als Rat der Kreisobersten die ausübende Gewalt, die diplomatische Vertretung, die Entscheidung über Krieg und Frieden. Bezüglich der Gesetzgebung stand neben ihnen der Rat der Stände, welcher aus den übrigen Staaten und einigen Vertretern der mediatisierten Häuser zusammengesetzt werden sollte. Dieser Plan war ohne Zweifel recht künstlicher Art; aber da er auf historischen Grundlagen beruhte und den Machtverhältnissen leidlich entsprach, so durfte man an seine Ausführbarkeit wohl glauben. Nur würde die Folge davon gewiß nicht eine kraftvolle Entwickelung der Centralgewalt, des Rates der Kreisobersten, gewesen sein, sondern nur ein erdrückendes Übergewicht der Königreiche über die kleineren Staaten,

Verhandlungen am Wiener Kongreß.

Plan einer Direktorial-Verfassung.

Haltung der Mittel- und Kleinstaaten.

die in ihrem Machtbereiche lagen. Den größten Gewinn dabei hatten Preußen und Hannover zu erwarten; Österreich, Bayern und Württemberg waren durch ihre geographische Lage auf ein viel beschränkteres Gebiet angewiesen; die beiden letzteren mußte überdies die Aussicht schrecken, daß sie, selbst mit Hannover vereinigt, im Rate der Kreisobersten stets in der Minderheit bleiben würden, wenn Österreich und Preußen zusammenhielten. Von allen Seiten regte sich daher der Widerstand gegen diesen Plan. Metternich selbst war nur zum Scheine auf denselben eingegangen; unter der Hand förderte er die Angriffe auf denselben und sein getreuer Schildknappe Friedrich Schlegel verbreitete 14 Paragraphen Knittelverse, in denen er die Kleinstaaten aufzustacheln suchte. Diese vereinigten sich denn auch, 29 an der Zahl, zu einer Note vom 14. November, in der sie erklärten, daß ein gemeinsames Oberhaupt der deutschen Nation not thue und daß sie in ihrem Bereiche den Ständen die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und die Bewilligung der Ausgaben einräumen wollten. Gewiß war es ihnen dabei in erster Linie darum zu thun sich des Einflusses der Kreisobersten zu erwehren; sie mochten nicht mit Unrecht davon überzeugt sein, daß dieselben Befugnisse in der Hand eines einzigen Oberhauptes ihnen mehr freie Bewegung lassen würden, als wenn etwa Preußen sie gegen Mecklenburg oder Hannover gegen Bremen ausübe; auf alle Fälle wollten sie, daß die Opfer an Selbständigkeit, welche sie brächten, nicht einem anderen Partikularstaate, sondern der Gesamtheit, dem Reiche, zu statten kämen. Noch viel heftiger aber war der Widerspruch der beiden süddeutschen Königreiche: diese verlangten kühnen Mutes im Rate der Kreisobersten dieselbe Stimmenzahl wie Österreich und Preußen und überdies Wechsel des Vorsitzes. Auch dann aber wollten sie auf ihr selbständiges Kriegs- und Friedensrecht keineswegs verzichten; ja ihre Opposition ging so weit, daß Wrede auf französische Unterstützung anspielte und Württemberg die Verhandlungen am 16. November geradezu abbrach. Darauf erklärte dann freilich selbst Metternich, daß es keineswegs in dem freien Willen des einzelnen Fürsten stehe dem Bunde beizutreten oder nicht, daß vielmehr jeder verpflichtet sei die Opfer zu bringen, die das Wohl des Ganzen befördern möchten; aber die einzige Antwort, die der König von Württemberg darauf hatte, war, daß er auf seiner Ansicht beharren müsse, worauf denn der deutsche Ausschuß sich auflöste und nicht wieder zusammentrat.

Freilich wirkte dabei vor allem die Spannung mit, welche zwischen Österreich und Preußen über die polnisch-sächsische Frage ausgebrochen war und die am 3. Januar 1815 zu dem berüchtigten Bündnisse Österreichs, Sachsens, Frankreichs und Englands führte, zu dem auch Bayern, Hannover und die Niederlande zugezogen wurden. Erst als jener Konflikt gemildert war, konnten die Verhandlungen über die deutsche Frage wieder aufgenommen werden. Den Anstoß dazu gab am 2. Februar 1815 eine Note von 32 Fürsten und Städten, den „Mindermächtigen“,

Die „Mindermächtigen“.

wie sie sich selbst nannten, welche den Zusammentritt eines allgemeinen deutschen Kongresses verlangte. Preußen teilte daraufhin Österreich am 10. Februar 1815 zwei neue Entwürfe mit, deren einer die Kreisteilung beseitigte, während der zweite den kleineren Fürsten noch zwei Sitze in dem Rate der Kreisobersten einräumte, so daß dieser 9 Mitglieder zählte, ohne daß die Zahl der Kreise vergrößert war. Nachdrücklich wurde außerdem die Forderung aufrecht erhalten, daß jedes Land Stände mit bestimmten Minimalrechten bekomme und daß diese Einzelverfassungen unter die Gewähr des Bundes gestellt würden; auch einige Grundrechte wie die Auswanderungs- und Preßfreiheit oder die Aufhebung der Leibeigenschaft sollten in die Bundesurkunde aufgenommen werden. Neben diesen preußischen Vorschlägen tauchten jetzt aber noch zwei andere Pläne auf, ein mecklenburgischer, der den kleinstaatlichen Standpunkt vertrat, und ein österreichischer aus der Feder des Freiherrn von Wessenberg. Der letztere gab allen Mitgliedern völlig gleiche Rechte und Österreich das Präsidium, sicherte den einzelnen Ländern Verfassungen zu, die binnen Jahresfrist erteilt sein sollten, und versprach auch einige Grundrechte für das ganze Volk. Wenngleich Metternich daran im Stillen Anstoß nahm, so erklärte er doch Wessenbergs Entwurf für die geeignetste Grundlage und ließ ihn in seinem Sinne umarbeiten. Ein gleiches that vom preußischen Standpunkte aus Wilhelm von Humboldt. Über diese beiden Entwürfe begannen dann am 11. Mai neue Verhandlungen, die zu einer Vereinbarung führten, welche sich eng an den ursprünglichen Wessenbergschen Vorschlag anschloß, die meisten volkstümlichen Zugeständnisse desselben aber beseitigte. Nun wurden endlich auch die kleinen und mittleren Staaten aufgefordert an den Konferenzen teilzunehmen. Noch elf Sitzungen, vom 23. Mai bis zum 10 Juni, waren nötig, um das Werk zum Abschlusse zu bringen. Die Abänderungen, welche es dabei erfuhr, waren nicht von Bedeutung; die freisinnigen Anträge kleinerer Staaten wurden einfach abgelehnt. Übrigens hatten Württemberg und Baden an diesen Beratungen gar nicht teilgenommen und weigerten sich die neue Bundesakte zu unterzeichnen. Preußens Bevollmächtigten kostete ihre Unterschrift auch einige Überwindung. Sie erklärten vorher feierlich: sie hätten gewünscht dieser Urkunde eine größere Ausdehnung, Festigkeit und Bestimmtheit zu geben; allein es sei besser vorläufig einen weniger vollkommenen als gar keinen Bund zu schließen; der Bundesversammlung selbst bleibe es vorbehalten den vorhandenen Mängeln abzuhelfen.

Neue Entwürfe.

Abschluß der Bundesakte.

Das war denn freilich ein Wechsel auf die Zukunft, mit dem der Nation nicht viel gedient war. Überdies wurde gleich die Verabredung, nach welcher die Bundesversammlung schon am 1. September 1815 zusammentreten sollte, nicht eingehalten; anfangs bot die Fortdauer des Kriegszustandes einen hörbaren Entschuldigungsgrund; dann wollte man erst alle Grenzfragen zwischen den einzelnen Staaten in Ordnung bringen, und das war in der That keine leichte Aufgabe. Baden und Württem-

Eröffnung der Bundesversammlung.

berg brauchten lange Zeit, ehe sie sich überhaupt zum Eintritt in den Bund entschlossen; zwischen Baiern und Österreich drohte Anfang 1816 sogar ein Krieg um den Besitz von Salzburg auszubrechen; Preußen hätte sich gern mit Österreich vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung über die künftige Wehrverfassung Deutschlands geeinigt und zeigte deshalb auch keine Eile. Als im Sommer 1816 die einzelnen Gesandten allmählich in Frankfurt eintrafen, war der preußische unter den letzten. Fast ein halbes Jahr mußten die Vertreter der kleineren Staaten sich gedulden, bis ihre größeren Herren Kollegen einrückten, und statt am 1. September 1815 fand die Eröffnung der Sitzungen am 5. November 1816 statt. Dadurch war das Interesse des Volkes an der neuen Schöpfung noch tiefer gesunken, als es anfangs gewesen war. Nun gab es freilich zum Beginn manch schöne Worte zu hören, die in vertrauensseligen Gemütern neue Teilnahme wach rufen mochten; aber da denselben keine Thaten folgten, so blieb Gleichgültigkeit und absprechender Spott die vorherrschende Stimmung der Nation. Wie Stein den Antrag österreichischer oder preußischer Gesandter am Bunde zu werden ablehnte, weil eine vernünftige und kräftige Ausbildung der Verfassung doch nicht denkbar sei, so war auch die öffentliche Meinung zum voraus davon überzeugt, daß aus dem Bundestag nichts werden könne, und versagte ihm das Vertrauen, das er beanspruchte. Manchen Regierungen und besonders manchem der frankfurter Gesandten that man dadurch allerdings Unrecht. Es gab unter den Diplomaten der Bundesstadt mehr als einen, der mit Lust und Hoffnung sich seiner Aufgabe widmete. Der Mecklenburger Plessen, der Luxemburger Gagern, der Holsteiner Eyben, der Bremer Smidt und mit weniger Entschiedenheit auch andre kleinstaatliche Bevollmächtigte sannen unermüdlich darauf den Bundestag in den Augen des Volkes zu heben und ihn zum wirklichen Mittelpunkt der Geschicke Deutschlands zu machen. Aber bei den größeren Staaten und ihren Gesandten war das entgegengesetzte Bestreben vorherrschend. Württemberg und Baden hatten sozusagen an den Haaren herbeigezogen werden müssen; Bayern und Sachsen traten nicht viel williger ein. Zwischen Österreich und Preußen bestand vom ersten Tage an Mißtrauen, und während der preußische Gesandte von der Goltz zum Teil infolge körperlicher Leiden eine sehr geringe Thätigkeit entfaltete und eine ganz vereinsamte Stellung einnahm, bemühte sich der präsidierende Österreicher, Graf Buol-Schauenstein, die Bande zwischen sich und seinen Kollegen möglichst eng zu knüpfen. Es gelang ihm das um so leichter, als Preußen fortdauernd das Kriegswesen des Bundes im engen Anschluß an die Heere der beiden Großmächte zu ordnen wünschte und in diesem Sinne Verhandlungen mit Metternich pflog. Davon ließ Buol die übrigen Gesandten in geschickter Weise grade so viel erfahren, wie nötig war um sie mißtrauisch zu machen, und wiederholte seinerseits und im Namen seines Kaisers unermüdlich die beruhigende Versicherung alles thun zu wollen um den Bund so kräftig und selbständig zu organisieren

Thätigkeit derselben.

wie möglich. Die Geschäfte der ersten Zeit waren übrigens nicht danach angethan große Aufmerksamkeit und Teilnahme beim Volke zu erwecken; es handelte sich um die Abwickelung allerlei rechtlicher Ansprüche an das alte Reich, Pensionsbezüge und dergleichen mehr; über den Umfang der Befugnisse der Versammlung wurden ermüdende Verhandlungen ohne recht greifbare Ergebnisse gepflogen; höchstens bei der Beratung über Bittschriften und Beschwerden berührte man Fragen, die lebhafteres Interesse fanden. Dabei kam dann aber auch das Widerstreben der abgeneigten Fürsten offen zu Tage, und einer von diesen, der Kurfürst Wilhelm I. von Hessen, führte sogar einen offenkundigen Skandal herbei. Dieser siebzigjährige Fürst fand Gefallen daran in Deutschland die Rolle des Königs von Sardinien zu spielen. Alles, was seit 1806 in seinem Lande geschehen war, galt ihm als nicht vorgefallen. Wie er selbst den sinnlos gewordenen Kurfürstentitel beibehielt, so behandelte er alle Beamten, als ob sie ihre Ämter auch während der westfälischen Zeit unbehindert fortgeführt hätten, erteilte dem Platzkommandanten von Hanau einen Verweis, weil er die vierteljährlichen Festungsberichte nicht eingesandt, führte beim Militär die Zöpfe wieder ein, die in Gemäßheit einer Ordre von 1787 einen Fuß zwei Zoll lang sein sollten, und zwang die Käufer der Domänen, welche die westfälische Regierung veräußert hatte, zur Rückgabe derselben. Einen von diesen nun, der sich beschwerdeführend an die Bundesversammlung wandte, hatte diese sehr rücksichtsvoll zunächst an den Landesfürsten zurückverwiesen, wenn er aber dort wider besseres Erwarten kein Gehör finde, weitere Verwendung zugesagt. Darauf mußte der kurhessische Gesandte, und zwar zu öffentlichem Protokolle eine Verwahrung abgeben, die in sehr auffallendem Tone sich jede Einmischung in die innere Staatsverwaltung verbat. Natürlich wurde „dieser erste Versuch inneren Zwiespalt zu erregen und die Würde der Bundesversammlung durch eine Protestation, welche ganz die Gestalt eines Verweises annehme, zu verletzen“, entschlossen zurückgewiesen. Die Regierungen bestätigten die Abstimmung ihrer Gesandten zum Teil sehr nachdrücklich; auch Metternich belobte den Grafen Buol wegen seines Verhaltens und tadelte die kurhessische Regierung scharf. Aber dennoch sah man dieses selbständige Auftreten der Frankfurter Gesandten an den großen Höfen nicht gern und mißbilligte es, daß die Versammlung sich gleichsam über einen der sie beschickenden Fürsten stelle. Es hatte daher dieser Vorfall die schlimme Folge, daß die meisten Gesandten sich fortan weniger als bisher zu freien Entschlüssen berechtigt glaubten und in jedem Einzelfalle erst Instruktionen einholten, wodurch der an sich schon schwerfällige Geschäftsgang nach und nach zu einer wahren Schneckenpost wurde.

Ihr Streit mit dem Kurfürsten von Hessen.

Von einer Volksvertretung am Bunde war keine Rede mehr. Schon während der Wiener Konferenzen hatte Wilhelm v. Humboldt gemeint: dahin sei noch ein weiter Weg. Um so lebhafter war in den Kreisen, die sich überhaupt noch mit Politik beschäftigten, der Wunsch wenigstens

Verfassungen der Einzelstaaten.

in den Einzelstaaten ständische Vertretungen zu erlangen. Die Bundesurkunde verhieß dies auch in ihrem § 13. Oder, wie die Diplomaten witzelten, sie prophezeite es doch. Denn aus der Zusage des Wessenbergschen Entwurfes, daß binnen Jahresfrist in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung eingerichtet werden solle, war erst der Termin des einen Jahres gestrichen und endlich aus dem „soll bestehen" ein bloßes „wird bestehen" gemacht worden. Der Eifer diese Prophezeiung zu erfüllen war nun bei den verschiedenen Regierungen sehr verschieden. Am thätigsten erwiesen sich die süddeutschen, nicht etwa weil sie vorzugsweise liberalen Grundsätzen anhingen, sondern weil sie erkannten, daß sie dadurch ihrem Partikularinteresse am besten dienten. Nichts lag diesen Fürsten mehr am Herzen als sich jede Einmischung des Bundes fern zu halten. Nun war dieser noch keineswegs hinreichend organisiert um einen irgend gefährlichen Versuch der Art zu machen; dazu war die Bundesakte, die einzige Grundlage seiner Thätigkeit, viel zu inhaltsleer. Es galt daher die Zeit zu nutzen um den Einzelstaaten mittels neuer Verfassungen eine Wehr gegen künftige Ansprüche zu schaffen. Je fester das einzelne Bundesgebiet seinen Organismus gefügt hatte, um so kräftiger konnte es Widerstand leisten, um so weniger Lücken bot es dem Bunde zum Eingreifen. Daß diese Berechnung es war, welche die süddeutschen Fürsten zur Erteilung von Verfassungen antrieb, bewies schon der Zeitpunkt, in welchem sie den Entschluß dazu faßten. Sobald nämlich die Könige von Bayern und Württemberg den ersten preußischen Bundesentwurf vom 13. September 1814 und die darin allen Deutschen verbürgten Rechte kennen lernten, erteilten sie ihren Ministern Befehl Verfassungen auszuarbeiten und mit den alten Ständen zu vereinbaren um dann, auf deren Zustimmung gestützt, sich allen weiteren Anforderungen widersetzen zu können. Als die drohende Gefahr sich mehr und mehr verzog, mäßigte sich dann zwar ihr Eifer, aber sie waren doch klug genug den eingeschlagenen Weg nicht wieder zu verlassen und konnten schließlich auch nicht mehr zurück. Ja als der König von Preußen von seinen reichsständischen Ideen immer weiter abkam, gewann es für die süddeutschen Fürsten sogar einen neuen Reiz, sie zu pflegen und dadurch sich dem norddeutschen Großstaate gegenüber in der öffentlichen Meinung einen Vorzug zu verschaffen. So erhielten nach mehrjährigen Vorarbeiten Bayern am 26. Mai und Baden am 22. August 1818 eine Konstitution, wie sie den Anforderungen des damaligen Liberalismus entsprach. In Bayern war diesem Ereignisse der Sturz des Ministers Montgelas im Februar 1817 und seine Ersetzung durch den Grafen Rechberg voraufgegangen. Die von dem letzteren sofort berufene Verfassungskommission war in ihrer Mehrheit allerdings hochkonservativ; aber der König selbst entschied sich in manchen wesentlichen Punkten für die Vorschläge der liberaleren Minderheit, und das Staatsgrundgesetz, welches auf diese Weise zustande kam, fand die dankbarste Aufnahme beim Volke. Es trug auch sehr wesentlich dazu bei die Verfassungs-

Süddeutschland.

Bayern.

arbeiten in Baden zu beschleunigen. Hier lebte man nämlich in beständiger Furcht vor den Ansprüchen, welche Bayern für den Fall des Aussterbens der Dynastie auf die rechtsrheinische Pfalz erhob; und dieser Fall konnte sehr bald eintreten, da der Großherzog Karl Ludwig nach dem plötzlichen Tode seiner zwei Söhne nur einen ebenbürtigen Verwandten, seinen Oheim Ludwig, hatte, dessen Stiefbrüder, die Grafen von Hochberg, nicht für ebenbürtig galten. Daraufhin hatte Österreich in einem Pariser Vertrage vom 3. Juni 1814, der am 23. April 1815 in Wien nochmals erneuert wurde, Bayern den Heimfall der Pfalz zugesichert. Aber weder das großherzogliche Haus noch das Volk war mit dieser Aussicht zufrieden, und die Verfassung sollte eine Waffe mehr werden die bayerischen Ansprüche zu bekämpfen. Die unglaubliche Schlaffheit und Arbeitsscheu des körperlich und geistig siechen Fürsten, von dem man erzählte, daß er binnen vier Jahren 15000 unausgefertigte Aktenstücke sich habe ansammeln lassen, und die geringe Sympathie, welche seine Ratgeber für die konstitutionellen Pläne hegten, verzögerten freilich das Werk über Gebühr; aber was alle Vorstellungen Steins, Tettenborns, Reizensteins nicht hatten erreichen können, das bewirkte der Todesfall des zweiten Prinzen und die Ankündigung, daß der Erlaß einer bayerischen Verfassung bevorstehe. Im April 1818 riet das Ministerium dem Fürsten mit der Verleihung des Grundgesetzes nicht mehr zu zögern, und kaum ein Vierteljahr später konnte dasselbe, ein Werk des Finanzrates Nebenius, verkündigt werden. Es verordnete gleich in den ersten Paragraphen, daß die Grafen von Hochberg, welche zu Markgrafen von Baden erhoben waren, erbberechtigt sein sollten, eine Anordnung, deren ganze Bedeutung durch den noch vor Jahresschluß erfolgenden Tod des Großherzogs in das hellste Licht gerückt wurde. Freilich wäre diese Bestimmung doch wohl kaum von großer Wirksamkeit gewesen, wenn nicht stärkere Einflüsse dem Verlangen der Badener zu Hilfe gekommen wären. Wesentlich durch Alexanders Druck bewogen, verzichtete Bayern 1819 gegen einige Abtretungen und zwei Millionen Gulden auf seine Ansprüche, und als 1830 auch Großherzog Ludwig gestorben war, bestieg Leopold I. von der Hochbergschen Linie wirklich den badischen Thron. Baden.

Ein lebhafteres Interesse noch, als die Erteilung der bayerischen und der badischen Verfassung, erregten in ganz Deutschland die Verhandlungen und Kämpfe in Württemberg. Hier hatte der despotische König Friedrich I., ein echter Rheinbundsfürst und Anhänger Napoleons, im Jahre 1806 die alten Stände eigenmächtig aufgelöst. Als er nun 1815 dem Lande eine neue Konstitution geben wollte, mußte er es erleben, daß die Vertreter, welche er einberief, sein Angebot ablehnten und kurz und gut die frühere Verfassung zurückverlangten. Das äußerste Zugeständnis, das sie machten, bestand endlich darin, daß sie sechs Forderungen als schlechterdings unerläßlich bezeichneten und damit doch wenigstens ihre Geneigtheit im übrigen auf die neue Vorlage einzu- Württemberg.

gehen kundgaben. Aber da ebendiese sechs Forderungen dem Könige für absolut unannehmbar galten, zogen auch sie sich wieder auf ihren prinzipiellen Standpunkt zurück. Trotz aller Mängel und veralteten Bestimmungen der früheren Verfassung schien es ihnen doch wünschenswerter von einem gesetzmäßigen und historisch gewordenen Boden aus ihre Zustände weiter zu entwickeln, als von der Gnade des Königs anzunehmen, was seine Willkür vielleicht über kurz oder lang wieder zurückfordern konnte. Einem Charakter wie Friedrich I. gegenüber war dies Verfahren wohl zu rechtfertigen, obgleich es in jedem Falle alles an alles setzen hieß und mindestens dann unzweckmäßig wurde, als der alte Despot den freisinnigen Wangenheim in seinen Rat berief und durch diesen im November 1815 vierzehn Grundartikel anbieten ließ, die allen wirklich berechtigten Forderungen Genüge leisteten. Vollends unpolitisch mußte es aber erscheinen, als nach Friedrichs Tode am 30. Oktober 1816 die Stände auch dessen Sohne, dem freisinnig und deutsch gesinnten König Wilhelm, gegenüber in ihrer Weigerung beharrten und einen sehr liberalen Entwurf, den er ihnen durch Wangenheim vorlegen ließ, einfach zurückwiesen, weil sie auf der Wiederherstellung des Tübinger Vertrages von 1514 bestehen müßten. Das Gebotene kam aus zuverlässiger Hand und war zeitgemäßer und besser als das Verlangte; dennoch ließen die Württemberger von ihrem Widerstande nicht ab und stimmten jubelnd in Uhlands Verse ein:

Noch ist kein Fürst so hoch gefürstet,
So auserwählt kein ird'scher Mann,
Daß, wenn die Welt nach Freiheit dürstet,
Er sie mit Freiheit tränken kann,
Daß er allein in seinen Händen
Den Reichtum alles Rechtes hält,
Um an die Völker auszuspenden
So viel, so wenig ihm gefällt.

König Wilhelm brach die Verhandlungen trotz der gereizten Stimmung, die im Lande herrschte, nur vorübergehend ab, und teils seiner Klugheit, teils der Besorgnis der Stände, sie möchten doch am Ende ihre alte schlechte Verfassung nicht wieder erhalten und die gute neue obendrein verscherzen, war es zu danken, daß am 26. September 1819, gerade als die Reaktion mit Macht ihr Haupt erhob, eine Vereinbarung stattfand, die das Land in die Reihe der konstitutionellen Staaten einführte. Im nächsten Jahre geschah ein gleiches in Hessen-Darmstadt. Zwar befriedigte das Edikt vom 18. März 1820 die Bevölkerung durchaus nicht und die Mehrheit der gewählten Vertreter verweigerte den Eid. Indessen wußte der Großherzog klug einzulenken, versprach Berücksichtigung der Wünsche, die man äußern werde, und ließ dann wirklich aus den Vorschlägen, welche die Stände machten, eine Verfassungsurkunde zusammenstellen, die er am 17. Dezember 1820 zu allgemeiner Befriedigung in Kraft setzte.

Die kleineren Staaten.

Damit war aber die Reihe der größeren Staaten, welche neue Verfassungen bekamen, erschöpft; von kleineren Ländern waren auch Nassau, Lippe, Liechtenstein und mehrere der sächsischen Herzogtümer glücklich in den Hafen eingelaufen; ihre Konstitutionen enthielten zum Teil sehr eigentümliche Bestimmungen; so forderte man in Liechtenstein von den Abgeordneten, daß sie liegende Gründe von einem bestimmten Werte und „eine verträgliche Gemütsart" besäßen. Sachsen-Weimar war den anderen Kleinstaaten voraus; denn Karl August, Goethes Freund, war der erste deutsche Fürst, der den § 13 der Bundesurkunde erfüllte; er hatte schon im Januar 1816 die Berufung einer konstituierenden Versammlung angeordnet und nach schnell erzielter Verständigung am 5. Mai 1816 eine Verfassung erteilt, deren liberaler Charakter durch Aufhebung der Censur und Einführung der Preßfreiheit ergänzt wurde. Hildburghausen und Koburg-Saalfeld folgten dem Beispiele Weimars; in Gotha-Altenburg und Meiningen blieb es vor der Hand bei der alten ständischen Verfassung.

Norddeutschland.

Wesentlich anders hatten sich die Dinge in Norddeutschland entwickelt, so daß im Jahre 1819 ein Mann, der die französierenden süddeutschen Konstitutionen nicht sehr liebte, wohl aber ständische Vertretung überall hergestellt zu sehen wünschte, Joseph Görres, in die Klage ausbrechen konnte: während die eine Hälfte Deutschlands sich im Veitstanze bewege, sei die andere wie vom Schlagfluß gelähmt. Die Verfassungen einzelner Staaten konnten geradezu für Kuriositäten gelten. So zerfielen die königlich sächsischen Landstände in 7 Abteilungen, die sich niemals als Ganzes versammelten, von denen aber zwei, die der Ritterschaft und der Städte, nach den Kreisen des Landes wieder in Unterabteilungen gegliedert waren, so daß der Volkswitz mit Recht sagen durfte: der Landtag spiele Kämmerchen. In Mecklenburg war die Regierung einer Reform wohl zugeneigt; denn thatsächlich besaß sie zwar in einem Teile des Landes, dem Domanium, unumschränkte Gewalt; aber dafür war sie in dem anderen Teile gänzlich machtlos gegenüber der Ritter- und Landschaft, die von keiner Neuerung etwas hören wollte und jede Steuerreform verweigerte, weil die Abgaben ja vor 60 Jahren auf ewige Zeiten festgesetzt seien. In Oldenburg gab es trotz Artikel 13 der Bundesakte überhaupt keine Vertretung des Volkes, weil der Herzog meinte, man wolle lieber erst abwarten, wie die neue Einrichtung sich in anderen Ländern bewähre. In Hannover hätte der Adel am liebsten die 14 verschiedenen Verfassungen wiederhergestellt, die vor der französischen Zeit bestanden; allein hier griff die Regierung entschieden durch, indem sie einen provisorischen „allgemeinen Landtag" einberief, dessen Zusammensetzung freilich gerechten Anforderungen nicht entsprach; denn unter 85 Abgeordneten waren dem Adel 43, dem Bauernstande nur 3 Vertreter zugestanden. Kein Wunder daher, wenn die Versammlung so reaktionär wie möglich war, die Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen verweigerte, die Herstellung einer hannoverschen Münz- und Maßeinheit

verwarf und kaum die Einführung einer gleichmäßigen Besteuerung genehmigte. Auch die Verfassungen der übrigen norddeutschen Staaten teilten mehr oder minder den überlebten Charakter der eben geschilderten und entsprachen in keiner Weise den Forderungen des Liberalismus; sie alle knüpften an das mittelalterliche Ständewesen an und begünstigten den Adel und die Geistlichkeit vor dem Bürger und vollends vor dem Bauer; sie waren der gerade Gegensatz zu dem, was die Zeit verlangte, zu dem sogenannten Repräsentativsystem, das jedem Staatsbürger, der eine bestimmte Steuerkraft aufzuweisen vermochte, gleiches Wahlrecht und gleichen Einfluß auf die Zusammensetzung der Landesvertretung geben wollte. Allein sie erfüllten doch wenigstens dem Buchstaben nach die Zusicherungen der Bundesakte. In dem größten Staate, in Preußen, blieb jedoch auch dieser Buchstabe lange unerfüllt, obgleich ihm durch das feierliche Versprechen des Königs eine erhöhte Bedeutung zu teil geworden war. Für Preußens innere Entwickelung wie für seine Stellung in Deutschland erwies sich das als ein schwerschädigender Übelstand.

Die Verfassungsfrage in Preußen.

Der Gedanke eine beratende Volksvertretung zur Mitwirkung bei der Besteuerung und Gesetzgebung heranzuziehen war eine Frucht der Stein-Hardenbergschen Reformperiode. Schon im Jahre 1811 hatte der König Notable zu diesem Zwecke nach Berlin gerufen, und als im nächsten Jahre die Generalkommission für die Regelung des Schuldenwesens zusammentrat, war derselben auch die Eigenschaft einer „interimistischen Landesrepräsentation" beigelegt. Vergeblich hatten sich aber die Abgeordneten bemüht die Regierung zu endgültigen Schritten zu drängen. Die erste Session, die im April 1812 eröffnet wurde, nahm ein plötzliches Ende, als der König im Januar 1813 von Berlin nach Breslau übersiedelte; während der zweiten, die vom Februar 1814 bis zum Juli 1815 dauerte, wurde die Bitte dringend erneuert, und es erging darauf auch am 22. Mai 1815 von Wien aus ein königliches Edikt, in welchem Friedrich Wilhelm III. wiederholt versprach der preußischen Nation als Pfand seines Vertrauens in schriftlicher Urkunde eine Verfassung zu geben. Als Grundzug derselben wurde hingestellt, daß Provinzialstände überall da, wo sie existierten, erhalten, wo sie aber noch nicht existierten, eingeführt werden sollten. Aus den Provinzialständen solle eine Landesrepräsentation in Berlin gewählt werden, deren Aufgabe es sei beratend bei allen Gesetzen mitzuwirken, welche die persönlichen und die Eigentumsverhältnisse der Staatsbürger beträfen. Ein entscheidendes Beschlußrecht war den Ständen also von vornherein nicht zugesagt und lag auch später niemals in der Absicht des Königs. Ein Ausschuß unter dem Vorsitze des Staatskanzlers von Hardenberg sollte am 1. September in Berlin zusammentreten um den Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Diese königliche Zusicherung wurde in den nächsten Wochen in den Patenten, durch welche der Monarch von den ihm zugefallenen Landesteilen Besitz ergriff, feierlich wiederholt. Allein der 1. September kam heran, ohne daß die Kommission zusammen-

trat. Freilich gab es dafür zunächst hinreichende Entschuldigung in der politischen Lage; denn noch war der zweite Pariser Friede nicht geschlossen, noch weilte der König selbst und mit ihm der Staatskanzler in Paris. Aber auch als beide in die Hauptstadt zurückgekehrt waren, hörte man nichts von dem Zusammentritte der verheißenen Kommission, und bald genug trat es zu Tage, daß nicht in äußeren zwingenden Gründen, auch nicht in den inneren Schwierigkeiten der Verfassungsangelegenheit allein, sondern in der persönlichen Umstimmung des Königs der Anlaß dieser Verzögerung zu suchen sei. Es gab am Berliner Hofe eine große und wohlorganisierte Partei, die in der Erhaltung der alten unumschränkten Regierungsform ihre Hauptaufgabe sah. An ihrer Spitze standen der Polizeiminister Wittgenstein, von dem man sagte, daß er dem Könige als Spucknapf seiner Launen diene, der Schwager des Monarchen, Herzog Karl von Mecklenburg-Strelitz, der General von dem Knesebeck; Tauentzien, von der Goltz, Bülow, Schuckmann und eine lange Reihe anderer einflußreicher Männer schlossen sich ihnen an. Ihre erste Aufgabe mußte sein Zeit zu gewinnen; es galt dem Könige begreiflich zu machen, daß es besser sei mit der Berufung der Landstände noch zu warten. Preußen war soeben durch neue Provinzen vergrößert worden; zu den 5 Millionen, welche den Staat von 1813 bildeten, waren 5½ Million neuer Unterthanen hinzugetreten, die, vor kurzem noch zu mehr als hundert deutschen Territorien gehörig, bis dahin von den Gesetzen von neun verschiedenen Staaten regiert waren. Von ihren Vertretern durfte man schwerlich eine wirklich preußische Haltung erwarten. Sachsen, Posen und die Rheinlande schmollten und murrten; ihre Repräsentanten hätten in einem preußischen Landtage von vornherein eine gehässige Opposition gebildet, welche die innere Festigung des Staates ernstlich gefährden konnte. Dieser Grund, dem es nicht an sachlicher Kraft fehlte, mußte in den Augen des Königs einen Aufschub durchaus rechtfertigen. Damit aber war viel gewonnen. Denn aus denselben Gründen konnte man auch die Berufung polnischer, sächsischer, rheinischer und — um keine Provinz zurückzusetzen — aller Provinzialstände widerraten, und solange diese ihre Thätigkeit nicht begonnen, ja ihre Gestaltung überhaupt noch nicht erhalten hatten, war man vor allgemeinen Ständen völlig sicher. Die Gewissensbedenken, welche der König über den Bruch seines Wortes empfand, wurden durch den Hinweis darauf beschwichtigt, daß die Wohlfahrt des Landes ein solches Verfahren erheische. Berichtet doch der Bischof Eylert, des Königs Vertrauter, in dessen Biographie: er habe gehandelt wie ein weiser Vater, der, gerührt von der anhänglichen Liebe seiner Kinder, an seinem Geburts- oder Genesungstage gefällig auf ihre Wünsche eingehe, dann aber mit Ruhe dieselben modifiziere und seine Autorität aufrecht erhalte. Wenn er überzeugt wäre, so äußerte der König wohl, daß eine Verfassung zum wahren Besten des Landes gereiche, so würde er zu jeder Aufopferung bereit sein; so aber müsse er erst abwarten, ob sich die Sache in fremden

Die Gegner. — *Verzögerung der Sache.* — *Bearbeitung des Königs.*

Ländern bewähre. Und als ihm später die Erfahrung das Gegenteil zu beweisen schien, machte er ebendeshalb dem Staatskanzler die Verordnung von 1815 zum Vorwurfe, weil er fühlte, daß sein Versprechen ihm eine Verpflichtung auferlege, und weil er die Einlösung dieses Versprechens doch für eine Schädigung des Landes hielt. Um aber in dem Könige die Überzeugung wach zu rufen, daß wirklich ein revolutionärer und preußenfeindlicher Geist in der Bevölkerung herrsche, dazu dienten zunächst die thatsächlichen Bezeugungen dieses Geistes, wie der Aufstand der sächsischen Soldaten zu Lüttich im Mai 1815, das Bewerfen der preußischen Wappenschilder, woran sich die Naumburger Straßenjugend ergötzte, der ungemein freie kritische Ton, den das Hauptblatt der rheinischen Presse, der Rheinische Merkur, unter Görres' Leitung anschlug. Die Rückschrittspartei war nicht müßig, diese und ähnliche Vorkommnisse auszubeuten. Was ihre Häupter im Privatgespräche mit dem Könige erörterten, das ließ man durch den Zaren, dessen Revolutionsfurcht leicht rege zu machen war, mit größerem Gewichte wiederholen, oder durch gewandte Federn in vertraulichen Staatsschriften eingehend begründen und dem Könige mundgerecht machen. Schon im März und April 1815 waren ein paar solcher Abhandlungen dem Staatskanzler überreicht worden um das Versprechen einer Verfassung zu hintertreiben. Da der König trotzdem das Mai-Edikt genehmigte, wandte sich der Hofrat Janke im August direkt an den Monarchen mit Angebereien, die den gefährlichen Geist, der in Deutschland herrsche, beweisen sollten, und seine Erörterungen wurden wieder durch eine lange Abhandlung unterstützt, mittels deren man den König im November über die geheimen politischen Verbindungen zu belehren oder zu beunruhigen suchte. Denn diese geheimen Verbindungen mußten den Hauptstoff zu den Verdächtigungen liefern, und unter ihnen wieder vorzugsweise der Tugendbund, der zur Zeit der Fremdherrschaft ein sehr unschuldiges Dasein geführt hatte und dem nunmehr nachgesagt wurde, daß er die gefährlichen Ideen, die in der Zeit der Not in Umlauf gekommen seien, nähre, und ihnen durch die angesehene Stellung seiner Mitglieder, unter denen sich Generale und Diplomaten befänden, erst Kraft und Ansehen gebe. Während der König direkt auf solche Weise mit diesen Gedankenkreisen vertraut gemacht wurde, begann die Partei in sehr geschickter Art sie ihm auch durch die Presse nahe legen zu lassen. Der Hofrat Schmalz, ein Schwager Scharnhorsts, mußte dieselben Ideen in einem Schriftchen verarbeiten, das im September 1815 erschien. Daß sich dagegen ein gewaltiger Sturm erhob und eine Flut von Antworten die erhobenen Anschuldigungen zurückwies, war den Parteiinteressen nur förderlich. Denn gerade das war dem Könige, der sich nicht gern „genieren" ließ, höchst verdrießlich, während seinem prosaischen Gemüte nichts mehr zusagte, als die Behauptung, zu welcher Schmalz sich verstiegen hatte, daß ein begeisterter Aufschwung des Volkes sich 1813 mit nichten gezeigt, daß vielmehr die Nation sich nur aus Gehorsam für ihren König erhoben

Das Schreckmittel der Geheimbünde.

Die Schmalzische Schrift.

habe, sowie man bei einer Feuersbrunst aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen herbeieile. Als nun die gründliche Verarbeitung, welche dem Schmalzschen Machwerke in Zeitungsaufsätzen und Gegenschriften zu teil wurde, der allgemeinen Entrüstung den kräftigsten Ausdruck verlieh, da war es wiederum nicht schwer den König zum Einschreiten zu bewegen, um dem ungerecht leidenden Verfechter königstreuer Ideen eine Genugthuung zu bereiten und das unbehagliche Gezänk zur Ruhe zu bringen. Es war ein großer Sieg, den die Rückschrittspartei erfocht, als der König dem Streite in der Presse durch eine Verordnung Stillschweigen gebot; ein noch größerer, als er dem Angeber einen Orden verlieh. Zu diesem verfänglichen Schritte hätte es niemals kommen können, wenn Hardenberg, hinter dessen Rücken derselbe geschah, beim Könige die Stellung eingenommen hätte, die ihm zukam. Aber dieser Staatsmann, an dessen liberalen Grundsätzen man nicht zweifeln konnte, liebte sein Amt doch mehr als seine Grundsätze. Rücksichtslos für die letzteren einzutreten war niemals seine Sache gewesen; schon seine laxe Lebensweise vertrug sich kaum mit freierem Schwung und sittlichem Pathos. Überdies klopften jetzt die Schwächen des Alters vernehmlich bei ihm an; seine Schwerhörigkeit nahm so zu, daß sie ihn sehr in den Geschäften behinderte; trotzdem wollte er alles selbst besorgen und verzögerte dadurch oft die wichtigsten Dinge. Ratgeber und Gehilfen konnte er ja schlechterdings nicht entbehren; aber er suchte sie möglichst in solchen Kreisen, aus denen ihm keine Nebenbuhler erstehen konnten, es waren „kuriöse Leute", wie der König sich ausdrückte. Männer von Rang und Talent, wie Wilhelm von Humboldt, wünschte er sich und dem Monarchen möglichst fern zu halten, damit sie ihm nicht über Nacht zu Nachfolgern erwüchsen. Dem Könige kräftig entgegenzutreten wagte er nicht, weil er sich sein Amt bis an seinen Tod zu erhalten wünschte. Mochte Gneisenau ihn auf das Lebhafteste antreiben gegen die Auszeichnung, die Schmalz zu teil wurde, aufzutreten, mochte Blücher ungeberdig mit Hundsföttern um sich werfen, der Staatskanzler schwieg still und ließ sich den Schlag gefallen. Aber die öffentliche Meinung, soweit sie überhaupt sich aussprach, war nicht so geduldig, und ein ingrimmiger Haß gegen „den Kamptz- und Schmalz-Gesellen, den Bel- und Kotzebue", wie es in Follens Liede hieß, griff um sich.

Hardenbergs Schwäche.

Zum Unglück für die liberalen Ideen war es leider vorzugsweise die Jugend, welche sie treu und ausharrend pflegte. Die große Masse der Gebildeten und Halbgebildeten hatte sich sehr bald nach den Freiheitskriegen von den politischen Interessen fast gänzlich zurückgezogen. Auf der einen Seite zwang die schwere materielle Not der Zeiten mit ihren Hungerernten und mit der Überschwemmung des deutschen Marktes durch englische Waren den Hausvater vor allem mit ganzer Kraft auf den Erwerb bedacht zu sein; zu freier freudiger Hingabe an die großen Fragen des Gemeinwohls fehlte die Muße und der sorgenfreie Sinn. Auf der anderen Seite fehlte das Gegengewicht, das eine

Geistige Strömungen.

regsame und anregende politische Presse hätte gewähren können; diese sollte ja erst noch geschaffen werden und vermochte sich unter der Ungunst der Verhältnisse nicht natürlich zu entwickeln. Statt dessen breitete sich eine seichte Unterhaltungslektüre aus, die der schlaffen Zeit gerade recht war. Die Taschenbücher und Almanache, die Ritterromane und Schicksalstragödien, die bürgerlichen Rührstücke und die süßlichste Mondscheinlyrik wurden der Nation als Kost geboten und willig entgegengenommen. Die bedeutenderen Talente standen unter dem Banne der Romantik, die sich mit innigstem Behagen in die Poesie fremder Völker und entlegener Zeiten tauchte, die selbst die Wissenschaft mit ihren mystischen und phantastischen Ideen verquickte und an die Stelle der männlichen Ethik und Kritik eines Kant oder des kühnen Idealismus eines Fichte die verschwommene Naturphilosophie Schellings oder die theosophischen Spekulationen Baaders setzte, ganz zu geschweigen der krankhaften Auswüchse, die in den ernsthaft gemeinten wissenschaftlichen Forschungen über Magnetismus und Hellseherei und die ganze Nachtseite der menschlichen Natur zu Tage traten. Wohl wurde in der romantischen Schule zu dieser Zeit der Grund zu einer neuen Entfaltung der Wissenschaft auf dem Gebiete der Sprachforschung, der Geschichtschreibung, selbst der Naturkunde gelegt; aber die ersten genießbaren Früchte, welche daraus erwuchsen, kamen erst dem nächsten Jahrzehnt zu gute. Wohl gab es auch in den Kreisen dieser Männer solche, die der Gegenwart nicht abgestorben waren; aber sie waren vereinzelt, und ihr Wirken auf politischem Gebiete konnte überdies der Trübung durch ihre romantischen Ideen nicht entgehen. Fast alle die erwachsenen Vorkämpfer des politischen Lebens standen entweder allein, oder verfolgten absonderliche Ideale, oder ließen sich von dem jugendlich unreifen Tone anstecken, ja nährten ihn vielfach. Männer wie Humboldt, Vincke, Schön und andere, die vereinigt großes hätten erreichen und dem Staatskanzler einen festen Rückhalt bieten können, standen entweder zu diesem in einem lauen, ja widrigen persönlichen Verhältnisse, oder sie waren in den Provinzen zerstreut. Männer wie Stein, Stägemann, Niebuhr, Gneisenau verfochten zum Teil überwundene und unmögliche Ideen, wie die Bevorrechtung des Adels, die Herstellung eines Patriziates in den Städten, die selbständige Verwaltung der Provinzen und ähnliches. Endlich war da die dritte Klasse, Männer, die im engsten Verkehre mit der rührigen Jugend standen, aber auch am meisten in deren unreife Begeisterung verstrickt waren. Der ausgeprägteste Charakter unter diesen Leuten war der Turnvater Jahn, den Arndt wohlwollend einen gereinigten Eulenspiegel, Stein aber einen fratzenhaften, dünkelvollen Narren schalt. Dafür pries der deutsche Turner um so begeisterter den Mann, der für des Volkes urheilige Rechte zu der Freiheit Rennlaufsbahn dem wehrlichen Geschlechte voranschreite und die Jugend hinausführe in die frische freie Luft, wo der Sinn für das öffentliche Leben und seine Aufrichtigkeit gedeihe. Seine verrücktesten Ideen fanden den lautesten Beifall. Sein wüster

Die Deutschtümelei.

Franzosenhaß weckte das kräftigste Echo in den Kämpfern der Freiheitskriege. Bezeichnend war sein Vorschlag an der Grenze gegen Frankreich einen wilden Wald, eine Hamme, wie er es nannte, mit Auerochsen, reißenden Bestien und Grenzwächtern anzulegen und so jeden Verkehr mit dem welschen Nachbar abzuschneiden. Ein urdeutsches Volkstum sollte wiederhergestellt werden; mit schwärmerischer Verehrung sprach man von den Teutonen und Cheruskern; der freie Burschenton sollte die Herrleinsitten verdrängen, „Wanderart und Turnerfahrt die Stubenwacht und Ofenpacht, so die Herzen weich gemacht". Ihren Mittelpunkt fand diese reformatorische Bewegung, die sich äußerlich in schwarzsamtnen Schnürenröcken und schwarz-rot-goldenen Pfeifentroddeln kund gab, in der allgemeinen deutschen Burschenschaft. Schon 1810 hatte Fichte bei der Gründung der Universität Berlin die dortigen Studenten mit Hardenbergs Vorwissen zu einer solchen Burschenschaft zu vereinigen gesucht um das rohe Treiben der Landsmannschaften, welches in jener Zeit die meisten Hochschulen beherrschte, von vornherein auszuschließen. Ähnliche Versuche waren in den nächsten Jahren auch in Gießen gemacht worden und nicht ganz ohne Erfolg. Wirklich entscheidend aber wurde der Vorgang Jenas, wo die Burschenschaft sich am 12. Juni 1815 begründete und von wo sich ihr Gedanke über eine große Anzahl anderer Universitäten verbreitete. Eine unmittelbare politische Wirksamkeit beabsichtigte sie übrigens in diesen ersten Jahren noch nicht; diese Bestrebungen gehören erst der Zeit nach 1817 an; aber der Wunsch das nationale Leben in der deutschen Jugend zu wecken, das aufreizende Treiben, das unerläßlich damit verbunden war, der jugendliche Leichtsinn, der unbesonnen mit kecken und verfänglichen Worten um sich warf, machten die Burschenschaft von vornherein für die Rückschrittler zu einem Gegenstande sorgfältiger Beobachtung und zu einem Popanz, den geschickt zu verwerten man nicht unterlassen dürfe.

Die Burschenschaft.

Unsicheres Schwanken in Berlin.

Denn allerdings war damit, daß die Verfassungskommission, welche am 1. September 1815 hatte zusammentreten sollen, noch immer nicht existierte, das Spiel der Reaktionäre noch keineswegs gewonnen. Friedrich Wilhelm hatte sich überzeugen lassen, daß er die Erteilung einer Konstitution noch verschieben müsse, aber an sein Versprechen hielt er sich nichtsdestoweniger innerlich so sehr gebunden, daß er noch 1818 auf dem Kongresse zu Aachen äußerte, wenn er die Verfassung verliehen habe, dann könne er ruhig sterben. Auch verübelte ihm die öffentliche Meinung das bisherige Zögern nicht in allzuhohem Maße. Entschieden liberale Blätter, wie Ludens Nemesis, bezeichneten ihn noch 1816 als „einen der edelsten, hochgesinnten, vortrefflichen Monarchen, der kein anderes Ziel kenne als das Glück seines Volkes". Die offene Begünstigung von Schmalz, die Unterdrückung des Rheinischen Merkurs, der im Januar 1816 aufhören mußte zu erscheinen, der öffentliche Tadel, welcher dabei dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, dem trefflichen Sack, wegen der „bisher gestatteten Freiheiten" erteilt wurde, die Ver-

setzung desselben nach Pommern, die Aufhebung des Tugendbundes, änderten allerdings dies Urteil vielfach und es mehrten sich die Klagen über die steigende Reaktion. Allein neben diesen bedenklichen Zeichen fehlten doch auch die Spuren nicht, daß die liberale Strömung den Kampf unverdrossen fortsetze. Einen großen Triumph feierte sie, als am 20. Mai 1817 der Staatsrat eröffnet und in dessen Schoß alsbald ein Ausschuß von 22 Mitgliedern für die Verfassungsangelegenheit gebildet wurde. Freilich hielt dieser nur eine einzige Sitzung am 7. Juli 1817, in der mitgeteilt wurde, daß auf des Königs Befehl drei Kommissarien (Altenstein, Beyme und Klewitz) die einzelnen Provinzen bereisen sollten, um dort aus dem Studium der früheren Verfassungen und aus der Beratung mit angesehenen Einwohnern Stoff für weitere Beschlüsse in der nächsten Sitzungsperiode des Staatsrates zu sammeln. Immerhin war das aber ein beträchtlicher Fortschritt und die Hoffnungen der Verfassungsfreunde, die durch Adressen an den König und an den Bundestag ihre Sache noch schneller zu fördern dachten, stiegen sehr. Das meiste Vertrauen setzten sie auf Wilhelm von Humboldt, der im Staatsrat als Führer der Opposition sich geltend gemacht und durch seine energische Bekämpfung neuer Steuerpläne den bisherigen Finanzminister von Bülow gestürzt hatte. Man sprach schon davon, daß Hardenbergs Tage gezählt seien und Humboldt ihn ersetzen werde. Aber diese Gefahr wußte der Staatskanzler, wenn sie bestand, geschickt zu beseitigen; einmal dadurch, daß er Humboldt als Gesandten nach London schickte, und zweitens durch ein verstärktes Liebäugeln mit liberalen Ideen, das seinen Gipfelpunkt in einer preußischen Erklärung am Bundestage (5. Februar 1818) erreichte, worin die bisherige Verzögerung der Verfassung entschuldigt und für ihrem Ende nahe erklärt wurde; die Provinzialstände, so hieß es, würden bald ins Leben treten, die Gesamtverfassung ihnen folgen; übers Jahr denke die Regierung dem Bundestage weitere Mitteilungen machen zu können.

Der Staatsrat.

Wilhelm von Humboldt.

Erklärung am Bundestage.

Wenn die Rückschrittspartei durch diesen Gang der Dinge an Boden verlor, so fand sie dafür leider unfreiwillige Bundesgenossen in den allzuglühenden Vorkämpfern der liberalen Sache in der Presse und der öffentlichen Meinung. Zwei Ereignisse, die studentische Wartburgfeier vom 18. Oktober 1817, und die rheinische Adreßdeputation vom 12. Januar 1818, dienten ihren Plänen, das eine, indem es von ihnen geschickt ausgebeutet wurde, das andere, indem es den König unmittelbar verletzte. Die Burschenschaft hatte in den zwei Jahren, die sie nunmehr bestand, kräftige Wurzeln auf den Hochschulen geschlagen; es schien jetzt an der Zeit sie auch äußerlich in ihren einzelnen Zweigen zusammenzufassen, und so wurde auf den 18. Oktober 1817 eine Versammlung nach der Wartburg ausgeschrieben, um dort „das dreifache Fest der Reformation, des Sieges bei Leipzig und der ersten freundschaftlichen Zusammenkunft deutscher Burschen“ zu begehen. Die städtischen Behörden von Eisenach, die Geistlichkeit, einige Jenenser Professoren nahmen teil; an alle pro-

Das Wartburgfest.

testantischen Universitäten ergingen die Ausschreiben; von allen bis auf vier erschienen Abgesandte; doch war die große Mehrzahl der 500 Teilnehmer natürlich von Jena herbeigekommen. Das Fest hatte einen ernsten religiösen Anstrich; es fehlte nicht zum Beginn und Schluß der feierlichen Versammlung im Rittersaale der Choralgesang und der apostolische Segen; auch eine Abendmahlsfeier, an der sich über 200 Studenten beteiligten, fand am zweiten Tage statt. Die Reden hatten einen ernsten, schwungvollen, aber vorwiegend unpolitischen Charakter; und wenn ja von dem einen geklagt wurde, daß so viele schöne Hoffnungen vereitelt seien; wenn ein anderer trauernd ausrief, daß nur ein Fürst fürstlich sein Wort gelöst und eine Verfassung erteilt habe, so mahnten andere Stimmen, besonders der treffliche Professor Oken, von Selbstüberhebung ab, da es dem Burschen nicht gezieme zu bereden, was im Staate geschehen solle, andere riefen auf zu frischer Hoffnung und Vertrauen in die deutsche Zukunft. Schon war das eigentliche Fest zu Ende und sein praktischer Ertrag der Beschluß eine allgemeine deutsche Burschenschaft ins Leben zu rufen; auf den Höhen des Wartenberges, der Wartburg gegenüber, brannten im abendlichen Dunkel, wie rings auf den Bergen umher, die Oktoberfeuer. Da führte ein kleinerer Kreis ein satirisches Nachspiel auf. Der Student Maßmann schleppte ohne Wissen des Festausschusses einen Korb voll Bücher herbei; in der Hand eine Heugabel und mit großen schwarzen Zetteln versehen, auf welchen mit fernscheinenden Buchstaben die Namen der Verdammten geschrieben standen, erschienen einige Burschen an dem meistlodernden Holzstoße. Laut wurden die Titel der Bücher verlesen und dann die Zettel, auf denen sie standen, bei einigen auch das Buch selbst mit der Heugabel den Flammen übergeben. So wanderten neben einem Schriftchen Immermanns gegen die Burschenschaft Kotzebues deutsche Geschichte, des Herrn von Kamptz Codex der Gendarmerie und Schmalzens verhaßte Denunziation, überdies Schriften von Haller, Ancillon, Wangenheim, alles in allem 28 Bücher ins Feuer, zur Nachahmung von Luthers Bullenverbrennung, als Kundgebung „des grimmigen Hasses gegen alle Bösen und Buben im Vaterlande", und hinter ihnen drein flogen ein hessischer Zopf, ein österreichischer Korporalstock und ein preußischer Gardistenschnürleib. Es war eine Handlung jugendlichen Leichtsinnes und Übermutes, die auch wohlwollende Männer wie Stein und Niebuhr ärgerte und empörte, besonders da sie in übertriebener Weise berichtet und zu den verbrannten Schriften auch die Wiener Kongreßakte und die Urkunde des heiligen Bundes gefügt wurde. Vollends auf die reaktionäre Partei wirkte das Ereignis wie ein heftiger galvanischer Reiz. In hellem Zorne erhoben sich die Betroffenen. Herr von Kamptz verlangte in einem anmaßlichen Schreiben von dem Großherzoge von Weimar Schutz gegen den Haufen verwilderter Professoren und verführter Studenten und gegen die durch Feuer und Mistgabeln von Schwärmern und Unmündigen geübte Censur. Fürst Hardenberg und der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Zichy,

Ausnutzung durch die Reaktion.

reisten in Person nach Weimar und Jena um die Unthat in nächster Nähe zu studieren, überzeugten sich übrigens, daß die Sache nicht so schlimm sei, wie man sie dargestellt habe. Aus Petersburg und Paris trafen Noten ein, die zu entschiedenem Vorgehen mahnten; kurz, vier Großmächte voran, erhob sich alles wider Weimar und die Studenten, so daß dem Großherzog nichts übrig blieb, als die Preßfreiheit wieder mit einem Censurgesetze zu vertauschen, die projektierte Burschenzeitung zu untersagen, die anderen Zeitungen scharf zu verwarnen und gegen die beteiligten Professoren eine Untersuchung einzuleiten. Allein sein Verhalten dabei zeigte deutlich, wie er nur dem äußeren Zwange gehorche, und seine Stellung zu seinen Unterthanen blieb deshalb ungetrübt.

Dem Könige von Preußen war schon das Burschenfest äußerst zuwider gewesen; die Diskussion, die damit verknüpft war, und die sich noch Monate hinzog, genierte ihn gleichfalls; vollends ging ihm aber die Geduld aus, als das zweite vorhin erwähnte Ereignis, die rheinische Adresse, hinzukam. Hardenberg begab sich nämlich im Winter 1817—18 an den Rhein, um die dortigen Stimmungen und Verhältnisse kennen zu lernen. Die neue Provinz war keineswegs mit ihrer Lage zufrieden; neben vielem guten Willen hatte die Regierung doch auch viel Ungeschick gezeigt; wenn es einen guten Eindruck machte, daß der König in der herrschenden Hungersnot für 2 Mill. Thlr. Ostseegetreide ankaufen ließ, so war andererseits durch die Behandlung der Personenfragen viel Mißstimmung hervorgerufen. Jetzt forderte der Kanzler öffentlich auf, jeder, der etwas zum Besten des Landes vorzubringen habe, möge es ihm mitteilen. Diese Einladung benutzte Görres, der eifrige Befürworter ständischer Verfassungen, um eine Adresse zustande zu bringen, die er am 12. Januar an der Spitze von 18 Personen mit etwa 5000 Unterschriften versehen dem Staatskanzler überreichte. Über den wohlwollenden Empfang berichtete er öffentlich in einem Adreßbüchlein. Auch dieses fand bei Hardenberg gute Aufnahme und freundlichen Dank. Aber in Berlin verletzte der Ton der Einleitung und des Nachsatzes aufs äußerste; der Kronprinz schickte das Widmungsexemplar mit einem bitteren Briefe zurück; der Kanzler wurde ungnädig zurecht gewiesen, und während noch am 5. Februar 1818 die erwähnte verfassungsfreundliche Erklärung am Bundestag erfolgt war, erging am 21. März eine Kabinetsordre, nach welcher Se. Maj. sich vorbehielt die Zeit zu bestimmen, welche zur Erteilung einer Verfassung geeignet sei. Von der Kommission des Staatsrates hörte man inzwischen nichts mehr: die Ansichten der Mitglieder aber gingen weit auseinander; neben den entschiedenen Verfassungsfreunden, wie W. v. Humboldt, Beyme, Boyen standen die entschiedenen Gegner unter Savignys Führung; während eine dritte vermittelnde Gruppe, für welche Ancillon das Wort führte, der Meinung war, daß man nichts übereilen dürfe, und daß die Verfassung um so vollkommener werden müsse, je mehr man ihr Zeit zum Reifen lasse. Diese Ansicht entsprach auch am meisten den Neigungen des Königs.

Die rheinische Adresse.

Niederlage der Verfassungsfreunde.

Wenn sie aber an sich schon einen Sieg der Rückschrittspartei bedeutete, so mußte das große Ereignis des Jahres 1818 sie noch mehr dazu stempeln.

Der Aachener Kongreß.

Dieses Ereignis war der Monarchen- und Ministerkongreß, der vom 30. September bis 21. November in Aachen stattfand. Seine eigentliche Aufgabe war zu beraten, ob die Besetzung Frankreichs noch länger andauern solle. Thatsächlich war diese Frage aber schon zum voraus verneint, so daß der förmliche Beschluß die Truppen am letzten November zurückzuziehen schon am 9. Oktober gefaßt werden konnte. Man ging in der Freundlichkeit gegen Frankreich aber noch weiter; die Monarchen von Rußland und Preußen machten von Aachen einen Abstecher nach Paris; es wurde eine Verminderung der Kriegssteuer beschlossen, und endlich der französische König eingeladen sich künftig an den periodischen Beratungen zu beteiligen, welche, wie früher erwähnt, die Ostmächte am 20. November 1815 unter sich vereinbart hatten. In einer Erklärung vom 15. November 1818 teilten die Fürsten dies Europa mit und bezeichneten den Beitritt Frankreichs als den Schlußstein des Friedenswerkes und die Ergänzung ihres politischen Systemes, dessen Bestand dadurch verbürgt werde. Indes wurde gleichzeitig doch auch die Quadrupelallianz insgeheim erneuert und ein Abkommen getroffen, welches das militärische Einschreiten bei etwaigen revolutionären Vorgängen in Frankreich regelte. Künftige Kongresse sollten dann stattfinden, wenn die eigenen Interessen der fünf Mächte oder der Aufruf eines anderen Staates sie erforderten.

Die Räumung Frankreichs.

Verabredungen gegen den Liberalismus.

Alle diese Verhandlungen waren mit großer Leichtigkeit zu Ende geführt worden; Metternich versicherte niemals eine größere Einmütigkeit unter den Kabinetten gesehen zu haben. Der König von Preußen erwies ihm das größte Vertrauen; der Kaiser Alexander schien jede Erinnerung an die ernsten Konflikte, die zwischen ihm und dem österreichischen Staatsmanne 1814 und 1815 bestanden hatten, ausgetilgt zu haben. Diese günstige Lage wußte Metternich geschickt zu benutzen um gegen den Liberalismus zu arbeiten. Freilich hütete er sich wohl irgend einen gemeinschaftlichen Schritt in dieser Richtung vorzuschlagen; um so thätiger aber war er unter der Hand. Dem Könige von Preußen ließ er einen Aufsatz übergeben, dessen Grundgedanke war, daß die Bewilligung einer Volksvertretung die Auflösung des Staates bedeute; nur die einzelnen Provinzen dürften ständische Körper erhalten, und höchstens könne man später vielleicht aus je drei Deputierten derselben eine „Centraldeputation" zur Beratung des Budgets und der Gesetzgebung im höchsten Sinne bilden. Ebenso dringend empfahl er in seinem zweiten Aufsatze Maßregeln gegen die Universitäten, die Turnvereine und die Presse. Die Neuerer hätten es aufgegeben von der jetzigen Generation etwas zu hoffen; um so eifriger aber seien sie bemüht die heranwachsende Jugend unter ihre revolutionär-moralische Zucht zu bringen; dazu diene ihnen die Burschenschaft, und, als Vorbereitung für diesen Universitätsunfug, das Turnwesen, das gänzlich unterdrückt werden müsse. Diese Aus-

Sturdzas Schrift. führungen fanden eine bemerkenswerte Unterstützung durch eine Anklageschrift gegen den revolutionären Geist des deutschen Volkes, welche der walachische Bojar Sturdza dem Kaiser Alexander übergab. Allerlei Umstände wirkten zusammen die Revolutionsfurcht des Zaren wachzurufen. Da kamen aus Polen Nachrichten, die den Selbstherrscher mißstimmten; da fielen die Wahlen in Frankreich unerhört liberal aus und brachten alte Republikaner wie Lafayette und Manuel in die Kammer; da wurde die Verschwörung einiger Belgier entdeckt, die Alexander auf der Durchreise durch ihr Land zur Anerkennung Napoleons II. zwingen wollten. Unter diesen Eindrücken nahm der Zar Sturdzas Machwerk, das gleichzeitig in verschiedenen Sprachen gedruckt wurde, sehr günstig auf und sorgte selbst für dessen Verbreitung. Als die traurigste Seite der deutschen Zustände hatte Sturdza die Lage der öffentlichen Erziehung geschildert. Die Universitäten würden von manchen Regierungen nur als Finanzspekulationen betrachtet um Geld ins Land zu ziehen; die Professoren sähen bei ihrem Unterrichte nur auf Honorar und Popularität; die Studenten hätten sich in der Burschenschaft eine aufrührerische Verbindung geschaffen, für deren Absichten das Wartburgfest und einige Schlägereien in Göttingen den Beweis liefern mußten.

Die Burschenschaft. In der That hatte die Burschenschaft inzwischen einen ausgeprägteren Charakter angenommen. Schon im Sommer 1817 hatte sich in Gießen ein besonderer Zweig gebildet, die Unbedingten, deren Ziel eine Verfassung war, die Follen ausgearbeitet hatte, laut deren die Fürsten nur die ersten und zwar gewählten Beamten des Staates sein, über den einzelnen deutschen Landtagen aber ein Reichstag stehen sollte, der den König zu wählen habe. Die Gemeinschaft unter den Burschenschaften der einzelnen Universitäten war im Laufe des Jahres inniger geworden, und zu derselben Zeit, wo die Monarchen in Aachen tagten, berieten die Vertreter von 14 deutschen Hochschulen zu Jena die Bundesurkunde, die vom 18. Oktober 1818 datiert ist. Als Grundsätze des Verbandes wurden aufgestellt: Einheit, Freiheit und Gleichheit aller Burschen untereinander und christlich-deutsche Ausbildung jeder geistigen und leiblichen Kraft im Dienste des Vaterlandes. Jährlich sollten Versammlungen von Abgeordneten, sogenannte Burschentage, stattfinden; eine allgemeine Gastfreundschaft sollte gegenseitig geübt werden — auf die Dauer von drei Tagen, wie man später aus guten Gründen beifügte. Jede einzelne Burschenschaft durfte sich selbst in ihrer Weise einrichten. Meist teilten sie sich in Klassen von je zehn Mitgliedern, die einen Ausschußmann wählten; der Vorstand blieb ein halbes Jahr im Amte; sein Sprecher wechselte allmonatlich. Gemeinsame Losung aller Burschenschaften war: Ehre, Freiheit, Vaterland; die Leipziger stellte dem noch Gott voran. Sie genoß jährlich einmal insgesamt das heilige Abendmahl. Ihre Versammlungen eröffnete das Lied: Sind wir vereint zur guten Stunde. Alle Einrichtungen und Gebräuche zeigten neben jugendlichem Frohsinn und Übermut doch auch ernstes sittliches und patriotisches Streben. Doch

war der Charakter der Verbindung deshalb noch keineswegs ein politischer: die Jenenser verwarfen ausdrücklich den Antrag ein politisches Glaubensbekenntnis zu veröffentlichen, weil die Burschenschaft als solche sich mit Politik nicht zu befassen habe. Vollends von revolutionärem Geiste, von geheimnisvollem Verschwörertum war immer noch wenig oder nichts in ihr vorhanden. Dennoch machte Sturdzas Schrift auf die Fürsten und Minister einen tiefen Eindruck und führte zu dem Entschlusse die Zustände der deutschen Universitäten im nächsten Jahre auf einer Konferenz deutscher Staatsmännner zu beraten. In der deutschen Jugend aber rief sie eine unglaubliche Erbitterung hervor, die sich nicht auf den walachischen Bojaren allein, sondern auf alle seine Gesinnungsgenossen erstreckte. Sturdza selbst war auf lächerliche Weise vom Schauplatz abgetreten. Vor einer Pistolenforderung, die ihm zwei Jenenser Studenten, die Grafen Bochholz und Keller, überschickten, entfloh er von Weimar nach Dresden und erklärte von dort, er habe seine Schrift auf Alexanders Befehl gedacht, geschrieben und ausgeführt, und könne deshalb für dieselbe keine Genugthuung geben. Mit treffendem Hohne hatten die Herausforderer diesen Grund für genügend erklärt; denn eine „Denk-, Schreib- und Handlungsmaschine" könne allerdings keine Genugthuung gewähren. Aber das helle Hohngelächter, in welches die deutsche Jugend darüber ausbrach, wich sehr bald wieder einem Sturme der Entrüstung. Längst schon war Kotzebue, der als russischer Staatsrat in Weimar lebte und in seinem „Politischen Wochenblatte" die liberalen Ideen begeiferte, ein Gegenstand der allgemeinen Verachtung, die sich durch Fenstereinwerfen und ähnliche Zeichen schon öfter kundgegeben hatte. Da geriet durch Zufall einer der Berichte, die er nach Petersburg schickte, in die Hände des Jenenser Professors Luden, der ihn alsbald in seiner Nemesis, einer der tüchtigsten liberalen Zeitschriften, abdrucken ließ. Der Zorn, welchen dieses Aktenstück in aller Herzen wach rief, steigerte sich bei einem der Unbedingten, zum furchtbaren Racheschwur. Karl Sand aus Wunsiedel im Fichtelgebirge, nach den meisten Berichten eine trübsinnige schwärmerische Natur, ohne besondere Geistesgaben, entschloß sich den Verräter des deutschen Volkes zu ermorden. Kotzebue hatte seinen Wohnsitz infolge der letzten Vorgänge von Weimar nach Mannheim verlegt. Dorthin folgte ihm um die Mitte des März Sand. Am 23. März zwischen 4 und 5 Uhr vorgelassen, zog er nach den ersten Begrüßungsworten einen Dolch hervor und durchbohrte den Ahnungslosen mit dem Rufe: Hier, du Verräter des Vaterlandes! Dann stürzte er auf die Straße, knieete nieder, brachte laut dem Vaterlande ein Hoch und Gott seinen „Dank für diesen Sieg", und fügte zu dem ersten Dolchstoße, den er sich schon im Hause gegeben, einen zweiten. Aber keiner war tödlich; im Gefängnisse genas er und ward nach langer Untersuchungshaft, erst 5/4 Jahr später, am 20. Mai 1820, in Mannheim enthauptet.

Zorn über Sturdza.

Kotzebues Ermordung.

Der Eindruck des Ereignisses war ein gewaltiger in allen Kreisen. Gereifte Männer von liberaler Gesinnung bedauerten die That und be-

Folgen der That.

dauerten den Thäter. Der berühmte Berliner Theologe de Wette schrieb einen Trostbrief an die unglückliche Mutter Sands; Görres meinte, ganz Deutschland mißbillige die Handlung und billige die Motive; Jahn freilich stellte sie lobpreisend der Ermordung Cäsars und Geßlers gleich. Und in der aufgeregten Jugend war allerdings wohl die Bewunderung für Sand größer als die Erkenntnis der sittlichen und politischen Verwerflichkeit seiner That. Ließ sich doch ein Nassauer Apothekerlehrling, Namens Löning, zur Nachahmung verleiten, indem er am 1. Juli 1819 in Schwalbach einen Mordversuch auf den Staatsrat von Ibell machte, der glücklicherweise fehlschlug. Löning nahm sich selbst im Gefängnisse das Leben. Aber dieser zweite Frevel steigerte die Wut der Reaktion aufs höchste und gab zugleich der Verdächtigung einige Wahrscheinlichkeit, daß man es nicht mit den Verirrungen einzelner, sondern mit einer Verschwörung vieler zu thun habe. Ausgedehnte Untersuchungen wurden eingeleitet, de Wette um seines Briefes willen abgesetzt, auf die Papiere Arndts und der beiden Welcker, die in Bonn Professoren waren, Beschlag gelegt, Jahn, Follen und andere in Haft genommen, selbst Vertraute Hardenbergs, wie Varnhagen von Ense, in Untersuchung gezogen; Görres entkam der Festung nur durch eilige Flucht nach Straßburg. In Hessen, Mecklenburg und anderen Staaten fanden ähnliche Maßregelungen statt; es war ersichtlich, daß viele Regierungen den Augenblick gekommen glaubten um die wachsende Aufregung, die sie schon längst mit Unbehagen beobachtet hatten, mit einem starken Schlage zu unterdrücken.

Der Schwalbacher Mordversuch.

Politische Verfolgungen.

Metternichs Eingreifen.

Niemandem konnte das erwünschter sein als Metternich. In seinen Augen waren freilich die Studenten und Professoren nicht die schlimmsten Übelthäter; er zielte vor allem auf die freisinnigen Regierungen und die konstitutionellen Verfassungen. Der Bundestag, von dem die Nation so wenig merkte und jedenfalls nichts Rühmliches zu erzählen wußte, war ihm doch immer noch viel zu liberal und zu selbständig. Wenn er den einen oder anderen ihm mißliebigen Gesandten, wie Gagern, glücklich zu beseitigen imstande gewesen war, traten dafür andere ein, welche die Opposition verstärkten. Nicht allein der Württemberger von Wangenheim, der als ihr Haupt gelten konnte, sondern auch der Bayer von Aretin, die beiden Hessen Lepel und Harnier, dazu Plessen, Smidt und einige minder entschiedene waren dem österreichischen Minister aufs äußerste verhaßt. Daß man es wagte den Artikel 13 in Erinnerung zu bringen, wie Plessen das im Dezember 1817 gethan hatte, erbitterte ihn sehr. Sein lebhafter Wunsch war deshalb den Bundestag zu demütigen und dadurch zugleich die feindlichen Regierungen zu treffen. Ohne Preußens Zustimmung konnte das freilich nicht gelingen; aber Hand in Hand mit diesem war die Aufgabe nicht schwer. Denn bei manchen Regierungen, die es zu bekämpfen galt, ließ sich voraussetzen, daß sie dem leisesten Drucke von außen mit Vergnügen nachgeben würden. Hatte doch der König von Bayern seine neue Verfassung so schnell satt bekommen, daß

er schon im März 1819 in Erwägung zog, ob er sie nicht durch einen Staatsstreich wieder aufheben solle; der König von Württemberg lag mit seinen Ständen noch immer so bitter im Streit, daß selbst er, die eigentliche Seele der mittelstaatlichen Opposition, schon einige Monate früher eine authentische Erklärung des Artikels 13 beantragt hatte um dieselbe als Waffe gegen seine Volksvertreter zu schwingen, und auch in Baden waren Fürst und Volksvertretung gleich nach der ersten Session in bitterem Hader auseinandergegangen, weil die letztere unter dem Einflusse beredter Mitglieder, wie des Freiherrn von Liebenstein, Winters und Rottecks, mit übermäßigem Ungestüm den Ausbau der konstitutionellen Gesetzgebung gefordert und gar ein vom Bundestag gebilligtes großherzogliches Edikt, das die Rechte des mediatisierten Adels regelte, für verfassungswidrig erklärt hatte.

Die Teplitzer Konferenzen.

Metternich erhielt die Nachricht von Kotzebues Ermordung in Rom und zweifelte nicht daran, daß sie auf Befehl der „Jenenser Vehme" vollführt sei. Sofort war er entschlossen möglichst großen Vorteil daraus zu ziehen. Noch von Italien aus traf er die Einleitungen zu einer Konferenz der wichtigeren deutschen Staaten, welcher er im August in Karlsbad präsidieren wollte. Zuvor aber begab er sich auf besondere Einladung Friedrich Wilhelms III. nach Teplitz und benutzte hier den Einfluß, welchen ihm der König gestattete, um, mit Wittgenstein und Bernstorff verbündet, die Verfassungspläne Hardenbergs vollends zu erschüttern, den Kanzler selbst zu verdächtigen und die Zustimmung Preußens zu den in Karlsbad beabsichtigten Schritten zu sichern. In mehrtägigen Konferenzen wurden die Grundsätze vereinbart, nach denen die beiden Großmächte künftig in Bundesangelegenheiten verfahren wollten. Preußen versprach nicht über ständische Verfassungen in seinen Provinzen und einen aus diesen Provinzialständen gebildeten Centralausschuß von Landesrepräsentanten hinauszugehen; über die Mittel zur Beseitigung der süddeutschen Repräsentativverfassungen behielt man sich weitere Beratung vor. Sodann wurden die Grundlinien eines Preßgesetzes vereinbart und als wünschenswertes Ziel die Verminderung der „vielen Zeitungsblätter" hingestellt. Zur Heilung der Universitätsschäden sollte eine Kommission aus Vertretern derjenigen Staaten, welche Universitäten besäßen, gebildet werden; vor allem schien die Beseitigung der notorisch schlechtgesinnten Professoren nötig; auch auf das Schulwesen sollten sich die heilsamen Maßregeln erstrecken. Endlich wurden Ministerkonferenzen aller Staaten in Aussicht genommen, auf denen man sich über eine Beschränkung der Gebiete, welche am Bunde Einstimmigkeit erfordern sollten, und über eine kräftige Bundesexekutionsordnung zu einigen hoffte.

Die Karlsbader Konferenzen.

In Karlsbad hatten sich inzwischen die Abgesandten der Königreiche, Badens, Mecklenburgs und Nassaus eingefunden. Wider die Absicht der beiden Großmächte regte Württemberg, das eben damals dem Abschlusse seiner Verfassungswirren sich näherte, von neuem eine Verständigung über die Tragweite des § 13 der Bundesakte an. Metternich ging auf

diesen Vorschlag bereitwillig ein; allein bald zeigte es sich, daß seine Auslegung, welche die Bewilligung von Repräsentativverfassungen ausschloß, gerade das Gegenteil von dem war, was Württemberg und die anderen süddeutschen Staaten anstrebten, und so kam man in diesem Punkte nicht weiter als zu der Anerkennung des Satzes, daß keine Verfassung dem monarchischen Prinzipe und der Bundesakte widersprechen dürfe. Dagegen gelangte man hinsichtlich der Exekutionsordnung schnell bis zur Genehmigung eines provisorischen Entwurfes und vereinbarte ganz bestimmte Maßregeln gegen die Universitäten, die Presse und die sogenannten demagogischen Umtriebe. Die Burschenschaft und die Turnvereine sollten aufgehoben, an allen Universitäten Regierungsbeamte, sogenannte Kuratoren, eingesetzt werden, um Professoren und Studenten streng zu überwachen. Für alle Zeitschriften und für Bücher unter 20 Bogen wurde die Censur gefordert und zur Untersuchung der geheimbündlerischen Umtriebe eine Centralkommission für ganz Deutschland vorgeschlagen, zu deren Sitz Mainz auserſehen war.

Die Karlsbader Beschlüsse am Bundestage. Zur ihrer Gültigkeit bedurften diese Karlsbader Beschlüsse indes noch der Zustimmung des Bundestages. Metternich machte sich deshalb sogleich daran die einzelnen Regierungen zu bearbeiten. Eine Note vom August 1819 schilderte denselben die Furchtbarkeit der italienischen Carbonaria und behauptete, die deutschen Verschwörer ständen mit dieser in Verbindung; besonders in Preußen hätten sie eine weite Verbreitung, und der Beamtenstand sei dort fast ganz revolutionär. Mit diesen Schreckmitteln noch nicht zufrieden, sorgte Metternich dann weiter dafür, daß in Frankfurt die Sache mit größter Hast erledigt wurde. Graf Buol wußte es durchzusetzen, daß schon vier Tage nach der Vorlage der Karlsbader Beschlüsse, am 20. September, ohne jede Debatte und ohne Instruktionseinholung die Genehmigung derselben erfolgte. Der Widerspruch einzelner Gesandten wurde aus dem veröffentlichten Protokolle gestrichen und die unwahre Behauptung aufgenommen, die Bestätigung sei einstimmig geschehen. Die Opposition, Wangenheim an der Spitze, hatte nicht den Mut dagegen Einspruch zu erheben.

Die mittelstaatliche Opposition. Gegen die Gefahren, welche der Selbständigkeit der Mittelstaaten von den weiter in Aussicht genommenen Beschlüssen drohten, suchte der König von Württemberg auf doppelte Weise sich zu schützen. Am 26. September bestätigte er die mit den Ständen vereinbarte Verfassung und führte sein Land dadurch in die Reihe der konstitutionellen Staaten ein. Dann reiste er nach Warschau um den Beistand des Kaisers Alexander anzurufen, und so freigebig dieser gegen die Vertreter der fremden Mächte mit Äußerungen des Mißfallens über seinen Schwager war, so scheute er doch andererseits Metternichs wachsenden Einfluß zu sehr, um nicht den Widerstand Württembergs durch diplomatische Kundgebungen seines Ministers Kapodistrias moralisch zu unterstützen, so daß Hardenberg in Klagen über das russische Bestreben Österreichs Übergewicht in Deutschland zurückzudrängen ausbrach. Wirklich traten dann auch Württem-

berg, Bayern und andere Bundesglieder auf den Wiener Konferenzen, die am 25. November 1819 eröffnet wurden, mit oppositionellen Absichten ein, fanden aber weniger Gelegenheit, sie zu bethätigen, als vorauszusetzen war. Metternich selbst hielt mit seinen Wünschen vorsichtig zurück und ließ höchstens durch seine „Ultras“, dem badischen und nassauischen Minister, seine letzten Ziele verraten. Bernstorff als preußischer Bevollmächtigter zeigte noch weniger Eifer, wenn er auch als Vermittler der Gegensätze manchmal seinen Einfluß geltend machte. Im allgemeinen aber fiel doch den Mittelstaaten die dankbare Rolle zu als Träger einer liberalen Politik aufzutreten. Es festigte sich hier in Wien jene Idee des „reinen“ Deutschland im Gegensatze zu den beiden Großstaaten, die in den folgenden Jahren den einzigen Schutz gegen die Übergriffe der despotischen Wiener Staatskunst bildete. Zugleich aber wurden dadurch die Mittelstaaten nicht wenig in ihrer Überschätzung und Selbstgenügsamkeit bestärkt und dem russischen Einflusse, dessen Beistand ihre Ohnmacht doch nicht entbehren konnte, Thür und Thor geöffnet. Mit dem Ergebnisse der Wiener Konferenzen konnten sie recht wohl zufrieden sein; es wurde zusammengefaßt in der „Wiener Schlußakte“ vom 15. Mai 1820, die am 8. Juni vom Bundestage bestätigt und der Bundesakte vom 8. Juni 1815 gleichgestellt wurde. Die völlige Gleichberechtigung aller Bundesglieder wurde aufs schärfste betont und unbedingte Einstimmigkeit für alle organischen Gesetze erfordert. Als Norm für die Verfassungen der Einzelstaaten wurde beliebt, daß sie die volle Souveränität des Landesfürsten nicht antasten und die Erfüllung der Bundespflichten nicht beeinträchtigen dürften. Seinen Wunsch die süddeutschen Konstitutionen für unvereinbar mit dem Bundesrechte zu erklären oder Normen festzusetzen, nach denen sie einer gründlichen Umarbeitung hätten unterworfen werden müssen, hatte Metternich weislich aufgegeben; selbst die Öffentlichkeit der Verhandlungen, die ihm ganz besonders verhaßt war, blieb im wesentlichen unangetastet. Die Bestimmungen über die Kompetenz des Bundes, über den Austrag innerer Streitigkeiten, über die erzwungene Durchführung von Bundesbeschlüssen ließen an Vollständigkeit und Tragweite soviel zu wünschen übrig, daß die Erlangung solcher Resultate sicherlich nicht die Aufsehen erregende Berufung einer Ministerkonferenz und deren sechsmonatliche Beratungen rechtfertigte. Und am Ende mußte diese Ministerkonferenz die formelle Erhebung ihrer Beschlüsse zum Bundesgesetze doch noch der Bundesversammlung überlassen, obgleich der Kaiser von Österreich noch Ende März seine Mitwirkung in dieser Form unbedingt verweigert hatte. Gleichwohl hatte Metternich sein persönliches Ansehen in diesen Monaten gewaltig befestigt; denn mit vollendeter Klugheit wußte er es zu vermeiden sich allzuweit vorzuwagen, und am Ende hatte er doch in allen Fragen eine äußerliche, wenn auch manchmal ziemlich inhaltslose Einmütigkeit zuwege gebracht oder, wo er dies als unmöglich erkannte, den streitigen Punkt geschickt beiseite geschoben. Triumphierend, wenn auch etwas über-

Die Wiener Konferenzen.

Die Wiener Schlußakte.

treibend, meldete er seinem Kaiser den Schluß der Konferenzen mit dem Zusatze, daß sämtliche Minister sich von ihm Instruktionen über die fernere Politik ihrer Höfe erbäten und ein Wort, von Österreich gesprochen, in ganz Deutschland unverbrüchliches Gesetz sein werde.

Die Mainzer Kommission.

Auch die Karlsbader Beschlüsse, so versicherte er, würden erst jetzt in ihr wahres Leben treten; und in der That zeigten sie ihre verderbliche Wirkung jetzt in tausendfacher Gestalt: in der Lähmung der Universitäten, in der Fesselung der wissenschaftlichen Litteratur, in der Zerstörung des Lebensglückes zahlloser Jünglinge. Die Mainzer Untersuchungskommission fand sich freilich in der Lösung ihrer Aufgabe durch die Souveränitätsbedenken der Fürsten vielfach gehemmt, wie denn kein geringerer als Kaiser Franz verhindert hatte, daß sie statt bloß mit der Untersuchung nicht auch mit dem Richterspruche betraut worden war. Ihre Aufgabe beschränkte sich unter diesen Umständen darauf der Untersuchung durch Centralisation größere Kraft zu geben und sie den Regierungen, besonders dem Fürsten Hardenberg, dessen Eifer für die gute Sache Metternich trotz aller Beteuerungen nicht recht traute, aus der Hand zu nehmen. Sehr empfindlich war es daher, daß nicht bloß andere Kabinette sich widerspenstig zeigten und z. B. der bayerische Justizminister den Gerichtsbehörden gradezu verbot einer Mainzer Ladung zu genügen, da nach der Konstitution niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe, sondern daß auch der König von Preußen die Überweisung der Angeklagten nach Mainz nicht genehmigte und nur die Akten dorthin abgehen ließ, ein Verhältnis, das auch dann sich nicht änderte, als Österreich den Vorsitz in der Kommission an Preußen abtrat.

Demagogenverfolgung.

Für die unglücklichen Opfer der Demagogenverfolgung war damit freilich nicht viel gewonnen, wenigstens in Preußen nicht. Was die Mainzer Kommission nicht thun konnte, das thaten die Behörden der Einzelstaaten, zum Teil unter völliger Mißachtung der gerichtlichen Urteile. So war der Turnvater Jahn längst vom Berliner Kammergerichte freigesprochen und wurde doch trotz aller Eingaben seiner Frau gefangen gehalten und endlich durch Kabinetsbefehl nach Kolberg verwiesen. Anderen ging es ähnlich. Zu einem Todesurteile, das wohl mancher gern gefällt hätte, fand sich freilich keine Möglichkeit; auch die gewaltige Verschwörung, der man so gern auf die Spur kommen wollte, wurde nicht entdeckt. Daß Sand keine eigentlichen Mitschuldigen gehabt, mußte der preußische Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, schon im September 1819 zugestehen; aber er fabelte doch noch viel von einer Partei, die in Deutschland die eine und unteilbare Republik herstellen wolle, deren Mitglieder sich unterstützten ohne sich persönlich zu kennen und sich verständen ohne sich ausgesprochen zu haben. Allein selbst auf dieser dehnbaren Grundlage und trotz der Berge von Akten, die man in Berlin und Mainz aufhäufte, konnte man kein Resultat ans Licht fördern, das sich der Welt hätte mitteilen lassen; die Mainzer Protokolle blieben ein Geheimnis; aber unzählige deutsche Jünglinge mußten

im Gefängnisse schmachten, weil sie patriotische Lieder gesungen und schwarz-rot-goldene Abzeichen getragen; verdiente Männer wurden ihrem Wirkungskreise entrissen und in ihrer Lebensstellung ruiniert, weil sie in vertraulichen Briefen sich unwillig über das reaktionäre Treiben geäußert. Wenn ein Tertianer den Teufel gemalt hatte, der einen König als guten Bissen verschlingt, oder ein anderer in die schrecklichen Worte ausgebrochen war: O Sand, du wußtest nicht, welche Heuochsen wir waren! so mußten sie selbst nun den Kriminalisten als gute Bissen dienen. Bis zu zehn Jahren Festungshaft lauteten die Strafurteile, welche gegen die Umtrieber gefällt wurden; aber viel schädlicher als diese härtesten Strafen, die immerhin doch nur wenige trafen, wirkte die Masse der Verhaftungen und Untersuchungen, die auf das empfindlichste in das Lebensglück zahlreicher Familien eingriffen. Den ganzen Umfang des Unheiles, das diese Demagogenverfolgung anrichtete, zu ermessen ist kaum möglich; an Kleinlichkeit des Verfahrens, an Gehässigkeit der Gesinnung und an Gewissenlosigkeit in den Mitteln wird sie kaum von einer anderen Periode unserer Geschichte überboten. Und warum das alles? Die Kommission gestand in ihrem Berichte von 1822 selbst ein, daß eine kleine, Aufruhr predigende Schrift fast die einzige in ihren Akten vorgekommene strafbare „Handlung" sei, daß sie im übrigen nur von Versuchen und Einleitungen eines bedenklichen politischen Treibens Kunde erhalten habe, und daß sich alles mit der Zeit von selbst wieder ins gleiche setzen werde. Gefährlich erschien ihr der Liberalismus nur, insofern er in die Regierungen eingedrungen sei, und in dieser Hinsicht wurden auch Hardenberg scharfe Vorwürfe nicht erspart; gerade in seinen Büreaus sollten die schlimmsten Umtriebe stattgefunden haben. Es war eine bittere Pille, die der greise Staatsmann so kurz vor seinem Tode noch verschlucken mußte; aber es war die gerechte Strafe für die Lauheit, mit der er seine Prinzipien, und für die Zähigkeit, mit der er seinen Posten verteidigt hatte. Sein Tod, der am 26. November 1822 in Genua erfolgte, ersparte ihm den harten Schlag der völligen Entlassung; aber einen deutlichen Beweis, daß seine Zeit abgelaufen, hatte er doch vorher noch erhalten: am 16. September war ihm in der Person des Ministers von Voß, eines strammen Reaktionärs, ein Vizekanzler an die Seite gestellt, der die wirkliche Leitung der Staatsgeschäfte in die Hand nahm und auch die leidige Verfassungsfrage bald mit guter Manier aus der Welt schaffte.

Hardenbergs Ausgang.

Humboldts Verfassungspläne.

Hardenberg hatte ohne Zweifel die ernstliche Absicht gehabt eine preußische Verfassung zustande zu bringen; aber egoistisch, wie er war, gönnte er keinem anderen Anteil an dem Ruhm und dem Einflusse, welchen die Lösung dieser Aufgabe versprach, stieß die tüchtigsten Gehilfen beiseite und vereitelte dadurch das Gelingen. Einmal schien er auf dem besten Wege in Wilhelm von Humboldt den tauglichsten Mitarbeiter heranzuziehen; aber dieses Zwischenspiel war von kurzer Dauer. Humboldt war zum Aachener Kongresse von seinem Londoner Posten herüber-

gekommen, und da er sich in seiner Stellung nicht gefiel, hatte er den König um seine Entlassung gebeten. Der König gewährte sie, versprach ihm aber einen Ministerposten und ließ in dieser Absicht die ständischen und Gemeindeangelegenheiten von dem Ministerium des Innern trennen. Mit regem Eifer machte sich Humboldt, noch ehe er sein Amt wirklich angetreten, an die dankbarste Aufgabe, welche es ihm stellte. In einer geistvollen Denkschrift wies er nach, wie notwendig eine allgemeine Ständeversammlung für die Einheit des Staates sei; er forderte sogar, daß sie unmittelbar aus Volkswahlen und nicht aus dem Schoße der Provinzialvertretungen hervorgehe; ja er wandelte die bloß beratende Stimme, welche der König ihr zugesagt hatte, in eine beschließende um. Mit möglichster Beschleunigung sollte das Werk betrieben werden; im Jahre 1820, spätestens 1821 könnten in allen Provinzen die Einzelstände in Thätigkeit sein, und 1822, spätestens 1823 müsse die Reichsversammlung berufen werden. Aber je mehr Thätigkeit und Scharfblick Humboldt entwickelte, um so unbequemer und gefährlicher war er für Hardenberg. Auf einige Monate verstand dieser den Nebenbuhler noch mit gutem Anstande von Berlin fern zu halten, indem er ihn als Vertreter in die Kommission schickte, welche in Frankfurt die Grenzberichtigungen und Gebietstausche, die zwischen einzelnen deutschen Staaten noch in der Schwebe waren, zu ordnen hatte. Dabei mitzuwirken konnte Humboldt nicht ablehnen, weil er der Kommission schon früher angehört hatte und bessere Kenntnis von den streitigen Fragen besaß als ein anderer. Aber er fühlte sehr wohl, daß Hardenberg die Sache absichtlich verzögerte um ihn möglichst lange in dieser halben Verbannung zu halten. Besonders scharf trat dies nach Sands Attentat hervor. Nun ist die Verfassung unmöglich, war des Kanzlers erstes Wort, als er von dem Mannheimer Ereignisse hörte. Jetzt wäre ihm Humboldt in Berlin doppelt unbequem gewesen, und so wußte er ihn denn, obgleich die Ernennung zum Minister schon am 11. Januar erfolgt war, bis zum Juli in Frankfurt festzuhalten. Mittlerweile war er selbst trotz jenes verzweifelten Ausrufes keineswegs unthätig; selbst seine Einwilligung in Metternichs reaktionäre Bundespolitik hing damit zusammen; er hatte sich dadurch gleichsam einen Freibrief für die preußische Verfassung erkauft. Aber freilich nicht für eine nach Humboldts Ideen. Am 12. August sollte dieser in sein neues Amt eingeführt werden: am Tage vorher legte der Staatskanzler seinem Könige „Ideen zu einer landständischen Verfassung" vor ohne dem Minister für ständische Angelegenheiten auch nur ein Wort davon zu sagen. Länger als zwei Monate weilte dieser in Berlin ohne den König auch nur ein einziges Mal zu sprechen und ohne von der Existenz jener Ideen das mindeste zu wissen. Friedrich Wilhelm hatte dieselben inzwischen geprüft und am 23. August die Bildung einer Kommission befohlen, die auf Grund derselben ihre Arbeiten beginnen sollte. Sie bestand aus sechs Mitgliedern, darunter natürlich Hardenberg und Humboldt. Der Zusammentritt verzögerte sich bis in den Ok-

Hardenbergs Entwurf.

tober, und nun erst erhielt Humboldt Mitteilung von des Staatskanzlers Entwurf. Unterdessen aber waren hinter seinem Rücken die Karlsbader Beschlüsse gefaßt, die er nimmermehr billigen konnte. Mit der größten Entschiedenheit lehnte er sich dagegen auf und hatte einen Augenblick fast alle seine Kollegen gewonnen um gegen diese „schändlichen, unnationalen, ein denkendes Volk aufregenden" Beschlüsse zu protestieren, ja zu verlangen, daß Bernstorff, der Preußen in Karlsbad vertreten hatte, in Anklage versetzt wurde. Doch als des Königs fester Wille sichtbar wurde und Hardenberg, gegen dessen übermächtige Stellung sich die Opposition gleichfalls richtete, ihr scharf entgegentrat, da fiel ein Minister nach dem anderen ab, und die drei ehrlich liberalen Männer, die im Kabinette saßen, neben Humboldt Boyen und Beyme, standen hilflos und vereinsamt da. Der Sturz des einen mußte den der anderen im Gefolge haben. Der, welchen zuerst die Reihe traf, war der Kriegsminister von Boyen. Er hatte seit dem Frieden unermüdlich daran gearbeitet, die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, soweit es die finanzielle Lage des Landes irgend zuließ, zu ermöglichen. In dieser Absicht war beschlossen worden die Landwehr auch für die Zukunft beizubehalten; aber der König wollte sie gegen die Ansicht des Kriegsministers eng mit dem stehenden Heere verbinden, und darin sah dieser den ersten Schritt zur Vernichtung ihres eigentümlichen Charakters und zu ihrer gänzlichen Beseitigung. Da er nun mit seinen Bedenken nicht durchdringen konnte, erbat er seine Entlassung und nachdem er sie erhalten, blieb auch Humboldt und Beyme nichts übrig als seinem Beispiele zu folgen; am letzten Tage des Jahres 1819 schieden sie aus dem Amte. Hardenberg triumphierte über diesen Ausgang, der ihn von einem lästigen Nebenbuhler befreite; jetzt hoffte er für sich wieder freie Bahn zu haben und die Verfassung in seiner Weise fördern zu können. Die Staatszeitung mußte versichern, daß trotz Humboldts Ausscheiden der Verfassungsausschuß seine Arbeiten fortsetze; und daß der König selbst noch immer an seinem Versprechen festhalte, bewies die Verordnung vom 17. Januar 1820, welche die Aufnahme neuer Staatsschulden in Preußen von der Verbürgung der künftigen Reichsstände abhängig machte. Allerdings wurde dabei die Summe der Staatsschuldscheine doppelt so hoch angegeben, wie sie wirklich war, so daß die Regierung an 60 Millionen Thaler in der Hand behielt und für eine geraume Reihe von Jahren gegen die Notwendigkeit sich von einer ständischen Vertretung Geld bewilligen lassen zu müssen gedeckt war. Da man indes von dem Umfange dieser reservierten Mittel nur in den engsten Kreisen Kenntnis hatte, wurde der Eindruck des Ediktes dadurch nicht abgeschwächt; auch seine übrigen Bestimmungen, darunter die Beschränkung der Civilliste auf $2\frac{1}{2}$ Millionen Thaler, fanden eine günstige Aufnahme, und wenn die tiefgreifende Reform, die wenige Monate später das System der direkten Steuern in Preußen auf Jahrzehnte hinaus ordnete, unvermeidlich manche Klage veranlaßte, so konnten doch die Verfassungsfreunde sich auch hier

Humboldts Sturz.

Neue Verfassungsversprechungen.

wieder der Zusicherung freuen, daß die vorbehaltene Regulierung der Grundsteuer im Einverständnisse mit den Provinzialständen erfolgen solle.

Die endliche Lösung.

Aber auf der anderen Seite waren auch die Gegner der Verfassung nicht unthätig. Zu ihnen zählten fast ausnahmslos die Mitglieder der alten Stände, die von jeder Neugestaltung eine Schmälerung ihrer Rechte befürchteten. Mit Unwillen sahen sie aus einer neuen Kommission, die Hardenberg im Februar gebildet hatte, Entwürfe zu einer Kreis-, Städte- und Gemeindeordnung hervorgehen, die im freisinnigen Geiste abgefaßt waren. Sie setzten es bei dem Könige durch, daß dieselben zunächst einem neuen Ausschusse, der unter dem Vorsitze des Kronprinzen nur reaktionäre Mitglieder enthielt, zur Prüfung überwiesen wurden. Durch diesen geschickten Handstreich wurde dem Staatskanzler die ganze Sache entwunden. Der Kronprinz war ein begeisterter Anhänger der Hallerschen Staatsphilosophie und suchte deren feudale Grundsätze voll Eifer ins Leben zu rufen. Die Entwürfe der Hardenbergschen Kommission wurden einfach beiseite geschoben und im Juni 1821 vom Könige die Bildung eines neuen Ausschusses erlangt, dessen einzige Aufgabe die Beratung von Provinzialverfassungen sein sollte. Vergeblich waren die Bemühungen des Kanzlers diesen Ausschuß zu sprengen; nur zu deutlich stellte es sich heraus, daß ihm dazu die Kraft fehle. Den einen oder anderen tüchtigen Verwaltungsbeamten ausgenommen, bestand sein kleiner Anhang aus unwürdigen oder unfähigen Personen, die gegen ernstliche Angriffe von ihm selbst nicht verteidigt werden konnten und durch deren Sturz er doch auch äußerlich bald ganz vereinsamte. Zur Gegenpartei aber gehörten nicht allein die Reaktionäre, unter ihnen fast sämtliche Minister, sondern auch viele ehrliche Liberale, die teils bewußt, teils unbewußt den Kanzler bekämpften. Die Verfassungskommission lag währenddes unter der lebhaft fördernden Leitung des Kronprinzen ihrer Arbeit mit rühmlichem Eifer ob und berief seit Januar 1822 aus einer Provinz nach der anderen angesehene Männer in die Hauptstadt um die Entwürfe zu begutachten, ein Verfahren, das allerdings viel Zeit in Anspruch nahm.

Die Provinzialstände.

Erst im Jahre 1823, und zwar am Geburtstage des Königs (3. August), konnten die ersten Provinzialverfassungen (für Brandenburg, Preußen und Pommern) veröffentlicht werden; im März 1824 schlossen sich ihnen die fünf übrigen an. Damit erreichte der erste Akt der preußischen Verfassungsgeschichte sein Ende. In jeder Provinz wählten fortan die Grundbesitzer, die adeligen, städtischen und bäuerlichen, ihre Vertreter zu einem Provinziallandtage, dem es oblag, in seinen alle zwei Jahre stattfindenden Sitzungen Gesetze, welche die Provinz betrafen, zu begutachten. Der Adel war dabei in hohem Maße bevorzugt; von der Gesamtzahl der Ständemitglieder, die sich auf 504 belief, gehörten ihm 278, den Bürgern 182, den Bauern nur 124 an. Noch ärger wurde das Mißverhältnis in den Kreistagen, die bis 1828 durch die neuen Kreisordnungen ins Leben traten; etwa 10000 Rittergutsbesitzer standen in ihnen 2000 Bürgern und Bauern gegenüber.

Von einem Landtage der ganzen Monarchie war fürerst nicht mehr die Rede, und die Masse des Volkes, die kein Grundeigentum besaß, war endgültig auch von der bescheidensten Mitwirkung in politischen Dingen ausgeschlossen. Die öffentliche Meinung bezeigte daher den neuen Schöpfungen vollkommene Gleichgültigkeit, und nur vereinzelt brach sich die Hoffnung durch, daß dies kleine Loch im Absolutismus sich mit der Zeit doch vergrößern werde.

Auf diese endliche Gestaltung der Provinzialverfassungen hatte, wie erzählt, der Kronprinz einen bedeutenden Einfluß geübt; in ihm hatte die neue Staatsweisheit, die damals Europa zu belehren und von seinen Irrtümern zu bekehren suchte, die Hallersche Staatsrechtslehre, einen überzeugten Anhänger gefunden. Alle Verirrungen, welche die Geister blendeten, wurden zurückgeführt auf die Verkennung des wahren Wesens der Fürstlichkeit und des Staates. Die Demokraten sahen in dem letzteren eine Vereinigung der frei und gleich geschaffenen Bewohner des Landes; sie erklärten das Königtum für das Ergebnis eines Vertrages und deshalb für abhängig von dem Willen des Volkes, dessen unveräußerliche Rechte keine Gewaltanmaßung vernichten könne. Haller dagegen, und mit ihm die ganze Reaktion, betrachtete das Land als das Eigentum des Fürsten, der es von Gott erhalten habe; der Staat war ihnen die Ordnung, welche der Fürst getroffen hatte; dem Adel, der durch fürstliche Verleihung, zur Belohnung seiner Dienste, bestimmte Vorrechte erworben, durften diese Vorrechte freilich nicht genommen werden; auch der Anteil, welcher dem Bürgertum etwa an den ständischen Beratungen und der Steuerbewilligung zustand, mußte gewahrt bleiben; aber jede Ausdehnung lag in dem Belieben des Fürsten und war ein Vorrecht, das dem Begnadigten zu teil wurde, nicht die Anerkennung eines angeborenen Naturrechtes. Im Gegenteil, wie Gott die Menschen verschieden nach Anlagen und Lebensstellung geboren werden läßt, so sollten sie auch in streng gegliederten Klassen ihren Platz in der Staatsordnung ausfüllen, und für diese Staatsordnung brauchte nicht erst lange nach einem künstlich ausgesonnenen Plane gesucht zu werden; der beste Plan und die beste Ordnung lag in dem Ständewesen des Mittelalters vor, das höchstens in Einzelheiten nach den veränderten Verhältnissen der Gegenwart ein wenig umgewandelt werden mußte.

Das Staatsrecht der Reaktion.

Solchen Anschauungen, denen der Kronprinz begeistert huldigte, war der König von Preußen wohl ziemlich fremd; es lag nicht in seiner Natur sich philosophischen Grübeleien hinzugeben; aber thatsächlich handelte er doch in demselben Geiste, denn was bei anderen aus Grundsätzen und Gedankenentwickelungen hervorging, entsprang bei ihm aus dem Mißbehagen, mit dem ihn die revolutionären Zuckungen erfüllten, die nicht bloß das romanische Europa erfuhr, sondern die selbst England, das konstitutionelle Musterland, in einige Aufregung versetzten.

England und Frankreich.

Geistige Strömungen.

Ohne innere Erschütterungen hatte das Inselreich den Sturm der französischen Umwälzung überstanden; jetzt zeigte sich an den Nachwehen, daß er doch nicht spurlos an ihm vorüber gegangen sei. Die grelle Dissonanz zwischen der satten Selbstgenügsamkeit, die der herrschenden Aristokratie Englands in Staat und Kirche eigen war, und dem Elend, dem Unfrieden, der ruhelosen Verzweiflung der unterdrückten Klassen fand ihren dämonischen Ausdruck in Byrons genialer Dichtung, der Shelleys hoffnungsreichere, menschenfreundliche, aber nicht minder geächtete und verlästerte Muse treulich zur Seite stand. Daneben wirkte Moores revolutionärer irischer Patriotismus, und wenn die Romantik Walter Scotts und der Dichter der Seeschule, eines Wordsworth, Coleridge, Southey, beschwichtigend und selbst einschläfernd erscheinen mochte, so hatten doch selbst diese Dichter ihre Periode des Sturmes und Dranges durchlebt und bildeten ein Ferment des geistigen Lebens, das wohl langsamer und gelinder als die Poesie des Weltschmerzes, aber nicht minder sicher wirken mußte. Dazu kam der unmittelbare Einfluß, den die politischen Stürme auf das Fühlen und Denken auch der untersten Klassen übten. Das Volk fing an sich darauf zu besinnen, daß die gerühmte englische Verfassung doch eigentlich nichts bedeute als die Herrschaft einer mächtigen Aristokratie, die freilich von der Masse der Bevölkerung durch keine so schroffen Abstände geschieden war, wie auf dem Festlande, die aber gleichwohl ihre Gesetzgebungsgewalt nicht selten eigensüchtig zu ihrem Vorteile ausbeutete und gerade jetzt durch unerschwingliche Kornzölle das Brot des Volkes zum Nutzen der großen Gutsbesitzer rücksichtslos verteuerte.

Die Utilitarier.

Neben den beiden alten Parteien der Wighs und Tories tauchte eine dritte, demokratische auf, die sich ebensowohl durch die wissenschaftliche Ausbildung ihrer Grundsätze wie durch ihre Angriffe auf die vorhandenen Übelstände bald Beachtung erzwang. Als die Denker und leitenden Köpfe der Partei ragten Jeremias Bentham, Samuel Romilly, der unermüdliche Anwalt eines menschlicheren Strafrechtes, und der ältere Mill hervor; als die Vorkämpfer in der Masse des Volkes, in Vereinen und bald auch im Parlament Cobbett, Hunt, Burdett u. a. Die Lehren Benthams bestachen durch die Faßlichkeit und Gemeinverständlichkeit ihrer Ausgangspunkte; der einfache Satz, daß der Staatszweck der Nutzen sei, und zwar der gemeinsame Nutzen aller und nicht der einzelner bevorzugter Klassen, ließ eine so unendliche Anwendung nach allen möglichen Richtungen zu, daß jeder, der mit dem Bestehenden unzufrieden war, durch ihn die Erfüllung seiner Wünsche hoffen durfte. Benthams Name und Schule verbreitete sich über ganz Europa und Amerika, und besonders unter den romanischen Völkern fand er begeisterte Verehrer; wie die portugiesischen Cortes ihn mit der Ausarbeitung einer Verfassung betrauten, so stand er in engen Beziehungen zu den Freiheitshelden Südamerikas, und

40 000 Exemplare seiner Schriften wurden bis 1830 nach der neuen Welt verkauft. In seiner eigenen Heimat waren die Aussichten die Grundsätze der Nützlichkeitslehre, des Utilitarismus, wie man sein System nannte, ins Leben zu führen, weit geringer; denn festgewurzelt in jahrhundertelanger geschichtlicher Entwickelung konnte der Bau der englischen Verfassung selbst heftigen Stürmen Trotz bieten und sich dabei nicht allein auf die tausendfältigen Interessen, die er schirmte, sondern nicht minder auf die patriotische Anhänglichkeit, deren er sich erfreute, als auf feste Grundlagen verlassen. Das herrschende Regiment freilich war sehr geeignet diese Anhänglichkeit zu untergraben. Der König Georg III. war wahnsinnig, der Prinzregent, erst von 1820 an als Georg IV. König, infolge seines liederlichen Lebens, seines unzuverlässigen Charakters und seiner reaktionären Gesinnung äußerst unbeliebt. Seit Jahrzehnten saßen mit ganz kurzer Unterbrechung die Tories am Ruder und die Partei der Whigs war dank der Kriegslust, welche die Nation ergriffen hatte, aber auch aus Mangel an bedeutenden Führern fast bis zur Ohnmacht zusammengeschmolzen. Unter den Tories brachen nun zwar, eine natürliche Folge der langen Herrschaft, mancherlei Spaltungen aus; jüngere Kräfte, wie Canning und Wellesley, suchten mit freierem Blick die Parteipolitik den Zeitverhältnissen anzupassen; allein sie waren vorerst noch zu schwach um Erfolge zu erzielen, und die alten Führer, Lord Liverpool, der seit 1812 an der Spitze des Kabinettes stand, Castlereagh, der das auswärtige Amt in Metternichs Geist leitete, der Lordkanzler Eldon u. a. gaben trotz ihrer Beschränktheit den Ton an und klammerten sich so fest an ihre Posten, daß sie auch parlamentarische Niederlagen ruhig überstanden. Nach der Beendigung des großen Krieges, der die Schuldenlast beinahe vervierfacht, d. h. auf 860 Millionen Pfund gesteigert hatte, forderten sie die Forterhebung der drückenden Einkommensteuer um mittels derselben das Heer in einer Stärke von 175 000 Mann zu erhalten. Das war auch ihren Anhängern zu viel und das Unterhaus lehnte 1816 die Einkommensteuer ab; Lord Liverpool aber fügte sich und blieb im Amte. Das Toryparlament ließ das nicht ungern geschehen, im Lande aber gewann die Bewegung gegen das Ministerium jetzt einen größeren Umfang und richtete sich auch gegen das Parlament und dessen Zusammensetzung. Die schwere Not der Zeit vermehrte die Unzufriedenheit. Solange der Krieg dauerte, hatte sich das Volk die furchtbar hohen Kornpreise als unvermeidliches Übel gefallen lassen; mit Freuden hatte es dann den jähen Umschlag begrüßt, der seit 1814 infolge der lang entbehrten russischen und polnischen Zufuhren den Marktpreis des Getreides um mehr als die Hälfte erniedrigte. Sollte es nun ruhig zusehen, wie die großen Grundbesitzer im Parlamente künstlich wieder eine Teuerung heraufbeschworen, wie sie ein altes Korngesetz von 1670 erneuerten, das jede Zufuhr verbot, solange der Marktpreis nicht eine bestimmte Höhe erreicht hatte? Die schlechte Ernte des Jahres 1816 und der Stillstand der Fabriken, die keinen Absatz

Das Ministerium Liverpool.

Die Not der Zeit.

Die Reformbewegung und die revolutionären Umtriebe.

für ihre Erzeugnisse fanden, vermehrte die Not und den Unwillen. Es kam zu gewaltthätigen Aufläufen, zu Zertrümmerungen von Mühlen und Maschinen, zu Bedrohungen verhaßter Personen, auch des Regenten, den der Londoner Pöbel bei der Parlamentseröffnung 1817 mit Kot bewarf und durch kränkende Zurufe beleidigte. William Cobbett, der in zahllosen Reformklubs und mehr noch durch seine Zeitungsblätter, die er zu unerhört niedrigen Preisen verkaufte, sich einen großen Anhang erwarb, trat diesen Ausschreitungen zwar entgegen, aber die Million Unterschriften, die er für die Forderung der Parlamentsreform zusammenbrachte, schreckte die Regierung weit mehr als der gelegentliche Ausbruch der Volkswut; ja den letzteren beförderte sie sogar durch Sendlinge, welche die Menge aufreizen und dadurch den friedlichen Bürger mit Abscheu gegen die Reformbewegung erfüllen sollten. Eine Zeitlang halfen diese Mittel und der Aufschwung erlahmte so, daß Cobbett 1817 das Land verließ und nach Amerika ging. Als aber die schändlichen Kunstgriffe der Regierung bekannt wurden und die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, zu denen das Parlament auf ein Jahr seine Zustimmung gegeben, erloschen, griff die Bewegung nur um so stärker um sich. In den großen Fabrikstädten, die zum Teil jeder Vertretung im Parlament entbehrten, traten Massenversammlungen zusammen und wählten eigenmächtig Abgeordnete, beschlossen auch wohl dieselben mit bewaffneter Macht nach London zu führen. Als dies am 16. August 1819 auch in Manchester geschah, erhielten die Truppen Befehl einzuhauen, und viele Verwundete, auch einige Tote, waren die Opfer des Tages.

Die Reaktion.

Die Minister benutzten den Vorfall um das Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung zu berufen und ohne Mühe die Annahme der sechs „Knebelbills“ durchzusetzen, der Karlsbader Beschlüsse Englands, durch welche das Versammlungsrecht, die Preßfreiheit, der Schutz gegen willkürliche Verhaftungen beschränkt oder aufgehoben wurde. Der Unwille im Lande über diese Maßregeln war sehr groß; die Whigs, in deren Mitte Brougham, John Russell und andere aufwachsende Talente allmählich wieder größere Thatenlust entfachten, erklärten sich heftig dagegen; dem Ministerium aber kam, ähnlich wie den Rückschrittsmännern des Festlandes, ein verbrecherischer Anschlag zu statten, der rechtzeitig verraten ward. Es war eine Verschwörung unbedeutender Menschen, die sich zum Ziele gesetzt die Minister bei einem Festmahle zu ermorden, die Kasernen anzuzünden und eine provisorische Regierung zu bilden: ihr Haupt, Arthur Thistlewood, samt vier Genossen büßte mit dem Strange (Februar 1820).

Der Scheidungsprozeß Georgs IV.

Die allgemeine Aufregung stieg aufs höchste, als eben jetzt nach Georgs III. Tode der neue König vor der ganzen Nation einen großen Skandalprozeß begann. Im Jahre 1795 hatte er sich mit der Prinzessin Caroline von Braunschweig vermählt; diese gebar ihm eine Tochter Charlotte, die aber bereits 1817 gestorben war und den nachmaligen König der Belgier, Leopold von Koburg, als Witwer hinterließ. Sie hatte eine höchst unglückliche Jugend verlebt,

denn zwischen ihren Eltern herrschte seit ihrer Geburt das ärgste Zerwürfnis. Die Schuld lag an beiden, aber die größere Hälfte an dem Prinz-Regenten. „Meine Mutter war schlecht," hatte die Tochter ebenso treffend wie traurig gesagt; „aber sie wäre nicht so schlecht geworden, wenn mein Vater nicht noch viel schlechter gewesen wäre." Nachdem die Prinz-Regentin 18 Jahre lang von ihrem Gemahle getrennt unter den ärgsten Beleidigungen in England gelebt, verließ sie 1814 das Land und begab sich auf Reisen. Es begleitete sie ihr Kammerherr Bergami, von dessen Verhältnis zu ihr bald die anstößigsten Dinge erzählt wurden. Als nun ihr Gemahl am 29. Januar 1820 den Thron bestieg, kehrte sie plötzlich nach England zurück und machte ihre Rechte geltend. Darauf beantragte jener beim Oberhause eine Klage wegen Ehebruchs und nun begann in voller Öffentlichkeit der Prozeß, bei dem der gefeiertste Redner des Landes, Lord Brougham, für die Prinzessin eintrat und das ganze Volk für sie Partei nahm. Zwar entschied eine kleine Mehrheit der Pairs, 9 Stimmen, zu Gunsten des Königs; aber wie das Urteil des Unterhauses ausfallen werde, war so wenig zweifelhaft, daß das Ministerium die Vorlage zurückzog. Die verwickelte und peinliche Angelegenheit fand die beste Lösung durch den plötzlichen Tod der Prinzessin, der infolge der gewaltigen Aufregungen am 7. August 1821 eintrat. Aber damit war doch nur dieser besondere Fall erledigt; die allgemeine Mißstimmung und die Verachtung des Ministeriums dauerte fort. Sie wurde sehr bald selbst für Castlereaghs Nerven zu stark. Auch ihm schien der Tod das einzige Mittel um sich aus seiner qualvollen Lage zu befreien, und da er nicht von selbst kam, so rief er ihn. Ein Jahr nach dem Tode der Prinzessin, am 12. August 1822, durchschnitt er sich mit einem Federmesser die Halsader. Damit trat eine Schwenkung in der Politik des Ministeriums ein. Castlereaghs Nachfolger, George Canning, auch er von Haus ein rechter Tory, bekehrte sich mit voller Überzeugung zu freisinnigeren Grundsätzen und erwarb England die Geltung in Europa zurück, die es als sklavischer Nachtreter der Metternichschen Politik verloren hatte.

Castlereaghs Tod.

Das gleiche Mittel von einem Irrwege umzukehren, das sich dem altkonstitutionellen Insellande in einem Ministerwechsel bot, stand auch Frankreich zur Verfügung und schützte es vor einer offenen Revolution, die ohnedies wohl schon 1820 nicht ausgeblieben wäre. Richelieu hatte den Verdiensten, die er sich durch seine gemäßigte Politik erworben, auf dem Aachener Kongresse das letzte, größte hinzugefügt: er hatte eine Minderung der Kriegssteuern und die beschleunigte Räumung seines Landes bewirkt. Der Gewinn war moralisch wie materiell von großer Bedeutung. Die Anwesenheit Wellingtons und der fremden Truppen, die er befehligte, wurde je länger desto mehr als nationale Schmach empfunden; ihre Verpflegung, die mindestens 130 Millionen jährlich erforderte, bildete eine drückende Last. Dazu sollten nun noch bei der Räumung 700 Millionen Kriegsentschädigung und 1590 Millionen For-

Frankreich.

Richelieus Sturz.

derungen fremder Regierungen aus der Zeit vor 1814 bezahlt werden. Allerdings hatte sich der Kredit Frankreichs nach und nach bedeutend gehoben; während man 1816 noch außer stande gewesen war eine Anleihe unterzubringen, erlebte man 1818 eine ganz maßlose Überzeichnung und der Kurs der Rente, der auf 55 gestanden, hob sich vorübergehend gar bis auf 80. Trotzdem wußte Richelieu den Zaren zu überzeugen, daß es unmöglich sei den erhobenen Forderungen gerecht zu werden, und der russische Einfluß war dann stark genug um selbst Preußen zu so erheblichen Nachlässen zu bestimmen, daß die ganze Summe der Privatforderungen mit der Verschreibung von 16 Millionen Rente beglichen wurde. Dazu kam die Ersparnis der Verpflegungskosten für zwei Jahre, dazu vor allem die feierliche Zulassung Frankreichs zur Allianz und den Kongressen der Großmächte. Dafür war eine Gegenleistung, wie Alexander sie forderte, nicht zu verweigern, und so hatte denn Richelieu seinem Gönner versprechen müssen dem wachsenden Liberalismus in Frankreich, der soeben unter 55 neugewählten Abgeordneten 23 Independenten in die Kammer schickte, entgegenzutreten. In der liberalen Partei hatte sich unter der Führung Royer Collards eine besondere Schule gebildet, die es sich zum Ziele setzte in strenger Folgerichtigkeit den Verfassungsstaat auszubilden und daher als die der Doktrinäre bezeichnet wurde. Reich an hervorragenden Köpfen übte sie trotz ihrer geringen Zahl doch einen bedeutenden Einfluß und war unverkennbar im Aufsteigen begriffen, wie sie denn den wesentlichsten Anteil daran hatte, daß 1817 das mit der Kurie geschlossene Konkordat und ein neues, überaus strenges Preßgesetz auf erfolgreichen Widerstand stieß. Bei der wachsenden Furcht vor allen liberalen Ideen erschienen diese Doktrinäre trotz ihrer Harmlosigkeit dem Zaren als die Vorläufer radikalerer Tendenzen; ein neues Wahlgesetz sollte deshalb der drohenden Gefahr beizeiten einen Damm entgegenwerfen. Richelieu ließ sich für diese Forderung gewinnen; allein seine Kollegen widersetzten sich ihm, der König trat ihrer Ansicht bei, und Richelieu war nun konstitutionell genug seine Entlassung zu fordern (27. Dezember 1818). Die übrigen Minister, besonders der Herzog Decazes, blieben auf ihren Posten und kamen unter Dessolles' Vorsitz der liberalen Partei sogar noch einige Schritte entgegen. Viele Verbannte wurden begnadigt, die Lage der Zeitungen durch neue Gesetze erträglich gemacht und die Adelskammer, die sich am 2. März 1819 mit großer Mehrheit für die Änderung des Wahlgesetzes ausgesprochen hatte, sofort durch die Ernennung von 65 gemäßigten Pairs aus einem Hindernisse zu einem Bollwerke des besonnenen Fortschrittes umgewandelt. Dadurch erstarkte dieser noch mehr und brachte bei den 54 Ergänzungswahlen im Herbst 1819 gar 35 Anhänger durch, unter ihnen den vormaligen Bischof von Tours, Grégoire, der seiner Zeit im Konvente den Ausspruch gethan: die Könige seien in der moralischen Ordnung das, was die Ungeheuer in der physischen. Über solche Erscheinungen fingen die Kabinette der Heiligen Allianz an sehr unruhig zu werden. Metternich

Die Doktrinäre.

Ministerium Dessolles.

hatte schon bei Richelieus Rücktritt gemeint, er werde sich über nichts mehr wundern; alles in Frankreich sei überschwach oder übertoll. Wirklich ließ sich nicht verkennen, daß die zeitweilig zurückgedrängten extremen Richtungen wieder an Kraft gewannen. Wie das Volk in weiten Kreisen dachte und fühlte, zeigte der Beifall, mit dem Bérangers bourbonenfeindliche Chansons, noch ungedruckt, von Munde zu Munde liefen. Selbst in der Presse, in der auch manche der heimgekehrten Flüchtlinge mitarbeiteten, wagten sich Äußerungen hervor, die noch vor kurzem unerhört gewesen wären: glänzende Federn, wie Constant, Courrier, Comte, wirkten im Dienste der Opposition; das wichtigste Blatt derselben, die Minerva, schwang sich zu beinahe europäischer Bedeutung in die Höhe. Dazu kam, daß die antibourbonischen Bestrebungen auch im Auslande Anknüpfungen suchten, die keinesfalls mißachtet werden durften. Gerade so gut wie Artois und sein Anhang den Kaiser von Rußland durch Denkschriften und vertrauliche Mitteilungen für die Reaktion zu gewinnen suchten, machten sich die Flüchtlinge in Belgien durch Carnots Vermittelung an ihn; ja sie ließen sich in direkte Verbindungen mit dem Prinzen von Oranien ein, der mit dem Zaren verschwägert war, und wenn letzterer, als ihm das bekannt wurde, dem Prinzen auch zu wissen that, er werde nicht zugeben, daß Ludwig XVIII., den er zurückgeführt habe, wieder gestürzt werde, so ließ er doch auch hinzufügen: nach dem Tode des Königs wolle man sehen. Dazu die Existenz geheimer Verbindungen in Paris, Unruhen unter der studierenden Jugend in verschiedenen Fachschulen, die aufstachelnde Wirkung der politischen Verfolgungen in Deutschland — alles das drängte Ludwig XVIII. dahin nun doch selbst eine Änderung des Wahlgesetzes zu verlangen und, da sich Dessolles nicht fügte, ihn mit dem Kriegsminister St. Cyr und dem Finanzminister Louis zu entlassen und die Leitung der Geschäfte dem gefügigeren Decazes zu übertragen. Immerhin waren auch dessen Maßregeln durchaus gemäßigt; allein die Ausschließung Grégoires aus der Kammer und die beabsichtigte Änderung des Wahlgesetzes erbitterten doch die Liberalen sehr und ließen sie von den Wühlereien der Ultras angesichts der Reaktion, die ganz Europa durchzog, noch Schlimmeres befürchten. Als Führer der Ultras galt neben dem Grafen Artois mit Recht dessen Sohn, der Herzog von Berry, der in den Augen der Republikaner überdies noch die schlimme Eigenschaft besaß, daß auf ihm die Fortdauer des königlichen Hauses beruhte. Denn Ludwig selbst war kinderlos; sein Erbe war also sein Bruder Artois. Dieser hatte zwei Söhne, von denen der ältere, Angoulême, gleichfalls keine Nachkommenschaft hatte, der jüngere, eben der Herzog von Berry, bis dahin zwar auch noch ohne männliche Erben, aber auch erst seit kurzem vermählt war. Ein überspannter Sattler, Namens Louvel, glaubte sich ein Verdienst um das Vaterland zu erwerben, wenn er in Berry die Hoffnungen des Königshauses aus dem Wege räume; am 13. Februar 1820 erdolchte er den Prinzen vor der Oper. Bei der politischen Gesamtlage kam diese

Ministerium Decazes.

Ermordung des Herzogs von Berry.

That der Reaktion sehr zu statten: Decazes, der in der Kammer selbst der Mitschuld an dem Morde geziehen wurde, erhielt seine Entlassung, und Richelieu trat, von Artois unterstützt, wieder an die Stelle, die er vor zwei Jahren verlassen hatte. Auch jetzt bewährte er seine Mäßigung und sein Geschick; er führte zwar die Censur für die Zeitungen wieder ein, beschränkte die persönliche Freiheit und änderte das Wahlgesetz zu Gunsten der Höchstbesteuerten; aber von leidenschaftlichem Wüten gegen den Liberalismus konnte man doch nicht reden. Gerade deshalb aber waren die Ultras auch noch nicht zufrieden; durch die Bezwingung einiger Straßenaufläufe in Paris und die rechtzeitige Entdeckung einiger Verschwörungen, die von den französischen Carbonari (der Charbonnerie) geplant wurden, durch die Geburt des Herzogs von Bordeaux, des späteren Prätendenten Heinrichs V., der sieben Monate nach seines Vaters Berry Ermordung das Licht der Welt erblickte, durch den Tod Napoleons am 5. Mai 1821, endlich durch die Siege bei den Ergänzungswahlen des Jahres 1820 war ihnen so sehr der Mut gewachsen, daß sie über Richelieu hinauszugehen verlangten. Obgleich dieser den Umständen gemäß seiner Politik einen noch konservativeren und klerikaleren Charakter gab als bisher und durch die Aufnahme Villèles in sein Ministerium die Gegnerschaft der Ultras zu brechen suchte, gelang es ihm nicht mehr deren Ansprüche zu befriedigen. Artois selbst, der ihm doch seine Unterstützung feierlich zugesagt hatte, ließ ihn im Stich; der greise König besaß nicht mehr die Kraft ihn zu halten, und so legte er denn im Dezember 1821 sein Amt nieder, nachdem die Rechte und die Linke gemeinsam ihm den Schimpf ins Antlitz geschleudert hatten, er habe um den Frieden zu erhalten die Ehre Frankreichs preisgegeben. Nach jahrelangem vergeblichen Bemühen kam nun endlich die Regierungsgewalt in die Hände der Ultras, deren tüchtigster Staatsmann, Villèle, an die Spitze des neuen Ministeriums trat.

Richelieus zweites Ministerium.

Ministerium Villèle.

Die Revolutionen in den romanischen Ländern.

Der fünffache Kabinettswechsel, den Frankreich in etwas mehr als drei Jahren erlebt hatte, bewies, obgleich er in abgleitender Stufenleiter der Reaktion zu gute gekommen war, doch, daß sich die Grundsätze des parlamentarischen Regimentes in diesem Lande bereits einer bedeutenden Kraft erfreuten, und daß sie als Sicherheitsventil in gefährlichen Krisen dienen konnten, wenn sich nur eine geschickte Hand zu ihrem Gebrauche fand. Ganz anders sah es in den romanischen Halbinseln Europas aus; ihnen brachte das Jahr 1820 blutige Revolutionen. Spanien hatte deren ja seit 1814 schon eine Reihe erlebt, aber wie unglücklich sie auch ausgelaufen waren, so bot die Unzufriedenheit in der Armee ehrgeizigen Offizieren doch immer aufs neue die Möglichkeit, ihr Glück zu versuchen. Mehr noch als die grenzenlose Vernachlässigung seitens der Regierung, das Ausbleiben des Soldes, der Hunger erregte den

Spanien.

Soldaten die Furcht nach Amerika geschickt zu werden. Nicht weniger als 42000 Mann waren in den letzten Jahren über den Ozean gesandt, und der größte Teil derselben war dem fremden Klima, den ungewohnten Mühsalen und dem Schwerte des Feindes erlegen ohne der Sache des Heimatlandes den Sieg zu erringen. Auch die Offiziere waren zum großen Teile unlustig in einen Kampf zu ziehen, der geringe Ehren und noch geringeren Erfolg versprach. Nun sollten aber gerade jetzt neue Truppenmassen abgehen um einen entscheidenden Schlag zu führen. In ihrer Mitte begannen die Verschwörer ihr Werk, und bereits Mitte 1819 sollte vor der Einschiffung in Cadiz der Aufstand beginnen. Allerdings vereitelte der Abfall des vornehmsten Mitverschworenen, des Grafen Abisbal, diesen ersten Entwurf; allein die geheimen Fäden blieben unentdeckt, nur einzelne der Häupter wurden verhaftet, und da Krankheiten die Einschiffung des Heeres verzögerten, so konnte der Plan bald wieder aufgenommen werden. Am 1. Januar 1820 rief Rafael Riego in Cabezas bei Cadiz die mißmutigen Soldaten zur Empörung auf, gewann sie für den Schwur auf die Verfassung von 1812, revolutionierte die Umgegend und nahm das Hauptquartier in Arcos gefangen. Andere Regimenter, von seinem alten Mitverschworenen Quiroga gewonnen, schlossen sich an; aber damit endeten auch die Triumphe; die Garnison von Cadiz blieb treu und ohne den Besitz dieser Stadt war die Lage der Empörer hoffnungslos. Ein paar Wochen lang schlug Riego sich in Andalusien herum; dann verliefen sich seine Leute, und anfangs März schien alles verloren. Aber inzwischen hatte der revolutionäre Funke, der im Süden keinen Brennstoff finden konnte, im Norden gezündet. Im Februar brach unter Espinosas Führung zu Coruña in Galicien ein Militäraufstand aus und verbreitete sich schnell in die Nachbarprovinzen. In Navarra erschien der geflüchtete Mina aus Frankreich; Aragon, Catalonien, Valencia gerieten in Gärung. Darüber erschrak Ferdinand VII. um so mehr, als gleichzeitig die Ermordung des Herzogs von Berry ihm ein drohendes Schreckbild zeigte. Von entscheidender Wirkung war endlich der Abfall des Grafen Abisbal, der, gegen die Aufrührer ausgesandt, am 4. März sich für sie erklärte, als ob er den früheren Verrat durch den späteren sühnen wolle. Es bedurfte jetzt kaum noch der Unruhen, die am 6. März in Madrid ausbrachen, um Ferdinand zu einem erheuchelten Gesinnungswechsel zu bewegen. Sobald er sich ernstlich vor die Wahl gestellt sah: Sturz oder Verfassung von 1812, besann er sich nicht lange, sondern beschwor am 9. März die bitter gehaßte Konstitution. Ein unendlicher Jubel durchzuckte das Land; überall vollzog sich der Umschwung in größter Ordnung; die Wahlen zu den Cortes gingen in Frieden und Mäßigung vor sich; ein freisinniges Ministerium, meist frühere Opfer des Königs, wie Perez de Castro, Arguelles, Herreros, trat an die Spitze der Geschäfte, Quiroga und Riego wurden zu Feldmarschällen ernannt, und die Aufhebung des Jesuiten- und der ihm verwandten Orden, die Einziehung der Klöster

und ähnliche Maßregeln schienen dem Siege des Fortschrittes Dauer zu verschaffen.

Portugal. Um so ansteckender mußte er nach Portugal und Italien hinüber wirken. In Lissabon lagen die Verhältnisse überdies sehr günstig. Der König, Johann VI., war noch immer in Brasilien, und der Regent, Lord Beresford, war im April 1820 gleichfalls dorthin abgereist. Der längst vorbereitete Aufstand sollte am 15. September ausbrechen. Allein da der Plan verraten wurde, schlug der Oberst Sepulveda mit der Garnison von Oporto schon im August los und hatte trotzdem leichtes Spiel. Schnell ergriff die Bewegung das ganze Land und erreichte Lissabon; eine provisorische Regierung wurde eingesetzt, Beresford verbannt, der König zur Rückkehr nach Europa aufgefordert. Selbst die heftigen Parteiungen, die unter den Aufständischen ausbrachen, hinderten den Fortgang der Revolution nicht. Als Beresford zurückkam, stand er ohnmächtig den neuen Verhältnissen gegenüber; nicht einmal die Landung ward ihm gestattet. Auch der König hielt es für gut sich zu fügen. Er genehmigte sofort die Berufung der Cortes, die auf Grundlage der spanischen Verfassung eine portugiesische Konstitution entwerfen sollten, und entschloß sich dann auch, wenngleich ungern und nur unter dem Drucke seines ältesten Sohnes Dom Pedro, nach Europa zurückzukehren. Dieser hingegen blieb in Brasilien, anfangs als Regent; doch mußte er bald dem Drängen des Landes, das ebenso wenig wie die spanischen Kolonieen in ein Abhängigkeitsverhältnis zurückkehren wollte, nachgeben und sich zum konstitutionellen Kaiser Brasiliens ausrufen lassen. Der zweite Sohn Johanns, Dom Miguel, begleitete den Vater nach Europa zurück und suchte in Gemeinschaft mit seiner Mutter Carlota den König von der Annahme der Verfassung abzuhalten. Allein die Macht der Verhältnisse war stärker als ihre Zettelungen; Johann VI. beschwor vor seiner Landung die soeben, am 27. Juni 1821, vollendete Verfassung, und Portugal erfreute sich für einige Jahre in Ruhe der neuen Staatsformen, die es sich gegeben.

Italien. In Italien hatte sich zwar eine gärende Unzufriedenheit fast über alle Teile des Landes verbreitet. aber es fehlte viel daran, daß dieselbe überall in der gleichen Richtung und nach den gleichen Zielen wirkte. Während Toscana sich verhältnismäßig gleichgültig verhielt, kümmerte man sich in Neapel wenig um den Rest der Halbinsel, sondern hatte nur eine Besserung der eigenen Zustände im Auge, und Sicilien trachtete gar danach sich seinerseits von Neapel loszureißen; während man im Kirchenstaate, besonders in den nördlichen Provinzen, gegen die Priesterherrschaft sich auflehnte, arbeitete in der Lombardei die Priesterschaft mit dem Adel an der Vertreibung der Österreicher und richtete sich in Sardinien der Haß gleichmäßig gegen die Fremden und den einheimischen Adel. Zu einer einheitlichen Erhebung fehlte es daher an den ersten Vorbedingungen. Dagegen war besonders Neapel der Einwirkung des spanischen Beispieles sehr zugänglich, teils wegen der alten

Verbindung, die zwischen beiden Ländern bestand, teils weil die Armee nirgends so sehr von den Carbonari durchwühlt und dadurch den Einflüssen ehrgeiziger Generale preisgegeben war. So zündeten denn hier die Nachrichten aus Spanien am schnellsten. Von Nola aus zog Leutnant Morelli am 2. Juli 1820 mit einem Haufen Soldaten nach Neapel und gewann unterwegs so große Verstärkung, daß die Minister jeden Gedanken an Widerstand fahren ließen, zumal auch der volkstümlichste unter den Generalen, Wilhelm Pepe, am 5. Juli mit einem Dragonerregimente aus der Hauptstadt abzog und sich für die spanische Verfassung von 1812 erklärte. Einen Augenblick hoffte der König durch eine erheuchelte Krankheit sich selbst aus der Verlegenheit ziehen und den geforderten Eid und voraussichtlichen Eidbruch seinem Sohne zuschieben zu können. Allein Pepe, der sich zum Oberbefehlshaber aller königlichen Truppen ernennen ließ, verlangte neben dem Gelöbnisse des Prinz-Regenten auch das des Königs; und nun leistete dieser nicht bloß den Schwur, sondern fügte demselben aus eigenem Antriebe noch das Gebet hinzu, daß, wenn er lüge, Gott in diesem Augenblicke die Blitze seiner Rache auf ihn lenken möge. Neapel war außer sich vor Entzücken über diese gründliche Bekehrung; doch sollte in den Freudenbecher bald ein bitterer Tropfen fallen. Kaum war die Kunde der Ereignisse nach Sizilien gedrungen, so erhob sich das Volk von Palermo mit der Forderung, die Insel solle in Verfassung und Verwaltung von dem Festlande getrennt und nur durch Personalunion mit ihm verbunden sein. Nach wüsten Szenen mußte der Statthalter Naselli am 18. Juli fliehen, und Fürst Villafranca bildete eine provisorische Regierung. Die ganze Insel fügte sich, bis auf vier Städte, entweder freiwillig dem neuen Regiment, oder wurde in blutigem Bürgerkriege, der gegen 4000 Opfer forderte, dazu gezwungen. Allein Pepe mit seinen Genossen war nicht gewillt das Geschehene anzuerkennen; er schickte seinen Bruder Florestan mit 9000 Mann auf die Insel und das blutige Ringen begann von neuem. In verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es den Aufstand zu brechen: am 5. Oktober kapitulierte Palermo. Da jedoch die Unterwerfung nur eine erzwungene war, sah man sich genötigt die besten Truppen auf der Insel stehen zu lassen. Inzwischen hatte Metternich bereits die ersten Schritte zu einer bewaffneten Einmischung gethan und, während Österreich rüstete, die Einladungen zu einem neuen Monarchen- und Ministerkongresse erlassen, der am 20. Oktober 1820 zu Troppau in Oesterreichisch-Schlesien zusammentrat. England und Frankreich waren durch Gesandte vertreten, Stewart und Caraman, die beide große Zurückhaltung beobachteten; der Zar war mit seinem Bruder Nikolaus, mit Kapodistria und Nesselrode, der König von Preußen mit dem Kronprinzen, Hardenberg und Bernstorff erschienen. In den allgemeinen Anschauungen der drei Monarchen herrschte von Anfang an große Übereinstimmung; Alexander insbesondere hatte seine liberalisierenden Ideen ganz zurückgedrängt und wurde durch eine an sich unbedeutende Meuterei

Neapel.

Sizilien.

Der Kongreß von Troppau.

des Garderegimentes Semenow, von welcher er Mitte November die Nachricht erhielt, in seiner Revolutionsfurcht noch mehr bestärkt. Wenige Tage darauf, am 19. November, unterzeichneten die drei Ostmächte ein Protokoll, in welchem sie grundsätzlich jeden Staat, in dem die Revolution zur Herrschaft komme, von der großen europäischen Allianz ausgeschlossen erklärten und sich das Recht beilegten ihn durch Güte oder durch Zwang wieder auf den Boden der legitimen Ordnung zurückzuführen, Grundsätze, die trotz Englands und Frankreichs Protest alsbald auf Neapel angewandt wurden. Die drei Monarchen beschlossen mit der revolutionären Regierung überhaupt nicht zu verhandeln, sondern den König Ferdinand einzuladen zu ihnen zu kommen und mit ihnen die Maßregeln, welche das Beste seines Volkes erheischen möchte, zu vereinbaren. Nur ihm persönlich, nicht irgend einem Vertreter galt diese Einladung; werde er gehindert ihr zu folgen, so wollte man darin einen Beweis seiner Unfreiheit sehen und ihn mit Gewalt befreien. Als Ort der Zusammenkunft wurde teils wegen des rauhen Troppauer Klimas, teils um die Reise abzukürzen Laibach bestimmt, als Zeitpunkt die ersten Tage des Januars 1821. Die Gesandten Englands und Frankreichs waren nicht bevollmächtigt diesen Beschlüssen beizutreten; doch richtete Ludwig XVIII. an den König von Neapel nachträglich ein Schreiben, worin auch er ihm empfahl, der Einladung der drei Monarchen zu folgen; das englische Ministerium war trotz seiner reaktionären Gesinnung doch nicht in der Lage diese Maßregeln und die Kriegserklärung, welche die drei Monarchen gegen die „tyrannische Macht der Rebellion und des Lasters" erließen, anzunehmen. In Neapel riefen die Troppauer Beschlüsse zunächst allerdings eine furchtbare Aufregung hervor; allein dieselbe legte sich schnell, als der König überschwängliche Versicherungen seiner Anhänglichkeit an die neuen Zustände gab und sich erbot vier Parlamentsmitglieder als Zeugen und Ratgeber mit sich nach Laibach zu nehmen; ja man lehnte dieses Anerbieten sogar dankend ab, da man wisse, daß das Herz des Sohnes Karls III. ein Tempel der Treue sei.

Der Kongreß von Laibach.

Der König reiste also nach Laibach, wo er am 5. Januar eintraf und sich alsbald den Absichten Metternichs die alten Zustände durch eine bewaffnete Einmischung Österreichs wieder herzustellen gefügig anbequemte. Während man in Neapel an der neuen Verfassung weiter arbeitete und nach ihrer Vollendung am 31. Januar 1821 sich des erneuten Schwures freute, mit dem der Prinz-Regent sie bekräftigte, beschlossen die Ostmächte im Einverständnisse mit den italienischen Fürsten und trotz der matten Einsprache Englands und Frankreichs die Entsendung eines österreichischen Heeres, dem ein russisches folgen sollte; der treue König Ferdinand erklärte seinen Eid für erzwungen und befahl schriftlich den revolutionären Behörden sich aufzulösen.

Die Österreicher gegen Neapel.

Anfang Februar überschritt General Frimont mit 43 000 Österreichern die lombardische Grenze und rückte gegen Neapel vor. Hier war der Wille zum Widerstande größer als die Kraft. Zwei Heere,

unter Pepe und Carrascosa, zusammen kaum 25 000 Mann, eilten an die Grenze. Ein einziges Gefecht, das Pepe bei Rieti am 7. März lieferte, genügte um ihre Niederlage zu entscheiden; Carrascosas Truppen liefen ohne Kampf auseinander und vierzehn Tage später wurde Neapel dem Grafen Ficquelmont, dem designierten österreichischen Gesandten, durch Kapitulation übergeben. Das Parlament war vorher unter Protest auseinandergegangen, die Hauptführer hatten sich durch die Flucht gerettet; triumphierend konnte der österreichische Beobachter melden, als Farce habe geendigt, was sich ruhmredig als Tragödie angekündigt. Aber der tragische Schluß sollte doch nicht fehlen. Hunderte von Todesurteilen wurden gefällt, viele der angesehensten Männer in die österreichischen Festungen geschleppt, der ganze Carbonari-Bund in die Acht gethan, einzelne seiner Mitglieder auf Eseln durch die Straßen geführt und öffentlich ausgepeitscht. Auch Sizilien wurde von den Österreichern wieder unterworfen; hier wie dort beseitigte König Ferdinand, der im Mai in sein Land zurückkehrte, alle liberalen Einrichtungen; die Universitäten wurden geschlossen, die Jesuiten zurückberufen; eine tolle Polizeiwirtschaft tyrannisierte, von Canosa geleitet, unter dem Schutze der österreichischen Waffen das ganze Land, und das Banditenwesen, durch politische Zuzügler verstärkt, nahm einen neuen ungeahnten Aufschwung. Auch nach dem Tode Ferdinands I. dauerten unter seinem Sohne Franz I. (1825—1830) diese schauderhaften Zustände fort.

Revolution in Sardinien.

Man hätte meinen sollen, das übrige Italien, das während des ganzen Jahres 1820 das Beispiel von Neapel nicht nachgeahmt hatte, würde nach dem Beginn des österreichischen Heereszuges noch weniger Neigung dazu gefühlt haben. Im allgemeinen traf diese Erwartung auch zu, besonders in Mittelitalien, wo sich bald die österreichischen Truppen zeigten, und in der Lombardei, wo schon seit Monaten kräftige Vorsichtsmaßregeln ergriffen und die Häupter der liberalen Partei, unter ihnen Graf Confalionери und der gefeierte Dichter Silvio Pellico, zu langjähriger Haft in österreichische Festungen geschickt waren. Aber in Sardinien erweckte das Vorrücken der Österreicher andere Gedanken. Was schien einfacher als, während jene nach Neapel zogen, in die Lombardei einzufallen, diese aufzuwiegeln und dann in Gemeinschaft mit den Süditalienern die Österreicher von beiden Seiten zu fassen? Zum Gelingen dieses Planes war neben vielem sonst besonders Eines erforderlich: man mußte in Sardinien selbst sehr schnell die Gewalt erringen. Dazu aber lagen die Verhältnisse günstig.

Karl Albert.

Wenn man den längst schon regierungsmüden König Viktor Emanuel zur Entsagung bewog, so war der Nächstberechtigte zwar dessen Bruder Karl Felix; aber der war zur Zeit außer Landes, und da er keine Kinder hatte, so mußte bis zu seiner Rückkehr die Regentschaft an Karl Albert, das Haupt der Seitenlinie Savoyen-Carignan, fallen, der, in liberalen Ideen erzogen und gut italienisch gesinnt, fälschlich selbst für ein Mitglied der Carbonaria galt. Da Eile not that, konnte man freilich nicht auf seine

unbedingte Zustimmung warten. Ohne sie erlangt zu haben (der Prinz gab sie und zog sie wieder zurück), begann der Militäraufstand am 10. März in Alessandria, also drei Tage nach der Niederlage der Neapolitaner, von der man aber noch nichts wußte. Eine provisorische Regierung, an ihrer Spitze der edle und tapfere Graf Santa Rosa, erklärte dem Volke, daß, wenn das Heer sich jetzt vorübergehend von den Gesetzen des militärischen Gehorsams entferne, die Not des Vaterlandes es dazu ebenso verpflichte wie 1813 das preußische Heer unter York. Große Begeisterung erregte dieser Aufruf eben nicht, aber die Bewegung übertrug sich doch auch nach Turin und erzielte hier die gewünschten Folgen. Viktor Emanuel dankte am 12. März zu gunsten seines Bruders ab und ernannte Karl Albert einstweilen zum Regenten. Dieser beschwor, durch neue Tumulte gedrängt, die spanische Verfassung von 1812, behielt aber freilich, da ihm der Aufstand kein Vertrauen einflößte und im Falle des Mißlingens für ihn der Verlust der Thronfolge in Aussicht stand, die Genehmigung des neuen Königs vor und erbat sich von diesem Verhaltungsbefehle. Sie lauteten dahin, daß er auf der Stelle Turin verlassen und sich zu den treuen Truppen, welche General La Torre in Novara sammelte, begeben solle. Unterwürfig und berechnend gehorchte er diesem Befehle am 20. März durch die Flucht, legte in Novara die Regentschaft nieder und stellte sich zur Verfügung des Königs. Damit war über die Revolution das Todesurteil gesprochen, umsomehr, als in Neapel ja auch alles zu Ende war. Vergeblich versuchte Santa Rosa, die Seele des Aufstandes, noch bewaffneten Widerstand. Am 8. April wurden die 4000 Mann unter Oberst Regis, über welche der Aufstand noch gebieten konnte, bei Novara von La Torre und dem Österreicher Bubna geschlagen, und die Häupter der Empörung mußten froh sein, daß es ihnen gelang, sich nach Spanien, Griechenland und Frankreich zu flüchten. Von den Todesurteilen, die gegen sie gefällt wurden, konnten nur zwei vollstreckt werden.

Karl Felix König.

Metternich durfte mit Befriedigung auf den glücklichen Ausgang sehen, den seine Versuche zur Beruhigung Italiens gehabt hatten. Aber er war damit und mit dem unbedingten Einflusse, den ihm das Verbleiben österreichischer Truppen in Neapel und Sardinien verbürgte, noch nicht zufrieden. Er wollte diesen in Sardinien, wo er durch den Tod des Königs leicht gefährdet werden konnte, dauernd machen und scheint zu dem Zwecke eine Zeitlang den Gedanken Karl Albert von der Thronfolge auszuschließen gebilligt zu haben. Allein solch ein Verstoß gegen das Legitimitätsprinzip hatte doch gar zu viel Bedenkliches; weder Alexander noch auch nur Kaiser Franz konnten sich damit befreunden, und so erklärte sich denn auch Metternich dagegen. Andererseits aber mochte es ihm ganz lieb sein, daß der Herzog von Modena, der Sardinien für sich zu gewinnen hoffte, und selbst der König Karl Felix diesen Plan noch länger verfolgten, auch nachdem der Herzog von Carignan seine politische Rechtgläubigkeit dadurch neu bekräftigt hatte,

Die sardinische Thronfolge.

daß er unter Frankreichs Fahnen in Spanien gegen die Revolution kämpfte. Erst im Jahre 1825 wurde ihm volle Verzeihung zu teil, und Metternich wußte es geschickt so einzurichten, daß die Fürsprache seines Kaisers die Versöhnung des Prinzen mit dem Könige Karl Felix zuwege brachte. Auf diese Weise hoffte er auch den künftigen Herrscher Sardiniens durch die Bande der Dankbarkeit und des Abhängigkeitsgefühls an Österreich gekettet zu haben. Der übrigen Fürsten Italiens war er fürerst völlig sicher, und was ihn noch mehr beruhigte, auch Alexander war so völlig in seine Ideen eingegangen wie noch nie zuvor. Daß er auf England gleichfalls sicher bauen könne, davon überzeugte er sich bei der Zusammenkunft, die er im Oktober 1821 in Hannover mit Georg IV. und Castlereagh hatte. Da ihm Preußen und die deutschen Fürsten mit wenigen Ausnahmen ohnedies gewiß waren, durfte er sich ohne Übertreibung als den Mittelpunkt der europäischen Politik betrachten. Diese bot allerdings auch nach der Bezwingung der italienischen Revolution noch erhebliche Schwierigkeiten. Nicht ohne Sorge blickte Metternich auf die Parteikämpfe in Frankreich; ein ganz neues Problem von eigenartiger Beschaffenheit war noch während des Laibacher Kongresses in dem griechischen Aufstande zu Tage getreten; und endlich behauptete sich in Spanien die Revolution noch immer und war schwer zu fassen. Ein neuer Monarchenkongreß, der im Oktober 1822 in Verona zusammentrat, sollte diesen bedrohlichen Fragen gegenüber die Einmütigkeit der großen Mächte von neuem befestigen.

In Spanien hatte sich um diese Zeit der Liberalismus schon fast drei Jahre, wenn auch in wechselnden Ministerien, am Ruder gehalten. An Versuchen ihn zu stürzen fehlte es freilich nicht; schon im Juni 1820 wurde Ferdinand bei einem Anschlage ertappt sich gewaltsam aus den verhaßten Banden zu befreien; mit dem Ministerium Arguelles überwarf er sich völlig, lange ehe er es im März 1821 entließ und ihm zwar Nachfolger von derselben politischen Farbe, aber ohne geistige Bedeutung und ohne Ansehen im Volke gab. Und doch bedurfte Spanien der Männer von Kraft und Einfluß so dringend! Denn überall in den Provinzen regten sich die Unzufriedenen. In Castilien sammelte der Pater Merino, der einst im Franzosenkriege als Bandenführer geglänzt, die Scharen seiner „Glaubensarmee“ um für die Kirche und den unumschränkten König zu kämpfen; in den pyrenäischen Berglanden rotteten sich gleichgesinnte Haufen zusammen, an ihrer Spitze zum Teil berüchtigte Schmuggler und Räuber; von dem benachbarten Frankreich aus nährten die flüchtigen Häupter der Reaktion, wie Mataflorida und Eguia, diese Erhebungen und stützten sie durch Waffen und Geld. Und auf der anderen Seite wiederum erhoben sich in Cadiz, in Valencia, in Aragon die radikalen Exaltados, erbittert darüber, daß Riego im September seines Oberbefehls in Aragon entsetzt war, weil er im Verdachte stand an einer republikanischen Bewegung in Spanien und Frankreich zu arbeiten; in Madrid selbst erstürmte der Pöbel im Mai 1821 ein Gefäng- Spanien.

nis und mordete den dort eingeschlossenen Vinuesa, einen Kaplan des Königs; die Klubs nahmen überhand und beherrschten die Stadt und die Cortes, in denen doch die Moderados, die Gemäßigten, die Mehrheit hatten. Als unter solchen Verhältnissen die Neuwahlen für die Cortes von 1822 vollzogen wurden, errang die äußerste Partei einen vollständigen Sieg, der sich in der Erhebung Riegos zum Präsidenten äußerlich kundgab. Nun glaubte auch Ferdinand sich mit brauchbaren Ministern umgeben zu müssen und ersetzte am 28. Februar 1822 das zweite Moderadokabinett durch ein drittes, an dessen Spitze der bedeutendste Mann der Partei, Martinez de la Rosa, trat. Heimlich aber förderte er nach Kräften die reaktionären Erhebungen, die besonders im Norden an Kraft wuchsen. Matafloriba kam selbst über die Pyrenäen und stellte sich an die Spitze einer Regentschaft, die in der Bergfestung Seo d'Urgel ihren Sitz nahm. Alles das aber ging dem Könige noch zu langsam. Ungeduldig suchte er sich im Juli 1822 auf eigene Faust zu helfen und ließ seine Garde bearbeiten die Konstitution in der Hauptstadt selbst umzustoßen. Indes auch dieser Versuch mißlang; die Garde wurde am 7. Juli in den Straßen Madrids besiegt, und der König kam aus dem Regen in die Traufe. Statt seines bisherigen gemäßigten Ministeriums mußte er ein neues aus der Partei der Exaltados bilden, an dessen Spitze San Miguel stand. Verzweiflungsvoll wandte er sich nun an Ludwig XVIII. und bat ihn in einem eigenhändigen Briefe vom 28. Juli um Hilfe. Seit Beginn des Jahres war in Frankreich an Richelieus Stelle Villèle getreten, von dem sich Mitgefühl mit der Lage des spanischen Königs wohl erhoffen ließ. Allein selbst Villèle trug Bedenken sich auf der Halbinsel, die Napoleon nicht hatte bezwingen können, die Finger zu verbrennen; er meinte, man müsse den Vulkan von selbst ausbrennen lassen, und gab seinen Abgesandten zum Veroneser Kongresse die Weisung mit Frankreich zu nichts zu verpflichten. Diese Haltung entsprach vollkommen den Wünschen Metternichs, nicht aber denen Alexanders, der eine französische Expedition nach Spanien mit 150 000 Mann zu unterstützen bereit war und seine Politik in die bündige Formel faßte: La guerre contre l'Espagne par la France, avec la France, sans la France — contre la France. Die Persönlichkeit der französischen Diplomaten kam ihm bei solchen Plänen sehr zu statten. Der eine, Montmorency, der Minister des Auswärtigen, war ganz im Gegensatze zu Villèle ein eifriger Freund der Einmischung und handelte den Weisungen, die er aus Paris mitgebracht, geradezu entgegen; der andere, Chateaubriand, der bekannte Dichter, kannte kein höheres Ziel als die Gunst des Zaren für sich zu gewinnen, und so unterzeichneten beide am 19. November ein Protokoll, in welchem die Ostmächte sich zur Unterstützung Frankreichs bereit erklärten und gewisse Möglichkeiten wie die Ermordung, Absetzung oder Anklage des Königs als Kriegsgründe hingestellt wurden; durch drohende Noten der vier Mächte sollte Spanien gleichzeitig zu einer Entscheidung gedrängt werden. Das Ministerium

Der Kongreß von Verona. *Die Einmischung in Spanien.*

San Miguel ließ sich dadurch aber nicht einschüchtern. Gerade jetzt gelang es ihm durch Mina die Regentschaft aus Seo d'Urgel zu vertreiben und über die Grenze zu jagen; außerdem rechnete es auf England, das sich gegen den Veroneser Beschluß erklärte, da nicht mehr Castlereagh, sondern seit vier Monaten Canning am Ruder saß, und dieser schon nachdrücklich in das liberale Fahrwasser einlenkte. Auch mochte es hoffen, daß Villèle seinen früheren Ansichten treu bleiben und eine bewaffnete Einmischung nicht billigen werde. Aber diese Hoffnung trog. Allerdings wurde Montmorencys Politik vom König verworfen, so daß er aus dem Ministerium schied; aber es ersetzte ihn Chateaubriand und diesem gelang es auch Ludwigs XVIII. Widerstand zu besiegen. Als Spanien die in Verona gestellten Forderungen am 9. Januar 1823 endgültig ablehnte und die Gesandten der Ostmächte darauf sofort Madrid verließen, entschloß sich der König seinen Neffen Angoulême mit einem Heere nach der Halbinsel zu senden. Villèle gab nach und die Thronrede vom 27. Januar 1823 kündigte den Kammern an, daß 100 000 Mann bereit ständen, den spanischen Thron einem Enkel Heinrichs IV. zu erhalten. Die Opposition dagegen war machtlos; sie wurde von der Mehrheit niedergeschrieen, und einer ihrer Führer, Manuel, der die französische Einmischung in Spanien mit dem Einmarsche der Preußen in Frankreich im Jahre 1792 verglich und von ihr dieselben Folgen — die Hinrichtung des Königs — voraussagte, erregte als Verteidiger des Königsmordes solche Entrüstung, daß er aus der Kammer ausgestoßen und, als er sich nicht willig fügte und die Nationalgarde ihn fortzuführen sich weigerte, von Gendarmen weggeschleppt wurde.

Angoulême überschritt nun die Pyrenäen und drang mit fünf Armeekorps in Spanien vor. Der Widerstand, auf den er stieß, war unbedeutend; die Hauptstadt zu verteidigen machten die Liberalen nicht einmal den Versuch; sie verlegten den Sitz der Regierung und der Cortes schon Ende März nach Sevilla und schleppten auch den König mit dorthin, der vergebens durch ein Zeugnis seiner Ärzte zu beweisen suchte, daß sein Gesundheitszustand diese Reise nicht gestatte. Auch in Sevilla war der Aufenthalt nicht von langer Dauer; als der Einzug der Franzosen in Madrid am 23. Mai 1823 und die Einsetzung einer Regentschaft für den „gefangenen" König bekannt wurde, beschlossen die Cortes nach Cadiz zu gehen, erklärten den König, der ihnen nicht folgen wollte, am 11. Juni für unzurechnungsfähig, ernannten eine Regentschaft und führten Ferdinand gewaltsam fort. Vor dem Schicksale Ludwigs XVI. bewahrte ihn eigentlich nur die Furcht der Liberalen, die über den Ausgang ihrer Sache umsoweniger in Zweifel sein konnten, als ihre hervorragendsten Generale, Abisbal, Morillo, Ballesteros, sie verrieten und ihren Frieden mit den Franzosen machten. Als daher im August der ernstliche Angriff auf Cadiz begann und die Einnahme des Trocadero, eines festen Inselforts, am 31. die letzte Entscheidung nahe rückte, dachten sie den Monarchen wenigstens als Pfand zu benutzen um persönlich leidliche Be-

Einmarsch der Franzosen.

Ende der Revolution. dingungen bei ihrer Unterwerfung zu erreichen, ließen sich von ihm Begnadigung versprechen und schickten ihn am 1. Oktober ins französische Lager. Einige Millionen, die Chateaubriand zu Bestechungen angewandt hatte, beschleunigten diesen Schritt. Die Stadt wurde übergeben; die Klügeren unter den Liberalen flüchteten sich eiligst nach Gibraltar. Sie sollten sich bald zu dieser Vorsicht Glück wünschen; denn noch am 1. Oktober erklärte Ferdinand alles, was seit dem 7. März 1820 geschehen, für ungültig und begann die Verfolgung seiner Feinde in einer Weise, welche die Franzosen und besonders den gemäßigten Angoulême mit Abscheu erfüllte. Riego, der anfangs September in der Sierra Morena gefangen worden war, wurde unter groben Mißhandlungen nach Madrid geschleppt, dort von einem Esel in einem Korbe nach dem Richtplatz geschleift und unter dem Jubelgeschrei des Pöbels gehenkt. Acht Tage später hielt der König auf 20 Fuß hohem Triumphwagen, den hundert Menschen zogen, von Tänzern und Tänzerinnen umschwärmt, seinen Einzug in Madrid. Das spanische Volk jauchzte dem Tyrannen zu, der in Calomarde und Espanna Männer fand, welche bereitwillig der blindesten Reaktion ihren Arm liehen, und der beinahe Freude darüber zu empfinden schien, daß eine neue Revolution ihm neue Opfer seiner Grausamkeit geliefert hatte.

Portugal. Ihr Nachspiel fanden diese Vorgänge in Spanien wie üblich in Portugal. Beim Vorrücken der Franzosen erhob sich die absolutistische Partei; des Königs zweiter Sohn, Dom Miguel, stellte sich an die Spitze der Truppen und forderte von Villafranca aus den Umsturz der Verfassung. Nach einigem Schwanken begab sich der König zu ihm, löste die Cortes am 2. Juni auf, und das alte Regiment begann von neuem, wenn auch der englische Einfluß ein blindreaktionäres Wüten verhinderte: das neue Ministerium begnügte sich die Häupter der Gegenrevolution zu belohnen, ohne die Häupter der Liberalen zu verfolgen.
Auflehnung Dom Miguels. Damit waren aber die Führer der ersteren, und besonders Dom Miguel, durchaus nicht zufrieden. Im Einverständnisse mit seiner Mutter Carlota versuchte der Prinz im Mai 1824 einen Staatsstreich, der aber völlig mißlang. Die Minister flüchteten auf ein englisches Kriegsschiff, das im Hafen von Lissabon lag, und auch der König, der sich von seinem
Seine Verbannung. Sohne wie ein Gefangener behandelt sah, entkam dorthin. Ein kräftiger Aufruf setzte dem Volke die Sachlage auseinander und bewirkte einen allgemeinen Abfall von Dom Miguel, der, vom Könige verbannt, sich zu Metternich nach Wien begab. Cannings Einfluß war von da ab stark genug um ein gemäßigtes Regiment zu verbürgen, bis der Tod des Königs, am 10. März 1826, neue und ernstere Verwickelungen heraufbeschwor, die zugleich die gänzliche Trennung Brasiliens von dem Mutterlande vollendeten.

Die amerikanischen Freiheitskämpfe.

Brasilien hatte durch die Übersiedelung des königlichen Hauses seit dem Jahre 1808 eine tiefgreifende Umgestaltung erfahren; aus der abhängigen Kolonie, die in jedem Kleinsten vom Mutterlande Befehl und Weisung erhielt, war ein selbständiges Königreich geworden; die Häfen, bis dahin nur portugiesischen Schiffen geöffnet, standen jetzt allen Völkern offen und den Engländern überdies unter ausnehmend günstigen Bedingungen. Schon hatten sich zahlreiche Kaufleute in den wichtigsten Städten, in Rio, Bahia, Pernambuco, Para, niedergelassen und dem gesellschaftlichen und öffentlichen Leben einen europäischen Anstrich gegeben. Der Gedanke in die früheren Kolonialzustände zurückgeworfen zu werden war daher den Brasilianern ebenso schreckhaft wie verabscheuenswert, und sie wünschten dringend, daß die königliche Familie gar nicht wieder nach Europa zurückkehre. Allerdings gab es im Lande, besonders im Norden, auch eine republikanische Partei, die nach dem Beispiele der spanischen Kolonieen Brasilien in einen Bund von Freistaaten umzuwandeln dachte und in der Rückkehr Johanns VI. nach Europa eine Förderung ihrer Pläne erblickt haben würde; aber sie war in der Minderheit und ihre Aufstandsversuche wurden 1817 schnell unterdrückt. So eifrig nun die Brasilianer den König in Rio festzuhalten wünschten, so dringend verlangten die Portugiesen seine Heimkehr und fanden dabei eine Stütze an des Königs ältestem Sohne Dom Pedro, der als Regent an des Vaters Statt zurückgelassen zu werden hoffte. Die Revolution von 1820 kam ihm dabei zu Hilfe; wollte Johann VI. Portugal nicht verlieren, so mußte er eilen sich nach Lissabon einzuschiffen; ungern freilich trennte er sich von den behaglicheren Verhältnissen, in denen er zu Rio lebte; aber Pedro drängte, und so reiste er im April 1821 ab. Was die Brasilianer gefürchtet, trat nun schnell ein. Die Cortes in Lissabon suchten in der That das Königreich wieder zur Kolonie herabzudrücken und verlangten, daß auch Dom Pedro nach Europa zurückkehre. Statt dessen nahm dieser im Mai 1822 den Titel eines „konstitutionellen Verteidigers von Brasilien" an und berief eine verfassunggebende Versammlung, welche die Unabhängigkeit des Landes aussprach und ihn am 12. Oktober als Kaiser ausrief. Der Widerstand, den Portugal dieser Losreißung entgegensetzen konnte, war nur gering. Eine brasilianische Flotte unter dem Befehle des Engländers Cochrane, der schon mehrere Jahre lang für die Unabhängkeit des spanischen Südamerika gefochten hatte und im März 1823 in Pedros Dienste trat, verjagte die portugiesischen Schiffe aus den Städten des Nordens, so daß nach wenigen Monaten das ganze Land frei war. Auch die innere Ordnung wurde ohne erhebliche Schwierigkeiten begründet. Zwar überwarf sich der Kaiser mit der verfassunggebenden Versammlung und jagte sie im November 1823 auseinander; aber die Konstitution, die er im folgenden Januar in Kraft setzte, fand doch meistenteils Zustimmung,

Brasilien.

Dom Pedro I.

und wo die Republikaner sich dagegen auflehnten, wie in Pernambuco, stellte Cochranes Flotte bald die Ruhe wieder her. Keine Macht sah diese Befestigung des neuen Staates mit größerem Wohlgefallen als England, und Canning war eifrig bemüht die Anerkennung Brasiliens durch Portugal zu erwirken. Sir Charles Stuart reiste in seinem Auftrage nach Lissabon und Rio und brachte am 29. August 1825 einen Vertrag zustande, kraft dessen Brasilien 2 Millionen Pfund von der portugiesischen Schuld übernahm und dafür in seiner Selbständigkeit anerkannt wurde. Nur über die Thronfolge war eine Verständigung noch nicht erreicht, als Johann VI. starb und kraft des Rechtes der Erstgeburt Pedro die portugiesische Krone erbte, die zu tragen ihm die brasilianische Verfassung doch verwehrte. Er schwankte nicht lange, welche Wahl er zu treffen habe. Indem er zu gunsten seiner siebenjährigen Tochter Maria da Gloria auf Portugal verzichtete und diese Tochter mit seinem Bruder Miguel verlobte, zerschnitt er endgültig das Band, das Brasilien noch mit dem Mutterlande verknüpfte. War ihm selbst auch noch eine bedeutende Rolle in der Geschichte Portugals beschieden, so wurde Brasilien doch von dieser seiner persönlichen Politik nicht berührt, sondern behauptete seine selbständige Stellung.

Die spanischen Kolonieen.

Reicher an Wechselfällen und ärmer an segensreichen Folgen waren die Kämpfe, in welchen sich Spaniens amerikanische Kolonieen vom Mutterlande losrissen. Die Neigung war dazu durch den amerikanischen Freiheitskrieg geweckt worden, trotz, ja zum Teil dank den Reformen, welche Karl III. in Spanien einführte und die auch ihnen zu gute kamen. Der Handel nach Amerika, der bis dahin das ausschließliche Recht weniger gewesen war, nahm, von diesen Schranken befreit, einen solchen Aufschwung, daß sein Wert von 1778 bis 1788 von 150 auf 1100 Millionen Realen stieg, ungerechnet den Schmuggelverkehr mit den englischen Antillen, der großen Gewinn abwarf. Aber eben dieses Wachsen des Wohlstandes und der Verkehrsfreiheit erweiterte auch den Blick und schärfte ihn für das Vernunftwidrige der bestehenden Verhältnisse. Dazu kamen die großen Ereignisse in Europa, der Anschluß Spaniens an die französische Politik, seine Verfeindung mit England. Zunächst waren es freilich nur einzelne Männer, die daraufhin an der spanischen Herrschaft zu rütteln wagten, unter ihnen besonders der Venezolaner Miranda, der seit Jahren mit Pitt in Verkehr stand und 1806 eine Landung in Venezuela versuchte, die allerdings kläglich mißlang. Den englischen Staatsmännern behagte der Gedanke wohl, gegenüber den Königreichen von Napoleons Gnaden, die in Europa entstanden, auf den Trümmern der spanischen Macht in Amerika Königreiche unter Englands Schutz zu gründen; aber die Kräfte des Inselreiches waren schon ohnedies so gewaltig angespannt, daß es unmöglich schien, sich auf neue Wagnisse einzulassen. Wenn dies doch, z. B. 1806 in Buenos Aires, geschah, so waren das eigenmächtige Schritte verwegener Flottenführer, die daheim keine Billigung fanden. Mit der Umwandlung Spaniens in

ein französisches Königreich wuchs indes das Unabhängigkeitsgefühl in den Kolonieen plötzlich in unerwartetem Maße; keine derselben erkannte den König Josef an; der rechtmäßige Herrscher war in französischer Gewalt; die Centraljunta, welche in Spanien den Kampf gegen die napoleonische Unterdrückung leitete, war außer stande sich um die Dinge in Amerika viel zu kümmern; sie nahm gern die reichen Geldsendungen in Empfang, welche ihr von dort zuflossen, sandte auch Statthalter hinüber und räumte den Kolonieen Sitze in ihrer Mitte und in den Cortes ein; aber sie vermochte nicht zu hindern, daß in allen sechs Reichen (Mexiko, Peru, Neu-Granada, Venezuela, Buenos Aires und Chile) Parteien erstanden, welche die unabhängige Verwaltung der Kolonieen, übrigens unbeschadet der königlichen Rechte Ferdinands VII., auf ihre Fahne schrieben. Die Bedrängnis, welche das Jahr 1810 über die Centraljunta brachte, und ihr Rückzug nach Cadiz gab überall den Anstoß zum Losbruch der Bewegung. Im April bildeten sich in Caracas (Venezuela), im Mai in Buenos Aires und weiterhin in den übrigen Hauptstädten Regierungsausschüsse, die im Namen Ferdinands VII. die Verwaltung übernahmen und die bisherigen Statthalter verdrängten; nur in Peru behauptete sich das alte Regiment ohne Kampf. Allein auch in den übrigen Provinzen zählte das frühere Verhältnis zum Mutterlande noch viele Anhänger, und auf diese gestützt suchten die Statthalter das Verlorene wiederzugewinnen. Von Peru aus wurde schon 1812 Ober-Peru (das jetzige Bolivia) und Quito wieder unterworfen und dann von dort Buenos Aires, von hier Neu-Granada bedroht, während gegen Chile ein Angriff zur See vorbereitet ward. Venezuela dankte seiner Lage eine größere Sicherheit; deshalb nahmen hier die Verhältnisse auch zuerst eine festere Gestalt an; ein von Miranda geleiteter Kongreß erließ am 5. Juli 1811 eine Unabhängigkeitserklärung und gab im Dezember dem Lande eine Verfassung. Ein furchtbares Naturereignis war es, das dieses schnell errichtete Gebäude ebenso schnell wieder umstieß. Am 26. März 1812 ward der Norden Venezuelas von einem entsetzlichen Erdbeben heimgesucht, das eine Menge von Städten zerstörte und allein unter den Trümmern von Caracas 10 000 Menschen begrub. Unter Hinweis auf diesen sichtbaren Finger Gottes brachte nun die Geistlichkeit, welche dem Alten anhing, einen völligen Umschwung der öffentlichen Meinung zuwege; aus den beiden Grenzprovinzen, Maracaibo im Westen und Guyana im Osten, die sich der Erhebung überhaupt nicht angeschlossen hatten, brachen die spanisch Gesinnten in das Land ein und zwangen die Republikaner zur Unterwerfung; Miranda kapitulierte und ward, obgleich ihm die Auswanderung zugestanden war, ins Gefängnis geworfen, in dem er 1816 starb. Manche der Aufständischen warfen sich in die Gebirge und in die Llanos, andere verließen das Land um sich anderswo den Erhebungen anzuschließen. Unter diesen befand sich Simon Bolivar, der in Cartagena (Neu-Granada) ein Feld seiner Thätigkeit suchte. Glänzende Erfolge verschafften ihm schnell großes Ansehen;

Beginn der Bewegung 1810.

Venezuela.

Bolivars Befreierzug 1813.

es sammelten sich um ihn die flüchtigen Venezolaner, und von Cartagena unterstützt wagte er den Versuch sein Heimatland für die Sache der Freiheit wieder zu erobern. Das Unternehmen gelang über Erwarten; wo ihm die Spanier entgegentraten, wurden sie geschlagen, und am 7. August 1813 hielt der „Befreier" (Libertador war der Titel, mit dem man ihn schmückte) seinen triumphierenden Einzug in Caracas. Als Diktator schaltete er nun allmächtig in dem befreiten Staate. Allein auch die Spanier erfreuten sich eines ausgezeichneten Führers, Des Boves. Dieser behauptete sich mit spärlichen Truppenresten in den Llanos, bis der politische Umschwung des Jahres 1814, die Rückkehr Ferdinands VII. auf den spanischen Thron, wie in allen anderen Kolonieen, so auch in Venezuela einen großen Teil der Unabhängigkeitspartei entmutigte und das Heer Bolivars so zusammenschmolz, daß Boves im August 1814 siegreich in Caracas einziehen konnte. Bolivar flüchtete zum zweiten male und wandte sich wieder nach Cartagena. Mit offenen Armen empfangen, griff er hier kräftig in den Bürgerkrieg ein, der Neu-Granada verheerte. Die Bundesverfassung, die ein Kongreß der einzelnen Provinzen im Jahre 1811 gegeben, wurde nämlich von der größten derselben, Cundinamarca mit der Hauptstadt Bogotá, verworfen; Nariño, der Präsident von Cundinamarca, hatte Anfang 1813 den Sieg behalten; gerade jetzt aber, im Mai 1814, fand er seinen Tod an der Südgrenze gegen die von Quito heranziehenden Spanier. Diese Lage benutzte der Bund, in dem Cartagena die erste Rolle spielte, zur Demütigung von Cundinamarca, und Bolivar erhielt den Auftrag gegen Bogotá zu ziehen. Er entledigte sich desselben so erfolgreich, daß Cundinamarca schon im Dezember seinen Eintritt in den Bund erklärte und im folgenden Januar der Kongreß seinen Sitz nach Bogotá verlegte. Im Auftrag desselben wollte Bolivar sofort einen neuen Eroberungszug nach Venezuela antreten; aber jetzt erwies sich der Staat Cartagena ihm feindlich und verweigerte ihm die Unterstützung, auf die er angewiesen war. Bereits schickte er sich an, die gegnerische Partei in der Stadt mit Waffengewalt zur Nachgiebigkeit zu zwingen, als die Ankunft von 10000 Spaniern, die Ende 1814 unter General Morillo in Venezuela landeten, drohend zur Eintracht mahnte. Gehemmt in seinen Entwürfen legte Bolivar sein Amt nieder und begab sich nach Jamaica; Morillo aber belagerte Cartagena und zwang es nach sechsmonatlicher Einschließung, nachdem 6000 Einwohner Hungers gestorben und etwa 2000 sich seewärts gerettet hatten, im Dezember 1815 zur Ergebung. Auch die übrigen Staaten des Bundes von Neu-Granada mußten sich unterwerfen und im Mai 1816 stand Morillo in Bogotá.

Seine Vertreibung. *Neu-Granada.* *Morillos Siege.*

Mexiko. Die Sache der Freiheit schien um diese Zeit verloren. Auch in Chile und in Mexiko, das seine ganz gesonderte Entwickelung genommen, war das spanische Ansehen wiederhergestellt. Die mexikanische Erhebung hatte im September 1810 ein Landpfarrer Hidalgo in der Gegend von Queretaro begonnen. Anfangs so glücklich, daß er mit

einem Schwarme von angeblich 100 000 Menschen bis dicht vor die Hauptstadt rücken konnte, verscherzte er durch die Greuel seiner indianischen Banden schnell den Beifall der Gebildeten und Besitzenden, wurde von dem General Calleja wiederholt geschlagen, zurückgedrängt, endlich gefangen und im Juli 1811 hingerichtet. Trotzdem hielten sich die Aufständischen besonders im Süden des Landes unter Führung eines anderen Pfarrers, Morelos, beriefen sogar einen Kongreß und sprachen am 6. November 1813 die Unabhängigkeit Mexikos aus. Aber Verstärkungen aus Europa und der moralische Eindruck der Rückkehr Ferdinands setzte auch hier die Königlichen in Vorteil; von General Iturbide geschlagen, erlitt Morelos im November 1815 das Schicksal Hidalgos, gefangen und erschossen zu werden. Ausgedehnte Begnadigungen und ein versöhnliches Regiment stellten allmählich die Ruhe überall wieder her, und der Besitz von Mexiko konnte wieder für gesichert gelten.

In Chile war die Erhebung mit vieler Ordnung und Mäßigung vollzogen worden; doch stellte sich bald Zwietracht zwischen den beiden bedeutendsten Häuptern, Rosas und Carrera, ein. Der letztere siegte, mußte aber später seinen Platz an O'Higgins abtreten und außer Landes gehen. Mittlerweile war auf der Insel Chiloe die peruanische Expedition gelandet und drang mit schwankendem Glück nach und nach gegen die Hauptstadt Santiago vor. Ende 1814 fiel auch diese und das ganze Land war wieder unterworfen. Chile.

Nur in den La Plata-Staaten, wo er zuerst ausgebrochen, behauptete sich der Widerstand gegen Spanien, wenn auch mühsam. Alle Versuche von Ober-Peru aus ihn niederzuwerfen scheiterten, und nicht erfolgreicher waren die Anstrengungen des Generals Elio, der von Montevideo aus vier Jahre lang Buenos Aires bedrohte, bis es im Juni 1814 dem General Alvear und der Flotte unter dem Engländer Brown gelang, Montevideo und damit die Provinz Uruguay für die Sache der Freiheit zu erobern. Auch Paraguay, das im Jahre 1810 der Erhebung sich widersetzt hatte, verjagte 1811 die Spanier; doch hielt es sich von allen gemeinsamen Bestrebungen dauernd fern und führte unter dem Scepter des Doktor Francia, der sich erst zum Konsul, dann zum Diktator ernennen ließ, ein streng abgeschlossenes Sonderleben. In den La Plata-Staaten aber entwickelte sich, ähnlich wie in Neu-Granada, ein erbitterter Kampf zwischen den Anhängern des Einheits- und des Bundesstaates. Für letzteren war Saavedra, die Seele des Aufstandes, eingetreten; aber schon 1811 ward er gestürzt und verbannt. Die nächsten Jahre behauptete dann Buenos Aires ein unbeschränktes Übergewicht über die Provinzen, aber mit der Eroberung von Montevideo ward das anders: hier schwang sich Artigas, ein wilder und rücksichtsloser Soldat, zum Präsidenten auf und ihm schlossen sich die meisten der vierzehn Provinzen an, so daß der Kongreß von Tucuman, den Buenos Aires 1816 zur Beratung einer Bundesverfassung berief, von vielen Staaten gar nicht, von anderen nur zum Schein beschickt wurde. La Plata-Staaten.

Die Mutlosigkeit war deshalb groß und wurde noch größer, als um dieselbe Zeit Brasilien den Krieg an Uruguay erklärte und 1817 Montevideo eroberte. Überall sonst war das Banner der Freiheit gesunken; auch am La Plata fühlte man den Untergang nahen und knüpfte bereits Verhandlungen über die Einführung einer monarchischen Verfassung in Spanien und Brasilien an. Da trat an zwei Orten fast gleichzeitig ein Umschwung ein, der die geschwundenen Hoffnungen wieder entfachte und der Anfang zum völligen Siege der Unabhängigkeit wurde.

Befreiung Venezuelas durch Bolivar 1817.

Diese beiden Orte waren Chile und Venezuela. In Chile stürzte San Martin, ein General der La Plata-Staaten, der im Januar 1817 von Mendoza aus auf eigene Verantwortung die Anden überschritt, die spanische Herrschaft; in Venezuela war es Bolivar, der zum drittenmale der Freiheit zum Siege verhalf. Von Jamaika aus hatte er sich nach Haity begeben und hier die Freundschaft des reichen Holländers Brion gewonnen. Mit einem kleinen Geschwader dessen Kosten dieser trug, fuhr er nach der Insel Margarita, ließ sich hier zum Oberbefehlshaber von Venezuela ausrufen und machte im Laufe des Jahres 1816 mehrere Landungsversuche. Sie scheiterten indes alle und das ganze Unternehmen wäre mißglückt, wenn nicht ein anderer Abenteurer, Piar, sich durch glückliche Kämpfe am Unterlaufe des Orinoco festgesetzt hätte. Hierhin begab sich Bolivar 1817 und errang im Juli mit Hilfe der Flotte, die den Orinoco hinauf fuhr, den großen Erfolg die Stadt Angostura einzunehmen. Morilla leistete ihm dabei weniger Widerstand, als die Wichtigkeit des Platzes erwarten ließ, weil ihn im Osten des Landes ein drittes Häuflein Aufständischer unter Führung des großsinnigen Paez festhielt. Mit diesem Fühlung zu gewinnen und den ganzen Lauf des Orinoco in seine Gewalt zu bringen war nun die nächste Aufgabe Bolivars. Er löste sie im Februar 1818, verdarb aber alles Gewonnene wieder durch einen leichtsinnigen Zug gegen Caracas. Glücklicherweise hatte Paez ihn nicht begleitet und bot dem Geschlagenen so einen Rückhalt; ihn zu stürzen und an seiner Stelle den Oberbefehl, den die Truppen in seine Hand gelegt, zu behalten verschmähte er uneigennützig, blieb vielmehr auch fortan Bolivars feste Stütze. Dieser berief im Februar 1819 einen Kongreß nach Angostura, ward von demselben mit der höchsten Gewalt bekleidet und machte sich nun an ein

Befreiung Neu-Granadas 1819.

ebenso verwegenes wie glückliches Unternehmen. Während Paez in Venezuela zurückblieb, trat er selbst während der Regenzeit des Sommers 1819 den Marsch über die Anden nach Neu-Granada an und vollendete ihn trotz der furchtbarsten Mühsale so schnell, daß er am 10. August, 75 Tage nach seinem Aufbruche, in Bogotá einziehen konnte, nachdem er drei Tage vorher den Feind am Flusse Boyacá völlig geschlagen hatte. Der kühnen militärischen That ließ er eine nicht minder kühne politische folgen; er erklärte die Vereinigung von Neu-Granada und

Republik Colombia.

Venezuela zu einer einzigen Republik Colombia, und noch im Dezember 1819 gab der Kongreß von Angostura seine Zustimmung dazu. Noch

stand freilich ein starkes feindliches Heer auf dem Boden der Republik, das an Morillo und dem General La Torre tüchtige Führer hatte; aber die Kraft derselben wurde gebrochen, als die Nachricht von Riegos Aufstand aus Europa herüberkam. Morillo schloß einen Waffenstillstand und kehrte in die Heimat zurück; Provinzen, die bisher der Unabhängigkeit feind gewesen waren, wie Maracaibo, traten zu der Freiheitspartei über; La Torre endlich wurde in der entscheidenden Schlacht von Carabobo am 24. Juni 1821 besiegt und Bolivar konnte siegreich in die Hauptstadt Caracas einziehen. Als Anfang Oktober auch das hartnäckig verteidigte Cartagena fiel, waren bis auf Coro und Puerto Cabello alle wichtigen Punkte im Besitze der Republik.

Nun konnte Bolivar es wagen die Rolle des Befreiers auch in Quito und Peru zu spielen. Seine Entfernung gefährdete zwar noch einmal den Bestand seiner columbischen Schöpfung; es gelang La Torre 1822 Maracaibo wieder zu erobern und eine bedrohliche Stellung einzunehmen; aber von Dauer waren seine Erfolge nicht; besonders der jungen Flotte der Republik und ihrem Führer, dem tapferen Padilla, war es zu danken, daß 1823 das Verlorene wiedergewonnen und auch Puerto Cabello genommen ward. Mittlerweile war Bolivar vollauf im Süden beschäftigt. Die ersten Lorbeern erntete sein Kriegsminister Sucre, der von der Hafenstadt Guyaquil ins Innere der Provinz Quito zog und Anfang 1822 den entscheidenden Sieg bei Pichincha errang. Gleich darauf traf Bolivar vom Norden her ein; seiner Ankunft in Quito folgte sogleich die Vereinigung der Provinz mit der columbischen Republik auf Grund der Verfassung, welche ein Kongreß in Cucuta unterdessen (1821) für diese erlassen hatte; alle drei Staaten erkannten Bolivar als Präsidenten für die ersten vier Jahre an. Befreiung Ecuadors 1822.

Bewehrt mit den Streitkräften, welche dieses Amt ihm zur Verfügung stellte, griff nun der Befreier in die Wirren Perus ein. Hier traf sein Lauf mit dem der Freiheitsbewegung, die von Süden ausgegangen war, zusammen. San Martin hatte seine Erfolge in Chile in schweren Kämpfen gegen den General Osorio, welchen der Vizekönig von Peru, Pezuela, dorthin sandte, behauptet. Die politische Führung des Landes übernahm von neuem O'Higgins, eine kleine, aber tüchtige Flotte schuf der Engländer Cochrane, derselbe, der später in Brasilien und Griechenland kämpfte; San Martin selbst bemühte sich um die Ordnung des Heeres, mit dem er, im Bündnisse mit Buenos Aires, Peru anzugreifen gedachte. Die Ausführung dieses Planes hatte mit vielen Widrigkeiten zu kämpfen. Die vom La Plata versprochene Hilfe blieb aus, weil der Direktor von Buenos Aires, der sie zugesagt, Mitte 1819 gestürzt wurde; Angriffe Cochranes auf Callao, den Hafen von Lima, blieben erfolglos; erst ein Jahr später, im September 1820, war San Martin selbst so weit, mit einem chilenischen Heere in Pisco, südlich von Lima, landen zu können. Und obgleich ihm nun die Nachrichten aus dem Mutterlande dieselben Dienste leisteten wie dem Boli- San Martin in Chile 1817. Befreiung Perus 1820.

war in Columbien, so wagte er doch lange keinen Angriff auf die Hauptstadt. Die Verteidigung des Landes leitete an Stelle des gestürzten Pezuela Laserna; unter ihm befehligten kühne und fähige Generale wie Valdes, Canterac, Rodil. Auch als sie Lima und Callao im Juli und September 1821 preisgeben mußten, fügten sie durch verwegene Streifzüge aus den Gebirgen heraus den Feinden schweren Schaden zu und San Martin, der unter dem Titel eines Protektors im Lande schaltete, litt durch ihre Erfolge nicht minder als durch die eigene Thatlosigkeit schwere Einbuße an seinem Ruhme. Nicht mit Unrecht stand er in dem Verdachte ehrgeiziger Pläne; man sagte, er strebe nach der Kaiserkrone und suche sich deshalb aller, die ihm dabei entgegentreten würden, besonders Cochranes, zu entledigen. So richteten sich denn vieler Augen auf Bolivar und hofften, daß er von Quito aus die Spanier vertreiben, San Martin beseitigen und die Ordnung im Lande herstellen werde. Andererseits schmeichelte sich auch der Protektor eine Zeitlang mit der Hoffnung in Bolivar einen Bundesgenossen zu finden; als er aber durch einen Besuch, den er ihm im Juli 1822 in Guayaquil abstattete, die Gewißheit erlangte, daß der Befreier ihm entgegen sei, entschloß er sich das Spiel aufzugeben und nach Chile zurückzukehren. Dadurch kam das unglückliche Peru zunächst in eine noch viel schlimmere Lage; der Kongreß, der zusammenberufen ward, war bei seiner Parteizersplitterung den herrschsüchtigen Generalen gegenüber ohnmächtig; die Spanier errangen Sieg auf Sieg und Canterac bemächtigte sich im Juni 1820 sogar Limas wieder. Selbst Sucre, den Bolivar zur Hilfe sandte, war keineswegs glücklich, sondern erlitt in Oberperu gegen Valdes bedeutende Schlappen. Jubelnd begrüßten die Patrioten deshalb Bolivar, als er am 1. September selbst in Lima eintraf, und übertrugen ihm sofort die höchste Gewalt, ja Anfang 1824 die Diktatur. Aber auch er konnte Lima und Callao nicht vor einem neuen Angriffe Rodils retten, und erst als 10000 Columbier seine Truppen verstärkten, wendete sich das Glück auf seine Seite. Nach schweren Kämpfen führte Sucre den entscheidenden Streich; bei Ayacucho zwang er am 9. Dezember 1824 Laserna zu kapitulieren. Callao hielt sich zwar noch ein volles Jahr, aber währenddessen drang Sucre bis Potosi vor und befreite alles Land bis zur Grenze der La Plata-Staaten. Da diese nun ihre Unabhängigkeit überhaupt nicht wieder verloren hatten, da inzwischen auch Mexiko wieder frei geworden war und da Spanien den Besitz von Florida schon 1819 widerwillig den nordamerikanischen Freistaaten abgetreten hatte, so war um den Anfang des Jahres 1826 das ganze Festland Amerikas der spanischen Herrschaft ledig.

Bolivar nach Peru.

Befreiung von Ober-Peru 1826.

Mexiko

In Mexiko vollzog sich die Losreißung im Jahre 1821 unerwartet schnell. Derselbe Iturbide, der an dem Niederwerfen der ersten Erhebung so großen Anteil gehabt, gab jetzt das Zeichen zum Aufstande. In einem Aufrufe vom 24. Februar erklärte er sich für ein selbständiges Kaisertum unter einem spanischen Prinzen, das mit dem Mutterlande

durch eine Union verbunden und in dem der Katholizismus die herrschende Religion bleiben solle. Fast das ganze Land bis auf die Städte Mexiko und Veracruz trat diesem Programme bei und schon im August erkannte auch der Vizekönig O'Donnoju es durch den Vertrag von Cordoba an. Dieser glänzende Erfolg machte Iturbide Mut selbst die Hand nach der Krone auszustrecken. Von seinen Soldaten am 18. Mai 1822 als Augustin I. zum Kaiser ausgerufen, zwang er den Kongreß zur Bestätigung dieser Würde, verdarb es aber bald durch Übermut und Verschwendung mit allen Parteien. Die gewaltsame Auflösung des Kongresses, zu der er am 31. Oktober schritt, bot dem General Santana in Veracruz den Vorwand zum Abfall; statt den Empörer zu bekämpfen schlossen sich die gegen ihn geschickten Truppen ihm an; ebenso schnell wie Iturbide gestiegen, ward er auch gestürzt. Schon im März 1823 legte er vor dem wieder einberufenen Kongreß seine Krone nieder und ging in die Verbannung nach Italien. Ein Versuch der Rückkehr kostete ihm ein Jahr später das Leben; in der Provinz Tamaulipas gelandet, geriet er alsbald in die Hände seiner Feinde und ward am 19. Juli 1824 in Padilla erschossen. Der Kongreß aber vollendete bald darauf die Verfassung, mit der er seit Jahresfrist beschäftigt war; nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten schlossen sich die 18 Provinzen zu einem mexikanischen Bunde zusammen und erwählten den General Victoria, einen der ersten Vorkämpfer der Freiheitsbewegung, für die Dauer von 4 Jahren zum Präsidenten.

Kaiser Augustin I.

Den gesonderten Gang, den Mexiko somit eingeschlagen, verfolgte es auch ferner; ebenso gingen die La Plata-Staaten und Chile ihren eigenen Weg; Peru hingegen und Ober-Peru, oder Bolivia, wie es seinem Befreier zu Ehren seit 1825 sich nannte, schlossen sich notgedrungen dem columbischen Systeme oder vielmehr der Person Bolivars an. Das heimliche Ziel des letzteren war die Errichtung einer Wahlmonarchie, die ihm seine Stellung auf Lebenszeit verbürgen sollte. Mit überschwänglichen Ehren überschüttet, als Erlöser der Völker, als erstgeborener Sohn der neuen Welt begrüßt, konnte er wohl hoffen dieses Ziel zu erreichen. Der Kongreß von Bolivia nahm zuerst die Verfassung an, die — von dem Befreier selbst ausgearbeitet — dessen Ideal verwirklichen sollte. Diesem Beispiel folgte 1826 Peru und bekleidete ihn auf Lebenszeit mit der höchsten Gewalt; Guayaquil und Quito beantragten in Bogotá den gleichen Schritt für die columbische Republik. Aber der Gegenschlag blieb nicht lange aus; in Venezuela begannen Aufstände, die eine Lösung der geschlossenen Union anstrebten und an denen sogar Paez sich beteiligte. Allerdings genügte es jetzt noch, daß Bolivar auf die Kunde davon in seine Heimat zurückeilte; sofort unterwarfen sich die Unzufriedenen und schon am 1. Januar 1827 konnte er in Puerto Cabello eine allgemeine Begnadigung ankündigen. Aber bald folgten härtere Schläge. Das columbische Heer, welches in Lima zurückgeblieben war, erklärte sich gegen die bolivianische Verfassung und schiffte

Bolivars Machtstellung.

Sein Sturz.

sich im April 1827 nach Guayaquil ein um dort die Anhänger des Befreiers niederzuschlagen. In Lima trat ein Kongreß zusammen, der die Wahl Bolivars für nichtig und Peru für eine selbständige Republik erklärte; im Mai 1828 rückte ein peruanisches Heer in Bolivia ein, stürzte auch hier die Verfassung und zwang den Vizepräsidenten Sucre zur Abdankung und Entfernung. Darüber erklärte im Juli Bolivar den Krieg an Peru; der Schauplatz desselben ward Ecuador, und Sucres Erfahrung und Tapferkeit errangen noch einmal glänzende Erfolge für den Befreier. Aber dieser fühlte seine Stellung untergraben und schloß 1829 einen Frieden, der Perus Selbständigkeit anerkannte. Er durfte froh sein, wenn es ihm nur gelang in Columbien sein geschädigtes Ansehen wiederherzustellen. Wie schwer dasselbe gelitten, bewies der außerordentliche Kongreß, der im April 1828 in Ocaña zusammentrat um die Verfassung nach Bolivars Wünschen umzugestalten. Fast die Hälfte der Abgeordneten blieb aus und von den Erschienenen war kaum ein Drittel für die Pläne des Präsidenten; seine Freunde wußten zuletzt nichts Besseres zu thun als durch ihren Austritt den Kongreß zu sprengen und durch Parteiversammlungen, besonders durch eine Erklärung von Bogotá, den Befreier zu einem Staatsstreich aufzufordern. Und Bolivar gehorchte diesen Lockungen. Er eilte nach Columbien, erklärte die Verfassung für aufgehoben und stellte erst für das Jahr 1830 eine neue in Aussicht. Bis dahin wollte er unumschränkt herrschen. Absetzungen, Verbannungen, Todesurteile folgten schnell aufeinander; vertrauliche Verhandlungen mit England und Frankreich sollten deren Zustimmung und Schutz für die monarchische Neugestaltung erwirken. Etwa ein Jahr lang dauerte diese Gewaltherrschaft, da brach in Caracas im November 1829 der Aufstand dagegen los. In wenigen Wochen schloß sich ganz Venezuela ihm an und Paez, der lange geschwankt, stellte sich an die Spitze. Die Forderungen lauteten auf Trennung von Neu-Granada und Verbannung Bolivars. Alles ließ jetzt diesen in Stich. Der Kongreß, den er auf den Januar 1830 nach Bogotá berufen, nahm ganz bereitwillig die angebotene Entlassung an, bewilligte dem Gestürzten ein reiches Jahrgehalt und ließ ihn ruhig den Weg zur Küste antreten, damit er sich nach Europa einschiffe. Die Losreißung Ecuadors und Venezuelas ward wie ein unvermeidliches Übel hingenommen und nur durch friedliches Zureden, aber erfolglos, bekämpft. Die columbische Republik war zerfallen, noch ehe das Jahr zu Ende ging. Bolivar selbst überlebte seine Schöpfung nicht. Statt in Cartagena sich einzuschiffen wollte er noch einmal den Versuch wagen sein Werk zu retten; es ward ihm nicht schwer in dem zerrütteten Lande sich nochmals eine Partei zu bilden; aber ehe er den doch hoffnungslosen Kampf beginnen konnte, streckte ihn eine Krankheit auf das Totenlager. Am 17. Dezember 1830 starb er in der Nähe von Santa Marta — trotz glänzender Gaben kein großer Charakter, trotz hoher Verdienste kein Retter seines Vaterlandes, an eigensüchtigem Ehrgeiz und unlauterer Gesinnung den Hun-

Peru selbständig.

Ebenso Bolivia.

Staatsstreich Bolivars.

Sprengung der Republik Columbia.

Bolivars Tod.

derten von Parteiführern gleich, die vor, mit und nach ihm Südamerika heimgesucht haben, an Kraft und Entschlossenheit nicht so weit ihnen überlegen, daß er mit eiserner Hand den Völkern seine Gesetze hätte auferlegen und durch harte Zucht sie zur Ordnung und Freiheit hätte heranbilden können. Die Unabhängigkeit von europäischem Joch hatte er wacker mit erstreiten helfen; aber außer dieser Unabhängigkeit war nichts gewonnen und alle die Republiken, die aus den spanischen Kolonialreichen hervorgegangen waren, gewährten auch fürderhin nur den traurigen Anblick staatlichen Zerfalls und sittlicher Erniedrigung.

Die Vereinigten Staaten von Amerika.

Trotzdem ward ihr Entstehen von den europäischen Parteien mit Jubel auf der einen Seite und mit Verwünschungen auf der anderen begrüßt; kein Volk aber verfolgte die Wechselfälle dieser Vorgänge aufmerksamer als das der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Verdrängung der europäischen Mächte von dem amerikanischen Festlande war hier längst als eine Aufgabe der Zukunft erfaßt worden, wenngleich die Kräfte des jungen Bundes noch nicht ausreichten sie als Programm und Forderung aufzustellen. Jetzt gewahrte man mit Freuden, wie der größte Teil Amerikas aus eigener Kraft das fremde Joch abschüttelte. Sofort nahm auch die Diplomatie der Vereinigten Staaten einen kühneren Ton an. Die Erschöpfung, welche der letzte Krieg mit England (1812—14) zurückgelassen hatte, war schnell überwunden und in James Monroe, der zweimal hintereinander den Präsidentenstuhl bestieg (1817—25), stand ein kräftiger Staatsmann an der Spitze der Geschäfte. Er benutzte die Bedrängnis Spaniens um es zum Verkaufe Floridas zu zwingen (1819) und würde auch Texas schon damals erworben haben, wenn nicht der Norden der Union diese starke Vermehrung der Sklavenstaaten mißbilligt hätte. Eifrig wirkte Monroe für die Anerkennung der südamerikanischen Republiken; schon seit 1818 suchte er England dafür zu gewinnen, freilich ohne Erfolg, solange Castlereagh die britische Politik leitete. Es war genug, wenn dieser den Bestrebungen entgegen arbeitete, die eine bewaffnete Unterstützung Spaniens durch die Heilige Allianz herbeiführen wollten. Kaum aber war mit Canning ein kräftigerer Geist in das auswärtige Amt zu London eingezogen, so schlug auch Monroe einen entschiedeneren Ton an.

Die Monroe-Doktrin.

Unter Zustimmung des Kongresses in Washington bezeichnete er im Dezember 1822 jedes Einschreiten europäischer Mächte gegen die neubegründeten Staaten als eine Feindseligkeit gegen die Union und erklärte die Zeit für beendet, in welcher es gestattet gewesen Amerika als ein Gebiet für die Ansiedelungen europäischer Staaten zu betrachten. Schon einige Monate früher hatte er Columbien förmlich anerkannt, und wenn Canning noch nicht ganz so weit ging, so schloß er doch bereits Verträge zur Unterdrückung der Seeräuberei mit den neuen Staaten und sandte 1823 englische Konsuln in die wichtigsten Häfen. Der Unwille, den diese Schritte bei den Mächten der Heiligen Allianz erregten, die bewaffnete Einmischung Frankreichs in Spanien, der Versuch auf einer Minister-

konferenz in Paris die Angelegenheiten Amerikas dem Richterspruch Europas zu unterwerfen, drängten ihn nur weiter vorwärts. Am 1. Januar 1825 sprach er die Anerkennung der nationalen Republiken aus und rief so, wie er sich später ausdrückte, die neue Welt ins Leben um das Gleichgewicht der alten wiederherzustellen. Die Heilige Allianz fühlte den Schlag tief, obgleich er ohne unmittelbare Folgen für Europa war. Was ihn so empfindlich machte, das war die Warnung, die er enthielt. So gut wie jenseit des Ozeans konnte England auch diesseits die Bestrebungen der Mißvergnügten unterstützen; es lag eine ängstigende Wahrheit in dem Bilde, das Canning gebrauchte, als er sein Vaterland mit Äolus, dem Gott der Winde, verglich, der nur seine Schläuche zu öffnen brauche um die Stürme zu entfesseln. Und wenn sie entfesselt waren, dann gab es, das wußten auch Metternich und Alexander nur zu wohl, in Europa des baufälligen Gerümpels die Überfülle, das ihrem Anprall zu widerstehen außer stande war.

Anerkennung der amerikanischen Republiken durch England.

Deutschland nach 1820.

Allerdings lag gerade jetzt fast ganz Europa unregbar gefesselt in den Banden des Stillstandsprinzipes, das Metternichs Stolz war. Besonders auf Deutschland konnte der Staatsmann an der Donau mit Wohlgefallen sehen; Fürsten und Völker waren willfährig ihm zu dienen bereit. Die Karlsbader Beschlüsse und die Mainzer Untersuchungskommission hatten noch einen besonders erfreulichen Erfolg gehabt: die Geheimbünde, nach denen man umsonst gesucht, waren infolge dieses Suchens entstanden. Die Burschenschaft war aufgelöst; ernst und ergreifend hatte ihr August Binzer das Grablied gesungen:

Die Burschenschaft.

Wir hatten gebauet ein stattliches Haus
Und drin auf Gott vertrauet trotz Wetter, Sturm und Graus.
Wir lebten so traulich, so einig, so frei:
Den Schlechten ward es graulich, wir hielten gar zu treu.
Sie lugten, sie suchten nach Trug und Verrat,
Verleumdeten, verfluchten die junge, grüne Saat.
Das Band ist zerschnitten, war schwarz, rot und gold,
Und Gott hat es gelitten! wer weiß, was er gewollt?
Das Haus mag zerfallen, was hat's denn für Not?
Der Geist lebt in uns allen, und unsere Burg ist Gott.

Aber der Geist, der in allen lebte, wollte doch auch seinen Ausdruck haben, und so dauerte die Burschenschaft, auch als sie aufgelöst war, im geheimen fort. Nur nicht so rein, so unschuldig wie vorher. Mit den erlaubten Zielen verbanden sich, da man sie im Verborgenen erstreben mußte, bald auch unerlaubte; die frühere Eintracht, deren bestes Förderungsmittel die offene Rede war, schwand; es bildeten sich zwei Gruppen, die eine mit weitgehenden republikanischen Zielen, Germania, die andere, mit gemäßigteren Grundsätzen, Arminia genannt. Doch blieb immer noch ein Zusammenhalt in den geheimen Burschentagen, auf denen

Abgesandte der verschiedenen Universitäten miteinander berieten. Aber neben der Burschenschaft, unabhängig von ihr, wenngleich zum Teil aus Burschenschaftern bestehend, bildete sich im Frühling 1821 ein wirklich revolutionärer Geheimbund.

Jünglings- und Männerbund.

Ein Mecklenburger von Sprewitz, der damals in der Schweiz mit Follen und anderen Flüchtlingen verkehrte, ließ sich von diesen bereden einen Jünglingsbund zu stiften, dessen Mitglieder den Oberen eines angeblich zur Beseitigung der Tyrannen gestifteten Männerbundes Gehorsam geloben sollten, übrigens doch mit der Bedingung, solange deren Befehle mit ihrer, der Jünglinge, Überzeugung stimmten. Sprewitz gewann wirklich manche später namhafte Männer, wie Ruge, Eisenmann, Hase; der Männerbund aber war wenig mehr als ein Trugbild: als im Jahre 1824 durch den Verrat eines bayerischen Geistlichen die Sache ans Licht kam, machte man nur zwei Teilnehmer ausfindig, einen Turnlehrer und einen Offizier in Erfurt. Die Überrumpelung dieser Festung war als nächstes Ziel, zu dessen Erreichung man Mord und Meineid für erlaubt hielt, ins Auge gefaßt; offenbar sollte das beste dabei der Jünglingsbund thun, der seine Mitglieder über 15 Bundesstaaten verzweigt hatte. Die Strafen, welche über die Teilnehmer verhängt wurden, waren sehr ungleich, von Todesurteilen in Kurhessen, die doch nicht vollstreckt wurden, und 15jähriger Festungshaft in Preußen bis zu dreimonatlichem Hausarrest in Schwarzburg-Rudolstadt, Freilassung und Niederschlagung der Kosten in Bayern.

Bezwingung der Mittelstaaten.

Für die Befestigung der reaktionären Politik waren diese Enthüllungen ungemein dienlich; sie halfen Metternich mit dazu die letzten liberalen Willensäußerungen in den Regierungen der Einzelstaaten zu unterdrücken. In der That hatten ihm diese seit 1820 noch mehr zu schaffen gemacht als schon vorher. Nach der Beendigung der Wiener Konferenzen trat an den süddeutschen Höfen das sichtliche Bestreben an den Tag sich mit ihren Landesvertretungen baldmöglichst zu verständigen und die Sessionen des Jahres 1820 zeigten in München wie in Stuttgart, in Darmstadt wie in Karlsruhe ein ungemein nachgiebiges und gefälliges Verhalten der Minister gegen die Abgeordneten.

Bundesmilitärgesetz.

In Frankfurt dagegen traten die Gesandten der konstitutionellen Staaten unter Wangenheims Führung nichts weniger als willfährig auf und wußten insbesondere in dem Militärgesetz des Bundes, das am 9. April 1821 endlich zustande kam, ihre vollständige Unabhängigkeit von den beiden Großmächten durchzusetzen. Von den zehn Bundesarmeekorps, die dadurch geschaffen werden sollten, drei österreichischen, drei preußischen, einem bayerischen und drei gemischten, in denen Württemberg, Sachsen und Hannover die Leitung zufiel, brauchten die letzteren noch Jahre um wirklich ins Leben zu treten. Die nötigsten Maßregeln um die Einzelkontingente schon im Frieden auf das Zusammenwirken im Kriege vorzubereiten unterblieben; daß man für den Kriegsfall die Ernennung eines einzigen Oberfeldherrn in Aussicht nahm, konnte dafür keinen Ersatz bieten. Auch das Festungswesen blieb der Willkür der Einzelstaaten überlassen; und nur Preußen

erfüllte seine Pflicht so vollkommen, daß der Anblick von Ehrenbreitstein selbst Metternich zu bewundernder Anerkennung zwang; Bayern begnügte sich damit innerhalb der nächsten 10 Jahre von den 15 Millionen Gulden, die ihm aus den Zahlungen Frankreichs überwiesen waren, $1^1/_6$ Millionen, also etwa die Zinsen zweier Jahre, dem Zweck entsprechend zu verwenden; weitere 20 Millionen, die für den Bau einer Festung am Oberrhein zurückgelegt waren, blieben ganz unangerührt, weil man sich über die Wahl, ob Rastatt, ob Ulm, nicht verständigen konnte. Daß durch diese Lässigkeit und durch die Mängel des Militärgesetzes die Sicherheit Deutschlands aufs schwerste geschädigt wurde, machte den kleineren Staaten um diese Zeit noch geringe Sorge; ihr Hauptaugenmerk war, sich den Einfluß der Großmächte fern zu halten. In welchen Träumen man sich wiegte, lehrte mit bedenklicher Klarheit eine Schrift, die im Jahre 1820 unter dem Titel „Manuscript aus Süddeutschland" erschien und die im Auftrage des König Wilhelm von Württemberg geschrieben war. In maßloser Weise wurden die Süddeutschen als der wahre Kern unseres Volkes hingestellt; durch eine Art polnischer Teilung seien neunzehn von neunundzwanzig Millionen Deutschen an die fremden Mächte Österreich, Preußen, England, Dänemark, Holland verkauft; die Hansestädte stünden im Solde Englands; auf dem „reinen Deutschland", auf den Stämmen der Bayern und Schwaben beruhe die Hoffnung des Vaterlandes; ihnen wurde die Pflege des demokratischen Prinzips und die Anlehnung an Frankreich empfohlen. Gegenüber diesen sonderbündlerischen Bestrebungen hielten nun auch die beiden Großmächte fest zusammen, freilich meist in der Weise, daß Österreich den Ton angab und Preußen ihm zu Willen war. Das „österreichische System" des Grafen Bernstorff war bis zu dem Grade ausgebildet, daß man in bitterem Spott sagen konnte, ein preußischer Diplomat habe weiter nichts zu thun als preußische Uniform zu tragen und österreichisch zu sprechen, oder daß man an die Vereinigung der österreichischen und der preußischen Bundesgesandtschaft in einer Person glauben konnte. Aber selbst vor diesem strammen Zusammengehen scheuten sich die Kleinen nicht; auch die unbedeutendsten erlaubten sich allerlei Ungebühr gegen die Großmächte und besonders gegen Preußen, dem, wie man recht wohl wußte, Metternich eine kleine Demütigung ab und zu von Herzen gönnte. Von der förmlichen Anklage, die Anhalt-Köthen am Bunde gegen seinen großen Nachbar erhob, wird später noch die Rede sein; der Kurfürst von Hessen wagte es gewaltsame Verhaftungen auf preußischem Gebiet vornehmen zu lassen; in der Vereinigung fanden selbst die kleinsten den Mut zur Opposition. Die Protokolle des Bundestages, die in ziemlich weitem Umfange veröffentlicht wurden, waren noch voll von freisinnigen Reden und Abstimmungen „gesuchten und kunstreichen Darstellungen individueller Ansichten", wie Metternich es nannte. Mit verdrießlicher Ungeduld sahen die deutschen Großmächte dem zu und erst als Wilhelm von Württemberg, der tolle Jakobinerkönig mit dem betteligen Volk, wie man in Berlin ihn schimpfte, seinen Widerstand sogar auf die große

Das Manuscript aus Süddeutschland.

Preußen.

Der Bundestag.

Der König von Württemberg.

Politik übertrug, als er auf die Mitteilung der in Verona gefaßten Beschlüsse in einer geharnischten Antwort die Rechte der Staaten zweiten Ranges gegen die Alleinherrschaft der Großmächte verwahrte und durch Wangenheim am Bundestage die beantragte Zustimmung zu diesen Beschlüssen verweigern ließ, verlangten sie die Abberufung Wangenheims und erteilten, da diese verweigert wurde, ihren Gesandten Befehl Stuttgart zu verlassen. Eine Zeit lang trotzte König Wilhelm auch dieser Drohung, äußerte sogar boshaft, er selbst werde, um die Mißverständnisse nicht zu vergrößern, seine Vertreter vor der Hand noch auf ihren Posten belassen; Wangenheim durfte fortfahren den österreichischen Bundesgesandten durch seine keck selbständige Haltung zu reizen. Es war ein offener Kriegszustand, der zwischen beiden herrschte. Weil Buol dieser Aufgabe nicht gewachsen schien, wurde er im Frühjahr 1823 durch Münch-Bellinghausen ersetzt. Die Gegenstände des Zankes waren mannigfaltig genug. So hatte Wangenheim wiederholt gefordert, daß die Mainzer Kommission endlich ihren Bericht erstatte und als das nichts half, im Frühjahr 1822 sogar ihre Auflösung verlangt und dafür eine Mehrheit von neun gegen acht Stimmen gewonnen. Als sich dann Ende des Jahres die holsteinischen Stände mit einer Beschwerde gegen den König von Dänemark wegen Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte an den Bundestag wandten, empfahl er diese Beschwerde zur Berücksichtigung und beantragte, daß Dänemark binnen sechs Monaten seine Erklärung abgeben solle. Münch-Bellinghausen aber wies den Antrag scharf zurück, da sein Kaiser es niemals angemessen finden werde den deutschen Souveränen Fristen zu setzen, und schüchterte wirklich durch die kräftige Tonart und die unverkennbare Entschlossenheit die kleineren Bundesgenossen so ein, daß sie die Beschwerde am 27. November 1823 abwiesen, weil die holsteinische Verfassung nicht in anerkannter Wirksamkeit bestehe. Noch ehe es dazu kam, hatte sich Wangenheim als Berichterstatter auch der hessischen Domänenkäufer angenommen, deren Angelegenheit noch immer nicht zum Abschluß gekommen war. Diesen Bericht mußte König Wilhelm, dessen Widerstandskraft inzwischen gebrochen war, zum Vorwande nehmen um seinen Gesandten abzuberufen. Damit begann die von Metternich erstrebte Reinigung des Bundestages. Der Plan dazu war lange eingeleitet; schon in Verona hatten Österreich und Preußen sich verständigt auf einer neuen Wiener Konferenz mit einigen zuverlässigen Bundesgenossen die nötigen Schritte vorzubereiten. Wirklich waren auch im Januar 1823 Bernstorff und Zentner, Blittersdorff und andere Getreue in Wien eingetroffen um zu beraten, wie man der Opposition den Todesstoß versetzen könne. Vor dem entscheidendsten Beschluß, der Unterdrückung der Öffentlichkeit in den Landtagen, schrak man jedoch selbst in diesem Kreise zurück; ebenso blieb der Gedanke den Bundestag auf eine viermonatliche Session in jedem Jahre zu beschränken unausgeführt; um so einiger war man in dem Wunsche die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle einzustellen und den litterarischen Wider-

Die holsteinische Beschwerde.

Die hessischen Domänenkäufer.

Reinigung des Bundestages.

sachern, mochten es nun Journalisten sein, wie die Herausgeber der Neckarzeitung und des Beobachters in Stuttgart, oder Männer der Wissenschaft, wie Klüber und die Gebrüder Murhardt in Frankfurt, den Mund zu stopfen. Das dringendste aber blieb doch immer die Säuberung des Bundestages. Und wirklich erhielt dieser nun bald ein ganz neues Ansehen. An Buols Stelle trat Münch; Wangenheims treueste Genossen, die hessischen Gesandten Harnier und Lepel, wurden gleichfalls durch andere Männer ersetzt; auch der Preuße von der Goltz, der so wenig wie Graf Buol seiner Aufgabe gewachsen schien, erhielt im Juli 1824 in dem straffen Generalpostmeister Nagler einen Nachfolger, der Metternichs Ansichten besser entsprach. Der tüchtige bayerische Gesandte von Aretin war schon 1822 gestorben. Nach diesen Vorbereitungen konnte Österreich ohne Widerstand zu fürchten sich anschicken die Erneuerung der Karlsbader Beschlüsse, deren fünfjährige Gültigkeit ihrem Ende nahe war, zu beantragen. Um Bayern zu kompromittieren und festzuhalten veranlaßte Metternich bei einem Besuche in Tegernsee den Minister von Zentner ihm eine Denkschrift zu überreichen, die als Grundlage vertraulicher Verhandlungen zwischen den wichtigsten Regierungen dienen sollte. Die Vertreter derselben lud Metternich zu sich auf den Johannisberg, wo er im Juni und Juli sechs Wochen zubrachte und ohne Mühe die vollste Zustimmung fand. So entstanden die Vorlagen, welche am 16. August 1824 zu Bundesbeschlüssen erhoben wurden.

Kongreß vom Johannisberg.

Erneuerung der Karlsbader Beschlüsse.

Danach sollte die Ausübung der ständischen Rechte in den Einzelstaaten sorgfältig überwacht werden, damit dem monarchischen Prinzip nicht Abbruch geschehe und die Öffentlichkeit der Verhandlungen zu keinen Mißbräuchen führe; eine besondere Kommission sollte das gesamte Schulwesen Deutschlands einer gründlichen Prüfung unterziehen; in bezug auf die Universitäten und die Presse wurden die Beschlüsse von 1819 auf unbestimmte Zeit erneuert und ebenso die Mainzer Centralkommission in ihrer Wirksamkeit bestätigt. Die Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle hatte schon einige Wochen früher durch einen Beschluß vom 1. Juli aufgehört. Der Erfolg aller dieser Maßregeln war jetzt weit durchschlagender als nach 1819. Wie die Regierungem im Kampfe gegen Metternich ermattet waren, so unterlag jetzt auch die liberale Opposition. Das Volk, die Presse, selbst die Kammern in den Staaten, wo es solche gab, verhielten sich musterhaft ruhig. In Baden war es zuletzt 1822 zu heftigen Kämpfen gekommen, in denen Adam von Itzstein die Führung der Opposition übernahm, und die ihren Höhepunkt erreichten, als eine Mehrheit von einer Stimme das zur Erfüllung der bundesmäßigen Verpflichtungen geforderte Militärbudget verkürzte. Sofort wurde der Landtag geschlossen und es begann unter Leitung der Berstett, Berckheim und Blittersdorff eine achtjährige Reaktion, die durch unerhörte Beeinflussung der Wahlen 1824 eine Kammer zuwege brachte, in der nur drei Liberale saßen und eine Änderung der Verfassung in reaktionärem Sinne leicht zu erreichen war. Eine völlige Aufhebung des Grund-

Vollständiger Sieg der Reaktion.

gesetzes, die in einer wohlorganisierten Petitionsbewegung von dem Fürsten erbeten wurde, widerriet doch selbst das Ministerium; die Einmütigkeit zwischen Regierung und Landtag aber war so groß, daß die Entlassungsrede des Großherzogs im Jahre 1828 den herzlichen Wunsch aussprach, es möchten dieselben Abgeordneten, die der Landesherr kenne und schätze, von dem Volke auch in die nächste Kammer entsandt werden. Auch in Hessen, Württemberg und in Bayern, wo 1825 der für liberal geltende Ludwig I. seinem Vater Maximilian Joseph auf dem Throne folgte, war die Volksvertretung äußerst loyal und gemäßigt.

Die deutsche Einheitsidee.

So muß die Zeit nach dem Veroneser Kongresse als die Blütezeit des Metternichschen Regimentes anerkannt werden; behaglich äußerte der Kanzler nach einer ernsten Erkrankung im Herbst 1823, seine Rekonvaleszenz halte mit der Europas gleichen Schritt; der gesamte soziale Körper neige sich zur Besserung, viele Teile seien schon gesund, die unheilbaren treffe das Schicksal dürrer Äste: sie brächen zusammen. Und doch traten auf diesem Höhepunkte naturgemäß auch schon die ersten Symptome des Sinkens an den Tag. Ein System des Stillstandes konnte offenbar nicht länger dauern, als das Ruhebedürfnis in den Völkern vorhielt; es mußte umsomehr erschüttert werden, je mehr an die Stelle des alten ein neues Geschlecht trat, dem die Napoleonischen Zeiten nur noch dunkle Kindesahnungen, die Freiheitskriege aber goldene Jugenderinnerungen waren. Diesem Geschlechte aber ging, wie einer, der ihm angehörte, sagt, die deutsche Einheit über alles; „sie war die höchste Idee, welche alle Männer von Wert, die seit 1813 von den Universitäten ins bürgerliche Leben übergetreten waren, beseelte"; die Verfassungsfragen hatten für die meisten nur deshalb Bedeutung, weil sie der Verwirklichung jener Idee dienen sollten.

Keime des Radikalismus.

Von den älteren, mattherzigen Liberalen unterschied sie vor allem der feste Entschluß auch vor der Anwendung der Volkskräfte, vor einer neuen Revolution, nicht zurückzuscheuen. Ihr fester blickendes Auge, so rühmten sie, werde nicht getrübt durch die Livreeideen von Treue und Anhänglichkeit an den Landesfürsten; sie seien nicht befangen in jener Weise der Spießbürger, welche andere Nationen, die für die Freiheit und Selbständigkeit ihres Vaterlandes alles opfern, bewundern und besingen, aber einen Schrei des Entsetzens ausstoßen, sobald ihnen selbst ein gleiches zugemutet werde. Von Jahr zu Jahr rückten die Männer dieser Gesinnung, die jugendlichen Kämpfer von Leipzig und Waterloo, die Burschenschafter, die Turnschüler, in den Ämtern des Staatsdienstes auf; von Jahr zu Jahr gestattete ihnen ihr Alter mehr in den öffentlichen Angelegenheiten redend und handelnd aufzutreten. Noch waren sie eine verborgene Miliz, deren Stärke und Gefährlichkeit nicht zu erkennen war; aber ihre Zeit mußte kommen; der Augenblick mußte eintreten, wo sie eine Macht bildeten, und die einzige Frage war die, ob sie sittliche Kraft genug besaßen, um in der trüben Zwischenzeit ihre Gesinnungen treu zu bewahren und sich nicht von den herrschenden Mächten fangen zu lassen.

Bei vielen einzelnen war das natürlich der Fall: sie sagten sich, mehr oder minder überzeugt, von den Idealen ihrer Jugend los, der eine früher, der andere später. Jener Graf Bocholz, der Sturdza die Herausforderung schickte, wurde ein eifriger Jünger im Dienste des Ultramontanismus; Stahl, der auf den geheimen Burschentagen als Abgeordneter wirkte, predigte die Umkehr der Wissenschaft und gab der reaktionärsten Partei des preußischen Herrenhauses den Namen; Heinrich Leo, einst einer der Unbedingten, wurde der maßloseste Verketzerer des Liberalismus. Und dieselbe Umwandlung, wie bei diesen bekannteren Männern, vollzog sich natürlich schneller oder langsamer bei tausend Namenlosen, Unbekannten. Aber eine große Schar blieb doch der Fahne der Jugend treu und wuchs mit jedem Jahr an Kampfestüchtigkeit und Macht. Wenn sie das zunächst der eigenen sittlichen Stärke zu danken hatte, so gab es doch auch eine Kette von Ereignissen in dem hoffnungslosesten Jahrzehnt der neuesten Geschichte, die ihren Mut stählte und sie vor verzweifeltem Verzicht auf ihre Ideale bewahrte: das waren die griechischen Freiheitskämpfe; sie hielten in den zwanziger Jahren die Flamme der Begeisterung hell und rein; sie gewährten Trost und Hoffnung, als alles sonst zu Mißmut und Verzagen trieb; sie nährten den Glauben an die Unveräußerlichkeit nationaler Rechte und an die Endlichkeit aller Tyrannei. Die unerbittliche Geschichte hat allerdings nach und nach manchen Ruhmesschein von den Häuptern der modernen Hellenen wieder abgestreift, und schon die Zeitgenossen mußten manchen schönen Wahn, den sie anfangs gehegt, allgemach als nichtig erkennen. Aber da fügte es ein günstiges Geschick so, daß, je mehr der ideale Glanz der Freiheitskämpfer vor der nüchternen Wirklichkeit schwand, desto mehr diese Wirklichkeit selbst den liberalen Ideen förderlich wurde, daß, je weniger die Zustände in Griechenland den Träumen der Hoffnungsseligen entsprachen, desto mehr ihre Nachwirkungen auf die große europäische Politik das Gebäude Metternichs Stein für Stein aufbröckelten. Sowohl durch ihre geistigen Einflüsse, wie durch den realen Gärungsstoff, den sie in das System des Stillstandes warf, ist daher die griechische Erhebung des Jahres 1821 eines der folgenreichsten Ereignisse der neuesten Geschichte geworden.

Bedeutung der griechischen Freiheitskriege.

Die griechischen Freiheitskämpfe.

Lage der Griechen unter türkischer Herrschaft.

Auch unter der Türkenherrschaft hatten sich die Griechen einen gewissen kirchlich-politischen Zusammenhang zu erhalten vermocht; ihr anerkanntes Haupt war der Patriarch in Konstantinopel, der, mit dem Range eines Paschas von drei Roßschweifen bekleidet, der Pforte zugleich als Bürge für die Treue der ganzen Christenheit diente. Ihm stand es zu auf Gefängnis, Galeere, ja Tod zu erkennen, und der Übertritt zum Islam rettete den Schuldigen nicht. Die große Synode, die ihm zur Seite stand, wurde vielfach als oberste Instanz in Civilstreitigkeiten

angerufen und auch die Geistlichkeit in den Provinzen übte in Ehe- und Erbschaftssachen anerkannte Gerichtsbarkeit aus. Das türkische Joch lastete auf den verschiedenen Landesteilen mit sehr verschiedenem Druck. Manche Inseln waren zu wenig mehr als zur Zahlung eines Tributes verbunden; manche Gebirgsvölker galten zwar amtlich als türkische Truppen, regierten sich aber in der That ganz selbständig; noch andere, die freien Kleften, führten ein völlig unabhängiges Räuberleben und erkannten die Herrschaft des Sultans auch nicht dem Namen nach an. Selbst da, wo die Macht der Pforte am größten war, bewahrten sich doch die Griechen den Rest einer nationalen Verfassung. Die Dörfer und Städte in Morea durften sich selbst ihre Vorsteher erwählen, welche dann ihrerseits Vertreter, Primaten oder Kodjabaschis genannt, in die Hauptstadt der Provinz, nach Tripolitsa, sandten um dort dem Pascha zur Seite zu stehen und einen ständigen Vertrauensmann, den Vekil, nach Konstantinopel abzuordnen. Dieser Provinzadel der Primaten gewann neben der Geistlichkeit großen Einfluß, obgleich sich beide keiner besonderen Bildung erfreuten. Diese fand sich nur bei den reichen Kaufherren, die in regem Geschäftsverkehr mit der abendländischen Christenheit standen und durch langen Aufenthalt im Auslande mit europäischer Kunst und Sitte vertraut geworden waren, und bei dem Adel der Hauptstadt, den Fanarioten, so genannt nach der Pforte des Fanar, d. h. des Leuchtturmes, die neben der patriarchalischen Kirche lag. Aus dem Schoße dieses hauptstädtischen Adels waren die eifrigsten Förderer der neugriechischen Litteratur hervorgegangen. Man konnte in derselben drei Richtungen unterscheiden, eine russische, eine französische und eine rein nationale. Während die beiden ersten durch Anlehnung an das Ausland die Unabhängigkeit Griechenlands zu erreichen suchten, erstrebte die letzte eine Wiedergeburt des Volkes durch die Belebung der alten Erinnerungen. Sie fand eine äußere Vertretung in dem 1812 gegründeten Bunde der Philomusen, der Musenfreunde, der lediglich künstlerische und wissenschaftliche Ziele verfolgte, so daß der russische Minister Kapodistrias sein Präsident, der Zar und viele andere Fürsten seine Mitglieder werden konnten.

Die nationale Bildung.

Die Philomusen.

Die Philiker.

Dieser Bund der Philomusen diente aber ohne es zu wissen und zu wollen der Partei unter den gebildeten Griechen, die unmittelbar auf die Abschüttelung des Türkenjoches hinarbeitete, als Deckmantel. Drei griechische Kaufleute in Odessa gründeten nämlich 1814 einen zweiten Bund, Hetärie der Philiker, d. h. Bund der Freunde, genannt, dessen Ziel die „bewaffnete Gemeinschaft der Christen zur Vertreibung der Türken“ war. Seine Mitglieder gehorchten einer unbekannten Regierung, unter der sie sich gern die russische dachten, da Alexander ja Mitglied der Philomusen war und eine Wechselbeziehung zwischen diesen und den Philikern geheimnisvoll angedeutet wurde. Allmählich und mit Geschick wurde das Netz der Hetäristen über alle Landesteile mit griechischer Bevölkerung ausgesponnen und 1818 der Sitz des Bundes sogar nach

Konstantinopel verlegt. Seine Bedeutung wuchs, als angesehenere Leute ihm beitraten, vor allem die Fanarioten Ypsilantis, deren einer, Alexander, Adjutant und Liebling des russischen Kaisers war. Entweder ihn oder Kapodistrias wünschte man zum Präsidenten der Hetärie zu machen um dadurch in engere Verbindung mit Rußland zu treten. Einer der Gründer des Bundes, Xanthos, reiste in dieser Absicht nach Petersburg. Kapodistrias empfing ihn freundlich, lehnte aber den Antrag ab; Alexander Ypsilantis dagegen entschied sich nach einigem Zögern für die Annahme. Im Juli 1820 erbat er militärischen Urlaub und reiste von Petersburg nach Odessa.

Aufstand Ali Paschas.

Wirklich lagen die Verhältnisse damals für eine Erhebung ungemein günstig. Einer der mächtigsten Vasallen der Pforte, zugleich eine der verschlagensten und entschlossensten Persönlichkeiten, welche die Geschichte kennt, Ali Pascha von Janina, war zum Abfall vom Sultan gedrängt und gern bereit den Griechen die Hand zu reichen. Von kleinen Anfängen war er zu bedeutender Macht emporgestiegen. Um sich zum Herrn seiner Geburtsstadt Tepeleni in Albanien zu machen hatte er durch allerlei Künste seine Gegner verlockt, daß sie, während er mittags nach seiner Gewohnheit am Waldrande ruhte, ihn von weitem zu erschießen suchten. Statt seiner aber trafen die Kugeln eine Ziege, die in eine Kapuze gehüllt und, damit sie nicht mäckere, mit einem Maulkorb versehen, an Alis gewöhnlichem Ruheplatze festgebunden war. Als sie dann ohne ihren Irrtum zu entdecken den anscheinend gelungenen Mord durch einen Festschmaus feierten, überfiel Ali die Trunkenen, machte sie nieder und erhob sich zum Herrn von Tepeleni. Durch List, Tapferkeit, Grausamkeit, Bestechung dehnte er dann seine Macht immer weiter aus. Der Mittelpunkt seiner Herrschaft wurde Janina; mit dem Sultan wußte er sich in gutem Einvernehmen zu erhalten, aber auch die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, besonders zu Frankreich und England, pflegte er mit Sorgfalt, je nachdem sein Vorteil es erheischte. Ein Ziel, das er einmal ins Auge gefaßt, hielt er unverrückt fest und ließ sich durch kein Mißlingen einschüchtern. So unternahm er es dreimal, das tapfere Kleftenvolk der Sulioten zu unterwerfen und setzte seinen Willen endlich so weit durch, daß er den heldenmütigen Stamm zum Aufgeben seiner Felsenburgen und zur Übersiedelung nach den Ionischen Inseln zwang. Nicht minder begierig war er danach die ehemals venetianischen Seestädte in seinen Besitz zu bringen. Auch dies Verlangen befriedigte er nach und nach; den letzten Ort, nach dem ihn gelüstete, Parga, erkaufte er im Jahre 1819 von den Engländern, die es seit 1815 besetzt hielten. Damit stand er auf der Höhe seiner Macht, aber auch seines Übermutes. Selbst über religiöse Vorschriften setzte er sich kühn hinweg, während er doch andererseits blindem Aberglauben huldigte und fest an die Prophezeiung glaubte, daß er 150 Jahre alt und einst noch Korfu beherrschen werde. Bei alledem konnte er aber doch das Gefühl der Unsicherheit nicht los werden, das ihm seine Abhängigkeit von der Pforte

einflößte. Ein Pascha, so sagte er seinen Söhnen, ist ein Mann, der mit Pelzwerk bekleidet auf einer Pulvertonne sitzt. Schneller, als er selbst gedacht, sollte diese in die Luft fliegen und ihn vernichten. Den unermüdlichen Bemühungen eines ihm persönlich verfeindeten Kämmerers des Sultans, Pacho Bei, gelang es, im Juli 1820 seine Ächtung zu erwirken. Zuversichtlich nahm er den Fehdehandschuh auf: in Adrianopel, so hoffte er, werde Gott die Grenze zwischen ihm und dem Sultan stecken. Doch bald erfuhr sein Schicksal eine schlimme Wendung. Die drei Heere, mit denen er ins Feld zu rücken gedachte, fielen von ihm ab; nur mit Mühe entkam er den Nachstellungen seines Unterfeldherrn Omer Vrionis und warf sich mit 6000 Mann in seine Feste Janina. Hier verteidigte er sich beinahe anderthalb Jahre, bis es endlich dem Statthalter von Morea, Churchit Pascha, gelang die Stadt zu nehmen. Die letzte Zuflucht des Besiegten war eine kleine Insel im See von Janina. Von hier aus knüpfte er Unterhandlungen mit dem siegreichen Gegner an. Der aber fürchtete ihn auch jetzt noch so, daß er sich seiner durch Meuchelmord erledigte und so am 5. Februar 1822 diesem Aufstande ein Ende machte, der trotz seines Mißlingens doch von den schlimmsten Folgen für die Türkei sein sollte.

Alis Sturz.

Denn wenn die Griechen auch nichts gethan hatten um Ali zu stützen, zu dem sie unmöglich Zuneigung hegen konnten, so hatte dieser doch während des ganzen ersten Jahres der griechischen Erhebung das Heer Churchit Paschas festgehalten und dadurch der griechischen Sache die größten Dienste geleistet. Es war Schuld der Hellenen und wesentlich des Alexander Ypsilantis, wenn sie die Gunst der Lage nicht noch besser ausnutzten. Man konnte an sich zweifeln, ob es vorteilhafter sei, die Erhebung in den Donaufürstentümern oder in Morea beginnen zu lassen; aber die Lage Alis, dessen Widerstand ja in jedem Augenblick erlahmen konnte, hatte mit Recht einen Kriegsrat der Hetäristen, der am 1. Oktober 1820 auf russischem Boden, auf dem Kirchhof zu Ismail, abgehalten war, dazu bestimmt sich für Morea zu entscheiden. Auf eigene Hand änderte Ypsilantis nachträglich diesen Beschluß. Am 7. März 1821 überschritt er den Pruth und ging nach Jassy; von hier aus verkündete er in hochtönenden Worten den Hellenen, daß es Zeit sei aus dem Schlafe zu erwachen, den ganz Europa mit Unwillen sehe; eine große Macht werde sie beschützen, und mit leichter Mühe würden die Nachkommen derer, die einst die Perser besiegt, über so verächtliche Feinde wie die Türken Herr werden. Die Thatsachen entsprachen von vornherein diesen zuversichtlichen Worten nur wenig. Die große Macht, auf welche Ypsilantis prahlerisch hinwies, beeilte sich jeden Zusammenhang mit dem Aufrührer abzuleugnen. Von Laibach aus, wo Alexander sich eben befand, mußte Kapodistrias in einem Briefe an Ypsilantis diesem jede Hoffnung auf Hilfe nehmen; der Zar selbst erneuerte mit Kaiser Franz seinen Bund gegen die Revolution und verpflichtete sich nötigenfalls eine Armee von 95 000 Mann zu ihrer Bekämpfung zu

Beziehungen zu den Hellenen.

Beginn des Aufstandes.

Die Erhebung an der Donau.

Rußlands Haltung.

stellen. Es wäre für ihn ein leichtes gewesen den Aufständischen einen großen Dienst zu leisten; nach dem Frieden von Bukarest (1812) durfte die Pforte ohne russische Genehmigung keine Truppen in die Donaufürstentümer einrücken lassen; aber diese Genehmigung wurde bereitwilligst erteilt und bereits Mitte Mai überschritten drei türkische Heere die Donau. Auch sonst lagen die Verhältnisse schlecht; der Patriarch war gezwungen worden den Bann gegen die Empörer zu schleudern, in der Walachei herrschte zwischen Griechen und Rumänen die heftigste Spannung. Ein Teil der letzteren hatte sich schon im Februar gegen den mit Ypsilantis verbündeten griechischen Hospodaren Michael Sutsos erhoben. Ihr Führer, Theodor Wladimiresco, schloß sich jetzt zwar scheinbar dem Aufstande gegen den Sultan an; allein als die Türken ihren Vormarsch begannen, zeigte sich, daß Theodor verräterisch zu ihnen übergehen wollte. Nur der Entschlossenheit des tüchtigsten von Ypsilantis' Generalen, des Olympiers Georgakis, war es zu danken, daß er rechtzeitig verhaftet und hingerichtet wurde. Ypsilantis selbst war seiner Aufgabe nicht gewachsen. Langsam hatte er im März und April die beiden Fürstentümer besetzt; ohne Widerstand räumte er beim Eindringen der Türken einen großen Teil derselben und zog sich an die Karpathenpässe um der österreichischen Grenze nahe zu sein. Die Eigenmächtigkeit seiner Offiziere vergrößerte das Übel. Einer derselben, Karawias, griff die Türken ohne Befehl am 19. Juni bei Dragatschan an. Aber als der Kern des griechischen Heeres, die 500 Mann starke heilige Schar, von großer Übermacht umzingelt und vollständig aufgerieben wurde, flohen die anderen Truppen und auch Ypsilantis verzweifelte. So prahlerisch er seine Laufbahn begonnen, so jämmerlich endete er sie. Von seinen eigenen Leuten bedroht, floh er am 26. Juni über die österreichische Grenze und erklärte in einem neuen Aufruf jedes Band zwischen sich und den „feigen Sklavenhorden“, den Meineidigen, Verrätern und Memmen, die er dem Haß der Menschheit überliefere, für zerrissen. Er mußte seine kurze Abenteurerlaufbahn durch ein hartes Schicksal büßen. Die österreichische Polizei schleppte ihn in die Festung Munkacz und teils hier, teils in Theresienstadt verlebte er sechs Jahre in Gefangenschaft; erst 1827 wurde er auf russische Verwendung freigegeben und starb schon im nächsten Jahre in Wien.

Die Rumänen. — *Schlacht bei Dragatschan.* — *Ypsilantis Ausgang.*

Letzte Kämpfe.

Mit seiner Flucht war das Schicksal des Aufstandes an der Donau entschieden; doch wandten mehrere seiner Offiziere wenigstens die Schmach von sich ab, mit der ihr Führer selbst sie bedeckte. Wie die heilige Schar bei Dragatschan, so hatte ein Heldenhäuflein unter Athanasios bei Skuleni am Pruth Wunder der Tapferkeit gethan, und mit Begeisterung vernahm Europa das Ende des Georgakis, der im Kloster Sekko sich und seine Gefährten in die Luft sprengte. Bis in die ersten Tage des Oktobers dauerte dies letzte Aufflackern der Empörung; von da ab lagen beide Fürstentümer willenlos zu den Füßen der Sieger.

Allein schon lange vorher hatte die Empörung an der Donau ihre

hervorragende Bedeutung eingebüßt. Die Männer, welche in Ismail beschlossen hatten den Aufruhr in Morea zu beginnen, waren durch Ypsilantis' eigenmächtiges Vorgehen nicht von ihrem Plane abgebracht. Der eifrigste von ihnen, ein Mönch, der Papa Flesas, bereitete den ganzen Winter 1820—21 unermüdlich den Aufstand vor. Die Abberufung Churchit Paschas zum Kampf gegen Ali war ein unerwarteter Glücksfall. Dennoch meinten viele, besonders von den Primaten, man solle nichts übereilen. Aber als der stellvertretende Pascha, Salik Aga, Verdacht schöpfte und Ende Februar 1821 die Primaten nach Tripolitsa lud um sich dort ihrer zu bemächtigen, konnte die Entscheidung nicht mehr hinausgeschoben werden. Mit einzelnen Gewaltthätigkeiten gegen türkische Beamte begann Ende März der Aufstand, seine Weihe erhielt er am 4. April in Patras, wo der Erzbischof Germanos und der Primat Londos die Bewohner zu den Waffen riefen und der Prälat vor einem Kreuze, das er in der Hauptstraße aufgerichtet, an einem Altar von Rasen das Abendmahl unter die Kampfesmutigen austeilte. An demselben Tage hielt Petro Mavromichalis, gewöhnlich Petrobei genannt, das Haupt der Mainoten, die sich Nachkommen der alten Spartaner zu sein rühmten, seinen Einzug in Kalamata, der Hauptstadt Messeniens. Und nun griff die Empörung mit Blitzesschnelle um sich. „Der Türke soll nicht in Morea bleiben, und überhaupt nicht in der ganzen Welt!" so erscholl es in den Klängen des Volksliedes von Berg zu Berg, von Dorf zu Dorf. Drei Wochen genügten um fast die ganze Halbinsel frei zu machen, und das Osterfest, der 22. April, sah die Türken fast einzig auf den Besitz von Tripolitsa beschränkt, das, in der Mitte des alten Arkadien auf einer Hochebene gelegen, auch schon von allen Seiten umschlossen wurde. Der Held dieser Wochen war Kolokotronis, ein wilder, verschmitzter Klefte, aus dessen Stamm noch niemand eines natürlichen Todes gestorben, auch äußerlich eine wahre Räuberhauptmannsgestalt. Ohne Schlappen war es freilich nicht abgegangen; wo die Türken stark genug waren, hatten sie sich tüchtig gewehrt, und nicht ohne Besorgnis sah man die Hilfstruppen nahen, welche Churchit auf die Kunde dieser Vorgänge aus dem Lager von Janina schickte und die Mitte Mai vor Tripolitsa eintrafen. Auch diese Furcht beseitigte Kolokotronis. Als die Türken am 24. und 25. Mai seine Linien angriffen, schlug er sie bei Valtetsi so völlig, daß die Griechen, „die bis dahin wegliefen, wenn es hieß: die Türken kommen, fortan fragten: Wo sind die Türken?" Trotz dieser erneuten Begeisterung wollte es aber mit der Belagerung nicht recht vorwärts; auch die Ersetzung des Oberfeldherrn Petrobei durch Demetrius Ypsilantis, Alexanders Bruder, förderte die Sache wenig; den Ausschlag gab die Not in der Stadt und die Treulosigkeit der Griechen, die, während Verhandlungen im Gange waren, plötzlich angriffen, ohne Mühe eindrangen und ein furchtbares Gemetzel anrichteten. 10000, nach anderen gar 32000 Leichen bedeckten die Straßen, so daß Kolokotronis' Pferd vom Thor bis zum Palast den

Der Aufstand in Morea.

Petrobei.

Kolokotronis.

Schlacht von Valtetsi.

Demetrius Ypsilantis.

Einnahme von Tripolitsa.

Boden nicht betrat. Drei Tage wütete das Morden und Brennen und noch am dritten war die Wut so groß, daß man 2000 Gefangene in eine Schlucht des Mänalon schleppte und dort niedermachte. Mit ähnlicher Grausamkeit und Tücke verfuhren die Griechen auch in den anderen Städten, die in ihre Gewalt fielen, allerdings von den Türken schwer gereizt. Denn als die Kunde von den Ereignissen in Nord und Süd Stambul erreichte, ergriff die Moslemin wilde Wut und Rachedurst. Eine große Christenhetze begann, von der Pforte nicht gebändigt, sondern begünstigt. Den Dolmetsch Musurus ließ Sultan Mahmud selbst vor dem Serail köpfen, das greulichste aber geschah am griechischen Ostertage. Als der Patriarch Gregorios die Nachtmesse beendet, wurde er ergriffen und mit drei Erzbischöfen und drei Priestern an der Mittelthür der Fanarkirche aufgehenkt. Seinen Leichnam, der von Juden ins Meer geschleift wurde, fischten russische Schiffer auf und brachten ihn nach Odessa.

Christenhetze in Konstantinopel.

Wenn Metternich auf die Kunde von diesen Vorgängen auch gelassen schreiben konnte: über unsere Ostgrenzen hinaus zählen drei bis vierhunderttausend Gehenkte, Erwürgte, Gepfählte nicht viel; so meinte doch selbst Kaiser Franz, die That sei ebenso schlimm, wie wenn sie den Papst betroffen hätte. Noch entschiedener war Rußland dadurch herausgefordert, und Kapodistrias, dessen griechenfreundlichen Einfluß Metternich in Laibach so erfolgreich zurückgedrängt hatte, erlangte wieder größere Macht über Alexander. Der russische Gesandte Stroganoff erklärte in einer Note vom 18. Juli, die Pforte habe ihr Recht neben den christlichen Mächten Europas zu existieren ernstlich gefährdet, und verlangte binnen acht Tagen Genugthuung; als diese nicht erfolgte, verließ er Konstantinopel. Der Krieg schien unvermeidlich; Metternich geriet in die größte Bestürzung. Auf der einen Seite versuchte er alles um den Sultan zum Nachgeben zn drängen; indessen bald sah er ein, daß dies vergebliche Mühe sei: solange die Griechen weiter kämpften, verweigerte die Pforte jedes Zugeständnis. Um so eifriger bemühte er sich nun Rußland zum Nachgeben zu raten; er machte von neuem Alexander Abscheu gegen alles Revolutionieren rege; er stellte vor, wie ein Krieg mit Rußland ein allgemeines Niedermetzeln der Christen zur Folge haben werde; er versprach endlich, daß auch die anderen Großmächte den diplomatischen Verkehr mit Konstantinopel abbrechen würden, wenn Alexanders Entgegenkommen wider Erwarten dort nicht angenommen werde. Um dieser Zusage größeres Gewicht zu geben eilte er im Oktober 1821 nach Hannover um dort den englischen König und Lord Castlereagh für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. Eine erschöpfende Verständigung war das Ergebnis dieser Reise, und bald kam denn auch aus Petersburg die beruhigende Meldung, daß Alexander den Frieden bestimmt erhalten wolle und noch ganz wie in Laibach denke; wenn nur die Pforte ihre Truppen über die Donau zurücknehme, sei er zu Verhandlungen bereit. Dieses Zugeständnis konnte der Sultan nicht verweigern und

Bruch mit Rußland.

Metternichs Vermittelung.

so schien im April 1822 nach manchen Zwischenfällen dank Metternichs Bemühungen der Friede gesichert.

Allein nur kurze Zeit hatte man sich in Wien diesem erfreulichen Gedanken hingegeben, da erscholl von der Insel Chios eine Kunde, die ganz Europa mit Entsetzen erfüllte. Im Gegensatz zu den übrigen Eilanden des Archipelagus waren die Chioten bisher unthätige Zuschauer geblieben, getreu ihrem etwas schlaffen Charakter, den das griechische Sprichwort treffend verspottete: Ein kluger Chiot ist so selten wie ein grünes Pferd. Für die Inseln, welche in die Bewegung eingetreten waren, hatte aber der Beitritt des reichen Chios große Wichtigkeit, vor allem für seinen nächsten Nachbar, das kleine rührige Felseneiland Psara, das mit Spetsia und Hydra den Ruhm teilte den Kern der griechischen Flotte zu stellen; denn diese drei Inseln besaßen nicht weniger als 350 Handelsschiffe mit 12 000 Matrosen. Ein Psariot, Papanikolis, war es gewesen, der im Juni 1821 das erste türkische Kriegsschiff mit seinem Brander in die Luft gesprengt hatte; nach allen Seiten hatten dann psariotische, hydriotische und spetsiotische Schiffe den Aufstand weiter getragen; auch in Chios war schon ein Versuch gemacht, jedoch umsonst. Im März 1822 wurde er mit besseren Kräften von Samos aus wiederholt; die türkische Garnison war in das Fort zurückgedrängt und nahe daran sich zu ergeben. Da nahte zu ihrem Entsatz die türkische Flotte unter Kara Ali. Der großen Übermacht waren die Aufständischen nicht gewachsen; sie entwichen nach Samos, und die Chioten unterwarfen sich, nachdem Ali ihnen Verzeihung versprochen hatte. Aber kaum hatten sie die Waffen niedergelegt, so begann (in der Osterwoche 1822) eine schauderhafte Jagd; 23 000 Menschen sollen ermordet, 47 000 in die Sklaverei geschleppt sein; nur die Katholiken und die Bewohner der Mastixdörfer wurden geschont. Ein Schrei der Rache war das Echo in ganz Hellas; sie zu vollziehen die Aufgabe der Flotte. Geführt von dem Hydrioten Miaulis, dem Kolokotronis der Meere, eilte sie herbei; dem Psarioten Kanaris war es beschieden den Frevel zu sühnen. In der Nacht zum 19. Juni, der letzten des Fastenmonates Ramasan, begingen die Türken bei jubelnden Gelagen ihren Karneval, das Bairamfest. Die Unachtsamkeit, welche infolgedessen auf der Flotte herrschte, benutzte Kanaris; glücklich erreichte er mit seinem Brander das feindliche Admiralschiff und sprengte es mit 3000 Mann und dem Kapudan Pascha in die Luft. Mit dem jubelnden Ruf: „Ei seht die schöne Illumination! Sieg dem Kreuze!“ entkam er selbst der Zerstörung; frohlockend empfingen ihn die Mitkämpfer auf Psara und barfuß wallten sie in die Kirche um Gott ihren Dank zu bringen. Die armen Chioten aber fielen einem zweiten Blutbad heim, und so furchtbar raste das türkische Schwert, daß im Monat August von 100 000 Bewohnern der Insel nur 2000 noch lebten.

Das Blutbad von Chios.

Die Rache des Kanaris.

Neue Verwüstung der Insel.

Wo die Leidenschaft zu solchen Freveln entflammte, da war an Versöhnung augenscheinlich nicht zu denken, und Metternichs Plan den weiteren Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei das Ver-

Hellas und Morea 1822.

sprechen einer Begnadigung zu Grunde zu legen und daraufhin eine Unterwerfung der Griechen zu versuchen mußte gänzlich aussichtslos erscheinen. Überdies brachte das Jahr 1822 auch auf dem Festlande Ereignisse von größter Wichtigkeit. Der Tod Ali Paschas stellte im Februar das ganze Heer Churchits der Pforte zur Verfügung. In zwei Teilen sollte es über den Isthmus von Korinth nach Morea vordringen; den einen Teil, der zunächst West-Hellas mit dem wichtigen Mesolonghi unterwerfen mußte, befehligte Churchit selbst; den anderen, welcher durch Ost-Hellas vorrückte und wie im Vorbeigehen die Akropolis von Athen, die eben erst in die Hände der Griechen gefallen war, wiedernahm, führte Dramalis. Ohne Hindernis zog er über den Isthmus und durch die Pässe der Derwennen, welche Korinth mit Argos und Nauplia verbinden.

Churchit und Dramalis.

Zwietracht der Hellenen.

Die Zwietracht und Parteisucht der Griechen war es, welche ihm sein Werk so leicht machte. Zwischen den Primaten des Peloponnes einerseits, den Hetäristen und Kleften wie Papa Flesas und Kolokotronis andererseits, bestand von den ersten Tagen des Aufstandes an die größte Abneigung und Eifersucht. Sie wurde vertieft und verschlimmert, als beide Parteien europäisch gebildete Führer gewannen: die Kleften den Demetrius Ypsilantis, die Primaten den Fanarioten Alexander Mavrokordatos, der bald nach jenem im August 1821 in Morea eingetroffen war. Nur kurze Zeit vermochte der beiden gemeinsame Patriotismus ihren feindlichen Ehrgeiz zu zügeln. Demetrius war, wie erzählt, zum Archistrategen (Oberfeldherrn) ernannt worden und hatte seinen Nebenbuhler als Bevollmächtigten nach Mittelgriechenland geschickt. Kaum hier angelangt, berief dieser eigenwillig zwei Nationalversammlungen für Ost- und West-Hellas nach Salona und Mesolonghi und bildete zwei gesonderte Regierungen, Gerusien genannt, ohne sich um Morea zu kümmern oder auf des Demetrius Einspruch zu achten. Dieser ließ darauf eine allgemeine Nationalversammlung in Argos zusammentreten (12. Dezember 1821); allein auch in dieser gehörte die Mehrheit den Primaten. Sie beschloß ihren Sitz nach Piadha, dem alten Epidaurus, zu verlegen, proklamierte hier am 13. Januar 1822 die Unabhängigkeit von Griechenland, erkannte die beiden Sonder-Gerusien für Ost- und West-Hellas an, genehmigte die Begründung einer dritten für Morea, setzte eine Gesamtregierung für ganz Griechenland ein, an deren Spitze sie den Mavrokordatos stellte, und speiste Demetrius mit dem Posten eines Vorsitzenden der Legislative ab. Dem sich zu fügen war dieser keineswegs gewillt, und Kolokotronis, sein Hauptbeschützer, schickte sich eben an nach Argos zu marschieren um die Regierung von dort zu verjagen, als Dramalis ihm zuvorkam und selbst diese Aufgabe übernahm. Darüber erschraken doch auch Demetrius und seine Freunde; angesichts der 24000 Mann zu Fuß und der 6000 Reiter, mit welchen die Türken anrückten, kam noch einmal eine Versöhnung zustande. Argos selbst war freilich im ersten Schreck von der unfähigen Regierung schon preisgegeben; aber die Burg Larissa verteidigte Demetrius mit großer

Mavrokordatos.

Die Gerusien von Ost- und West-Hellas.

Die Nationalversammlung von Piadha.

Dramalis' Angriff.

Ausdauer, während Kolokotronis überall Truppen sammelte und mit „einer Welt von Bewaffneten" gegen Argos und Nauplia anrückte. Sein Plan war die schmale Küstenebene, in welcher beide Städte liegen, durch Besetzung aller Pässe, die nord-, west- und südwärts führen, zu blokieren und Dramalis auszuhungern. Das konnte nicht gelingen, wenn die türkische Flotte Proviant zuführte; aber vergeblich hoffte der Pascha auf ihre Ankunft; seine Not stieg in wenig Wochen aufs höchste; er mußte sich zum Rückzuge nach Korinth entschließen. Am 6. August wurde der Marsch durch die Derwennen angetreten; aber inmitten des Passes griffen Kolokotronis und sein Neffe Nikitas, „der Türkenfresser", die Feinde an, brachten ihnen einen Verlust von 3—4000 Toten bei und spalteten sie in zwei Haufen, von denen der eine nach Korinth entkam, der andere, und mit ihm Dramalis, nach Nauplia zurückgeworfen wurde. Die äußerste Not trieb schon am zweiten Tage zu dem Versuche auf einem östlicheren Passe durchzubrechen, und dank der Beutelust der Griechen gelang dies besser; ohne Gepäck und mit Verlust von 1000 Mann erreichte Dramalis Korinth. Doch ward er hier von neuem umzingelt und starb während der Belagerung im November 1822; der Rest seiner Truppen schlug sich zwar im Januar mit großen Verlusten durch, das ganze Unternehmen aber war vollkommen mißlungen.

Seine Niederlage in den Derwennen.

Sein Tod.

Die Schuld daran mußte großenteils auf Churchit fallen, der nicht schnell genug durch West-Hellas zu Hilfe geeilt war. Nach dem Abmarsch von Janina hatte er sich gegen die wieder heimgekehrten Sulioten gewandt um diese zu unterwerfen. Aber mutig schlugen sie, ihrer tausend gegen 14 000, zwei Stürme zurück und wollten sich nur unterwerfen, wenn alle Hellenen Verzeihung erhielten und annähmen. Für diese war es unabweisliche Ehrenpflicht den tapferen Stammesgenossen Hilfe zu bringen, und so machte sich Mavrokordatos Ende Mai, vor des Dramalis Ankunft in Morea, mit einer kleinen, aber gewählten Armee zum Entsatz auf den Weg. Mit sich führte er das Korps der Philhellenen, das aus den Freiwilligen aller europäischen Nationen gebildet war, das einzige europäisch geschulte griechische Bataillon Tarella und mehrere Kleftenscharen. Glücklich gelangte er bis an den Busen von Arta, von wo er in zwei Richtungen nach dem nahen Suli vordringen wollte. Allein schon hatte der Verrat den Seinen Verderben gesponnen. Unter denen, welche sich ihm anschlossen, befand sich der Albanesenhäuptling Gogos, der sich bei dem Städtchen Peta mit ihm vereinigte, zugleich aber mit dem türkischen General Kiutagi, der in Arta 6000 Mann kommandierte, im Einvernehmen stand. In der Nacht zum 16. Juli rückte letzterer gegen Peta vor; zwei Angriffe auf die Philhellenen wurden glänzend abgeschlagen; da gab Gogos verräterisch die Höhen preis, die er zu verteidigen hatte, und nun wurden die Griechen von vorn und hinten angegriffen. In heldenmütigem Kampfe fand Tarella den Tod, Normann, der Württemberger, die Todeswunde; mit ihnen fielen 400 auserlesene Krieger; nur wenige schlugen sich rückwärts zu Mavrokor-

Churchit gegen Suli.

Schlacht bei Peta.

datos durch; der Entsatz von Suli war gescheitert, und im September verließ das tapfere Bergvolk zum zweitenmal die Heimat um nach Korfu überzusiedeln. Churchit aber versäumte, nachlässig oder böswillig, alsbald mit ganzer Macht dem Dramalis zu Hilfe zu eilen; er wandte sich nach Mesolonghi, der Hauptstadt von West-Hellas, wohin sich Mavrokordatos und der tapfere Suliote Marko Botsaris geworfen, und belagerte diese Feste. Doch hatte er weder Glück noch bewies er Geschick, und als ein Sturm seines Unterfeldherrn Omer Vrionis, des Verräters Alis, am griechischen Weihnachtstage mißlang, als die Nachricht kam, daß die Trümmer von Dramalis' Heer Korinth geräumt, als so beide Teile des Doppelzuges des Jahres 1822 völlig gescheitert waren, da vergiftete sich Churchit im Januar 1823, drei Tage ehe sein Todesurteil aus Stambul eintraf.

Churchit vor Mesolonghi.

Sein Tod.

Die europäischen Mächte.

Die Ereignisse des Jahres 1822 waren also der griechischen Sache durchaus günstig gewesen; zur See wie zu Lande waren alle türkischen Unternehmungen nach günstigem Beginne zuletzt doch gescheitert. Und auch diplomatisch betrachtet war die Sachlage für Hellas besser geworden. Die Metternichschen Vermittlungspläne waren durch das Blutbad von Chios vereitelt; allerdings war Alexander dadurch dem österreichischen Einfluß nicht entrückt; vielmehr hatte er sich in Wien, wo er sich auf der Reise nach Verona einige Zeit aufhielt, und auf dem Kongresse selbst so eng wie je an Metternich angeschlossen und seinen kriegslustigsten Minister, Kapodistrias, beurlaubt. Griechische Gesandte, die sich nach Verona begeben wollten, wurden gar nicht vorgelassen, sondern in Ancona zur Umkehr gezwungen, da die Herrscher entschlossen seien die Empörung zurückzustoßen, wie und wo sie sich zeige. Aber im Grunde war es für die Griechen nur günstig, daß es noch nicht zum Kriege zwischen Rußland und der Türkei kam; denn ob ein solcher ihre Unabhängigkeit im Gefolge hatte, mußte so lange sehr zweifelhaft erscheinen, als sie in den großen Kabinetten noch keinen entschiedenen Fürsprecher gewonnen hatten; und dazu war nur Hoffnung, wenn sie mehrere Jahre aus eigener Kraft die Türken sich fern zu halten vermochten. Bedenklich konnte es freilich werden, daß in Stambul durch einen Ministerwechsel mildere Stimmungen zur Geltung kamen, und daß die guten Dienste seiner christlichen Verbündeten, die Alexander in Verona erbeten, die Pforte bestimmten, auf Verhandlungen einzugehen, ja daß nach einer neuen Zusammenkunft zwischen Alexander und Franz, die im Oktober 1823 in Czernowitz stattfand, während Nesselrode mit dem erkrankten Metternich in Lemberg sich verständigte, Rußland sogar einen Bevollmächtigten für Handelssachen an Stelle seines abberufenen Gesandten nach Stambul schickte. Dafür war aber seit dem August 1822 ein neuer Bundesgenosse der griechischen Sache in Canning erstanden, der im Februar 1823 die Griechen als kriegführende Macht anerkannte, und was noch mehr galt: niemand, selbst Metternich nicht, dachte doch an ein bewaffnetes Einschreiten gegen die Revolution, wie es in Italien und

Annäherung zwischen Rußland und der Türkei.

Anerkennung der Griechen durch England.

Spanien stattgefunden hatte, und wenn die Griechen Kraft genug besaßen, sich des Feindes zu erwehren, so war der Sieg ihrer Sache von außen her nicht gefährdet. Den Türken aber brachte auch das Jahr 1823 auf keinem der drei kontinentalen Kriegsschauplätze einen Vorteil. Gelang es ihnen doch nicht einmal nach Morea vorzudringen. Ähnlich wie im Vorjahre Churchit und Dramalis sollten jetzt in West-Hellas Mustai, der Pascha von Skodra, und Omer Vrionis, in Ost-Hellas Jussuf, der Pascha von Euböa, die Aufständischen bezwingen, sich dann bei Lepanto vereinigen und hier, an der schmalsten Stelle des Busens von Korinth, nach dem Peloponnes übersetzen. Aber Jussuf wurde den ganzen Sommer hindurch von Odysseus und Nikitas im Zaume gehalten, und Omer Vrionis erlitt am 21. August eine schmähliche Niederlage bei Karpenisi. Freilich kostete diese den Griechen ihren wackeren Feldherrn, den Marko Botsaris, der mit 350 Sulioten die 5000 Mann starke Vorhut der Feinde anzugreifen gewagt, einen Mann, dessen selbstlose Gesinnung für das parteizerfressene Hellas ein unersetzlicher Schatz gewesen war. Führerlos wich nach dem Siege seine Schar auf Mesolonghi zurück; begierig die Schlappe auszuwetzen folgte Vrionis; aber erfüllt wurde ihm und Mustai ihr Wunsch nicht. An das feste Mesolonghi wagten sie sich nicht einmal; doch auch die benachbarte Seefeste Anatoliko bot ihnen Trotz, und nach monatelanger Einschließung zwang im Dezember die rauhe Witterung sie zum Rückzug. Der Feldzug von 1823.

Morea hatte das ganze Jahr keinen Feind gesehen; die Folge davon war das Aufflackern der heftigsten Parteileidenschaft; alle Kraft, allen Haß, den man gegen den Feind nicht zu kehren brauchte, kehrte man gegeneinander. Ende 1822 war die Vollmacht der Regierung zu Ende gegangen, aber mit Zustimmung der Legislative um ein paar Wochen bis zum Zusammentritt der zweiten Nationalversammlung verlängert worden. Ergrimmt darüber jagte Kolokotronis, der längst den Hader, welchen er bei Dramalis' Ankunft „ins Meer geworfen", wieder hervorgeholt, aus Nauplia. Für ihn war der europäisch gebildete Mavrokordatos mit seinem Frack und seiner Brille ein Gegenstand unbezwinglicher Abscheu, aber freilich auch ein weit überlegener Gegner, wider dessen diplomatische Gewandtheit er nur rohe Gewalt zu setzen hatte. Sein Groll stieg, als auf der zweiten Nationalversammlung, die Ende März 1823 in Astros zusammentrat, wieder die Bürgerlichen das Übergewicht hatten, so daß Mavrokordatos (an Demetrius' Stelle) Präsident der Legislative wurde und für ihn als Präsident der Exekutive der primatenfreundliche Petrobei eintrat. Kolokotronis selbst war der einzige Nicht-Primat, dem man einen Platz in der Regierung gönnte; er sah voraus, daß sein Einfluß gleich Null sein werde, wenn er ihn nicht durch Gewaltmaßregeln verstärke. Dazu boten ihm seine Kleften freudig die Hand. Er zwang zunächst die Regierung ihren Sitz nach Nauplia zu verlegen, während die Legislative mit Mavrokordatos in Argos blieb. In Nauplia aber war er Herr, und so entstand zwischen beiden

Parteiungen in Morea.

Der erste Bürgerkrieg.

Gewalten offener Krieg. Mavrokordatos glaubte sich in Argos nicht mehr sicher; er floh über Hydra nach West-Hellas, und Kolokotronis jagte wirklich im Dezember die Legislative in Argos auseinander. Sie flüchtete nach Kranidhi, erklärte von dort ihrerseits die Exekutive für abgesetzt und erwählte eine neue, deren Präsident der Hydriot Konduriottis wurde. So existierte nun eine völlige Doppelregierung: in Tripolitsa, wohin er von Nauplia übersiedelte, Kolokotronis; in Kranidhi Konduriottis. Anfänglich war jener an Macht unzweifelhaft überlegen; aber an Einfluß und Geist überwog von vornherein Konduriottis; ihm stand die Zuneigung Europas zur Seite, und nach und nach gewann er auch militärisch die Oberhand. In verschiedenen Gefechten wurde Kolokotronis besiegt, im April 1824 sogar Tripolitsa erobert. Mehr als diese Niederlagen trieb die Kleftenhäupter jedoch ihr Geldmangel zur Unterwerfung, und so wurde der erste Bürgerkrieg im Juni 1824 durch die Anerkennung des Konduriottis beendigt. Allerdings nur um nach wenigen Monaten wieder auszubrechen. Auch die siegreiche Partei war in sich nichts weniger als einig. Konduriottis, und mehr noch seine rechte Hand, der verschmitzte Kolettis, begünstigten die Insulaner auf Kosten der Peloponnesier und wendeten ihnen den größten Teil einer englischen Anleihe zu, die sie eben abgeschlossen. Darüber murrten die festländischen Primaten, verweigerten die Steuern und knüpften Verbindungen mit Kolokotronis an, den sie eben erst hatten bezwingen helfen. Aufs neue sollten die Waffen entscheiden, aber Kolettis' Eifer und Gewandtheit führte die Sache zum schnellen Ende. Die Häupter der Primaten, Londos und Zaïmis, mußten fliehen; Kolokotronis, tief gebeugt durch den Tod eines Sohnes, der in einem der Scharmützel fiel, bat um Gnade und wurde mit 13 anderen Häuptern der Revolution nach Hydra geführt, wo er, im Kloster St. Elias als Staatsgefangener bewacht, ingrimmig dem undankbaren Vaterlande prophezeite, daß es seiner bald wieder bedürfen und ihn mit Ehren zurückrufen werde.

Konduriottis. *Kolettis.* *Kolokotronis gefangen.*

Eintritt Mehemet Alis in den Kampf.

Und schnell genug ging diese Prophezeiung in Erfüllung. Die Pforte war schon durch den bösen Ausgang des Feldzugs von 1822 belehrt, daß ihre eigenen Kräfte zur Bewältigung des Aufstandes nicht ausreichten; sie hatte deshalb, zunächst für den Seekrieg, ihren Vasallen Mehemet Ali von Ägypten zur Hilfeleistung entboten. Bereits im Juni 1823 war dieser in den Krieg eingetreten; doch war der Schauplatz seiner Thätigkeit ein enger geblieben. Sein Schwiegersohn Hassan landete in Kreta und begann durch ein Schreckenssystem die Aufständischen, die unter sich gespalten und von Morea aus schlecht unterstützt waren, zu bändigen. Mit Schaudern hörte man, wie der „Würger von Melidoni" 370 Menschen in eine Höhle gedrängt und durch Rauch erstickt, wie er bei Melato von 2000 Gefangenen die Frauen in die Sklaverei verkauft, die Priester verbrannt, alle anderen niedergemacht habe. Bis in den April 1824 hinein fand er noch Gegenwehr; dann war der Aufstand erstickt, Kreta „befriedet" und Ibrahim, Mehemets

Bezwingung Kretas.

Sohn, welchem der Vater den Oberbefehl übertragen, konnte von diesem festen Stützpunkt aus planmäßig vorgehen. Dabei galt es gemeinsam mit der türkischen Flotte zu handeln, deren Anführer, den „lahmen" Chosrew-Pascha, einen alten Widersacher Mehemets, die Lorbeern der Ägypter nicht schlafen ließen. Es gelüstete ihn den tapferen Psarioten das Los von Chios und Kreta zu bereiten. Durch einen plötzlichen Windwechsel begünstigt, gelang es ihm am 2. Juli 1824, den Psarioten unerwartet, an der steilen Nordseite der Felseninsel zu landen. Gleichzeitig griff er mit dem Hauptteil seiner Flotte die Stadt an und bemächtigte sich nach verzweifeltem Kampf ihrer und der feindlichen Schiffe; nur wenige konnten sich mit einem Teil der Bevölkerung retten; die meisten Einwohner wurden niedergemetzelt; einige flüchteten in das Fort Palaeokastro und sprengten sich dort, gestärkt durch das heilige Abendmahl, mit 2000 eindringenden Türken in die Luft (4. Juli 1824). Dieser furchtbare Schlag jagte Hydra und Spetsia aus ihrer Unthätigkeit auf; eine starke Flotte unter Miaulis eilte nach Psara, wo Chosrew nur wenige Schiffe zurückgelassen, vernichtete diese und besiegte die Besatzung der Insel. Als aber der Türke mit Übermacht zurückkam, mußten sie weichen, und Psara blieb in Feindes Hand; seine Bewohner wurden Piraten und nie gewann die Insel ihre Blüte wieder. Aber es schien mehr verloren als bloß die eine Insel. Chosrews Flotte vereinigte sich im September 1824 mit Ibrahim, der auf 200 Schiffen 18000 Mann herbeiführte. Im offenen Kampf war Hellas dieser Übermacht nicht gewachsen; nur auf den Brandern beruhte seine Hoffnung. Und dennoch verzagten die wackeren Seeleute nicht, sondern schlugen sich an der kleinasiatischen Küste so glücklich mit den Feinden herum, daß diese sich zurückzogen und infolge der Zwietracht zwischen Chosrew und Ibrahim sogar trennten. Der Türke kehrte in die Dardanellen zurück, der Ägypter segelte nach Rhodos. Manch kühner Streich war den Hellenen mit ihren Brandern geglückt; hätten sie deren nur mehr, so meinten sie die ganze ägyptische Flotte zerstören zu können; nicht weniger als 22 Schiffe waren in diesem Feldzuge daraufgegangen. Als nun Ibrahim sich bei Rhodos vor Anker gelegt, da glaubten die Griechen den Feldzug beendigt und segelten heim. Gerade darauf hatte der Ägypter gewartet um seine Absicht in Morea zu landen auszuführen. Noch im Dezember begab er sich nach Kreta und traf alle Vorbereitungen zu dem großen Hauptschlage. Nachdem er die Griechen zur See überlistet hatte, schien es ihm leicht sie auch zu Lande zu schlagen, und nie mehr schwur er den Fuß auf festen Boden zu setzen, es sei denn in Morea. Im tiefsten Geheimnis beschleunigte er rastlos sein Unternehmen; europäische Reisende sahen ihn damals auf dem Hinterdeck seines Schiffes sitzend mit Treten, Prügeln, Erschießen die innere Wut und Ungeduld an seinen unglücklichen Untergebenen kühlen. Endlich war alles in Ordnung und unerwartet landete er am 24. Februar 1825 bei Modon, an der Südwestspitze Moreas.

Chosrew auf Psara.

Miaulis' Rache.

Chosrew und Ibrahim.

Ibrahim in Morea.

Die Pflicht, das Land zu verteidigen, lag bei Konduriottis, der soeben den Kolokotronis nach Hydra hatte abführen lassen. Aber ein voller Monat verstrich, ehe jener von Nauplia aufbrach. Unterdessen setzte sich Ibrahim von Tag zu Tage fester und schuf sich in dem Festungsviereck Koron, Modon, Navarin und Pylos eine uneinnehmbare Citadelle. Immer lauter rief das Volk nach Kolokotronis, und „obgleich der Mann so viel zu rächen hatte“, mußte ihn der Präsident im Mai seiner Haft entlassen und eine allgemeine Amnestie verkünden. Mit gewohnter Energie widmete sich der alte Kleftenhäuptling, überdies zum Diktator erhoben, seiner schwierigen Aufgabe; aber es war zu spät. Umsonst versuchte er dem Ägypter den Weg nach Tripolitsa zu verlegen; bis Nauplia drang derselbe vor und lüstern begrüßte er jenseit des Meers die Felsen von Hydra mit dem übermütigen Ruf: Ha, Klein-England, wie lange wirst du mir noch entgehen! Durch ganz Morea entsandte er nach allen Richtungen seine Streifkorps und überall, wo ihnen Kolokotronis entgegentrat, begünstigte sie das Glück. Schon im Juli war die Lage so hoffnungslos, daß die Nationalversammlung beschloß sich dem Schutze Englands anzuvertrauen; im September wehte nur noch in einigen Küstenstädten die griechische Fahne.

Ibrahim gegen Mesolonghi.

Und schon winkten Ibrahim neue Lorbeern; denn ein Befehl Mehemet Alis wies ihn an den Busen von Korinth zu überschreiten und den Kampf in West-Hellas aufzunehmen. Hier hatten im Jahre 1824 die Waffen fast ganz geruht; einige schwache Angriffe Omer Vrionis' waren leicht von den Griechen abgewiesen worden. 1825 ward jedoch der Oberbefehl dem kräftigen Kiutagi übertragen und zwar mit der Weisung: Mesolonghi oder dein Kopf! Im April begann er die Belagerung der Stadt. Dank den Philhellenen und besonders „Milordo“ Byron war dieselbe jetzt viel besser befestigt als 1823. In unermüdlicher Arbeit hatte der englische Dichter, der Geld und Zeit, Gesundheit und Leben der griechischen Sache weihte, seine letzten Monate dieser Aufgabe gewidmet; jetzt ruhten seine Gebeine neben denen Normanns und Marko Botsaris' im Schutz von Mesolonghis Mauern. Kommandant der Feste war Notis Botsaris, die Besatzung bestand aus 4000 Mann. Kiutagi begann sogleich eine regelrechte Belagerung, die zur See von Chosrew Pascha durch eine Blokade unterstützt wurde. Doch konnte diese nicht streng durchgeführt und mußte im August sogar vollständig aufgehoben werden, da Miaulis und Andrutsos dem türkischen Admiral eine schwere Niederlage beibrachten. Es war die höchste Zeit, daß sie kamen; denn der Pulvervorrat in der Stadt war schon auf zwei Fässer zusammengeschmolzen, und mit Besorgnis sah man einem dritten Sturme Kiutagis — zwei waren bereits abgeschlagen — entgegen. Nun aber erfüllte die Belagerten neuer Mut, der sich in mehrfachen Ausfällen Luft machte. Die Lage der Türken wurde bedenklich. In ihrem Rücken auf dem Gebirge sammelte Karaïskakis, ein berühmter Klefte, seine Scharen, belästigte sie durch

Angriffe und schnitt ihnen die Zufuhr ab. Kiutagi mußte sich ganz auf die Verteidigung beschränken und sein Kopf geriet ernstlich in Gefahr. In dieser Not verlangte er Hilfe von der türkischen Flotte und von Ibrahim. Mitte November erschien der Admiral mit reichen Vorräten, und Ende des Monats traf Ibrahim ein und übernahm den Oberbefehl. Aufs neue geriet die Stadt in die größte Not; zwar wurde sie noch einmal durch den kühnen Miaulis verproviantiert, ein Sturm am 28. Februar 1826 ward glücklich zurückgewiesen und Ibrahim mußte sich überzeugen, daß es nicht so leicht sei diesen Zaun, dem er nur 14 Tage Widerstand prophezeit hatte, zu nehmen; aber immer enger schlossen sich die Reihen der Feinde um die Stadt, immer gräßlicher pochte der Hunger an die Thore. Man lebte von Seegras, Gewürm und Tierhäuten; ein Außenwerk nach dem anderen ging verloren; ein Inselfort nach dem anderen wurde erobert. Eine Flotte, welche die Blokade brechen sollte, mußte unverrichteter Dinge umkehren; eine Schar regulärer Truppen, die unter dem Franzosen Fabvier eine Diversion in Attika machte, wurde geschlagen; Karaïskakis mit seinen Kleften konnte keine Erleichterung bringen. Dennoch waren die Belagerten entschlossen sich nicht zu ergeben. „Wir kennen unsere Absicht und euren Entschluß, antworteten sie auf den ägyptischen Antrag; aber was Gott bestimmt hat, wissen weder Ew. Excellenz noch wir; sein Wille geschehe!“ Die einzige Hoffnung blieb zuletzt der Versuch sich durchzuschlagen. Um Mitternacht am 22. April brachen in drei Haufen 3000 Bewaffnete, 6000 Wehrlose in ihrer Mitte, aus den Thoren hervor und stürzten sich in die Feinde. Anfangs wurden diese zurückgeworfen; aber bald brach in dem dichten Knäuel der Weiber, Kinder und Greise wilde Verwirrung aus; von den Kartätschenladungen der Türken überschüttet drängten sie in die Stadt zurück; der Feind folgte ihnen auf den Fersen und stürmte mordend und brennend durch Straßen und Plätze. Wie zahlreiche Beweise des Heldenmutes die Unglücklichen auch geben mochten, das Ende war gekommen; im Fort Botsaris, in der Patronenfabrik, auf der Insel Anemomolos sprengten sich die Verteidiger mit den Angreifern in die Luft; man forderte und gewährte keine Schonung; die Ägypter allein sammelten 3000 Köpfe von Erschlagenen. Nur einem kleinen Teil war es bei dem Ausfall geglückt sich in die Gebirge zu Karaïskakis durchzuschlagen; 1300 an der Zahl, darunter sieben Frauen und ein paar Kinder, gelangten sie im Juni, geführt von dem greisen Notis Botsaris, nach dem sicheren Salona. Fall von Mesolonghi.

Ibrahim konnte triumphieren; in fünf Vierteljahren hatte er fertig gebracht, woran sich vor ihm die Türken vier volle Jahre müde gerungen: Morea und West-Hellas waren unterworfen. Das nächste Ziel hätte Ost-Hellas sein müssen, wo Athen mit seiner Akropolis die Rolle Mesolonghis spielte. Allein der alte Mehemet hatte bereits 25 Millionen spanischer Thaler für die Unterwerfung der Griechen aufgewendet und Kampf in Ost-Hellas.

hielt es nicht für vorteilhaft noch tiefer in seine Kassen zu greifen. Ibrahim erhielt keine Unterstützung und kehrte deshalb nach Morea zurück, wo er von Tripolitsa aus seine alten Streifzüge wieder aufnahm. Kiutagi allein zog nach Ost-Hellas. Während der ersten Jahre des Aufstandes hatte dort unter den Griechen Odysseus von Ithaka die erste Rolle gespielt. Ehrgeizig und unzuverlässig hatte er jedoch verräterische Beziehungen zu den Türken angeknüpft, die durch den Klesten Guras, welcher ihn gefangen nehmen und im Juli 1825 töten ließ, vereitelt worden waren. Allein Guras verstand es nicht, sich das Zutrauen der Bevölkerung zu erwerben; seine Härte machte ihn bei dem Landvolke so verhaßt, daß Kiutagi vieler Orten sogar als Retter begrüßt wurde. Bald war Guras gezwungen sich nach Athen zurückzuziehen, ja auch diese Stadt wurde von Kiutagi am 25. August 1826 bombardiert und gestürmt; nur die Akropolis vermochte sich zu halten. Sie vor dem Schicksal Mesolonghis zu bewahren war die heiligste Pflicht der Hellenen. Karaïskakis. Keiner empfand sie lebhafter als der tapfere, verschlagene, in Alis Schule erzogene Karaïskakis. Auch er hatte zuzeiten in bedenklichem Verkehr mit den Türken gestanden; aber das gute Prinzip hatte in ihm gesiegt. „Ich leugne es nicht, so lautete sein naives Geständnis, ich kann Engel oder Teufel werden, wie ich es will; für die Zukunft will ich Engel sein." Dank seiner Entschlossenheit, List und Tapferkeit entriß er in den Wintermonaten den Türken das ganze Hellas wieder, so daß sie im Februar 1827 außerhalb Attikas nur noch vier Festungen, Mesolonghi, Anatoliko, Lepanto und Vonitsa, behaupteten. Freilich war die Not der Akropolis inzwischen aufs höchste gestiegen; aber selbst des Guras Tod entmutigte ihre wackeren Verteidiger nicht, und nun schickte sich Karaïskakis an unmittelbar zu ihrem Entsatz ins Feld zu rücken. Er durfte dabei auf die Hilfe mehrerer europäischer Offiziere rechnen, die von der Centralregierung angestellt waren. Einer derselben, der Franzose Fabvier, war schon im Dezember 1826 glücklich in die Akropolis gelangt und hatte ihr bedeutende Pulvervorräte zugeführt, konnte aber mit seinen 650 Mann trotz wiederholter Versuche nicht wieder heraus und steigerte so die Not an Lebensmitteln, die in der Festung herrschte. Ein anderer, der Engländer Gordon, hatte sich in Munychia, dem alten Hafen von Athen, verschanzt; aber den Belagerten Hilfe zu bringen gelang ihm nicht, da Kiutagi zwischen Munychia und der Akropolis in dem Kloster Spyridion eine sehr feste Stellung hatte, welche die Verbindungsstraße verriegelte. Endlich trafen zu Anfang April vor Munychia die Engländer Cochrane und Church mit 10000 Mann ein, jener von der Nationalversammlung zum Oberadmiral, dieser zum Generalissimus aller Griechen ernannt. Durch einen glücklichen Kampf stellte Cochrane am 25. April die Verbindung zwischen den verschiedenen griechischen Lagern her und umschloß das Kloster Spyridion, dessen Besatzung sich zwei Tage darauf aus Mangel an Wasser ergeben mußte. Diese Kapitulation wurde von den Griechen in schnöder Weise

gebrochen; man stürzte sich auf die Wehrlosen und hieb sie nieder; nur 60 von den 270 rettete Karaïskakis mit eigener Gefahr. Für den 5. Mai wurde nun ein Hauptsturm auf Kiutagis Lager angesetzt; aber ein unvorhergesehenes Unglück veranlaßte die Verzögerung um einen Tag: Karaïskakis fand am 4. Mai bei einem Scharmützel den Tod. Karaïskakis' Tod. Der Eindruck des Ereignisses war bei Freund und Feind gewaltig. War es doch sprichwörtlich bei den Griechen geworden einen Fliehenden spottend zu fragen: Wohin läufst du Narr, als ob dich Karaïskakis jagte? und höhnisch riefen die Vorposten der Türken den griechischen zu: Karaïskakis ist nicht mehr; ihr müßt Trauer anlegen. Unter so Niederlage der Griechen. unglücklichen Vorzeichen unternahm man den Angriff am 6. Mai. Infolge fehlerhafter Maßregeln Cochranes und Churchs und der Entmutigung der Griechen mißlang er völlig. Kaum war die Vorhut von Kiutagi geworfen, so stürzte sich das Hauptkorps in blinder Flucht auf die Schiffe, während Mitte und linker Flügel ohne einen Schritt zu thun nach dem Isthmus flohen. Es war die blutigste Niederlage, welche die Griechen noch erlitten hatten; 1500 lagen tot, 240 Gefangene wurden zur Rache für Spyridion erschossen. Cochrane segelte sogleich nach Hydra ab, Church hielt sich ehrenhalber noch drei Wochen in Munychia; dann zog auch er sich zurück. Und nun war für die Akropolis keine Hoffnung mehr; am 5. Juni 1827 kapitulierte sie und mit Fall der Akropolis. ihr fiel das ganze Hellas von selbst in die Hände Kiutagis zurück.

Nichts hätte jetzt diesen gehindert über den Isthmus nach Morea zu ziehen und mit Ibrahim gemeinsam die letzten Funken des griechischen Aufstandes zu ersticken. Allein aus Neid gegen den Ägypter that er das nicht, sondern löste seine Albanesenkorps auf und verbrachte den Rest des Jahres in Unthätigkeit. So dauerte in Morea der bisherige halbe Zustand weiter fort. Ibrahim war zu schwach etwas Großes zu wagen; er begnügte sich mit Streifzügen und ließ die Griechen in ihren Festungen unbehelligt. Diese aber verzehrten ihre Kräfte in verderblicher Zwietracht. Die neue Nationalversammlung, welche bald nach dem Fall Parteiungen in Morea. von Mesolonghi, Ende April 1826, zusammentrat, hatte an Konduriottis' Stelle Zaïmis zum Präsidenten gemacht; aber so gering war ihr Ansehen, daß sie nicht einmal die beiden Forts von Nauplia in ihrer Gewalt hatte und im November ihrer Sicherheit wegen nach Ägina übersiedeln mußte. Das war das Signal zu neuer Spaltung. Kolokotronis und Konduriottis, die sich jetzt vorübergehend wieder vertrugen, beriefen eine andere Versammlung nach Kastri und erwählten im Februar 1827 den Sissinis zum Präsidenten. Auf seiner Seite standen die Parteien der Russen und Franzosen, d. h. im wesentlichen die alten Kleften und die Inselgriechen, während die Engländer, die alte Primatenpartei, zu Zaïmis hielt. So weit war es mit der Zwietracht also schon gekommen, daß sich die Fraktionen nach fremden Völkern benannten, von denen sie Hilfe hofften. Ein Fremder war es denn auch, der das schlimmste verhütete. Den entschiedenen Vorstellungen Cochranes, der gerade damals in

Griechenland angekommen war, gelang es im März einen Vergleich zu erzielen, wonach die beiden Versammlungen sich in Damala bei Trözen vereinigten, beide Präsidenten absetzten und Kapodistrias auf sieben Jahre zum Regenten (Kybernetes) erwählten; bis zu seiner Ankunft sollte Georg Mavromichalis sein Stellvertreter sein. Cochrane wurde, wie schon erwähnt, Oberadmiral, Church Obergeneral; Miaulis und Kolokotronis ordneten sich willig den Fremden unter. Eine neue Verfassung wurde beraten und als sie, die Verfassung von Trözen, genehmigt war, löste sich die Versammlung am 17. März 1827 auf. So war denn äußerlich ein tüchtiger Schritt zu geordneten Verhältnissen gethan; aber in Wirklichkeit dauerte die alte Unordnung fort. Es kam so weit, daß die Kommandanten der beiden Forts von Nauplia sich über die Stadt hinweg bombardierten; englische Vermittelung bewirkte endlich die Übergabe des einen Forts an Church; der Kommandant des anderen aber verlangte eine Million Piaster für das seine, und man hatte kein Mittel seiner Herr zu werden.

Kapodistrias wird Regent.

Die Verfassung von Trözen.

Ibrahims Lage.

Bei solchen Zuständen mußte der Krieg gegen Ibrahim erfolglos bleiben, und hier und da kam es schon vor, daß ganze Bezirke von der nationalen Sache abfielen. Umsonst setzte Kolokotronis Himmel und Erde in Bewegung, um eine kräftigere Kriegführung zu erzielen. Es fehlte ihm am nötigsten, an Munition und Brot. „Auch der Löwe, schrieb er an die Regierung, vermag nichts gegen fünf Quentchen Pulver. Meine Truppen bestehen aus Menschen, nicht aus Felsen. Sollen wir etwa die Felsen anbeißen? Kann ich Erde in Pulver verwandeln?“ Sein Schmerz nichts ausrichten zu können, mußte um so größer werden, je unverkennbarer Ibrahims Erschöpfung war. Wenn die eine oder die andere Partei kräftige Unterstützung erhielt, so konnte ein Schlag die Entscheidung bringen; wenn nicht, so war kein Ende abzusehen.

Der Zerfall der Heiligen Allianz.

Europäische Sympathieen.

Ein unerwartetes Ereignis wandelte plötzlich diese unentschiedene Lage. Es entsprang aus der begeisterten Teilnahme, welche Europa unausgesetzt den Griechen bewahrte. Alle Nationalitäten waren in den griechischen Heeren vertreten, aus allen Ländern flossen reiche Geldspenden nach Hellas, in allen Sprachen klangen begeisterte Reden und Lieder dem neuerstandenen Brudervolk entgegen. Nicht in letzter Reihe hatte dabei Deutschland gestanden; Wilhelm Müllers Griechenlieder erfüllen noch heute unsere Seele mit poetischem Zauber; der alte Voß, der gelehrte Thiersch, der kampfesmutige Krug und eine ganze Anzahl anderer Professoren waren in Rede und Schrift für die Nachkommen der alten Hellenen eingetreten; auch an den Fürstenhöfen schwärmte man für ihren Sieg, unbekümmert um die österreichische Note, die schon 1821 den deutschen Regierungen empfahl das Waffnen und Sammeln für die Aufrührer zu hindern und die Frechheit der Schriftsteller, die dazu

aufforderten, zu zügeln. Selbst der Kronprinz von Preußen erklärte sich mit Heftigkeit für die Griechen und der bayerische äußerte noch als König, daß er „seit Teutschlands Befreiung, als es unter Napoleonischer Zwangsherrschaft gebeugt, für nichts so geglüht, als daß Griechenland siegen möchte“. Er bewies das auch durch reiche Gaben, die er mit freigebiger Hand für die hellenische Sache opferte, und vielleicht noch mehr durch die Art, wie er die Sammlungen in seinem Lande förderte. Wenn er in den ersten Jahren seiner Regierung in das Bad Brückenau reiste, verbat er sich in den Städten, durch welche er kam, die Beleuchtungen mit der Bitte, „für Hellas und die inwohnenden Bedürftigen“ das Geld zu geben; ja er wählte mit kaufmännischer Berechnung im zweiten Jahre einen anderen Weg als im ersten um in anderen Städten als im Vorjahr diesen Herzenswunsch aussprechen zu können. Trotzdem waren freilich die Gelderträge in Deutschland nicht sehr glänzend, wohl weniger deshalb, weil vieler Orten die Polizei doch hindernd einschritt, als wegen der Armut des Landes und der mangelnden Gewöhnung an solche politische Spenden. Der fürstlichste Wohlthäter der Griechen in ganz Europa war der reiche Bankier Eynard in Genf, der ihnen im Laufe der Jahre die Hälfte seines Vermögens opferte. Der Gang der Ereignisse beeinflußte natürlich die Opferwilligkeit der Menge sehr. Als die Kunde von Mesolonghi überall Entsetzen und Begeisterung erregte, wurden unter dem Titel „zum Loskauf griechischer Sklaven“ in kurzer Zeit 2 Millionen Mark zusammengebracht, eine sehr erwünschte Gabe für die leere Staatskasse, deren Inhalt einmal auf 16 Piaster zusammengeschmolzen war. Denn der Loskauf von Sklaven war nur ein Vorwand gewesen, dessen man bedurfte, weil die Hellenen außer in England noch nirgends als kriegführende Macht anerkannt waren, nicht einmal von Rußland, welches darin den ersten Schritt zur Anerkennung eines selbständigen Griechenlands sah. Nun schien es aber dem russischen Vorteil weit mehr zu entsprechen, wenn die drei Provinzen, welche sich 1821 konstituiert hatten, Morea, Ost- und West-Hellas, ohne miteinander verbunden zu werden, als Vasallenstaaten in dasselbe Verhältnis zur Pforte traten, in dem die beiden Donaufürstentümer standen, und so dem russischen Beschützer bei jedem Anlaß Gelegenheit zur Einmischung boten. Als daher im Januar 1824 auf Grund der Czernowitzer Besprechungen Konferenzen über die griechische Frage in Petersburg stattfinden sollten, schlug Alexander als richtigen Mittelweg zwischen der türkischen und der griechischen Forderung die Bildung dreier Vasallenstaaten vor. Gleich entrüstet wiesen Türken und Griechen diesen Vorschlag zurück; und auch Canning weigerte sich auf solcher Grundlage an den Konferenzen länger teilzunehmen, erklärte den griechischen Protest für das Vernünftigste, was seit Epaminondas' Zeiten in Hellas gethan sei, und trat mit der Regierung von Nauplia in Verkehr. Daß auch Metternich die russischen Absichten durchschauen und sich nicht auf solche Vorschläge einlassen würde, war vorauszusehen; aber ganz uner-

Ludwig von Bayern.

Eynard.

Rußlands Politik.

Petersburger Konferenzen.

Canning.

wartet war die Schwenkung, die er plötzlich machte. Als nach einer längeren Pause die Petersburger Konferenzen im Februar 1825 wieder eröffnet wurden, stellte der österreichische Gesandte Unterwerfung oder Unabhängigkeit als die einzige Wahl hin. Metternich weigerte sich die Bildung von Vasallenstaaten in Stambul durch Drohungen zu unterstützen und setzte es mit Hilfe Frankreichs, dessen König er auf einer Reise nach Paris im Frühjahr 1825 ganz für seine Politik gewonnen, durch, daß als einziges Ergebnis der Konferenz am 7. April der Beschluß gefaßt wurde den Sultan einzuladen die Vermittelung der Mächte anzunehmen; ein Beschluß, der ohne durch Kriegsdrohungen, wie Rußland sie wollte, gestützt zu sein sich als völlig unwirksam erweisen mußte.

Metternich.

Sprengung der Heiligen Allianz.

Bedeutsamer aber wurde er für die Stellung der Mächte zu einander. Zwischen Rußland und Österreich war eine tiefe Kluft entstanden, die Heilige Allianz thatsächlich vernichtet. Da Frankreich und Preußen zu Österreich standen, so mußte Rußland mit innerer Notwendigkeit Anlehnung an England suchen. Wenn die Ziele und die Beweggründe beider Mächte auch völlig verschieden waren, so konnten sie doch recht wohl ein Stück Weges zusammengehen. Zunächst war Canning sehr zufrieden damit, daß Rußland selbständig zum Kriege sich anschickte. In einer Note vom 18. August 1825 erklärte nämlich Alexander den Großmächten, er werde fortan allein vorgehen, und eine Reise in den Süden seines Landes brachte man nicht ohne Grund mit kriegerischen Rüstungen in Verbindung.

Alexanders Tod.

Da erscholl plötzlich die Botschaft vom Tode des gefürchteten Zaren: der 1. Dezember 1825 hatte seinem vielbewegten Leben in Taganrog ein Ziel gesetzt. Welchen Einfluß dieses Ereignis auf die griechische Sache haben werde, war nicht gleich vorauszusehen: wußte man doch noch nicht, wer des Verstorbenen Thron einnehmen werde. Der rechtmäßige Nachfolger des Zaren war sein Bruder Konstantin; aber seine gänzliche Unfähigkeit und der Umstand, daß er sich 1820 von seiner ebenbürtigen Gattin scheiden ließ um die polnische Gräfin Grudsinska zu heiraten, hatten den Gedanken hervorgerufen die Erbfolge auf den nächsten Bruder, Nikolaus, den Gemahl der preußischen Prinzessin Charlotte (geboren 1796), übergehen zu lassen. Konstantin selbst war es, der diesen Vorschlag machte und des Kaisers Zustimmung erwirkte. In vierfacher Ausfertigung wurde sein Verzicht am 28. August 1823 in Petersburg und Moskau niedergelegt, der ganze Vorgang aber so geheim gehalten, daß selbst Nikolaus offiziell nichts davon erfuhr. Vergebens drängte einer der wenigen Mitwisser, der Graf Galitzin, den Kaiser vor seiner letzten Abreise von Petersburg den Schleier zu lüften; Alexander meinte in seiner frömmelnden Art: Überlassen wir das Gott; er wird es besser machen, als wir schwachen Menschen vermöchten. Als nun die Nachricht von des Zaren Tode in der Hauptstadt eintraf, huldigte Nikolaus sogleich seinem Bruder Konstantin, der als Vizekönig in Warschau residierte, und nahm den Garden für ihn den Eid ab. Erst als dies

Die Thronfolge.

Nikolaus' Verhalten bei Alexanders Tod.

geschehen war, entsiegelte man die Urkunde, welche Nikolaus zum Nachfolger bestimmte. Aber auch jetzt weigerte sich dieser den Thron zu besteigen, so lange nicht die erneute Zustimmung seines Bruders eingetroffen sei, indem er es für sehr zweifelhaft erklärte, welches Opfer größer sei, der Verzicht oder die Annahme der Krone. Man thut wohl nicht Unrecht die Neigung zu schauspielern, die man dem neuen Zaren allgemein zuschrieb, wie geflissentlich er sich auch dagegen zu verwahren pflegte, auch in diesem Verhalten wiederzufinden. Er mochte von der Ernstlichkeit von Konstantins Entschluß so fest überzeugt sein, daß er durch seine erheuchelte Bescheidenheit und Großmut keine Gefahr zu laufen befürchtete; vertraulich war er von seiner Erhebung zum Nachfolger ohne Zweifel schon lange unterrichtet, denn seit Jahren hatte man am Hofe seines Schwiegervaters Kenntnis davon. Aber so unbedenklich wie Nikolaus in Rücksicht auf seinen Bruder es wagen durfte mit der Übernahme der Regierung zu zögern, so sollte doch in anderer Weise dieses Zaudern nicht ohne ernste Folgen bleiben. Durch Alexanders Scheu vor kräftigem Durchgreifen begünstigt, hatte sich ein vollständiges Netz von Verschwörungen über das ganze Reich ausgebreitet. Das Ziel, nach dem man strebte, war ebensowenig überall das gleiche wie die Mittel. Während den einen die konstitutionelle Monarchie genügte, schwebte den anderen der Traum einer Republik vor; während die einen, wie Nikolaus Turgenjew, durch Verbreitung der Bildung nach und nach ihr Ideal ermöglichen wollten, sannen die anderen, an ihrer Spitze der Oberst Pestel, auf einen plötzlichen Umsturz des Bestehenden durch eine militärische Revolution. Gegenüber den polnischen Vereinen, die nach der Wiederherstellung ihres Vaterlandes trachteten, richteten andere ihre Wünsche auf die Begründung eines großen slavischen Bundesstaates nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten von Amerika. Außerhalb der Armee hatten alle diese Pläne wenig Anhänger; im Offizierkorps dagegen, und besonders in dem Teile, der bis 1818 in Frankreich gestanden hatte, war das Streben nach Neuerungen weit verbreitet. Schon in den letzten Jahren Alexanders war zwischen den geheimen Gesellschaften eine Annäherung und zum Teil eine Verschmelzung herbeigeführt worden. Doch standen, abgesehen von den Polen, sich immer noch zwei verschiedene Richtungen scharf gegenüber, die monarchische des nördlichen Bundes, der unter Leitung des Fürsten Trubetzkoi in Petersburg seinen Sitz hatte, und die republikanische des Südbundes unter Pestel, dessen Mittelpunkt die Festung Tultschin war. Der mehrmals gehegte Plan, schon bei Alexanders Lebzeiten den Aufstand zu beginnen, war immer an zufälligen Umständen gescheitert; jetzt verlockte der unerwartete Tod des Kaisers und die Verwirrung, zu welcher die Thronfolge Anlaß gab, die Verschworenen in Petersburg umgekehrt zu einem übereilten Losbruch. Als Mittel um auf die Truppen zu wirken diente ihnen der doppelte Eid, der binnen weniger Tage erst für Konstantin, dann für Nikolaus gefordert wurde; den letzteren stellten sie als einen Bruch des

Russische Geheimbünde.

Der Dekabristen-Aufstand.

ersteren dar. Als daher am 26. Dezember 1825 die Huldigung stattfinden sollte, verweigerten mehrere Regimenter dieselbe, zogen mit fliegenden Fahnen auf den Platz vor dem Staatsgebäude und ließen Konstantin und die Konstitution, von der man ihnen gesagt, sie sei Konstantins Frau, leben. Nikolaus entwickelte in dieser Lage, die freilich kaum gefährlich zu nennen war, die nötige Entschlossenheit; wenn er auch nur Eine Stunde Kaiser sein sollte, so wolle er doch zeigen, daß er würdig gewesen es zu werden. Bald waren die Meuterer von Truppen umzingelt und der Ausgang gesichert. In einem mäßigen Verzuge lag keine Gefahr mehr, und der junge Zar konnte also nach Bedürfnis den Menschenfreundlichen spielen und den größten Abscheu vor Blutvergießen an den Tag legen. Erst als der General Miloradowitsch, der die Meuterer zum Gehorsam ermahnte, von einem der Verschworenen niedergeschossen war, als die Patriarchen von Petersburg und Kiew in vollem Ornate vergeblich zur Unterwerfung aufgefordert hatten, als die Dunkelheit hereinbrach und längeres Zögern hätte verderblich werden können, erging der Befehl die Kanonen zu lösen, und drei Kartätschenladungen genügten um die Aufständischen zu bezwingen. Mit großer Schnelligkeit und Sicherheit wurden sodann die Befehle zur Verhaftung der Rädelsführer sowohl in Petersburg wie in Tultschin und anderen Orten ausgeführt. Ein außerordentlicher Gerichtshof leitete die Untersuchung; Pestel und vier andere büßten am Galgen ihre That, die übrigen Dekabristen, wie man die Verschwörer nannte, wanderten nach Sibirien. Für den moralischen Zustand der Armee war die Meuterei ohne Zweifel eine glückliche Krisis; mochte noch mancher Gärungsstoff zurückgeblieben sein, so fehlten den Unzufriedenen jetzt doch die Führer, und es ließ sich mit Grund hoffen, daß der immer näher rückende Türkenkrieg das angefangene Werk vollenden und den guten Geist im Heere wieder völlig herstellen werde. Für Metternich war die Entwickelung der Dinge in Petersburg ein harter Schlag. Ohne Kenntnis von der Änderung der Thronfolge hatte er den Zaren Konstantin freudig begrüßt: er wußte, daß von diesem die Sache der Griechen nichts hoffen dürfe, daß er England verabscheue, Frankreich verachte, Preußen für eine Beute des revolutionären Geistes halte und Österreich unbedingt ergeben sei. Der russische Roman hat ein Ende, schrieb der Kanzler triumphierend bei der Nachricht von Alexanders Tod: jetzt beginnt die russische Geschichte. Und nun trat an Konstantins Stelle Nikolaus, der in den wichtigsten Beziehungen der gerade Gegensatz seines Bruders war. Er hatte aus seinen persönlichen Gesinnungen gegen die Griechen nie ein Geheimnis gemacht; jetzt drängte ihn außer der Rücksicht auf seine Armee auch das wachsende Ansehen, dessen England sich in Hellas erfreute, zu rascherem Handeln; Rußland konnte Gefahr laufen seinen Einfluß gänzlich einzubüßen.

Metternich.

Die englische Schutzakte.

Daß augenblicklich Canning das Übergewicht gewonnen hatte, lehrte unverkennbar ein Beschluß, welchen die griechische Nationalversammlung am 20. Juli 1825 faßte, als Ibrahim auf den Höhen über Nauplia

stand: sie vertraute die griechische Nation der Großmut und dem Schutze Englands an. Canning lehnte freilich um es mit den anderen Großmächten nicht vollends zu verderben diese Schutzakte ab; allein er berief von Stambul Strangford, den bisherigen türkenfreundlichen Gesandten ab und beauftragte seinen Nachfolger Stratford-Canning auf der Hinreise mit der griechischen Regierung Besprechungen anzuknüpfen. Diese fanden im Januar 1826 in Perivolakia, der Insel Hydra gegenüber, statt und ergaben auf Seite der Griechen eine so tiefe Entmutigung, daß sie auf die russische Idee eines Vasallenstaates einzugehen bereit waren. Daraufhin entschloß sich Canning unmittelbar mit Kaiser Nikolaus zu verhandeln; daß er ein günstiges Ohr finden werde, hatten ihm schon die vertraulichen Besprechungen gezeigt, die er seit Oktober 1825 mit dem russischen Gesandten in London, Baron Lieven, gepflogen. Er schickte deshalb im März 1826 den Herzog von Wellington nach Petersburg um dem Zaren zur Thronbesteigung Glück zu wünschen und ihn dabei zu gemeinschaftlicher Verwendung für Griechenland einzuladen. Allerdings hatte nun Nikolaus wenige Tage vorher, am 17. März, ein Ultimatum nach Stambul geschickt, welches ohne die griechische Frage zu berühren unter Kriegsdrohung forderte, daß der Sultan Bevollmächtigte nach Rußland sende, um über die besonderen russischen Beschwerden zu verhandeln. Er mochte erwarten, daß die Pforte dieses Ultimatum zurückweisen werde; nahm sie es an, so konnte er anständigerweise nicht alsbald eine neue Forderung stellen, die sich auf Griechenland bezog. Gleichwohl unterzeichnete der Zar am 4. April, ehe die nachgiebige Antwort der Pforte auf sein Ultimatum eintraf, das sogenannte Petersburger Protokoll, kraft dessen England der Pforte die Basis von Perivolakia vorschlagen sollte und Rußland sich verpflichtete, dafür einzutreten, wie auch sonst seine Beziehungen zur Türkei sein möchten. Die Mitteilung dieses Protokolls erregte fast überall einen Sturm des Unwillens, Metternich nannte es einen Vertragsentwurf zum Verbrechen, der Sultan war entschlossen sich bis zum äußersten zu widersetzen. Die erste Antwort, die er gab, erfolgte auf einem Umwege; ein außerordentlicher Divan beschloß am 29. Mai eine Umgestaltung des Heeres; jedes Janitscharenregiment sollte 150 Mann abgeben, die als Stamm für eine neue Truppe, Muallem Ischkendj (exerzierte Hand) genannt, dienen sollten. Allerdings erwies sich dies Mittel als zweischneidig; die Janitscharen murrten und schritten am 15. Juni zu offener Empörung; sie wurden nun zwar von den übrigen Truppen angegriffen, in ihre Kasernen gedrängt und dort niedergemacht, aber diese „Revolution von 23 Minuten" schwächte doch fürerst die Widerstandskraft des Reiches und machte ein leises Nachgeben nötig. Infolge des russischen Ultimatums, das er ja angenommen, schickte der Sultan also Bevollmächtigte nach Akkerman in Bessarabien und bewilligte dort am 26. Oktober alle russischen Forderungen, die sich auf Rumänien und Serbien, auf die Schiffahrt in den Dardanellen und die Abtretung einiger tscher-

Die Konferenzen von Perivolakia.

Wellington in Petersburg.

Das Petersburger Protokoll.

Janitscharen-Aufstand.

Vertrag von Akkerman.

Das Protokoll. kessischen Festungen bezogen. Während dieser Zeit hielt der englische Gesandte mit der Überreichung des Petersburger Protokolls zurück, obgleich er sie schon im Mai angekündigt hatte. Zwischen den Großmächten wurden eifrige Verhandlungen gepflogen um zu einer Verständigung zu gelangen. Frankreich war bereit dem Protokoll beizutreten; Preußen wollte sich nicht ausschließen, wenn Einstimmigkeit erzielt werde; Österreich aber lehnte seine Mitwirkung schlechthin ab. Nur die Beteiligung an Konferenzen, die in London im Frühjahr 1827 stattfinden sollten, gestand es zu, aber die Instruktionen, die Metternich dem Botschafter des Kaisers übersandte, schlossen die Möglichkeit einer Verständigung aus, und da Rußland diesen Umstand scharf betonte und sein Festhalten an dem Petersburger Protokoll in Wien erklären ließ, verzichtete Österreich auf die Teilnahme an den Londoner Beratungen; der neue russische Gesandte in Constantinopel aber, Graf Ribeaupierre, überreichte gemeinsam mit dem englischen Gesandten am Jahrestage der Unterzeichnung, am 4. April 1827, offiziell dem Großvezier das Petersburger Protokoll. Zornig nannte der türkische Minister dasselbe ein wertloses Papier, dessen vertrauliche Mitteilung ihn unangenehm berührt habe, während die amtliche ein beleidigender Schimpf sei; vergebens betonte er, daß Rußland durch den Vertrag von Akkerman mittelbar auf jede Einmischung in die griechische Sache verzichtet habe; umsonst auch eilte Metternich ihm zu Hilfe und suchte der Einmischung dadurch die Spitze abzubrechen, daß er sich bereit erklärte die gestellten Forderungen zu befürworten, sofern man nur von Gewaltdrohungen abstehe und sich mit der gemeinsamen Abberufung der Gesandten begnüge. England und Rußland blieben fest auf ihrem Standpunkt und hatten überdies Frankreich als dritten für sich gewonnen. Da nun die Pforte sich unbedingt weigerte die Bildung eines griechischen Vasallenstaates zu gestatten, so

Der Londoner Vertrag. mußten die drei Mächte einen Schritt weiter gehen. Auf Antrag Frankreichs wurde das Petersburger Protokoll am 6. Juli 1827 in den Londoner Vertrag umgewandelt, in welchem die Unterzeichner erklärten die Selbstverwaltung Griechenlands unter Oberherrlichkeit der Pforte e r z w i n g e n zu wollen ohne darum ihre friedlichen Beziehungen zur Türkei abzubrechen. Zu diesem Zwecke sollte eine alliierte Flotte unter den Admiralen Codrington, de Rigny und von Heyden alle türkisch-ägyptischen Schiffssendungen von Menschen und Waffen abschneiden und so Ibrahim zum Rückzug aus Morea zwingen. Ob sich das ohne Anwendung von Gewalt erreichen lasse, mußte billigerweise bezweifelt werden, und da somit „die Vollmachten der Admirale eines gewissen Spielraums bedurften“, so wurde ihnen dieser, wie es in dem englischen Aktenstücke hieß, „in vollem Maße gewährt“.

Verhandlungen in Konstantinopel. Jeder Tag konnte nun einen blutigen Zusammenstoß herbeiführen. In banger Besorgnis suchte Metternich die diplomatischen Fäden, die zu reißen drohten, wieder fester zu schlingen. Die Gesandten der drei Alliierten waren noch in Stambul. Gemeinschaftlich mit dem preußischen

verlangten sie am 16. August, daß die Pforte einen Waffenstillstand mit Griechenland eingehe, und erklärten, ihre Souveräne würden im Fall der Ablehnung die Maßregeln ergreifen, welche die Umstände ihrer Weisheit eingäben. Die Frage, ob das eine Kriegsdrohung sei, verneinten sie, worauf der türkische Minister erwiderte: jedenfalls heiße es, Baumwolle neben Feuer legen. Doch schüchterte ihn der geheimnisvolle Ernst und die Größe der Gefahr trotz alledem etwas ein, und als Metternich sich anschickte ihm eine goldene Brücke zum Rückzug zu bauen, war er nicht abgeneigt sie zu betreten. Dem österreichischen Staatskanzler leuchtete nämlich plötzlich ein neuer Hoffnungsschimmer; unerwartet und viel zu früh für England und Europa starb am 8. August 1827 George Canning. Das Schwanken der englischen Politik, das infolgedavon wenigstens zeitweilig eintreten mußte, sollte schnell benutzt und eine österreichische Vermittlung von der Pforte erbeten werden. Wirklich erreichte Metternich seinen Wunsch; der türkische Minister ersuchte ihn am 20. Oktober um seine guten Dienste; alles schien sich noch ordnen zu lassen. Eine kleine Komödie unterstützte Österreichs Bemühungen; der griechische Patriarch hatte im September die Gnade des Sultans für fünf Provinzen, die zur Unterwerfung bereit seien und thatsächlich sich schon unterworfen hatten, anflehen müssen; es ward ihnen gnädig Verzeihung erteilt und somit der Beweis geliefert, daß die Pforte nicht unversöhnliche Rachegedanken hege. Allein das alles kam zu spät. An demselben Tage, an welchem der Sultan Österreichs Vermittelung erbat, am 20. Oktober 1827, war es bei Navarino, an der Küste von Morea, zu einem furchtbaren Zusammenstoß der alliierten mit der türkisch-ägyptischen Flotte gekommen.

Cannings Tod.

Österreichs Vermittlung.

Die steigende Not Ibrahims und einige Zugeständnisse der Pforte hatten den alten Mehemet veranlaßt im Frühjahr 1827 ein großes Geschwader auszurüsten um seinem Sohne Hilfe zu bringen. Der griechische Oberadmiral Cochrane, dessen Kräfte durch zwei Dampfer einen erheblichen Zuwachs erhalten hatten, versuchte diese Rüstung durch einen Angriff auf den Hafen von Alexandrien im Keime zu ersticken; allein er kam zu spät; die Flotte fuhr ihm, bereits im besten Verteidigungszustand, aus dem Hafen entgegen und zwang ihn zum Rückzug; dann trat sie selbst die Überfahrt an und erreichte, 92 Segel stark, am 7. September 1827 Navarin, wo seit dem Mai auch ein türkisches Geschwader vor Anker lag. Alles in allem befanden sich dort 126 Kriegsschiffe, die zum Auslaufen bereit waren und für deren erstes Ziel Hydria galt. Mittlerweile war die alliierte Flotte unter Codrington in den griechischen Gewässern erschienen, und ihre Aufgabe den Waffenstillstand zu erzwingen schloß natürlich die Pflicht in sich das Auslaufen der Ägypter und Türken zu hindern. Als Ibrahim Mitteilung von dieser Sachlage erhielt, entschloß er sich nach einigem Zögern zum Aufschub seiner Unternehmung und unterzeichnete am 25. September einen Vertrag, in dem er bis zur Ankunft weiterer Befehle aus Stambul den Hafen

Der Seekrieg.

Die Flotten bei Navarin.

Ibrahims Verhalten.

nicht zu verlassen versprach. Vergeblich suchte er dagegen von den Admiralen das Zugeständnis zu erlangen, daß sie auch Cochrane in seinen Operationen hindern würden. Nach einigem Schwanken erteilten sie ihm die Antwort, sie müßten sich dem Teile anschließen, der den Waffenstillstand annehme; das hätten die Griechen gethan, und dadurch seien sie diesen gegenüber nur imstande sie an der Ausdehnung ihrer Pläne auf neue Kriegsschauplätze zu verhindern. Natürlich wies Ibrahim diese Auffassung zurück, und als die Nachricht eintraf, eine griechische Flotte unter Hastings habe bei Salona im Busen von Korinth eine türkische Flottille geschlagen, erklärte er den Vertrag vom 25. September für gebrochen und ließ einen Teil seiner Schiffe unter Mustafa auslaufen. Indes Codrington verhinderte diesen Versuch, trotzdem er dreimal unternommen wurde, und zwang den Türken zur Rückkehr, wobei es schon zu einigen Schüssen kam. Währenddes trafen von Konstantinopel die erbetenen Weisungen ein; Ibrahim wurde befohlen den Waffenstillstand zu verwerfen und zunächst Morea völlig zu unterjochen, wobei ihn Kintagi unterstützen werde. Demgemäß brach er in drei Haufen, 17 000 Mann stark, von Navarino auf und begann mit einer barbarischen Verwüstung von Messenien, dessen Wohlstand er durch die Vernichtung von 60 000 Feigen- und 25 000 Ölbäumen auf Jahrzehnte zerstörte. Codringtons Antwort auf diese zwecklose Greuelthat war ein Ultimatum vom 13. Oktober, das die sofortige Räumung von Morea und die Heimfahrt der ägyptischen Flotte forderte; und als ihm darauf geantwortet wurde, Ibrahim sei zur Zeit abwesend und nicht gleich aufzufinden, beschloß er nach Abhaltung eines Kriegsrates in den Hafen von Navarino einzulaufen. Auf die Vorstellung des türkischen Admirals wenigstens nur mit einem Teil seiner Schiffe diese Drohung auszuführen erwiderte er, er sei gekommen Befehle zu erteilen, nicht zu empfangen. Am 20. Oktober mittags lichtete er die Anker. Die Feinde, ohne die Transportschiffe 89 Segel mit 2400 Kanonen, lagen in Hufeisenform in dem rings von hohen Felsen umgebenen Hafen; Codrington verfügte über 27 Schiffe mit 1270 Kanonen. Eine seiner Fregatten, die Dartmouth, forderte einen feindlichen Brander auf ihr Platz zu machen; als dies verweigert wurde, setzte sie ein Bot aus jenem die Ankertaue zu durchhauen. Darüber entbrannte nachmittags gegen $^1/_2$3 Uhr die Schlacht. Eine furchtbare Kanonade erschütterte bald die steilen Felsenwände, während endlose Trümmer die Fluten bedeckten. Nach wenig mehr als zwei Stunden waren 60 feindliche Schiffe gesprengt oder zusammengeschossen, 6000 Feinde getötet. Aber auch die alliierte Flotte, wenngleich ihr Verlust an Toten und Verwundeten nur 540 Mann betrug, hatte schwer gelitten und mußte die Docks aufsuchen. Deshalb erneuerte Codrington nicht die Forderung Morea zu räumen, sondern verließ am 24. Oktober den Kampfplatz; die türkisch-ägyptische Flotte folgte seinem Beispiel im Dezember, beladen mit reicher Beute, während andere Schiffe dem zurückbleibenden Ibrahim neue Zufuhr brachten.

Verwüstung Messeniens.

Die Schlacht von Navarin.

Das Ereignis von Navarin war doch allseitig sehr unerwartet gekommen, die Aufnahme der Nachricht sehr verschieden; in Petersburg versteckte sich hinter dem erheuchelten Bedauern herzliche Freude; in Paris machte man aus seiner Zufriedenheit gar kein Hehl; in England dagegen unterdrückte das Toryministerium Wellington, das nach Cannings Tode ins Amt getreten war, nur mühsam seinen Ärger über das „unwillkommene Ereignis". Und nun gar Metternich, dem der glänzende Triumph, die österreichische Vermittlung, so unerwartet zwischen den Fingern zerrann! Kaiser Franz meinte, die That trüge alle Zeichen des Meuchelmordes an sich. In Konstantinopel bewies man bei den ersten Gerüchten eine vorsichtige Zurückhaltung. Als die drei Gesandten die Anfrage stellten, wie man eine Feindseligkeit der alliierten Flotte gegen Ibrahim auffassen werde, falls dieser sich nicht gefügt habe, lautete die Antwort: ein ungeborenes Kind, dessen Geschlecht man nicht kenne, habe noch keinen Namen. Als dann aber am 2. November die amtliche Nachricht eintraf, erklärte der Minister: der Name sei gräßliche Gewaltthat, für die er feierlich Rechenschaft fordere. Natürlich wurde sein Verlangen, das auf Entschädigung und Mißbilligung gerichtet war, abgelehnt, und da auch die weiteren Verhandlungen ohne Erfolg blieben, reisten die drei Gesandten im Dezember von Stambul ab; unmittelbar darauf erfolgte die Austreibung aller Engländer, Franzosen und Russen, die Verbannung von 12000 katholischen Armeniern nach Angora, ausgedehnte Rüstungen zu Land und Meer und am 20. Dezember ein feierlicher Aufruf an alle Moslemin ihre Religion und ihre Existenz gegen die Ungläubigen zu verteidigen.

Eindruck derselben.

Bruch der drei Mächte mit der Türkei.

So waren die Sachen denn bis zum äußersten gediehen; ein Krieg der Alliierten gegen die Türkei schien unvermeidlich; in Griechenland, dem hart bedrängten, erwachte neue Hoffnung. Mit düsterer Ergebung hatte es schon begonnen seinem Untergang entgegenzusehen; denn überall fast, in Ost- und West-Hellas wie in Morea und auf den größeren Inseln, hatten die Türken ihre Obmacht wiederhergestellt; erschöpft waren die Mittel ihnen Widerstand zu leisten; tot die Helden der ersten hoffnungsfrohen Jahren; erloschen die Begeisterung unter der Wucht des Unglücks. Und wem verdankte Hellas nun den neuen Hoffnungsschimmer? Den Völkern Europas und nicht seinen Regierungen. „Keiner der drei verbündeten Monarchen, selbst Nikolaus nicht, würde es gewagt haben seinem Admiral den Befehl zum Kampf zu erteilen. Es war die öffentliche Meinung Europas, welche erst die widerstrebenden Höfe zur friedlichen Vermittlung veranlaßte und dann die Admirale zu der blutigen That von Navarino fortriß. Der Philhellenismus hatte bewiesen, daß er kein bloßes Traumbild frommer Schwärmer, sondern eine Macht sei; und während, erstaunt und bestürzt, die Kabinette schwiegen, jubelten die Völker und ein tiefes Aufatmen der Freude ging durch die Christenheit."

Natürlich konnten sich die drei Regierungen den Folgen ihrer Handlungsweise jetzt nicht mehr entziehen; doch war ihre Lage nicht gleich.

Russische Kriegserklärung.

Am meisten gereizt war Rußland, gegen welches der Aufruf vom 20. Dezember die ärgsten Beleidigungen enthielt, also gerade die Macht, welche von einem Kriege zugleich unmittelbare Vorteile erhoffte. Kaiser Nikolaus schwankte daher nicht lange auf jenes Manifest mit einer Gegenerklärung zu antworten und den Großmächten am 29. Februar 1828 anzukündigen, daß er zur Wahrung der russischen Interessen die Feindseligkeiten gegen die Pforte beginnen werde; in bezug auf Griechenland stellte er seinen Verbündeten anheim, ob sie zur Erfüllung des Londoner Vertrages weiter mitwirken oder ihm allein es überlassen wollten die Forderungen desselben durchzusetzen: jeden Gedanken an russische Eroberungen, an die Vernichtung des türkischen Reiches, ja selbst an die volle politische Unabhängigkeit der Griechen wies er weit von sich; die Oberherrlichkeit des Sultans müsse gewahrt bleiben um den europäischen Revolutionsparteien keinen Triumph zu bereiten. England war unter dem neuen Toryregiment sehr geneigt sich möglichst zurückzuhalten, und der Premierminister Wellington wie der des Auswärtigen, Lord Aberdeen, waren Bewunderer der Metternichschen Politik. Gleichwohl konnten sie den bisherigen Gang des englischen Kabinetts nicht einfach verleugnen und verständigten sich deshalb mit Frankreich dahin, daß dieses den Peloponnes besetzen und die Ägypter zum Abzug aus demselben zwingen solle. Rußland stimmte dem zu, und so wurde von allen drei Mächten auf jener ständigen Konferenz, die sie in London gebildet hatten, am 19. Juli 1828 die Entsendung einer französischen Armee nach Morea beschlossen. Aber noch ehe dieselbe sich eingeschifft hatte, erreichte Codrington die Räumung der Halbinsel durch eine Fahrt, die er auf eigene Verantwortlichkeit mit seiner Flotte nach Alexandria antrat. Mehemet Ali war klug genug es nicht zum äußersten kommen zu lassen und willigte am 9. August 1828 in einen Vertrag, durch den er Ibrahim zurückrief. Dadurch ward Morea von allen Feinden befreit und die Ankunft des Generals Maison, der trotzdem am 30. August mit 8000 Mann in Petalidi landete, hatte für Hellas höchstens noch den Vorteil, daß es seine eigenen Truppen nun in Mittelgriechenland gegen die Türken verwenden konnte. Denn hier und soweit sie die Inseln unterworfen hatten, dauerte die Herrschaft der Türken fort und bedrohte folglich auch die Unabhängigkeit Moreas, sobald dieselbe nicht mehr durch die französischen Truppen geschützt oder noch nicht von der Pforte rechtlich anerkannt war. Einige nicht unbedeutende Erfolge trugen denn auch die griechischen Waffen noch davon, obgleich der Krieg sehr zögernd geführt werden mußte, da die drei Verbündeten trotz allem Vorgefallenen noch immer an dem Londoner Vertrage festhielten und also die Einstellung der Feindseligkeiten forderten. Besonders wichtig war der Fall der Festungen Patras und Mesolonghi anfangs 1829 und die endliche Eroberung Böotiens durch Ypsilantis. Diesem war es auch vergönnt im September desselben Jahres den Sieg in dem letzten größeren Kampfe, der den Türken geliefert wurde, zu erfechten, indem er bei Petra ein nach

Margin notes: Die Expedition nach Morea. — Ende des griechischen Krieges.

Attika vorgedrungenes feindliches Korps zurückschlug. Von da ab ruhten die Waffen, da der Sultan inzwischen von Rußland gezwungen war die Bedingungen anzunehmen, welche von der Londoner Konferenz in einem Protokoll vom 22. März 1829 aufgestellt waren. Danach sollte Hellas eine erbliche Monarchie werden, zugleich aber der Türkei mit $1^1/_2$ Millionen Piaster tributpflichtig bleiben. Als Grenze war im Norden eine gerade Linie zwischen den Busen von Arta und Volo bestimmt, von den streitigen Inseln sollten Kreta und Samos der Pforte gelassen werden. Die Auswahl des ersten Königs behielten die drei Mächte sich vor in Übereinstimmung mit dem Sultan zu treffen.

Der russische Feldzug von 1828.

Um diese immerhin bescheidenen Forderungen durchzusetzen mußten die Russen zwei Feldzüge bestehen, die nicht ohne ernstliche Gefahren waren. Nachdem Feldmarschall Wittgenstein im Mai 1828 den Pruth überschritten, war ein mehrmonatlicher Festungskrieg gefolgt, der zwei bedeutendere, aber mühsam errungene Ergebnisse herbeiführte. Am 17. Juni wurde von den Donaufesten Ibrail zur Übergabe gezwungen, am 10. Oktober fiel Varna an der Balkanlinie. Aber weder der eine noch der andere Gürtel war damit völlig in der Hand der Russen; denn in dem äußeren, an der Donau, hielten sich noch Widdin und Silistria, in dem inneren, am Balkan, das wichtige Schumla, der eigentliche Schlüssel zu den Pässen des Gebirges. Eine offene Feldschlacht hatten die Türken mit Geschick zu vermeiden gewußt, und auf dem zweiten Kriegsschauplatz, in der asiatischen Türkei, wo Paskiewitsch die Russen befehligte, war zwar das wichtige Kars nach einer Beschießung von wenigen Stunden am 5. Juli erstürmt und weiterhin Achalzik, Ardagan und die eine oder andere kleine Festung gefallen, aber ein entscheidender Schlag doch noch weniger als in Europa erfolgt. Unverkennbar hatte das Ansehen Rußlands und das persönliche Gewicht des Zaren, der an dem Feldzuge teilgenommen und sich dabei nur als „Paradegeneral“ gezeigt hatte, schwer gelitten. Englands Politik hatte sich immer entschiedener der österreichischen genähert, und wenn Frankreich noch fest an dem Julitraktate hing, so ließ sich doch annehmen, daß der Preis, für den es sich Rußland abwendig machen lasse, wohl zu finden sei: Preußen, das voraussichtlich im entscheidenden Augenblicke dem Zaren treu geblieben wäre, hätte ihn zahlen müssen. Die Möglichkeit einer europäischen Einmischung zu Gunsten der Türkei schien Metternich gekommen; er machte den Höfen von London und Paris Eröffnungen in diesem Sinne, und Radetzky prüfte bereits die militärischen Aussichten eines Krieges gegen Rußland und Preußen. Allein der ganze Plan scheiterte schon an der Haltung Frankreichs, das eine Vergrößerung am Rhein durch ein Bündnis mit Rußland und Preußen leichter und sicherer zu gewinnen hoffen mochte. Auch Kaiser Franz zeigte sich den Ideen seines Staatskanzlers wenig geneigt; wenn dieser auch die „Lüge“, daß zwischen ihm und seinem Monarchen eine Spaltung bestehe, im Januar 1829 zurückweisen ließ, so ist es doch wohl bezeugt, daß der

Metternichs Einmischungsversuche.

einzige Fall, in dem Metternich in Fragen der auswärtigen Politik nicht den Ausschlag gab, in diesen Zeiten vorgekommen ist. Mitwirkend mochte dabei der schlechte Zustand der österreichischen Armee sein, die dank dem Ersparungssystem zu einem großen Kriege kaum tauglich war. Jedenfalls sah der Kanzler sich genötigt einzulenken. Noch im Januar 1829 sandte er den Grafen Ficquelmont in außerordentlicher Mission nach Petersburg um den Verdacht, als ob er Rußland gewaltsam Halt habe gebieten wollen, zu bekämpfen und ein besseres Verhältnis anzubahnen, was denn auch unschwer gelang. Nikolaus war zufrieden den Zwischenfall beseitigt zu sehen; er fühlte, daß er alle seine Kräfte brauche um den türkischen Krieg glücklich zu beenden, und scheute selbst ein Zurückweichen nicht, wenn er dadurch einer neuen Verwickelung entgehen konnte. Das zeigte sich im Frühjahr 1829 Persien gegenüber. In Teheran hatte der russenfeindliche Pöbel den als Dichter berühmten russischen Gesandten Gribojedow mit dem ganzen Gesandtschaftspersonal ermordet. Zu anderen Zeiten würde das ein erwünschter Anlaß gewesen sein um den kaum beendeten Perserkrieg wieder zu beginnen; jetzt begnügte sich der Zar mit der Abbitte, welche der Enkel des persischen Schahs, Chosrew Mirza, in Petersburg leistete. Mit möglichstem Nachdruck wurde der Krieg 1829 auf beiden Schauplätzen, in Europa und in Asien, wieder aufgenommen. Paskiewitsch drang siegreich in Armenien vor, erzwang sich durch einen kühnen Angriff den Übergang über das Suganli-Gebirge, schlug dabei zwei türkische Heere und eroberte am 9. Juli Erzerum; in Europa übernahm an Wittgensteins Stelle Graf Diebitsch den Oberbefehl, während der Kaiser diesmal zu Hause blieb. Einige Schlappen, die General Roth, der Schumla belagerte, erlitt, führten in ihren Folgen zu einem glänzenden Siege der Russen. Kiutagi nämlich, der jetzt den Titel Reschid Pascha trug, ließ sich durch seinen Sieg verleiten Roth zu verfolgen und seinen Stützpunkt Schumla zu verlassen. Diesen Fehler benutzte Diebitsch um durch einen Flankenmarsch von Silistria aus einen Teil seines Heeres zwischen Schumla und die Türken zu schieben. Als nun Reschid dies bemerkte und sich nach Schumla zurückwandte, kam es am 11. Juni 1829 zu der blutigen Schlacht von Kulewtscha, in der die türkische Armee zersprengt wurde und der Vezier selbst kaum der Gefangenschaft entging. Die Folge davon war zunächst der Fall von Silistria am 30. Juni und dann der Übergang über den Balkan, der jetzt, wo kein feldtüchtiges Heer mehr in Schumla stand, auch von dort aus nicht ernstlich behindert werden konnte. Schwierig blieb das Überschreiten des unwegsamen Gebirges freilich auch so und mit schweren Opfern mußte es erkauft werden; dafür durfte es aber auch als der Anfang vom Ende des Krieges gelten, und wenn Diebitsch durch einen Ehrennamen belohnt werden sollte, so nannte Nikolaus ihn mit Recht Sabalkansky. Die Türken ergriff jetzt wirklicher Schrecken und verblendete sie so, daß sie die Schwäche des russischen Heeres völlig verkannten. Ohne Widerstand

Die persische Verwickelung.

Der Feldzug von 1829.

Schlacht bei Kulewtscha.

ließen sie Diebitsch am 20. August in Adrianopel einziehen und sahen ihn schon im Geiste vor den Thoren Stambuls. Die Widerstandskraft des Reiches war gebrochen; derselbe mohammedanische Fatalismus, der so oft die Türken mit rücksichtsloser Todesverachtung erfüllt hatte, trieb sie jetzt zu ruhiger Ergebung in ihr Schicksal, das ihnen als gerechte Strafe für die europäischen Reformen des Sultans erschien. Selbst die Entfaltung der Fahne des Propheten, die sonst die Menge begeistert hatte, übte keine Wirkung. Obendrein rafften die Überbleibsel der Janitscharen sich zusammen und begannen Meutereien, die blutig erstickt werden mußten. So entschloß sich Mahmud zum Frieden, während kräftiger Widerstand ihm sicher Erfolg verhieß. Denn Diebitsch hatte kaum 20 000 Mann bei sich und England, durch das russische Vordringen erschreckt, war entschlossen es nicht zum äußersten kommen zu lassen, sondern im letzten Augenblick seine bewaffnete Vermittelung den Russen aufzuzwingen. Diebitsch erkannte seine Lage ebenso deutlich, wie der Sultan die seinige mißkannte. Durch ein unerwartetes diplomatisches Eingreifen Preußens wurde die Geneigtheit zum Frieden auf beiden Seiten noch gestärkt. Friedrich Wilhelm hatte dem Zaren, der ihn im Sommer besuchte, seine Vermittlung angeboten und nach erzieltem Einverständnis den General von Müffling nach Konstantinopel geschickt, um auch dem Sultan Nachgiebigkeit zu empfehlen. Seit Anfang August war der preußische General in diesem Sinne thätig; Diebitsch selbst aber behielt den Türken gegenüber seine stolze, siegesgewisse Sprache so erfolgreich bei, daß diese vollkommen getäuscht wurden und kein anderes Mittel versuchten um die harten Bedingungen zu mildern, als daß sie die guten Dienste Preußens annahmen. Schon am 15. August empfing Müffling eine Note, welche die Bereitwilligkeit zum Frieden aussprach. Der königliche Gesandte von Royer reiste selbst nach Adrianopel, um sich bei Diebitsch zu verwenden; aber großen Eifer entwickelte er dabei nicht, sondern war vielmehr bemüht, nachdem er ein paar kleine Zugeständnisse errungen, auf die Türken zu drücken. So entschlossen sich diese denn am 14. September 1829 zum Frieden von Adrianopel, in welchem sich Rußland neben den Kriegskosten Abtretungen an der kaukasischen Küste des Schwarzen Meeres und die Festung Achalzik, sowie die sandigen Inseln an der Donaumündung ausbedang, alle anderen Eroberungen aber zurückgab. In bezug auf die Schiffahrtsstreitigkeiten, in denen es mit der Pforte lag, wurden ihm bedeutende Zugeständnisse gemacht, von denen die freie Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen allen Völkern zu gute kam. Für die Donaufürstentümer wurden die Bestimmungen des Vertrages von Akkerman erneuert und darüber hinaus noch die Würde der Hospodaren lebenslänglich gemacht, den Mohammedanern neue Ansiedelungen untersagt und die Schleifung aller Festungen am linken Donauufer zugestanden. Was endlich Griechenland betraf, so mußte die Pforte seine Unabhängigkeit nach Maßgabe des Londoner Protokolls vom 22. März anerkennen.

Diebitsch in Adrianopel.

Der Friede von Adrianopel.

Kapodistrias' Präsidentschaft.

Der Bestand des neuen Staates war damit freilich noch keineswegs gesichert. Weder das Vasallenverhältnis, in dem sie zu der Pforte stehen sollten, noch die Grenzen, die ihnen zugedacht waren, befriedigten die Hellenen, und obendrein waren die inneren Zustände noch immer nicht besser geworden; denn Kapodistrias hatte sich seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen gezeigt. Statt versöhnlich aufzutreten hatte er alle Parteien vor den Kopf gestoßen. Seine gründliche Verachtung des Fraktionsgeistes, der Hellas zerrüttete, konnte man ihm kaum zum Vorwurf machen; wohl aber, daß er sie offen an den Tag legte, obgleich er selbst doch auch mehr von Eigensucht als von Vaterlandsliebe geleitet wurde. Ich kenne euch schon, war bei Vorstellungen seine öfter wiederholte Anrede; ihr seid alle Kleften und Lügner! ihr habt euch neun Jahre mit den Türken gerauft und Ziegen und Schafe gestohlen; das sind eure Heldenthaten! Ohne Ansehen der Person und der Partei beleidigte er alle, die bis dahin eine Rolle gespielt, beraubte sie ihres Einflusses und setzte seine Geschöpfe an ihre Stelle. Nicht daß er diktatorische Gewalt zu erwerben suchte, war ihm zum Vorwurf zu machen — denn eine aufgeklärte Diktatur war vielleicht das beste, was dem Lande zu teil werden konnte; sondern daß er dabei jede Klugheit aus den Augen setzte und statt versöhnlich nur verletzend auftrat. Mit offenen Armen hatte man ihn aufgenommen, als er im Januar 1828 endlich angekommen war. Nach seinem Wunsche ging die Nationalversammlung sofort auseinander und überließ ihm eine Machtbefugnis, wie er sie nicht größer verlangen konnte. Auch als er ein Jahr später eine neue Vertretung des Volkes berief, genoß er trotz der unbedeutenden Erfolge, die er erzielt hatte, noch solches Vertrauen, daß 36 Bezirke ihn selbst zum Abgeordneten erkoren und die Versammlung ihm in allen Stücken willfährig war. Dafür forderte man nun aber auch, daß er seinen vermeintlichen Einfluß bei den Schutzmächten zur Erlangung der vollen Unabhängigkeit und besserer Grenzen verwerte. Natürlich wünschte Kapodistrias auch beides durchzusetzen; aber er wußte recht gut, daß, wenn er dies erreicht, seine Rolle ausgespielt sei und irgend ein europäischer Prinz den neuen Thron besteigen werde, und diesen Augenblick zu beschleunigen lag ihm keineswegs am Herzen. Zum Schein hatte er freilich selbst schon Ende 1828 den Prinzen Leopold von Koburg vorgeschlagen, dem die Londoner Konferenz denn auch am 3. Februar 1830 die Krone anbot. Die Abhängigkeit von der Pforte wurde ihm dabei nicht mehr zugemutet, wohl aber waren um den Sultan dafür zu entschädigen die Grenzen des neuen Königreiches noch enger gezogen als in dem Märzprotokoll. Das bewog den Prinzen zu zaudern, Bedingungen zu stellen und sich voll Bedenken gegen die Annahme der Krone zu zeigen. Im Laufe der Verhandlungen fand er sich dann zwar bereit die Bedingungen in bloße Bemerkungen zu verwandeln und nur eine als Forderung aufrecht zu erhalten, die Bürgschaft für eine Anleihe von 60 Millionen Franks. Aber als diese bereits

Prinz Leopold von Koburg.

genehmigt war und alles in Ordnung zu sein schien, trat er plötzlich vollständig von seiner Bewerbung zurück. Allgemein machte man ihm einen bitteren Vorwurf daraus und glaubte, der wahre Antrieb sei die Hoffnung gewesen, bei der plötzlichen schweren Erkrankung seines Schwiegervaters Georgs IV. Regent von England zu werden. Allein mehr als diese zweifelhafte Aussicht bewogen ihn zu dem plötzlichen Bruche Briefe von Kapodistrias, der ihm vorstellte, wie seine Lage von vornherein ganz verzweifelt sein werde, wenn er nicht bessere Grenzen mitbringe und eine Befragung des Volkes über seine Wahl erwirke, Forderungen, welche die Konferenz schon vorweg rund abgeschlagen hatte. So gewiß nun Leopold unter diesen Umständen für sein persönliches Wohl nichts Klügeres thun konnte als auf die dornenreiche Krone zu verzichten, ebenso gewiß war dieser Verzicht für Griechenland ein Unglück und Kapodistrias' Warnung nur ein Ausfluß des Wunsches die Königswahl möglichst lange hinauszuschieben um selbst möglichst lange Präsident zu bleiben. Er ahnte nicht, daß er damit sein eigenes Verderben beschleunige. Seine Feinde mehrten sich mit jedem Tage; es war ein dankbarer Vorwurf, den sie erhoben, daß er das Königtum Leopolds vereitelt habe. Denn wirklich hatten die Griechen mit Sehnsucht dem neuen Herrscher entgegengesehen, und nun verzögerte sich eine Ersatzwahl um so länger, als durch den Sturz der Bourbonen im Juli 1830 die Thätigkeit der Londoner Konferenz auf geraume Zeit gelähmt wurde. Währenddessen wuchs der Unfriede in Hellas; Kapodistrias wurde immer heftiger und härter; es kam bereits zu Aufständen, die gewaltsam unterdrückt werden mußten, ja in Hydra bildete sich im Sommer 1831 eine förmliche Gegenregierung, der Männer wie Mavrokordatos, Konduriottis, Miaulis angehörten. Durch einen kühnen Handstreich bemächtigte sich der letztere am 30. Juli der griechischen Flotte, die bei der Insel Poros lag, und als auf Kapodistrias' Ersuchen der russische Admiral Rikord ihm einen Teil der Schiffe wieder entriß, steckte er selbst die übrigen am 13. August in Brand um sie nicht in russische Hände fallen zu lassen. Aber nicht lange sollte sich Kapodistrias seines Erfolges erfreuen. Ein Aufstand unter den Mainoten hatte ihn veranlaßt fast die ganze Familie Mavromichalis, die angesehenste in jenem Berglande, verhaften oder doch in Nauplia bewachen zu lassen; ihr Haupt, den tapferen Petrobei, hielt er eingekerkert; fruchtlos verwandte sich selbst Rikord für ihn, gerührt durch die Bitten der 86jährigen Mutter des Gefangenen, welche 49 Glieder ihres Hauses für die Freiheit des Vaterlandes hatte fallen sehen. Da beschlossen Petrobeis Bruder und Sohn, Konstantin und Georgios Mavromichalis, die Ermordung des Tyrannen. Als er am 9. Oktober 1831 zur Kirche ging, feuerte der eine sein Pistol auf ihn ab, der andere stieß ihm den Dolch ins Herz. Beide büßten ihre That mit dem Leben; der Bruder wurde von dem Volke an Ort und Stelle getötet, der Sohn vor der Gefängniszelle des greisen Vaters erschossen. An Kapodistrias' Stelle trat, vom Senate gewählt, sein Bruder Augustin, dem Kolokotronis und Kolettis

Kapodistrias' Ausgang.

Augustin Kapodistrias.

beigeordnet wurden. Allein dieser war der schwierigen Aufgabe noch weniger gewachsen; durch die unglaublichsten Wahlbeeinflussungen und Fälschungen brachte er zwar eine Nationalversammlung zustande, deren Mehrheit das blinde Werkzeug seines Willens war. Die Minderheit aber fügte sich nicht, sondern konstituierte sich besonders und wählte Kolettis zum Präsidenten, der darauf mit Ypsilantis und Zaimis eine Gegenregierung bildete; ein neuer blutiger Bürgerkrieg brach aus und nach wenigen Monaten, am 9. April 1832, sah sich Augustin zur Abdankung genötigt: während er sich auf einem russischen Schiffe mit dem Leichnam seines Bruders nach Korfu flüchtete, übernahm ein Ausschuß, in dem die Häupter der verschiedenen Parteien saßen, vorläufig die Regierung. Zwei Jahre waren so seit Leopolds Ablehnung verstrichen, ohne daß die Londoner Konferenz einen Ersatz gefunden hatte. Die Fürstensöhne drängten sich nicht nach der neuen Krone und die, welche sie hätten annehmen mögen, erweckten politische Eifersucht bei der einen oder der anderen Großmacht. Endlich fiel am 7. Mai 1832 die Wahl auf den zweiten Sohn des Königs Ludwig von Bayern, den Prinzen Otto, und wenn seine Jugend Bedenken erregen konnte, so sicherte ihm die treue Anhänglichkeit seines Vaters für die griechische Sache doch zunächst einen freundlichen Empfang. Die Bedingungen, welche man Leopold abgeschlagen hatte, gestand man ihm teilweise zu, man kehrte wieder zu der Grenzlinie Arta-Volo zurück, ließ seine Wahl durch die Nationalversammlung bestätigen und verbürgte auch ihm die nötige Anleihe. Bis zu seiner Volljährigkeit sollte eine bayerische Regentschaft aus dem Grafen Armansperg, von Maurer und Heydeck bestehend, das Land verwalten; 3500 Bayern wurden ihr als Kern eines geordneten Heeres mitgegeben; auch an finanzieller Unterstützung ließ es König Ludwig nicht fehlen, indem er aus der bayerischen Staatskasse während der ersten 6 Jahre seinem Sohne 1 800 000 Gulden zufließen ließ, die er 1849, als die bayerische Kammer dieses eigenmächtige Verfahren entdeckte, aus seinem Privatvermögen ersetzen mußte. Allein trotz dieser Unterstützung war der junge König nicht auf Rosen gebettet. Der jubelnde Empfang, der ihm bei seiner Landung in Nauplia am 6. Februar 1833 zu teil wurde, verrauschte bald; die Parteiungen wurden dadurch, daß die Regentschaft keine neue Nationalversammlung berief, wohl verhüllt, aber nicht unterdrückt, und einsichtsvolle Bayern mußten bald zu der Überzeugung kommen, daß trotz der vortrefflichen Gesetze, mit denen der Staatsrat Maurer das Land beglückte, und auch nachdem König Otto in Athen, das er 1833 zur Hauptstadt gemacht, am 1. Juli 1835 selbst die Regierung übernommen hatte, nicht eher Ruhe in dem zerklüfteten Lande möglich sei, ehe nicht „zehn Griechen mehr, als auf der Welt sind, gehangen seien“.

Prinz Otto von Bayern.

Die Regentschaft.

Deutschland und der Zollverein.

Bei den schwachen materiellen und geistigen Mitteln, über welche der griechische Staat verfügte, war sein Eintritt in das europäische Staatensystem von weit geringerer Bedeutung als die Art, in welcher dieser Eintritt sich vollzogen hatte. Von dem Augenblick an, wo Alexander auf den Petersburger Konferenzen als Anwalt der politischen Unabhängigkeit des hellenischen Volkes auftrat, war das Übergewicht Metternichs in der großen Politik gebrochen, und jede weitere Entwickelungsstufe des diplomatischen Kampfes hatte dann zur Erweiterung der Kluft zwischen Österreich und Rußland beigetragen. Geschickt hatte Nikolaus mit England und Frankreich in den europäischen Fragen Fühlung zu gewinnen und zu behalten gewußt; nicht minder erfolgreich verstand er den russischen Einfluß in den deutschen Mittelstaaten zu stärken. Fürsten, die wie der König von Württemberg nur mit bitterem Groll ihren Widerstand am Bundestage unter dem Druck der Heiligen Allianz aufgegeben hatten und durch ihre Familie obendrein in naher Verbindung mit dem russischen Hofe standen, sahen in dem neuen Zaren eine erwünschte Stütze, deren sie zur Gewinnung größerer Unabhängigkeit von Österreich sich zu bedienen hofften. Sehr deutlich trat dies in Bayern hervor, wo König Ludwig I. wenige Wochen vor Nikolaus den Thron bestiegen und seine Regierung zu Metternichs großem Verdruß mit der Aufhebung des Zensurediktes begonnen hatte. Ihm lag sehr viel daran sich von Österreich unabhängiger zu stellen; Metternichs Tadel und Drohungen erwiderte er mit Spott; er sei als König von Bayern nur Gott und der Verfassung verantwortlich; Kaiser Franz aber sei nicht der liebe Gott und Metternich ganz gewiß nicht die Verfassung. Mit Rußland in ein gutes Vernehmen zu treten, war sein eifrigstes Bemühen; in ihm, so schrieb er dem Zaren im Januar 1826, sehe er die stärkste Stütze Bayerns; das sei sein politisches Glaubensbekenntnis. Damit stand er also wesentlich auf demselben Boden, den König Wilhelm von Württemberg schon Alexander gegenüber und nicht immer ohne Erfolg behauptet hatte; beide süddeutsche Königreiche schlossen sich wieder enger aneinander und suchten gemeinsam mit Rußlands Hilfe ihre volle Selbstherrlichkeit gegen jeden Eingriff Österreichs und Preußens zu schützen, übrigens doch mit unverkennbarer Hinneigung zu Preußen. Auch unter den anderen Bundesstaaten fanden sich manche, die mit Rußlands Zustimmung sich Preußen näherten, und da andererseits für Österreich die Unterstützung des Berliner Kabinetts um so wertvoller wurde, je mehr seine Stellung zu Rußland sich verschlechterte, so ergab sich aus der politischen Gesamtlage von selbst ein gesteigertes Ansehen für Preußen. Die Frucht dieser günstigen Verhältnisse, nicht minder aber auch die weisen vorbereitenden Schritte, die selbst in den elenden Jahren von 1818—1825 nicht verabsäumt waren, trat in der Gründung des preußisch-darmstädtischen Zollvereins 1828 zu Tage.

Rußlands Einfluß.

Bayern.

Württemberg.

Wirtschaftlicher Zustand Deutschlands nach 1816.

Nach den Verheißungen der Bundesakte hätte man freilich erwarten sollen, daß gemäß dem § 19 die Bundesversammlung selbst Verkehr und Handel zwischen den einzelnen Staaten geordnet hätte. Aber das war trotz des dringenden Notstandes nicht geschehen. Zwei sehr verschiedene Umstände wirkten in den ersten Jahren nach 1815 zusammen um großes wirtschaftliches Elend hervorzurufen: die Entwertung der Manufakturen und die Teuerung der Bodenerzeugnisse. Diese war vornehmlich durch die schlechte Ernte von 1816 hervorgerufen, jene durch die urplötzliche Überfüllung des deutschen Marktes mit englischen Waren, die sich in der Zeit der Kontinentalsperre massenhaft angehäuft hatten und nun bei übertriebenem Angebot — allein 1818 wurden für 129 Millionen Gulden in Deutschland eingeführt — zu Spottpreisen bis zu 30 und 40 Prozent unter den Herstellungskosten verschleudert wurden,. was natürlich den Ertrag des deutschen Gewerbes empfindlich schädigte. Der wirtschaftlichen Bildung jener Zeit entsprach es, daß man nicht einsah, wie dieser Zustand nur vorübergehend sein konnte, und daß man ihm durch einen von den Berliner Stadtverordneten am 27. Dezember 1816 gegründeten Verein entgegenwirken wollte, dessen Mitglieder ihr Ehrenwort gaben keine ausländischen Waren zu kaufen, wenn sie inländische Fabrikate bekommen könnten. Daß die Regierungen ihren Unterthanen an wirtschaftlicher Einsicht nicht voraus waren, bewiesen ihre Maßregeln gegen die Hungersnot, der sie durch gegenseitige Ausfuhrverbote der notwendigsten Lebensmittel zu steuern suchten. So stand denn bald der Scheffel Weizen am Rhein etwa 7 Mark höher als in Posen, während die größte Verschiedenheit innerhalb der preußischen Monarchie in den fünfziger Jahren nur eine Mark betrug. Besonders hart bedrängt war Württemberg; es wandte sich daher an den Bundestag und verlangte die Ausführung des Artikels 19. In dem Ausschuß, welcher deshalb niedergesetzt wurde, waren die besseren Einsichten leidlich vertreten; selbst die abgünstigen Mitglieder nannten den Gedanken eines einheitlichen deutschen Zollgebietes eine herzerhebende Idee, und die Mehrheit schlug die Aufhebung aller Beschränkungen des freien Verkehrs mit Getreide vom 1. Oktober 1817 an vor. Aber nicht einmal dieses bescheidene Ziel war zu erreichen. Bayern machte seine Zustimmung davon abhängig, daß sämtliche Bundesstaaten auch für ihre außerdeutschen Besitzungen beiträten, woran doch weder bei Dänemark und Holland, noch bei Österreich zu denken war. Dieses erklärte vielmehr, daß bei der gesegneten Ernte des Jahres 1817 die Frage ihre Dringlichkeit verloren habe und man von einem Beschlusse deshalb füglich absehen könne.

Verhandlungen am Bunde über Artikel 19.

Von der Tagesordnung in Frankfurt war damit die Herstellung eines leichteren Verkehrs wieder entfernt; aber sowohl in der öffentlichen Meinung wie von einzelnen Regierungen wurde die Frage festgehalten. In den Mittel- und Kleinstaaten klammerte man sich dabei, trotz des ersten Mißlingens, nach wie vor an den Bundestag. In diesem Sinne entfaltete besonders der Württemberger Friedrich List, ein Mann von

Lists Verein deutscher Kaufleute.

gründlicher wirtschaftlicher Bildung, die freilich oft durch die Leidenschaftlichkeit, mit der er seine Ziele verfolgte, verdunkelt wurde, eine lebhafte Thätigkeit in den Kreisen der Gewerbtreibenden. Er stiftete einen Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten, veranstaltete eine Bittschrift an den Bundestag, begab sich nach Wien zu den Ministerialkonferenzen um dort für seine Ideen zu wirken und schlug sogar vor die Grenzzölle, welche an die Stelle aller Binnenmauten treten sollten, einer Aktiengesellschaft zu verpachten, indem er namens seines Vereines 30 Millionen Gulden dafür bot. Mit weniger Überschwänglichkeit verfocht der badische Staatsmann Nebenius ähnliche Ideen; in einer ausführlichen Arbeit, die er Ende 1818 aufsetzte und die später den Konferenzmitgliedern in Wien vorgelegt wurde, empfahl er die Herstellung eines allgemeinen deutschen Zollsystems, das von dem Bundestag ins Leben gerufen und geleitet werden sollte. So vortrefflich sich indes diese Pläne auch anhörten, so waren sie doch völlig unausführbar. Am Bundestage ließ sich nur durch Einstimmigkeit etwas ausrichten, und die war nicht zu erreichen; überdies fehlte sowohl Nebenius wie List die klare Einsicht, daß zur Gemeinsamkeit der Einfuhrzölle die wesentliche Gleichheit der inneren Verbrauchssteuern unerläßlich sei. Diese Einsicht besaß man in Berlin im vollsten Maße und war durch sie zu dem Plane gelangt von einer allgemeinen deutschen Zolleinigung vor der Hand ganz abzusehen und fürerst die wirren Zoll- und Steuerverhältnisse Preußens selbständig zu ordnen. Wie sehr das not that, lehrte schon der Umstand, daß es allein in den alten Provinzen 67 Zoll- und Accisetarife gab, von denen die letzteren 2776 Gegenstände umfaßten. Um diese Zustände zu beseitigen hatten schon während des Krieges von 1813 und 1814 preußische Staatsmänner wie Bülow und Eichhorn daran gearbeitet alle Zölle an die Grenzen zu verlegen und die anderen deutschen Staaten möglichst in dies System hineinzuziehen. Als sie damit nicht durchdringen und auch auf dem Wiener Kongreß ihre Pläne nicht verwirklichen konnten, zogen sie sich auf Preußen allein zurück. 1816 sprach eine königliche Verordnung die Absicht aus sämtliche Wasser-, Binnen- und Provinzialzölle durch ein allgemeines und einfaches Grenzzollsystem zu ersetzen; doch erforderte ein so mühsames Unternehmen natürlich sorgfältige Vorbereitung. Dem Fleiß und der Sachkenntnis des Generalsteuerdirektors Maaßen fiel die Aufgabe zu das Zollgesetz vom 26. Mai 1818 auszuarbeiten. Nicht die kleinste Schwierigkeit bestand darin, daß die unverhältnismäßig ausgedehnte Grenzlinie des preußischen Staates, die bei 1073 Meilen Länge an 28 Nachbarn stieß, die Überwachung des Schmuggels fast unmöglich machte. Die Folgerungen, welche Maaßen daraus zog, waren erstens die Aufstellung eines einfachen, übersichtlichen Tarifes, der die Waren in wenige große Gruppen brachte, und zweitens die Erhebung der Zölle nach dem Gewicht, nicht nach dem Werte der Waren. Bei der bedrängten Lage der preußischen Finanzen war das wichtigste Augenmerk

Nebenius.

Das preußische Zollgesetz von 1818.

natürlich die Zölle einträglich zu machen; von dem System der Schutzzölle kam man fast gänzlich zurück; auf Manufakturen war nur ein Zoll von zehn Prozent, auf Kolonialwaren dagegen bis zu 20 Prozent gelegt. Preußen war somit der erste Staat, der unumwunden den Weg des Freihandels betrat und von den englischen Staatsökonomen als Muster und Vorbild aufgestellt werden konnte. Auch auf den übrigen Gebieten der Staatsverwaltung entwickelte sich eine rege Thätigkeit. 1819 wurden die Verbrauchssteuern auf Wein, Bier, Branntwein und Tabak eingeführt, 1820 die Gewerbe- und Klassen-, die Schlacht- und Mahlsteuer. Wenn dadurch dem Volke neue Lasten auferlegt wurden, so waren sie doch gerechter als die bisherigen, und durch verbesserte Einrichtungen mancherlei Art, die Handel und Gewerbe zu gute kamen, wurde die Erwerbsfähigkeit gesteigert. So verwendete der König binnen elf Jahren fast 22 Millionen Thaler auf den Bau von Chausseen, deren Länge von 1817—28 von 523 auf 1065 Meilen stieg. Auch das Postwesen wurde unter Naglers Leitung unablässig verbessert, 1823 z. B. eine tägliche Verbindung zwischen Berlin und dem Rhein eingeführt, so daß Naglers Lob bald auf allen Wegen, von allen Reisenden erschallte. Nicht minder verdienstlich war die Ordnung des Münzwesens im Jahre 1821, die Regelung der Flußschiffahrt auf den großen Strömen und die Schiffahrtsakte vom 22. Juni 1822, die Gemeinheitsteilung und die Begründung ritterschaftlicher Hypothekenbanken, die Errichtung des Gewerbeinstitutes, der Provinzialgewerbschulen und des Vereines zur Beförderung des Gewerbfleißes, die man vornehmlich der Thätigkeit des Staatsrates Beuth verdankte, der segensreiche Einfluß, der von Thaers Akademie des Landbaues in Mögelin ausgehend unausgesetzt die Hebung der Landwirtschaft förderte. Diese hatte damals freilich eine schwere Krisis zu bestehen; trotz mannigfacher wohlgemeinter Staatshilfe vermochten die überschuldeten Gutsbesitzer sich nicht zu behaupten und in einzelnen Gegenden, wie in Ostpreußen, konnten gesundere Verhältnisse nur durch den massenhaften Verkauf des Landbesitzes herbeigeführt werden. Im allgemeinen aber war eine Hebung des Wohlstandes wie im übrigen Deutschland so auch in Preußen unverkennbar. Handel und Industrie nahmen einen stetigen Aufschwung; der Maschinenbetrieb brach sich nach und nach in immer zahlreichen Gewerben Bahn; auch die Dampfschiffahrt kam, zuerst auf der Weser, dann auch auf anderen Flüssen, in Aufnahme. Und daneben wurde trotz der beschränkten Mittel doch auch die Pflege der Kunst nicht vernachlässigt. In München entwickelte König Ludwig seine großartige Freigebigkeit; Schinkel, Schadow, Rauch entfalteten ihre Thätigkeit in Berlin; das Schauspielhaus, das Museum, die Statuen der Helden aus den Befreiungskriegen erstanden; freigebig wies der König die Mittel zur Erwerbung von Gemälden und Kunstwerken an, so daß die Hauptstadt nach und nach auch in dieser Richtung der Bedeutung des preußischen Staates würdig sich darstellte.

Steuergesetze. Verkehrsleben. Kunst.

Das preußische Zollsystem.

Aber trotz dieser aufsteigenden Bewegung litten freilich die Erwerbsverhältnisse nach wie vor unter dem beengenden Druck der zahlreichen Zölle, welche Deutschlands Einzelstaaten voneinander trennten, und wenn für Preußen mit dem Zollgesetz von 1818 ein gewaltiger Fortschritt erzielt war, weil die ganze Monarchie dadurch ein einheitliches Wirtschaftsgebiet wurde, so erregte es um so größeres Mißfallen bei den Nachbarn, die ihren Verkehr dadurch behindert sahen, und vollends bei den Staaten, die von preußischem Gebiet umschlossen waren. Natürlich konnte diesen nicht die zollfreie Einfuhr der Artikel, die sie gebrauchten, gestattet werden; dagegen gebot die Billigkeit ihnen Anteil an den Grenzzöllen zu gönnen. Wollten sie darauf nicht eingehen, so konnte Preußen nur erklären, daß es den Zoll auf die Waren, welche durch sein Gebiet in jene Staaten eingeführt wurden, als Durchfuhrzoll erhebe. Doch lag dies keineswegs in der Absicht der preußischen Staatsmänner. Ihnen war es sehr erwünscht nicht bloß die kleinen Einschlüsse, wie Anhalt und einige Bestandteile der thüringischen Länder, sondern auch die Nachbarstaaten vollständig in ihr Zollsystem aufzunehmen und dieses so von Grenze zu Grenze vorzuschieben. Anteil an der Gesetzgebung wollten sie ihnen freilich nicht zugestehen, aber vollen Anteil am Ertrag der Steuern räumten sie bereitwillig ein. In diesem Sinne lud Eichhorn, in Zollsachen damals „die Seele des preußischen Ministeriums" des Äußern, Anfang 1819 die Nachbarregierungen zu Verhandlungen in Berlin ein; den thüringischen Staaten insbesondere wurde noch geraten sich erst untereinander zu einem Handelsverein zu verbinden und dann eine Zollvereinigung mit Preußen anzustreben. Indes so klar und so unangreifbar dieser Standpunkt war, so wenig wollte er den Nachbarn einleuchten. Nur der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen nahm für einen Teil seines Ländchens den preußischen Vorschlag am 25. Oktober 1819 an; die übrigen Beteiligten und mit ihnen im Chorus die Unbeteiligten und die ganze öffentliche Meinung in Deutschland, von Ludens Nemesis an bis zu Kotzebues politischem Wochenblatt, ergingen sich in zornigen Angriffen auf Preußen. Am leidenschaftlichsten verfuhr der Herzog von Anhalt-Köthen, dessen Gemahlin, eine Gräfin Brandenburg, obendrein Halbschwester des Königs war. Entschlossen niemals auf seine unverlierbaren Souveränitätsrechte zu verzichten, rief er für seine „über alle Angriffe erhabene Sache" die Ministerkonferenz in Wien um Hilfe an. Aber obschon alles sich beeilte ihm Hilfe zu leisten und eigentlich nur Bayern nicht in den Lärm einstimmte, war doch nichts zu erreichen; denn Preußen beharrte fest auf seinem guten Rechte, ebenso entschlossen jede Rücksicht der Billigkeit zu üben wie keinen Schritt von dem Notwendigen zurückzuweichen. Eine Zeitlang sah es dem Treiben gelassen zu; endlich erforderte seine Würde und sein Interesse ein energisches Durchgreifen. Die Köthener betrieben nämlich, von den herzoglichen Behörden unterstützt, einen großartigen Schmuggel auf der Elbe. Während die Einwohnerzahl des Herzogtums zu der Preußens sich wie 9 : 1000

Sondershausen.

Anhalt-Köthen.

verhielt, stand der Verbrauch ausländischer Waren wie 64, der von baumwollenen Waren gar wie 165: 1000. Nachdem sich beide Regierungen auch am Bundestage herumgezankt und hier die gesamte Opposition, Wangenheim an der Spitze, für Köthen eingetreten war, riß Preußen endlich die Geduld; es umgab 1822 das ganze Herzogtum mit Zollstellen und nahm ihm so den freien Handelsverkehr. Als auch das noch nicht wirkte und das inzwischen zum Katholizismus übergetretene herzogliche Paar keine Anstalten zum Nachgeben traf, wurde 1827 auch die Elbe beim Ein- und Ausfluß in Köthen abgesperrt und dadurch die Sache zur Entscheidung gebracht. Österreich, das bisher den Widerstand gegen Preußen heimlich genährt hatte, brauchte jetzt dessen Hilfe gegen Rußland und drängte den Herzog von Köthen mit seinem Vetter von Dessau zum Nachgeben, so daß endlich nach einem zehnjährigen Zollkriege am 17. Juli 1828 der Eintritt in das preußische Zollsystem erfolgte. Wenigstens ein Trost war den Besiegten vergönnt: sie hatten Genossen im Unglück. Der Bernburger Herzog war schon 1823 mit der Hälfte und 1826 mit seinem ganzen Staatsgebiete hinzugetreten, und Rudolstadt, Detmold, Weimar, Gotha, Schwerin nahmen wenigstens für einzelne Ämter daran teil. Vom nationalen Gesichtspunkte aus betrachtet war also die erreichte Einigung noch sehr unbedeutend, aber da der Anfang auch hier als das schwerste gelten mußte, so konnte man in Berlin doch mit Befriedigung auf den geschaffenen Kern hinsehen. Mit verständiger Zurückhaltung verzichtete man darauf die Nachbarstaaten zum Beitritt einzuladen; man wußte aus Erfahrung, daß dadurch die Eifersucht der Landesherren nur gereizt werde; die Geneigtheit sie in sein Zollsystem aufzunehmen hatte der König schon 1818 ausgesprochen; jetzt war es an jenen ihrerseits mit gutem Willen entgegenzukommen. Dabei war man gern bereit den Größeren einen Anteil an der Aufstellung des Zolltarifes zu gewähren und sah für Preußen, das sich natürlich nicht seinem Interesse zuwider überstimmen lassen durfte, eine genügende Bürgschaft in dem Kündigungsrechte. Die Grenzbewachung glaubte man freilich anfangs ganz allein in die Hand nehmen zu müssen; die Zolleinrichtungen der Kleinstaaten waren nicht danach angethan die gründliche Verhinderung des Schmuggels zu verbürgen; je deutlicher man aber einsah, daß dieser Verzicht auf die Anstellung eigener Zollbeamten mehr als irgend etwas sonst den Fürsten die Einigung mit Preußen verleide, ließ man auch diese Forderung fallen und begnügte sich mit einer gegenseitigen Überwachung. Alle diese Betrachtungen, Erwägungen und Entschlüsse entwickelten sich einstweilen freilich nur im Schoße und im Dunkel der preußischen Ministerien, nicht im Meinungsaustausch mit anderen deutschen Kabinetten. Zu einem solchen war jahrelang die Gelegenheit gar nicht gegeben; die Frage des Beitrittes größerer Nachbarstaaten war noch keineswegs praktisch geworden; aber man unterließ in Berlin nicht sie einstweilen grundsätzlich zu studieren um zur rechten Zeit seine Forderungen und Angebote bestimmt aussprechen zu können.

Dessau.

Bernburg.

Andere Anschlüsse.

Preußens Entgegenkommen.

Die Mittel- und Kleinstaaten versuchten unterdes, ob sie nicht unter sich, ohne Anschluß an das gefährliche Preußen, einen „reindeutschen" Zollverein zustande bringen könnten. Bayern, Württemberg, Baden, beide Hessen, Nassau und die thüringischen Staaten hielten zu dem Zweck auf Grund eines Wiener Vertrages vom 19. Mai 1820 Beratungen in Darmstadt, die am 13. September eröffnet wurden. Allein was jeder Unbefangene voraussehen konnte, trat sehr bald ein: so wenig wie dem preußischen Zollgesetz wollte irgend ein Staat sich dem bayerischen oder badischen Tarif unterordnen, und so wenig wie Preußen auf das seine verzichten konnte, so wenig war Bayern oder sonst eine Regierung dazu bereit. Dazu kam, daß die württembergischen Oppositionsgelüste sich der Darmstädter Konferenz und des zu gründenden Vereines als Mittels gegen die österreichische Politik bedienen wollten, und daß hierdurch nicht allein Metternichs Mißtrauen rege, sondern auch die getreuesten seiner Anhänger, wie Nassau und Baden, stutzig wurden. Nach beinahe dreijähriger Dauer gingen die Konferenzen endlich erfolglos auseinander. Darmstadt erklärte am 3. Juli 1823 seinen Austritt und bot damit Bayern den gewünschten Anlaß gleichfalls auszuscheiden. Nun versuchte man, was im größeren Kreise nicht gelungen war, wenigstens in kleineren Gruppen zu erreichen: 1824 kam es zu einem Zollvertrag zwischen Württemberg und Hohenzollern, zu gegenseitigen Erleichterungen zwischen Baden und Darmstadt und sogar zu einem Vertragsentwurfe zwischen Württemberg und Bayern, der auch den drei Rheinstaaten, Nassau, Darmstadt und Baden, zur Mitunterzeichnung vorgelegt werden sollte. Aber die Konferenzen, welche infolgedessen im Februar 1825 zwischen diesen fünf Regierungen in Stuttgart stattfanden, nahmen kein besseres Ende als die früheren. Die Interessen waren zu verschieden, der gegenseitige Argwohn zu groß; die Verhandlungen mußten im Juni abgebrochen werden und damit wurde auch der bayerisch-württembergische Entwurf vor der Hand zu Grabe getragen. Jedoch nicht für lange. Als im Oktober des Jahres Ludwig I. den Thron bestieg, griff er mit großem Eifer den Gedanken der Zolleinigung mit Württemberg wieder auf; ihm wie dem Könige Wilhelm erschien derselbe zugleich wie ein erster Schritt zu der ersehnten Unabhängigkeit ihrer Länder von den beiden Großmächten. Nach längeren Verhandlungen kam am 12. April 1827 ein neuer Entwurf zustande; noch einmal beschloß man die angrenzenden Staaten zum Beitritt aufzufordern und sie dabei auf die politische Bedeutung dieses rein-deutschen Bundes hinzuweisen; als dieser Versuch trotz aller aufgewandten Bemühungen erfolglos blieb, wurde der Vertragsentwurf am 18. Januar 1828 in einen wirklichen Vertrag verwandelt.

Die Darmstädter Beratungen. — *Süddeutsche Zolleinigungen.*

Für keinen Staat war die hierdurch geschaffene Lage unerträglicher als für Hessen-Darmstadt, das mit seinem geteilten Gebiet, seinen langen Grenzen, seinen unergiebigen Zöllen, seiner stets wachsenden Finanznot, sich dem preußischen oder dem süddeutschen Zollgebiet auf die Dauer gar nicht entziehen konnte. Von Bayern wurde keine Bemühung gespart

Darmstadts Lage.

um es zum Anschluß an den süddeutschen Verein zu bewegen. Aber teils politische Besorgnisse, teils die Hoffnung auf günstigere finanzielle Ergebnisse und der stärkere Handelsverkehr mit Preußen führten den Darmstädter Minister du Thil dahin mit diesem Staate anzuknüpfen. Schon 1825 hatte er in Berlin anfragen lassen, ob der König geneigt sei mit beiden Hessen einen Zollverein abzuschließen. Darauf war alsbald eine bejahende Antwort erteilt, aber nun zeigte sich, daß Kurhessen mit dem Antrage durchaus nicht einverstanden war. Mit Darmstadt allein sich zu verbinden war aber für die preußische Regierung sehr wenig verlockend. Sie hielt damals noch an dem Grundsatze fest ihr Zollsystem nur „von Grenze zu Grenze“ vorzuschieben, ein Verfahren, das eine fortschreitende Verkürzung der Zolllinie und daher einen gesteigerten Ertrag der Zölle sicherte. Unter diesem Gesichtspunkte konnte die Vereinigung mit Darmstadt sich nicht eben empfehlen. Die preußischen Zollgrenzen waren durch die nach und nach abgeschlossenen Verträge auf 992 Meilen heruntergebracht; Darmstadts Beitritt mußte sie auf 1108 Meilen verlängern, während die Vergrößerung des Zollgebietes nur 150 Quadratmeilen betrug. Auch der geringe Verbrauch von Kolonialwaren in dem Großherzogtum machte die Vereinigung für Preußen unvorteilhaft, da der Zollertrag ja nach der Kopfzahl geteilt werden sollte. Aber wenn alle finanziellen Gründe gegen den Vertrag sprachen, so redeten die politischen um so lauter zu seinen Gunsten. Einen deutschen Bundesgenossen, der sich in ernster Verlegenheit befinde, abzuweisen, hielt man für sehr bedenklich; andererseits gewann man die wichtige Stellung in Mainz und verhinderte den süddeutschen Bund über den Main vorzudringen. Gemeinsam mit dem Finanzminister von Motz, der seit 1825 an Klewitz' Stelle getreten war, hoffte Eichhorn auch, daß Darmstadts Beispiel, wenn sich die Arznei, die es für seine Finanznot suche, als wirksam erweise, bei seinen Leidensgefährten bald Nachfolge finden werde. Und so wurde denn das Anerbieten du Thils einen geheimen Bevollmächtigten, von Hofmann, zum Abschluß eines Zollvertrages nach Berlin zu schicken, angenommen, und schon am 3. Februar konnte der König die mit diesem getroffenen Vereinbarungen genehmigen. Sie hielten sich durchaus auf dem Boden der Zugeständnisse, welche in preußischen Regierungskreisen schon vorher als zulässig anerkannt waren. Darmstadt nahm den preußischen Tarif an, versprach die wichtigsten preußischen Verbrauchssteuern einzuführen, behielt seine eigene Zollverwaltung, war in der Zollgesetzgebung formell gleichberechtigt und nahm an den Einkünften nach der Kopfzahl teil. Von sechs zu sechs Jahren hatten beide Staaten das Recht der Kündigung.

Kurhessen. — *Der preußisch-darmstädtische Zollverein.*

Verhandlungen mit Kurhessen.

Der Verdruß über diesen Vertrag war an beinahe allen deutschen Höfen gleich groß; nur die Geschicklichkeit den Ärger zu verstecken und die Gewandtheit einen Gegenschlag auszusinnen war verschieden. Durch seine geographische Lage wurde Kurhessen in diesen Wochen der wichtigste Staat in Deutschland. Sein Beitritt zu dem preußisch-darmstädtischen

Vertrage würde nicht allein die Zollgrenzen wesentlich verkürzt, sondern auch die beiden Teile der preußischen Monarchie verbunden haben. Deshalb war auch in Berlin beschlossen worden, daß der Großherzog von Hessen seinen kurfürstlichen Vetter zum Anschluß einladen solle. Dies zu verhindern mußte das nächste Ziel der Gegner sein, und so bildete denn Kassel in den nächsten Monaten ein wahres Heerlager von amtlichen und geheimen Sendlingen der mittelstaatlichen Regierungen. Bei dem Charakter des Kurfürsten, der überdies zu seinem Schwager, dem König von Preußen, in den übelsten Beziehungen stand, hatten sie keine schwere Aufgabe zu lösen. Erschien es jenem doch schon als eine schwere Ungehörigkeit, daß Darmstadt überhaupt Verabredungen in Beziehung auf seine Staaten mit Preußen zu treffen gewagt hatte. „Ich bin Chef des hessischen Hauses, erklärte er dem Gesandten des Großherzogs, und werde Anmaßungen, wie der Großherzog sie sich erlaubt hat, nicht dulden, seine Bitte nicht gewähren." Aber mit diesem nächsten Erfolge waren die mittelstaatlichen Höfe noch nicht zufrieden; sie wollten den Beitritt Kurhessens zum preußischen Zollsystem womöglich auch für die Zukunft vereiteln. Dabei trennten sich denn freilich ihre Wege. Bayern und Württemberg wünschten Kurhessen als dritten für ihren eigenen Bund zu gewinnen; das erwies sich aber bald als hoffnungslos; schon im Mai erklärte der Kurfürst, er wolle mit den bayerischen Mautrittern nichts zu thun haben. Sachsen dagegen und die thüringischen Staaten bedurften der Mitwirkung des Kurstaates zu einem anderen Plane, der die natürliche Entwickelung des preußischen Zollvereins dauernd verhindern sollte. Es handelte sich um nichts Kleineres als einen mitteldeutschen Gegenzollverein, der sich zwischen den preußischen und den süddeutschen Handelsbund einschieben und beider Verbindung hindern sollte. Dieser Gedanke war schon Ende März zwischen dem Herzog von Gotha, dem sächsischen Minister Carlowitz und ein par thüringischen Staatsmännern in Vertragsform gebracht worden. Man versprach sich alle zwischen den preußischen und bayerischen Zolllinien gelegenen Staaten zum Beitritt zu werben und ging sogleich mit Erfolg ans Werk. Die thüringischen Staaten, Nassau, Frankfurt, Bremen, Hannover, Braunschweig, endlich auch Kurhessen, das dem neuen Vereine zur Herstellung der Gebietseinheit ganz unentbehrlich war, schlossen sich an und im Sommer 1828 war der „mitteldeutsche Handelsverein" fertig. Auf den Kasseler Konferenzen erhielt er am 24. September 1828 seine Gesetze. Man trug sich mit den kühnsten Plänen. Nicht zufrieden damit, bis 1834 — denn so lange sollte der Bund dauern — jede Vergrößerung des preußischen Zollvereins links der Elbe vereitelt zu haben, hoffte man durch hohe Durchfuhrzölle auf den Straßen, welche die beiden Teile der preußischen Monarchie verbanden oder den Verkehr zwischen ihr und Bayern vermittelten, einen solchen Druck in Berlin ausüben zu können, daß der König sich den Bedingungen des Handelsvereins zuletzt demütig werde fügen müssen.

Der mitteldeutsche Handelsverein.

Preußens Gegenanstrengungen.

Der Gedanke war an sich nicht übel ersonnen; es fragte sich nur, ob die preußischen Staatsmänner keine Mittel fanden ihn zu vereiteln, und diese Frage fiel mit der anderen zusammen, ob die Staaten des Handelsvereins wirklich unerschütterlich zusammenhalten würden. In Berlin war man von dem Gegenteil überzeugt und hatte von der inneren Zwietracht des neuen Bundes so genaue Kenntnis, daß man darauf einen Feldzugsplan baute, der mit großer Kühnheit und Sicherheit durchgeführt wurde. Mit verdoppelter Anstrengung förderte man den Chausseebau, besonders auf denjenigen Strecken, welche als Ersatz für solche dienen konnten, die durch nichtpreußisches Gebiet führten; von 1825—29 sind 285 Meilen gebaut worden; 1830 sollten nicht weniger als 142 hinzukommen.

Vertrag mit Bayern und Württemberg.

Sodann aber wandte man sich an Bayern und suchte dort die Gemeinsamkeit der Interessen beider Zollvereine gegenüber dem Handelsbunde zum Bewußtsein zu bringen. Der Baron von Cotta, der selbständig auf gleiche Ideen gekommen und in diesem Sinne bei König Ludwig schon thätig geworden war, diente als Mittelsperson. Er kam als vertraulicher Bevollmächtigter nach Berlin und fand leicht den Weg zu amtlichen Verhandlungen. Am 8. März 1829 wurden dieselben eröffnet und am 27. Mai bereits der Vertrag zwischen beiden Zollbünden vollzogen. Zu einer Verschmelzung war die Zeit freilich noch nicht gekommen; dazu war das Grenzgebiet, auf dem beide sich berührten, zu schmal. Aber man verminderte nicht allein gegenseitig die Zölle auf Fabrikate und hob sie für alle Erzeugnisse der Natur, des Gewerbfleißes und der Kunst völlig auf, sondern man verabredete auch jährliche Zollkonferenzen behufs weiterer Annäherung und verpflichtete sich mit gemeinsamen Grenznachbarn keine einseitigen Handelsverträge abzuschließen.

Verträge mit Meiningen und Gotha.

Auf diesen ersten Schritt folgte bald ein zweiter. Sollte der Verkehr mit Bayern sich lebhafter entwickeln, so bedurfte man Handelsstraßen, die von dem mitteldeutschen Verein nicht mit Durchfuhrzöllen belegt werden konnten. Es galt also unter den Kasseler Verbündeten solche auszufinden, die trotz der übernommenen Verpflichtungen nicht blind für die Vorteile waren, die ihnen aus dem Erblühen eines lebhaften Durchfuhrverkehrs erwachsen mußten. Gelang das, so war ein großer Sieg erfochten; man hatte die Gegner mit ihren eigenen Waffen, ihrer eigenen Straßenpolitik geschlagen. Unverdrossen machte sich Motz an diese Aufgabe und löste sie schnell. Schon Anfang Juli 1829 unterzeichneten Meiningen und Gotha einen Vertrag, kraft dessen Preußen ihnen das Geld vorschoß um einen großen Straßenzug zu bauen, der von Langensalza über Gotha in zwei Armen nach Würzburg und Bamberg führen und von jedem Durchfuhrzoll befreit bleiben sollte.

Spaltung des mitteldeutschen Vereins.

Der Schlag war für den mitteldeutschen Verein tödlich; eine unabhängige preußisch-bayerische Handelsstraße Hamburg-Nürnberg war gesichert; der alten Frankfurt-Kasseler Linie drohte die gefährlichste Konkurrenz; ein Mittel das Unheil abzuwenden gab es nicht. Vergebens tagten die Diplomaten im Sommer 1829 von neuem in Kassel und tobten wider

die beiden kleinen Verräter; vergebens suchten sie sich mit einer Verlängerung ihres Vertrages um 6 Jahre zu trösten und beschlossen, daß jede Veränderung des Durchfuhrtarifs auf den großen Straßen fortan nur nach gemeinsamer Verabredung statthaben dürfe. Das Unglück war geschehen und nicht mehr rückgängig zu machen. Meiningen und Gotha weigerten den Beitritt zu dem neuen Vertrage, die beiden Reuß verpflichteten sich gar im voraus sich 1834 dem preußischen oder dem bayerischen System anzuschließen; selbst in Frankfurt, in Nassau, in Sachsen, entschloß man sich nur langsam zum Beitritt. Die Niederlage der Gegner Preußens war vollständig.

Der Eimbecker Vertrag.

Da thaten sich die eifrigsten auf eigene Hand zusammen um in dem Handelsbunde einen engeren Bund zu schließen; es waren Hannover und Oldenburg, Braunschweig und Kurhessen. Aber der Tag, an welchem sie den Entwurf ihres Zollvereines, den Eimbecker Vertrag, unterzeichneten, war der 27. März 1830, und ehe dieser Entwurf bestätigt werden konnte, war die Julirevolution mit ihren Nachwirkungen in Braunschweig, Kassel und Hannover dazwischen getreten und hatte überall das alte Regiment gestürzt. Von besonderer Bedeutung war das in Kassel. Denn Kurhessens Beitritt zu dem Eimbecker Vertrag war durch kein Interesse des Landes geboten, während man einer engeren Verbindung von Hannover, Braunschweig und Oldenburg selbst in Berlin nicht jede Berechtigung bestritt, zumal im Hinblick auf die handelspolitische Abhängigkeit, in der Hannover zu England stand. In Kassel dagegen konnten die neuen Männer — und Finanzminister wurde ein Motz, ein Verwandter des leider am 30. Juni 1830 gestorbenen preußischen Motz — nicht auf der bisherigen Bahn verharren; ein völliger Umschwung trat ein, und unbekümmert um seine vertragsmäßigen Verpflichtungen, die Eimbecker wie die Kasseler, schloß sich der Kurfürst am 25. August 1831 dem preußisch-darmstädtischen, nunmehr preußisch-hessischen Zollvereine an. Damit war wie zwischen Preußen und Bayern, so auch zwischen den Rheinlanden und der alten Monarchie die Verbindung hergestellt; erschweren konnten die Gegner die Weiterbildung des Werkes vielleicht noch manchmal; erschüttern konnten sie es nicht mehr. Preußen hatte einen neuen festen Fuß in Deutschland gefaßt und durch die geduldige besonnene Arbeit seiner Staatsmänner den Grund zum Wiederaufbau deutscher Größe gelegt. Ein bewußtes Streben nach politischer Herrschaft hatte sie dabei nur im geringsten Maße geleitet; ihre Absicht war das materielle Wohl des eigenen Staates zu fördern; aber gerade darin, daß sie dies nicht wirksamer thun konnten, als indem sie die Nachbarländer an denselben Segnungen teilnehmen ließen, darin, daß Preußens Vorteil mit dem seiner Bundesgenossen zusammenfiel, daß es diesen sogar Opfer bringen konnte um ihre Mitwirkung zu gewinnen, gerade darin zeigte sich am klarsten, daß es kein leeres Wort, keine begehrliche Anmaßung war, wenn der preu-

Kurhessens Eintritt in den Zollverein.

Preußens Stellung zum Zollverein.

ßische Staat sich für berufen hielt die Führung Deutschlands zu übernehmen und zunächst die Gemeinsamkeit der Verkehrsinteressen, weiterhin aber auch in unabweisbarer Folge die politische Vertretung des gesamten Vaterlandes unter seine Obhut zu stellen.

Englands innere Reformen.

Das Ausland und der Zollverein. Das Ausland schenkte der Begründung des preußischen Zollvereins bei weitem nicht die Beachtung, die sie verdiente. Metternich ließ das Berliner Kabinett auf diesem Gebiete, das ihm persönlich recht fremd war, nach Belieben schalten oder beschränkte sich doch auf geheime Gegenwirkung; in Paris war man mit ganz anderen Dingen beschäftigt und hielt geraume Zeit diese kleinlichen Vorgänge in Deutschland kaum der Aufmerksamkeit wert. Rußland. Rußland hatte nichts dawider, wenn Preußen sich auf diesem Wege einigen Ersatz schaffte für den schweren Schaden, den es durch die Zollgesetzgebung seines östlichen Nachbarn erlitt. Mit völliger Nichtachtung der Verkehrsfreiheit, die nach den Verträgen von 1815 zwischen Preußen und Polen bestand, führte Alexander nämlich 1822 Grenzzölle von solcher Höhe ein, daß dadurch der Handel der angrenzenden preußischen Provinzen aufs schwerste litt, und keine Vorstellungen vermochten ihn zu Änderungen zu bewegen. England. Das meiste Verständnis, freilich auch nur erst in engen Kreisen, fand die preußische Freihandelspolitik in England. Schon 1820 wandte sich die Londoner City mit einer Bittschrift an das Unterhaus, in welcher das Zollgesetz von 1818 als ein segenbringendes Vorbild anempfohlen wurde, und sieben Jahre nachher sprach William Huskisson, Cannings Kollege im Handelsministerium, die Hoffnung aus, daß auch England sich mit der Zeit eines gleichen Tarifes werde rühmen können. Englische Handelsreformen. Seine Stellung an der Spitze des Handelsamtes und die Billigung, die seine Anschauungen bei anderen Ministern wie Canning, Peel und Robinson fanden, benutzte er um vorsichtig und allmählich mit den vielen Beschränkungen aufzuräumen, denen Handel und Schiffahrt in England dank dem alten Schutz- und Abwehrsysteme unterlagen. Fremden Schiffen wurden die höheren Hafengebühren, die sie bisher gezahlt, erlassen und der Verkehr mit den englischen Niederlassungen gestattet, nur daß sie von dort keine Waren in britische Häfen führen durften. Viele Zölle wurden ermäßigt, Einfuhrverbote aufgehoben und 1825 ein neuer Tarif ausgearbeitet. Schon einige Jahre früher hatte Robert Peel durch seine Bankakte die englische Bank verpflichtet, die seit 1797 eingestellten Barzahlungen bis zum 1. Mai 1823 wieder aufzunehmen und hatte England vor allen anderen Nationen den großen Vorteil der Goldwährung verschafft. Handel und Verkehr nahmen infolgedessen einen gewaltigen Aufschwung, aber freilich wuchs auch der Leichtsinn und die Verwegenheit in den Geschäften. Bezeichnend dafür war es, daß in dem einen Jahre 1825 das Parlament die Gründung von 286 Aktiengesellschaften genehmigte,

Aufschwung des Handels.

während bis dahin nur 276 bestanden hatten. Die Folgen dieser Maßlosigkeiten blieben nicht aus; gegen Ende des Jahres begann eine der schwersten Handelskrisen, die England durchzumachen gehabt hat. Allein sobald diese überstanden und der Markt von den zahlreichen unsoliden Geschäften gereinigt war, blühte die Handelsthätigkeit um so kräftiger auf und mit ihr der Wohlstand des Landes. Schon hatte die Dampfschiffahrt eine gewisse Bedeutung für den inneren Verkehr gewonnen; nach und nach errang sie sich auch zur See neben der Segelschiffahrt eine größere Stellung; selbst die Anfänge des Eisenbahnbetriebes mittels der Lokomotiven traten durch Stephensons glänzende Erfindung schon 1821 in der Kohlenbahn Stockton-Darlington, bald (1830) auch in der ersten Linie mit Personenbeförderung (Manchester-Liverpool) zu Tage.

Eisenbahnen.

In anderer Weise förderte Cannings auswärtige Politik den Aufschwung des Handels. Der größte Dienst, den er der Geschäftswelt leistete, war die Anerkennung der neuen amerikanischen Staaten. Denn dadurch stellte er deren Bestand gegen europäische Angriffe, die ohne Englands Flotte aussichtslos waren, vollständig sicher und ermöglichte so den ungeahnten Aufschwung ihres Handels, dessen Löwenanteil natürlich England als der größten Seemacht zufallen mußte. Auf die Befestigung der inneren Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten konnte freilich keine fremde Macht Einfluß gewinnen. Ihr gehoffter und gefürchteter Einfluß auf die europäische Politik blieb deshalb aus und es berührt uns heute sehr seltsam, wenn wir lesen, wie man im Kreise der deutschen Bundestagsgesandten im Jahre 1818 die näheren Nachrichten über eine neue südamerikanische Revolution mit einer Spannung und Neugier erwartete, wie sie nur einem hochwichtigen Ereignis entgegengetragen wird. Nur wenige mochten damals voraussehen, daß diese republikanischen Gebilde der neuen Welt weit mehr geeignet sein würden abschreckend als ansteckend auf die europäischen Schwärmer zu wirken.

Cannings auswärtige Politik.

Damals aber belebten die unklaren und verworrenen Nachrichten, die über den Ozean herüber klangen, allerdings die Hoffnungen des Liberalismus, und Cannings Name war auch auf dem Festlande hochgefeiert, seit er die Anerkennung der Republiken vollzogen hatte. Daß ein Tory diesen Schritt gethan, erhöhte seine Bedeutung. Derselbe Tory trat in Griechenland und wo er sonst die Gelegenheit fand, mit gleicher Schärfe den absolutistischen Gelüsten gegenüber und trug kein Bedenken „der bürgerlichen und religiösen Freiheit auf dem ganzen Erdenrund“ einen öffentlichen Trinkspruch zu bringen. Auch in der heimischen Politik zeigte er eine maßvolle und verständige Hinneigung zum Fortschritt, wie sie nach Metternichs Ansicht mit der Rolle eines konservativen Staatsmannes durchaus unverträglich war. Auch Englands konstitutionelles Leben krankte ja an schweren Übeln. Obgleich das Volk dem Herrscher gegenüber alle Rechte besaß, die es zur Verhinderung absoluter Willkür gebrauchte, so wirkte zur Ausübung dieser Rechte doch nur ein kleiner Teil der Nation mit. Seit Jahrhunderten war in der Zusammensetzung

Parlamentsreform und Katholiken-Emanzipation.

des Unterhauses keine wesentliche Veränderung vorgegangen; dieselben Städte schickten noch dieselbe Zahl von Vertretern ins Parlament, die ihnen unter ganz anderen Verhältnissen zugestanden war. So kam es, daß kleine verrottete Landstädtchen, die sogenannten rotten boroughs, deren ganze Wählerschaft von irgend einem mächtigen Pair abhing, mehrere Abgeordnete ernennen konnten, während blühende und täglich wachsende Fabrik- und Handelsstädte ganz unvertreten blieben, weil ihr Entstehen oder doch ihr Aufschwung nicht bis ins Mittelalter zurückging. Noch bedenklicher aber als dieser Übelstand war ein zweiter. Durch Gesetze, welche nach den beiden Revolutionen unter Karl II. und Wilhelm III. erlassen waren, sahen sich die Katholiken Englands und Irlands von der Wählbarkeit zum Parlamente ausgeschlossen. Zumal für die Iren war dies unerträglich, da sie — zu sieben Achteln katholisch — damit zugleich des einzigen Mittels verlustig gingen, durch das sie ihre bedrückte Lage hätten bessern können. Fast alles Grundeigentum ihrer Insel befand sich in englischen Händen; sie selbst konnten ihr heimatliches Land fast nur als Pächter bebauen; den geringen Ertrag, welchen hohe Pachtsummen ihnen von den Früchten ihrer Arbeit ließen, schmälerten schwere Steuern, von denen besonders die kränkend und drückend waren, welche zum Unterhalt der protestantischen Geistlichkeit erhoben wurden. Dem schweren Elend des irischen Landmannes konnte nur durch einen Kampf im Parlament ein Ende gemacht werden, und dieser Kampf war nicht eher möglich, als bis den Katholiken der Eintritt in dasselbe offenstand. Während daher in England der Ruf nach Parlamentsreform hauptsächlich von den Bewohnern der unvertretenen Großstädte ausging, spitzte er sich in Irland vornehmlich zu dem Verlangen nach Gleichstellung der Katholiken zu. Canning nahm zu dieser Frage eine vorurteilslose Stellung ein; er begriff nicht, wie man aus Furcht vor vielleicht 30 Gewählten lieber 300 000 Wähler in Zorn und Unwillen treibe. Aber nicht alle Mitglieder des Ministeriums Liverpool dachten so; selbst Robert Peel, sonst sein treuer Gesinnungsgenosse, leistete in diesem Punkte ihm Widerstand. Das Unterhaus war in seinen Mehrheiten schwankend; meist nahm es die seit 1821 fast jährlich wiederkehrenden Anträge der Katholikenfreunde, besonders Burdetts und Plunketts an, dann verwarf es sie wieder; und auch wenn es sie annahm, wurden sie nicht Gesetz, weil das Oberhaus sich ihnen standhaft widersetzte. Immerhin war über den letzten Ausgang des Ringens kaum noch ein Zweifel möglich; die Gegner der Gleichberechtigung durften bei der mächtigen Aufregung in Irland nur von Gewaltmaßregeln noch ihren Sieg erhoffen. Heftig erbittert standen sich dort die Parteien gegenüber; auf der einen Seite die Protestanten in den oranischen Logen, auf der anderen, von O'Connell geführt, die Katholiken in der 1823 gegründeten Assoziation. Das Jahr 1827 schien die letzteren endlich zum Siege zu führen. Eine lebensgefährliche Erkrankung Lord Liverpools brachte im April Canning an die Spitze des Ministeriums, und diese Wandlung

Cannings Ministerium.

veranlaßte Robert Peel und seine meisten Kollegen zum Austritt. Canning ergänzte sein Kabinet durch Whigs wie Lord Landsdowne und arbeitete so an einer Verschmelzung der gemäßigten Gruppen in den beiden großen Parteien. Unglücklicherweise war diese Verbindung von kurzer Dauer; schon am 8. August 1827 starb Canning und sein Nachfolger Lord Goderich (Robinson), der das alte Kabinet zu erhalten strebte, war dieser Aufgabe nicht gewachsen und mußte schon um die Jahreswende abtreten. Der Herzog von Wellington, der am 10. Januar 1828 sein Nachfolger ward, konnte sich freilich den Einflüssen und Forderungen der Zeit auch nicht völlig entziehen. Zwar so lange er die „Canningiten" Dudley, Huskisson, Palmerston noch in seinem Kabinet hatte, schien ein weiteres Zugeständnis an die öffentliche Meinung nicht nötig; erst als diese zu seiner großen Befriedigung austraten und nun der Verlust der liberalen Kollegen liberale Maßregeln notwendig machte, entschloß sich der Herzog auch in der Katholikenfrage einen großen Schritt entgegenzukommen. Die Einleitung dazu bildete die Aufhebung der Korporations- und der Testakte, zweier Gesetze von 1661 und 1673, welche die Katholiken dadurch von allen Ämtern ausschlossen, daß sie jeden königlichen oder städtischen Beamten verpflichteten einen Monat nach dem Eintritt in seine Stellung das Abendmahl nach anglikanischem Ritus zu nehmen. Aber dieses Zugeständnis genügte bereits nicht mehr. Die irisch-katholische Bewegung begann einen immer heftigeren Pulsschlag anzunehmen. Ihre Seele war der Dubliner Advokat Daniel O'Connell, ein Mann aus altirischem Blut und von einer wundersamen Beredtsamkeit, die ihm die unbedingteste Gewalt über seine Landsleute gab. Er beschloß den entscheidenden Schritt zu wagen und sich trotz seines Katholizismus ins Parlament wählen zu lassen; ja er hatte den Mut sich um einen Sitz zu bewerben, den er einem Mitgliede des Kabinets, einem anerkannten Freunde der Emanzipation, einem wegen seiner Milde selbst bei den Iren beliebten Edelmann, dem Lord Fitzgerald, streitig machen mußte. Und das Wagnis gelang wirklich. Sechs Tage wogte in der Grafschaft Clare ein erbitterter Wahlkampf; am 5. Juli 1828 wurde O'Connell als Sieger ausgerufen. Ein gewaltiger Ausbruch der Freude erfüllte ganz Irland; in allen katholischen Kirchen wurden Hochämter abgehalten, auf allen Bergen brannten Freudenfeuer. Auch in England erregte das Ereignis bei den Liberalen große Zufriedenheit; die Regierung aber befand sich in einer bedrängten Lage. Nach dem Gesetze war die Wahl des Katholiken ungültig; aber ließ sich dies Gesetz der vollendeten Thatsache gegenüber noch halten? Konnte die Ausschließung O'Connells anders als durch einen Bürgerkrieg erzwungen werden? Bei dieser Sachlage entschloß sich Wellington zum Nachgeben. Zwar unterdrückte er um die Autorität der Regierung aufrecht zu erhalten die Assoziation, der O'Connell seine Wahl hauptsächlich zu danken hatte, und rief den bisherigen Vizekönig, den Marquis von Anglesea, ab; aber zugleich traf er Vorbereitungen zur Aufhebung der Gesetze, welche die Katholiken vom

Sein Tod. Lord Goderich.

Aufhebung der Testakte.

O'Connells Wahl.

Emanzipation der Katholiken.

Parlament ausschlossen, und ließ den König in seiner Thronrede vom 5. Februar 1829 diesen Schritt empfehlen. Damit war der Erfolg auch schon gesichert; die widerstrebenden Elemente in beiden Häusern konnten trotz des Petitionensturmes, der sich gegen die Neuerung erhob, der anerkannten Notwendigkeit nicht standhalten; nach heftigen Debatten genehmigte das Unterhaus am 30. März und wenige Tage später das Oberhaus das Gesetz, das am 13. April 1829 vom Könige bestätigt wurde. Nur eine Klausel wurde den katholischen Parlamentsmitgliedern noch auferlegt: sie mußten eidlich geloben nichts gegen die protestantische Staatskirche zu unternehmen.

O'Connell trat, nachdem er sich einer Neuwahl unterzogen, in das Unterhaus ein und das Oberhaus wurde durch acht katholische Lords erweitert; einer der wesentlichsten Mängel der englischen Verfassung war damit gehoben und man durfte sich der Hoffnung hingeben, daß nunmehr auch für die irischen Zustände ein wirksames Heilmittel gefunden werden könne. Parlamentsreform. Auf der anderen Seite aber mußte es für selbstverständlich gelten, daß jetzt auch die Forderung einer besseren Vertretung, welche aus dem Schoße der Großstädte laut geworden war, befriedigt wurde. Wenn der Ruf nach Emanzipation der Katholiken Erfolg gehabt hatte, weshalb sollte dann der andere nach Parlamentsreform unerhört bleiben? Die Zustände waren doch in der That himmelschreiend. Man berechnete, daß kaum der fünfte Teil der Unterhausmitglieder aus freier Wahl hervorging, daß 293 Sitze von der Aristokratie direkt oder fast direkt besetzt wurden, daß nicht weniger als 204 rotten boroughs das Parlament beschickten. Man wies darauf hin, wie 45 von diesen weniger als 50 Wähler zählten; man entdeckte zwei unter ihnen, die nur noch aus zwei Häusern bestanden und doch je zwei Abgeordnete ernannten; man stellte dem Städte gegenüber wie Manchester, Birmingham, Sheffield, Leeds, die nur einen oder gar keinen Vertreter hatten, oder auch die neueren Teile von London, die bei einer Bevölkerung von 900000 Seelen ganz ohne Wahlrecht waren. Aber so wenig die Gegner der Reform diese Thatsachen bestreiten konnten und so wenig sie dieselben jede für sich zu beschönigen vermochten, um so nachdrücklicher hoben sie hervor, daß trotz alledem das Parlament seine Pflichten vollkommen erfülle und daß man an die Stelle des segensreich wirkenden nicht ein neues von unbekannter, unerprobter Zusammensetzung stellen solle. Natürlich diente diese konservative Besorgnis zugleich den aristokratischen Standesinteressen zum Deckmantel. Die Parlamentsreform, wie die Whigs sie anstrebten, mußte im Laufe der Zeit das Schwergewicht, das bisher in dem Adel gelegen, auf den Bürgerstand übertragen, und deshalb war von seiten der Tories entschlossener Widerstand zu erwarten. Wenn ihr Ministerium Wellington in die Katholikenemanzipation gewilligt hatte, so durfte man eine gleiche Nachgiebigkeit in der Frage der Parlamentsreform nicht hoffen. Georgs IV. Tod. Auch der König Georg IV., welcher der Torypolitik mit Leidenschaft ergeben war, bildete ein gewichtiges Hindernis, so daß sein Tod, der am 26. Juni 1830 eintrat,

für die Reformer ein erfreuliches Ereignis sein mußte. Denn von seinem Bruder und Nachfolger, dem bisherigen Herzog von Clarence, Wilhelm IV., brauchte man einen hartnäckigen Widerstand nicht zu befürchten; er hatte sich von jeher dem gemäßigten Liberalismus zugeneigt. Das wichtigste war also durch eine große Bewegung im Lande das Parlament selbst für die Sache zu gewinnen und so das Ministerium Wellington aus dem Sattel zu heben. Der Nation war die Frage, welche gelöst werden sollte, längst völlig vertraut; seit einem halben Jahrhundert war sie nicht weniger als fünfzehnmal im Parlamente zur Verhandlung gekommen, zwar ohne durchdringen zu können, aber nicht ohne dadurch ins Bewußtsein der Wähler überzugehen. In den ersten Jahren nach 1815 war sie wohl etwas in üblen Ruf geraten, weil die Hunt und Cobbett sie auf ihr Banner geschrieben hatten; aber seitdem die wieder erstarkten Whigs sich zu ihr bekannten, seit John Russell sie 1821 mit aller Mäßigung im Parlamente wieder auf die Tagesordnung gesetzt hatte, war sie vor der öffentlichen Meinung wieder gerechtfertigt und konnte wohl gegenüber der Katholikenfrage zurücktreten, aber nicht mehr unterdrückt werden. Nun hatte der Sieg in der Katholikenfrage der liberalen Partei soeben aufs neue ihre Stärke gezeigt, und überdies wirkte die Juli-Revolution, welche gerade jetzt in Frankreich das reaktionäre Ministerium und die Dynastie über den Haufen warf, ermutigend auch nach England hinüber. Die Wahlen zu dem ersten Parlamente König Wilhelms, das im November 1830 zusammentrat, fielen daher zu Gunsten der Reformer aus, und da Wellington trotzdem am Ruder blieb und die Thronrede nichts über die verlangte Reform enthielt, so machte sich in Versammlungen, Adressen und mancherlei Ausschreitungen der Unwille der Bevölkerung Luft: in London selbst kam es zu Unruhen, in manchen Grafschaften verrieten zahlreiche Brandstiftungen, daß sich mit den politischen Leidenschaften gefährlichere und weniger edle vermischten. Es war daher ein freudig begrüßter Sieg, als am 16. November Wellington, weil ihm das Parlament die Civilliste des Königs verweigerte, abtrat und Earl Grey, der schon vor langen Jahren als Lord Howick die Reform verteidigt hatte, ein Whigministerium bildete. Die vorzüglichsten Köpfe seiner Partei, Brougham, Landsdowne, John Russell traten in dasselbe ein; aber auch von den gemäßigten Tories, die nicht unbedingt jeder Reform feindlich waren, wußte er einige, vor allem Lord Palmerston als Minister des Äußeren, für sein Kabinet zu gewinnen. Damit übernahm er die Verpflichtung seine Reformvorschläge von jeder radikalen Färbung frei zu halten, womit er übrigens auch den Wünschen seiner eigenen Partei entsprach. Die Wintermonate wurden zur Ausarbeitung des Gesetzes benutzt und am 1. März 1831 brachte Lord John Russell dasselbe im Unterhause ein. Das Recht zu wählen sollte danach künftig in den Städten an einen Steuersatz von zehn Pfund gebunden sein, in den Grafschaften auf alle Erbpächter und auf solche Zeitpächter ausgedehnt werden, deren Pacht

Wilhelm IV.

Ministerium Grey.

Reformvorlage.

wenigstens 50 Pfund betrüge. Den rotten boroughs, die weniger als 2000 Einwohner zählten, dachte man ihre Vertretung ganz zu nehmen, denen mit weniger als 4000 höchstens einen Abgeordneten zu lassen. Von den so erledigten Sitzen sollten 62 in Zukunft ganz ausfallen, die Zahl der Unterhausmitglieder sich also auf 596 vermindern; die übrigen Sitze wurden teils den Grafschaften und also mittelbar dem Großgrundbesitz, vorwiegend aber den großen Städten zugewiesen, so daß z. B. London acht neue Vertreter zu wählen hatte, während sieben Städte je zwei, und zwanzig bisher gar nicht vertretene Orte je ein Mandat erhielten. So maßvoll diese Zugeständnisse waren, fand das Gesetz aber doch bei den Tories den größten Widerstand, und die Verminderung der Parlamentssitze erfreute sich auch bei den Whigs keines großen Beifalls. Daher erhielt der Vorschlag der Regierung in zweiter Lesung nur eine Stimme Mehrheit (304 gegen 303) und wurde in der dritten so vielfach umgemodelt, daß Graf Grey zu einer Auflösung des

Auflösung des Parlamentes.

Parlamentes schritt, die vom Könige am 22. April vollzogen wurde. Die Tories hatten diese Niederlage ihrem eigenen Ungestüm zuzuschreiben; denn der Monarch war anfangs durchaus gegen die Auflösung; als er aber vernahm, daß im Oberhause eine Adresse beantragt werde, die ihm den Gebrauch dieses königlichen Vorrechtes widerraten solle, bäumte sich sein Stolz dagegen auf und er genehmigte nicht allein den Vorschlag der Minister, sondern fuhr sogar auf der Stelle ins Oberhaus, unterbrach durch sein Erscheinen die Adreßdebatte und verkündete persönlich den Entschluß, den er gefaßt habe. Die Neuwahlen ergaben eine entschlossene reformfreundliche Mehrheit; das Ministerium selbst nahm einen Teil der gewünschten Änderungen in seine Bill auf, verzichtete auf die Verminderung der Sitze, ließ mehreren rotten boroughs ihr Wahlrecht und sah am 21. September die neue Vorlage mit einer Majorität von

Widerstand der Lords.

109 Stimmen angenommen. Allein nun galt es noch den schwierigsten Widerstand zu überwinden: den des Oberhauses, welches das Gesetz einige Tage später mit großer Mehrheit verwarf. Seine Opposition zu brechen gab es zwei Wege; entweder mußte die öffentliche Meinung sich mit solcher Stärke äußern, daß die Lords sich zur Nachgiebigkeit entschlossen; oder der König mußte nach dem ihm zustehenden Rechte der Pairsernennung so viel reformfreundliche Mitglieder in das Haus schicken, daß die bisherige Mehrheit zur Minderheit wurde. Wenn der erste Weg zum Ziele führte, schien er den Vorzug zu verdienen. Das Parlament wurde also vertagt und bei seinem erneuten Zusammentritt

Aufregung im Lande.

die Bill mit einigen Änderungen abermals vorgelegt. Die Monate, welche seit der Ablehnung verstrichen waren, hatte die Reformpartei zu lebhaften Demonstrationen benutzt, sogar zu lebhafteren als gut war, wenn man nicht die ängstlicheren Gesinnungsgenossen und den König selbst scheu machen wollte. Hatte doch der Präsident des Reformvereins in Birmingham mit der Aufstellung eines eigenen Heeres gegen das Oberhaus gedroht, ein Wort, das nicht ganz unbedenklich klang, da der

Verein 50 000 Mitglieder zählte. In Bristol war es zu einem blutigen Auflauf gekommen; der Herzog von Wellington und andere Häupter der Tories sahen sich persönlich oder in ihrem Eigentum gefährdet. Dadurch schien es für manchen geradezu eine Ehrensache zu werden nicht nachzugeben. Wirklich verwarf das Oberhaus die Bill, welche das Unterhaus am 22. März 1832 auch in der neuen Gestalt angenommen hatte, am 7. Mai mit fast derselben Mehrheit, wie im September 1831. Nun blieb dem Ministerium kein anderes Mittel als vom König einen Pairsschub zu verlangen. Bedenklich gemacht durch die Agitation der Radikalen, stark beeinflußt von seiner Gemahlin Adelheid, einer Meininger Prinzessin, die Ratschlägen vom Festlande her sehr zugänglich war, verweigerte König Wilhelm die erbetene Vollmacht, willigte in Greys Rücktritt und betraute Wellington mit der Bildung eines neuen Kabinets. Aber dieser vorübergehende Sieg zeigte am besten die Schwäche der Tories. Eine ungeheure Bewegung durchzuckte das Volk; an den Galgen mit Wellington! wiederhallte es in den Meetings; der König wurde mit Steinwürfen empfangen; 90 000 Schotten erklärten sich bereit mit den Waffen für die Reform einzutreten; das Unterhaus forderte den König auf nur Freunde der Reform in seinen Rat zu berufen — und wenige Tage, nachdem ihn der König mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt, am 15. Mai 1832, gab Wellington diesen Auftrag in die Hände des Monarchen zurück. Grey erhielt die Ermächtigung zu einem Pairsschub und ergriff wieder die Zügel der Regierung; und so entscheidend hatte das kurze Zwischenspiel gewirkt, so unzweifelhaft die Unmöglichkeit eines Tory-Regimentes an den Tag gelegt, daß jetzt die Drohung genügte und der Pairsschub selbst, dem auch die Whigs grundsätzlich keineswegs zugeneigt waren, unterbleiben konnte. Am 4. Juni nahm das Oberhaus, da die heftigsten Gegner sich der Abstimmung enthielten, die Reform an und am 7. Juni 1832 wurde das neue Gesetz vom König unterzeichnet. So war in einem lebhaften zweijährigen Feldzuge das erwünschte Ziel erkämpft worden, und wenn in dieser Zeit auch mehr als einmal das Gespenst der Revolution vernehmlich an die Thür geklopft hatte, so war doch auch in dieser großen Krisis zuletzt der Ruhm Englands gewahrt worden, daß seine Verfassung ihm die Mittel biete notwendige Reformen auch ohne Revolution ins Leben zu rufen.

Ministerkrisis. Wellington. Nachgiebigkeit der Lords.

Frankreich vor der Juli-Revolution.

Ministerium Villèle.

Auf diese innere Gesundheit seines staatlichen Organismus konnte England um so stolzer blicken, als Frankreich nach einer Reihe vergeblicher Versuche, auch seinerseits die Bahnen der Reform einzuschlagen doch wieder den Weg der Revolution betreten hatte. Das Ministerium Villèle hätte es nach dem spanischen Feldzuge leicht gehabt ein verständiges konservatives Regiment zu führen und dabei doch den dringendsten Forderungen der Liberalen gerecht zu werden. Denn diese verfügten in

der Kammer über zu wenig Stimmen um viel zu verlangen; da sie aber in der Pairskammer hinreichende Macht besaßen um wirklich reaktionäre Maßregeln zu vereiteln, so war auch die überkönigliche Opposition nicht stark genug um das Kabinet, wenn dieses nur festen Willen zeigte, von der goldenen Mittelstraße wegdrängen zu können, zumal der König selbst nach wie vor die gemäßigte Richtung begünstigte. Zu Frankreichs Unglück verstand aber Villèle weder die Gunst, noch die gebieterische Notwendigkeit seiner Lage, sondern war beflissen, ohne in die Forderungen der alleräußersten Rechten einzustimmen, doch den reaktionären Neigungen des Thronfolgers sich gefällig zu zeigen, um sich dadurch auch für den Fall des Regierungswechsels möglich zu erhalten. Den günstigen Ausgang des spanischen Feldzugs benutzte er daher zur Auflösung der Kammer, in der Hoffnung, diese dadurch von allen liberalen und überköniglichen Bestandteilen zu reinigen. Mit Hilfe einer unerhörten Gewaltsamkeit, welche nicht einmal vor der Fälschung der Wählerlisten zurückscheute, erreichte er dies Ziel so vollkommen, daß bei den Neuwahlen im Februar und März 1824 nur 17 Liberale gewählt wurden und auch die Opposition auf der äußersten Rechten eine bedeutende Verminderung erlitt. Ohne Schwierigkeiten setzte das Ministerium darauf auch sein nächstes Vorhaben durch; die Kammern willigten ein, daß die teilweise Erneuerung, die verfassungsmäßig alle Jahre stattfinden sollte, beseitigt und die Dauer der Wahlperiode auf sieben Jahre verlängert wurde. Aber Villèle mußte nun die Erfahrung machen, daß es für eine herrschende Partei durchaus nicht wünschenswert ist keine kräftige Opposition sich gegenüber zu haben; da seine Anhänger von den Gegnern nichts zu fürchten brauchten, spalteten sie sich untereinander; die anfängliche Einmütigkeit schwand mehr und mehr, und die gemäßigteren Deputierten, die gegen eine liberale oder klerikale Opposition das Ministerium treu unterstützt haben würden, zweigten sich, da dieser Gegensatz bedeutungslos wurde, allmählich von der Mehrheit ab. Andererseits geriet das Ministerium infolge seiner willkürlichen Maßregeln immer weiter nach rechts ohne doch die Ultras, die ihm von früher her persönlich feind waren, an sich zu ziehen; vielmehr schaffte sich Villèle durch sein unkluges Verfahren stets neue Gegner. Seinem Kollegen Chateaubriand, der ihn allerdings bei einer wichtigen Vorlage — es handelte sich um die Herabsetzung des Zinsfußes der Rentenschuld — in der Pairskammer im Stich gelassen hatte, zwang er zum Rücktritt und machte sich dadurch diese scharfe Feder, welcher das einflußreiche Journal des Débats zur Verfügung stand, zum bitteren Feinde. Die Presse nahm in ganzer Linie den Kampf gegen das Ministerium auf, den die Kammer zu führen unterließ. Zwar kaufte Villèle nun mehrere wichtige Zeitungen unter der Hand an und ließ sie im Sinne der Regierung schreiben; aber die Folge war, daß sie ihren Einfluß verloren und die anderen Oppositionsjournale an Leserzahl und Wirksamkeit gewannen. Auch die Wiederherstellung der Zensur, welche der König nach

Verfassungsänderung.

Reaktion.

einem Gesetz von 1822 durch bloße Verordnung verfügen konnte, erwies sich als stumpfe Waffe, und die Umgestaltung des Staatsrates, dessen freisinnige Mitglieder durch Männer der Kongregation verdrängt wurden, erbitterte, ohne neue Anhänger zu verschaffen. Man sah in allen diesen Maßregeln bereits deutlich die Rücksichtnahme auf den künftigen Monarchen, und wirklich that Villèle in den letzten Monaten Ludwigs XVIII. keinen bedeutsamen Schritt, ohne sich mit Artois verständigt zu haben. Ludwig wurde immer stumpfer und gleichgültiger gegen Regierungssachen und ließ sich die Beziehungen seines Ministers zu Artois gefallen. Altersschwäche führte seine allmähliche Auflösung herbei und am 17. September 1824 verschied er.

Tod Ludwigs XVIII.

Ohne Liebe und ohne Haß hatte sein Volk ihm gegenüber gestanden; seinen Tod erfuhr es doch nicht ohne lebhafte Teilnahme. Denn nach allem, was man von Artois wußte, durfte man jetzt auf ein krasses Priesterregiment gefaßt sein. Wider Erwarten ließ sich aber die Herrschaft des neuen Königs, der als Karl X. den Thron bestieg, recht glimpflich an. Eine ausdrückliche Erklärung die Verfassung, die er als Unterthan beschworen, zum Wohle seines Volkes befestigen zu wollen, eine umfangreiche Begnadigung, die Wiederaufhebung der Zensur und ähnliche Maßnahmen erweckten frohe Hoffnungen und eine ungeahnte Vertrauensseligkeit. Von langer Dauer waren diese Tage der Zuversicht allerdings nicht. Die kühnen Erwartungen, die sich sogar bis zum Ersatz Villèles durch liberale Minister verstiegen, wurden bald enttäuscht. Anfangs wechselten noch gute und schlechte Eindrücke. Man murrte, als 167 Generale des Kaiserreichs mit einem Federstrich pensioniert wurden; man rief Beifall, als dem beliebten Herzog von Orléans der Titel „Königliche Hoheit" zu teil wurde, den Ludwig ihm hartnäckig versagt hatte; man zürnte, als das Ministerium für den König das Recht in Anspruch nahm durch bloße Verordnung die Gründung von Nonnenklöstern zu gestatten; und wiederum begrüßte man mit Freuden den Entschluß des Monarchen, sein persönliches Eigentum nach der Gewohnheit der früheren Könige den Staatsdomänen einzuverleiben. Aber nur wenige Monate hindurch dauerte dieses Schwanken; die unbedingte Herrschaft, welche die Priesterpartei über Karl X. ausübte, trat bald in unverhüllter Nacktheit hervor. Wenn kirchliche Fragen ins Spiel kamen, dann bot auch die Pairskammer nicht den Rückhalt, welchen der Liberalismus in rein politischen Fragen bei ihr zu finden gewohnt war. Sie genehmigte das „Sakrilegiumsgesetz", welches den Diebstahl gottesdienstlicher Gefäße mit lebenslänglicher Galeerenstrafe, den Einbruch in eine Kirche mit dem Tode und die Entweihung der Hostie gar mit der Strafe des Vatermordes bedrohte, eine Barbarei, welche die Verteidiger mit dem lästerlichen Satze rechtfertigten, daß man den Tempelschänder, indem man ihn töte, ja nur zu seinem natürlichen Richter sende. Nicht minder großen, aber minder begründeten Unwillen erregte das Gesetz, welches eine Milliarde Franken zur Entschädigung der Emigranten anwies, deren

Karl X.

Das Sakrilegiumsgesetz.

Die Entschädigung der Emigranten.

Güter während der Revolution eingezogen waren. Wenn sich mancherlei gegen diese Maßregel einwenden ließ, so sprachen doch auch zahlreiche Gründe der Gerechtigkeit und der Klugheit dafür, und die Finanzlage des Staates war so günstig, daß man ohne Bedenken in die große Ausgabe willigen konnte; wies doch auch so das Budget für 1826, das in Einnahme und Ausgabe reichlich 900 Millionen Franken betrug, noch einen Überschuß von neun Millionen auf. Karl X. hatte bei der Entschädigung der Emigranten auch noch die Hoffnung, daß sie der zum Teil verarmten Aristokratie wieder zu größerem Ansehen verhelfen werde; den gleichen Zweck verfolgte er mit einem Gesetz, das in gewissen Fällen die Vererbung des ganzen liegenden Nachlasses an den ältesten Sohn einführen und somit die Zersplitterung des großen Grundbesitzes erschweren sollte. Allein zur lebhaften Freude der Liberalen, die darin eine Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit sahen, verwarf die Pairskammer 1826 diesen Entwurf, dessen Annahme vielleicht im Interesse der Aristokratie, aber nicht in dem des Landes gelegen hätte. Karl X. hätte nichts mehr gewünscht, als gerade bei dem hohen Adel kräftige Unterstützung zu finden; je mehr er sich darin getäuscht sah, um so ausschließlicher suchte er nun Hilfe bei den Klerikalen, die 1825 im Mai bei seiner Krönung und Salbung in Rheims einen seltsamen Triumph feierten. Das heilige Salbfläschchen, die Ampulla, welche einst bei Chlodwigs, des Frankenkönigs, Taufe ein Engel vom Himmel gebracht haben sollte, war in der Revolution auf Befehl des Konventes zertrümmert worden und mit seinem Inhalt hatten sich die Frevler die Stiefel geschmiert; jetzt aber wurde protokollarisch festgestellt, daß ein Priester die Scherben des Gefäßes und einige Tropfen Öles gerettet habe, und der Moniteur verkündigte feierlich den Gläubigen, dasselbe Öl, mit welchem seit Chlodwig alle französischen Könige gesalbt seien, werde auch auf der Stirne Karls X. fließen. Schlimmer aber als in solchen Spielereien gab sich der klerikale Sinn des Königs in der tyrannischen Herrschaft kund, welche die Priester ungestraft üben durften, in der Bekämpfung der gemischten Ehen, in der Proselytenmacherei, der Unduldsamkeit, der schleichenden Spürerei und Heuchelei, die immer mehr überhand nahmen. Kein Wunder, wenn das Mißtrauen im Volke beständig wuchs und selbst das abenteuerliche Gerede Glauben fand, der König sei in den Jesuitenorden eingetreten und müsse, mit der Mönchskutte angethan, seinen Oberen von all seinem politischen Thun und Lassen Rechenschaft ablegen. Unzweifelhafte Thatsache war es, daß die Jesuiten, obgleich durch Gesetz aus Frankreich verbannt, dennoch von der Regierung geduldet wurden; diese selbst gestand es in der Kammer zu und änderte ihre Haltung auch dann nicht, als die Gerichte ihr die Verpflichtung, jenes Gesetz zu handhaben, ausdrücklich ins Gedächtnis riefen. Unzweifelhafte Thatsache war es auch, daß die Kongregation im Staate die gewaltigste Macht war, daß ihre Gunst Beförderungen im Civildienst wie im Heere erwirkte, daß sie ihren Einfluß bis in die untersten

Die Krönung in Rheims.

Herrschaft der Geistlichkeit.

Gesellschaftsklassen hineinerstreckte, so daß selbst Kammermädchen und Lakaien sich auf ihre Empfehlungen beriefen. Der Wagen rollt dem Abgrunde zu, rief das Journal des Débats aus, ohne daß wir ihn aufhalten können; wahrhaftig, man sollte an ein Verhängnis glauben!

Die Pairskammer und das Preßgesetz.

Es wird der damaligen Pairskammer für alle Zeiten zur Ehre gereichen, daß sie in den meisten und wichtigsten Fällen mit Entschiedenheit der Regierung gegenübertrat und viel Unheil verhinderte. Von besonderer Bedeutung war ihr Widerstand, als Villèle 1827 zu einem vernichtenden Schlage gegen die Presse ausholte. Außer vielen anderen Beschränkungen, die man ihr zudachte, sollte für alle Bücher unter fünf Bogen eine Stempelsteuer eingeführt werden, die einen bis anderthalb Franken, je nach der Bogenzahl, betrug; die Tagespresse sollte so belästigt und belastet werden, daß nach Villèles eigenem Geständnis kaum zwei oder drei Pariser Zeitungen es hätten tragen können und daß die Verluste einzelner Verleger in die Millionen gingen. Natürlich regte sich in Paris und ganz Frankreich augenblicklich alles, was mit Feder und Druckerschwärze in Verbindung stand, die Schriftsteller von rechts bis links, von Chateaubriand und den Akademikern bis auf Béranger und Thiers, die Buchhändler, die Druckereibesitzer, die Setzer, die Zeitungsverkäufer. Die Liberalen in der zweiten Kammer leisteten mutigen Widerstand, indes sie unterlagen wie immer; in dem Hause der Pairs aber bereitete sich die nachdrücklichste und siegesgewisseste Opposition vor. Ein Ausschuß wurde zur Prüfung niedergesetzt und beschloß einstimmig die Verwerfung. Die Niederlage der Regierung war so sicher, daß sie lieber am 17. April 1827 den Entwurf zurückzog. Ein ungeheurer Jubel, Illuminationen, Feuerwerke, Fackelzüge waren in Paris und in den Provinzen die Antwort darauf. Man war gutmütig genug, dem Könige die Zurücknahme als persönliches Verdienst anzurechnen; als er wenige Tage darauf eine Musterung über die 20000 Pariser Nationalgardisten abhielt, wurde er lebhaft begrüßt und war so erfreut darüber, daß er den Erlaß eines belobenden Tagesbefehls anordnete. Aber ehe diese Weisung ausgeführt war, meldete man ihm, daß die heimkehrenden Nationalgardisten außer den Hochs auf den König auch Nieder mit dem Ministerium! und Weg mit den Jesuiten! gerufen. Und mit plötzlicher Sinnesänderung verwandelte der gekränkte Monarch den belobenden Tagesbefehl in ein Dekret, welches die Nationalgarde auflöste, und stellte überdies durch eine Verordnung ohne Angabe von Gründen die Zensur wieder her.

Auflösung der Nationalgarde.

Der Pairsschub.

In der bisherigen Weise konnten die Dinge indes nicht mehr weiter gehen; Villèle sah ein, daß er sich in einer Sackgasse befand, in der ihm die Pairskammer den Weg versperrte. Sie unschädlich zu machen gab es nur ein Mittel: der König mußte 70—80 neue Pairs ernennen um die Opposition zur Minderheit zu machen. Da aber diese neuen Pairs größtenteils aus den Reihen der Deputierten genommen werden mußten, so wären zahlreiche Ersatzwahlen nötig geworden, welche der Regierung

eine ebenso große Thätigkeit und Wahlbeeinflussung auferlegten wie eine völlige Neuwahl. Da lag es denn nahe die zweite Kammer, in welcher die ministerielle Partei ja ohnedies in starker Zersetzung begriffen war und deren Mandat doch schon in 2—3 Jahren ablief, lieber gleich ganz aufzulösen und allgemeine Neuwahlen auszuschreiben um dann für sieben Jahre Ruhe zu haben. Da Villèle nach seinem glänzenden Erfolge im März 1824 auch jetzt an einem günstigen Ausgang nicht zweifelte, so war sein Entschluß bald gefaßt; der König stimmte zu, und am 5. November 1827 wurde Frankreich durch vier königliche Verordnungen überrascht, welche 76 neue Pairs ernannten, die Deputiertenkammer auflösten, binnen 2—3 Wochen Neuwahlen anordneten und die Zensur wiederaufhoben. Offenbar sollte die letzte Maßregel eine der Regierung günstige Stimmung hervorrufen und die Thätigkeit der Präfekten von dieser Seite her unterstützen; daß die Opposition aus ihr beträchtlichen Nutzen ziehen werde, schien bei der Nähe des Wahltermins unwahrscheinlich. Aber das Unwahrscheinliche geschah. Alle Widersacher der Regierung schlossen sich zu einer „konstitutionellen Oppositionspartei" zusammen. Zwei Vereine, die Freunde der Preßfreiheit und die Gesellschaft Aide-toi, le ciel t'aidera, nahmen die Agitation in die Hand. Der Erfolg war glänzend. Paris wählte lauter Oppositionsmänner, Laffitte, Dupont de l'Eure, Royer Collard, Benjamin Constant, Casimir Périer, die anerkannten Führer der Liberalen; in dem schrankenlosen Jubel über diesen Sieg kam es am Abend des Wahltages, am 18. November, sogar zu blutigen Krawallen und — zum erstenmal wieder seit 30 Jahren — zu Anfängen des Barrikadenbaues. Diese Ausschreitungen wurden von der Regierung freilich leicht unterdrückt; aber das Wahlresultat blieb und stand nichts weniger als vereinzelt; von 428 Deputierten waren nur 125 wirkliche Ministerielle; die übrigen 300 gehörten den verschiedenen Oppositionsparteien an, zum Teil den Liberalen, zum Teil denjenigen Royalisten, welchen der Haß gegen die Priesterpartei mit jenen gemeinsam war. Als Villèle seinen Anschlag so völlig mißlungen sah, räumte er das Feld; am 3. Januar 1828, ehe die neue Kammer zusammengetreten war, erbat er vom König seine Entlassung und übergab die Regierung, die er sieben Jahre geführt, einem Ministerium, dessen Haupt der Vicomte von Martignac war.

Auflösung der Kammer. — *Die Neuwahlen.* — *Villèles Rücktritt.*

Ministerium Martignac.

Die Parteigruppierung des neuen Parlamentes erforderte nicht, ja duldete kaum ein entschieden liberales Kabinet, das überdies dem Könige unerträglich gewesen wäre. Martignac war deshalb eine ganz geeignete Persönlichkeit, ein Gegner Villèles, ein rühriger tüchtiger Geschäftsmann, ein ehrlicher Charakter, aber kein liberaler Parteigänger. Wo freisinnige Maßnahmen zum Wohle des Staates nötig erschienen, bequemte er sich willig dazu; aber was ihn leitete, war das Bedürfnis, nicht ein Parteiprogramm. Die Radikalen mochten daher wohl spotten, sein Wahlspruch sei: ich liebe Papa, den lieben Gott, ich liebe auch Mama, die Revolution; sie waren ihm doch für viele Schritte sehr zu Dank ver-

Liberale Maßregeln.

pflichtet. Aus den fünf Kandidaten, welche die Kammer für ihren Präsidentensitz bezeichnete, ließ er den König den Führer der Liberalen, Royer Collard, ernennen; zwei Kollegen, die er anfangs aus Villèles Kabinet mit übernommen hatte, mußten zwei gemäßigten Konservativen, Hyde de Neuville und dem Bischof Feutrier, weichen; durch ein neues Wahlgesetz wurde der ungesetzliche Einfluß der Beamten beschränkt; das Recht des Königs durch bloße Verordnung die Zensur einzuführen wurde aufgehoben, das sogenannte schwarze Kabinett der Pariser Postverwaltung beseitigt. Noch größeren Beifall fanden zwei Verordnungen vom 16. Juni 1828, welche die Jesuiten aus ein paar Seminarien, die sie gegründet, vertrieben, und festsetzten, daß auch die übrigen Orden in ihre Schulanstalten nicht mehr als 20000 Schüler aufnehmen dürften. Die Expedition Maisons nach Morea zeigte auch in der auswärtigen Politik einen kräftigen Zug. Aber die segensreichste Maßregel des Ministeriums schien es werden zu sollen, als dasselbe in der Session von 1829 ein Gesetz vorlegte, nach welchem in Zukunft die Generalräte der Departements, die Bezirks- und die Gemeinderäte statt wie bisher von dem Minister oder dem Präfekten ernannt zu werden, aus Wahlen hervorgehen sollten. Nicht ohne Widerstreben hatte der König dazu seine Einwilligung erteilt; allein da er glaubte, die Zusammensetzung der Kammer mache es ihm unmöglich Martignac zu entlassen, so hatte er seine Abneigung bezwungen. Ihn bei diesem Glauben zu erhalten hätte das eifrige Bestreben der Mehrheit sein müssen; aber die zahlreichen Erfolge, welche sie schon errungen, machten sie übermütig; sie veränderte den Martignacschen Entwurf in einer Weise, daß der Minister sich weigerte darauf einzugehen und, als die Mehrheit auf ihrem Willen bestand und insbesondere hartnäckig den Wegfall der Bezirksräte forderte, die ganze Vorlage zurückzog. Die bösen Folgen dieses offenbaren Zwiespaltes traten nicht sogleich an den Tag, aber sie wirkten im geheimen nur um so verderblicher. Der König hatte gesehen, daß auch Martignac die Kammer nicht in seiner Hand habe; damit fiel der einzige Grund, aus dem er ihn berufen, hinweg; angenehm war ihm sein Minister nie gewesen; der Mann, den er sich schon lange an die Spitze des Kabinets wünschte, war der Fürst Jules Polignac, damals Gesandter in London. Sowohl Villèle wie Martignac hatten die Gefährlichkeit des Nebenbuhlers erkannt und waren deshalb auf den wiederholten Wunsch des Monarchen, ihm ein Portefeuille zu übertragen, nicht eingegangen. Jetzt war dieser entschlossen ihn nicht als Kollegen, sondern als Nachfolger Martignacs zu berufen. Hinter des letzteren Rücken verhandelte er mit dem Führer des Ultras, Labourdonnaye, und gewann diesen für den Eintritt in das Zukunftskabinet. Bis zum Schluß der Session sollte die Sache geheim bleiben. Kaum aber waren die Kammern am 31. Juli 1829 geschlossen, so entließ Karl aus eigenem Antriebe sein Ministerium und übertrug am 8. August die Leitung der Geschäfte dem Fürsten Polignac.

Martignacs Entlassung

Ministerium Polignac.

Polignacs Name war ein Programm, das für die öffentliche Meinung keiner Erklärung bedürftig schien; verlangte man aber noch eine Erläuterung, so mußten die Männer, die er zu Kollegen erhielt oder erwählte, die letzten Zweifel zerstreuen. Neben Labourdonnaye war Bourmont, der Verräter von Waterloo, der bekannteste und verhaßteste unter ihnen. „Die Männer, welche jetzt die Verwaltung leiten, so begrüßte das Journal des Débats das neue Ministerium, wollten sie auch gemäßigt sein, sie könnten es nicht. Der Haß, den ihr Name in allen Gemütern erweckt, ist zu tief um nicht zurückgegeben zu werden. Gefürchtet von Frankreich, werden sie Frankreich furchtbar werden.“ Und es schloß mit dem prophetischen Ausruf: Unglückliches Frankreich! Unglücklicher König! Das war die allgemeine Stimmung, die sich von Paris durch das ganze Land verbreitete, und die von allen Parteien, die äußerste Rechte ausgenommen, geteilt wurde. Ohne Zweifel lag viel Übertreibung in diesen Ansichten. Es steht durch ein Memoire, das Polignac an den König richtete, aktenmäßig fest, daß er den Bestand der Verfassung nicht anzutasten entschlossen war; mit einem solchen Plane durchzudringen, so wies er nach, sei nicht die geringste Hoffnung vorhanden; denn die Charte gelte der unermeßlichen Mehrheit der Franzosen als der echte Ausdruck des notwendigen Wechselverhältnisses zwischen König und Volk; höchstens dürfe man an eine vorübergehende Aufhebung des Gesetzes denken, aber auch dies nur, wenn man der Nation die Überzeugung einflößen könne, es geschehe nur um ihr den Genuß des Gesetzes für alle Zukunft zu sichern. Verwegen genug war auch dieses Spiel, zumal wenn ein Polignac es leiten sollte, dessen Verstand ein bitteres Witzwort mit Talleyrands Ehrlichkeit auf eine Stufe stellte. Dieser Einsicht verschloß sich auch Labourdonnaye nicht. Wäre ihm selbst die Führung zugefallen, dann hätten ihm auch die äußersten Schritte kaum große Überwindung gekostet; aber um seinen Kopf zu spielen ohne selbst die Karten zu halten, dazu, erklärte er seinen Freunden, könne er sich nicht entschließen, und trat aus dem Kabinett zurück.

Polignacs Pläne.

Die äußere Politik.

Polignacs Lieblingsplan war es durch einen glänzenden Erfolg der auswärtigen Politik die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Die Zeitlage schien einem kühnen Wagnis günstig. Erst wenige Monate waren verstrichen, seit Metternichs Wunsch dem Vormarsch der Russen auf der Balkanhalbinsel Halt zu gebieten die mannigfachsten Tauschpläne angeregt hatte. War doch der Zar damals schon so weit gegangen den König von Preußen direkt zu befragen, ob er auf einen Austausch am Rhein sich einlassen würde. Allerdings hatte dieser das unbedingt abgelehnt, allein dadurch ließ Polignac sich nicht entmutigen und entwarf ein großes Projekt die Karte Europas umzugestalten. Die Türkei sollte ganz verschwinden; die Donaufürstentümer fielen an Rußland, Serbien und Bosnien an Österreich; den Rest erhielt der König der Niederlande. Von dessen Ländern kam Belgien an Frankreich, die Kolonieen an England, Holland wurde Preußen zu teil, dem auch das

Königreich Sachsen zugedacht war. Dessen Monarch sollte mit den rheinischen Besitzungen Preußens, einem neugeschaffenen Königreich Austrasien, entschädigt werden; nur den südlichsten Teil mußte er Bayern überlassen, das auch Salzburg und das Innviertel erhalten sollte, wenn es einen etwaigen Widerstand Österreichs gegen dieses Projekt mit bewaffneter Hand bekämpfen helfe. Alles das waren nicht vage Ideen, sondern ein vollständiges Programm, welches die Billigung des Ministerrates erhielt und nach Petersburg abging um zunächst Rußland vorgelegt zu werden. Aber Polignac hatte Unglück; als seine Vorschläge an der Newa anlangten, traf auch die Kunde von dem Frieden von Adrianopel ein, und damit war dem Anschlag der Boden unter den Füßen weggezogen, so daß der Gesandte seine Anträge nicht einmal mehr zur Kenntnis des russischen Kabinetts bringen konnte. Es galt nun einen anderen Anlaß zu finden, mittels dessen sich einiger Ruhmesschimmer, wenn auch in bescheidenerem Maße, gewinnen lasse. Die Aufgabe war nicht schwierig. Schon seit 1827 hatte Frankreich den diplomatischen Verkehr mit dem Dey von Algier abgebrochen. Es hatte dieser nämlich wegen einer Geldstreitigkeit, in der zwei seiner Unterthanen mit der französischen Regierung lagen, einen Brief an Karl X. gerichtet, auf welchen die Antwort ausblieb. Seiner Klage darüber setzte der französische Konsul die übermütige Antwort entgegen, der König von Frankreich führe keinen Briefwechsel mit einem Dey von Algier. Entrüstet fuhr der Dey auf und gab ihm einen Schlag mit dem Fliegenwedel. Da er jede Genugthuung für diese Schmach verweigerte, mußte Villèle den Konsul abberufen und ließ Algier blokieren. Zwei Jahre dauerte dieses ziemlich unwirksame Einschüchterungsmittel; da stellte das Ministerium Martignac in seinen letzten Tagen ein Ultimatum. Aber mit so wenig Glück, daß der Dey sogar auf das Schiff des französischen Parlamentärs schießen ließ. So hatte also Polignac von dem ersten Tage seiner Regierung an einen Kriegsfall zur Verfügung; solange er sich jedoch mit größeren Plänen trug, wünschte er die Strafe an Algier von fremder Hand vollziehen zu lassen, und lud Mehemet Ali von Ägypten, der bei der Zerstückelung der Türkei natürlich selbständig geworden wäre, ein sich Algier zu erobern. Das Scheitern des großen Teilungsplanes gab nun dem Streit mit Algier in den Augen Polignacs einen erhöhten Wert, und wenn das Unternehmen auch in mancher Hinsicht mißlich war, so mußte es nunmehr doch herhalten. Am 7. Februar 1830 beschloß das Kabinett den Krieg und übertrug die Führung desselben dem Minister Bourmont, dessen Geschäfte mittlerweile Polignac selbst wahrnehmen sollte.

Der Streit mit Algier.

Die Eröffnung der Kammern.

Während die Vorbereitungen zum Kriege eifrig betrieben wurden, eröffnete der König am 2. März persönlich die Kammern, und zwar, wie er es seiner Familie angekündigt hatte, „als König“. Er sprach seine Zuversicht aus, daß die Vertreter des Landes ihn in seinen guten Absichten unterstützen würden, aber er erklärte auch in fast drohendem Tone, daß er sowohl in der Liebe der Franzosen wie in seinem eigenen

festen Entschlusse die Kraft finden werde strafbare Umtriebe zu beseitigen. Dabei geriet er so in Hitze, daß er, um sich abzukühlen, den Hut abnehmen wollte und ihn zu Boden fallen ließ. Der Herzog von Orléans war es, der ihn aufhob, eine Laune des Zufalls, in der man bald eine Vorbedeutung erkennen wollte. Zunächst rief die Entschiedenheit des Königs eine gleiche Entschiedenheit bei den Deputierten hervor. Die Antwort auf die Thronrede beklagte das Mißtrauen, welches der leitende Gedanke der jetzigen Verwaltung sei; sie nannte dieses Mißtrauen beleidigend, beunruhigend und bedrohlich für die Freiheiten des Volkes; sie forderte zwischen den Zeilen einen Ministerwechsel, wie er den Wünschen der Nation entspreche. Karls Antwort war, daß seine Entschlüsse unveränderlich seien und daß ihm das Interesse seines Volkes verbiete davon abzugehen. Am Tage nach dem Empfang der Adresse, am 19. März 1830, wurden die Kammern bis zum 3. September vertagt.

Vertagung derselben.

Auch die Auflösung derselben war beschlossene Sache; aber man zögerte noch sie auszusprechen, um die Neuwahlen durch Siegesnachrichten aus Afrika beeinflussen zu können. Am 25. Mai ging die Expedition, 107 Kriegsschiffe mit 27 000 Matrosen und Seesoldaten, 37 000 Mann Landungstruppen, unter Bourmonts Befehl sorgfältig ausgerüstet, von Toulon aus in See. Die Überfahrt wurde durch widrige Winde erschwert, die Landung aber am 14. Juni mit Glück und Geschick auf der Halbinsel Sidi Ferruk, drei Meilen westlich von Algier, vollzogen. Schon am 19. Juni kam es in der Ebene Staueli zu einer blutigen Schlacht, in welcher der Sieg zuletzt den Franzosen blieb. Gegen Algier selbst vorzurücken unterließ Bourmont jedoch, weil sein Belagerungspark noch nicht ausgeschifft war; erst nach 10 Tagen marschierte er vorwärts. Und nun entwickelte sich die Entscheidung mit großer Schnelligkeit. Zum Gegenstande des ersten Angriffs wurde das alte Kaiserschloß ersehen, bei dem 1541 Karls V. Zelt gestanden hatte. Am 30. Juni wurden die Laufgräben eröffnet, schon am 4. Juli verließ die Besatzung das Schloß und sprengte es in die Luft. Dem Dey war in der Bestürzung über die Macht der französischen Artillerie jede Lust zu weiterem Widerstande geschwunden; noch am selben Tage kapitulierte er, bedang sich und der türkischen Besatzung freien Abzug mit Familie und Vermögen aus und überließ den Franzosen den Besitz von Algier; auch der bedeutende Staatsschatz im Belauf von 48 Millionen Franken, Warenvorräte im Wert von 11 Millionen, und die Artillerie des Deys, 1500 Geschütze, fielen in ihre Hand.

Die Einnahme von Algier.

Die Wahlen in Frankreich.

Das Unternehmen war also in der That nicht bloß glücklich, sondern glänzend gelungen; sechs Wochen nach der Abfahrt, drei Wochen nach der Landung des Geschwaders erfuhr Paris die siegreiche Beendigung des Krieges. Aber für die Wahlen kam die Nachricht doch schon zu spät; sie hatten wenige Tage vorher stattgefunden und waren durch die Kunde des Sieges von Staueli wenig beeinflußt. Da man die Absicht des Zuges nach Algier sehr wohl durchschaute, verhielt man

sich mit Bewußtsein gleichgültig gegen seine Ergebnisse. Die liberalen Parteien waren ungemein eifrig durch die Presse und die Vereine das Volk zu bearbeiten. Ein geheimer Ausschuß, das Comité directeur, hatte die Leitung in die Hand genommen; die Gesellschaft Aide-toi hatte ihre Agenten in allen Städten und Städtchen des Landes; alle anderen Parteiunterschiede wurden hintangestellt und von Martignac bis Lafayette, dem alten Republikaner, der seit Polignacs Ministerium plötzlich wieder aus dem Dunkel hervortrat und, wo er sich zeigte, mit den überschwänglichsten Huldigungen begrüßt wurde, standen die Oppositionellen fest zusammen. Unter den Journalen gewann in wenigen Wochen der orleanistische National, der mit Beginn des Jahres gegründet war, eine hervorragende Bedeutung; der junge Thiers, damals 33jährig, erwies sich als die größte publizistische Kraft seines Landes. Die Auflösung der Kammer, das Ausscheiden einiger maßvoller Minister, ihr Ersatz durch bekannte Schützlinge der Kongregation, manche andere, geheimere Anzeichen befestigten den Glauben, daß ein Gewaltstreich vor der Thür stehe. Selbst die fremden Kabinette wurden besorgt. Der Zar ließ daran erinnern, daß Alexander nicht allein die Herrschaft der Bourbonen, sondern auch die Verfassung verbürgt habe; Metternich warnte dringend sich mit der Revolution einzulassen, wenn man nicht gewiß sei sie zu besiegen. Polignac erwiderte diese Warnungen mit der festen Zusicherung, daß er die Verfassung nicht verletzen werde. Und wirklich hatte er sich und dem Könige eingeredet, daß die Charte selbst einen Weg angebe, auf dem sie umgangen werden könne, ohne daß doch ihre Gültigkeit in Frage gestellt werde. Artikel 14 bestimmte nämlich, daß der König die „Anordnungen und Ordonnanzen zu erlassen habe, welche zur Ausführung der Gesetze und für die Sicherheit des Staates nötig seien". Offenbar waren damit außerordentliche Notfälle ins Auge gefaßt; für einen solchen glaubte aber Polignac auch die gegenwärtige Lage ansehen zu dürfen. Die vorige Kammer hatte der Regierung ihre Mitwirkung verweigert; von den 221 Mitgliedern, welche jenen Beschluß gefaßt, waren 202 wiedergewählt worden; außer ihnen gehörten 70 neugewählte Deputierte der Opposition an; es war also eine Wiederholung jenes Beschlusses mit Sicherheit zu erwarten. Für diesen Fall, meinte Polignac, liege der Notstand vor, welcher den König zur Handhabung des Artikels 14 berechtige; ja, da der Fall mit mathematischer Gewißheit eintreten müsse, so brauche man seine Verwirklichung gar nicht abzuwarten, sondern könne schon jetzt mittels jenes Artikels Maßregeln treffen um sich eine Kammer zu sichern, welche der Regierung die verfassungsmäßige Mitwirkung nicht versage. Das Fehlerhafte dieses Trugschlusses war leicht zu durchschauen. Der Notstand sollte darin bestehen, daß der König ein Ministerium nicht entlassen wollte, das zu entlassen er nicht gezwungen werden konnte, die Kammer aber ebendieses Ministerium nicht unterstützen wollte und ihrerseits doch auch nicht gezwungen werden konnte es zu unterstützen. Es war leicht einzusehen,

Warnungen des Auslandes.

Artikel 14 der Verfassung.

daß dieser Konflikt nur durch die Minister gelöst werden konnte, indem sie freiwillig zurücktraten; thaten sie das nicht, so waren sie es, die den Notstand erst schufen nnd sie waren nicht berechtigt auf Grund desselben dem Könige die Anwendung des Artikels 14 anzuraten. Dem Könige aber ließ sich, solange er Minister fand, welche seine Ordonnanzen unterzeichneten, schwerlich vorwerfen, daß er seinen Eid auf die Verfassung breche: die Minister waren es, welche den ihren brachen. Dieser Einsicht verschloß sich Polignac, als er die fünf Ordonnanzen entwarf, welche die Juli-Revolution herbeiführten. Drei von ihnen bezweckten unmittelbar die Herstellung einer gefügigen Volksvertretung; sie verordneten die Auflösung der eben gewählten und noch nicht einmal zusammengetretenen Kammer, ein neues Wahlgesetz, welches die Wahl ausschließlich in die Hand der Höchstbesteuerten legte, während die übrigen Wähler nur das Recht hatten, eine Kandidatenliste aufzustellen, und die Einberufung einer nach diesem Gesetze gewählten Kammer auf den 28. September. Eine vierte Ordonnanz führte die Censur wieder ein und verbot das Erscheinen der Zeitungen bis dahin, daß sie die polizeiliche Erlaubnis eingeholt, und eine fünfte ernannte verschiedene neue Mitglieder des Staatsrates.

Die Ordonnanzen.

Der gleichzeitig gefaßte, aber nicht veröffentlichte Beschluß, den Marschall Marmont zum Befehlshaber der Pariser Besatzung zu ernennen, war so ziemlich die einzige Vorsichtsmaßregel, welche das Ministerium — abgesehen von dem tiefen Geheimnis, mit dem es seine Maßnahmen traf — für nötig hielt. Auch der König gab sich den Anschein vollster Ruhe; er ging an dem Tage, an welchem die Ordonnanzen im Moniteur erschienen, auf die Jagd nach Rambouillet und kehrte erst um Mitternacht nach St. Cloud zurück. Daß ihm der Ernst der Lage aber doch nicht verborgen war, zeigte sein Verhalten in dem Ministerrate vom 25. Juli, in dem er die Ordonnanzen unterzeichnen sollte. Den Kopf auf die linke Hand gestützt, die Feder in der rechten, zögerte er nachsinnend noch einen Augenblick; dann unterschrieb er, ließ unterschreiben und verabschiedete die Minister mit den Worten: Meine Herren, Sie können auf mich zählen, wie ich auf Sie zähle; zwischen uns gilt es jetzt auf Leben und Tod! In der Nacht wurde der Redakteur des Moniteur zum Justizminister beschieden und erhielt die Ordonnanzen mit dem Auftrage sie sogleich zum Abdruck zu bringen. Gott erhalte den König und Frankreich! rief er aus, als er sie gelesen; ich habe alle Kampftage der Revolution gesehen und gehe fort mit einem tiefen Schrecken vor neuen Erschütterungen!

Die Juli-Revolution.

Der 26. Juli 1830.

Aber zunächst schienen solche Besorgnisse doch keine Bestätigung zu finden. An der Börse freilich sank die Rente sogleich um 4 Prozent und der Schweizer Gesandte berichtete nach Haus, es sei ein Schlag ge-

fallen, auf den zu antworten das Land nicht säumen werde. Aber Paris blieb den ganzen 26. Juli stumm; die anwesenden Deputierten kamen wohl zusammen, gelangten aber zu keinem Beschlusse; in den Cafés des Palais royal gab es einige Szenen und ein Haufe junger Leute warf Polignac die Fenster ein; aber das sah wenig nach einer Revolution aus. Das entscheidende Wort wurde in dem Redaktionszimmer des National gesprochen; hier versammelten sich 44 Journalisten von elf Zeitungen um zu beraten, ob sie sich fügen und die gesetzwidrige Erlaubnis zum Forterscheinen einholen sollten. Einstimmig beschlossen sie das nicht zu thun, sondern einen Protest zu veröffentlichen, den Thiers sogleich entwarf. Da die Herrschaft des Gesetzes, so hieß es darin, unterbrochen sei und die Herrschaft der Gewalt begonnen habe, so höre der Gehorsam auf eine Pflicht zu sein; selbst zum Widerstand entschlossen, müßten die Unterzeichner an Frankreich die Frage richten, wieweit seinerseits der Widerstand reichen solle. Der Protest der Zeitungen.

Dieser Protest gab der Bewegung Halt, wenngleich von den elf Journalen nur zwei, der National und der Temps, wirklich den Mut hatten, ihn am 27. Juli zu veröffentlichen. Die Aufregung in der Bevölkerung stieg von Stunde zu Stunde; tausende von Exemplaren der beiden Zeitungen wurden verkauft und an den Straßenecken vorgelesen; die Nachricht, daß gegen die Unterzeichner ein Verhaftsbefehl erlassen, daß die Druckereien des National und des Temps polizeilich geschlossen seien, erhöhte die Erbitterung; zu allem Überfluß verbreitete sich mittags die Kunde, daß Marmont den Oberbefehl übernommen habe. Bald durchzogen Gendarmeriepatrouillen die Stadt; vereinzelte Steinwürfe, die sie trafen, schwache Versuche zum Barrikadenbau, die hier und da sichtbar wurden, die ersten Flintenschüsse, die gegen drei Uhr fielen, zeigten, daß ein gewaltsamer Widerstand im Entstehen begriffen sei. Das rasche Eingreifen einer genügenden Truppenmacht hätte ihn jetzt noch im Keime ersticken können. Aber statt der 18 000 Mann, die Polignac zur Hand zu haben versicherte, befanden sich nur 11 000 in Paris; diese waren obendrein, da sie durch längeren Aufenthalt engere Beziehungen zur Bevölkerung angeknüpft hatten, nicht einmal zuverlässig; das schlimmste aber war, daß keinerlei Vorbereitungen getroffen und eine rasche Machtentfaltung am 27. daher unmöglich war. Andererseits fehlte freilich auch dem Volke den ganzen Tag über noch jede Leitung; die Massen in den Straßen wuchsen wohl von Stunde zu Stunde; mit den entlassenen Arbeitern der Druckereien vereinigten sich Studenten und ehemalige napoleonische Soldaten; Barrikaden wurden errichtet, Laternen eingeworfen, Wachtposten insultiert; aber man wußte doch nicht recht: wo hinaus? Marmont glaubte am Abend berichten zu können, die Lage sei nicht ernst und die Verhängung des Belagerungszustandes unnötig. Der 27. Juli.

Das änderte sich über Nacht. Während derselben wurden von mehreren radikalen Deputierten, wie Treilhard und Mérilhou, in den zwölf Bezirken von Paris Aufstandskomitees errichtet; vor Sonnenaufgang hatten Der 28. Juli.

sich die Barrikaden vervielfältigt; die Sturmglocken ertönten und brachten Tausende und aber Tausende auf die Beine; aus den Läden der Waffenfabrikanten bewaffnete sich die Menge; ehemalige Nationalgardisten erschienen in ihrer Uniform; die Schilder der Hoflieferanten, die königlichen Wappen wurden abgerissen und immer häufiger ertönte der Ruf: Nieder mit den Bourbonen! Marmont erkannte die steigende Gefahr; schon um neun Uhr meldete er dem König: Es ist kein Auflauf mehr, es ist eine Revolution. Aber nicht zum Versuch einer gewaltsamen Unterdrückung, sondern zu Maßregeln um den Frieden mit dem Volke

Verhängung des Belagerungszustandes.

wiederherzustellen riet er dem Könige. Davon wollte dieser nichts wissen; der Belagerungszustand wurde verhängt und damit Marmont unumschränkte Vollmacht gegeben. Nur mit halbem Herzen und ohne Glauben an den Erfolg widmete sich der Marschall seiner Aufgabe. Während er die Truppen von den Tuilerien aus in vier Richtungen vorgehen ließ um das Stadthaus und andere wichtige Punkte zu besetzen, verhandelte er gleichzeitig mit Vertretern der liberalen Abgeordneten. Diese hatten sich gegen Mittag in kleiner Zahl von neuem versammelt und einen matten, von Guizot verfaßten Protest genehmigt.

Verhandlungen.

Dann begaben sich fünf von ihnen, Laffitte und Casimir Périer an der Spitze, zu Marmont in die Tuilerien, um ihn zur Einstellung der Feindseligkeiten zu bewegen und durch ihn auf den König zu wirken. Der Marschall, den Arago, sein persönlicher Freund, schon mit ähnlichen Bitten bestürmt hatte, machte kein Hehl daraus, wie sehr er den Staatsstreich mißbillige, erklärte aber um seiner militärischen Ehre willen die Feindseligkeiten fortsetzen zu müssen; auf die Nachgiebigkeit des Königs sei nicht zu rechnen. Bestätigt wurde das durch Polignacs Haltung; auch er befand sich in den Tuilerien; aber als Marmont ihm vorschlug die Abgeordneten zu empfangen, lehnte er das als zwecklos ab. Gleichwohl erstattete der Marschall dem Könige Bericht von dem Vorgefallenen, schilderte die militärische Lage als sehr bedenklich, da seine Truppen nirgends Fuß zu fassen vermöchten, und riet wiederholt, die gemachten

Hartnäckigkeit des Königs.

Vorschläge ohne Verzug anzunehmen. Aber Karl blieb hartnäckig; auch dem Baron Vitrolles, einem bewährten Royalisten, der im Einverständnis mit einigen Häuptern der Liberalen sich nach St. Cloud begab, gelang es nicht, den König zu erschüttern; daß die Opposition eine Versöhnung anstrebte, schien dem Monarchen ein Beweis ihrer Schwäche, und Polignacs Berichte bestärkten ihn in diesem Wahn. Und doch wurde die Lage in Paris immer schlimmer. Die Truppenteile, welche Marmont ausgesandt hatte, mußten bis auf einen alle vor Abend wieder auf die Tuilerien zurückgehen, und auch dieser eine, welcher sich im Stadthause

Der 29. Juli.

festgesetzt hatte, räumte dasselbe während der Nacht. Am Morgen des 29. Juli war Marmont in den Tuilerien wie blokiert; nur im Rücken hatte er durch die elyseischen Felder noch freie Verbindung mit St. Cloud. Aber schlimmer war, daß die Treue der Truppen zu wanken begann. Er bot jetzt selbst den Parisern in einer Ansprache eine Waffenruhe an;

das Angebot wurde nicht beachtet, thatsächlich aber ruhte der Kampf. Stattdessen machte sich das Volk daran die Soldaten durch schmeichelndes Zureden zum Abfall zu bewegen; zwei Linienregimenter, die Gewehr bei Fuß auf dem Vendômeplatze standen, erlagen der Versuchung und stellten sich unter den Befehl des Generals Gérard, eines der liberalen Abgeordneten. Sie zu ersetzen entsandte Marmont eins der beiden Schweizerbataillone, welche den Louvre verteidigten; dadurch geriet das andere ins Schwanken, räumte den Louvre und zog sich auf den Karussellplatz zwischen Louvre und Tuilerien zurück. Das Volk drängte nach und richtete aus den Fenstern ein lebhaftes Feuer auf den Platz. Nun griff die Panik unter den Truppen schnell um sich; eine schimpfliche Flucht begann; Marmont selbst mußte die Tuilerien räumen, auf denen alsbald die Trikolore flatterte, und eilte nach St. Cloud, zufrieden, wenn er die wilde Flucht in einen leidlichen Rückzug umwandeln konnte. Er fand den König im Ministerrat. Schon morgens war Polignac hinausgeeilt um den Monarchen in seiner Standhaftigkeit zu befestigen, in der ihn die bösen Nachrichten leicht erschüttern konnten. Noch vor ihm erschienen die Grafen Sémonville und Argout, von Marmont gesandt, um die Entlassung des Ministeriums zu empfehlen; aber der König blieb bei seiner Überzeugung: nachgeben heiße abdanken. Wenig besseren Erfolg hatte Vitrolles, der zum zweitenmal kam, die böse Wendung in Paris berichtete und ein Ministerium Mortemart-Casimir Périer-Gérard als letzte Rettung forderte. Endlich stellte sich Marmont selbst ein, als Bote seiner eigenen Niederlage, umgeben von staubbedeckten, schweißtriefenden Adjutanten. Aufs lebhafteste unterstützte er Vitrolles' Rat, aber noch stundenlang dauerte die Kabinettssitzung, ohne daß man einen Entschluß fassen konnte. Endlich, spät am Nachmittag, genehmigte der König die Entlassung Polignacs und übertrug Mortemart, einem gemäßigten Liberalen, der von seinem russischen Gesandtschaftsposten eben auf Urlaub in der Heimat war, die Leitung der Geschäfte. Schleunig eilten Vitrolles, Sémonville und d'Argout mit der frohen Botschaft nach Paris, fest überzeugt, daß nunmehr jede Schwierigkeit gehoben sei. Nur zu schnell erkannten sie, wie irrig diese Hoffnung war. Der Übertritt der beiden Infanterieregimenter hatte den liberalen Abgeordneten, die sich bis dahin nur zu jenem anonymen Protest hatten aufraffen können, plötzlich Mut eingeflößt. 25 an der Zahl, übertrugen sie dem alten Lafayette den Oberbefehl über die wiederhergestellte Nationalgarde, dem General Gérard, welcher sich jenem freiwillig unterordnete, den über die Linientruppen, und setzten einen Gemeindeausschuß ein, der aus Laffitte, Périer, dem General Lobau und drei anderen Deputierten bestand und alsbald seine Thätigkeit auf dem Stadthause begann. An diesen wandten sich Vitrolles und seine Begleiter um ihm Meldung von dem versöhnlichen Schritte des Königs zu machen. Périer verwies sie jedoch an die Abgeordneten, welche noch immer in Laffittes Hause tagten. Hier war die Stimmung einer Versöhnung wohl geneigt, doch herrschte tiefes

Abfall der Truppen.

Räumung der Tuilerien.

Beratungen in St. Cloud.

Polignacs Entlassung.

Die Lage in Paris.

Der Gemeindeausschuß.

Mißtrauen vor und einzelne Stimmen, wie Thiers und Laffitte, erklärten gerade heraus, jetzt könne nur noch ein Thronwechsel helfen. Ihr Kandidat war Louis Philipp, Herzog von Orléans, dem Laffitte schon im Laufe des Tages hatte melden lassen, er habe keine andere Wahl als eine Krone oder einen Paß. Aber wenngleich derselbe wegen seiner liberalen Grundsätze beliebt war, so standen die Aussichten für ihn doch zur Zeit noch nicht besonders günstig. Ernstlich war seine Erhebung bis dahin nur von einzelnen ins Auge gefaßt und neben der Fortdauer der bourbonischen Regierung schien nur die Republik in Frage zu stehen. Es galt also zunächst ihn überhaupt in Vorschlag zu bringen. Das geschah mittels großer Anschlagzettel, die Thiers nachts in der Werkstatt des National drucken ließ und die am Morgen des 30. Juli an allen Straßenecken prangten. Die Wirkung derselben war ungemein günstig, zumal der Herzog von Mortemart, dessen Ankunft in Paris man schon am vorigen Abend bis über die Mitternacht hinaus gespannt erwartet hatte, sich immer noch nicht sehen ließ und damit jede Bürgschaft für die versöhnlichen Absichten Karls X. schwand. Thiers hatte sich inzwischen mit dem Maler Ary Scheffer nach Neuilly begeben, wo er Louis Philipp vermutete. Zwar fand er ihn dort nicht, denn der Herzog hatte sich um zu keinem voreiligen Schritte gedrängt zu werden nach Raincy, einem einsamen Landhause im Wald von Bondy, zurückgezogen; wohl aber trafen die beiden dort seine Schwester, Madame Adelaide, eine entschlossene und ehrgeizige Frau, deren ganzes Sinnen darauf gerichtet war dem Herzog die Krone zu verschaffen, und diese versprach in ihrem Sinn auf den Bruder zu wirken. Sogleich kehrte Thiers nach Paris zurück und begab sich in das Palais Bourbon, wo die Abgeordneten Mortemarts harrten. Seine Mitteilungen reiften den Beschluß, der schon vorher in Überlegung gezogen war: da von Karl X. keine weiteren Mitteilungen kamen, wurde der Herzog von Orléans zum General-Statthalter des Königreichs ernannt und eine Deputation erwählt, welche den Pairs Mitteilung von diesem Beschlusse machen, ihre Zustimmung erwirken und gemeinsam mit ihnen den Herzog auffordern sollte, seine neue Würde alsbald anzutreten. Bei den Pairs trafen die Abgesandten den Herzog von Mortemart, der mit königlichen Dekreten, welche die Ordonnanzen zurücknahmen und die Wiederherstellung der Nationalgarde bewilligten, krank und abgemattet in Paris angelangt war und vollständig entmutigt durch die Zustände in der Hauptstadt dem Beschluß der Abgeordneten seine Zustimmung gab. Da man den Aufenthalt Louis Philipps immer noch nicht kannte, so wurde seine Ernennung in seinem Palaste abgegeben und seine schleunige Ankunft in Paris verlangt. Nach einem schweren Kampfe mit sich selbst entschloß sich der Herzog von Orléans die Würde anzunehmen und traf kurz vor Mitternacht im Palais royal ein. Sogleich ließ er Mortemart zu sich rufen. Nur dem gebieterischen Drange der Umstände gehorchend, so versicherte er, und nur um die Ausrufung der Republik zu verhüten, sei er nach Paris

Marginalia: Der Herzog von Orléans. — Erhebung zum Generalstatthalter. — Der Herzog von Mortemart. — Louis Philipp nach Paris.

gekommen; aber eher werde er sich in Stücke hauen lassen als die Krone auf sein Haupt setzen. Auch der Deputation der Abgeordneten, welche ihm morgens am 31. Juli den förmlichen Beschluß wiederholte, gab er ähnliche Erklärungen, wenngleich in abgeschwächter Form, und erließ dann einen Aufruf, in welchem er die Statthalterschaft annahm, die Trikolore als Fahne Frankreichs anerkannte, den unverweilten Zusammentritt der Kammer verkündete und mit der Versicherung schloß: Die Verfassung wird fortan eine Wahrheit sein! Das nächste mußte jetzt sein den Gemeindeausschuß auf dem Stadthause und den alten Lafayette zu gewinnen. Nachdem der letztere durch Odilon Barrot bewogen worden war auf die Verwirklichung seiner republikanischen Ideale zu verzichten, sollte in einem feierlichen Akte die Einigkeit zwischen ihm und Louis Philipp dem Volke gezeigt werden. Begleitet von 91 Abgeordneten — so viel hatten sich allmählich zusammengefunden — begab sich der Generalstatthalter nach dem Stadthause. Es war ein ärmlicher und ängstlicher Aufzug; ärmlich — denn kein militärischer Pomp wurde dabei entfaltet; ein einziger Trommler zog vorauf; ein paar Adjutanten waren die einzigen Uniformen; ängstlich — denn jeden Augenblick fürchtete man, daß die Kugel eines Republikaners dem Leben des Herzogs ein Ende machen werde. Lafayette empfing den Statthalter, umgeben von dem Ausschuß, an der Thür des Sitzungssaales. Nachdem Louis Philipp sich zu dem Inhalt einer Ansprache bekannt, in welcher die 91 Abgeordneten dem Volke eine Reihe liberaler Maßregeln verbürgten, erfaßte Lafayette seinen Arm und trat so mit ihm, die Trikolore in der Hand, auf den Balkon. Lauter Jubel der Bevölkerung, die unten Kopf an Kopf stand, begrüßte die beiden, als sie sich umarmten; das Eis war gebrochen, und anerkannt von der Revolution kehrte der Herzog in sein Palais zurück. Bald darauf stattete ihm Lafayette seinen Gegenbesuch ab. Auch dieser verlief in schönster Eintracht. Lebhaft stimmte der Statthalter in das Wort des alten Republikaners ein: Frankreich bedürfe eines Thrones, umgeben von republikanischen Einrichtungen, und Lafayette seinerseits war so entzückt von dem Prinzen, „der besten der Republiken", wie Odilon Barrot ihn nannte, daß er völlig vergaß, ihm das Programm vorzulegen, welches ihm seine republikanischen Genossen, weniger gefühlsselig als er selbst, mitgegeben hatten um es von Louis Philipp anerkennen zu lassen. Eine republikanische Opposition gegen den neuen Regenten blieb deshalb vom ersten Tage an bestehen; ihre Führer waren besonders Cavaignac und Bastide. Thiers gab sich viele Mühe, auch diese zu bekehren; er veranlaßte eine persönliche Zusammenkunft mit dem Herzog, die aber nur die Tiefe der Kluft recht erkennen ließ. Als Bastide sich erhob um zu gehen, rief ihm Louis Philipp freundlich nach: Ich hoffe, Sie kommen wieder! Niemals! war die Antwort. Aber der König tröstete sich darüber mit dem berühmt gewordenen Worte: Man muß niemals Niemals sagen! Für die nächste Zeit hatte jedenfalls der Groll der unversöhnten Republikaner keine

Louis Philipp aufs Stadthaus.

Lafayette.

Die Republikaner.

Karl X. nach Rambouillet.

große Bedeutung; dagegen konnte Karl X. immer noch einen Angriff auf Paris versuchen, besonders wenn es ihm gelang die Ankunft Bourmonts mit der siegreichen afrikanischen Armee abzuwarten. Der Generalstatthalter suchte deshalb mit dem Könige nicht völlig zu brechen. Karl hatte sich, als Mortemarts Sendung nach Paris gescheitert war, noch einmal Polignac in die Armee geworfen; da jedoch der Aufenthalt in St. Cloud gefährlich wurde, empfahl er seinen Ministern für ihre eigene Sicherheit zu sorgen und zog sich mit seiner Garde nach Rambouillet zurück, wo er spät am 31. Juli anlangte. Tags darauf schrieb er dem Herzog von Orléans einen Brief, durch welchen er ihm seinerseits die Regentschaft übertrug. Louis Philipp antwortete darauf in einer Weise, die den König durchaus zufriedenstellte. Allein schon am nächsten Tage

Seine Abdankung.

änderte sich die Sachlage von neuem. Karl überzeugte sich, daß für ihn persönlich keine Hoffnung mehr sei und verzichtete daher zu Gunsten seines Enkels Heinrichs V. auf den Thron, ein Verzicht, welchem sich Karls kinderloser Sohn, der Herzog von Angoulême, anschloß. Ein Schreiben des Königs, das noch am 2. August abends in die Hände Louis Philipps gelangte, teilte demselben diesen doppelten Entschluß mit und forderte ihn auf die Regierung im Namen Heinrichs V. zu führen. Mit dieser Botschaft hatte sich indes eine Deputation gekreuzt, welche im Auftrage des Herzogs den König dringend einladen sollte, Rambouillet zu verlassen, da seine Nähe die Aufregung der Pariser wach erhalte. Allein der König weigerte sich die Abgesandten — es waren Maison, Odilon Barrot und Schonen — auch nur zu empfangen. Um ihn zur Abreise zu bewegen mußten daher stärkere Mittel aufgeboten

Der Zug nach Rambouillet.

werden. Ohne die Abdankungsurkunde vorher zu veröffentlichen erteilte der Herzog früh am 3. August dem General Pajol den Auftrag mit der Nationalgarde nach Rambouillet zu ziehen; eine bunte Menge, ohne einen Schein soldatischer Ordnung und Haltung, die einen zu Fuß, die anderen in Droschken, auf Leiterwagen und anderem Fuhrwerk jeglicher Art, im ganzen etwa 20000 Menschen, strömte hinaus und lagerte sich gegen Abend vor Rambouillet. Mit den lebhaftesten Farben stellte nun Maison dem Monarchen die Gefahr vor Augen und gab sein Ehrenwort, daß die Menge wohl 60000 Köpfe stark und Widerstand un-

Des Königs Abreise.

möglich sei. Daraufhin entschloß sich Karl noch abends zur Abreise; in Maintenon reifte am 4. August der Entschluß Frankreich ganz zu verlassen und auch den Plan südlich der Loire eine Gegenregierung zu bilden aufzugeben; der größere Teil der Garde wurde entlassen und nur etwa 1200 Mann mit zwei Geschützen begleiteten die königliche Familie nach Cherbourg. Die gemessene Würde des feierlichen Zuges, der langsam von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf vorrückte und alles weniger zeigte als die Spuren ängstlicher Hast, entwaffnete den Zorn und die Roheit der Massen. Zwar nicht ohne manchen Beleidigungen ausgesetzt zu sein, aber doch ohne Gewalt zu erleiden schiffte sich der gestürzte König am 16. August auf einem amerikanischen Fahr-

zeug nach England ein und landete, ohne mit königlichen Ehren empfangen zu werden, auf der Insel Wight. Bis 1832 nahm er die Gastfreundschaft Englands in Anspruch und wohnte während dieser Zeit erst auf einem Schlosse in Dorsetshire, dann in Edinburg. Darauf siedelte er nach Österreich über, wo er in Prag, später in Görz lebte und hier 1836 am 6. November starb. Sein Sohn Angoulême folgte ihm 1844 im Tode nach.

Sein Ausgang.

Louis Philipp Verhalten

Die Art, auf welche der Herzog von Orléans die Abreise des Königs bewirkt hatte, war nicht die feinste gewesen. Auch sein ferneres Verhalten trug keineswegs den Stempel ritterlicher Offenheit. Daß er nicht den Versuch machte die Nachfolge Heinrichs V. selbst herbeizuführen, dazu konnte ihn freilich außer eigensüchtigen Beweggründen auch die Einsicht in die Vergeblichkeit solches Bemühens veranlassen. Er ging aber noch einen Schritt weiter, indem er zunächst die Person Heinrichs V. ganz in den Hintergrund zu schieben suchte. Am Tage des Zugs nach Rambouillet eröffnete er die Kammern und teilte denselben die Thronentsagung Karls und Angoulêmes mit, ohne beizufügen, daß sie zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux ausgefertigt war. Über das, was nun zu thun sei, hüllte er sich in tiefes Schweigen und überließ damit der Kammer den ersten Schritt. Auf Antrag Bérards zog dieselbe sogleich die Fragen in Beratung, welche zur Herstellung der öffentlichen Ordnung zu erledigen seien, und faßte ihre Beschlüsse schon am 7. August mit 219 gegen 33 Stimmen in einer Erklärung zusammen, welche die Erledigung des Thrones, eine beträchtliche Zahl von Verfassungsänderungen, die Reformbedürftigkeit anderer wichtiger Bestimmungen und Gesetze, endlich aber die Erhebung Louis Philipps zum Könige der Franzosen aussprach. Die Pairskammer, die in der großen Woche, wie man die achttägige Revolution nannte, gar keine Rolle gespielt hatte, stimmte diesen Beschlüssen zu, obgleich sich darunter auch die Ausstoßung aller ihrer Mitglieder, die Karl ernannt, und eine Erklärung gegen die Erblichkeit der Pairie befand. Freilich nahm nur ein Viertel ihrer Mitglieder an diesen Sitzungen teil; beinahe die Hälfte, 175 Pairs, erklärten ihren Austritt; auch 52 Abgeordnete verweigerten dem neuen Monarchen den Huldigungseid. Chateaubriand allein wagte es dem gestürzten Könige, der jetzt zum dritten- und letztenmale in die Verbannung ziehe, in öffentlicher Sitzung ein Wort der Treue nachzurufen.

Eröffnung der Kammern.

Louis Philipp König der Franzosen.

Chateaubriand.

Ministerium Broglie.

Am 9. August erschien der neue König der Franzosen vor den vereinigten Kammern und beschwor feierlich die Erklärung vom 7. August, die zusammengestoppelte Verfassung (la charte bâclée), wie man sie spöttisch nannte. Zwei Tage darauf wurde das Ministerium definitiv gebildet; der Herzog von Broglie übernahm den Vorsitz, Molé das Auswärtige; Laffitte, Périer, Guizot, fast alle bedeutenderen Talente der oleanistischen Partei fanden sich darin vereinigt. Die Persönlichkeit des neuen Monarchen trat fast zurück vor dem Ansehen seiner Ratgeber.

Des Königs Vergangenheit und Charakter.

Louis Philipp stand bereits im 57. Lebensjahre, und die reichen Erfahrungen, welche er diesem vorgeschrittenen Alter dankte, waren durch die bunten Schicksale seiner Verbannungsjahre noch vielseitiger geworden. Die Trägheit seines von Natur etwas langsamen Geistes war nicht ohne Erfolg von der berühmten Frau von Genlis nach Rousseauschen Grundsätzen bekämpft worden; dagegen entwickelte sich unter ihrer Leitung zusehends der Hang zur Verstellung und Zweideutigkeit, Erbstücken, welche der Knabe seinem Vater, dem berüchtigten Philipp Egalité, verdankte. Die ersten Jahre der Revolution dienten für die Ausbildung dieser Geistesanlagen als hohe Schule. Die koketten Beziehungen des Vaters zu den Jakobinern mußte natürlich auch der Sohn pflegen: er wurde Mitglied der Pariser Klubs und eifriger Besucher der Parteiversammlungen, über die er ein ausführliches Tagebuch anlegte. Nach Ausbruch des Krieges beteiligte er sich an der Kanonade von Valmy und der Schlacht von Jemappes; aber argwöhnischer als sein Vater, weniger verblendet und weniger gebunden als dieser, erkannte er mehr und mehr die Unnatur der Lage, in welcher er als Prinz des königlichen Hauses sich befand, so daß der Gedanke nach Amerika auszuwandern ihn lebhaft beschäftigte. Eine bedeutendere Rolle schienen ihm Dumouriez' Pläne nach der Hinrichtung des Königs zu eröffnen; aber ihr Scheitern machte ihm dann auch das Bleiben in Frankreich unmöglich. Rechtzeitig floh er und begab sich nach der Schweiz, während sein Vater das Schaffot bestieg. Kluge Überlegung oder unkriegerische Gesinnung hielten ihn ab in die österreichische Armee zu treten, ein Umstand, der für ihn im Jahre 1830 von größtem Nutzen wurde. Unter dem Namen Chabaud-Latour ward er Lehrer der Geographie und Mathematik zu Reichenau in Graubünden, machte, als sein Inkognito entdeckt war, Reisen in Europa bis zum Nordkap und in Amerika bis in die Urwälder, unterhielt dabei aber stets politische Beziehungen zu einem Teil der Ausgewanderten, der ihn als den geeignetsten Kandidaten für den französischen Thron betrachtete. Erst als er bei seiner Rückkehr nach Europa Anfang 1800 Napoleon als ersten Konsul und Dumouriez im Lager der Bourbonen fand, näherte er sich dem königlichen Hause und empfing als Lohn für diese Unterwerfung von England eine Jahrespension von 50 000 Franks, die er auf Schloß Twickenham bei London verzehrte. Seine Vermählung mit der Prinzessin Amalie von Neapel im Jahre 1809 erweckte in ihm den Gedanken sich Murats Reich zu erobern; aber auch nach Spanien stand sein Gelüsten und selbst mit den Jonischen Inseln hätte er sich begnügt, ohne deshalb die Hoffnung noch einmal den französischen Thron zu besteigen aufzugeben. Einflußreiche Politiker, so der wiederbekehrte Dumouriez, Talleyrand, Constant u. a., wirkten nach Napoleons Sturze für ihn. Doch trugen diese Bemühungen kein anderes Ergebnis davon als erneuertes Mißtrauen bei den Bourbonen, das durch Louis Philipps Verlangen beim Beginn der 100 Tage ihn als Generalstatthalter an die Spitze des Königreichs zu stellen um

Orleanistische Partei.

Napoleon wieder zu vertreiben neue Nahrung erhielt. Während der ganzen Restaurationszeit unterhielt der Herzog dann geflissentliche Verbindungen mit den unabhängigen Liberalen; im Palais royal fanden Männer wie Constant, Laffitte, Périer, Horace Vernet, Thiers, Mignet eine freundliche Aufnahme und wurden allmählich zu einer orleanistischen Partei herangezogen. Um sich als Thronkandidaten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen scheute der Herzog auch bedenkliche Mittel nicht; so veröffentlichte der Londoner Morning Chronicle nach der Geburt des Herzogs von Bordeaux einen Artikel ohne Unterschrift, der im Namen Louis Philipps gegen die Echtheit des Neugeborenen protestierte, und den dieser wohl mündlich zurückwies, schriftlich aber in keiner Weise ableugnen wollte. Ganz wie bei dieser Gelegenheit trat er auch sonst persönlich niemals in den Vordergrund und auch seine nächsten Vertrauten durften immer nur durch die zehnte, zwanzigste Hand für ihn wirken. Aus seinen Privatleben. liberalen Ideen aber machte er kein Hehl, und eine Gelegenheit seine bürgerfreundliche Gesinnung an den Tag zu legen ließ er sich nie entgehen. Seine Wanderungen durch die Straßen von Paris, ohne Begleitung und den sprichwörtlichen Regenschirm unter dem Arm, setzte er auch als König fort. Durch ein schlichtes Privat-, durch ein inniges Familienleben suchte er im Gegensatze zu dem steifen Auftreten des Hofes die Herzen für sich zu gewinnen. Seine Söhne waren in dem Collége de France erzogen worden, das nie vorher einen Zögling aus dem königlichen Hause gehabt hatte; sie blieben darin, auch als das Haupt des Vaters die Krone schmückte. Ein lebhaftes Familiengefühl bildete sich in dem Orléansschen Hause aus, freilich nicht ohne in manchen Beziehungen auch schädlich zu wirken. Des Königs Bemühungen seinen jüngeren Söhnen fremde Kronen zu verschaffen brachten seiner auswärtigen Politik ernste Verwickelungen: in dem Verhältnisse zu dem eigenen Volke schadete sich der Monarch besonders durch die Art, wie er das finanzielle Interesse der Seinigen wahrnahm. Wenn Karl X. bei seiner Thronbesteigung nach der alten Sitte der französischen Könige sein Privatvermögen mit den Staatsdomänen vereinigt hatte, so übertrug Louis Philipp dasselbe unter Vorbehalt des Nießbrauchs an seine Kinder, und da man die Höhe desselben auf 100 Millionen schätzte, da überdies kaum drei Wochen später der gewaltsame Tod des Herzogs von Bourbon — er wurde am 27. August in seinem Schlafzimmer erhenkt gefunden — einen neuen, sehr bedeutenden Zuwachs desselben brachte, so verlor das Zugeständnis, welches der König wohl oder übel hatte machen müssen, die Herabsetzung der Civilliste von 25 auf 18 Millionen Francs, fast alle Bedeutung und die öffentliche Meinung erzwang am Ende (im Januar 1832) nach sehr verfänglichen Diskussionen sogar die Verminderung bis auf 12 Millionen. Des Königs Ruf litt durch seine Sparsamkeit und Geldgier den schwersten Schaden. Erzählte man sich doch schon in den ersten Tagen seiner Regierung, daß er den alten Herzog von Bourbon durch dessen Geliebte, Madame de Feuchères, veranlaßt

Stimmung des Volkes.

habe ein Testament zu Gunsten des Herzogs von Aumale zu machen, daß der Greis infolge der Revolution dies Testament habe ändern wollen und daß er um dies zu verhindern von der Feuchères ermordet sei. Einer tiefer begründeten Beliebtheit konnte sich das neue Herrscherhaus so wie so nicht rühmen; woher hätte sie stammen sollen? Wohl fügte sich das ganze Land ohne jedes Widerstreben, ja mit seltener Einmütigkeit und Freudigkeit den Ergebnissen der Revolution; aber es war mehr der Rausch der Aufregung als das Gefühl der inneren Befriedigung, geschweige denn der Anhänglichkeit an die Person des Herrschers, woraus diese Fügsamkeit entsprang. Das leutselige Wesen des Monarchen gegenüber den zahllosen Deputationen, die in den ersten Monaten aus ganz Frankreich ihn zu begrüßen kamen, bezauberte die Provinzialen wohl eine Zeit lang; aber es lag zu viel Berechnung darin, als daß diese Eindrücke hätten vorhalten können, und gar in Paris selbst überdauerten gelegentliche Ausbrüche der Begeisterung, wie an dem Tage, als Louis Philipp eine Musterung über die neu errichteten zwölf Legionen Nationalgarde hielt, nicht die Aufregung des Augenblickes.

Mißliebige Maßregeln.

Dagegen gab es zur Mißstimmung bald Anlaß genug. Unter dem bourbonischen Beamtentum wurde in unerhörter Weise aufgeräumt; von den Präfekten und den Generälen blieben nur je zehn im Amte; zwei Drittel der Unterpräfekten, drei Viertel der Staatsanwälte wurden abgesetzt; auch die niederen Angestellten verschonte man nicht. Wurden alle diese und ihre Angehörigen dadurch schwer geschädigt und gekränkt, so zürnten doch nicht minder die unzähligen Bewerber, die sich ein gutes Amt verdient zu haben glaubten und vergebens auf die Fürsprache Lafayettes, der binnen anderthalb Jahren etwa 70 000 Stellengesuche empfahl, und anderer einflußreicher Männer ihre Hoffnung bauten. Auch das Verhältnis zur Geistlichkeit war recht unbefriedigend. Die Entfernung der Bischöfe aus dem Oberhaus und dem Staatsrat, die Aufhebung des Sakrilegiumsgesetzes und der öffentlichen Prozessionen, viele andere kleine Verfügungen erbitterten den Klerus, und das notwendige Einschreiten der Regierung gegen manche pöbelhafte Exzesse, denen die Priester und die Symbole der Kirche ausgesetzt waren, erbitterte wiederum die Feinde der Religion. Die Finanzen des Staates waren durch die vielfach gestörte Steuererhebung in arge Bedrängnis geraten; die Geschäfte hatten durch die Revolution schwer gelitten und Kriegsbefürchtungen verzögerten ihren neuen Anschwung. 150 000 Personen hatten binnen wenigen Wochen Paris verlassen, Tausende von brotlosen Arbeitern nährten die Furcht vor neuen Aufständen, immer lauter wurde die Klage erhoben, daß König und Kammer und Kabinet im Gegensatze zu dem Geist der Julitage ständen; selbst die löbliche Standhaftigkeit, mit welcher sie sich den Gelüsten der Republikaner an Polignac und seinen Kollegen blutige

Wut gegen Polignac.

Rache zu nehmen widersetzten, wurde in diesem Sinne gedeutet. Die ehemaligen Minister saßen, soweit sie nicht über die Grenze entkommen waren, im Schloß Vincennes gefangen; das Volk lechzte förmlich nach

ihrem Blut; am 18. Oktober rettete nur die kaltblütige Entschlossenheit des wackeren Kommandanten von Vincennes, Daumesnil, den Gefangenen das Leben; er drohte sich mit ihnen und der Volksmenge, die wütend ihren Tod verlangte, in die Luft zu sprengen. Der Zorn des Pöbels war um so größer, als die Kammer, um die Angeklagten zu retten, die Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrechen beschloß. Ein Wechsel des Ministeriums, das die Doktrinäre ausschied und seit dem 2. November unter Laffittes Präsidium aus dem alten Republikaner Dupont de l'Eure, aus Maison, Gérard, Sébastiani, Montalivet und Mérilhou zusammengesetzt war, trug nur vorübergehend zur Beschwichtigung bei, und selbst das Aufgebot zahlreicher Truppenmassen verhinderte nicht, daß der hohe Gerichtshof der Pairs in seinem Palaste ernstlich bedroht und zeitweilig gesprengt wurde, daß die zügellose Menge den Angeklagten ohne Recht und Spruch nach dem Leben trachtete und sich in wüsten Tumulten erging, als die Pairs nicht so entschieden, wie sie gefordert hatte, sondern am 21. Dezember auf lebenslängliche Gefangenschaft, Verlust aller Titel, Orden und Würden, für Polignac überdies noch auf bürgerlichen Tod erkannten. Für des Königs Beliebtheit in den unteren Schichten war dies Urteil ein schwerer Stoß, der noch dadurch verstärkt wurde, daß unmittelbar darauf Lafayette seine Entlassung als Oberkommandant der Nationalgarde nahm, weil die Kammer diesen Posten zwar ihm zu lassen, grundsätzlich aber aufzuheben beschlossen hatte. Nun trat auch Dupont de l'Eure aus dem Ministerium, der Polizeipräfekt Treilhard nahm seine Entlassung, und die Unzufriedenen hatten eine Reihe erwünschter Anlässe um über den Beginn der Reaktion zu klagen. Dem Könige aber konnte diese Beseitigung der radikalen Mitregierung, wie sie besonders Lafayette geübt hatte, im Grunde nicht unlieb sein, die Möglichkeit einer konservativen Politik war eigentlich erst jetzt gegeben, und wenn er von derselben nicht sofort Gebrauch machte, sondern sich besonders nach außen hin die Hände frei hielt um nötigenfalls auch zu revolutionären Mitteln zu greifen, so drängte ihn doch seine ganze Individualität in konservative Bahnen und für die Befestigung seiner Stellung zum Auslande war es geradezu eine Lebensfrage, ob man ihm dort die Fähigkeit zutraute die Revolution im Zaume zu halten, oder nicht.

Ministerium Laffitte.

Prozeß Polignac.

Lafayettes Rücktritt.

Die belgische Revolution.

Unerwartet schnell hatten die fremden Mächte den neuen König anerkannt, so England, wo doch Wellington und Aberdeen am Ruder waren, so Preußen, wo damals Ancillon den schwer erkrankten Bernstorff im auswärtigen Amt vertrat, so Österreich und Rußland, deren leitende Minister, Metternich und Nesselrode, am 6. August eine Besprechung in Karlsbad hatten und auf dem sogenannten „chiffon de Carlsbad“ in knappster Form die Grundregel festsetzten, daß man sich

Anerkennung der Julimonarchie.

in die inneren Verhältnisse Frankreichs nicht mischen, aber die materiellen Interessen Europas und die innere Ruhe der übrigen Staaten kräftig verteidigen wolle. Weiter zu gehen und in Berlin eine Gesandtenkonferenz zur Beobachtung der Haltung Frankreichs einzurichten lehnte Nesselrode ab, und Metternich brach deshalb in die bittere Klage aus, mit dem alten Europa sei es zu Ende und bis das neue seinen Anfang nehme, werde das Chaos herrschen; wenn die Verbündeten 700 000 Mann zur Verfügung hätten, so gestand er, dann würde er einen raschen Krieg nicht scheuen; aber daran fehlte es eben, obschon der Zar, unzufrieden mit Nesselrodes Ängstlichkeit, sofort eine Rekrutenaushebung anordnete und Diebitsch nach Berlin, Orloff nach Wien entsandte, um die beiden Kabinette zur Mitwirkung aufzufordern. Da man hier wie dort mittlerweile den Julikönig anerkannt hatte, mußte auch Nikolaus sich dazu entschließen und sich damit begnügen nach einem demütigen, fast entschuldigenden Briefe Louis Philipps dem illegitimen Fürsten durch die Verweigerung der üblichen Anrede „Mein Bruder" seinen Ärger kundzugeben. Von den Mächten zweiten Ranges war das bourbonische Spanien erst durch die Anerkennung der südamerikanischen Kolonieen und durch die Unterstützung, welche Frankreich einem Einfalle Minas zu gewähren drohte, einzuschüchtern; die übrigen nahmen keinen Anstand dem Beispiel der Großmächte zu folgen. Nur der Herzog von Modena machte sich das Vergnügen jede Unterhandlung mit einem Usurpator kurzerhand zurückzuweisen, bis auch ihn die kategorische Forderung Metternichs dazu nötigte. In der That war es nicht geraten den neuen Beherrscher Frankreichs auf kriegerische Bahnen zu drängen, da es ihm nicht schwer fallen konnte zu seiner Rettung den revolutionären Brand über einen ansehnlichen Teil Europas zu verbreiten und besonders die Empörung, die ohne planmäßige französische Einmischung in Belgien ausbrach, zu Gunsten seines Thrones und seines Landes auszubeuten.

Belgien und Holland.

Die Verschmelzung Hollands mit Belgien zu einem Königreich der Niederlande, die man 1814 wesentlich zum Schutz gegen Frankreich vollzogen hatte, war kein glücklicher Entschluß gewesen. Des Trennenden zwischen den beiden Ländern war mehr als des Gemeinsamen. Wenn auch die Bevölkerung Belgiens nur zum kleineren Teil romanisch war, so übte doch diese starke und geschlossene Minderheit den bedeutsamsten Einfluß im Lande aus, und auch die Bewohner germanischen Stammes, die Vlaminger, grollten den Holländern, die danach strebten sie in Sprache, Sitten und Gesetzgebung mit sich zu verschmelzen. Dazu kam als ergiebige Quelle von Streitigkeiten die Verschiedenheit der Religion, da in Holland ebensosehr der Protestantismus wie in Belgien der Katholizismus vorherrschte. Schon Joseph II. hatte seine belgischen Provinzen durch nichts mehr verletzt und zum Aufstande getrieben als dadurch, daß er den Einfluß der Priester zu brechen und ihre Erziehung in die Hände des Staates zu bringen suchte. Genau derselbe Schritt, die Errichtung einer staatlichen Hochschule für die Ausbildung der Geistlichen,

wurde 1825 von der niederländischen Regierung gethan, und auch der Erfolg war genau derselbe wie 1786: Metternich fand es mit Recht unbegreiflich, daß nach einem solchen Vorbild der König von Holland sich nicht besser vorgesehen habe. Auch die materiellen Interessen waren im Süden andere als im Norden; hier überwog der Handel, dort Ackerbau und Industrie. Der Belgier war demgemäß meistens ein Freund des Schutzzolls, der Holländer Freihändler. Die Stadt Antwerpen freilich nahm unter den neuen Verhältnissen einen unerwarteten Aufschwung; sie riß einen großen Teil des Handels von Amsterdam und Rotterdam an sich und führte beispielsweise 1829 aus Java dreimal so viel Kaffee ein wie Amsterdam; auch die anderen Städte Belgiens hatten ihren Teil daran; aber diese materiellen Vorteile würdigte man nicht eher in vollem Umfang, als bis man sie verloren. Die Verteilung der Staatslasten war für die belgischen Provinzen drückend; sie sollten teilnehmen an der großen Schuldenmasse von zwei Milliarden Gulden, die Holland aufgesammelt hatte, und sollten Steuern wie die auf Brot und Fleisch bezahlen, deren sie ungewohnt waren. Politische Vorteile tauschten sie nicht dafür ein; ihr eigener Einfluß auf die Staatsverwaltung war gering. Die Verfassung des Landes war ihnen zum Trotz mit schamloser Rechtsverdrehung eingeführt worden. Von der Notabelnversammlung, die sie beraten hatte, mit 796 gegen 527 Stimmen abgelehnt, ward sie von der Regierung doch für angenommen erklärt, da der Minderheit alle die beizurechnen seien, welche bei der Abstimmung gefehlt hätten; das waren nicht weniger als 280, und so wurde durch deren Stimmenzahl die Minorität der Annehmenden zur Mehrheit. In der Landesvertretung waren die Belgier nicht nach Verhältnis ihrer Bevölkerung zu etwa zwei Dritteln, sondern nur mit derselben Stimmenzahl wie das kleinere Holland bedacht, und da dessen Vertreter stets einmütig den Vorteil ihres Landes dem belgischen voranstellten, so brauchten nur ein paar Abgeordnete des Südens zu denen des Nordens abzufallen, um eine holländische Mehrheit zuwege zu bringen — eine Möglichkeit, die fast immer zur Wirklichkeit wurde. Noch ungünstiger war das Verhältnis der beiden Nationalitäten unter den oberen Staatsbeamten und Militärs; auf 317 Holländer kamen im Jahre 1829 nur 81 Belgier. So konnte es gar nicht ausbleiben, daß eine lebhafte Opposition gegen Holland erwuchs, die teils auf nationaler Grundlage beruhte, teils von materiellen Interessen getragen wurde, und die ihre Rüstung zum Teil dem Zeughause des Liberalismus entlehnte, zum Teil mit den Waffen des Ultramontanismus kämpfte. Ein wenig Geschicklichkeit und Nachgiebigkeit würde hingereicht haben um die beiden Hälften der Opposition gegeneinander zu verwenden und mit Hilfe der einen die andere unschädlich zu machen; aber dazu machte König Wilhelm I. nicht einmal den Versuch. Zu spät gewarnt durch die drohenden Anzeichen, die sich in der Kammer und der Presse kundgaben, ließ er den unnatürlichen Bund zwischen dem Liberalismus bis zur

Bündnis der Liberalen und der Ultramontanen.

äußersten Linken und dem schwärzesten Ultramontanismus sich vollziehen und gab sich dann obendrein, getäuscht durch einige Anhänglichkeitsbezeugungen, die ihm auf einer Reise zu teil wurden und in der Meinung durch ein Konkordat mit dem Papste im Jahre 1827 die Katholiken und durch die Wiedereinführung des Französischen als amtlicher Sprache die Liberalen beruhigt zu haben dem Wahne hin, die Unzufriedenheit sei nur künstlich erzeugt oder gar nicht vorhanden; es sei eine Infamie, wie er in Lüttich sagte, von Beschwerden des Landes zu reden! Die Antwort darauf war die Bildung eines Vereines in Flandern, der eine Denkmünze trug mit der Inschrift: Treu bis zur Infamie! in Erinnerung an den Wahlspruch der alten Geusen: Treu bis zum Bettelsack! Die Erbitterung wuchs auf beiden Seiten. Der verhaßte Justizminister van Maanen forderte von den belgischen Beamten eine ausdrückliche Zustimmung zu dem Programm der Regierung, das in einer königlichen Botschaft vom 11. Dezember 1829 enthalten war. Die Maßregelungen, denen sie im Weigerungsfalle ausgesetzt waren, veranlaßten dagegen die Bildung einer Konföderation, deren Mitglieder sich gleichsam untereinander gegen Schädigungen durch die Regierung versicherten. Die Seele der Opposition war schon seit einigen Jahren Louis de Potter, ein reicher, unabhängiger Mann, der jahrelang nur litterarischen Bestrebungen gelebt hatte und durch kirchengeschichtliche Studien auf das Gebiet der Tagesfragen geführt war. Zur Führerschaft der liberalen Partei verhalf ihm eine 18monatliche Gefängnisstrafe, in die er 1828 verurteilt war, weil er öffentlich die Aufforderung erlassen hatte über alle ministeriellen Belgier die Volksacht zu verhängen. Aus dem Gefängnis heraus hatte er dann die Vereinigung der liberalen und der klerikalen Partei zu einer „konstitutionellen Assoziation“ veranlaßt, hatte sodann einen Petitionssturm an den König um Abstellung der nationalen Beschwerden veranstaltet und gab endlich offen die Losung aus zu einer Bewegung, welche Belgien nach Verfassung und Verwaltung von Holland zu trennen strebte. Diese Thätigkeit zog ihm im Frühjahr 1830 eine neue Anklage zu, die am 30. April mit der Verurteilung zu achtjähriger Verbannung endigte.

Louis de Potter.

Einwirkung der Juli-Revolution.

Die Juli-Revolution fand ihn in Paris; steigerte sie seine Hoffnungen, so trieb sie ihn doch zunächst nicht über die Grenze des bisher Erstrebten hinaus. In einem offenen Briefe an den König Wilhelm erneuerte er seine Forderung eines Systemwechsels und der administrativen Trennung Belgiens von Holland. Der König und van Maanen beachteten diesen Brief so wenig wie die drohenden Mahnungen, die in Brüssel und anderer Orten laut wurden. Obgleich öffentliche Anschläge verkündigten: Montag Feuerwerk, Dienstag Illumination, Mittwoch Revolution, ging der Leichtsinn in den Regierungskreisen soweit, daß man zur Feier des königlichen Geburtstages am 25. August als Festoper die Stumme von Portici erkor, unbekümmert darum, daß dieses Stück die Erhebung der Neapolitaner gegen die spanische Herrschaft feierte. Schon

Die Revolution in Brüssel.

im Theater kam es zu lebhaften Ausbrüchen politischer Leidenschaft; nach Beendigung der Vorstellung aber stürzte sich der Pöbel auf die Gebäude des Justizministeriums, der Polizeidirektion und der ministeriellen Zeitung um sie zu zerstören. Auch am anderen Tage wiederholten sich ähnliche Scenen; die Regierung war völlig machtlos. Da thaten sich die wohlhabenden Bürger zusammen um dem Pöbel die Leitung zu entwinden; in einer großen Versammlung setzten sie am 27. August einen Bürgerausschuß ein, an dessen Spitze der Baron von Hooghvorst stand; das Heißen der Brabanter Fahne auf den Regierungsgebäuden konnte als Zeichen dafür angesehen werden, daß man die völlige Trennung von Holland verlange. Doch zählte immerhin die Personalunion noch viele Anhänger, und die Gegner waren unter sich geteilt. Eine kleine Schar, von Potters Freunde Gendebien geführt, nahm den Anschluß an Frankreich in Aussicht; unter den Liberalen waren nicht wenige der Republik geneigt; bei den Klerikalen herrschte der Wunsch vor eine selbständige Monarchie zu gründen. Diese Spaltung hätte einem ehrlichen Versuche auf Grund der Personalunion das Gelingen beinahe mit Sicherheit verbürgt. Davon überzeugte sich der älteste Sohn des Königs, der Prinz von Oranien, der am 31. August mit einer kleinen Armee vor Brüssel anlangte. Er verzichtete darauf an der Spitze der Truppen in die Stadt einzumarschieren, hielt seinen Einzug am 1. September ohne militärische Begleitung und vereinbarte mit einer Notabelnversammlung die Personalunion. Um sie seinem Vater zu empfehlen reiste er am 3. September nach dem Haag zurück. Dort fand er aber nicht die Entschlossenheit zum Nachgeben, die zum Gelingen erforderlich war. Zwar berief der König die Generalstaaten auf den 13. September und legte ihnen die Trennung Belgiens von Holland vor; aber eine Empfehlung konnte man die Art, wie das geschah, nicht nennen. Dazu kam, daß in Holland eine lärmende Agitation gegen die Belgier sich erhob, daß des Königs zweiter Sohn Prinz Friedrich in Antwerpen an der Spitze eines Heeres eine drohende Stellung einnahm, daß endlich in Belgien selbst mit den Erfolgen die Forderungen wuchsen. Bis auf zwei, drei feste Plätze, Antwerpen, Maastricht, die Citadelle von Gent, war das ganze Land in den Händen der Aufständischen. In manchen Gegenden traten republikanische Gedanken offener zu Tage als in Brüssel geschehen war; aber auch in die Hauptstadt verpflanzten sich diese Bestrebungen durch zahlreiche Zuzügler, welche aus allen Teilen des Landes und aus Frankreich dahin strömten. Der Bürgerausschuß machte am 20. September einem radikaler gefärbten Centralausschuß Platz, in dem Vertreter aller Parteien, welche die Trennung von Holland wollten, Hooghvorst, Vandeweyer, Gendebien, Mérode, Rogier und auch der eben zurückgekehrte de Potter saßen. Als nun Prinz Friedrich mit 10 000 Mann vor Brüssel ankam und in einer drohenden Proklamation Unterwerfung verlangte, entband der Centralausschuß alle Belgier im königlichen Heere ihres Eides und berief fremde Offiziere, den fran-

Der Bürgerausschuß.

Die Parteien.

Des Prinzen von Oranien Vermittlungsversuch.

Der Centralausschuß.

Prinz Friedrich in Brüssel.

zösischen General Mellinet, den Spanier van Halen, zur Organisierung des bewaffneten Widerstandes. Diese vermochten zwar nicht zu hindern, daß Prinz Friedrich am 23. in Brüssel einrückte und das Schloß samt einigen Hauptstraßen besetzte. Als er aber in die Seitengassen einrücken wollte, stieß er überall auf Barrikaden, und es entspann sich ein dreitägiger Straßenkampf, der mit solchen Verlusten für die Holländer verbunden war, daß der Prinz, zumal ihm auch die Munition auszugehen begann, in der Nacht zum 27. die Stadt wieder räumte. Damit war die letzte Brücke der Verständigung zerstört; es nützte nichts mehr, daß am 28. September die Generalstaaten in die Personalunion willigten, daß König Wilhelm ihren Beschluß am 4. Oktober bestätigte, daß der Prinz von Oranien zur Durchführung desselben als Statthalter in Antwerpen erschien und so bereitwillig den Forderungen des Centralausschusses entgegenkam, daß der König ihm die erteilte Vollmacht wieder entzog. Die Personalunion war jetzt bereits ein völlig überwundener Standpunkt. Der Centralausschuß schrieb Wahlen zu einem Nationalkongreß aus und gab diesem die Regelung der künftigen Verhältnisse anheim. Am 10. November trat er zusammen. Wider Erwarten und besonders zu de Potters großer Enttäuschung zählte er nur wenige republikanisch Gesinnte; denn nachdem er am 18. November die Unabhängigkeit Belgiens erklärt, entschied er sich am 22. mit 174 gegen 13 Stimmen für die konstitutionelle Monarchie, indes mit Ausschluß des Hauses Oranien. Dadurch erfuhren die Verhältnisse eine wesentliche Klärung, umsomehr, als auch die Gendebiensche Partei des Anschlusses an Frankreich in Paris zurückgewiesen wurde, da Louis Philipp die eben gewonnenen guten Beziehungen zu den fremden Kabinetten nicht leichtfertig aufs Spiel setzen mochte. Die Frage, wem man die belgische Krone übergeben solle, war freilich eine sehr schwierige; allein vorderhand drängte ihre Lösung nicht; denn der Kongreß war entschlossen zur Königswahl nicht eher zu schreiten, als bis er eine neue Verfassung beraten habe, und diese Aufgabe war umfangreich genug um Monate in Anspruch zu nehmen.

Seine Niederlage. — *Die Personalunion.* — *Der Nationalkongreß.* — *Unabhängigkeitserklärung.*

Die Großmächte.

König Wilhelm hatte sich mittlerweile an die Großmächte als die Bürgen der Verträge von Paris und Wien gewandt um von ihnen wieder in den alten Besitzstand zurückgeführt zu werden. Allein er fand hier keine sonderlich günstige Aufnahme. Nur Kaiser Nikolaus war im ersten Augenblick entschlossen zu marschieren und bot dem englischen Kabinet 60000 Mann nach den Verträgen von Chaumont, Paris und Aachen an. Aber Wellington, der damals noch Premierminister war, hielt zwar den Sieg der belgischen Revolution für eine „verteufelt schlimme Geschichte“, konnte jedoch nicht daran denken ihn mit den Waffen rückgängig zu machen; schon am 16. November mußte er überdies den Whigs das Feld räumen, deren Grundsätze ein Einschreiten gegen den belgischen Kongreß von vornherein ausschlossen. Für Österreich und Preußen war und blieb die Erhaltung des europäischen Friedens

der leitende Gesichtspunkt; in Berlin konnte man überdies trotz der Verwandtschaft keine sonderlichen Sympathien für die Oranier haben, die in Sachen der Rheinschiffahrt dem preußischen Kabinet stets gehässig und kleinlich entgegengetreten waren; nur für den Fall der äußersten Not stellte Friedrich Wilhelm dem holländischen Könige die erbetene Hilfe in Aussicht und versammelte drei Armeekorps unter dem Prinzen Wilhelm am Rhein, eine Maßregel, welche durch die dort herrschende politische Aufregung ohnedies geboten erschien; in Wien hätte man es zwar gern gesehen, daß preußische Truppen dem „Rummel" ein Ende machten; allein andererseits fand Metternich doch, daß König Wilhelm sein Unglück niemandem als sich selbst zuzuschreiben habe; er gehöre leider zu den Menschen, die nichts lernten und nichts vergäßen. Das Hauptmotiv aber war doch die Furcht, durch eine Einmischung zu Gunsten Hollands Frankreich zur Unterstützung der Belgier zu treiben und so aus einem Schornsteinbrand eine Feuersbrunst zu machen. Denn das französische Kabinet schenkte natürlich dem Aufstande seinen vollsten Beifall und war wohl bereit den Grundsatz der Nichteinmischung, welchen es der heiligen Allianz gegenüber in das Völkerrecht einzuführen suchte, auch hier zu befolgen, wenn auch die anderen Großmächte so handelten; den Einmarsch der Preußen aber erklärte es mit der Besetzung der belgischen Grenzdistrikte beantworten zu müssen, und wenn daraus auch ein europäischer Krieg entstehen sollte. Aber diese Gefahr war umsoweniger drohend, als der französische Botschafter in London, der alte Talleyrand, durch die feierliche Erklärung, Louis Philipp werde den Aufstand nicht zu seinen Gunsten ausbeuten, schon die Einwilligung Englands in die Lostrennung der empörten Provinzen erwirkt hatte. Blieben diese aber sich selbst überlassen, so war ihr endlicher Sieg schon dadurch fast unbedingt gewährleistet, daß ihre Bevölkerung derjenigen Hollands etwa doppelt überlegen war.

So vereinigten sich denn die Großmächte auf Talleyrands Antrag dahin dem Ersuchen König Wilhelms nur durch die Bildung einer Gesandtenkonferenz in London zu entsprechen, und der erste Beschluß, welchen diese faßte, zeigte schon, daß von einer gewaltsamen Unterwerfung der Belgier nicht die Rede sein solle. Am 4. November wurde den beiden Parteien der Abschluß eines Waffenstillstandes auferlegt. Die Feindseligkeiten, die bisher vorgefallen waren, kamen teils thatsächlich, teils moralisch den Belgiern zu gute. Sie hatten unter Mellinet Ende Oktober die Feinde bei Barchem zurückgedrängt und den holländischen General Chassé zum Rückzug in die Citadelle von Antwerpen genötigt. Daß er von dort aus die Stadt am 27. Oktober bombardieren ließ, schuf zwar unendliche Verluste, schadete aber als eine barbarische Maßregel den Holländern ungemein in der öffentlichen Achtung. Die Belgier dagegen befestigten ihre Stellung sowohl durch die Wahl des gemäßigten Grafen Surlet de Chokier zum Kongreßpräsidenten als durch die Annahme der monarchischen Staatsform sehr wesentlich. Obendrein gerieten

Die Londoner Konferenz.

Waffenstillstand.

Bombardement von Antwerpen.

die Ostmächte zu Metternichs großem Verdruß auf der Konferenz mehr und mehr in „das Schlepptau der englisch-französischen Konfusion"; ihre Gesandten, denen es an rechtzeitiger Instruktion fehlte, überließen den Westmächten die Führung, und die Kabinette scheuten sich regelmäßig sie zu desavouieren. So that denn die Londoner Konferenz am 20. Dezember 1830 den entscheidenden Schritt und erkannte die Unabhängigkeit Belgiens grundsätzlich an. Damit waren die Fragen, die noch zu lösen blieben, auf drei Hauptpunkte zusammengedrängt; es handelte sich um die künftige Grenzlinie, um den Anteil Belgiens an der bisherigen gemeinsamen Schuld und um die Person des neuen Monarchen. Erst in zweiter Linie standen Fragen wie die der Schiffahrt auf der Schelde, der Entschädigung des deutschen Bundes, dem ja Luxemburg bisher angehörte, und der Schleifung einiger Festungen, die man in Paris wünschte. In bezug auf die künftige Grenze und den Anteil Belgiens an der Staatsschuld zeigte sich nun die Konferenz sehr wohlwollend gegen Holland. In den sogenannten Grundlagen der Trennung (vom 20. Januar 1831) überwies sie Holland die Grenzen von 1790 und das ganze Luxemburg und schrieb Belgien, das gleichzeitig für neutral erklärt wurde, $^{16}/_{31}$ von der Schuldenlast zu. Holland ging darauf ein, in Brüssel aber lehnte man, von Frankreich ermutigt, diese Grundlagen ab. Die Frage blieb also in der Schwebe und trat für den Augenblick zurück gegen das Interesse, welches die Königswahl erweckte. Von den Kandidaten, die überhaupt genannt worden waren, durfte der Prinz von Oranien jetzt für beseitigt gelten; auch dem Prinzen Leopold von Koburg, der sich durch die Ablehnung der griechischen Throne viele Feinde gemacht hatte, gab man wenig Aussicht; England zeigte sich lau, der französische Minister Sebastiani drohte gar mit Krieg, wenn jener einen Fuß auf belgischen Boden setze. Dagegen galten als ernstliche Bewerber Louis Philipps zweiter Sohn, der Herzog von Nemours, und der Stiefenkel Napoleons, Herzog August von Leuchtenberg, ein Sohn Eugen Beauharnais'. Nemours' Name war schon im Oktober in den Vordergrund getreten; allein damals hatte sein Vater seine Zustimmung verweigert um es nicht mit den Großmächten zu verderben. Als aber Leuchtenbergs Bewerbung Aussicht auf Erfolg gewann — eine Möglichkeit, die dem Bonapartismus in Frankreich neue Nahrung hätte zuführen können — erklärte er offen, daß er dieser niemals zustimmen werde, und ließ in Brüssel insgeheim mitteilen, daß er unter solchen Umständen Nemours' Erhebung zulassen wolle. Ernstlich vertreten mochte er sie aber auch jetzt nicht; er wußte, daß die Londoner Konferenz sie für unzulässig erklären würde, und es lag ihm nur daran einen Trumpf gegen die Wahl Leuchtenbergs in die Hand zu bekommen. Das gelang ihm vollkommen. Am 3. Februar 1831 nahm der Kongreß die Wahl vor, und mit zwei Stimmen Mehrheit wurde Nemours erkoren, obgleich die Konferenz Tags vorher alle Prinzen der Großmächte von der Wählbarkeit ausgeschlossen hatte. Nun aber ließ sich Lord Palmerston in der ernstesten Weise vernehmen

Das Protokoll vom 20. Dezember.

Die Grundlagen der Trennung.

Die Königswahl.

und geradezu mit Krieg drohen, und Louis Philipp gab darauf trotz der gegenteiligen Bemühungen des Ministeriums Laffitte am 7. Februar die Erklärung ab, daß er die Wahl seines Sohnes verwerfe. An demselben Tage beendete der belgische Kongreß die Beratung der Verfassung durch einstimmige Annahme derselben. Da nun die Hoffnung einen König zu finden vorerst gescheitert war, so übertrug man einstweilen dem Baron Surlet de Chokier als Reichsverweser die Würde des Staatsoberhauptes und machte sich daran einen neuen Kandidaten zu suchen. England und Frankreich vereinigten sich jetzt um Leopold von Koburg zu empfehlen, der dem Hause Orléans nach seiner Wahl durch die Vermählung mit Louis Philipps Tochter Louise näher treten sollte. Im April begab sich im Auftrage des belgischen Ministeriums eine Deputation des Kongresses nach London um den Prinzen vertraulich zu befragen, ob er eine Wahl auf Grund der Verfassung annehmen werde. Die Antwort fiel trotz der Bedenken, welche der demokratische Grundzug dieser Verfassung erregte, zustimmend aus, doch unter der Voraussetzung, daß die Londoner Konferenz ihre ungünstigen Januarbeschlüsse in der Grenz- und Schuldfrage noch ändere. Daraufhin erwählte der Kongreß den Prinzen am 4. Juni mit 152 gegen 44 Stimmen und schickte Kommissäre an die Konferenz um jene Änderungen vorzuschlagen. Deren Bemühungen waren nicht erfolglos; am 26. Juni wandelte die Konferenz das Januarprotokoll in die sogenannten 18 Artikel um, welche die Luxemburger Frage offenließen und die Schulden so ordneten, daß jeder Teil die übernehme, welche er vor der Vereinigung getragen, der Rest aber nach einem billigen Verhältnis geteilt werde. Am nächsten Tage empfing Leopold eine Deputation des Kongresses, die schon seit drei Wochen in London wartete, und nahm die Krone unter der Bedingung an, daß der Kongreß die 18 Artikel genehmige. Als dies nach einer neuntägigen stürmischen Debatte mit 126 gegen 70 Stimmen geschehen war, verließ er England und hielt am 21. Juli seinen Einzug in Brüssel.

Die belgische Verfassung. *Leopold von Koburg.* *Die 18 Artikel.*

Es fehlte jedoch noch viel daran, daß damit die belgische Frage gelöst war. Holland hatte den Januarbedingungen zugestimmt, die 18 Artikel verwarf es mit größter Entschiedenheit. Ja es kündigte den Waffenstillstand vom 4. November 1830 und ließ am 4. August 50000 Mann über die Grenze rücken. Das nicht halb so starke belgische Heer war in schlechter Verfassung; ein Teil, die Maas-Armee unter General Daine, löste sich ohne Kampf auf; mit dem anderen, der Schelde-Armee, mußte Leopold selbst auf Löwen zurückweichen, wo er am 11. den Kampf mit der Übermacht zwar aufnahm, aber die Seinen alsbald in regelloser Flucht davoneilen sah. Inzwischen war fremde Hilfe schon nahe. Gleich nach der Kündigung des Waffenstillstandes hatte sich Leopold trotz des Einspruchs seiner Minister und trotz entgegenstehender Verfassungsbestimmungen bittend nach London und Paris gewandt. England erhörte ihn nur soweit, daß es ein Geschwader bei Dover sammelte; Louis Philipp dagegen erteilte sofort der 40000 Mann

Der holländische August-Feldzug. *Einrücken der Franzosen.*

starken Nord-Armee unter Gérard den Befehl zum Einmarsch. Am 10. August überschritt dieser die Grenze, schon am 14. kehrten die Holländer nach Holland zurück und fügten sich zehn Tage später in einen neuen Waffenstillstand, den die Konferenz bis zum 10. Oktober beiden Teilen auferlegte. Aber wenn die nächste Gefahr damit beseitigt war, so hatte sich die Lage des neuen Königreichs durch diesen kurzen Zwischenfall doch sehr verschlechtert. Hollands Mut und Widerstandskraft war gesteigert; die Abänderungen, die es an den 18 Artikeln verlangte, ließen sich schwerer verweigern. England war höchst unwillig

Französische Pläne.

über den Einmarsch der Franzosen; auch Leopold mußte ihre schleunige Entfernung wünschen, da er hörte, daß Talleyrand, der schon im Januar die Abtretung von Philippeville und Marienburg gefordert hatte, jetzt Preußen und Holland zu einer Teilung Belgiens zu verlocken suche, und

Der Festungsvertrag.

da das französische Kabinet ihm selbst den Vertrag vom 8. September abpreßte, der ihn zur Schleifung von fünf Festungen verpflichtete. Erst nach Abschluß dieses Vertrages begannen die Franzosen, von England und den anderen Großmächten gedrängt, den Rückmarsch, und die Londoner Konferenz machte sich daran, die Grenz- und Schuldenfrage zum drittenmal zu regeln. Das Ergebnis war für Belgien wesentlich schlechter.

Die 24 Artikel.

Die 24 Artikel vom 15. Oktober 1831 überwiesen die größere östliche Hälfte von Luxemburg an Holland und nahmen Belgien auch noch Teile von Limburg; in Bezug auf die Staatsschulden aber legten sie dem neuen Königreich die Pflicht auf jährlich 8,4 Millionen Gulden als Zinsen an Holland zu zahlen. Dennoch verweigerte das letztere von neuem seine Zustimmung und gab dadurch Belgien wieder einen Vorsprung. Dieses trat nämlich den 24 Artikeln in einer Form bei, welche ihm zugleich die Anerkennung der Großmächte verschaffen sollte. Jene Artikel wurden in die Gestalt eines Vertrages gebracht, welchen die Konferenzmächte mit Leopold schlossen und der binnen zwei Monaten vom 15. November ab ratifiziert werden sollte. Letzteres geschah freilich nicht, da Nikolaus sowohl wie Metternich die Haltung ihrer Gesandten mißbilligten und überdies eine neue „Kabbelei" Frankreichs, um mit Palmerston zu sprechen,

Die Festungsfrage.

noch einmal Schwierigkeiten schuf. Mit dem Hauptvertrage zugleich sollte der über die Schleifung gewisser Festungen unterzeichnet werden. Sämtliche Großmächte waren über die Dienlichkeit solcher Schleifungen einig: Frankreich, weil die fraglichen Plätze zu seiner Bändigung errichtet waren; die übrigen, weil die Zahl derselben für Belgiens Heer und Finanzen zu groß war und deshalb im Kriegsfall eine Überrumpelung leicht hätte gelingen können. Über die Auswahl der Plätze, welche geschleift werden sollten, behielten sich nun aber zu Louis Philipps größtem Verdruß die anderen Mächte die alleinige Entscheidung vor, verwarfen am 14. Dezember 1831 die in dem Septembervertrage getroffene Auswahl und bezeichneten zum Teil andere Festungen. In der Hoffnung seinen Willen doch noch zu erzwingen verweigerte nun der französische König die Ratifikation des Vertrages vom 15. November und fügte sich erst, als er

sah, daß Leopold trotz des besten Willens keine Änderung durchsetzen konnte, und als in den Vertrag die Klausel aufgenommen wurde, daß Belgien durch denselben zu den übrigen Großmächten in kein anderes Verhältnis als zu Frankreich trete.

Anerkennung Belgiens durch die Großmächte.

So wurde Belgien am 31. Januar 1832 von England und Frankreich, in den nächsten Monaten von Österreich, Preußen und Rußland anerkannt; von den beiden deutschen Mächten unter Vorbehalt der Rechte des Bundes auf Luxemburg. Preußen hegte dabei wohl noch die stille Hoffnung die Festung mit dem nächsten Gebiet für sich zu gewinnen, wenn auch um den Preis der Abtretung von Philippeville und Marienburg an Frankreich. Aber gerade deshalb wollte England von einem solchen „Abknappern" nichts wissen. Wenn diese großen Mächte einmal Blut geleckt haben, meinte Palmerston, werden sie nie mit einem Biß zufrieden sein, sondern das ganze Schlachtopfer verschlingen. — Holland setzte, auch verlassen von den Großmächten, seinen Widerstand fort. Fast ein Jahr hindurch wurde mit ihm seitens der Konferenz bald mehr bald weniger lebhaft verhandelt; König Leopold ging nach längerem Zögern und einem Ministerwechsel sogar auf direkte Verhandlungen über nochmalige Abänderung der 24 Artikel ein. Als Holland auch diese ablehnte, beschloß die Konferenz am 1. Oktober 1832 Zwangsmaßregeln.

Zwangsmaßregeln gegen Holland.

Da sich aber die Ostmächte auf finanzielle beschränken wollten, während England und Frankreich militärische im Auge hatten, kam der bis dahin immer noch verhütete Zwiespalt in der Konferenz zum offenen Ausbruch. Die Seemächte, denen es vor allem der Befreiung Antwerpens und seiner noch immer von Chassé besetzten Citadelle lag, schlossen am 14. Oktober einen Vertrag, auf Grund dessen sie von Holland und Belgien die gegenseitige Räumung aller der Gebietsteile, welche sie den 24 Artikeln zuwider besetzt hielten, forderten und als Holland dies ablehnte, nicht allein Beschlag auf die holländischen Schiffe in ihren Häfen legten, sondern auch die Küste blokierten und Gérard von neuem auf Antwerpen vorrücken ließen.

Belagerung von Antwerpen.

Über einen Monat hielt Chassé stand, dann mußte er am 23. Dezember kapitulieren und wurde mit der Besatzung nach Frankreich abgeführt. Die Exekution der beiden Mächte — denn den Ausdruck Krieg vermied man sorgfältig — war damit zwar eigentlich noch nicht erschöpft; denn zwei Forts, Lillo und Liffenshoek, welche den freien Verkehr auf der Schelde sperrten, verteidigten sich hartnäckig. Aber um ernsteren Verwickelungen mit den Ostmächten, die sich von der Konferenz jetzt völlig zurückgezogen hatten, vorzubeugen und jene nicht in die Lage zu bringen, bewaffnet zu Gunsten Hollands einzuschreiten, wozu Nikolaus schon im Dezember bereit war und alle drei Mächte sich in Berlin am 9. März 1833 förmlich verpflichteten, räumten die Franzosen Belgien, und die beiden Scheldeforts behaupteten sich, bis der König von Holland, angesichts der Vergeblichkeit weiteren Widerstandes, am 21. Mai 1833 eine Konvention mit den Westmächten schloß, worin er sich zu einem Vertrage mit Belgien bereit

Beendigung der Feindseligkeiten.

erklärte und bis zum Abschluß desselben den Frieden nicht weiter zu stören versprach. Die Schiffahrt auf der Maas und Schelde wurde sogleich freigegeben, in bezug auf Luxemburg und Limburg aber der zeitweilige Besitzstand bis zum Abschluß des endgültigen Vertrages aufrecht erhalten. Damit konnte Belgien sehr wohl zufrieden sein, und es war ihm kaum erwünscht, als endlich im März 1838 der König von Holland durch die augenscheinlichen Nachteile, in welche er sein Land stürzte, sich gezwungen sah Verhandlungen über den Frieden mit dem Nachbarstaate zu beginnen. Jetzt sträubte sich Belgien die besetzten Teile von Luxemburg und Limburg herauszugeben; der König rüstete und forderte sogar durch die Berufung des Polen Skrzynecki Österreich und Preußen so sehr heraus, daß sie den diplomatischen Verkehr abbrachen; allein endlich mußte er doch dem einmütigen Willen der Großmächte weichen. Auch so aber brachte der Friede vom 19. April 1839 dem Lande noch bedeutende Vorteile gegenüber den 24 Artikeln; denn die Rente, die es Holland danach zu zahlen verpflichtet war, wurde von 8,4 auf 5 Millionen Gulden herabgesetzt und der ganze Rückstand bis zum 1. Januar 1839 überhaupt gestrichen. Es war das für Belgien um so wichtiger, als es seinem materiellen Wohlstande durch die Trennung empfindliche Wunden geschlagen, seinem Handel den bevorrechteten Verkehr mit den niederländischen Kolonieen, seiner Industrie und seinem Getreide ein großes Absatzgebiet entzogen hatte. Der König von Holland aber hatte wohl Anlaß mißmutig und mit sich selbst unzufrieden zu sein. Der Herrschaft überdrüssig entsagte er 1840 dem Throne zu Gunsten des Prinzen von Oranien, der als Wilhelm II. bis 1849 regierte und mit Belgien ein freundschaftliches Nachbarverhältnis anzuknüpfen beflissen war.

Der Vertrag von 1839.

Die polnische Revolution.

Die Lage Polens unter Alexander.

Fast neun Jahre waren somit erforderlich gewesen um die Früchte der belgischen Revolution zu sichern und dem neuen Staatswesen die allgemeine Anerkennung zu erwerben. Daß es sich aber seine Existenz überhaupt erkämpfen konnte, hatte es zum guten Teil dem minder glücklichen Ringen eines anderen Volkes zu danken, dem Aufstande der Polen. Weder Rußland, noch selbst Preußen und Österreich hätten sich in die Zertrümmerung der Niederlande so leicht gefügt, wenn nicht neben der Gefahr eines Krieges mit Frankreich als drohendes Gespenst der Gedanke gestanden hätte, daß mit Frankreichs Hilfe die Insurrektion der Polen eine drohende Macht gewinnen könne. Die Lage Polens hatte sich mit der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus bedeutend verschlechtert. Alexander hatte dem Lande die Bedingungen erfüllt, unter denen er es auf dem Wiener Kongreß empfangen. Als selbständiges Königreich war es mit Rußland nur durch Personalunion verbunden; Heer, Finanzen, Verwaltung waren gesondert. Eine Verfassung, welche der königlichen

Macht allerdings nicht gar zu enge Grenzen zog, war 1817 in Wirksamkeit getreten. Sie knüpfte die Gültigkeit der Gesetze an die Zustimmung des Reichstages, der alle zwei Jahre, freilich nur auf 14 Tage, zusammentreten sollte. Er bestand aus dem Senat, dessen 30 Mitglieder der König auf Lebenszeit ernannte, und den Landboten, die, 60 an der Zahl, von dem Adel und den Kommunen gewählt wurden. Die oberste Regierungsgewalt stand dem Statthalter zu und wurde von diesem durch den Verwaltungsrat ausgeübt; öffentliche Ämter durften nur von Polen, nicht von Russen, bekleidet werden. Der segensreichen Wirksamkeit dieser wohlgemeinten und trotz ihrer Beschränkungen brauchbaren Verfassung stellten sich jedoch von Anfang an viele Hindernisse in den Weg, zum Teil schwer besiegbare. Der alte Nationalhaß zwischen Russen und Polen, den eine Geschichte von Jahrhunderten großgezogen hatte, dauerte ungeschwächt fort; die Hoffnungen des unterdrückten Volkes auf eine Rückkehr der früheren uneingeschränkten Selbständigkeit waren auch nach den Enttäuschungen, welche Napoleons Politik ihm bereitet hatte, nicht geschwunden. Die beste, weiseste, freisinnigste Regierung hätte ihm von Rußland geboten werden können; sie würde doch das Verlangen nach Unabhängigkeit nicht ertötet haben. Und doch fehlte diesem Verlangen auf der anderen Seite jede Fähigkeit zur Wirklichkeit zu werden. Soziale Zustände, so verrottet wie kaum sonstwo in Europa, fraßen an dem Mark des Volkes und zehrten seine politische Lebenskraft, die schon vor Jahrzehnten zu gering zu einem selbständigen Dasein gewesen war, vollends auf. Ein wohlhabender nationaler Mittelstand fehlte durchaus; Handel und Gewerbe lagen zumeist in der Hand der Juden; ohne Mitgefühl für die nationale Sache, ohne den geistigen Schwung, welcher ihre Glaubensgenossen in anderen Ländern auszeichnet, nur auf Erwerb bedacht, zehrten diese an dem Wohlstande des Landes und sammelten zugleich mit ihren Reichtümern eine untilgbare Summe von Haß an. Noch schlimmer sah es um den Bauernstand aus; er schmachtete in den Banden ungemilderter Leibeigenschaft; neben der Autorität seines Herrn kannte er nur die des Priesters; seine leiblichen Bedürfnisse waren gering wie seine geistigen; im Branntweingenuß vergaß er alle Sorgen des Lebens. Aus dem Adel ragten manche Geschlechter durch Umfang des Besitzes und altberühmte Namen hervor; die große Mehrzahl war von mäßigem Wohlstande und mäßiger Bildung. Allen gemein war ein tiefgewurzelter Stolz auf ihren Stand, die lebhafte Erinnerung an die geschwundene politische Bedeutung, ein glühender Patriotismus, in dem sich wahre Vaterlandsliebe mit selbstsüchtigem Standesinteresse unmerkbar verschmolz, selbstgenügsame Unbotmäßigkeit, persönliche Tapferkeit, ja waghalsiger Mut. Von den Ideen, welche die französische Revolution zur Geltung gebracht hatte, war dieser Adel lebhaft erfaßt worden; doch hatten sie bei den meisten keine tiefen Wurzeln geschlagen; wenige dachten den Grundsatz der Gleichheit und Freiheit auch auf ihre Unterthanen zu übertragen und die Leibeigenschaft abzuschaffen; den meisten bestand das

Prinzip der Demokratie nur in der Gleichberechtigung des kleinen Adels mit dem großen. Doch gab es auch eine wirklich demokratische Partei im Lande; an Zahl und Einfluß klein setzte sie sich aus der Minderheit des Adels, aus Offizieren und Beamten, und aus den wenigen polnischen Kaufleuten und Industriellen von Besitz und Bildung zusammen; von Bedeutung für die Verhandlungen auf dem Reichstag wurde sie nicht. Auf diesem herrschte ausschließlich der Adel; nichts weniger als russenfreundlich gesinnt betrachtete er es doch als wichtigste Aufgabe seine Alleinherrschaft zu bewahren, und da der Reichstag dazu ein brauchbares Mittel war, so hielt er diese Institution und die Verfassung, welche russische Beamte aus dem Königreich ausschloß, hoch, und faßte eine gewaltsame Losreißung von Rußland gar nicht ins Auge. Insofern standen also die Sachen für letzteres recht günstig; aber diese Gunst wurde ziemlich leichtsinnig verscherzt. Alexander hatte seinen Bruder Konstantin als Oberbefehlshaber nach Warschau geschickt; äußerlich liebäugelte derselbe in jeder Weise mit den Polen und stellte sich, besonders nach seiner Vermählung mit der Gräfin Grudsinska, als ob er selbst ein Pole wäre. In Wirklichkeit aber suchte er dem russischen Einfluß auf die gehässigste Weise Bahn zu brechen. So bewirkte er die Anstellung zahlreicher Russen, die sich zum Schein nationalisieren lassen mußten; er überschwemmte das Land mit einem Heere von Spionen und geheimen Agenten: er beging selbst Willkürlichkeiten und Grausamkeiten aller Art und sorgte dafür, daß seine Günstlinge, die desgleichen thaten, ungestraft blieben. Alles das erbitterte den Adel und führte ihn zu einer Opposition auf den Reichstagen, die Alexander bald schmerzlich empfand und auf die er mit einschränkenden Maßregeln, mit Beeinflussung der Wahlen, mit Aufhebung der Preßfreiheit antwortete. Doch liebte er bei alledem die Konstitution immer noch wie sein eigenes Werk, so daß der Gedanke zum Absolutismus zurückzukehren schwerlich jemals bei ihm zur That geworden wäre. Diese rein persönliche Stimmung seines Bruders teilte Nikolaus natürlich nicht; er bekam aber gleich beim Beginn seiner Regierung auch noch einen direkten Anlaß zum Mißtrauen. Die Untersuchungen gegen die Dekabristen ergaben nämlich, daß diese auch mit geheimen polnischen Gesellschaften in Verbindung gestanden hatten, deren Haupt Fürst Jablonowski war. Infolgedessen wurden einige hundert Personen gefänglich eingezogen und erst vor ein Militärgericht, dann, weil dies der Verfassung zuwiderlief, vor den Senat gestellt. Dieser sprach sie im Oktober 1828 frei, so zweifellos auch ihre Schuld war. Das sah Nikolaus mit Recht als eine Herausforderung an und glaubte sich nun um so eher Mißachtung der Verfassung erlauben zu dürfen. Die Einberufung des Reichstages war so schon unter allerlei Vorwänden seit 1825 unterblieben, die feierliche Krönung bis in den Februar 1829 hinausgeschoben. Das gab denn andererseits der nationalen Opposition neue Nahrung: eine geheime Verbindung, die schon ein Jahrzehnt bestand, dehnte sich über das ganze

Großfürst Konstantin.

Kaiser Nikolaus.

Verschwörungen.

Land aus und umfaßte allmählich fast den ganzen Kleinadel und viele Offiziere; verschiedene Verschwörungen wurden angezettelt, so 1828 beim Ausbruch des Türkenkrieges, 1829 bei der Anwesenheit des Kaisers in Warschau, bei welcher Gelegenheit man ihn und sämmtliche Prinzen ermorden wollte; beidemal unterblieb jedoch selbst der Versuch zur Ausführung. Dagegen schlossen sich die Parteien enger aneinander: die Aristokraten, geführt von Adam Czartoryski, einst dem vertrauten Freunde Alexanders, die Demokraten mit Joachim Lelewel an der Spitze, einem gelehrten Kenner des Altertums, dem seine Grundsätze seine Professur an der Universität Wilna gekostet hatten. Während die ersteren in Rücksicht auf die militärische Macht Rußlands die Personalunion nicht antasten und nur die Befolgung und Verbesserung der Konstitution erstreben wollten, träumten die anderen von vollständiger Unabhängigkeit Polens, wohl gar in den Grenzen von 1772, und wollten zur Erreichung dieses Zieles sich die Mitwirkung der Bauern durch Aufhebung der Leibeigenschaft sichern. Trotz der Verschiedenheit dieser Bestrebungen fehlte es nicht an Bindegliedern zwischen beiden Parteien und besonders die Aristokraten Niemcewicz und Niemojewski, die demokratischen Grafen Roman Soltyk und Ostrowski waren als Mittelsmänner von Bedeutung.

Czartoryski und Lelewel.

Ohne die Juli-Revolution würde die Anschauungsweise der Aristokraten die herrschende geblieben sein und die Demokraten hätten sich, allein zum gewaltsamen Losbruch zu schwach, ihr anbequemen müssen. Aber die Pariser Vorgänge, der Brüsseler Aufstand, der allgemeine Glaube, Nikolaus werde beiderorten mit den Waffen für die Verträge von 1815 eintreten, die überschwänglichen Hoffnungen, welche sich in erregbaren Gemütern an einen solchen Krieg, der riesige Ausdehnungen annehmen konnte, knüpfen mußten, alles das gab plötzlich den Demokraten ein entschiedenes Übergewicht. Die Möglichkeit, daß Nikolaus gerade das polnische Heer nach Frankreich schicken werde, trieb zur Eile, denn unter den Offizieren waren die Heißsporne der Umsturzpartei. Zu einer gründlichen Vorbereitung des Aufstandes ließ man sich nicht die Zeit, einen anerkannten Führer hatte man nicht; mehrere Generale, an die man sich wandte, wollten sich vorderhand auf nichts einlassen ohne doch von dem Vorhaben abzuraten. Mit unglaublicher Unvorsichtigkeit traf man die Vorbereitungen; schon deshalb war es ratsam nicht lange zu zögern, denn jeder Tag konnte alles entdecken. Ging doch der Übermut einzelner Mitwisser so weit, daß sie an des Großfürsten Lustschloß Zettel hefteten mit der Inschrift: Von Neujahr ab zu vermieten! Die Häupter der Verschwörung waren untergeordnete Personen, einige Schriftsteller, einige Offiziere, der thätigste von ihnen Peter Wysozki, ein Gardelieutenant. Studenten, Soldaten, besonders die Zöglinge der Fähnrichsschule, waren ihre nächsten Mitwisser und Gehilfen. Kurz vor dem Losbruch wurden die sämtlichen polnischen Offiziere der Garnison ins Geheimnis gezogen. Am Abend des 29. November um 6 Uhr gab der Brand einer Brauerei das verabredete Zeichen. Ein Häuflein von 20 Mann eilte

Einwirkung der französischen und belgischen Revolution.

Der Aufstand in Warschau.

nach Schloß Belvedere, wo Konstantin sich aufhielt; mit dem Rufe: Nieder mit dem Tyrannen! drangen sie ein, stachen die Wachen, den Vizepräsidenten Lubowidzki, den General Zauder nieder, und hätten auch den Großfürsten ermordet, wenn nicht ein Kammerdiener durch das Verriegeln einer Thür ein paar Minuten gewonnen hätte, während welcher Konstantin sich in eine Dachkammer rettete. Ein anderer Haufe stürmte mittlerweile das Zeughaus und verteilte Gewehre, welche man dort fand, unter die Menge, die von einigen der Verschworenen mit begeisterten Worten zum Kampfe entflammt wurde. Weniger glücklich entledigte sich Wysozki der Aufgabe, die ihm zugefallen war; die russischen Regimenter, die er mit seinen 160 Fähnrichen entwaffnen wollte, standen vor ihren Kasernen zum Kampfe bereit und schlugen ihn zurück, zu einem entschiedenen Angriff schritten sie jedoch nicht, da ihre Oberoffiziere nicht zur Stelle waren, sondern auf dem Wege nach den Kasernen vom Volke gefangen und niedergemacht wurden. Nach einigen Stunden ruhte der Kampf; morgens am 30. wurde er noch einmal aufgenommen, aber bald auf Konstantins Befehl abgebrochen. Dieser hatte sich aus der Stadt nach dem Dorfe Wirzba geflüchtet. Dort überredete ihn sein Adjutant Zamoyski, das ganze sei nur ein Pöbelexzeß, der aus dem Gerüchte entstanden sei, die Russen wollten die Stadt anzünden; um dies Gerede zu widerlegen, solle der Großfürst die Truppen aus der Stadt zurückziehen, dann werde alles zur Ordnung zurückkehren. Die Verderblichkeit dieses Rates zeigte sich bald. Ein großer Teil der polnischen Truppen blieb ohne Befehl in der Stadt zurück; die Aufständischen wurden sich ihres Sieges bewußt und begannen sich zu organisieren; vergebens suchte der Finanzminister Fürst Lubezki, das hervorragendste Mitglied des Verwaltungsrates, dadurch, daß er die Führer der Aristokraten zum Eintritt in diese Behörde aufforderte, die Leitung der Ereignisse in die Hand zu bekommen. Die Demokraten, welche in dem patriotischen Verein unter Lelewels Präsidium sich ein Organ geschaffen hatten, forderten die völlige Beseitigung des Verwaltungsrates und die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Als eine Deputation, die am 2. Dezember zu Konstantin hinauszog, von diesem nichts anderes erlangen konnte, als eine Verweisung an Nikolaus, als die polnischen Regimenter, welche bis dahin noch treu geblieben waren, in die Stadt zurückkehrten, als die Nachrichten aus dem Lande von der jubelnden Zustimmung berichteten, die überall dem Aufstande zu teil werde, da gaben die Aristokraten am 4. Dezember den Demokraten nach und bildeten eine provisorische Regierung, deren Präsident Adam Czartoryski wurde und die zu ihren Mitgliedern auch Joachim Lelewel zählte. Damit war jedoch keineswegs schon der Entschluß ausgesprochen völlig mit Rußland zu brechen; vielmehr überwog bei dem Adel immer noch der Gedanke an die Übermacht des Kaiserstaates und an die Unmöglichkeit ihn im offenen Kampfe zu besiegen; es überwog die Besorgnis vor einer Herrschaft der demokratischen Partei, deren Klubs sich mit Riesenschnelle

Räumung der Stadt.

Die provisorische Regierung.

durch das Land verbreiteten und deren Programm ja auch die gefürchtete Aufhebung der Leibeigenschaft einschloß. Zu den Männern, welche beide Gedankenkreise am lebhaftesten verarbeiteten, gehörte auch der General, welchem die Volksstimme die größte militärische Tüchtigkeit zuschrieb, den sie zur Annahme des Oberkommandos gedrängt hatte, Chlopizki. Um die Zügel der Bewegung wirklich in die Hand zu bekommen und einen vollständigen Bruch mit Rußland zu verhüten faßte er einen eigenmächtigen Entschluß. Am 5. Dezember, also am Tage nach ihrer Einsetzung, erklärte er der provisorischen Regierung mit Berufung auf das Beispiel der alten Römer, die Lage des Landes mache eine Diktatur nötig, und er sei entschlossen diese im Namen des Königs zu übernehmen. Die Aristokraten in der Regierung willigten ohne weiteres ein und waren bereit die Geschäfte der Minister auszuüben; Lelewel, der sich dessen weigerte, schied aus, und die demokratische Partei war somit des unmittelbaren Einflusses beraubt; das Volk jubelte dem neuen Diktator in unbegrenztem Vertrauen zu. Auch der Reichstag, der am 18. Dezember zusammentrat, bestätigte seine Würde, obgleich die demokratische Partei auf ihm die Mehrheit hatte und durch ihre Beschlüsse dem Diktator sehr lästig fiel. Er mußte Lelewel wieder ins Ministerium rufen, mußte ein Manifest des Reichstages dulden, welches den Aufstand für eine Nationalsache und für das notwendige Ergebnis der Verfassungsverletzungen erklärte, die Nikolaus sich erlaubt habe, mußte es hinnehmen, daß vor der Vertagung ein Aufsichtsrat eingesetzt wurde, der die Vollmacht erhielt ihn nötigenfalls seines Amtes zu entheben. Alle diese Beschlüsse erschwerten eine Verständigung mit Nikolaus, wie Chlopizki sie wünschte, aufs äußerste. Sie wäre freilich auch ohne das aussichtslos gewesen; denn der Zar war nicht entfernt gewillt, mit den Aufrührern irgendwie zu unterhandeln. Chlopizki hatte zwei Deputierte nach Petersburg gesandt, den Fürsten Lubezki und den Grafen Jesierski; die Forderungen, welche sie überbrachten, waren sehr gemäßigt: strenge Durchführung der Verfassung, Entfernung der russischen Regimenter und — womöglich, aber mit der der Berechtigung, diesen Wunsch fallen zu lassen — Vereinigung der altpolnischen Provinzen mit dem Königreiche. Nikolaus weigerte sich schlechthin die beiden Männer als Abgesandte zu empfangen; er ließ sich erst von ihnen die Erklärung geben, daß sie als treue Unterthanen gekommen seien; dann antwortete er auf ihre Wünsche lediglich mit der Gegenforderung unbedingter Unterwerfung: der erste Kanonenschuß, der gegen Rußland abgefeuert werde, sei das Signal zum Untergange Polens. Lubezki, der bei solchem Berichte den Aufenthalt in Warschau für sich nicht geheuer fand, blieb in Petersburg; Jesierski kehrte mit der Antwort zurück, und ein Manifest des Zaren vom 19. Dezember, das bei augenblicklicher Unterwerfung Begnadigung anbot, verbreitete Klarheit über die Lage im ganzen Lande. Jetzt war Chlopizkis Stellung nicht mehr haltbar; schon die vergangenen Wochen hatten ihm schwere Kämpfe gebracht; er hatte Lelewel verhaften lassen, ihn aber wieder freigeben

Chlopizkis Diktatur.

Der Reichstag.

Der Aufsichtsrat.

Verhandlungen mit Nikolaus.

Chlopizkis Rücktritt.

müssen, weil er als Mitglied des Aufsichtsrates und mehr noch als populärer Führer unverletzlich war. Nach Jesierskis Rückkehr am 13. Januar 1831 stellte der Diktator die Forderung jede Beschränkung seiner Macht aufzuheben, und da dies Verlangen nach allem, was vorgefallen war, nicht erfüllt wurde, legte er am 17. Januar nicht allein die Diktatur nieder, sondern auch den Oberbefehl, den man ihm gern gelassen hätte. Damit war der erste Abschnitt des Aufstandes, der noch eine Aussöhnung mit Rußland zuließ, beendigt. Am 19. Januar trat der Reichstag wieder zusammen, ernannte eine neue Regierung, in der neben drei anderen Czartoryski und Lelewel saßen, erwählte einen neuen Oberfeldherrn in der Person des Fürsten Michael Radziwill und erklärte auf Antrag des Grafen Roman Soltyk am 25. Januar das Haus Romanow der polnischen Krone für verlustig.

Entthronung des Hauses Romanow.

Die Gefahr der neuen Lage drängte zu angestrengten Rüstungen; neben dem regelmäßigen Heere, das man verdoppelte, wurden Abteilungen von Sensenträgern und leichten Reitern, sogenannten Krakusen, geschaffen und bei Praga, der Vorstadt von Warschau, eine feste Stellung genommen. Der Angriff ließ nicht lange auf sich warten. Mit 118 000 Mann rückte Diebitsch Sabalkansky ein, und der starke Winterfrost begünstigte ein schnelles Vorrücken auf den gefrorenen Sümpfen. Zwei Schlachten vor Warschau, bei Waver und Grochow, am 19. und 25. Februar, zeigten zwar wie eine Menge kleinerer Gefechte die Tapferkeit der Polen im glänzendsten Lichte und schufen den Feinden, die allein bei Grochow 12 000 Mann einbüßten — die Polen verloren nur 8000 Mann — die schwersten Verluste; aber sie endeten zum Vorteil der Übermacht. Daß Diebitsch es unterließ sofort Praga zu stürmen und die Weichsel zu überschreiten, gab jedoch den Polen Zeit und neuen Mut. Radziwill hatte sich als unfähig für seine Aufgabe gezeigt; Chlopizki, der ohne Rang mitgekämpft, war verwundet worden; so übertrug man den Oberbefehl dem General Skrzynezki, der mit Auszeichnung gefochten hatte. Auch entsprach er dem Vertrauen, das man ihm schenkte. Als die kalte Witterung zurückkehrte, überfiel er schnell eines der russischen Korps, die sich der Verpflegung halber am rechten Weichselufer hatten ausbreiten müssen. Der glänzendste Erfolg ward ihm zu teil. In wilder Flucht eilten die geschlagenen Feinde unter General Rosen nach dem ersten Angriff, der wiederum bei Waver am 31. März erfolgte, davon; Skrzynezki, beraten von seinem trefflichen Generalstabschef Prondzynski, jagte sie 10 Tage lang vor sich her und nahm ihnen 10 000 Gefangene; erst bei Iganie machte er Halt, zunächst wohl gezwungen durch die Erschöpfung der eigenen Truppen, dehnte dann aber die Ruhezeit solange aus, daß Diebitsch Zeit gewann, seine Scharen zu sammeln. Nur die Garden unter dem Großfürsten Michael konnten aus ihrer vereinzelten Stellung nicht herausgezogen werden. Sie anzugreifen war Skrzynezkis dringendste Aufgabe; er konnte ihnen mit doppelter Übermacht entgegentreten, ehe Diebitsch herbeikam. Aber trotz Prondzynskis

Beginn des Krieges.

Schlachten bei Waver und Grochow.

Skrzynezkis Siege.

Drängen verlor er die günstige Zeit, schwächte sich noch durch die Absendung eines Heerhaufens nach Warschau, das er irrigerweise durch Diebitsch bedroht glaubte, und wurde endlich am 26. Mai bei Ostrolenka von dem russischen Feldherrn, der sich glücklich mit dem Großfürsten vereinigt hatte, angegriffen und nach heldenmütigem Widerstande vollständig geschlagen. Auch auf den Nebenschauplätzen des Krieges war das Glück den Polen feindlich. Sie hatten sich endlich, etwas spät, entschlossen auch in den altpolnischen Provinzen, in Wolhynien, Podolien, der Ukraine, Litauen, den Aufstand zu entfachen. Der Adel war ihnen meist geneigt; den Bauernstand zu gewinnen hätten sie mit Entschlossenheit die Aufhebung der Leibeigenschaft auf ihre Fahne schreiben müssen; das geschah aber nur zögernd und vereinzelt. So vermochten denn die Russen mit geringen Streitkräften das Feld gegen sie zu behaupten und Dwernizki, den tüchtigsten der Insurgentenführer, aus Podolien heraus und über die österreichische Grenze zu drängen, wo er am 1. Mai mit den Seinigen entwaffnet wurde.

Seine Niederlage bei Ostrolenka.

Dwernizki in Podolien.

Das gehäufte Unglück dieser Wochen ließ schon jetzt den Aufstand als mißlungen erkennen, und seine völlige Unterdrückung war nur noch eine Frage der Zeit. Der zweite Abschnitt desselben, während dessen ein Sieg des bewaffneten Volkes über die russischen Streitkräfte selbst für nüchterne Beobachter und vollends für die hoffnungsfreudige Sympathie, die ganz Europa beherrschte, möglich schien, war mit dem Tage von Ostrolenka beendigt. Diese Erkenntnis gewann freilich bei den Regierungen schneller Eingang als bei den Völkern. Während der vergangenen Monate war selbst in Wien die Stimmung den Polen nicht ungünstig gewesen und Metternich übte ihnen gegenüber eine Nachsicht, die er gegen andere Revolutionen nicht gekannt hatte. Strenge Neutralität, wie er sie jetzt verkündigte, würde ihm überall sonst als eine Versündigung an seinen heiligsten Grundsätzen erschienen sein. Aber er that sogar noch mehr und nahm, freilich nur auf Umwegen, Anträge Czartoryskis entgegen, welche die Erhebung des Erzherzogs Karl auf den polnischen Zukunftsthron anregten. Solche Gedanken waren nach Ostrolenka eitle Träume geworden, und die einzige Art, in der sich fortan noch Sympathieen für die Polen bethätigen ließen, war die diplomatische Verwendung um ihr Los möglichst gelinde zu machen. Nur Frankreich begnügte sich nicht mit einem Schritte dieser Art, der von Nesselrode am 9. Juni sehr entschieden zurückgewiesen wurde, sondern machte dem englischen Kabinette den Vorschlag einer gemeinsamen Verwendung in Petersburg. Als jedoch Palmerston darauf hinwies, daß diese nur Erfolg haben könne, wenn die Drohung mit Krieg im Hintergrund stehe, und daß er zu dieser keinen hinlänglichen Grund sehe, stand Louis Philipp von seinem Vorsatz ab, obgleich die Kammern ihm in ihrer Adresse die Überzeugung aussprachen, daß die polnische Nationalität nicht untergehen werde — eine Redensart, welche dann bis 1848 in jeder neuen Adresse wiederkehrte. Preußen, das den Aufstand von

Die Haltung der fremden Kabinette.

seinem Entstehen an mit Besorgnis beobachtet hatte, ging noch einen Schritt weiter; es unterstützte unmittelbar die Unternehmungen der russischen Truppen; ja in London fürchtete man bereits seine thätige Teilnahme am Krieg und ließ einen französischen Einfall in die Rheinprovinz als Schreckgespenst dagegen androhen. Ein selbständiges Polen, so sagte man sich in Berlin, könne für Preußen nur eine Gefahr sein; denn unablässig werde es dahin streben das ganze Weichselgebiet zu beherrschen und den Zugang zur Ostsee zu gewinnen; dagegen konnte der Nutzen, den man sich von einem Zwischenreiche gegen Rußland versprechen durfte, doch nicht in Betracht kommen und die in Polen selbst bei einzelnen Führern, wie Lubienski, auftauchenden Träumereien von einer Vereinigung des Landes mit Preußen verdienten natürlich vollends keine Beachtung. Der Liberalismus fand allerdings diese kleinliche Interessenpolitik höchst verwerflich; er jauchzte durch ganz Deutschland der neuen polnischen Republik entgegen, und unsere Dichter, die wenige Jahre zuvor dem Erwachen des griechischen Volkes ihre schönsten Weisen gesungen, entzückten jetzt die Herzen durch ihre Polenlieder. Nicht minder glühend war die Begeisterung in Österreich, besonders in Böhmen und Ungarn; 22 Komitate wandten sich an den Kaiser mit der Bitte um bewaffneten Beistand, und man berechnete, daß 100 000 Ungarn, wenn der Kaiser es genehmige, zu Polens Hilfe bereit wären. Solche schwärmerische Sympathie, die mehr oder weniger in allen Ländern des Erdteils hervortrat, ließ sich natürlich nicht so leicht ernüchtern; die Thatsachen mußten noch deutlicher sprechen, ehe die ruhige Würdigung des Möglichen sich in den erregten Gemütern Bahn brechen konnte.

Die Stimmung der Völker.

Die Cholera.

Fürerst setzte eine höhere Gewalt dem Vordringen der Sieger von Ostrolenka eine unheimliche Schranke. Die Cholera begann zum erstenmal ihren fürchterlichen Umzug durch Europa. Schon 1830 war sie in Moskau aufgetreten und in ihrem Gefolge das Heer der moralischen Krankheiten, das von jeher große Seuchen begleitet hat: Schrecken, Verzagtheit, Aberglaube, Argwohn, Wut, Verstocktheit, Zügellosigkeit, vollständige Vertierung. Aller Schranken, die man ihr zu ziehen gesucht, hatte sie gespottet, die Quarantänen und Postenketten übersprungen, die Kunst der Ärzte zu nichte gemacht. Wenige Stunden, und das Opfer, das sie erkoren, war ihr verfallen; wenige Tage, und die Schar der Leichen zählte nach Hunderten, ja Tausenden. Aufruhr und Verfolgungen, besonders Judenhetzen, zu denen angebliche Brunnenvergiftungen den Vorwand gaben, begleiteten sie und wurden nicht immer so mutvoll im Keime erstickt, wie in Petersburg, wo Nikolaus selbst in die wogende Menge trat und ihr mit mächtiger Stimme gebot, in die Kniee zu sinken und Gott, der allein helfen könne, um Rettung anzuflehen. Kurze Zeit nachher erreichte die Seuche den Schauplatz des Krieges und erwies sich selbst hier als der schlimmste aller Würgengel, schlimmer als Pulver und Schwert. Die Unternehmungen im Felde begannen zu stocken, die Krankheit schonte auch der Führer nicht. Vierzehn Tage nach seinem

Diebitsch' und Konstantins Tod.

Siege war Diebitsch tot, eine Woche später folgte ihm Konstantin ins Grab, nach abermals acht Tagen Gneisenau, der das preußische Beobachtungskorps kommandierte. Auch die begleitenden Greuelthaten blieben nicht aus: für Judenhetzen war Polen ein fruchtbarer Boden. Das schrecklichste wurde in Litauen verübt. Dorthin hatte sich nach der Schlacht von Ostrolenka, von Warschau abgeschnitten, General Gielgud geworfen um dem Aufstande, der dort leidlich um sich griff, neue Nahrung zuzuführen. Die Hauptrollen hatten bis zu seiner Ankunft die Gräfin Emilie Plater und der Bauer Matussewicz gespielt, jene eine moderne Amazone, die einen romantischen Schimmer um sich verbreitete, dieser ein roher Barbar, der Russen und Juden spießen, schinden und lebendig begraben ließ. Gielguds Ankunft war zunächst der Verbreitung des Aufstandes förderlich; doch sammelte sich bald unter General Sacken bei Wilna eine überlegene russische Macht und drängte Gielgud, der ihn vor der Stadt angriff und geschlagen wurde, am 12. Juli bei Memel über die preußische Grenze. Daß die ganze Bewegung in ihren letzten Zügen lag, erkannte man deutlich auch an dem wachsenden Mißtrauen der Führer untereinander und der Soldaten gegen ihre Führer, einem Mißtrauen, das überall Verrat witterte und kein Bedenken trug, ihn auch unbewiesen durch Gewaltthat und Hinterlist zu bestrafen. So büßte Gielgud sein Leben durch die Kugel eines seiner Offiziere ein, der ihn niederschoß, als sie die Waffen vor den Preußen strecken mußten. Ungeschickt und unfähig hatte er sich bei der Unternehmung erwiesen, aber von dem Verdachte des Verrates ist er vollständig rein. An militärischem Talente übertraf ihn bei weitem sein Untergebener Dembinski, dem es gelang dem Verderben zu entgehen und mit 4000 Mann einen ruhmvollen Rückzug mitten durch die Feinde nach Warschau zu bewerkstelligen. Alsbald war er der Held des Tages und der richtige Mann um an Skrzynezkis Stelle zu treten; denn dieser hatte durch seine Unthätigkeit seit Ostrolenka und durch einige Unfälle, welche seine Unterfeldherren erlitten, sich auch schon den Verdacht der Verräterei zugezogen. Er mußte sich's gefallen lassen, daß eine Kommission des Reichstags in seinem Lager erschien und seine Untergebenen gutachtlich über ihn vernahm. Auf Grund dieser Erkundigungen verfügte dann der Reichstag seine Entlassung und ersetzte ihn am 10. August durch Dembinski, der acht Tage vorher in der Hauptstadt angekommen war. Aber auch dessen Regiment sollte nicht von Dauer sein. Die Revolution war jetzt so weit, daß sie sich selbst zerfleischte. Die Eintracht zwischen Aristokraten und Demokraten, die während der Monate des Schwankens leidlich bewahrt worden war, schwand zusehends, als das Unglück hereinbrach und jede Partei nun die andere dafür verantwortlich zu machen wünschte. Es kam zu gewaltsamen Ausbrüchen, besonders in Warschau, wo die Demokraten sich ihres Übergewichts bewußt und durch die Gegenwart der aristokratischen Regierung doppelt gereizt waren. Ehrgeizige Intriganten, wie der alte General Krukowiezki, fanatische Demagogen, wie

Der Aufstand in Litauen.

Gielguds Ermordung.

Dembinskis Rückzug.

Demokratischer Aufstand in Warschau.

der Priester Pulawski, hetzten und stachelten, bis am 15. August ein Aufstand ausbrach, der mit der Ermordung von einigen 30 Gefangenen, die man des Einverständnisses mit Rußland anklagte, begann und mit der Flucht Czartoryskis, dem Sturz der Regierung und der Erhebung Krukowiezkis zum Diktator endete. Da hatte man nun, ohne es zu wissen, einen wirklichen Verräter an die Spitze gestellt, der seine Judasthätigkeit damit eröffnete, daß er Dembinski des Oberbefehls enthob, für 24 Stunden den tüchtigen Prondzynski damit bekleidete und dann in dem ehrlichen und tapferen, aber unfähigen und überalten Malachowski einen Mann, wie er ihn brauchte, zum Generalissimus machte. Um seiner Sache noch gewisser zu sein veranlaßte er die Absendung bedeutender Truppenmassen unter Lubienski und dem Piemontesen Ramorino, angeblich um Lebensmittel herbeizuschaffen, und verminderte dadurch die Besatzung Warschaus auf 34000 Mann in eben dem Augenblicke, wo es zum Kampf auf Leben und Tod des Zusammenraffens aller Kräfte bedurft hätte.

Diktatur Krukowiezkis.

Malachowski.

Paskiewitich.

Denn die Russen hatten jetzt nach einer Pause von mehreren Wochen, welche der Choleraschrecken und Diebitsch' Tod veranlaßte, den Angriff wieder aufgenommen, an ihrer Spitze Paskiewitsch, der Sieger von Kars und Eriwan. Statt wie Diebitsch von Osten auf Warschau loszugehen, beschloß er, den Sturm auf dem linken Weichselufer zu unternehmen und deshalb den Fluß weiter abwärts zu überschreiten. Von den preußischen Behörden bereitwillig mit dem Material zum Brückenschlagen unterstützt, vollzog er den Übergang am 20. Juli bei Ossiek, hart an der Grenze. Begünstigt durch den vielfachen Wechsel im Oberbefehle der polnischen Armee rückte er unbehindert gegen Warschau an und begann den Sturm am 6. September so erfolgreich, daß die Polen trotz heldenhaften Widerstandes die Schanzen von Wola räumen mußten. Etwas voreilig glaubte Krukowiezki schon jetzt seine Zeit gekommen und verhandelte über Nacht mit dem russischen General Berg wegen Übergabe der Stadt; zu seiner Enttäuschung verweigerte der Reichstag morgens am 7. seine Zustimmung. Indes der militärische Verlauf dieses Tages war nicht günstiger als der des vorigen; auch die zweite Verschanzungslinie ging verloren, und in einer Abendsitzung bewilligten einige wenige Landboten dem Präsidenten die Vollmacht zu Unterhandlungen. Kaum war das aber bekannt geworden, so eilten die Entschlosseneren in den Ständesaal, hielten eine neue Sitzung, entkleideten Krukowiezki seiner Würde und wählten Niemojewski zu seinem Nachfolger. Doch Warschau zu retten war es jetzt zu spät; schon hatte ein Theil der Besatzung auf Krukowiezkis Befehl die Weichsel überschritten und befand sich in Praga. Als Berg wieder in die Stadt kam, suchte man nur nach einem Mittel den Reichstag und die Armee zu retten; man schloß einen 24stündigen Waffenstillstand, räumte während dessen die Hauptstadt und Praga und entwich, Reichstag und Armee, nach der Festung Modlin, während die Russen am 8. September ihren Einzug in Warschau hielten.

Weichselübergang.

Sturm auf Warschau.

Niemojewski.

Warschau geräumt.

Noch beseelte der Entschluß den Widerstand zum äußersten zu treiben gar manche Brust; aber die Schicksale Polens hatten sich wieder einmal erfüllt, und der tapferste Wille des einzelnen konnte nichts mehr ändern. Die größten Hoffnungen waren auf Ramorino gesetzt, den man sehnsüchtig erwartete. Allein er mißachtete Malachowskis Befehl dort hinzuziehen, und ging am 16. September über die österreichische Grenze; seinem Beispiel folgte am 25. bei Krakau der General Rozyzki. Jetzt war an einen neuen Kampf mit Paskiewitsch nicht mehr zu denken. Malachowski legte den Oberbefehl nieder, und unter Rybinskis Kommando zog die letzte polnische Armee der preußischen Grenze zu, um 24000 Mann stark, mit 95 Kanonen bei Lipno am 5. Oktober die Waffen zu strecken. Unmittelbar hinterher ergaben sich Modlin und Zamosc, die letzten Plätze, wo das polnische Banner flatterte. Die letzten Kämpfe.

Das Schicksal, welchem das arme Land entgegenging, war hart. Zwar erließ der Zar am 1. November eine Begnadigung, aber zahlreiche Ausnahmen schwächten ihre Bedeutung. Die Führer des Aufstandes entkamen größtenteils in das Ausland und bildeten fortan, besonders in Frankreich, den Kern einer europäischen Revolutionspartei. Ihr Hab und Gut wurde eingezogen; die Czartoryskis büßten 30 Millionen polnischer Gulden ein. Wem die Flucht mißlang, dessen harrte die Verbannung nach Sibirien, oder, wenn er wie Krukowiezki die anfängliche Untreue durch nachträglichen Verrat gesühnt hatte, ins Innere von Rußland. Die Verfassung von 1815 ward aufgehoben; an ihre Stelle setzte das organische Statut vom 26. Februar 1832 die Verwaltungsformen des Kaiserreichs. Paskiewitsch, der neue Fürst von Warschau, ward Civil- und Militär-Gouverneur des Landes und führte ein unnachsichtiges Polizeiregiment, dem es gelang für geraume Zeit das Auflodern der patriotischen Begeisterung zu verhüten. Unter der Asche aber glomm sie weiter und sog ausgiebige Nahrung aus dem immer engeren Bündnis, welches die nationalen Bestrebungen mit dem religiösen Hasse gegen den griechischen Katholizismus der Russen eingingen. Das neue Regiment. Das organische Statut.

Österreich, Italien und die Schweiz.

Auffällig gering war die Teilnahme, welche der polnische Aufstand in dem doch gleichfalls polnischen Galizien gefunden hatte. Während von den preußischen Polen Tausende über die Grenze eilten um als Freiwillige den Kampf gegen Rußland mitzumachen, hatten sich aus der österreichischen Provinz Ende Februar 1831 kaum 500 der nationalen Sache angeschlossen. Es erklärte sich das wesentlich daraus, daß die Galizier als griechische Katholiken den Russen näher standen. Auch Ungarn, das noch vor drei Jahren so lebhafte Neigung zum Widerstande gegen die Regierung an den Tag legte, blieb trotz seiner lebendigen Sympathieen für die Polen während des Revolutionsjahres völlig still. Ohne Gefahr konnte der Reichstag in diesem Jahre einberufen werden, Galizien. Ungarn.

einer der gefügigsten, welche die ungarische Geschichte kennt; und aus dem Munde der Hauptredner ertönte einmal über das andere die Versicherung, daß die Magyaren mit den demokratischen Forderungen, die in anderen Ländern auftauchten, keinerlei Gemeinschaft haben wollten, daß die Aristokratie, auf welcher Ungarns Verfassung beruhe, in diesen Stürmen treu zur Regierung stehen müsse. Da auch die übrigen Provinzen des Kaiserstaates an den Bewegungen der Zeit nur sehr lauen Anteil nahmen, da insbesondere die Wiener fortfuhren in träger Gleichgültigkeit gegen alle Politik „ihre Wünsche auf Theater und Prater zu beschränken, sich am Sylvesterabend über den schnellen Lauf der Zeit zu wundern, im Winter die Kälte, im Frühling und Herbst den fatalen Schnupfen, im Sommer die enorme Hitze zu verdammen", so konnte Metternich mit einer gewissen schadenfrohen Behaglichkeit aus seinem sicheren Hause auf die Stürme hinausschauen, die draußen in der Welt brausten. Über Frankreich, Belgien und Polen war er völlig beruhigt, seit Louis Philipp ihm die heiligsten Versicherungen für sein Wohlverhalten gegeben und seine Regierung ihm als ein mächtiges Bollwerk der Ordnung zu schildern verstanden hatte.

Deutsch-Österreich.

Italien.

Nur in Beziehung auf Italien und Deutschland mußten in dem Kanzler doch einige Besorgnisse aufsteigen, und wenn er Louis Philipps Grundsatz der Nichteinmischung sich gefallen ließ, insofern derselbe die revolutionäre Propaganda Frankreichs verhindern konnte, so verwarf er ihn unbedingt, wenn daraus für ihn selbst die Verpflichtung erwachsen sollte den Ereignissen in den beiden Nachbarländern, die er wie Anhängsel Österreichs zu betrachten gewohnt war, freien Lauf zu lassen. Und doch war das unbedingt die Voraussetzung, von welcher Louis Philipp ausging. Es mußte deshalb mit Notwendigkeit zu Reibungen kommen, sobald Unruhen in Italien ausbrachen. In den traurigen Zuständen der Halbinsel hatte sich seit der Revolution von 1821 nichts gebessert; besonders schlimme Jahre hatten die päpstlichen Legationen durchgemacht, wo Sanfedisten und Carbonari in unaufhörlichem Kriege miteinander lagen und die päpstlichen Legaten ein schauderhaftes Regiment führten. Denn als bei Pius VII. Tode (1823) Consalvi aus dem Staatssekretariate schied, war die sanfedistische Partei unter Leo XII. (1823—1829) von dem letzten Hemmnis befreit und wütete nun durch Männer wie den Kardinal Rivarola in einer Weise, die an die schlimmsten Zeiten der französischen Revolution erinnerte. Der gutmütige Papst hatte persönlich an diesem Treiben keinen Anteil, aber noch weniger vermochte er ihm zu steuern, und als er endlich 1828 den gemäßigten und tüchtigen Bernetti zum Staatssekretär ernannte, beraubte dieser sich selbst der Möglichkeit die Reaktion in Schranken zu halten, indem er ein selbständiges Ministerium des Innern ins Leben rief. Gleichwohl hätte man auf leidlichere Zustände hoffen dürfen, wenn ihm nach Leos Tode die päpstliche Würde zu teil geworden wäre; allein diese Aussicht wurde dadurch zerstört, daß Österreich gegen seine Wahl Einspruch erhob und

die Erhebung des Kardinals Castiglioni bewirkte, der als Pius VIII. anderthalb Jahr regierte, vollständig geleitet von dem österreichisch gesinnten Kardinal-Staatssekretär Albani. Schon am 30. November 1830 stieg auch dieser Papst in das Grab, in das ihm kaum drei Wochen früher König Franz I. von Neapel vorangegangen war. Diese Todesfälle kamen den Bestrebungen der Carbonari, die seit Monaten einen Aufstand planten, trefflich zu statten. Klare Ziele und einen festen Mittelpunkt hatten sie freilich nicht; die einen dachten Napoleon II., der als Herzog von Reichstadt unter Metternichs Augen in Wien lebte, auszurufen; andere warfen auf den jungen Jérome Napoleon, wieder andere auf den älteren Sohn des ehemaligen Königs von Holland, Louis Bonaparte, die Augen. Daneben wurde von Franz IV., dem Herzoge von Modena, gesprochen, mit welchem Menotti, der Führer der Liberalen in diesem Herzogtum, einverstanden sein sollte, und manche buhlten gar um die Gunst Louis Philipps und des Herzogs von Orléans, die man durch die bonapartistischen Pläne doch geradezu vor den Kopf stieß. Menotti war es, der am 4. Februar 1831 den Reigen der Aufstände, und zwar sehr unglücklich, eröffnete. Ohne in der Stadt Modena rechtzeitige Unterstützung zu finden wurde er mit 44 Genossen in seinem eigenen Hause zur Ergebung gezwungen. Aber sein Beispiel zündete in dem benachbarten Bologna, wo alles zur Erhebung bereit war. Noch am selben Tage riß man dort die Wappenschilder des Papstes ab, weigerte dem soeben (am 2. Februar) nach siebenwöchentlichem Konklave gewählten Gregor XVI. (bisher Kardinal Cappellari) die Anerkennung und erklärte am 8. Februar die Herrschaft des Papstes über Bologna für erloschen. Ohne auf Widerstand zu stoßen folgten die Städte der Legationen, Umbriens und der Marken diesem Vorgange; schon am 25. Februar traten in Bologna Abgeordnete zusammen und erwählten eine provisorische Regierung, in der ein Schwiegersohn Murats, Graf Pepoli, die bedeutendste Persönlichkeit war; dagegen wurden Unruhen in Rom selbst mit Hilfe der Trasteveriner schnell unterdrückt. Einen heftigen und unerwartet schnellen Rückschlag hatten aber die Thaten der Bologneser auf Modena geübt. Schon am Tage nach seinem Siege über Menotti hielt es der Herzog für geraten mit seinem Bataillon sich auf österreichisches Gebiet zu begeben. Alsbald ward für Modena und Reggio eine provisorische Regierung eingesetzt. Dasselbe geschah ein paar Tage darauf in Parma, dessen Herrscherin, Napoleons Witwe Marie Luise, nach Piacenza flüchtete. Diesen Vorgängen konnte Metternich unmöglich thatenlos zusehen. Er fragte also in Paris an, wie man sich dort zu einer österreichischen Einmischung verhalten werde. Die Antwort lautete sehr entschieden: die Besetzung Modenas werde man sich gefallen lassen, die des Kirchenstaates mache den Krieg wahrscheinlich, die Sardiniens gewiß. Zugleich rührten sich die französischen Gesandten in Süddeutschland eifrig, doch erfolglos, um die Regierungen für einen neuen Rheinbund zu gewinnen. Aber Metternich ließ sich nicht ein-

Aufstand in Modena.

in Bologna.

in Modena.

in Parma.

Österreichs Einmischung.

schüchtern, sondern erklärte, er werde der Gefahr des Krieges Trotz bieten, und der Erfolg gab ihm diesmal Recht. Denn für Louis Philipp war ein Krieg noch ungleich bedenklicher als für die alten Dynastieen; besonders schreckte ihn die Andeutung Metternichs, man sei in Wien nicht „Engel genug", um nicht nötigenfalls aus allen Batterieen zu feuern, d. h. den Herzog von Reichstadt aus dem Dunkel hervorzuholen. Der König gab kleinmütig nach; ein Ministerwechsel, der am 13. März an Laffittes Stelle Casimir Périer brachte, verkündete der Welt die veränderte Stellung Frankreichs. Österreich war schon vorher zur That geschritten; der Papst hatte am 19. Februar seinen Beistand erbeten, der Herzog von Modena war sogar persönlich nach Wien geeilt, mit Sardinien wurde ein geheimer Vertrag geschlossen, durch den Österreich die festländischen Besitzungen des Königs im Fall eines französischen Krieges garantierte. Anfang März überschritten österreichische Truppen den Po; am 9. hielt Franz IV. seinen Einzug in Modena, am 13. ward Parma besetzt, am 19. räumte die provisorische Regierung Bologna und zog sich nach Ancona zurück. Ein Gefecht bei Rimini bewies auch dem Hoffnungsreichsten die Unmöglichkeit des Widerstandes und schon am 26. unterwarf sich die provisorische Regierung gegen das Versprechen der Begnadigung dem päpstlichen Kardinallegaten Benvenuti. Die einflußreichsten Personen unter den Aufständischen trauten freilich diesem Worte nicht, sondern schifften sich in Ancona ein, unter ihnen der vormals österreichische General Zucchi, dem aber das Unglück widerfuhr, in Gefangenschaft zu geraten und seine Desertion mit 20jähriger Festungshaft zu büßen. Mit besserem Glücke entging Prinz Louis Napoleon der Gefahr; er hatte sich mit seinem älteren Bruder Napoleon Louis thätig an dem Aufstande beteiligt; dieser war am 7. Februar in Forli an den Masern gestorben; er selbst befand sich mit seiner Mutter Hortense in Ancona, als dieses sich ergab, und entkam mit ihr in der Verkleidung eines Bedienten glücklich nach Arenenberg am Bodensee, wo er schon vorher gelebt hatte. Denen, welche dem Versprechen des Legaten geglaubt hatten, war eine bittere Enttäuschung vorbehalten; der Papst erklärte es für erzwungen und ungültig und ließ sogleich durch besondere Kommissionen die Untersuchung beginnen. Doch wurden im Kirchenstaate und in Parma keine Todesurteile verhängt: nur Franz von Modena erledigte sich Menottis durch den Strang; auch Gefängnisstrafen verhängte er über Hunderte, und noch mehr wurden zu Vermögensverlust und Verbannung verdammt. In Rom verwandten sich die großen Mächte eifrig für milde Behandlung der Schuldigen und für Besserungen in der Verwaltung, deren Grundzüge sie in einer Denkschrift vom 21. Mai entwickelten; besonders Bunsen, der preußische Gesandte, empfahl mit lebendigem Interesse die Heranziehung des Laienstandes zu den Verwaltungsgeschäften; eine Amnestie befürwortete selbst Österreich um Louis Philipps Stellung vor seinem Lande nicht noch zu erschweren. Denn in Frankreich herrschte große Erbitterung über die Einmischung

Unterdrückung des Aufstandes.

Prinz Louis Napoleon.

Rückzug der Österreicher.

Metternichs und nachdrücklich verlangte Périer, daß wenigstens jetzt die österreichischen Truppen sich zurückziehen sollten. Auch diesem Verlangen trug man in Wien Rechnung, nachdem die französische Regierung in Rom erklärt hatte, sie werde gleichfalls einen Teil des Kirchenstaates besetzen, wenn nicht vor der Eröffnung der französischen Kammern die Österreicher zurückmarschiert seien. Am 15. Juli erfolgte die Räumung; doch war vorher ein Vertrag geschlossen, kraft dessen Österreich sich anheischig machte auf den Ruf des Papstes sofort wieder einzurücken. Sehr bald erwies sich das als nötig. Die neuen päpstlichen Besatzungen, die Papalini, reizten durch schauderhaften Unfug die Bevölkerung zu neuen Unruhen; es bildeten sich Trupps bewaffneter Patrioten, die zwar von den Papalini am 20. Januar 1832 bei Cesena zersprengt wurden, deren Auftreten aber den Papst doch veranlaßte eine neue österreichische Besetzung zu wünschen. Noch vor Ablauf des Monats rückte Radetzky wieder in Bologna ein und wurde auch von der Bevölkerung freudig begrüßt, weil er sie vor den Gewaltthaten der Päpstlichen schützte. Frankreich aber konnte jetzt nicht umhin seine frühere Drohung wahr zu machen und ließ am 22. Februar Ancona besetzen, nachdem Périer zuvor in der Kammer erklärt hatte, die Absicht dabei sei Reformen im Kirchenstaate zu erzwingen. Den kriegerischen Drohungen, mit welchen Österreich und Rußland diesen Schritt beantworteten, wurde die Spitze dadurch abgebrochen, daß der Papst sich am 16. April der vollendeten Thatsache fügte, und so blieben die Franzosen in Ancona, bis die Österreicher im November 1838 aus den von ihnen besetzten Orten wieder abzogen. Der Papst aber hatte inzwischen, um doch wenigstens eine kleine eigene Truppenmacht zu besitzen, auf die er sich verlassen könne, zu dem alten Mittel der Schweizersoldaten zurückgegriffen und auf zwanzig Jahre zwei Regimenter, 4200 Mann, in seinen Sold genommen. Neuerungen von einiger Bedeutung wurden in Rom so wenig wie in den kleineren Staaten der Halbinsel beliebt; ein Plan Metternichs die Fürsten Italiens zu einem ähnlichen Bunde, wie der deutsche war, zu vereinigen stieß überall auf Widerstand; auch hätte Frankreich unmöglich seine Zustimmung dazu geben können. Dagegen schienen durch verwandtschaftliche Beziehungen engere Verhältnisse zwischen den mächtigeren Fürsten hergestellt zu werden, da Ferdinand II. von Neapel 1832 eine sardinische Prinzessin heiratete und 1833 seine Schwester mit Leopold von Toskana vermählte. Den sardinischen Thron hatte nach Karl Felix' Tode im April 1831 Karl Albert von Savoyen-Carignan, der frühere Carbonaro, bestiegen. In allen drei Ländern, besonders in Toskana, hielt sich die Regierung fortan von gar zu argen Ausschreitungen fern und zeigte sich Neuerungen nicht vollständig unzugänglich. Von einer Befriedigung und Versöhnung der Nationalgesinnten konnte aber nicht die Rede sein und die Wühlereien, welche die Flüchtlinge im Auslande anstellten, trieben ihre Wellenschläge, wenn auch in immer schwächeren Ringen, beständig bis in die Halbinsel hinein.

Neue Unruhen.

Neuer Einmarsch der Österreicher.

Die Franzosen in Ancona.

Die päpstlichen Schweizer.

Die Einzelstaaten.

Die Schweiz seit 1815.

Der Mittelpunkt dieser Wühlereien wurde die Schweiz, die gleichfalls von den Nachwehen der Juli-Revolution nicht unberührt geblieben war. Doch hatte sich in ihr eine selbständige Bewegung schon in den vorhergehenden Jahren entwickelt, der die französischen Einwirkungen keine neue Richtung, sondern nur einen stärkeren Anstoß gaben. Das Verhältnis, in welchem die einzelnen Kantone durch den Bundesvertrag von 1815 standen, war ein sehr lockeres und konnte die Verschmelzung der verschiedenen Nationalitäten nicht genügend fördern. Auch nach außen hin machte es ein selbstbewußtes Auftreten unmöglich, so daß Metternichs Forderung das Asylrecht und die Preßfreiheit zu beschränken hatte befriedigt werden müssen. Der Kantönligeist fand seine Freude an der Zoll- und Münzsouveränität, die jedes einzelne Glied des Bundes besaß, er hegte und pflegte die aristokratischen Vorrechte, die in den meisten Kantonen herrschten, und überließ die gemeinsamen Angelegenheiten ohne sich viel darum zu kümmern dem Vororte und der Tagsatzung. Ihn zu bekämpfen bildeten sich im Laufe der zwanziger Jahre eine Reihe von Vereinen, von denen der Zofinger und die Helvetia die bedeutendsten waren. Es galt zunächst die zum Teil ganz verrotteten Verfassungen der Einzelkantone zeitgemäß umzugestalten, und damit war in Appenzell, in Luzern, besonders aber durch die neue Verfassung Tessins vom 4. Juli 1830 schon vor den Pariser Ereignissen ein tüchtiger Anfang gemacht. Nach denselben folgten auch die größeren Kantone wie Aargau, Thurgau, Zürich und Bern; überall wurde die Verfassung demokratisch verändert, das alte Patriziergiment gestürzt. Nicht immer ging es dabei ohne Waffengewalt ab, doch gewannen diese Zusammenstöße nirgends größeren Umfang: die eine oder die andere Partei errang in ihrem Kanton die Oberhand und die Minderheit fügte sich. Nur in Basel war der Gegensatz so stark, daß die Landschaft sich von der Stadt trennte und jeder der beiden Teile seit dem März 1832 einen Halbkanton bildete. In Schwyz und Wallis, wo es ebendahin zu kommen schien, siegte doch zuletzt die konservative Partei und bewahrte die Einheit beider Kantone. Über die Anerkennung des neuen Zustandes in Basel kam es aber noch zu heftigen Fehden. Die liberalen Kantone, die zugleich eine Reform der Bundesverfassung wünschten, schlossen ein Bündnis, das sogenannte Siebenerkonkordat, um Basel-Landschaft zu stützen; die Heißsporne der Gegenpartei aber verpflichteten sich durch den Sarner Bund vom 14. November 1832 keine Tagsatzung anzuerkennen, auf der Basel-Landschaft und Außen-Schwyz, das damals noch nicht mit Alt-Schwyz ausgesöhnt war, vertreten seien. Noch einmal kam es in Basel, Schwyz, Wallis, Neuenburg zu blutigen Kämpfen; allein die Mehrheit der Tagsatzung zeigte große Entschiedenheit und nach einigen Schlappen mußten die Sarner ihren Bund auflösen. Die Reform der Gesamtverfassung aber wurde 1833 vertagt und 1835 nur in sehr beschränkter Weise, in bezug auf das Zoll- und Heerwesen, vorgenommen. Der schroffe Gegensatz zwischen den beiden Parteien erhielt sich und erweiterte sich besonders

Änderungen der Kantonalverfassungen.

Die Spaltungen der Kantone.

Die Sonderbünde.

Die Bundesverfassung.

unter der Einwirkung religiöser Spaltungen zu einer solchen Kluft, daß im nächsten Jahrzehnt von neuem die Waffen entscheiden mußten, und zwar blutiger und gründlicher als 1833.

Die Revolution in Deutschland.

So hatte von den Ländern, die Deutschland umgrenzen, fast keines sich den Wirkungen der Pariser Julitage entziehen können. Von Frankreich hatte die Revolution ihr Banner nach Belgien und Polen, nach Italien und der Schweiz getragen; aber auch Deutschland selbst war dem französischen Vorbilde gefolgt. Doch fehlte hier wie in der Schweiz und in Italien der nationale Zug, der die Bewegungen in Belgien und Polen auszeichnete; es kam zu keiner gemeinsamen Erhebung, ja nicht einmal zu einem planmäßigen Zusammenwirken der Liberalen in einzelnen der ergriffenen Staaten, wie es doch in der Schweiz und beschränkter auch in Italien erreicht war. Das Ziel, welches man sich steckte, war die Einführung liberaler Verfassungen in den Einzelstaaten, und erst in zweiter Linie, in geraumem Abstande, erstrebte man nationale Reformen. Dafür daß diese um dieselbe Zeit von einem Teile der deutschen Regierungen durch die Zollverträge mit Preußen mächtig gefördert wurden, hatte man kein Auge. Es war eben in den letzten Jahren, angestachelt durch die parlamentarischen Vorgänge in Frankreich, aber auch vollauf begründet durch die trostlosen Zustände in den meisten deutschen Ländern, das Bedürfnis nach liberalen Reformen, die Abschüttelung der engherzigen veralteten Einrichtungen, ja mancherorten konnte man sagen des Willkürregimentes, so brennend geworden, daß darüber der Drang nach nationaler Einheit zurücktrat; es war in den 15 Jahren, seit welchen Deutschland wieder äußerlich ein Ganzes bildete, von dem Mittelpunkte dieses Ganzen, von Frankfurt, aus so wenig ersprießliches, so viel verderbliches gethan worden, daß sich bei vielen trefflichen und wirklich patriotischen Männern der Gedanke Bahn brechen konnte, man dürfe gar nicht nach einer strafferen Einheit streben, weil diese doch nur dem Absolutismus zu gute kommen werde. Die Freiheit über alles; erst wenn sie in allen Staaten, oder doch in der Mehrheit, fest gegründet sei, könne man dazu schreiten die einzelnen Glieder des deutschen Volkes durch eine kräftige Centralgewalt enger zusammen zu ketten. Wenn dieses letzte Ziel sich bei vielen immer mehr verdunkelte; wenn das Streben nach Freiheit einen nebelhaften weltbürgerlichen Zug annahm; wenn es sich vielfach so weit verirrte das eigene Volkstum für nichts zu achten und in Anlehnung an fremde Staaten und Völker, im Liebäugeln mit Franzosen, Polen und Italienern seine Stärke zu suchen, so war das eine Entwickelung, die man bedauern mochte, die aber nicht unnatürlich war. Heilung für sie gab es nur auf einem Wege: der Gang der Geschichte mußte das Bewußtsein wachrufen, daß wahre politische Freiheit als erste Bedingung die nationale Unabhängigkeit und nationales Selbst-

Beschaffenheit der Bewegungen von 1830 und 1831.

gefühl erfordere. Und zur Begründung dieser Erkenntnis trugen die Jahre von 1830 ab ihr Scherflein bei.

Braunschweig. Die revolutionären Zuckungen mußten unter den geschilderten Verhältnissen da zuerst ausbrechen und am heftigsten werden, wo die öffentlichen Zustände am unfreisten waren und die Fürsten ihre Macht am willkürlichsten mißbrauchten. Süddeutschland war deshalb anfangs viel weniger für die Bewegung geeignet als Norddeutschland, und in Norddeutschland durfte es nicht überraschen, wenn Braunschweig und Kurhessen den Anfang machten. Denn in diesen beiden Staaten saßen wirkliche Tyrannen auf dem Thron und übten seit Jahren ein Willkürregiment, das ihnen jeden Halt im Volke raubte. Der Herzog Karl von Braunschweig hatte die selbständige Verwaltung seines Landes 1823 angetreten; bis dahin stand er unter der Vormundschaft Georgs IV. von England, welcher diese Pflicht nach dem Tode des bei Quatrebras 1815 gefallenen Herzogs Wilhelm als nächster Verwandter und auf testamentarischen Wunsch des Vaters übernommen und zu seinem Stellvertreter den Grafen Ernst von Münster bestellt hatte. Die Verwaltung des Landes lag in der Hand des Geheimrates Schmidt-Phiseldeck und entsprach den damaligen Verhältnissen. Eine neue Landschaftsordnung, die 1820 mit den alten Ständen vereinbart wurde, wies nur geringe Fortschritte in liberaler Richtung auf. Das Land erhoffte von dem Regierungsantritt des jungen Herzogs schnellere Förderung und sah demselben auch deshalb mit Freuden entgegen, weil die hannoversche Regierung durch Zollbelästigungen dem kleineren Nachbarstaate beschwerlich fiel und man von einem selbständigen Regenten besseren Schutz dagegen erwartete. Andererseits konnte der Charakter des Erbprinzen kein Vertrauen erwecken; er galt für trotzig, vergnügungssüchtig und einen Freund schlechter Gesellschaft. Diese Umstände veranlaßten Georg IV. unter Zustimmung der Höfe von Berlin und Wien die vormundschaftliche Regierung über das achtzehnte Lebensjahr Karls auszudehnen. Ob er dabei im Rechte war, schien fraglich. Dafür sprachen testamentarische Verfügungen des Vaters, dagegen eine braunschweigische Hausordnung, die aber auch schon in anderen Fällen von dem jedesmal regierenden Herzog abgeändert worden war. Wie dem auch sein mochte, der junge Fürst fühlte sich gekränkt und es drohte zu einem öffentlichen Skandal zu kommen. Um den zu verhüten erklärte sich Georg IV. bereit die Sache durch Vermittelung Österreichs schlichten zu lassen. Auch Herzog Karl ging darauf ein, und man vereinigte sich, daß er an seinem 19. Geburtstage, am 30. Oktober 1823, die Regierung übernehmen solle. Mehrere Jahre verflossen dann ruhig, bis plötzlich am 10. Mai 1827 ein Patent erschien, welches das letzte vormundschaftliche Regierungsjahr für ungesetzlich und die in diesem Zeitraum erlassenen Verordnungen für ungültig erklärte. Den äußeren Anlaß dazu bot der Übertritt Schmidt-Phiseldecks in hannoversche Dienste. Der Herzog hatte gezögert ihm die erbetene Entlassung zu erteilen, weil er während der Vormundschaft das herzog-

[Margin notes: Die Vormundschaft. — Die selbständige Regierung Herzog Karls.]

liche und das Landesinteresse geschädigt und hinterher öffentliche Aktenstücke vernichtet habe, und erließ jetzt gegen ihn, der sich unter dem Schutze der hannoverschen Regierung befand, einen Steckbrief. Dadurch wurde der Streit zu einem Zank zwischen den beiden Regierungen und in rascher Entwickelung zu einem heftigen Angriff des Herzogs auf seinen königlichen Vormund und den Grafen Münster. Beide beschuldigte er vorsätzlich seine Erziehung so geleitet zu haben, daß er körperlich und geistig hätte verkommen müssen, wenn nicht seine gute Natur stärker gewesen wäre. Auch hätten sie widerrechtlich seinen Vermögens- und Herrscherrechten viel vergeben und ihm unter anderem die Verpflichtung auferlegt seine Verordnungen durch einen Minister gegenzeichnen zu lassen. Letztere Klage zeigte besonders den absolutistischen Sinn, alle anderen die Kleinlichkeit des Klägers, sein ganzes Verfahren aber eine Leidenschaftlichkeit und Taktlosigkeit, wie sie aus regierenden Kreisen kaum je an die Öffentlichkeit gedrungen waren. Eine Klage des Herzogs am Bundestage wurde von Metternich noch verhindert, eine Herausforderung des Grafen Münster zum Zweikampf von diesem abgelehnt.

Sein Streit mit dem König von Hannover.

Im Lande aber wuchs selbst die Unzufriedenheit mit dem neuen Gebieter aus tausend Gründen. Die neue Landschaftsordnung wurde von ihm mißachtet, die Stände gar nicht einberufen, die Steuern willkürlich erhöht, Staatsgüter verkauft, Papiergeld ausgegeben, die Finanzverwaltung vollkommen zerstört. Dazu kamen persönliche Eingriffe in die Privatverhältnisse; Ärzte wurden gelobt und beschenkt, weil sie verhaßten Personen ihren Beistand verweigert, getadelt, weil sie ihn geleistet; ein Beamter des Landes verwiesen, weil er seinen Abschied verlangt, und das Urteil des Gerichtes von Wolfenbüttel, welches diese Verfügung für ungültig erklärte, auf Befehl des Herzogs vor den Augen der Richter zerrissen.

Willkürmaßregeln.

Von allen Seiten liefen Beschwerden beim Bundestage ein; es klagte Georg IV. wegen der ihm widerfahrenen Beleidigungen, es klagte jener Beamte wegen Vernichtung des Wolfenbütteler Urteils; es klagten die Stände, die eigenmächtig im Mai 1829 zusammentraten, wegen Mißachtung der Verfassung. Nur in der Klagesache des Königs von Hannover kam der Bundestag schon 1829 zu einem Urteil; es lautete auf Widerruf und Entschuldigung; beides leistete der Herzog, freilich erst, nachdem er sich fast ein Jahr gesträubt und endlich mit Exekution bedroht war. Die beiden anderen Klagen fanden ihre Erledigung (übrigens auch zu Gunsten der Kläger) erst Ende 1830, nachdem die Braunschweiger sich schon selbst geholfen.

Klagen am Bunde.

Dem Herzog und seiner Sippe wurde mittlerweile der Aufenthalt im Lande immer unbehaglicher. Anfang 1830 trat er eine große Reise an, die ihn in Paris zum Augenzeugen der Julirevolution machte. Angstvoll eilte er sogleich nach Braunschweig zurück, um jede Erhebung dort im Keim zu ersticken. Die Bewohner der Residenz empfingen ihn mit lebhaften Beschwerden und der Forderung, daß er endlich die Stände einberufe. Als Antwort darauf ließ er die Wachen verdoppeln und

Ausbruch der Revolution.

Kanonen vor der Kaserne aufpflanzen. Nun brach der Unwille los. Am 7. September erstürmte das Volk das Schloß, steckte es in Brand und zwang den Herrscher zur Flucht. Die Stände traten zusammen und forderten den jüngeren Bruder, den Prinzen Wilhelm, auf die Regierung zu übernehmen. Um den Schein zu wahren ernannte ihn auch der flüchtige Herzog zum Generalgouverneur, machte aber zugleich alle möglichen Versuche zur Wiedererlangung der Gewalt. Er bat in London (wo bereits Wilhelm IV. auf Georg gefolgt war) um Hilfe, er machte in einer Proklamation von Frankfurt aus den Braunschweigern die größten Versprechungen, er versuchte mit ein paar Dutzend Harzbewohnern im November sein Reich wiederzuerobern. Aber bei Fürsten und Unterthanen fand er gleich wenig Freunde. Der Bundestag übertrug schon am 2. Dezember dem Herzog Wilhelm die Regierung, und nachdem die Agnaten diesem Beschlusse zugestimmt hatten, vertauschte der neue Herrscher im April 1831 seine Würde als Stellvertreter mit der als Nachfolger seines Bruders. Eine neue Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 erweiterte die sehr mäßigen Rechte, welche die von 1820 der Bevölkerung bestätigt hatte.

Prinz Wilhelm Regent. *Herzog Wilhelm.* *Die Verfassung von 1832.*

Kurhessen.

Fast an demselben Tage wie in Braunschweig ging der Sturm in Kassel los. Es wurde früher erzählt, in welchem Geiste hier Kurfürst Wilhelm I. nach seiner Rückkehr aus dem Exil das Regiment ergriffen hatte. Willkür und Geldgier waren die hervorstechendsten Züge seines Charakters; beide vereinigten sich wie in der Behandlung der Domänenkäufer, so bei manchem anderen Anlaß. Auch die Verfassungsfrage war daran gescheitert; zwar waren die Stände zunächst zweimal einberufen und Verhandlungen über eine neue Konstitution gepflogen worden; aber weil der Kurfürst auf eine Trennung des Staats- von seinem Privatvermögen schlechterdings nicht eingehen wollte, kam es zu keiner Verständigung und nach 1816 auch zu keiner neuen Berufung der Stände. Darüber war der Kurfürst 1821 gestorben, und sein Sohn Wilhelm II., der ihm folgte, trat getreulich in seine Fußtapfen. Kein Hof, selbst der Braunschweiger nicht, hatte eine reichere Skandalgeschichte aufzuweisen als der kurhessische. Vornehme Staatsdiener mit seinem spanischen Rohre durchzuprügeln oder auf seinen Adjutanten loszustechen betrachtete der Kurfürst als erlaubte Ausflüsse seiner Souveränität. Von seiner Gemahlin, einer Schwester des Königs von Preußen, getrennt, gab er sich völlig dem Einflusse seiner Maitresse, der zur Gräfin von Reichenbach erhobenen Berlinerin, Emilie Ortlöpp, hin. Da sie ihren und ihrer Söhne Grafentitel Metternich dankte, so war sie zugleich die eifrigste Beförderin des österreichischen Einflusses. An willkürlichem Steuerdruck und an Verwendung der Landesgelder zu Familienzwecken fehlte es auch nicht.

Beginn der Unruhen.

Wessen man den Kurfürsten für fähig hielt, zeigte die Losung, mit welcher am 6. September, also noch einen Tag früher als in Braunschweig, die Unruhen begannen: man warf der Regierung vor, daß sie im Einverständnis mit den Bäckern die Brotpreise in die Höhe getrieben

habe. Doch nahm die Bewegung von Tage zu Tage mehr einen politischen Charakter an und schon am 15. September mußte sich Wilhelm II. entschließen die Stände einzuberufen. In kurzer Frist berieten diese unter dem Vorsitz des Marburger Professors Sylvester Jordan, der schnell zu einem der beliebtesten Führer der Liberalen sich aufschwang, eine neue Verfassung, die als Staatsgrundgesetz vom 5. Januar 1831 noch 30 Jahre später eine bedeutende Rolle spielen sollte und vor anderen deutschen Verfassungen durch das Einkammersystem und die ausgedehnten Rechte der Volksvertretung hervorragte. Der Kurfürst glaubte nunmehr die öffentliche Meinung vollkommen befriedigt zu haben und auch seinerseits Forderungen an sie stellen zu dürfen; er hoffte vor allem in seinem Verhältnisse zur Gräfin von Reichenbach nicht länger geniert zu werden. Beim Wachsen der Unruhen hatte diese Kassel verlassen müssen; nach dem 5. Januar kehrte sie zurück; aber die unzweideutigsten Kundgebungen des Volkes zwangen sie schon am 11. Januar wieder aus der Hauptstadt zu weichen. Nach kurzem Besinnen folgte ihr der Kurfürst und schlug erst in ihrer Nähe, in Hanau, dann in Frankfurt mit ihr zusammen seine Residenz auf. Um seine Freiheit in der Wahl des Wohnortes bewahren und nach Belieben außer Landes weilen zu können, nahm er im September 1831 seinen Sohn Friedrich Wilhelm zum Mitregenten an und überließ diesem, dem letzten deutschen Kurfürsten, fast allein die Mühen des Regiments, in dessen Beschaffenheit durch diesen Personenwechsel übrigens nicht viel geändert wurde.

Die hessische Verfassung.

Neue Unruhen.

Der Kurprinz Mitregent.

Königreich Sachsen.

Auch Sachsen erlebte seine Revolution fast gleichzeitig mit Braunschweig und Hessen, und auch hier war das Ende dasselbe: eine Verfassung und eine Mitregentschaft. Aber die Ursachen waren doch ganz andersartig. Ebenso verzwickt und schleppend wie seine wunderliche Kämmerchen-Verfassung waren die Verwaltungsformen und das Gerichtswesen des Landes. Zahlreiche Vorrechte wälzten den größten Teil der öffentlichen Lasten auf die mittleren und niederen Stände. Trotz der Rührigkeit des Volkes konnte die Gewerbthätigkeit bei ihrem engen Markte, der wichtige Leipziger Verlag bei dem Drucke der Zensur nicht zu voller Blüte gedeihen. Gegen das Herrscherhaus war wenig zu sagen; es erfreute sich in fast allen seinen Gliedern großer Beliebtheit; nur daß es katholisch und den Jesuiten zugeneigt war, verbreitete Mißstimmung im Lande und hatte schon bei der Jubelfeier der Augsburgischen Konfession, am 25. Juni 1830, zu Unruhen Anlaß gegeben. Lebhafter war der Unwille gegen die Adelssippschaft, die im Besitz ausgedehnten Grundeigentums mit bedeutenden Resten der alten Souveränität die Regierung ganz und gar in Händen hatte, während in den Städten die Magistrate, die sich teilweise sogar selbst ergänzten, eine ähnliche Macht besaßen. Überdies gab eine Menge von örtlichen Mißständen der Unzufriedenheit Nahrung. In Leipzig kam es vom 2. September an zu Pöbelaufläufen, bei denen die Häuser einiger mißliebigen Personen arg mitgenommen wurden; aber bald bemächtigte sich die

Bürgerschaft der Leitung und trug dem Könige in geordneter Form ihre Wünsche vor. In Dresden ahmte man das nach; anfangs schlugen hier die Wogen sogar noch höher; die Unruhestifter gewannen die Oberhand und verwüsteten Rathaus und Polizeigebäude. Doch rafften sich die besseren Elemente bald auf und da der König durchaus friedlich gesinnt war, da das ganze Land sich mit seinen beiden Hauptstädten in dem Verlangen nach Preßfreiheit, Reform der Staats- und der Gemeindeverfassung, Entfernung des Ministeriums und der Jesuiten, vereinigte, so gab König Anton, ein bejahrter Herr, wenn er auch erst 1827 seinem Bruder auf dem Throne gefolgt war, schnell nach, und an die Stelle des Ministers Grafen Einsiedel trat der bisherige Bundestagsgesandte Lindenau, ein ehrlich liberaler, tüchtiger Mann. Der Thronfolger, des Königs Bruder Maximilian, auch schon in vorgerücktem Alter, verzichtete zu Gunsten seines Sohnes Friedrich August auf seine Rechte und machte es dadurch dem Könige möglich diesen sehr beliebten Prinzen zum Mitregenten anzunehmen. Fortan verlief alles in schönster Eintracht. Die alten Stände berieten eine neue Verfassung; am 4. September 1831 wurde sie eingeführt und vom Volke mit großer Befriedigung begrüßt.

Altenburg. Ein Seitenstück zu den sächsischen Ereignissen spielte sich gleichzeitig in Altenburg ab, dessen Bürgerschaft sich am 13. September erhob. Der Herzog entfloh mit seiner Familie, besann sich aber schnell, gab nach, entließ seinen Minister Trützschler und beriet mit den alten Ständen ein neues Grundgesetz, das am 29. April 1831 in Kraft trat. Nicht so glücklich waren die Unterthanen des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, der bereits seit 36 Jahren an der Spitze seines „großen Rittergutes“ stand und außer Jagd und Tabak an das Leben keine bedeutenden Anforderungen stellte. Er versprach zwar am 25. September eine Verfassung, veröffentlichte dann aber im Dezember ein Aktenstück, das so ziemlich allen Forderungen schnurstracks widersprach und die einmütige Verwahrung der Städte des Fürstentums hervorrief. Der alte Herr ließ sich darüber keine grauen Haare wachsen, sondern erklärte im Juli 1831 gelassen, dann möge alles beim alten bleiben; erst sein Sohn verkündete im September 1841 ein Landesgrundgesetz.

Sondershausen.

Schleswig-Holstein. Ebenso ergebnislos verlief eine Bewegung, die im November 1830 in Schleswig-Holstein entstand. Ihr Ziel war die Vereinigung beider Herzogtümer in einer Verfassung und die bloße Personalunion mit Dänemark, ihre Seele der Kanzleirat Uwe Jens Lornsen von der Insel Sylt, ein ehemaliger Burschenschafter, der eben jetzt zum Landvogt auf seiner heimischen Insel ernannt war. Auf der Reise dorthin trat er mit einigen Gesinnungsgenossen zusammen und beschloß einen Sturm von Bittschriften zu Gunsten seiner Pläne zu veranlassen. Eine kleine, kräftig geschriebene Broschüre faßte diese zusammen. Nur der König und der Feind sei uns und den Dänen gemeinsam, war das Schlagwort, mit dem er seine Landsleute fortzureißen dachte. Aber die Unterstützung, die er fand, war sehr lau, und der einzige Erfolg, den die

Bewegung für den Augenblick hatte, war Lornsens Verhaftung, Absetzung und einjährige Festungsstrafe in Friedrichstadt. Doch wurden im Mai 1831 Provinzialstände verheißen und 1834 wirklich eingeführt.

Die Hannoveraner befanden sich dazumal in eben der Lage, die Lornsen für Schleswig-Holstein herbeiführen wollte; was sie mit England vereinigte, war nur die Person des Königs, und auch dieses Band war nahe daran gelöst zu werden. Denn während in England die weibliche Erbfolge gesetzlich war und deshalb Wilhelms IV. Tochter Victoria den Thron nach des Vaters Tode besteigen mußte, berief das hannoversche Gesetz seinen nächsten Bruder, den Herzog von Cumberland, zur Nachfolge. Einstweilen jedoch herrschte noch Wilhelm IV. und ließ sich in Hannover durch seinen jüngsten Bruder, den Herzog von Cambridge, vertreten, während ihm in London selbst als Minister der Graf Münster zur Seite stand. Die ständische Verfassung des Landes, die 1819 vereinbart war, beschränkte die Machtfülle der Regierung nicht im mindesten. Die geringe Vertretung, welche Bürger und Bauern in der Kammer fanden, machte sie gleichgültig gegen die Verhandlungen derselben; ihre Abgeordneten waren zumeist Beamte, die sich mit der Regierung ebensowenig in Widerspruch setzen mochten, wie der Adel, der alle hervorragenden Stellen in der Staatsverwaltung innehatte. Handel, Gewerbe und Landwirtschaft lagen sehr danieder; in den kleinen Städten und auf dem Lande herrschte wirkliche Not; der Bauernstand lebte vielfach noch in Hörigkeit; die Steuern wuchsen unablässig und hatten sich seit 1813 verdoppelt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung führte daher auch schon im September zu allerlei Aufläufen, die nicht sowohl einen politischen Charakter hatten, als vielmehr aus der materiellen Not entsprangen. In Lüneburg, Hildesheim, Hannover, Osnabrück, in den Städten am Harz kam es zu Unruhen, deren Ziel die Herabsetzung der Brotpreise, die Erhöhung des Arbeitslohnes war. Die Ausnutzung dieser sozialen Forderungen zu politischen Zwecken machten sich einige Männer in Osterode und Göttingen zur Aufgabe. Dort waren es besonders die Advokaten König und Freitag, hier die Privatdozenten von Rauschenplatt, Schuster, Ahrens, die Advokaten Seidensticker und Eggeling. Studentenunruhen, denen bereits die straflose Befreiung eines verhafteten Kommilitonen gelang, kamen ihnen dabei zu Hilfe. Die Osteroder machten den Anfang; sie bewaffneten die Bürger, wählten einen neuen Gemeinderat und wandten sich an den König, den sie in einer scharfen Adresse um Beseitigung der Übelstände angingen. Allein die Antwort wurde ihnen durch ein paar Regimenter überbracht, welche den früheren Zustand wiederherstellten und die beiden Advokaten gekettet nach Hannover führten. Erst jetzt schritten auch die Göttinger zur That. Am 8. Januar 1831 folgten sie in allen Stücken dem Vorbilde der Osteroder, erzwangen die Absetzung des Polizeidirektors und des Gemeinderates und glaubten an der Spitze von 2—3000 Bürgern und Studenten des Sieges gewiß zu sein, ja die Erhebung über die Grenzen Hanno-

Hannover.

Göttingen und Osterode.

ders in die benachbarten Staaten tragen zu können. Aber auch ihr Triumph dauerte kaum acht Tage. Am 16. Januar rückte General vom Bussche mit bedeutenden Truppenmassen heran und erzwang die Übergabe der Stadt. Die meisten Häupter des Aufstandes waren so glücklich sich retten zu können.

Die Verfassung von 1833.

Auch jetzt aber kehrte die Ruhe keineswegs ins Land zurück; nur wirkte man weniger durch Aufläufe und Zusammenrottungen als durch Adressen an den König. Und damit erreichte man mehr, da Wilhelm IV. gemäßigten Neuerungen ganz geneigt war. Graf Münster nahm noch im Februar 1831 seine Entlassung, der zum Vizekönig erhobene Herzog von Cambridge setzte einige Steuern herab und berief die Stände zum 7. März. Diese hatten teils durch Neuwahlen, teils durch den Einfluß der liberalen Strömung des Jahres 1830 eine freisinnigere Färbung erhalten, als ihnen vorher eigen gewesen, aber gemäßigt und versöhnlich waren sie auch so noch. Eine Kommission von 21 Mitgliedern entwarf unter Dahlmanns Einfluß im Sommer 1831 eine neue Verfassung, welcher die Regierung zustimmte. Dennoch bedurfte es noch langer Verhandlungen, ehe der Entwurf Gesetz werden konnte. Denn die Reaktion, welche nach dem Erliegen der polnischen Revolution durch ganz Europa ihren Rundzug begann, ermutigte auch den hannoverschen Adel zu zähem Widerstande und erst am 26. September 1833 konnte die überdies mannigfach verstümmelte neue Verfassung verkündet werden.

Preußen und der Zollverein.

In den übrigen norddeutschen Staaten fehlte es wohl auch nicht an Volksbewegungen, aber sie beschränkten sich meist auf lärmende Vorgänge in den Septembertagen. Hier und da wurden kleine Verbesserungen seitens der Regierung zugesagt und durchgeführt, aber sie änderten nichts an dem politischen Gesamtzustande der einzelnen Staaten. Auch nach Preußen hinein erstreckten sich die Unruhen. Wie Hessen, Braunschweig, Sachsen, Thüringen, Hannover, Hamburg, Mecklenburg, so sahen auch Berlin, Breslau und einige Städte der Rheinprovinz ihre Septemberaufläufe, die jedoch ohne Mühe unterdrückt wurden. Allerdings lebte der Wunsch nach einer reichsständischen Verfassung unvermindert fort und tauchte unter diesen Umständen mit etwas größerem Nachdruck wieder auf. Man sprach davon, Wilhelm von Humboldt, der wieder in den Staatsrat berufen wurde, sei mit einem Verfassungsentwurfe betraut; die westfälischen Provinzialstände beantragten 1831 die Einführung von Reichsständen; aber zu weiteren Anstrengungen raffte man sich nicht auf. Zum guten Teil lag der Grund dafür in der Rücksicht auf den alternden König, von dem man keine großen Änderungen mehr glaubte erwarten zu dürfen, und den zu drängen eine achtungswerte Anhänglichkeit verbot. Niemand getraute sich recht, den alten Herrn an sein Versprechen von 1815 zu erinnern; sein ganzes

Die Verfassungsfrage.

Wesen, so ließ selbst ein Herwegh noch 1843 drucken, war zu sehr mit dem Bewußtsein des Volkes verwachsen, Volk und König waren zusammen eine zu lange Schule der Leiden und Freuden durchgegangen, als daß man nicht von dem besten Willen des Herrschers hätte überzeugt sein sollen: Ein kindliches Verhältnis, das schöne Band des Vertrauens fesselte beide aneinander. Allein dieses Vertrauen würde doch kaum ausgereicht haben, wenn nicht im allgemeinen die Zustände so tüchtig und gesund gewesen wären. Die auswärtige Politik war freilich auch jetzt nichts weniger als glänzend; aber von jener schwachmütigen Abhängigkeit von Österreich, die ihn beim Antritt seines Ministeriums beherrscht hatte, war Bernstorff, der noch immer am Ruder saß, doch frei geworden. Preußen eine Macht dritten Ranges zu nennen, wie zu Anfang der zwanziger Jahre, wäre niemandem mehr eingefallen. In den Zollvereinsverhandlungen hatte es schon glänzende Erfolge errungen, und weitere waren in sicherer Vorbereitung. Auch in der großen europäischen Politik spielte es eine nicht unrühmliche Rolle. Daß unter seiner Vermittelung der Friede von Adrianopel zustande gekommen war, erwarb ihm Anspruch auf den Dank nicht bloß der Krieführenden, sondern aller Friedensfreunde. In der Anerkennung Louis Philipps war es den Kabinetten von Wien und Petersburg vorangegangen; entschlossen und gerüstet einen etwaigen französischen Angriff zurückzuweisen, lehnte Friedrich Wilhelm doch den Vorschlag Metternichs ab eine Ministerkonferenz in Berlin abzuhalten um dort Maßregeln zu beraten für den Fall, daß die Franzosen die Ruhe der Nachbarstaaten bedrohten; nicht mit Unrecht meinte er, daß ein solcher Schritt wie eine Herausforderung wirken würde. Auch daß die belgische Revolution nicht zu einem europäischen Brande ausartete, wurde mit Recht Preußens Könige gutgeschrieben, der bei sich selbst die Neigung überwand den Oraniern Hilfe zu bringen und sich mit Eifer bei Nikolaus für den Frieden verwendete. Zeitweilig übte diese friedliche und doch feste Politik eine starke Anziehungskraft selbst auf Bayern und Württemberg aus und versprach Preußen beim Ausbruch eines Krieges die führende Stellung zu verschaffen. Die beiden süddeutschen Könige waren sich der Gefahr, die gerade ihren Staaten von Frankreich drohte, sehr wohl bewußt; rheinbündlerische Lockungen prallten an ihnen, deren Patriotismus sich schon in den Tagen Napoleons so unzweideutig bewährt hatte, vollkommen ab; gegen Metternich nährten sie beide seit lange heftigen Groll und überdies wußten sie, daß es trotz aller großen Worte mit der österreichischen Armee nur dürftig bestellt war. Besonders als im Februar 1831 die österreichische Einmischung in Italien die Möglichkeit nahe rückte, daß Deutschland wegen undeutscher Interessen in den Krieg verwickelt werden könnte, lag es nahe den engsten Anschluß an Preußen zu suchen. Und dieses kam dem Bedürfnis bereitwillig entgegen. Da der General Röder, der die Aufgabe hatte mit Österreich eine Verständigung herbeizuführen, sein Ziel nicht erreichen konnte, wurde ohne dessen Rückkunft abzu-

Die auswärtige Politik.

Militärische Verhandlungen.

warten der General Rühle von Lilienstern an die süddeutschen Höfe geschickt und hier sehr günstig aufgenommen. Der Grundgedanke der Verhandlungen war der einer engeren Verbindung mit Preußen um nicht von Österreich ins Schlepptau genommen zu werden; man wollte die Wahl eines Bundesoberfeldherrn, wozu Österreich damals den Erzherzog Karl ausersehen hatte, vereiteln, an die Spitze der süddeutschen Armeen den König von Württemberg stellen, die norddeutschen Kontingente Preußen überweisen, und um mit diesem gemeinsam operieren zu können die süddeutschen Truppen auf Würzburg und Mainz konzentrieren. Österreich ließ es nicht an Bemühungen fehlen diese Absichten zu durchkreuzen. Im April mußte der Graf Schönburg als außerordentlicher Gesandter die größten Zusicherungen machen und die einzelnen Höfe zur Entsendung von vertrauten Offizieren nach Wien einladen. Allein überall wurde diese Aufforderung abgelehnt, von Bayern mit dem Zusatz, man sei so eng mit Preußen verbunden, daß dieses etwaige Verhandlungen mit Österreich auch in Bayerns Namen führen werde. Umsomehr suchte nun Metternich am Berliner Hofe wieder Fuß zu fassen. Die Bestrebungen Preußen an die Spitze eines engeren Bundes zu bringen erfreuten sich dort einflußreicher Fürsprecher. Empfahl doch des Königs Schwager, Herzog Karl von Mecklenburg, geradezu den Ausschluß Österreichs aus dem Bunde und die Übernahme der diplomatischen Leitung durch Preußen, dem zwei andere, jährlich wechselnde Fürsten beizuordnen wären. Die Staatsmänner, die den Zollverein geschaffen, viele hervorragende Offiziere wie des Königs Generaladjutant von Witzleben, auch Bernstorff als Minister des Auswärtigen wirkten in derselben Richtung, obgleich der letztere doch mehr zurückhielt als antrieb. Indes als er krankheitshalber im April 1831 um Entlastung bitten mußte und nun Ancillon, der Bewunderer Metternichs, ihm zur Seite trat, wurde das Nachteilige dieses Wechsels bald fühlbar; den völligen Umschwung der preußischen Politik erreichte Metternich durch Umstimmung des Königs, als dieser, von Wittgenstein begleitet, im August sich in Teplitz befand. Obgleich die Kriegsgefahr gerade jetzt wieder brennend wurde, ließ der König die schon beschlossenen Militärkonferenzen mit den Südstaaten fallen und statt dessen mit dem nach Berlin gesandten General Clam-Martinitz Verhandlungen führen, die obendrein bald in die Hände des österreichischgesinnten Generaladjutanten v. d. Knesebeck gelegt wurden. Von diesem Augenblicke an hatte Metternich gewonnenes Spiel; die Vorstellungen der Gegner, z. B. Witzlebens, wurden vom König schroff zurückgewiesen; Bernstorff erhielt von den wichtigsten Akten gar keine Mitteilung und bat im März 1832, tief gekränkt, ihn von der Teilnahme an diesen Verhandlungen völlig zu entbinden. Nicht allein das wurde ihm gewährt, sondern zwei Monate später auch die völlige Entlassung. Wenige Tage darauf erging an Bayern und Württemberg, bald auch an Hannover und Sachsen die Einladung Offiziere nach Berlin zu schicken um mit dem Grafen Clam und mit Knesebeck die militärische

Gegensatz zu Österreich.

Umschwung in Berlin.

Organisation in einem Kriege mit Frankreich zu beraten. Dafür daß Preußen die Idee der engeren Vereinigung preisgegeben hatte, erwies sich Österreich in den militärischen Fragen nachgiebig; es ließ seinerseits die Forderung des Bundesgesetzes von 1821, daß ein Bundesfeldherr ernannt werden solle, fallen und willigte in die Aufstellung dreier Armeen, von denen die des linken Flügels zwei preußische und das zehnte Bundeskorps, die des rechten 150000 Österreicher umfassen sollte, während dem Centrum das siebente, achte und neunte Bundeskorps und 90000 Preußen zugewiesen wurden. Für die Sicherung Deutschlands waren diese Abmachungen nicht zu unterschätzen und auch die Stellung Preußens war dadurch im Vergleich zu dem Bundesgesetz von 1821 wesentlich gehoben; aber diejenigen Hoffnungen freilich, die auf militärischem Gebiet eine ähnliche Verbindung wie auf dem wirtschaftlichen im Auge gehabt hatten, waren damit gründlich vereitelt und überdies die engste Anlehnung der preußischen Politik an die österreichische dadurch von neuem gewährleistet. Was die inneren Zustände des Landes betraf, so war das traurige Polizeiregiment, welches die Schuckmann und Kamptz zur Zeit der Demagogenverfolgungen eingeführt, zwar nicht bis zur Wurzel ausgerottet, aber der hämische, kleinliche Charakter war doch geschwunden und nach und nach manches Unrecht gesühnt oder gemildert worden. In nicht geringer Zahl bekleideten ehemalige Demagogen öffentliche Ämter, die Zensur wurde häufig zwar mit Ungeschick, aber doch ohne berechnete Mißgunst gehandhabt, die Universitäten, unter ihnen das 1818 gegründete Bonn, entfalteten trotz der Karlsbader Beschlüsse eine fruchtbare und segensreiche Thätigkeit. Die höheren Lehranstalten wurden mit allseitigem Eifer gepflegt, ihre Zahl beständig vermehrt; auch für den Volksunterricht geschah viel und Großes. Die finanzielle Lage der Lehrer wurde nach Kräften gebessert; zur Förderung ihrer Bildung gründete der König seit den Freiheitskriegen etwa zwanzig neue Seminare. Die Seele des Unterrichtswesens war der Minister Altenstein, der seit 1817 dem neubegründeten Kultusministerium vorstand; unter ihm arbeiteten hochverdiente Männer, wie Joh. Schulze, Süvern, Nicolovius. Die Trennung der Schule von der Kirche machte 1825 einen großen Fortschritt durch die Abzweigung eigener Provinzial-Schulkollegien von den Konsistorien. In religiöser Beziehung herrschte in Preußen eine Freiheit, die in späteren Jahren oft sehnsüchtig zurückgewünscht wurde. Allerdings griff der König, seinen theologischen Neigungen folgend, auf diesem Gebiete gern persönlich ein; aber es war doch sein leitender Grundsatz, daß er empfehlen und nicht befehlen wolle. Nur in bezug auf die Union der beiden evangelischen Landeskirchen wurde er diesem Grundsatz manchmal untreu und suchte durch Zwang zu erreichen, was nur die Frucht freier Überzeugung sein durfte. Diese evangelische Union, die er 1817 zum Jubelfeste der Reformation ins Leben gerufen hatte, betrachtete er mit Recht als sein eigenstes Werk. Der Unterschied zwischen der lutherischen und der reformierten Kirche

Polizeiwesen.

Unterricht.

Die evangelische Union.

war längst so völlig dem Bewußtsein der großen Mehrzahl auf beiden Seiten entschwunden, daß der König glaubte, es bedürfe nur des äußeren Anstoßes um auch die trennenden Formen zu beseitigen und das, was aus einer Wurzel entsprungen war, auch wieder als einen Organismus herzustellen. Eine Kabinettsordre vom 27. September 1817 legte deshalb den geistlichen Behörden dringend den Wunsch ans Herz die Vereinigung beider Bekenntnisse zu fördern. Zwang sollte nirgends geübt, bestehende Rechte nirgends gekränkt werden; aber aus der Freiheit eigener Überzeugung, aus der Einigkeit der Herzen, so hoffte der Monarch, werde die neue Lebensform sich kräftig und gesund entwickeln. In Berlin fand die Anregung lebhaften Beifall; am Vortage der Reformationsfeier genossen 63 Geistliche, die Mitglieder der theologischen Fakultät, des Konsistoriums, der Gymnasialkollegien, des Magistrates und viele königliche und städtische Beamte das Abendmahl nach den Einsetzungsworten Christi als Genossen Einer evangelischen Kirche; am Festtage selbst that der König mit seiner Familie in Potsdam das Gleiche und durch die ganze Monarchie und darüber hinaus fand der Vorgang Nachfolge. Der Widerspruch blieb freilich auch nicht aus; zum Mittelpunkte der Gegner wurde der Holsteiner Claus Harms, der in seinen 95 Thesen schroffes Festhalten am strengen Luthertume predigte und dem es auch in Preußen nicht an Anhang fehlte. Aber da es den Widerstrebenden unbenommen blieb ihrer Überzeugung zu folgen und in den ersten Zeiten keine Zwangsmaßregeln ihnen ein billiges Martyrium verschafften, so vereitelte ihre Weigerung nicht das kräftige Aufblühen der Union, und erst späteren Tagen war es vorbehalten das zeitgemäße Werk wieder zu untergraben. Erfreut durch den guten Erfolg dieses ersten Schrittes unternahm nun aber Friedrich Wilhelm einen zweiten, bei dem er weniger im Einklang mit dem Zeitbewußtsein stand. Um den evangelischen Gottesdienst reicher und poetischer zu gestalten arbeitete er eine Liturgie aus, die sich vorzugsweise an die alte luthersche Messe hielt und besonders durch die Einführung des Chors der Gewöhnung der Reformierten widersprach. Schon 1816 hatte er dieses sein Werk in den Garnisonkirchen eingeführt, nach mancherlei Änderungen empfahl er es 1821 allen evangelischen Gemeinden; aber fast überall stieß er auf das Gefühl, daß es den Hauptbestandteil des protestantischen Gottesdienstes, die Predigt, zu sehr beeinträchtige; nur der sechzehnte Teil der Geistlichen wollte es annehmen. Das verdroß den König, und wenn er auch nicht so weit ging die Widerspenstigen zu zwingen, so nahmen seine Empfehlungen doch häufig genug Gestalten an, welche die Zustimmung nicht mehr als freien Entschluß erscheinen ließen. Vollends als bis zum Jahre 1824 zwei Drittel der Geistlichen sich dem Gebrauche gefügt hatten, ergriff er eine Maßregel, deren sittliche Zulässigkeit die ernstesten Bedenken erregte. Er ließ den Widerstrebenden nur die Wahl zwischen der neuen Liturgie und der ursprünglichen strengen Form jener Agenden, die sie nach jahrelangem Brauch

Die neue Agende.

in freierer Gestalt zu verwenden gewohnt waren; diese freiere Gestalt, welche hervorgerufen war durch freiere dogmatische Ansichten, verbot er unbedingt. Diese Maßregel hatte den erwünschten Erfolg, zumal sie unterstützt wurde durch eine kürzere Form der königlichen Liturgie, welche die Furcht vor einem übermäßigen Zurückdrängen der Predigt beseitigen konnte. Selbst die zwölf Berliner Geistlichen, welche, Schleiermacher an der Spitze, gegen den königlichen Eingriff Verwahrung eingelegt hatten, gaben 1829 nach fünfjährigem Kampfe unter einigen Vorbehalten nach, und der König hatte einen Sieg gewonnen, der ihm große Freude machte. Wenn aber die strenggläubige Partei in der Kirche meinte, dadurch sei eine feste Grundlage für ihre Alleinherrschaft gewonnen, so erwies sich das als ein Irrtum. Nicht zufrieden damit, daß der Rationalismus mit seinem vernunftgläubigen Christentum sichtlich im Aussterben war — und von der neuen kritischen Schule, die in den dreißiger Jahren auftrat, war jetzt noch keine Rede —, daß ihre Richtung also auch ohne Gewaltanwendung die herrschende werden mußte, unternahm ihr Haupt, Hengstenberg, der Herausgeber der neugegründeten evangelischen Kirchenzeitung, den Versuch durch Angebereien die Führer der alten Rationalisten, Gesenius und Wegscheider in Halle, als Christusleugner von ihren Lehrstühlen zu verdrängen. Allein auch aus den Reihen altgläubiger Theologen wurde dagegen Einspruch erhoben und die Lehrfreiheit, die Grundbedingung für die Wirksamkeit jedes protestantischen Bekenntnisses, blieb in Preußen unangetastet. Bei uns, so konnte ein Preuße mit Stolz schreiben, lehren orthodoxe Theologen neben Rationalisten, und jeder Christ kann sich den zum Lehrer wählen, der ihm am besten gefällt. Einige Jahre später, 1834, ließ sich der König freilich zu bedauerlichen Schritten gegen die strengen Altlutheraner verleiten, die besonders in Schlesien die Union zu verwerfen fortfuhren. Selbst die bewaffnete Macht wurde gegen sie aufgeboten, die Kirchen ihnen genommen, manche Geistliche verhaftet; nicht einmal die Absonderung von der Landeskirche und die Begründung einer selbständigen religiösen Gemeinschaft wurde den Sektierern gestattet, und wenn der Monarch dagegen die Gültigkeit der Bekenntnisschriften beider Konfessionen innerhalb der Union anerkannte, so war auch das ein Rückschritt, insofern die Bekenntnisunion dadurch zu einer bloßen Kultusunion herabgedrückt wurde.

Orthodoxie und Rationalismus.

Auch der katholischen Kirche gegenüber bewahrte der König eine Haltung, welche der religiösen Freiheit ihr Recht ließ ohne dem Staate etwas zu vergeben. Trotzdem blieb ihm ein heftiger Kampf mit Rom nicht erspart, der sich schon in diesen Jahren vorbereitete, dessen Darstellung uns aber erst später beschäftigen kann.

Der Zollverein.

Auf dem Gebiete der materiellen Interessen, die in beständigem Aufschwung begriffen waren, blieb die gewichtigste Förderung die Ausdehnung des Zollvereins. Mit dem Eintritt Kurhessens in den preußisch-darmstädtischen Bund war das Eis gebrochen und von den verschiedensten

Seiten, von Bayern-Württemberg, von den thüringischen Kleinstaaten, ja selbst von Sachsen, wo der alte Preußenhaß in dem Prinzen-Mitregenten ein erfreuliches Gegengewicht fand, ergingen nach Berlin Gesuche wegen des Eintritts in den Zollverein. Getreu dem Grundsatz, der sich bisher so gut bewährt hatte, nahm Preußen dieselben zwar freundlich entgegen, weigerte sich aber durchaus in gemeinsame Verhandlungen mit allen oder mit mehreren zugleich zu treten; die thüringischen Länder mußten sich erst untereinander zu einem Handelsbunde zusammenthun, ehe ihre Aufnahme in den Verein stattfand. Die größte Bedeutung beanspruchte natürlich der Zutritt des Südbundes, schon deshalb weil man in München und Stuttgart Forderungen stellte, welche die Festigkeit des bisherigen Bandes wesentlich lockern mußten. An und für sich brachte ja schon jedes stimmberechtigte Mitglied, das in den Verein aufgenommen wurde, eine Schwächung des preußischen Einflusses zuwege, da bei der völligen Gleichberechtigung aller und vornehmlich bei dem Einspruchsrechte in Tariffragen, das jedem zustand, die Durchführung von Änderungen, die man in Berlin für zweckdienlich erachtete, nun an so viel Orten und gegen so viel verschiedene Meinungen mehr verteidigt werden mußte. Überdies aber forderten die Königreiche, aus Furcht ihrer Souveränität etwas zu vergeben, auch bei allen Handelsverträgen mit befragt zu werden, während bisher die Entscheidung darüber in fast allen Fällen Preußen allein zustand. Noch ein anderer Grundsatz, den man in Berlin mit Recht für sehr wichtig hielt, sollte aufgeopfert werden: die wesentliche Gleichheit der inneren Verbrauchssteuern in allen Vereinsländern. Diese sogleich zu erzielen war in der That durchaus nicht angänglich; denn Bayern bezog aus der Besteuerung des Bieres eine siebenmal größere Summe von jedem seiner Unterthanen als Preußen, jenes 21, dieses nur 3 Silbergroschen. In diesem Punkte mußte man also in Berlin wohl oder übel zurückweichen und sich mit Ausgleichsabgaben begnügen. Die Schwierigkeit der Verhandlungen, die im Dezember 1831 begannen, wurde aber dadurch noch vergrößert, daß die süddeutschen Staaten untergeordnete Beamte nach Berlin sandten, die jeden Augenblick um neue Weisungen bitten mußten und deren einer, der Württemberger Moritz Mohl, überdies ein Gegner der Verständigung war und seinem Lande aus dem Eintritt in den Zollverein den sicheren Untergang prophezeite. Daß Preußen für sich bei seinem größeren Verbrauche von zollpflichtigen Waren einen größeren Anteil an dem Ertrage verlangte als der Kopfzahl entsprach, setzte die Süddeutschen gar sehr in Staunen und Entrüstung; meinten sie doch, daß man bei ihnen viel mehr verzehre und sie also ihrerseits ein Präcipuum fordern dürften. Kurz, es kam zu keiner Einigung, und vom Mai bis Ende 1832 ruhten auch die Verhandlungen. König Ludwig war es, der den Anstoß gab sie wieder zu erneuern, denn ihm lag die Zolleinigung wirklich am Herzen. Ein wenig mochte dazu wohl auch die Besorgnis beitragen, daß Preußen sonst auf eigene Hand den thüringischen Staaten, die seit

Verhandlungen mit Bayern und Württemberg.

dem Januar 1832 die Aufnahme eifrig erbaten, diese Bitte gewähren könnte; geschehe das aber, so meinte man in Bayern und Württemberg, dann sei der Süden auf Gnade und Ungnade dem Belieben Preußens überliefert. Nun hatte man bis dahin in Berlin die Verhandlungen mit den Thüringern hinausgeschoben um den Argwohn der Königreiche nicht zu reizen; allgemach aber verlor man die Geduld und am 7. Dezember waren Besprechungen eröffnet worden. Dieser Wink wurde von König Ludwig verstanden und auf sein Drängen genehmigte der König von Württemberg, daß im Januar 1833 der bayerische Finanzminister Mieg als Bevollmächtigter beider Staaten nach Berlin ging. Er nahm dabei seinen Weg über Dresden um auch dort zu neuen Verhandlungen anzuspornen. Denn trotz zweimaliger Konferenzen, die der sächsische Finanzminister Zeschau im Frühjahr 1831 und 1832 mit den preußischen Staatsmännern gepflogen hatte, war auch mit Sachsen noch keine Verständigung erzielt worden, da man die Schwierigkeiten, die aus der Bedeutung Leipzigs als Meßstadt hervorgingen, trotz des guten Willens auf beiden Seiten nicht auszugleichen vermochte. Allein der sächsische Minister war gern zu einem dritten Versuch bereit, wenn der Fortgang der Unterhandlungen mit Mieg Aussicht auf Erfolg darbiete. Und das war der Fall. Am 22. März 1833 wurde der Vertrag unterzeichnet, kraft dessen Bayern und Württemberg vom 1. Januar 1834 auf 8 Jahre dem Zollverein beitraten. Beiderseits verzichtete man auf das Präcipuum, das man ursprünglich gewünscht hatte; doch fürchtete Mieg so sehr eine Verminderung der bayerischen Einnahmen, daß er sich das Recht zu früherer Kündigung vorbehielt, wenn der bayerische Anteil an den Zöllen einen Ausfall von 10 Prozent gegen den bisherigen Rohertrag aufweisen sollte. Wie unnötig diese Vorsicht war, ergab sich bald; denn während die Verwaltungskosten gleich im ersten Jahre von 44 auf 16 Prozent sanken, so daß die Staatskasse eine Verminderung des bisherigen Rohertrags um 28 Prozent ohne Schädigung hätte ertragen können, stieg u. a. die Einnahme aus dem Kaffeezoll gleich auf das Dreifache, und Preußen mußte während des nächsten Jahrzehnts durchschnittlich etwa zwei Millionen Thaler an Bayern herauszahlen. Sein eigener Anteil dagegen, der 1829 auf den Kopf über 25 Silbergroschen betragen hatte, sank für die Jahre 1834—39 im Durchschnitt auf 22 herab. Auch in anderen Punkten war es der größere Staat, der Opfer brachte. Bayern behielt seine Biersteuer und man begnügte sich ein Maximum für die Verbrauchssteuern und eine allmähliche Annäherung derselben zu verabreden; jeder Staat erhielt das Recht Handelsverträge abzuschließen; die Zollvereinskonferenzen sollten nicht ständig in Berlin, sondern an wechselnden Orten abgehalten werden; für Streitigkeiten wurde ein Schiedsrichter in Aussicht genommen; die gegenseitige Kontrolle der Grenzbewachung ward auf ein sehr geringes Maß herabgesetzt. Was Preußen unerschütterlich festhielt, war eigentlich nur sein Warentarif; doch erlangte es noch ein Zugeständnis, das Mieg auf

Verhandlungen mit Sachsen.

Abschluß mit Bayern und Württemberg.

eigene Gefahr einräumte: er versprach, daß die preußische Zollordnung im Süden sofort, und nicht erst mit dem 1. Januar 1834 eingeführt werden sollte.

Beitritt Sachsens.

Nach so glücklichem Ergebnis zögerte Sachsen nicht auch seinen Beitritt wieder zu beantragen, und schon am 30. März 1833 schloß Zeschau unter denselben Bedingungen wie Mieg ab. Diesem jedoch wurde sein Werk übel gedankt. König Ludwig war entrüstet, daß er seine Vollmacht überschritten und die alsbaldige Einführung der preußischen Zollordnung versprochen hatte. Er verweigerte seine Unterschrift und enthob den glücklichen Unterhändler seines Ministerpostens. Alles schien wieder in Frage gestellt; und wirklich wurde der königliche Zorn nur durch eine neue Nachgiebigkeit Preußens beschwichtigt. Eichhorn eilte selbst im Juli nach München und verzichtete auf jenes Zugeständnis. Mittlerweile waren im Mai auch die Verhandlungen mit den Thüringern beendigt. Sie bildeten am 10. Mai einen thüringischen Zoll- und Handelsverein, dem auch Preußen und Kurhessen für ihre thüringischen Gebietsteilchen sich anschlossen und der am nächsten Tage als Gesamtheit dem deutschen Zollverein beitrat. So fehlten denn am Neujahrstage 1834 außer dem Nordwesten nur Baden, Nassau und Frankfurt noch in dem großen Bunde; sonst war ganz Süd- und Mitteldeutschland mit Preußen verbunden; die große wirtschaftliche Einheit war des Namens eines „deutschen Zollvereins" würdig. Auch die genannten drei Staaten und der Nordwesten durften als künftige Genossen des Bundes schon jetzt mit Sicherheit betrachtet werden; mit voller Ruhe konnte der neue Verein den Zeitpunkt abwarten, wo ihnen selbst das richtige Verständnis für ihr eigenes Bestes aufgehen würde.

Beitritt des thüringischen Handelsvereins.

Hannovers Gegenbemühungen.

Vor der Hand freilich gehörten einige dieser Staaten zu den bösartigsten Gegnern. Besonders Hannover hatte keine Mühe gescheut um die neue Schöpfung in der Geburt zu vernichten. Als Keim des Verderbens erschien ihm mit Recht der Abfall Kurhessens vom mitteldeutschen Handelsverein. Ohne Zweifel war das ein Vertragsbruch und die übrigen Genossen waren befugt sich deshalb beschwerend an den Bund zu wenden. Wenn Bayern, Württemberg, Sachsen, die thüringischen Staaten mit Preußen und seinen Zollverbündeten zusammengingen, ließ sich dadurch natürlich kein Erfolg erzielen; aber als im Mai 1832, wie vorhin erzählt wurde, die Verhandlungen in Berlin ergebnislos abgebrochen wurden, beeilte sich Hannover mit Braunschweig, Oldenburg, Nassau, Bremen und Frankfurt am Bundestage ein Austrägalgerichtsverfahren gegen Kurhessen zu verlangen und gewann eine Mehrheit dafür. Der Zeitpunkt war eben günstig gewählt; einige Monate später meinte selbst Metternich: wenn heute noch einmal abgestimmt würde, blieben wir in der Minderheit. Übrigens kam die Klage nicht zur Entscheidung; sie war durch Beschluß der Bundesversammlung Österreich überwiesen und blieb in den Akten des Wiener Gerichtshofs begraben, da Metternich den offenen Bruch mit Preußen scheute. Kein besseres

Schicksal hatte ein Antrag Hannovers auf Ausführung des Artikels 19 der Bundesakte. Es war ein aussichtsloser Versuch die gescheiterten Bemühungen von 1817 noch einmal aufzunehmen. Alles was Hannover selbst glaubte durchsetzen zu können, war die Verminderung der Durchfuhrzölle. Da konnte denn freilich Preußen mit Recht einwenden, was damit wohl erreicht werde? Die Zollschranken innerhalb Deutschlands, auf deren gänzliche Beseitigung es ja ankam, wären unverändert bestehen geblieben. Über so geringe Besserungen war man in den Zollvereinsstaaten jetzt doch hinweg. Das sagte denn auch der preußische Bundestagsgesandte von Nagler rund heraus in einer Denkschrift, die Metternich an Narrheit zu grenzen schien. Doch die Narrheit wurde von den meisten Bundesgenossen geteilt, und deshalb ward der hannoversche Antrag wohlweislich gar nicht zur Abstimmung gebracht. Dagegen verbanden sich Oldenburg, Braunschweig und Bückeburg in den Jahren 1834—37 mit Hannover zu einem Steuerverein, der eine Weile neben dem großen Zollverein ein selbständiges Dasein fristete. Diesem erwuchs 1835 und 1836 eine erwünschte Abrundung durch den Beitritt Badens, Nassaus und Frankfurts. In Baden kostete es Mühe den Widerstand der Liberalen zu überwinden. Wie diese 1833 in Württemberg eifrig gegen den Anschluß gewirkt hatten, so daß Männer wie Uhland, Römer, ja selbst Pfizer gegen den Vertrag stimmten, so waren sie auch in Baden grimmige Gegner des Zollvereins, dessen Strudel, wie Rotteck prophezeite, alles in den Abgrund des Absolutismus reißen werde. Doch waren sie einerseits schon halb gebunden, weil sie 1831, um dem Anschluß an den bayerisch-württembergischen Bund zu entgehen, der Regierung die Vollmacht erteilt hatten über einen gesamtdeutschen Zollverein zu verhandeln; andererseits vertraten Männer wie Nebenius, Rau, Mathy, der Fürst Löwenstein-Werthheim in der Presse und in den Kammern den Vertrag vom 12. Mai 1835 so nachdrücklich, daß er in der ersten Kammer einstimmig, in der zweiten mit 40 gegen 22 Stimmen angenommen wurde. Nassau und Frankfurt hatten sich den Eintritt dadurch unmöglich zu machen gesucht, daß sie Handelsverträge schlossen: Nassau auf fünf Jahre mit Frankreich, Frankfurt auf zehn Jahre mit England. Nassau gestand darin den französischen Weinen und Seidenwaren einen bestimmten, nicht zu erhöhenden Zollsatz zu, der geringer war als der preußische, Frankfurt verpflichtete sich keinen dritten Staat vor England in Zollsachen zu begünstigen. Da die französischen Kammern nicht die Zeit gefunden hatten den Vertrag zu beraten, so war er einstweilen durch königliche Ordonnanz in Kraft gesetzt; übrigens war die Zustimmung der Kammern ganz zweifellos. Als nun aber der Herzog von Nassau sich bekehrte und einsah, daß er dem Zollverein nicht ohne schweren Schaden fern bleiben könne, hängte er sich an jenen Formfehler und erklärte im Juli 1834 den Vertrag für hinfällig. Mit Recht sahen die Franzosen in dieser Spitzfindigkeit einen Treubruch, und mit diesem Vorwurf beladen mußte der Herzog in Berlin um Aufnahme nachsuchen.

Der Steuerverein.

Eintritt Badens in den Zollverein.

Nassau und Frankfurt.

Der Frankfurter Senat verfuhr ehrlicher und bat England um Aufhebung des übereilten Vertrages, die ihm denn auch gewährt wurde und ihm ermöglichte am 2. Januar 1836 dem Zollverein beizutreten, der nun ein Gebiet von 8253 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern umschloß. Seine Grenzlinie betrug 1064 Meilen, neun weniger als Preußen allein 1819 zu bewachen gehabt hatte.

Politische Bedeutung des Zollvereins.

Wie Keulenschläge wurden diese Triumphe Preußens von allen seinen Gegnern empfunden. Man fühlte, daß dies nur der Anfang sei und daß größeres folgen werde. Jeder malte sich das Schreckliche, das im Schoße der Zukunft ruhte, in seiner Weise aus. Während die Liberalen mit geheimem Grauen eine Herrschaft des zügellosesten Absolutismus kommen sahen, erblickten die österreichisch Gesinnten mit schärferem Auge darin den Anfang zur Zertrümmerung des Bundes, den Hauptnagel zu dessen Sarge, wie der badische Gesandte Blittersdorf schon 1833 klagte. Fortan werde Österreich nur noch die formelle Leitung haben, die wirkliche Führerschaft besitze Preußen; die einzige Möglichkeit, noch einmal Leben in den Bund zu bringen bestehe vielleicht darin, daß Österreich sich mit einem bloßen Schutz- und Trutzbündnis begnüge und Preußen auch rechtlich an die Spitze Deutschlands trete. Diese schlimmste Folgerung zu ziehen mochte sich Metternich freilich noch nicht überwinden. Er hatte die ganze Zollvereinsbewegung unterschätzt; zwar waren seine Diplomaten überall und besonders in München dem Anschluß entgegengetreten, aber doch nur mit Abmahnungen und Scheinversprechen, nie mit wirklich annehmbaren Gegengeboten. So waren ihre Bemühungen eitel geblieben, und das große Werk stand zu Metternichs Schreck und Verdruß plötzlich fertig da. Von den 17 Stimmen des Bundestages, so berechnete er in einer Denkschrift vom 24. Juni 1833, seien nur noch sieben völlig unabhängig von dem preußischen Verein; Österreichs Einfluß sei schon jetzt schwer geschädigt und auf die Länge würden seine Beziehungen zu den anderen Bundesstaaten erst erschlaffen und endlich ganz abreißen. Aber ein wirksames Gegenmittel fand er auch jetzt nicht; denn offen mit Preußen zu brechen, das liege nicht in den Absichten und nicht in der Politik Österreichs. So begnügte er sich denn insgeheim zu hetzen, die Zollvereinsgenossen argwöhnisch gegen Preußen zu machen und sich damit zu trösten, daß der Beitritt so vieler Staaten am Ende den Verein von selbst sprengen werde. An Eifersüchteleien fehlte es auch gewiß nicht. Obgleich man die Rechtlichkeit und Offenheit, mit der Preußen verfuhr, rückhaltlos anerkennen mußte, so hegte man doch große Angst vor seinen geheimen Zielen und vor der Gefahr drückender Abhängigkeit; der entgegenzuwirken waren die bayerischen Staatsmänner vornehmlich beflissen, und ein enges Zusammenstehen mit Württemberg, Sachsen, Baden erschien ihnen als dienlichste Waffe. Auf preußischer Seite suchte man dieses Mißtrauen dadurch zu bekämpfen, daß man den Gedanken an die Führerschaft unbedingt zurückwies. Als Frankreich in einer Mitteilung nach Darmstadt mit

berechneter Arglosigkeit derselben wie einer selbstverständlichen Sache Erwähnung gethan hatte, erklärte Eichhorn feierlich: diese Führerstelle, die man uns in den Tuilerien zuschreibt, nehmen wir nicht an; nicht Preußen hat den Zollverein gegründet; er entstand ganz natürlich aus dem übereinstimmenden Willen aller beteiligten Souveräne. Man freute sich in Berlin des thatsächlich gewonnenen Einflusses und vertraute der Wirkung der Zeit. Nicht durch gewaltsames Anstürmen wollte man seine Stellung kräftigen, sondern durch schrittweises, bedächtiges Vorgehen, das von der überzeugten Zustimmung der Bundesgenossen gefördert werde. Wenn Metternich die hannoversche Regierung belobte, weil sie in ihrer Feindschaft gegen Preußen einen so vorzüglich bundesfreundlichen Geist zeige, so hätte Preußen selbst ebendieses Lob mit größerem Rechte für sich in Anspruch nehmen können. Es war die Macht der Thatsachen und nicht die Frucht preußischer Zettelungen, wenn selbst ein so treuer Anhänger Metternichs wie der Herzog von Nassau betrübten Herzens Abschied nahm von dem österreichischen System, und wenn die hessischen Staatsmänner ihrem Großherzog erklärten, daß mit dem Beitritt zum Zollverein auch die Frage entschieden sei, auf wessen Seite Darmstadt bei einem etwaigen Kriege zwischen Österreich und Preußen zu stehen habe.

Süddeutschland und der Bundestag.

Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland.

Wenn die preußischen Staatsmänner bei solchen Erfolgen nicht übermütig wurden, sondern sich nur umsomehr der rücksichtsvollsten Formen gegen ihre Bundesgenossen bedienten, so konnte man bei dem preußischen Volke eine gleiche diplomatische Berechnung nicht erwarten; vielmehr stärkten die Fortschritte des Zollvereins ebenso wie das Bewußtsein der großen Vorzüge, welche das eigene Staatswesen in Beziehung auf Verwaltung und allseitige Pflege der geistigen und materiellen Interessen vor anderen deutschen Staaten genoß, den berechtigten Stolz, der sich an die Großthaten der Freiheitskriege knüpfte, und nährte ein Gefühl der Überlegenheit, das den Süddeutschen um so anstößiger war, als bei ihnen dieselbe Überschätzung derjenigen Vorzüge herrschte, deren sie ihrerseits sich erfreuten, besonders ihrer konstitutionellen Staatsformen. Es widerstrebte ihren Empfindungen, daß ihr Süden, der an Naturkraft und Lebensfülle dem Norden so weit überlegen sei, jenem sich unterwerfen und seine Gesetze von den windigen Hungerleidern empfangen solle, die unaufhörlich mit ihren Thaten in den Befreiungskriegen prahlten, als ob sie damals allein gefochten und kein Jena vorausgegangen wäre. Ihnen schien in dem nordischen Wesen etwas Dürftiges, Dürres zu liegen, das den Gedanken ganz Deutschland in einen preußischen Militär- und Beamtenstaat verwandelt zu sehen so unbehaglich, ja peinlich machte, daß man das liberal regierte süddeutsche Musterreich schlimmsten Falls lieber selbst mit Anlehnung an Frankreich erstreben

wollte. Mit Stolz sahen sie auf ihre Länder, in welche sich die vor dem Todeshauch des Nordens fliehende deutsche Freiheit habe zurückziehen und wenigstens einige Lebenskeime habe retten können, in denen die eigentliche deutsche Geistesbildung allein noch fortdauere und mit der Zeit die überraschendsten Früchte tragen werde, deren geistige Auflehnung gegen die nordischen Anmaßungen eine, wenngleich schwache, Schutzwehr für deutsches Volksleben und Eigentümlichkeit bilde. Durfte man denn Preußen überhaupt für einen deutschen Staat gelten lassen? Steckte in dem alten steinernen bitteren Stockpreußentum nicht vielmehr in Wahrheit ein slavisches Element? Es giebt keinen reineren und schärferen Gegensatz des echt germanischen Wesens als das Preußentum, rief jener Uwe Lornsen aus, dessen oben gedacht wurde, ein Mann, der von Geburt ein Nordländer, doch aus tiefstem Herzen mit dem süddeutschen Liberalismus übereinstimmte; und darum, so fügte er hinzu, sei Preußen auch der Brennpunkt des Hasses aller Deutschen. Nur das wiedergeborene Preußen könne das übrige Deutschland sich aneignen; so wie es jetzt sei, würde es von den Deutschen heftiger zurückgestoßen werden als selbst die Franzosen. Sprach so ein Mann, dessen urdeutsche Gesinnung anzuzweifeln Verblendung wäre, wie sollte da erst die weit verbreitete Schattierung der Liberalen denken und reden, denen über all der Schwärmerei für die Freiheit die echte Vaterlandsliebe abhanden gekommen war, die sich zu einem so erhabenen Kosmopolitismus emporgeschwungen hatten, daß sie jeden Gedanken an Deutschheit als eine Verunreinigung ihres weltbürgerlichen Charakters verschmähten, und die Forderungen der Nationalität, Nationalrechte und Nationalehre nur noch im Auslande und bei fremden Völkern gelten lassen wollten. Wenn in Frankreich ein liberaler Kandidat durchfiel, wenn in England ein Ministerium Wellington drohte, wenn irgend eine neue Revolution aus Ost oder West gemeldet wurde, das war für den kannegießernden Zeitungsleser und Wirtshauspolitiker ein Ereignis von höchster Wichtigkeit. Auf Frankreich vor allem richteten sich seine Blicke; einige Zweige der französischen Revolution auf den deutschen Stamm zu pfropfen, aus jeder deutschen Winkelhauptstadt ein kleines Paris, aus jedem Flickstaate eine Nation zu machen, das war sein höchstes Ziel. Dafür aber, daß für dauerhafte freisinnige Einrichtungen in Deutschland noch jeder Boden fehlte, daß die kleinen Bruchstaaten, auch die süddeutschen Königreiche nicht ausgenommen, nur durch ein zweideutiges Schaukelsystem, durch beständiges Nachgeben, Anschmiegen und Parteinehmen für fremde Interessen ihr splitterhaftes Dasein kümmerlich fristen konnten und durchaus der Selbständigkeit entbehrten, welche die Freiheit voraussetzt, dafür gebrach es den meisten an jedem Verständnis. Es war eine männlich kühne That, als Paul Pfizer 1831 in seinem Briefwechsel zweier Deutschen diese Wahrheiten frisch heraussagte und mitten in der Hochburg des süddeutsch-französischen Liberalismus das Banner aufpflanzte, auf dem als Programm die Einigung Deutschlands durch Preußen stand. Ihm

Der kosmopolitische Liberalismus.

Pfizers Briefwechsel zweier Deutschen.

galt Österreich als die letzte Kolonie, die das große Mutterland aus seinem Verbande entlassen müsse; Preußen aber, dessen humane Gesetzgebung, dessen musterhafte Verwaltung, dessen wohlwollendes volksbeliebtes Fürstenhaus er laut pries, und dessen Volk er entschlossen gegen den Vorwurf knechtischer Gesinnung in Schutz nahm, Preußen sei berufen an die Spitze zu treten, indem es einen Bundestag aus Abgeordneten der Ständeversammlungen nach Berlin berufe und mit diesem als Vertreter aller anderen deutschen Staaten (mit Ausschluß Österreichs) verhandle. So erkannte Pfizer mit prophetischem Blick die Zukunft, aus der dem Vaterlande Heil erblühen sollte, und hoffnungsfreudig rief er ihm zu:

Laß die Helden, die geschieden;
Die Vergangenheit ist tot!
Seele, von des Grabes Frieden
Wende dich zum Morgenrot,
Gleich dem Aar, der einst entflogen
Staufens Nachbar, und im Flug
Zollerns Ruhm bis an die Wogen
Des entlegnen Ostmeers trug!

Adler Friederichs des Großen,
Gleich der Sonne decke du
Die Verlassnen, Heimatlosen
Mit der goldnen Schwinge zu!
Und mit mächtgem Flügelschlage
Triff die Eulen, Rab' und Weih'!
Steig empor zum neuen Tage,
Sonnenauge, kühn und frei!

Andere Pläne für die deutsche Einheit.

Viel Bewunderung fand diese begeisterte Poesie der Vaterlandsliebe damals nicht, aber manche Stimmen erklangen doch auch sonst in Süddeutschland, die annähernd dasselbe wünschten und hofften ohne ihre Gedanken zu so scharfer Ausprägung zu bringen und die Verdienste des preußischen Staates, die Abhängigkeit und Unselbständigkeit des süddeutschen Liberalismus mit gleicher Klarheit zu erkennen. Selbst Männer, die wie Rotteck kurz nachher von heftigem Ingrimm gegen den preußischen Absolutismus überwallten, die wie Wirth und Siebenpfeiffer kaum ein Jahr später in der Presse den äußersten linken Flügel führten, äußerten sich anfangs doch noch voll Anerkennung und Zutrauen über Preußen. Daneben gab es freilich von Anfang an Phantasten, die jeder seinen eigenen Landesherrn zum Oberhaupte Deutschlands auserkoren wissen wollten. Besonders eifrig wurde von manchen für Ludwig von Bayern, den mächtigsten „deutschen" Bundesfürsten, gewirkt; ja in seiner nächsten Umgebung soll General Raglovich einen Plan zur militärischen Durchführung dieses Gedankens ausgearbeitet und seinem Monarchen vorgelegt haben, was freilich von anderen bestritten wird. Aber auch Wilhelm von Württemberg und Leopold von Baden wurden von anderen zu Beherrschern des deutschen Reiches ausersehen, während verständigere Naturen wie Welcker sich damit begnügten eine

Volksvertretung am Bunde und die Umwandlung des Bundestages in eine erste Kammer zu fordern. Alle diese Ideen, die Bezug auf die Gestaltung Gesamtdeutschlands hatten, traten aber doch sehr zurück gegen die Bemühungen in den Einzelstaaten die liberalen Forderungen des Tages durchzusetzen. Und dies löbliche Vorgehen war mit gutem Erfolg gekrönt. Auch in den Südstaaten hatten ja die zwanziger Jahre den Mehlthau der Reaktion über die lustig aufblühenden Verfassungen geträufelt. Wenn die beiden Könige Ludwig und Wilhelm auch ihre Stellung richtig genug erkannten um die freisinnige Rolle, welche sie spielen konnten, nicht durch gewaltsame Eingriffe in das Verfassungsleben zu schädigen, so hätten sie doch eine Fortentwickelung desselben nicht kräftig fördern können ohne Metternichs vollsten Zorn über sich zu entladen. Auch so schon blickte dieser mit bitterem Ingrimm auf sie und wartete nur auf den Zeitpunkt, wo der bayerische König „sich festgefahren habe" um die geeigneten Mittel zu ergreifen, ihm zu „helfen". Die größte Sorge aber machte ihm Baden, wo nach dem Tode des „korrekten" Großherzogs Ludwig am 30. März 1830 Leopold, der erste Fürst aus der Hochberger Linie, den Thron bestieg, das reaktionäre Ministerium entließ und in dem früheren Abgeordneten Winter einen bewährten Liberalen zu seinem ersten Ratgeber berief. Die neue Kammer, die 1831 ihre Thätigkeit begann, war das gerade Gegenteil der vorigen, und Männer wie Rotteck, Welcker, Itzstein, Mittermaier zogen die Augen von ganz Deutschland anf sich durch den Eifer, mit welchem sie für freisinnige Reformen eintraten. Die Verfassung erhielt ihre frühere Gestalt wieder, in der sozialen und der Steuergesetzgebung wurden bedeutende Verbesserungen vorgenommen, die Preßfreiheit, soweit sie die Karlsbader Beschlüsse zuließen, d. h. mit Ausnahme der Besprechung allgemein deutscher Angelegenheiten und solcher, die einen anderen Bundesstaat betrafen, wiedereingeführt. In Württemberg war der Landtag schon vor der Revolution auseinandergegangen und kam erst mehrere Jahre später wieder zusammen. Aber Bayern erlebte auch eine höchst bewegte Kammersession. Ihren Hauptreiz gewährten derselben ein paar reaktionäre Maßregeln, zu denen sich König Ludwig durch einen Münchener Studentenkrawall im Dezember 1830 verleiten ließ. Weil das Militär bei diesem ganz unpolitischen Unfug hatte einschreiten müssen, die Übelthäter die Marseillaise gesungen hatten und der verbotenen Germania angehörten, weil die Presse sich ihrer annahm, schloß der leicht erhitzte Monarch die Universität und führte durch Edikt vom 28. Januar 1831 verfassungswidrig die Zensur ein. Das war bei der Tagesstimmung genug, um oppositionelle Wahlen herbeizuführen und die Presse erst recht zu erbittern. Bald genug sah die Regierung ein, daß sie nicht imstande sei die Zensur wirklich durchzuführen; der Minister von Schenk, von der Kammer in Anklagezustand versetzt, mußte entlassen werden und das neue Ministerium, an dessen Spitze Fürst Ludwig zu Öttingen-Wallerstein stand, legte ein neues, erheblich milderes Preßgesetz vor.

Freiheitliche Bestrebungen.

Die badische Kammer.

Bayern.

Die beiden tonangebenden Blätter in Bayern wurden die „deutsche Tribüne“ von Wirth und Eisenmanns „Volksblatt“. Um sie aber scharte sich eine große Zahl kleinerer Blätter, die alle gleich eifrig und gleich rücksichtslos ihre demokratisch-kosmopolitischen Ziele verfolgten und deren Redakteure, die Siebenpfeiffer, Hochdörfer, Strohmaier, die Helden der öffentlichen Meinung wurden. Große Hoffnungen knüpften sie an den polnischen Aufstand: Polen zu einem demokratischen Staate zu gestalten, mit dessen Hilfe ein demokratisches deutsches Reich zu gründen, mit ihm und Frankreich gemeinsam eine europäische Staatengesellschaft vorzubereiten, das war das Programm, welches Wirth in der deutschen Tribüne aufstellte. Der deutsch-nationale Gedanke, der die Seele der geheimen Gesellschaften nach den Freiheitskriegen gewesen war, trat gegen die demokratischen Ideale immer mehr in den Hintergrund; man spottete nicht allein über die Rücksicht auf buntbemalte Grenzpfähle als über ein Vorurteil; selbst die Muttersprache wollten manche nur als eine Zufälligkeit gelten lassen, von der man sich nicht knechten lassen dürfe. Die Hinwegräumung der Throne sei die unabweisliche Aufgabe des Jahrhunderts, erklärte Wirth; man solle ihn deshalb nicht einen Feind der Fürsten schelten; er teile ihnen ja die großartigste göttlichste Aufgabe zu, als Vorbild für alle besitzenden Klassen freiwillig auf äußere Macht zu verzichten. Daß eine solche Sprache die Regierung zu Vorsichtsmaßregeln trieb, gab der volkstümlichen Wühlerei nur neue Nahrung. Die liberalen Abgeordneten, welche von ihrem Kammerfeldzuge heimkehrten, wurden mit überschwänglichen Ehren begrüßt und mit Festen gefeiert, bei denen der Redefreiheit kein Zaum angelegt wurde. Ganz besonders aber wollte man die Presse stützen und pflegen. Zu diesem Zwecke bildete sich im Januar 1832 in der Rheinpfalz ein Preßverein, der gegen das Bündnis, welches die Fürsten zur Unterdrückung der Völker geschlossen, einen Bund bilden wollten um auf gesetzmäßigem Wege die Überzeugung zu verbreiten, daß ein deutsches Reich mit demokratischer Verfassung notwendig sei. Der Aufruf, welcher diese Sätze enthielt, wurde in 50 000 Exemplaren verbreitet, binnen kurzer Zeit war eine Summe von etwa 10 000 Gulden an jährlichen Beiträgen gezeichnet, vielerorten hatten sich Unterausschüsse gebildet und der Vorstand entwickelte mit seinen Geldmitteln eine rege Thätigkeit. Flugschriften und einzelne Nummern von Zeitungen wurden in Tausenden von Exemplaren über Land und Stadt verstreut, und als Wirth, der seine Tribüne trotz eines Bundesverbotes weiter herausgegeben hatte, deshalb von dem Appellationsgericht in Zweibrücken am 14. April 1832 freigesprochen wurde, verkündeten 60 000 Flugblätter dieses Urteil dem Volke. Dadurch verbreitete sich eine Aufregung in allen Schichten der Gesellschaft, die sich auch äußerlich kundzugeben suchte und endlich in dem Hambacher Feste Luft machte. Ein Aufruf Siebenpfeiffers und einiger Bürger von Neustadt a. d. Haardt lud Männer und Jünglinge, Frauen und Jungfrauen ein, am 27. Mai 1832 auf dem Hambacher Schlosse ein patrio-

Die radikale süddeutsche Presse.

Der Preßverein.

Das Hambacher Fest.

tisches Fest, „der Deutschen Mai“, zu feiern und sich dadurch zum mannhaften Kampfe für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde zu stärken. Anfänglich gedachte die bayerische Regierung das Fest mit Gewalt zu hindern; allein gegenüber der lebhaften Einsprache der pfälzischen Provinzial- und Stadtvertretungen entfiel ihr der Mut; es fand statt und wurde von 25000, ja nach manchen Angaben von 60000 Menschen gefeiert. Wenn die meisten aus der Nähe kamen, so fehlten doch auch entferntere Gegenden nicht. Zahlreich fanden sich die Studenten ein, mancher von ihnen in dem festen Glauben, es gelte sogleich das Leben für die Sache des Vaterlandes zu opfern. Auch Polen und Franzosen hatten sich eingestellt, und in dem feierlichen Zuge flatterte neben der schwarz-rot-goldenen die polnische Fahne inmitten eines Ehrengeleites der Frauen und Jungfrauen. Dreihundert Handwerksburschen stimmten das erste Festlied an, das als die „reifende Ähre mit goldenem Rand“, als die „goldene Ernte“ das Vaterland bezeichnete. Die Poesie der später gesungenen Lieder geißelte weniger zahm der Despoten fluchwürdigen Bund, den Trug und Verrat, der deutschtümliche Ehre siebenzehn Jahre lang gebrandmarkt, die neueste Fluchtthat an Polen; auch die Adressen, die zur Verlesung kamen, nahmen kein Blatt vor den Mund. Da klagten die Rheinpreußen, daß sie, das muntere Vögelein, eingesperrt sein müßten in den engen Käfig zu dem alten finsteren Uhu; ein Greis vom Bodensee warnte vor der Lockspeise des Zollvereins und mahnte mit dem französischen Volk für einerlei Ziel zu kämpfen; die Straßburger Gesellschaft der Volksfreunde, die Polen in Paris sandten brüderlichen Gruß und Glückwunsch. Den lebhaftesten Ausdruck fanden die Gedanken des Tages aber in zahllosen Reden. Vaterland, Völkerbund, Volkshoheit ließ Siebenpfeiffer, die vereinigten Freistaaten Deutschlands, das verbündete republikanische Europa Wirth, die heilige Allianz der Völker der Straßburger Rey leben. Andere nannten den besten Fürsten von Gottes Gnaden einen geborenen Hochverräter an der menschlichen Gesellschaft, schalten die Preußen, daß sie in königlicher Demut vertrocknet und in fürstlicher Gnade abgestorben seien, erklärten jedes Zögern für feigen Verrat an der Vernunft, der Tugend, der Menschheit, und forderten auf zum Kampf der Notwehr, der alle Mittel heilige, in dem die schneidendsten die besten seien. Mehr als einmal wurden die Redner von dem Rufe: zu den Waffen! unterbrochen, und als Wirth seine große Rede geendet, ward ihm feierlich ein Schwert überreicht, das er begeistert als ein Wahrzeichen in diesem Augenblicke begrüßte. Übrigens fehlte es auch nicht an solchen, welche vor jeder Revolution warnten, deren Hoch der Freiheit und Ordnung galt und die gegenüber der weltbürgerlichen Begeisterung die nationale Ehre und Unverletzlichkeit betonten; so Wirth, der mutvoll es aussprach: selbst die Freiheit dürfe nicht auf Kosten deutschen Gebietes erkauft werden und sobald fremde Einmischung stattfinde, sei der Kampf gegen die inneren Verräter zu unterbrechen und

das Gesamtvolk gegen den äußeren Feind unter die Waffen zu rufen. Aber solche Äußerungen erregten bei den meisten doch als Ausdruck unberechtigten Mißtrauens Anstoß und Verdruß, und man verzieh sie Wirth wohl nur, weil er durch einen kräftigen Fluch über die Fürsten und Verräter einen vollgültigen Beweis seiner Gesinnungstüchtigkeit gab. Allerdings gehörte er auch sonst nicht zu den eigentlichen Heißspornen, die womöglich mit dem Feste gleich die Revolution beginnen wollten. Ihm schwebte vielmehr als nächstes Ziel die enge Verbindung der Opposition in allen deutschen Staaten vor; ihr Verfahren sollte durch Vertrauensmänner nach einem bestimmten Plane geleitet werden; durch die Presse, durch Anträge in den Kammern, durch patriotische Gesellschaften wollte er die Umgestaltung Deutschlands erzielen. Ein erster Schritt auf diesem Wege wurde noch in Neustadt gethan. Eine Versammlung von 5—600 Männern wählte einen Vertrauensausschuß, dessen Mitglieder zum Teil bekannte Führer des Liberalismus waren. Nur glänzten diese, wie Rotteck und Welcker aus Baden, Jordan aus Kurhessen, Closen aus Bayern, sämtlich durch ihre Abwesenheit, und die, welche zugegen waren, fast ausnahmslos Männer dritten und vierten Ranges, die Siebenpfeiffer, Wirth, Strohmaier, Rauschenplatt, wagten es doch nicht, wie man ihnen zumutete, sich als provisorische Regierung zu konstituieren. Das Fest blieb daher ohne unmittelbaren Erfolg. Einige Tage lang wogten noch große Menschenmassen von Neustadt nach dem Schlosse und vom Schlosse nach Neustadt; dann kehrte die frühere Stille in die aufgeregte Stadt zurück. Dagegen fehlte es nicht an zahlreichen Seitenstücken und Nachahmungen. Wie in Paris der Tag der Feier selbst von Deutschen, Franzosen, Polen und anderen Ausländern unter Lafayettes Vorsitz durch ein Bankett begangen ward, so wurden in Mittel- und Süddeutschland Ende Mai und Anfang Juni zahlreiche Versammlungen gehalten, bei denen es weder an heftigen Reden noch an unbesonnenen Handlungen fehlte. Denn der nötigen Klugheit und Vorsicht ermangelten Führer und Geführte fast überall. Notwendig mußte es ja den Argwohn der Regierungen reizen, wenn die republikanischen Forderungen unverhohlen ausgesprochen wurden, oder wenn, wie es bei Würzburg geschah, der Bürgermeister dieser Stadt, Behr, unter dem Rufe: Dies ist unser Frankenkönig! von der jauchzenden Menge umhergetragen wurde.

Der Vertrauensausschuß.

Seitenstücke zum Hambacher Fest.

Die Reaktion ließ daher nicht lange auf sich warten, und nicht Metternich allein lebte der Hoffnung, das Hambacher Fest werde, gut benutzt, ein Fest der Guten werden. Der König von Bayern entsandte sogleich den Feldmarschall Wrede mit Truppen in die Rheinpfalz, um für die Erhaltung der Ruhe zu sorgen. Wirth und Siebenpfeiffer wurden verhaftet, die Unabhängigkeit der Gerichte durch Versetzungen der Richter und Verlegung der obersten Instanz nach München gebrochen. Auch in den übrigen Bundesstaaten entfaltete die Polizei den größten Eifer, und der Bundestag fand jetzt die beste Gelegenheit zu zeigen, daß

Die Reaktion.

Der Bundestag.

sein wahres Lebenselement doch nur die polizeiliche Oberleitung sei. Vor Ausbruch der Julirevolution hatte er sich zu einer tödlichen Arbeitslosigkeit verurteilt gesehen. Die Demagogenverfolgungen waren beendet, die Zollverhandlungen verschmähten den Weg über Frankfurt, kaum daß die Ungezogenheiten des Herzogs von Braunschweig einigen Stoff für die Beratungen lieferten. Bezeichnend für die ganze Geschäftslage war es, daß Österreich am 18. September 1828 den Antrag hatte stellen können, die Versammlung möge sich auf unbestimmte Zeit vertagen. Diese Periode des Nichtsthuns nahm aber ein Ende, sobald die ersten Stürme der Revolution sich ausgetobt hatten und die Regierungen wieder zum Gefühle ihrer Macht kamen. Schon während der Hochflut der Revolution in dem Jahre vom Ausbruch der Septemberunruhen bis zum Fall von Warschau versuchte Metternich wiederholt den Bundestag zu kräftigem Auftreten anzuspornen. Er ließ am 18. September 1830 eine Erklärung beantragen, wonach alle Zugeständnisse, welche den Regierungen abgenötigt würden, in sich ungültig seien und verlangte, daß die Nachbarstaaten den bedrängten Fürsten auch ohne Bundesbeschluß zu Hilfe kämen. Allein diese Vorschläge wurden nur in abgeschwächter Form zu Beschlüssen erhoben und thatsächlich gar nicht ausgeführt. Nicht allein die konstitutionellen Staaten widersetzten sich ihnen, sondern auch Preußen zeigte eine ärgerliche Lauheit, welche deutlich verriet, daß es auf moralische Eroberungen in Deutschland und auf die allmähliche Untergrabung des Bundestages sinne, eine Politik, der Bernstorff im Februar 1831 in einer Denkschrift auch offenen Ausdruck gab. Doch gebrach es der preußischen Regierung an dem Mute dieses System rücksichtslos durchzuführen. Sie wollte es mit keinem Teile ganz verderben. Gegenüber den österreichischen Anträgen schlug sie vor die Einmischung des Bundes nur dann zuzulassen, wenn die bedrängte Regierung damit zufrieden sei, und verlangte obendrein, daß der Bundestag untersuchen solle, ob nicht etwa die Bevölkerung Grund zu Beschwerden habe, in welchem Fall für deren Abstellung zu sorgen sei. Die Beschlüsse, die der Bundestag am 21. Oktober 1830 faßte, waren ziemlich nichtssagend. Die Regierungen versprachen sich gegenseitigen Beistand bei etwaigen Unruhen, empfahlen einander gegründeten Klagen ihrer Unterthanen gerecht zu werden, unbegründeten fest entgegenzutreten, und schärften ihren Zensoren Vorsicht ein. Die Presse erfreute sich gleichwohl in den nächsten Monaten einer Freiheit, der sie völlig entwöhnt war und die sie keineswegs mit Maß benutzte. Mit dem Fall von Warschau hörte jedoch die Nachsicht der Zensurkollegien und des Bundestages auf.

Russisch-österreichischer Druck.

Eine russische Note forderte von den deutschen Regierungen mit Entschiedenheit die Unterdrückung der gefährlichen Demagogie. In Preußen war an Bernstorffs Stelle Ancillon als Minister des Auswärtigen getreten und dadurch dem russischen und österreichischen Einfluß wieder Thür und Thor geöffnet. Die Heilige Allianz, die seit 1824 geschlummert hatte, lebte wieder auf. Schon im Oktober begann Metternich

aufs neue den Feldzug gegen den Liberalismus, und jetzt kam es nicht bloß zu Beschlüssen, sondern auch zu Thaten. Am 27. Oktober 1831 verbot der Bundestag ihn fernerweit mit Adressen zu belästigen; am 10. November eiferte er gegen den Mißbrauch der Presse und einige Tage später verbot er die erste Zeitung, das in Straßburg erscheinende „Konstitutionelle Deutschland". Die meisten Regierungen handelten im Sinne dieser Beschlüsse; doch gerade die, auf welche am meisten ankam, zeigten sich lässig. Mehrfach wurden Bayern, Baden, Württemberg, Hessen von Frankfurt aus zu größerer Strenge gemahnt; weil das nicht zu helfen schien, griff der Bund endlich selbst ein und verbot am 2. März 1832 Wirths Tribüne und ein paar andere Blätter. Die demokratische Partei suchte sich dagegen durch den Preßverein und durch eine lebhafte Agitation zu schützen. Doch schlug das nicht zu ihrem Vorteil aus; denn es wurde nicht allein der Bundestag dadurch zu immer dreisteren Eingriffen ermutigt, sondern die Spaltung unter den Freisinnigen, welche schon im Sommer 1831 begonnen hatte, fing an zu einer unübersteiglichen Kluft sich zu erweitern. Was den Bundestag anlangt, so hatte ihm Metternich in einem Rundschreiben vom 12. April 1832 einen schnelleren Betrieb der Geschäfte und die Vornahme gemeinnütziger, ganz Deutschland interessierender Anordnungen empfohlen; daraus wurde aber nur insofern etwas, als es sich um Maßregeln der Unterdrückung handelte. Schon am 30. Mai, also noch während des Hambacher Festes, beschloß er die Regierungen zur größten Strenge aufzufordern; diese vorläufige Weisung wurde dann am 28. Juni und 5. Juli in feste Formen umgegossen. Die Beschlüsse des 28. Juni, für welche Österreich und Preußen sich der Zustimmung sämtlicher Regierungen vorher versichert hatten, richteten sich gegen die Ständeversammlungen; ihre Thätigkeit solle für die nächsten sechs Jahre von einer Bundeskommission überwacht werden; jeder Antrag, der gegen das monarchische Prinzip verstoße, sei ungültig; Steuerverweigerung werde der Bund mit Waffengewalt unterdrücken; die Öffentlichkeit der Kammerverhandlungen müsse beschränkt werden; der Bundestag allein könne die Bundesakte auslegen; die innere Gesetzgebung der Einzelstaaten stehe hinter den Bundeszwecken zurück. Acht Tage später, am 5. Juli, wurden alle politischen Vereine, Versammlungen und Feste, das öffentliche Tragen von Kokarden und Bändern, das Aufstecken von Fahnen und Freiheitsbäumen verboten; Fremde wie Einheimische, die revolutionärer Gesinnung verdächtig seien, sollten aufmerksam überwacht werden; die Beschlüsse gegen die Universitäten aus den Jahren 1819 und 1824 wurden erneuert und schnellste militärische Hilfe, besonders von Österreich und Preußen, allen Bedürftigen zugesagt. Auch gegen die Presse wurden ein paar neue wuchtige Schläge geführt; deutsche Schriften, im Auslande gedruckt, sollten ohne besondere Erlaubnis nicht verbreitet werden, und das badische Preßgesetz, der Stolz der Liberalen, wurde für ungültig erklärt. Ein Versuch Lord Palmerstons sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu mischen, indem

Die Bundesbeschlüsse von 1832.

er angesichts der Beschlüsse vom 28. Juni die deutschen Großmächte ersuchte dem Übereifer des Bundestages Zügel anzulegen, wurde sehr entschieden zurückgewiesen: Ancillon weigerte sich überhaupt die Note entgegenzunehmen, Metternich beantwortete sie mit einer scharfen Ablehnung der ihr zu Grunde liegenden gefährlichen und schiefen Grundsätze. Der Großherzog von Baden ging freilich soweit sogar Louis Philipp um Unterstützung zu bitten. Als ihm diese aber abgeschlagen wurde und Österreich mit einer Teilung des Landes zu drohen begann, fügte er sich und änderte am 28. Juli sein Preßgesetz nach den Forderungen des Bundes ab. Eine Reihe von Blättern wurde unterdrückt, ihre Herausgeber verhaftet oder durch die Gefahr zur Flucht bewogen, die Professoren Rotteck und Welcker in den Ruhestand versetzt. In Baden geschah alles das doch immer nur auf direktes Verlangen des Bundes; in anderen Staaten entwickelten die Regierungen aus eigenem Antrieb den größten Eifer. Ludwig von Bayern schien alle seine liberalen Ideen vergessen zu haben. In willkürlichster Weise wurden Männer wie Oken und Schönlein abgesetzt, andere wie Behr oder Eisenmann jahrelang gefangen gehalten, wieder andere wegen Hochverrats zum Zuchthaus und zur Abbitte vor dem Bilde des Königs verurteilt. In Württemberg kam es zur Auflösung der Stände, weil diese den Antrag Paul Pfizers, daß Bundesbeschlüsse, welche der Verfassung zuwiderliefen, ungültig seien, nicht, wie die Minister forderten, mit Verachtung zurückwiesen, sondern annahmen und in diesem Sinne eine von Uhland verfaßte Adresse an den König richteten. Bei den Neuwahlen stand die Bevölkerung treu zu ihren Vertretern und diese setzten den Kampf tapfer fort; Uhland legte lieber seine Professur nieder, als daß er in ihren Reihen gefehlt hätte. Auch in Kurhessen, wo Hassenpflug am Ruder saß, und in Nassau machten die Kammern den Regierungen so kräftige Opposition, daß diese zu Auflösungen ihre Zuflucht nahmen.

Die Reaktion in Baden, in Bayern, in Württemberg, in Kurhessen und Nassau.

Bruch zwischen Radikalen und Liberalen.

Diese reaktionären Maßregeln beförderten den Bruch zwischen den radikalen und den gemäßigten Elementen der liberalen Partei. Denn während die letzteren dadurch vorsichtiger gemacht wurden, entbrannten die ersteren von um so größerer Begier dem schmachvollen Zustande ein Ende zu machen, unbekümmert darum, ob ihre Kräfte dafür zureichten oder nicht; und da ihnen die Möglichkeit des offenen Kampfes genommen war, so suchten sie ihre Zuflucht in geheimen Verbindungen und Verschwörungen und in der Verbrüderung mit den Revolutionären anderer Völker. Das war ein Boden, auf den ihnen die erprobten Führer der ständischen Opposition nicht folgen konnten; so blieben die Häupter der Radikalen, meist Männer ohne große geistige Bedeutung und mit einem Einflusse, der nicht über den nächsten Umkreis ihrer Stadt hinausging, sich selbst überlassen und glitten um so schneller auf dem abschüssigen Wege voran. Schon an dem Preßverein und dem Hambacher Feste waren die eigentlichen Häupter des Liberalismus, die Rotteck, Welcker, Itzstein, Mittermaier, Uhland, Römer, Pfizer, Closen, Jordan, wenig

oder gar nicht beteiligt; auch von den zahlreichen Verwahrungen und Erklärungen, die am Rhein und Main gegen die neuesten Bundesbeschlüsse in Umlauf gesetzt wurden, hielten sie sich möglichst fern. Ein Versuch, den die Radikalen machten um sie wieder heranzuziehen scheiterte. Welcker erklärte sich bei einer Besprechung zu Frankfurt im Herbst 1832 entschieden gegen geheime Vereine und wollte nur gesetzliche Mittel angewandt wissen. Damit war das Band gelöst und die bisherigen Freunde wurden in der heftigsten Weise als knechtisch gesinnte Feinde der wahrhaft Freigesinnten, als solche, die vor der Gewalt die Kniee beugten und statt für die Wiedergeburt des Volkes für fürstliche Windeln schwärmten, angegriffen — alles Vorwürfe, die trotz ihrer Ungereimtheit Siebenpfeiffer sich nicht entblödete, selbst gegen Rotteck zu schleudern.

Nichtsdestoweniger fuhren aber die Radikalen fort, sich in ihren Kreisen auf die volksbeliebten Namen der alten Führer zu berufen und den Glauben zu verbreiten, daß diese sich jedenfalls, wenn der erste Schlag gelungen sei, an die Spitze stellen würden. In die provisorische Regierung, die sie für das republikanische Deutschland in Aussicht nahmen, sollte nicht bloß Jordan, der ihnen immerhin am nächsten stand, sondern auch Itzstein, Rotteck, Welcker einzutreten bereit sein. Doch bedienten sie sich dieser Namen eben nur als Aushängeschilder um destomehr Anhang zu finden. Ihre wirkliche Kraft suchten sie teils in den niederen Ständen und bei den Bauern, teils bei den Studentenverbindungen oder im Militär, wozu dann immer noch die Hoffnung auf auswärtige Hilfe kam. Unter den Leitern der Verschwörung fand ein ungemein reger Verkehr statt. Mittelpunkte der Bewegung waren Frankfurt mit Gießen und Marburg, sowie Stuttgart mit Ludwigsburg; in dem Umkreis dieser Städte drang die Aufregung am tiefsten in das Volk ein. Die Bauern suchte man durch Flugschriften zur Steuerverweigerung aufzuhetzen; wenn dann die Österreicher und Preußen ins Land kämen, so müsse man gegen sie die Franzosen zu Hilfe rufen. Nach beendigter Ernte des Jahres 1832, wenn der Bauer nichts zu thun habe, sollte die Revolution losgehen. Allein ehe es zum Ausbruch kam, erkannte man doch, daß die Dinge noch nicht soweit seien; man verwendete also den Winter noch zu neuen Anwerbungen. Unter den Studenten traf man viel williges Gehör. In dem Streite zwischen Arminen und Germanen hatten die letzteren, welche die politische Einheit nicht bloß vorbereiten, sondern thätig mitwirkend herbeiführen wollten, seit 1827 immer mehr die Oberhand gewonnen. Ein Burschentag zu Frankfurt vollendete im September 1831 ihren Sieg, indem er alle Mitglieder zur Teilnahme am Volksaufstande verpflichtete. Allerdings schieden infolgedessen einige Universitäten aus; aber auf den anderen wucherte der revolutionäre Sinn um so üppiger. Schon Mitte 1832 konnte von Heidelberg berichtet werden, daß 2—300 Teilnehmer des Aufstandes dort sicher und 25—30 junge Männer bereit seien selbständig für sich irgend ein Wagestück auszuführen. Sechs bis sieben Entthronungen, so meinte man dort, müßten eine große

Geheime Umtriebe der Radikalen.

Die Burschenschaftler.

moralische Wirkung hervorbringen, vollends wenn dabei drei oder vier Messer in Bewegung gesetzt würden. Ähnliche Gesinnungen herrschten in Erlangen, München, Tübingen, Kiel und Würzburg. Vertreter dieser sechs Universitäten hielten Weihnachten 1832 einen neuen Burschentag in Stuttgart und beschlossen hier sich den Frankfurtern anzuschließen um Deutschlands Einheit und Freiheit auf dem Wege der Revolution zu erstreben. Besonders ermutigend wirkte auf sie die Mitteilung, daß dieser Plan auch unter dem Militär viele Anhänger zähle, eine Behauptung, die freilich sehr übertrieben war. Denn abgesehen von einigen hessen-homburgischen Unteroffizieren war die Verlockung eigentlich nur in Württemberg auf fruchtbaren Boden gefallen. Hier hatte der Lieutenant Koseritz mehrere Offiziere und etwa 200 Unteroffiziere für einen Militäraufstand gewonnen; daß die Mannschaften ihren Führern folgen würden, schien keinem Zweifel zu unterliegen. Der Plan des Aufstandes war schon in allen Einzelheiten entworfen. Von Ludwigsburg wollte man auf Stuttgart marschieren, den König gefangen nehmen, die Stadt der Plünderung preisgeben und nötigenfalls in Brand stecken. Gleichzeitig sollten die Franfurter sich erheben, den Bundestag überrumpeln und die Republik ausrufen. Man hoffte, Dembinski werde sich der deutschen Revolution zur Verfügung stellen; eine Schar Polen sollte von Besançon durch die Schweiz in Deutschland einbrechen; Lafayette, hieß es, habe die Mitwirkung der Nationalgarde des Elsaß versprochen. Zuweilen beschlich die Rädelsführer wohl die Ahnung, daß ihr ganzes Vorhaben auf Sand gebaut sei; aber durch gegenseitige Vorspiegelungen und Übertreibung der eigenen Hilfsmittel bestärkten sie stets von neuem den schwankenden Mut. In zahlreichen Zusammenkünften wurde der Tag des Ausbruchs besprochen, und endlich der Anfang des April 1833 in Aussicht genommen. Zur Mitwirkung in Frankfurt hatten sich etwa 30 Burschenschafter, eine Anzahl Polen, sowie einige andere Radikale von auswärts, z. B. Rauschenplatt, dort eingefunden. Unter den Einheimischen waren einige Doktoren, Bunsen, Gärth, Körner, die Seele des Unternehmens. Noch in den letzten Tagen schien die Sache ins Stocken zu geraten; Koseritz ließ melden, daß er noch warten müsse. Allein Gärth bestürmte ihn durch Eilboten nicht zu zögern; in der That war in Frankfurt alles zu weit gediehen um noch einen Aufschub zu gestatten. Am Abend des 3. April versammelten sich 50—60 Verschworene in zwei verschiedenen Häusern, der größere Teil sollte die Hauptwache stürmen, der kleinere die Konstablerwache. Beiden gelang ihr Vorhaben ohne Schwierigkeiten; denn obgleich die ganze Verschwörung am Morgen dem Frankfurter Bürgermeister verraten war, hatte man doch keine Vorkehrungen getroffen; die Wachen waren in den Gebäuden, die Gewehre hingen draußen in der Halle. Der wachthabende Offizier der Hauptwache sprang aus dem Fenster, ein paar Soldaten wurden getötet oder verwundet, die Gefangenen befreit. Ebenso ging es bei der Konstablerwache. Damit war aber der Erfolg der Aufständischen zu

Randbemerkungen: Das Militär. — Ausländische Verbindungen. — Der Frankfurter Putsch.

Ende. Das Volk war nicht zur Teilnahme zu bewegen; vergebens stürmte die Glocke vom Turme des Domes; umsonst hoffte man auf den Anzug der Bauern aus der Umgegend. Ein Angriff auf das Zeughaus mißlang; die Führer selbst verloren den Kopf. Mittlerweile war das Frankfurter Militär aufgeboten und rückte gegen die Wachtgebäude an; so leicht es dieselben verloren hatte, so leicht gewann es sie wieder; doch wurden auch jetzt auf beiden Seiten mehrere getötet oder verwundet. Etwa 30 der Aufständischen wurden verhaftet; den Führern gelang es sämtlich zu entrinnen. Ein kurzes Nachspiel lieferten noch einige Haufen Bauern, die in der Umgegend ein Zollhaus plünderten.

So endigte das Unternehmen, wie es endigen mußte, als tragische Posse. Aus all den kühnen Plänen, Gefangennahme der Bundesgesandten, Beschlagnahme der Rothschildschen Kassen, Einsetzung einer provisorischen Regierung, war nichts geworden. Jetzt wurde der mißlungene Versuch von der Reaktion mit Freuden begrüßt. Frankfurt erhielt trotz des Einspruches, welchen der Senat erhob, eine österreichisch-preußische Besatzung. Die Einzelregierungen wetteiferten miteinander in Verhaftungen und polizeilichen Maßregelungen. Metternich aber wünschte nicht, daß die Untersuchungen sich verzetteln möchten, und betrieb deshalb die Einsetzung einer neuen Centralbehörde, einer zweiten Mainzer Kommission. Am 20. Juni beschloß der Bundestag diesem Antrag gemäß und am 8. August trat die Centralbehörde in Frankfurt zusammen. Den Vorsitz führte der Österreicher von Wagemann; die anderen Mitglieder stellten Preußen, Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt. Es lag dem Kollegium ob die Ergebnisse der gerichtlichen Untersuchungen in den Einzelstaaten zusammenzufassen und zu politischen Berichten zu verarbeiten; zugleich auch diese Einzeluntersuchungen zu überwachen und zu fördern. Die Rechtsprechung selbst übten die ordentlichen Gerichte, mit denen die Centralbehörde in direkten Verkehr trat; nur in Preußen wurde eine Ministerialkommission eingeschoben, welche zwischen dem Kammergerichte und Frankfurt vermittelte. In etwas schwächerem Maße als bei der Kommission von 1819 wiederholte sich die Erfahrung, daß nicht alle Staaten gleich willig waren der Centralbehörde die erforderlichen Mitteilungen zu machen und um Auskunft gemahnt werden mußten: am spätesten, erst 1836, erstattete Oldenburg seine Anzeige. Die Berichte, welche die Centralbehörde von Zeit zu Zeit über den Stand der Untersuchungen einreichte, wiesen stets darauf hin, daß immer noch Fäden vorhanden seien, die man weiterverfolgen müsse, und gaben dadurch mittelbar zu neuen verschärften Polizeimaßregeln Anlaß. Den Zeitungen wurde auf das strengste verboten Nachrichten über die Untersuchungen zu bringen, und wo das doch geschah mit Unterdrückung der schuldigen Blätter gedroht und vorgegangen. Der Verkehr der Reisenden unterlag der schärfsten Beaufsichtigung; Posthalter und Lohnkutscher wurden angewiesen niemanden ohne Paß zu befördern; Oldenburg mußte die Weser und die Küste überwachen lassen, und meh-

Folgen desselben.

Die Centralbehörde.

Polizeiregiment.

rere Staaten wie Württemberg, Baden und die beiden Hessen wurden in vertraulicher Sitzung von dem österreichischen Gesandten wegen ihrer schlechten Paßpolizei ernstlich getadelt. Ihnen gegenüber erschien die Centralbehörde als trefflicher Drücker, und Metternich wünschte deshalb sehr sie zu einer dauernden Bundeseinrichtung zu machen. Weislich schob er dabei eine konstitutionelle Regierung vor, hinter deren Vorschlägen man nicht so leicht reaktionäre Absichten wittern werde: Baden stellte demnach im März 1836 den Antrag die Centralbehörde aufzulösen und ein Centralpolizeibüreau in Frankfurt einzurichten. Allein der Plan scheiterte diesmal an Preußens Widerstande, den Metternich vergebens dadurch zu brechen suchte, daß er statt der Centralpolizei- eine Centraljustiz-Behörde empfahl. Die Verhandlungen darüber nahmen einen bitteren Charakter an und zogen sich bis 1842 hin; währenddes fristete die Centralbehörde von 1833 trotz ihres unverminderten Eifers nur mühsam ihr Dasein. Sie hatte ihren Arbeitsstoff so ziemlich erschöpft und fand sich durch die Begnadigungen, welche 1840 in Preußen beim Regierungsantritte des neuen Königs und ein Jahr darauf in Württemberg erlassen wurden, in ihrer Thätigkeit noch mehr beschränkt. Offenbar war es an der Zeit, ihre Wirksamkeit zu beenden; aber dazu konnte sich Metternich selbst jetzt noch nicht entschließen, und trotz der ernstlichen Bemühungen Preußens willigte er am 25. August 1842 nur in eine Vertagung. Nicht ohne Bedauern fügte sich die Behörde in dieses Schicksal; denn obgleich sie nicht den verfolgungssüchtigen Polizeicharakter der Mainzer Kommission getragen hatte, so war ihren Mitgliedern das Ergründen der geheimen politischen Vereine doch sichtlich zur Lebensaufgabe geworden, und die 400 Verdächtigen, die ihr Aufenthalt im Auslande den deutschen Gerichten unzugänglich machte, waren ebensoviele Rätsel, auf deren Lösung sie nur widerwillig verzichtete. Im ganzen waren die Verhandlungen gegen mehr als 1800 Verschwörer zur Kenntnis der Behörde gekommen; allein der weitaus größte Teil derselben fiel auf solche Vergehen, die erst nach dem Frankfurter Putsch begangen waren. Die Urteilssprüche der Gerichte fielen ebenso ungleich aus, wie die Behandlung der Angeklagten verschieden war. Die verfolgungssüchtige Härte mancher preußischen Beamten ist durch Fritz Reuters „Festungstid" unauslöschlich gebrandmarkt worden; ihnen reihten sich großherzoglich und kurfürstlich hessische Staatsdiener würdig an. Die größte Strenge entfaltete das preußische Kammergericht; von 204 Burschenschaftern verdammte es 39 zum Tode, wofür der König jedoch lebenslängliche oder dreißigjährige Festungshaft substituierte. Auch in Bayern wurden Todesurteile gefällt, aber nicht bestätigt. Die meisten Angeschuldigten trafen nur geringe Strafen; auch mancher tiefer Verwickelte kam wohl gnädig davon, sei es weil er menschliche Richter fand, sei es weil es gelang seine Schuld zu verbergen. Denn darauf wurde mit allen Kräften hingewirkt, und nicht bloß mit erlaubten Mitteln. Vielmehr gab sich der entsittlichende Einfluß des Verschwörertums vielfach

Ausgang der Central-behörde.

Die Opfer der Verfolgung.

in Meineiden, die man wohl gar grundsätzlich zu rechtfertigen suchte, und Fälschungen mancherlei Art kund, wie auf der anderen Seite mancher Schuldige durch Angeberei sich Straflosigkeit oder doch ein milderes Schicksal zu sichern suchte. Denen, welche der Verurteilung entgingen, wurden mancherorten glänzende Huldigungen dargebracht, die recht eigentlich die Stimmung der Zeit kennzeichneten. Von Ehrenreitern und Wagen eingeholt, in vierspänniger Postkutsche, durch weißgekleidete Jungfrauen unter Ehrenpforten empfangen, mit Festbällen und Zweckessen begrüßt, so kehrten gelegentlich die der Haft Entlassenen in ihre Heimat zurück. Die nächste Folge der massenhaften Untersuchungen war also die steigende Erbitterung des Volkes, die zunehmende Aufreizung der Radikalen. Besonders geschickt wurde diese durch die Presse geübt, vornehmlich in Frankfurt und Hessen. Revolutionäre Lieder wie: Fürsten zum Land hinaus! die Köpfmaschine, das Laternenlied, wurden massenhaft verbreitet; nicht minder kurze Broschüren, Abhandlungen und Zeitschriften, deren Hauptziel war den Bauern und Handwerker aufzureizen. Sehe es doch aus, als ob Gott diese am fünften Tage und nur die Vornehmen und Fürsten am sechsten gemacht, als ob er nur zu diesen gesagt: Herrschet über alles Getier, jene aber mit zum Gewürm gezählt habe. Durch solche und ähnliche Ergüsse vollzog der politische Radikalismus seine allmähliche Umwandlung zum Kommunismus und Sozialismus. Ein ganzes Jahr hindurch, vom Frankfurter Putsch an gerechnet, war er am Main und Rhein noch unzweifelhaft im Aufschwung begriffen. In dem Männerbunde, der sich aus dem alten Preßverein entwickelte, hatte er eine vollständige Ordnung gefunden. Die Form desselben, die auch den auswärtigen und den jüngeren deutschen Geheimbünden eigen war, bestand in einer stufenweisen Gliederung; höchstens zwölf Mitglieder bildeten eine Sektion, zwölf Sektionen eine Serie, zwölf Serien eine Union. In Frankfurt allein sollen 100, ja 200 Sektionen bestanden haben. Ein Versuch die beim Frankfurter Putsch Verhafteten zu befreien führte im Mai 1834 zur Entdeckung des Bundes und gab den eingeleiteten Untersuchungen neue Ausdehnung. Damit war aber den revolutionären Plänen auch der Todesstoß gegeben und sie vermochten fortan nur unter den Flüchtlingen im Auslande Boden zu gewinnen; in Deutschland selbst treten sie in den nächsten Jahren nur noch vereinzelt und dann stets als Ausläufer der geheimen Gesellschaften in Frankreich und der Schweiz auf.

Die Stimmung im Volke.

Kommunistische Ansätze.

Geheimbünde.

Frankreich nach der Julirevolution.

Den französischen Republikanern war inzwischen die Julimonarchie von Jahr zu Jahr unleidlicher geworden. Das einzige schwache Band, das sie mit dem neuen Königtum verknüpfte, war ja schon Ende 1830, als Lafayette, Dupont und Treilhard aus ihren Ämtern schieden, abgeschnitten und seitdem bekannte sich die Partei in Wort und That mit

größter Unbefangenheit zu ihrem Glauben. Darüber daß sie die gefährlichste Gegnerin Louis Philipps sei, konnte kein Zweifel herrschen. Die Bonapartisten hatten zwar gleich nach der Julirevolution daran gedacht die Erhebung Napoleons II. ins Werk zu setzen, allein Joseph Bonapartes Briefe an Kaiser Franz und Metternich waren nicht einmal beantwortet worden und ohne deren Einwilligung konnte man sich der Person des jungen Fürsten nicht bemächtigen. Überdies starb derselbe schon 1832, und in demselben Jahre sollte auch der Bourbonismus seine Rolle zu Ende spielen. Karl X. selbst fühlte keine große Neigung den Kampf mit dem Julikönigtum aufzunehmen; er gestand es sogar der Herzogin von Berry, die er im Januar 1831 zur Regentin ernannte, nur widerwillig zu, daß sie einen Versuch zu Gunsten ihres Sohnes Heinrichs V. wage. Denn über die bourbonenfeindliche Gesinnung der Pariser war kein Zweifel gestattet; hatten sie doch im Februar 1831 die Totenfeier des Herzogs von Berry, zu der sich die Legitimisten in der Kirche St. Germain l'Auxerrois versammelten, in rohester Weise gestört, die Kirche verwüstet, den Palast und den Landsitz des Erzbischofs Quélen vollständig ausgeplündert und ihren wilden Hohn mit den priesterlichen Abzeichen getrieben, den König selbst aber gezwungen die bourbonischen Lilien nicht allein von den öffentlichen Gebäuden, sondern auch aus seinem Familienwappen zu entfernen. Dadurch nicht belehrt, wagten die Anhänger Heinrichs V. gerade ein Jahr später eine förmliche Verschwörung, deren scheinbares Oberhaupt ein Schuster namens Poncelet war und die man nach ihrem Ausgangspunkte die Verschwörung der Rue des Prouvaires nannte. Allein sie wurde entdeckt, und die Untersuchung ließ genugsam erkennen, daß die Häupter der Partei in sie verwickelt seien, wenn auch das Schweigen Poncelets, der alle Verantwortung auf sich nahm, den Nachweis vereitelte. Bessere Aussichten als in der Hauptstadt schienen die Legitimisten im Westen des Landes zu haben, besonders in der Bretagne und der Vendée, wo schon seit Monaten ein Kleinkrieg im Gange war, der als Nachahmung der Aufstände des Revolutionszeitalters die „kleine Chouannerie“ genannt wurde. Auch im Süden waren die Bourbonen nicht ohne Freunde, und darauf baute die Herzogin von Berry ihren Plan. Nachdem sie während des Jahres 1831 ihre Vorbereitungen getroffen und sich finanzielle Unterstützung von einigen befreundeten Höfen, dem spanischen, portugiesischen, sardinischen, holländischen verschafft hatte, schiffte sie sich, begleitet von Bourmont und anderen Getreuen, am 26. April 1832 in Massa ein und landete zwei Tage später in Carry nahe bei Marseille, von wo aus ihre Freunde den Versuch machten diese Stadt aufzuwiegeln. Jedoch sie fanden nicht den geringsten Anklang; einige wurden gefangen, die anderen mußten fliehen, die Herzogin selbst geriet in die größte Gefahr und konnte sich nur infolge des Umstandes retten, daß die Polizei irrtümlich eine andere Dame statt ihrer verhaftete und dies nach Paris meldete. Daraufhin wurden die Nachforschungen eingestellt, und die

Die Verschwörung Poncelets.

Die kleine Chouannerie.

Die Herzogin von Berry.

Herzogin konnte es wagen, mitten durch Frankreich nach der Vendée zu reisen. Dort war aber die Lust zu einer Erhebung durch die letzten Mißerfolge auch sehr gedämpft und gegen den Rat vieler treuer Anhänger, auch der Pariser, die ausdrücklich Berryer zu ihr sandten um sie zu warnen, gab die Herzogin den Befehl Anfang Juni loszuschlagen. Kleine Erfolge erhöhten nur vorübergehend die Hoffnung; bald war abermals die Flucht das einzige, was der Fürstin übrigblieb. Und wiederum begünstigte sie ein falsches Gerücht; es hieß, sie sei bei dem Brande des Schlosses Penissière umgekommen. So konnte sie sich unter mancherlei Abenteuern nach Nantes retten; aber außer Landes zu kommen gelang ihr nicht; denn die Regierung war vorsichtig geworden und bewachte sorgfältig alle Häfen. Entdeckt wurde die Verborgene endlich durch den Verrat eines getauften Juden, namens Deutz, der ihres Vertrauens genoß und für eine halbe Million das Haus, in dem sie war, der Regierung anzeigte. Allerdings fand man sie auch jetzt nicht gleich; sie barg sich mit einigen Vertrauten in einem Versteck hinter einem Kamin, aus dem sie erst durch das Feuer, welches man darin anzündete, getrieben wurde. Ihre Verhaftung (am 7. November) war aber für die Partei nur das kleinere Unglück; bald sollte ihre Ehre einen schweren Schlag erleiden. Während ihrer Gefangenschaft im Schlosse Blaye bei Bordeaux gab sie die Erklärung ab, daß sie zum zweitenmal verheiratet sei. Die Leidenschaftlichkeit ihrer Parteigenossen verschlimmerte das Übel. Sie warfen der Regierung vor diese Erklärung gefälscht zu haben. Nun blieb dem Könige nichts übrig als die Entbindung der Herzogin abzuwarten. Als sie am 9. Mai 1833 eine Tochter gebar, gab sie als Vater den sicilischen Grafen Lucchesi-Palli an. Darauf wurde sie der Haft entlassen und nach Sicilien geschickt. Ihre Rolle aber war ausgespielt und damit auch die der Legitimisten. Denn die an sich schwache Partei teilte sich obendrein jetzt noch in Anhänger Karls X., Ludwigs XIX. (Angoulêmes) und Heinrichs V. Zu einem neuen Aufstand fand sie keine Kraft mehr.

Um so thätiger waren die Republikaner. Ihnen konnte die Regierung nichts recht machen. Die Haltung derselben in der belgischen, polnischen, italienischen Frage wurde in der heftigsten Weise angegriffen. Daß der Minister Sébastiani den Fall von Warschau mit der Phrase: Die Ordnung herrscht in Warschau, mitteilen konnte, wurde ihm und der Regierung nie vergeben. Auch die strenge Unterdrückung der häufig wiederkehrenden Straßenaufläufe in Paris, der Rücktritt des Seine-Präfekten Odilon Barrot und des Justizministers Mérilhou im Februar und März 1831 erbitterte die Radikalen. Laffitte vermochte ihnen überdies nicht mit der nötigen persönlichen Autorität entgegenzutreten. Er hatte sich finanziell teils dadurch, daß er neun Millionen aus eigenen Mitteln für die Revolution aufwandte, teils durch unglückliche Spekulationen, gänzlich ruiniert, so daß seine Firma trotz erheblicher Zuschüsse, die der König leistete, Ende Januar 1831 liquidieren mußte. Trotzdem (Die Republikaner.)

und obgleich seine Kollegen in verletzender Weise seine Stellung als Ministerpräsident mißachteten, blieb er auf seinem Posten, bis er erfuhr, daß der König hinter seinem Rücken mit Casimir Périer, dem Präsidenten der zweiten Kammer, verhandle. Dessen Berufung, die am 13. März 1831 erfolgte, besserte nun zwar die sehr gespannte Stellung, in der sich Frankreich damals infolge der italienischen Unruhen Österreich gegenüber befand; aber auf die radikalen Parteien mußte sie um so ungünstiger wirken. Daß Périer gleich in seiner ersten Ministerrede erklärte, die Freiheit könne sich jedes Volk nur selbst erwerben und Frankreichs Blut gehöre nur Frankreich, lief den Forderungen der Revolutionsmänner ebensosehr entgegen, wie seine Gesetzentwürfe gegen die Zusammenrottungen und über den Vertrieb der Zeitungen. Mit großer Bestimmtheit wußte der Minister seine Stellung nach allen Seiten hin genau zu markieren; wie er dem König gegenüber streng darauf hielt, daß keine politische Maßnahme ohne sein Wissen und Wollen getroffen werde; wie er seine Kollegen zwang sich unbedingt seinen Weisungen zu fügen und gelegentlich wohl gar einen, der in der Kammer das Wort ergreifen wollte, durch ein herrisches: Hierher, d'Argout! auf seinen Platz zurückrief, so legte er auch dem Lande und der Volksvertretung gegenüber die unbeugsame, ja eigensinnige Entschlossenheit eines klar bewußten Willens an den Tag und scheute nicht davor zurück, daß er selbst der Gegenstand bitteren Hasses, und das Stichwort der richtigen Mitte (juste milieu), mit dem er sein System kennzeichnete, zu einer stehenden Schmähung und Verspottung des Bürgerkönigtums wurde. Die liberalen Maßregeln im Inneren, das neue Wahlgesetz vom 15. April 1831, das die Zahl der 95 000 Wähler um 70 000 vermehrte und auch die Wählbarkeit erheblich ausdehnte, die gleich darauf vollzogene Auflösung der konservativen Kammer, die Aufhebung der erblichen Pairie im Oktober, der damit verbundene Pairsschub, genügten nicht. Immer von neuem wurden Aufstände in Paris und in den Provinzialstädten angezettelt, oft mit den allerunzulänglichsten Mitteln, so daß der Marschall Lobau im Dezember 1831 die Revolutionäre mit Feuerspritzen auseinandertreiben konnte. Geheime und offene Gesellschaften, die früher gemäßigte Aide-toi, die der Volksfreunde, die der Ordnung und des Fortschrittes und andere unterhielten die Gärung. Die Geschworenengerichte bewiesen eine grenzenlose Nachsicht, und wenn die Republikaner, nachdem sie mit beredten Worten ihr Glaubensbekenntnis verteidigt hatten, von ihnen freigesprochen wurden, so erwarteten sie glänzende Ehrenbezeugungen des Volkes. Casimir Périer suchte alle diese Äußerungen mit eiserner Faust niederzuhalten. Aber schon nach einjähriger Geschäftsführung erlag er am 16. Mai 1832 der Cholera, die mit erschreckender Plötzlichkeit auf einem Balle im Opernhause ausbrach und in vier Wochen 18 000 Personen hinraffte. Gleich nach ihm starb ein hervorragender Führer der Radikalen, der General Lamarque. Sein Begräbnis am 5. Juni diente als Anlaß zu einem neuen Aufstande, der gefährlicher

Casimir Périer.

Republikanische Aufstände und Bünde.

wurde als die früheren. Doch gelang es auch jetzt dem Mute des Königs, der Tapferkeit der Bürgerwehr und der Treue der Truppen die Aufrührer zu bezwingen. Darauf begann eine heftige Reaktion. Die Reaktion seit 1832. Die Angeklagten wurden verfassungswidrig statt vor die Geschworenen vor Kriegsgerichte verwiesen, die Fachschulen, deren Zöglinge sich an dem Aufruhr beteiligt hatten, aufgelöst und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Allerdings zog sich der König dadurch selbst eine kleine Schlappe zu. Der Kassationshof, auf welchen ein Verurteilter sich berief, erklärte die Kriegsgerichte für ungesetzlich, und die Prozesse vor denselben mußten eingestellt werden. Aber auch so konnte Louis Philipp mit dem Stande seiner Angelegenheiten ausgangs 1832 wohl zufrieden sein. Republikaner und Legitimisten waren gründlich besiegt, den Bonapartisten hatte der Tod des Herzogs von Reichstadt soeben am 22. Juli ihr Haupt entrissen. Die Kammer war ein gefügiges Werkzeug des Königs geworden, der es nicht verschmähte die Mitglieder durch Beförderungen, Lieferungskontrakte und andere Vorteile zu bestechen. Mit ihrer Hilfe begann dann 1833 ein förmlicher Feldzug gegen die Errungenschaften der Revolution, zu dem sich das Ministerium, an dessen Spitze nach monatelanger Krisis am 11. Oktober 1832 Soult getreten war, herbeiließ, obgleich es in seiner Mitte die Häupter der altliberalen Doktrinäre, Broglie und Guizot, und Thiers, den Mann der Julirevolution, hatte. Auch ihnen war es beängstigend, wenn sie die weite Verbreitung der geheimen Vereine und die Zügellosigkeit der Presse wahrnahmen, Übel, deren Bedrohlichkeit durch die Praxis der Geschworenengerichte noch bedenklicher wurde. Denn nicht allein die ärgsten Schmähungen der Kammern, der Minister, ja des Königs selber gingen straflos durch, sondern oft genug wurde die Ungesetzlichkeit einer verfolgten Handlung bejaht und in krassem Widerspruch damit die Schuldfrage verneint. Auch gegen die Verbreitung der verbotenen und konfiszierten Schriften konnte die Regierung nichts ausrichten, weil es ihr an einer gesetzlichen Handhabe fehlte. Dieser Ohnmacht, die das Ansehen der Behörden völlig zu untergraben drohte, sollte durch die Gesetze von 1833 und 1834 abgeholfen werden. Den liberalen Blättern wurde der Verkauf auf der Straße untersagt, der Bestand aller Vereine, auch der nichtpolitischen, von der Erlaubnis der Regierung abhängig gemacht und der Wirkungskreis der Geschworenengerichte eingeschränkt. Diese reaktionären Maßregeln riefen noch einmal den gewaltsamen Widerstand der Radikalen hervor. Lyon, das schon 1832 einen mehrtägigen Arbeiteraufstand erlebt hatte, gab das Zeichen; am 9. April 1834 begann die Der Aufstand in Lyon und Paris. Empörung und wenige Tage darauf hatte sie in Paris, Luneville, Grénoble, Nimes und anderen Städten Nachfolge gefunden. Aber an keinem Punkte konnte sie den Sieg erringen; in Paris waren die Aufständischen schon am zweiten Tage überwunden, in Lyon hielten sie sich beinahe eine Woche; in den anderen Provinzialstädten unterlagen sie fast dem ersten Angriffe. Dieser Ausgang verlieh dem Königtum neue Stärke und führte

bei den Neuwahlen zu einer schweren Niederlage der Opposition, die etwa 70 Sitze verlor. Die Republikaner, für die der Tod Lafayettes im Mai 1834 ein weiterer schwerer Schlag war, verschwanden fast ganz aus der Kammer. Im stillen freilich erwuchs ihnen ein Bundesgenosse, dessen spätere Bedeutung noch nicht zu übersehen war, in der heimlichen Ausbreitung kommunistischer und sozialistischer Ideen, die von Buonarotti, St. Simon, Fourier und ihren Schülern in den Kreisen der Arbeiter ausgestreut waren. Zunächst hatte die Regierung auch von dieser Seite noch nichts zu befürchten und es gelang ihr ohne Schwierigkeit einzelner Ausschreitungen Herr zu werden. Die Erbitterung, welche über diese Befestigung des Julikönigtums in den machtlosen radikalen Parteien herrschte, suchte sich nun allerdings einen Ausweg in meuchlerischen Mordanschlägen auf die Person des Herrschers. Schon am 19. November 1832 war auf den König, als er zur Eröffnung der Kammern über den Pont royal ritt, ein Schuß abgefeuert worden ohne ihn zu treffen. Damals glaubte man vielfach es mit einem Kunststück der Polizei zu thun zu haben, und der Thäter, der sich später selbst dessen rühmte, ein junger Lehrer, namens Bergeron, ward von den Geschworenen in Ermangelung aller Beweise freigesprochen. Ungleich tiefer war der Eindruck, welchen das furchtbare Attentat des Korsen Fieschi hervorrief. Als der König am 28. Juli 1835 mit großem Gefolge über den Boulevard du Temple ritt um der Truppenschau zur Feier der Julirevolution beizuwohnen, feuerte jener eine Höllenmaschine auf ihn ab, die aus 100 verbundenen Flintenläufen bestand. Der König kam mit seinem gewöhnlichen Glück unversehrt davon; aber über 60 Personen seines Gefolges und der ihn begleitenden Menge wurden getötet oder verwundet, darunter der greise Marschall Mortier. Der verbrecherische Urheber dieses Blutbades wurde alsbald ergriffen; außer drei Mitwissern, die ihm das Geld für seine Vorbereitungen geliefert, hatte er keine Mitschuldige. Den Häuptern der republikanischen Partei kam das Ereignis jedenfalls unerwartet. Zwei derselben, Jakob Cavaignac und Armand Marrast, waren ganz kurz vorher der Haft entflohen, der sie als Mitschuldige an den Aprilaufständen verfallen waren. Sie hatten sich nicht in Paris verborgen, sondern Frankreich verlassen — ein untrüglicher Beweis dafür, daß sie den Plan Fieschis nicht kannten. Gleichwohl mußte jetzt die ganze Partei durch neue Beschränkungen der Freiheit für den Frevel des einzelnen büßen. Trotz des Widerspruches, den selbst Royer Collard, der alte Führer der Doktrinäre, erhob, brachte das Ministerium seine berüchtigten Septembergesetze durch die Kammer. Außer gewissen Maßregeln, welche den Gang der politischen Prozesse zu beschleunigen und erleichtern bestimmt waren — insbesondere sollte zur Verurteilung durch die Geschworenen künftig nur die einfache Mehrheit, nicht zwei Drittel der Stimmen nötig sein — wurde das Recht der Presse ihre politische Meinung frei zu äußern wesentlich beschränkt, indem jeder Angriff gegen die Grundlagen der Regierung, jeder Wunsch nach Besei-

Bezwingung der Republikaner.

Mordversuche gegen den König.

Die Septembergesetze.

tigung des monarchischen Systems, jede Parteinahme für republikanische Ideen mit schweren Strafen bedroht wurde. Allein weder dadurch, noch durch den gerechten Lohn, welchen Fieschi und zwei seiner Gehilfen für ihren Frevel auf dem Schafott erhielten, wurden andere Heißsporne der republikanischen Partei davon abgeschreckt ihr Heil an demselben Wagestück zu versuchen. Der Königsmord galt ihnen, wie das nächste Opfer dieses irreleitenden Fanatismus, Alibaud, seinen Richtern erklärte, für ein gutes Recht, wenn man sich nicht anders helfen könne. Außer diesem Alibaud trachtete in demselben Jahre 1836 noch ein zweiter Verwegener, Meunier, nach dem Leben des Monarchen. Später versuchten Huber (1838), Darmès (17/10. 1840), Lecomte (16/4. 1846) und Henry (29/7. 1846) den Verhaßten zu töten. Aber sie alle verfehlten ihr Ziel und büßten ihr Verbrechen mit dem Tode oder der Deportation. Zu einer förmlichen Revolution nahmen die Republikaner nur noch einmal den Anlauf, im Jahre 1839. Die Seele des Unternehmens waren drei junge Männer sehr verschiedener Art: Barbès, ein begeisterter Anhänger sozialistischer Ideen aus wohlhabender Familie, Blanqui, ein Verschwörer von Gewerbe, und der ehemalige Unteroffizier Bernard. Den Kern ihrer Genossen bildeten die Mitglieder der geheimen „Gesellschaft der Jahreszeiten". Aber für sich allein zu schwach, denn sie zählten kaum 1000 waffenfähige Männer, mußten sie auf eine schnelle Begeisterung des Volkes rechnen, wenn ihr Vorhaben Aussicht auf Erfolg bieten sollte. Statt dessen rührte sich keine Hand zu ihrer Unterstützung; in wenigen Stunden war dieser Versuch die soziale Republik zu begründen gescheitert und die Anstifter wanderten in die Gefängnisse um durch lebenslängliche Haft das mißlungene Wagnis zu büßen.

Spätere Mordversuche.

Die Verschwörung von 1839.

Noch ohnmächtiger als dieses Aufbäumen der Republikaner erwiesen sich die beiden Versuche, welche der Bonapartismus zum Sturze des Julithrones unternahm. Nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt betrachtete sich Prinz Louis Napoleon, der Sohn des ehemaligen Königs von Holland und der Stieftochter des Kaisers Hortense Beauharnais, als den Erben der bonapartistischen Ansprüche, obgleich nicht bloß sein Vater, sondern auch die sämtlichen Brüder des Kaisers, von denen Joseph und Lucian älter waren als Ludwig, noch lebten. Im Jahre 1808 geboren, hatte der Prinz seine Erziehung in Deutschland erhalten, 1831 an dem italienischen Aufstande teilgenommen und seitdem in Arenenberg am Bodensee gelebt. Von dort aus knüpfte er Beziehungen mit unzufriedenen französischen Offizieren an; Zusammenkünfte in Baden-Baden dienten dazu eine förmliche Verschwörung ins Leben zu rufen, und so gering die Hilfsmittel waren, über welche der Prinz verfügen konnte, so trieb ihn sein Ehrgeiz doch das Abenteuer zu wagen. Am 29. Oktober 1836 erschien er zum großen Schreck seiner Mitwisser, welche die Sache noch keineswegs für reif hielten, in Straßburg. Der angesehenste Offizier, den er für sich gewonnen, war Vaudrey, Oberst des 4. Artillerie-Regimentes; die lebhafteste Thätigkeit zu seinen Gunsten entfaltete der

Der Bonapartismus.

Louis Napoleon.

Das Straßburger Attentat.

Unteroffizier Persigny; alles in allem waren 15—20 Personen eingeweiht. Am 30. Oktober früh 5 Uhr trat der Prinz in der Uniform des Kaisers vor die Front des Vaudreyschen Regimentes. Anreden, die er und der Oberst an die Soldaten richteten, wurden mit einem kräftigen Hoch auf den Kaiser erwidert; auch die Verhaftung des Kommandanten Voirol und des Präfekten gelang; allein aus der Mitte der Bevölkerung ertönte kein Zuruf, als der Prinz mit seinem Regimente die Straßen durchzog, und die Infanterie in der Finkmattkaserne machte dem ganzen Anschlag ein jähes Ende, indem sie den Prätendenten, der mit den Artilleristen zu ihnen kam, gefangennahm. Eine kurze Rauferei zwischen Infanterie und Artillerie, und der ganze Putsch war vorbei. Die Regierung glaubte am klügsten zu thun, wenn sie die Sache, soweit sie den Prinzen betraf, als eine Kinderei behandle. Ohne ein gerichtliches Verfahren einzuleiten, ließ sie ihn in Cherbourg nach Amerika einschiffen. Der leichtsinnige Attentäter zeigte sich zwar anfänglich über diese geringschätzige Behandlung etwas verdrossen, sprach aber doch dem König brieflich seinen Dank aus und bat auch für seine Mitschuldigen um Verzeihung. Die zu gewähren lag nun allerdings nicht entfernt in der Absicht der Regierung; aber die öffentliche Meinung stimmte dem Prinzen bei; wenn der Hauptschuldige straflos ausging, wollte man auch seine Gehilfen nicht verurteilt wissen, und die Straßburger Geschworenen sprachen demgemäß alle Angeklagten zum großen Ärger der Regierung frei. Aber das war nicht der einzige Verdruß, welchen der König sich durch seine unzeitige Milde bereitete. Schon im nächsten Jahre kehrte der Prinz aus Amerika zurück und nahm wie früher als Schweizer Bürger seinen Wohnsitz in Arenenberg. Nun verlangte Louis Philipp seine Ausweisung und zog drohend 25 000 Mann an der Schweizer Grenze zusammen. Wollte der Prinz seinem zweiten Vaterlande nicht die Wahl zwischen schmachvoller Nachgiebigkeit und einem gefährlichen Kriege stellen, so mußte er freiwillig seinen Zufluchtsort verlassen. Er begab sich also nach England. Dort lebte er einige Jahre, geteilt zwischen politischen Studien und sorglosen Zerstreuungen. Die „napoleonischen Ideen“, welche er veröffentlichte, sollten den Beweis liefern, daß er den demokratischen Forderungen der Zeit gerecht zu werden verstehe. Glaubte er dadurch schon manche Mißstimmung gegen sich beseitigt zu haben, so schien das Jahr 1840 seinen Plänen noch kräftigere Förderung zu bringen. Das Ministerium Thiers hatte den König bewogen von England die Erlaubnis zu erbitten die Gebeine des Kaisers Napoleon von St. Helena nach Frankreich hinüberführen zu dürfen, damit sie dem testamentarischen Wunsche des Verstorbenen gemäß inmitten des Volkes, das er so sehr geliebt, bestattet würden. England hatte diese Erlaubnis bereitwillig erteilt, in Frankreich wurde der Gedanke mit großer Begeisterung aufgenommen und steigerte die bonapartistischen Neigungen zu ungewöhnlicher Höhe. Zwischen dem Beschluß der Regierung und der Ausführung des Planes verstrich natürlich geraume Zeit. Erst gegen

Napoleon nach Amerika.

nach der Schweiz.

nach England.

Die Überführung der Leiche Napoleons I.

Ende des Jahres kehrte des Königs Sohn, der Prinz von Joinville, auf der Fregatte Belle Poule mit den Gebeinen des Kaisers zurück und am 15. Dezember erfolgte die feierliche Beisetzung im Dome der Invaliden. Damals war die jubelnde Beistimmung, welche der erste Gedanke erregt, schon gewaltig abgekühlt; aber die freudige Aufnahme, welche er beim ersten Auftreten gefunden, konnte bei dem Neffen des Kaisers wohl den Glauben erwecken, die Julimonarchie habe durch diesen Schritt ihm eine Gelegenheit geboten, die er nicht versäumen dürfe. Die Unzufriedenheit mit der Regierung, die kriegerische Begeisterung des Volkes, der ungestüme Ruf nach der Rheingrenze, wozu die später zu schildernde orientalische Krisis eben damals den Anlaß gab, ließen die Gelegenheit noch lockender erscheinen. Kurz, der Prinz entschloß sich zu einem neuen Abenteuer. Am 6. August 1840 landete er in Begleitung Montholons, der seines Oheims treuer Gefährte auf Helena gewesen war, Vaudreys, Persignys und anderer Genossen Straßburger Angedenkens eine Stunde von Boulogne. Bald nach Tagesanbruch befand er sich in der Stadt, in der Kaserne des 42. Linienregimentes. Ein Lieutenant in demselben, Aldenize, war eingeweiht; aber seine Bemühungen die Soldaten zu gewinnen blieben erfolglos; kaum entgingen die Verschworenen der Verhaftung. Als auch der Versuch in der Stadt Anhänger zu werben mißglückte, zog das Häuflein sich nach dem Landungsplatze zurück, die Verfolger auf den Fersen. Das Boot, in welchem man nach dem Dampfer, auf dem die Überfahrt bewirkt war, zurückkehren wollte, schlug um und triefend von Seewasser wurden die Attentäter herausgezogen und ins Gefängnis abgeführt. Auf dem Dampfer fand man außer einem Adler, der sich, wie man spottete, von einem Kirchturm zum anderen bis zur Notre-Dâme hatte schwingen sollen, auch Aktenstücke, aus denen sich ergab, daß der Prinz zunächst eine provisorische Regierung einzusetzen beabsichtigte, an deren Spitze Thiers, der damalige Ministerpräsident, treten sollte, und daß er dann, des Ausganges sicher, das französische Volk durch eine allgemeine Abstimmung über die Regierungsform entscheiden lassen wollte. Die Gleichgültigkeit, mit welcher Frankreich sein Schicksal sich weiter entwickeln sah, mußte ihm zeigen, daß seine Pläne abermals verfrüht waren. Begnadigung durfte er diesmal nicht hoffen. Ein Bittgesuch seines Vaters blieb ohne Erfolg, obgleich es für die That den Mangel an gesundem Menschenverstande, welchen ihr Urheber bewiesen, als Milderungsgrund geltend zu machen suchte. Der Pairshof erkannte auf lebenslängliche Festungshaft, und der Prinz trat diese im Oktober in dem Schlosse Ham in demselben Zimmer an, das Polignac bewohnt hatte. Seiner Genossen harrte die gleiche oder eine ähnliche Strafe.

Die Landung in Boulogne.

Gefangenschaft in Ham.

Unbeliebtheit des Königs und der Regierung.

Louis Philipp konnte nach dem allem am zehnten Jahrestage seiner Thronbesteigung sich sagen, daß keine der feindlichen Parteien, wieviel sie auch versucht hatten ihn zu stürzen, Kraft genug zu einem erfolgreichen Schlage besitze. Aber daß sein eigenes Regiment den Beifall

der Franzosen erworben, konnte er sich nicht sagen. Das strenge System, das er im Inneren durchführte, erbitterte von Jahr zu Jahr mehr und drängte die Frage auf, was man denn eigentlich durch die Revolution gewonnen habe. Die Beliebtheit, welche der König früher in gewissem Umfange besessen, erlosch völlig. Zahlreiche Gelegenheiten boten sich seinen Feinden um die Volksstimme gegen ihn aufzuregen. Besonders seine Geldgier, die unbezwinglich und unbelehrbar schien, gewährte erwünschte Angriffspunkte. Daß der König trotz seines Reichtums bei jeder Vermählung eines seiner Kinder neue Zuschüsse von der Kammer verlangte und, wenn diese sie trotz ihrer Gefügigkeit doch einmal verweigerte, das Verlangen unermüdlich wiederholte, schuf ihm schweren Schaden. Noch bedenklicher aber war für ihn der persönliche Anteil, welchen er an der Regierung nahm. Die Ministerien kamen und gingen, aber die Politik blieb dieselbe. Denn die Minister waren in der That nur die Puppen des Königs, der sie so lange behielt, wie sie seinen Willen thaten, seinen unveränderlichen Gedanken, die pensée immuable, auszuführen bereit waren. Seit Casimir Périers Tode im Jahre 1832 hatte kein Ministerium andauernd den König gegen seine vorgefaßte Meinung zu Entschlüssen zu bestimmen vermocht, auch die Kammer hatte sich regelmäßig dem höheren Willen gebeugt. Daran war nicht allein der Umstand schuld, daß die unbedingt orleanistische Partei dank den Bestechungen fast immer die Mehrheit zählte, sondern nicht weniger die persönlichen Gelüste, welche die Haltung der zahlreichen Parteien zu bestimmen pflegten. Außer den Legitimisten und den Republikanern konnten auch die gemäßigte und die dynastische Linke, von denen jene Lafitte, Arago, Clauzel, diese Odilon Barrot zu Führern hatte, insofern als unabhängig betrachtet werden, als keine von ihnen Aussicht hatte die Zügel der Regierung in die Hand zu bekommen. Das linke und das rechte Centrum dagegen und die Mittelpartei, welche zwischen den beiden Centren Platz nahm, der sogenannte tiers-parti, rangen beständig miteinander um die Leitung der Geschäfte, und ihre Führer, die Guizot, Molé, Thiers, verbanden und trennten sich, je nachdem es galt den einen oder den anderen durch Verbindung mit dem dritten zu stürzen. Den leitenden Platz in seinem jeweiligen Ministerium liebte der König aber nicht einem Manne zu geben, der durch seine Beredsamkeit Einfluß in der Kammer besaß, sondern lieber einem Soult, Mortier, Bassano, Montebello, kurz einem Militär, der den eigentlich politischen Aufgaben fern stand. Am liebsten hätte er wohl gar keinen Premier gehabt, wie in den Monaten nach Casimir Périers Tode, wo er selbst ein halbes Jahr lang den Vorsitz führte. Das Kabinett vom 11. Oktober 1832, dem Soult präsidierte, vereinigte in seiner Mitte Guizot, Thiers, Broglie, also Männer verschiedener Schattierungen. Broglie war dem Könige am unangenehmsten; er mußte schon 1834 ausscheiden; auch einige andere unbedeutendere Personen wurden gewechselt; im übrigen aber hielt sich jenes Kabinett über drei Jahre, obgleich es seinen Präsidenten

Die Kammern.

Die Ministerien.

Das Kabinett vom 11. Oktober 1832.

mehrfach änderte; auf Soult folgte Gérard, auf Gérard nach einem zweitägigen Ministerium Bassano der alte Marschall Mortier, auf Mortier der wiedereingetretene Broglie. Erst im Februar 1836 erlag es den Intrigen der Mittelpartei, zu deren Werkzeug sich Thiers aus Ehrgeiz hergab. Er verschaffte sich dadurch am 22. Februar für ein halbes Jahr den Vorsitz im Ministerrate. Aber schon am 6. September mußte er einem Kabinett Molé-Guizot weichen, das nach wieder einem halben Jahre im April 1837 durch Guizots und seiner Anhänger Austritt eine wesentliche Umgestaltung erfuhr. Mit dieser neuen Zusammensetzung war der König sehr wohl zufrieden, da sie seinem persönlichen Willen keinen Widerstand entgegensetzte. Ebendeshalb aber wurde sie von den liberalen Parteien in der Kammer heftig angefochten; Thiers brachte die Forderung des parlamentarischen Regiments in ein faßliches Schlagwort: Le roi règne, mais il ne gouverne pas. Die dynastische Linke schloß sich dieser Opposition an, und auch die Doktrinäre auf der Rechten hatten nichts dawider einzuwenden, in der Hoffnung ihre Häupter Guizot und Broglie wieder ans Ruder zu bringen. So entstand das Bündnis der beiden Centren und der dynastischen Linken gegen das Ministerium der Mittelpartei, und da sich die Legitimisten und Republikaner jedem Schritte gegen die Julimonarchie bereitwillig anschlossen, so gestaltete sich die Adreßdebatte im Januar 1839 zu einer scharfen Verurteilung der Politik Molés. Aber wider alles Erwarten war die Folge dieses zwölftägigen Redeturniers nicht der Rücktritt des Angegriffenen, sondern die Auflösung der Kammer. Erst als die Neuwahlen den zweifellosen Sieg der verbündeten Parteien ergeben hatten, fügte sich Louis Philipp und entließ Molé am 8. März 1839. Damit war aber zugleich auch das Bündnis gesprengt, denn nur in der Verneinung, nicht in den Zielen waren die Parteien einig. Aus einer dreiwöchentlichen Krisis ging am 1. April ein ganz farbloses Ministerium Montebello hervor, so recht, wie Louis Philipp es wünschte. Wenn irgendwer bei dem Tausche an Einfluß verlor, so war er es gewiß nicht. Gleichwohl hatte auch diese Bildung keine Dauer. Die sozialistischen Unruhen, die Barbès am 12. Mai erregte, gaben ihr den Todesstoß. Und nun griff der König wieder zu Soult, dessen Fügsamkeit er von 1832—34 hinreichend erprobt hatte. Fast ein Jahr lang erhielt er ihn auf seinem Posten; da aber versetzte die Kammer ihm einen Streich, der ihn sehr empfindlich traf. Sie verweigerte dem Ministerium die Ausstattung für den Herzog von Nemours. Das belehrte den König, wie gefährlich es sei sich alle Parteien dadurch zu Feinden zu machen, daß er keiner die Leitung der Geschäfte ganz anvertraute. Er entschloß sich also wieder einmal zu einem Parteiministerium, an dessen Spitze am 1. März 1840 Thiers trat, dem es vorbehalten war Frankreich und sein Herrscherhaus in die gefährlichste Verwickelung zu bringen, die seit 1830 eingetreten war. Auch als er vier Jahre früher für einige Monate die französische Politik geleitet hatte, waren es die auswärtigen Angelegenheiten, denen er besonderen Eifer

Thiers.
Molé-Guizot.
Molé.
Montebello.
Soult.
Thiers.

widmete, gewesen, die seinen Sturz herbeiführten. 1840 war der Ausgang kein anderer. Diesmal erlag er der orientalischen, das erstemal der spanischen Frage, d. h. den beiden wichtigsten diplomatischen Verwickelungen dieses Jahrzehntes, die ähnlich wie in dem vorhergehenden die Erhebung Griechenlands die Stellung der Großmächte zu einander bestimmten.

Dom Miguel und Don Carlos.

Portugal.

Die spanischen Wirren standen in enger Verbindung mit den portugiesischen. Dom Pedro von Brasilien hatte 1826 bei seines Vaters Tode, sein Nachfolgerecht in Portugal auf seine siebenjährige Tochter Donna Maria da Gloria übertragen, für die als Vormund und Regent Dom Miguel die Herrschaft führen sollte, sobald er eine Verfassung, die Dom Pedro dem Lande gab, anerkannt und die angebotene Hand seiner Nichte angenommen habe. Bis dahin stand die Regentschaft der Infantin Maria Isabella, Johanns VI. Tochter, zu. Kaum aber hatte diese die Verfassung in Kraft gesetzt, als die absolutistische Partei dagegen die Waffen erhob und, von Spanien unterstützt, sich für das Königtum Dom Miguels erklärte, der immer noch außer Landes war. Der Aufstand wurde so gefährlich, daß die Regentin sich um Hilfe an England wenden mußte, und Canning zögerte nicht ihr zu willfahren. In mächtiger Rede kündete er am 12. Dezember 1826 dem Unterhause den Entschluß an die Freiheit Portugals zu schützen; er hasche nicht nach Gelegenheiten Englands Macht zu zeigen und trage kein Verlangen aus der Neutralität herauszutreten; aber der Förderung, welche Spanien den absolutistischen Empörern angedeihen lasse, müsse England durch entschlossenes Eintreten für die Sache der Freiheit antworten, und die Männer des Rückschrittes möchten nicht vergessen, daß, wenn ein großer Krieg daraus entstehe, die britische Macht ein starker Rückhalt für alle Geknechteten und Unzufriedenen sein werde. Als solchen erwies sie sich in Portugal auf der Stelle. Die Landung eines englischen Heeres unter Clinton genügte um die Aufständischen nach kurzem Kampfe mit den Truppen der Regentin zum Rückzug nach Spanien zu zwingen. Aber wenige Monate später starb Canning und es fanden nun in Wien Konferenzen zwischen Vertretern Österreichs, Englands und Dom Miguels statt, in denen der letztere die Rechte seines Bruders am 19. Oktober 1827 anerkannte und die ihm übertragene Regentschaft annahm. Im Dezember verließ er Wien und traf am 22. Februar 1828 über Paris und London in Lissabon ein um die Verfassung zu beschwören und die Regierung zu übernehmen. Daß er sich sogleich mit einem absolutistischen Ministerium umgab, die Kammern auflöste und eine Kommission zur Beratung von Verfassungsänderungen einsetzte, war ein schlimmes Anzeichen für seine weiteren Pläne. Der verderbliche Einfluß, den seine ränkesüchtige Mutter Carlota bereits früher auf ihn

Aufstand für Dom Miguel.

Dom Miguel Regent.

geübt, trat wieder in volle Kraft; mit ihr teilte sich die Geistlichkeit, an ihrer Spitze der Beichtvater des Regenten, der Pater Mazedo, in die Herrschaft über ihn. Bald wurde es deutlich erkennbar, daß man das Volk gegen die liberale Verfassung und gegen die junge Königin Maria, die damals noch in Brasilien weilte, aufhetzte. Wenn Dom Pedro, solange er Kaiser von Brasilien war, nicht König von Portugal werden durfte, so habe er, behaupteten die Miguelisten, auch keine Befugnis dieses sein ruhendes Recht seiner Tochter abzutreten; es müsse vielmehr als Nächstberechtigter Dom Miguel an seine Stelle treten; noch weniger könne man dem Kaiser von Brasilien die Befugnis einräumen, wie Pedro es gethan, Portugal eine Verfassung zu erteilen. Andererseits hatte freilich Miguel diese Verfassung bereits beschworen und Donna Maria anerkannt, somit auf seine Ansprüche verzichtet und die Pflicht übernommen für die Erhaltung der neuen Ordnung einzutreten: nur durch einen Eidbruch konnte er seine eigenen Rechte von neuem verfolgen. Um diesen zu rechtfertigen wurde nun von der Geistlichkeit im ganzen Lande eine Agitation gegen die bestehende Ordnung angefacht und zahlreiche Adressen an den Regenten erlassen um von ihm die Auflösung der Cortes und die Einberufung der alten Stände zu fordern. Dom Miguel ließ sich nicht lange bitten, obgleich selbst Metternich mit der Abberufung des österreichischen Gesandten drohte. Am 3. Mai 1828 rief er die Cortes von Lamego wieder zusammen und wurde von ihnen am 26. Juni als König ausgerufen. Nun folgte ein Schreckensregiment entsetzlichster Art. Mit Hilfe des Heeres, das ihm ergeben war, und einer Polizei von 6000 Köpfen, die von dem energischen Tellez Jordao geleitet wurde, unterdrückte der neue König jeden Widerstand. Die Gefängnisse füllten und überfüllten sich; am Ende des Jahres umschlossen sie 15000 politische Opfer. Es war mehr Platz nötig. Töten! töten! nach Afrika schicken! war die Antwort des Wüterichs, der in den sechs Jahren, die sein Regiment dauerte, 17000 Personen soll haben hinrichten, 16000 deportieren, 13000 verbrennen, 26000 ins Gefängnis werfen lassen. Den Anhängern der Königin Maria blieb keine Wahl als die Flucht. Ein Versuch der Empörung scheiterte, weil die Führer, Palmella, Saldanha u. a., nicht rechtzeitig aus England eintrafen. Die Aufständischen wurden über die spanische Grenze gedrängt und auf französische Fürsprache nach England gebracht. Andere begaben sich nach Terceira, der größten von den Azoren, deren Gouverneur Cabreira fest zu Dom Pedro hielt. Allmählich trafen dort auch die Flüchtlinge ein, welche sich nach England gerettet hatten, obgleich das Ministerium Wellington ihnen die Überfahrt in jeder Weise zu erschweren suchte. Ohne Miguel als König anzuerkennen erwies es ihm gleichwohl die größten Dienste. Auf Metternichs Anregung hatten sich nämlich die Großmächte zu einer scheinbar vermittelnden Politik geeinigt. Während sie einerseits die Legitimität der Donna Maria auf das stärkste betonten und nach Dom Miguels Staatsstreich ihre Gesandten aus Lissabon

Sein Verfassungsbruch.

Empörungen.

abberiefen, fürchteten sie sich doch andererseits den Sieg seiner liberalen Gegner wegen der Rückwirkung, die er auf das übrige Europa haben konnte, und beschlossen deshalb Dom Pedro aufzufordern den Königstitel seines Bruders anzuerkennen, wogegen dieser sich verpflichten sollte nur als Mitregent seiner Braut, nicht als alleiniger Herrscher aufzutreten. Als nun Donna Maria Ende 1828 von Brasilien herüberkam, unkundig noch dessen, was mittlerweile in Lissabon sich zugetragen, fand sie in London beim Könige zwar eine freundliche Aufnahme, aber beim Ministerium nicht die leiseste Unterstützung und kehrte deshalb schnell nach Brasilien zurück. Ja, als Saldanha Anfang Januar 1829 mit einigen hundert Leuten sich nach Terceira einschiffen wollte, verbot ihm Wellington das in herrischer Weise und schickte, als es doch geschah, zwei Fregatten nach den Azoren, welche die Landung dort mit Gewalt verhinderten; Miguels amtliche Zeitung konnte mit Recht verkünden: Englands Betragen sei über alles Lob erhaben. Und da auch Frankreich und die Ostmächte Miguel zu begünstigen fortfuhren, so durfte dieser mit seiner Lage wohl zufrieden sein, obgleich er nur von den Vereinigten Staaten, Spanien und dem Papste förmlich anerkannt wurde.

Streit mit England und Frankreich.

Aber die Julirevolution und der Sturz der Tories in England änderten die Lage, und Miguel war nicht geschmeidig genug um dem Rechnung zu tragen. Vielmehr gab er durch Willkürmaßregeln, die er gegen die Personen und das Vermögen englischer und französischer Unterthanen verhängte, zunächst zu diplomatischem, dann zu bewaffnetem Einschreiten der beiden Mächte Anlaß. Für die liberale Partei war schon der Umstand ermutigend, daß bei dieser Gelegenheit weder das Pariser noch das Londoner Kabinett den Usurpator als König behandelte; jenes bezeichnete ihn als Prinzregenten, dieses gar nur als faktischen Beherrscher des Landes. Noch demütigender aber war der Ausgang beider Konflikte. Die englische Flotte erzwang im Mai 1831 die Freilassung der verhafteten Briten, die Absetzung der schuldigen Beamten, eine reichliche Geldentschädigung und die Veröffentlichung dieser Bedingungen in der amtlichen Zeitung; der französische Admiral Roussin erreichte im Juli nicht allein ähnliche Zugeständnisse, sondern führte auch die portugiesische Flotte nach Brest ab. Seinen Grimm über diese Niederlagen konnte Miguel im nächsten Monat an seinen eigenen Unterthanen kühlen: in Lissabon und Oporto kam es zu Aufständen, die beinahe hundert Offiziere und Bürger mit dem Tode büßen mußten. Und doch war das nur das Vorspiel zu einer größeren Unternehmung.

Dom Pedro nach Europa.

Dom Pedro entschloß sich persönlich für das Recht seiner Tochter einzutreten. Konflikte mit der liberalen Partei in Brasilien bewogen ihn die Kaiserkrone am 7. April 1831 seinem sechsjährigen Sohne Pedro II. zu übertragen; dann schiffte er sich nach Europa ein, erschien als Herzog von Braganza im Juli und August zu Paris und London, erfreute sich der günstigsten Aufnahme und begann ernstliche Rüstungen und Geldoperationen behufs der Eroberung Portugals.

Zum Ausgangspunkt seiner Unternehmung erkor er natürlich Terceira. Dort wurde bis zum Sommer 1832 geworben, gerüstet und einexerziert, so daß die Landung am 7. Juli mit einem Heere von 12000 Mann versucht werden konnte. Der erste Schritt war ein großer Erfolg: Oporto fiel ohne Widerstand in Pedros Gewalt. Aber damit schien sein Glück auch zu Ende zu sein; es gelang ihm nicht über das Weichbild der Stadt hinaus festen Fuß zu fassen. Im September erschien dann sogar Miguel mit großer Übermacht vor den Mauern der Stadt und begann die Belagerung. Doch war das Glück ihm nicht günstiger; der Krieg schien sich auf diesem einen Schauplatz festsetzen und verewigen zu wollen. Beide Brüder verstärkten ihre Heere, Pedro vorzugsweise durch Ausländer, die seewärts zu ihm stießen. Denn Miguel war allgemach der Abscheu der Liberalen in aller Herren Ländern geworden; ihn stürzen zu helfen schien ein ruhmvolles Unternehmen im Dienste der Freiheit. Dieser Zerstörer verfassungsmäßiger Freiheit, dieser meineidige Usurpator, dieser Unterjocher seines Vaterlandes, dieser Mensch, der einem hilf- und wehrlosen Weibe nach dem Leben trachte — so donnerte Lord Palmerston im Unterhause gegen ihn —, mußte gestürzt werden. Unter den Ankömmlingen befand sich der englische Kapitän Charles Napier. Ihm und dem Herzog von Terceira gelang es endlich im Juli 1833, fast ein Jahr nach Pedros Landung, dem Kriege eine andere Wendung zu geben. Sie schifften sich mit einigen Tausenden nach Algarbien ein, der Südprovinz Portugals, die nur schwach von Miguel besetzt und ihm wenig geneigt war. Terceira landete, fand über Erwarten Beistand und rückte kühn auf Lissabon los. Ebendahin steuerte Napier mit seiner Flotte. Auf der Höhe von Cap St. Vicente stieß er auf die Schiffe Dom Miguels und brachte ihnen am 5. Juli eine vernichtende Niederlage bei. Nicht minder glücklich war Terceira zu Lande; er schlug Tellez Jordao, der seinen Vormarsch auf Lissabon hindern wollte, und erzwang mit Napier zusammen am 24. Juli die Räumung der Hauptstadt, in die Dom Pedro vier Tage später einzog.

Dom Pedros Siege.

Aber zu Ende war der Kampf auch jetzt noch nicht. Längst hatte sich Europa gewöhnt den Streit der beiden Brüder als den Streit der beiden weltbewegenden Prinzipien anzusehen. Wie der Liberalismus Dom Pedro zu Hilfe eilte, so trat die Reaktion für Miguel ein. Seine Reihen verstärkten sich durch französische Legitimisten und spanische Rückschrittsmänner. Den Oberbefehl über seine Truppen führte Marschall Bourmont. Aber auch dem war kein Ruhm auf diesen Schlachtfeldern beschieden: nach einem letzten unglücklichen Sturm auf Oporto mußte er die Belagerung aufgeben, nach einem mißlungenen Angriff auf Lissabon sein Kommando niederlegen.

Da schien ein längst erwartetes Ereignis in Spanien neue Aussichten für Miguels Sache zu erwecken und die ganze pyrenäische Halbinsel in den Krieg hineinzuziehen. Am 29. September 1833 starb König Ferdinand VII. und zu dem portugiesischen Erbfolgekrieg gesellte sich

Spanien.

ein spanischer. Seit Jahren hatte man sich gewöhnt, als Thronfolger in Spanien des Monarchen Bruder, Don Carlos, das Haupt der Apostolischen, der ultrareaktionären Priesterpartei, zu betrachten; denn drei Ehen des Königs waren kinderlos geblieben. Da vermählte er sich im Dezember 1829, kaum ein halbes Jahr nach dem Tode seiner Gemahlin, zum viertenmal mit Maria Christina, einer Schwester Ferdinands II. von Neapel und der Herzogin von Berry, und erließ wenige Monate später, am 29. März 1830, ein Gesetz, die pragmatische Sanktion genannt, durch welches er die Thronfolgeordnung von 1713, welche dem Mannsstamme allein Erbberechtigung zusprach, aufhob und das alte kastilianische Nachfolgerecht der Töchter wieder in Kraft setzte. Über seine Berechtigung zu diesem Schritte konnte man zweifelhaft sein; um so lebhafter bemächtigten sich die Parteien der streitigen Frage, die für Spaniens weitere Entwickelung von größtem Einfluß werden mußte, wenn durch die Geburt einer Tochter das neue Gesetz zur Anwendung kam. Wirklich wurde dem Königspaar am 10. Oktober 1830 die erste, und fünf Vierteljahre später eine zweite Tochter geboren, jene Isabella, diese Louise genannt. Gelang es jetzt der apostolischen Partei nicht, die Aufhebung der pragmatischen Sanktion zu erreichen, so nahte ihr Einfluß mit schnellen Schritten seinem Ende. Denn bei dem nicht fernen Tode des durch und durch siechen Ferdinand fiel die Regentschaft an Maria Christina, die in den Apostolischen die Freunde des Don Carlos, die Feinde ihrer Tochter, erblickte und daher Anlehnung an die Liberalen suchen mußte. An Bemühungen den Willen des Königs umzuändern, fehlte es daher nicht, und die Umstände begünstigten solche Bestrebungen.

Die pragmatische Sanktion.

Empörungen.

Im Herbst 1830 brachen in Navarra und Andalusien Empörungen aus, die den König umsomehr schreckten, als im Norden der gefürchtete Mina an der Spitze stand, der von der französischen Regierung ermutigt wurde. Allerdings gelang es die Aufstände niederzuschlagen. Louis Philipp ließ Mina fallen, als Ferdinand sich bereit erklärte, das Julikönigthum anzuerkennen, und die Uneinigkeit der Rebellen beschleunigte ihren Untergang. Aber obgleich nun jede Gefahr beseitigt war, bewirkten diese Ereignisse doch, daß Ferdinand und sein charakterloser Minister Calomarde sich den Apostolischen wieder näherten. Eine schwere Krankheit des Königs im September 1832, die täglich seinen Tod erwarten ließ, rückte die Stunde der Entscheidung nahe heran. Maria Christina sah ihr mit Angst entgegen. Von seiten der Karlisten war kein Mittel verschmäht worden um sie beim Volk in schlechten Ruf zu bringen, und wenigstens die Anklage der Vergnügungssucht und der Verschwendung war vollauf begründet. Verbrauchte doch der königliche Hof im Jahre 1832 nicht weniger als 200 Millionen Realen, d. h. den vierten Teil der Gesamtausgaben und viermal so viel, wie für ihn ausgeworfen war. Die Königin, der allein die Schuld daran beizumessen war, fühlte sich einem Kampfe mit den Karlisten, wenn ihr Gemahl jetzt sterben sollte, nicht gewachsen. Ein Versuch sich mit Don Carlos zu verständigen

Anschläge der Karlisten.

scheiterte; er lehnte die Hand der Infantin Isabella, die ihm für seinen ältesten Sohn geboten wurde, wenn er die pragmatische Sanktion anerkennen wolle, ab und beharrte unveränderlich auf seinem Standpunkte: solange der König lebe, werde er diesem treu bleiben; nach dessen Tode aber sei er König. Unter diesen Umständen verlor Maria Christina den Mut; sie bat, von dem österreichischen Gesandten unterstützt, den todkranken König selbst um die Aufhebung der pragmatischen Sanktion und dieser willigte am 18. September ein. Wider alles Erwarten aber besserte sich sein Befinden und Ende des Monats war jede Gefahr vorbei. Sofort schlug die Königin wieder einen anderen Ton an; alle Verantwortlichkeit für das Vorgefallene wurde auf Calomarde und die Gegenpartei geschoben; der König war durch die Art, wie man seine Unzurechnungsfähigkeit benutzt hatte, verletzt und seiner Gemahlin für die treue Pflege, die sie ihm erwiesen, dankbar; kurz schon am 1. Oktober entließ er Calomarde und ernannte Maria Christina zur Regentin. Ehe sie nach einem Vierteljahr diese Würde niederlegte, wurde der Widerruf vom 18. September feierlich zurückgenommen und die weibliche Erbfolge aufs neue hergestellt. Die liberalen Maßregeln, welche den Anfang der Regentschaft bezeichnet hatten, blieben aber völlig vereinzelt. Der neue Ministerpräsident Zea Bermudez nährte die sonderbare Hoffnung, durch eine konservative Politik die Ostmächte, die sich unumwunden für Don Carlos ausgesprochen hatten, für Isabella gewinnen zu können; um die Westmächte aber glaubte er sich nicht kümmern zu brauchen, da sie im eigenen Interesse Gegner der Apostolischen sein müßten. So entfremdete er sich beide Parteien im Auslande wie in Spanien. Schon erreichte der Gegensatz eine solche Höhe, daß bewaffnete Erhebungen für den Prinzen gewagt wurden. Auch Don Carlos selbst konnte seine bisherige Stellung nicht behaupten; als seine Schwägerin und eifrige Parteigängerin, die Prinzessin von Beira, eine Schwester Dom Miguels, im März 1833 nach Portugal ausgewiesen wurde, erbat und erhielt er die Erlaubnis ihr zu folgen. Wenige Monate später erließ er von dort einen feierlichen Protest gegen die Huldigung, welche von den Cortes der künftigen Königin im voraus geleistet werden sollte. Eine Korrespondenz mit seinem Bruder, die mit den liebevollsten Versicherungen der Anhänglichkeit begann, nahm allmählich einen äußerst gereizten Charakter an, und dem Befehle Portugal zu verlassen und nach Rom zu gehen setzte er offenen Widerstand entgegen. Seine Sache war mit der Dom Miguels jetzt untrennbar verwachsen; für sich wollte er, solange sein Bruder lebte, bei seiner strengen Legalität nichts thun; aber er förderte die Bemühungen des portugiesischen Prätendenten in der Erwartung, daß dieser dafür später auch ihm zur Erlangung des Thrones behilflich sein werde. Um so seltsamer war es, daß Zea Bermudez nicht allein fortfuhr im Namen Spaniens ebendiesen Miguel als König des Nachbarstaates anzuerkennen, sondern ihn sogar heimlich mit Kriegsvorräten unterstützte.

Aufhebung der Sanktion.

Erneuerung derselben.

Zea Bermudez.

Don Carlos nach Portugal.

Karlisten und Christinos.

So lagen die Dinge, als Ferdinand VII. starb. Alsbald erhoben sich in fast allen Teilen Spaniens, besonders aber in den baskischen Provinzen, die Anhänger Karls V. wider die Verteidiger der Regentschaft Maria Christinas, die Christinos. Überall fast hatten sie in den „königlichen Freiwilligen“, einer Miliz, die unter dem Einflusse der Geistlichkeit stand, organisierte Truppen zu ihrer Verfügung; dennoch scheiterten die meisten Erhebungen an der eigenen Unordnung, an dem Widerstande des liberalen Bürgertums und zum Teil auch an der Energie der Militärbehörden. Am bedrohlichsten war die Bewegung in Altcastilien, von wo der aus den Franzosenkriegen berühmte Pater Merino mit 11 000 Mann gegen Madrid heranzog. Wenn ein stetiger Plan seine Märsche gelenkt, eine gemeinsame Leitung die verschiedenen Erhebungen geordnet hätte, so wäre die Gefahr für die Hauptstadt kaum abzuwenden gewesen. Aber von einer Junta hierhin, von der anderen dorthin gerufen, verzettelte Merino seine Kräfte und wurde endlich über die portugiesische Grenze gedrängt. Don Carlos hatte die günstigste Gelegenheit verpaßt, indem er ohne sich zu rühren bei Dom Miguel verblieb; die unglaubliche Beschränktheit und Gedankenarmut, wovon er noch so viele Beweise ablegen sollte, trat schon hier zu Tage. So fand denn die karlistische Erhebung keinen Mittelpunkt, sondern entwickelte sich in den einzelnen Provinzen selbständig. Wo tüchtige Führer an der Spitze standen, gedieh sie; wo das nicht der Fall war, unterlag sie schnell. Auf christinischer Seite ging es aber nicht viel anders zu, die Regierung in Madrid beeinflußte die Entscheidung nur wenig; daß Merinos Scharen sich auflösten, daß auch in Katalonien, Navarra und den baskischen Ländern der Aufstand in die Berge zurückgedrängt wurde, war den Generalen Sarsfield, Quesada, Llauder zu danken, nicht dem Minister Zea Bermudez. Dieser Mann, der bei den Liberalen kaum minder verhaßt war als sein Vorgänger Calomarde, blieb zum allgemeinen Erstaunen am Ruder; durch eine Annäherung an Frankreich, dessen Beistand er schon im Oktober vergeblich erbat, durch die Anerkennung des Dom Pedro und die Aufnahme des gemäßigt liberalen Burgos in sein Kabinett hoffte er seine Stellung zu befestigen; aber nach einem Vierteljahr (am 14. Januar 1834) mußte er doch dem ungestümen Verlangen der ihm feindlichen Generale, besonders Llauders und Quesadas, weichen. Zu seinem Nachfolger bestimmte Maria Christina Martinez de la Rosa, den Minister von 1822, dessen vorsichtiger Liberalismus auch in Paris genehm war. Die Parteimänner befriedigte diese Lösung allerdings keineswegs und sie befeindeten Burgos, den einst hochgefeierten, trotz der verständigen Reformen, die er anbahnte, auf das lebhafteste; ließ es das neue Kabinett auch nicht an Mißgriffen fehlen, so waren im ganzen und großen seine Maßregeln doch zeitgemäß und erfolgreich. In der inneren Politik ragte als bedeutendste That der Erlaß einer Verfassung, des Estatuto real vom 10. April 1834, und die Berufung einer Volksvertretung in zwei Kammern (die der Proceres

Pater Merino. — Don Carlos. — Zea Bermudez. — Martinez de la Rosa. — Estatuto real.

und der Procuradores genannt) hervor; in der äußeren Politik trat Rosa entschieden zu den Westmächten hinüber, indem er im April den General Rodil zur Unterstützung Dom Pedros in Portugal einrücken ließ und am 22. mit England, Frankreich und Portugal die Londoner Quadrupelallianz abschloß. Das Hauptverdienst an diesem Vertrage, *Quadrupelallianz.* den er einen prächtigen Treffer und ganz und gar sein Werk nannte, nahm Lord Palmerston für sich in Anspruch; etwas überschwenglich sah er darin, als in dem Bündnis der vier konstitutionellen Westmächte, ein gewaltiges Gegengewicht gegen die Heilige Allianz des Nordens; die nächsten Aufgaben der Allianz waren aber doch ziemlich beschränkt, beschränkter als das spanische Interesse sie gefordert hätte. Die Mächte verpflichteten sich, die Entfernung der beiden Prätendenten aus Portugal zu erzwingen; England sollte dazu durch eine Flotte, Spanien durch ein Heer mitwirken, während Frankreichs Beteiligung im Notfall durch ein neues Abkommen geregelt werden sollte. Dafür, daß Don Carlos auch von Spanien ferngehalten werde, traf der Vertrag keine Vorkehrungen; denn ein direktes Eingreifen in den spanischen Streit widersprach Palmerstons Wünschen, weil die bewaffnete Einmischung dabei von Frankreich hätte ausgehen müssen und dieser Macht das Übergewicht in Madrid verliehen haben würde. In Portugal aber erzielte die Allianz *Dom Miguel besiegt.* schnell einen vollkommenen Erfolg. Rodil vereinigte sich mit Dom Pedro und brachte am 15. Mai den Migueliten bei Thomar eine vernichtende Niederlage bei, so daß beide Prätendenten sich fügen mußten. Dom Miguel unterzeichnete am 26. Mai den Vertrag von Evora, in *Vertrag von Evora.* dem er auf die Krone verzichtete, Portugal auf immer zu verlassen versprach und sich von den spanischen Angelegenheiten fernzuhalten gelobte, wogegen ihm ein Jahrgehalt von 375 000 Franks zugesichert wurde. Wenige Tage darauf schiffte sich auch Don Carlos unter englischer Vermittelung auf einem britischen Kriegsdampfer nach England ein.

Miguel widerrief zwar bald darauf in Genua seine Zusagen, aber *Dom Miguels Ausgang.* seine politische Rolle war doch ausgespielt. Vermählt mit einer Prinzessin von Löwenstein-Wertheim lebte er noch über dreißig Jahre völlig vergessen in Deutschland und starb am 14. November 1866 in Heubach. Don Carlos dagegen begann jetzt erst recht für seine Sache zu wirken. Im Juli 1834 entfernte er sich plötzlich aus London und erschien in den baskischen Provinzen, wo seine Sache den stärksten Halt fand. Durch *Die Basken.* Sprache, Sitten und Vorrechte mancherlei Art von dem übrigen Spanien geschieden, hatten die Bewohner dieser Gebirgslandschaften für die Ziele und Bestrebungen der liberalen Partei kein Verständnis. Sie genossen nach ihren alten Landesrechten, den fueros, der Privilegien einer gesonderten Verwaltung und Justiz, der Steuerbewilligung und der Militärfreiheit. Sie waren durch eine Zollinie von Spanien getrennt und dagegen im freien Handelsverkehr mit Frankreich. Der daraus erwachsende Schmuggel war eine reiche Quelle des Wohlstandes und eine treffliche Schule des Kleinkrieges. Von den Liberalen, die nach Einheitlichkeit

der Verwaltung und Verfassung im ganzen Königreiche strebten, hatten sie zu allen Zeiten nur Angriffe auf ihre Privilegien erfahren. Ihnen auch schrieben sie es zu, daß Ballesteros, der Finanzminister in Calomardes Kabinett, den Plan wieder aufnahm, sie in die spanische Zolllinien einzuschließen. Dadurch erbittert, waren sie um so lieber bereit bei des Königs Tode gegen die neue Herrscherin Partei zu ergreifen.

Erster Aufstand unterdrückt.

Die ersten Versuche der Auflehnung wurden indes bei ihnen durch Sarsfield ebenso schnell unterdrückt, wie in den anderen Provinzen. Die Städte, in denen Karl V. ausgerufen war, besonders Vittoria und Bilbao, wurden im Oktober 1833 wieder besetzt und die Aufständischen ins Gebirge gedrängt. Aber nicht lange dauerte dieser Rückschlag. Schon

Zumalacarregui.

im November erhielten die Karlisten in Thomas Zumalacarregui einen Führer, der bei strengster Disziplin seinen Leuten die feurigste Begeisterung einzuflößen verstand, und mit dem keiner der königlichen Generale sich messen konnte. Freilich war andererseits auch er es, der in den Kampf einen Zug barbarischer Grausamkeit brachte, der sich beständig steigerte und zu entsetzlichen Greueln führte. Wie er jeden seiner Leute, der sich zur Flucht wandte, mit dem Tode bestrafte, und jedem Offizier, der diese Strafe nicht vollstreckte, dasselbe Schicksal androhte, so ließ er im März 1834 mit kaltem Blut 120 Gefangene erschießen und rief dadurch die greulichste Wiedervergeltung hervor. Beide Heere wetteiferten an Grausamkeit; weder Greise noch Kinder und Frauen wurden geschont. Cabrera, neben Zumalacarregui der bedeutendste Offizier der karlistischen Scharen, mußte es erleben, daß seine alte Mutter von den Christinos erschossen wurde, und in wahnsinnigem Schmerze sühnte er ihren Tod durch das Blut von 24 Frauen liberaler Feinde. Die Verwilderung der Sitten nahm furchtbar zu und eröffnete mit jedem Kriegsjahre schrecklichere Aussichten.

Lage der beiden Parteien.

Eine schnelle Entscheidung herbeizuführen war keine von beiden Parteien imstande. Die Karlisten waren nur in ihren Bergen stark und den Christinos fehlte geradezu alles, was zum Siege nötig war. Der englische Gesandte in Madrid meinte, es sei schwer zu sagen, ob sie den Krieg von Anfang an militärisch oder politisch am ärgsten verhunzt hätten. Aber freilich mußte man den Ministern den jämmerlichen Zustand, in welchem sie das Land gefunden hatten, zu gute rechnen. Ihre Berichte an die Cortes enthüllten wahrhaft trostlose Zustände. In den letzten zehn Jahren waren Anleihen zum Betrage von drei Milliarden Realen abgeschlossen, aber nur der vierte Teil war wirklich in die Staatskasse geflossen. Der Bestand der Flotte hatte sich seit 1818 von 65 auf 22 Schiffe vermindert, die kleinsten und ältesten fast unbrauchbaren Fahrzeuge eingerechnet. Die Stadtmilizen zählten auf dem Papiere fast 200000 Mann, aber nur ein Drittel davon war „mehr oder weniger vollständig" bewaffnet. Die Länge der Landstraßen wurde auf 740 Meilen angegeben, allein selbst auf den wichtigsten Strecken fehlten die Brücken. Und so gab es überall unglaubliche

Dinge zu melden, deren Besserung Millionen und aber Millionen erfordert hätte, während die Staatskassen leer, der Kredit erschöpft, der Stand der Papiere der schlechteste war. Wenn eine tüchtige Regierung jahrelang in ungestörter Arbeit sich der Hebung des gesunkenen Landes hätte widmen können, so wäre die Aufgabe noch schwierig gewesen; wieviel schwieriger mußte sie für das Ministerium Rosa sein, das gleichzeitig mit den Banden des Don Carlos, mit der Opposition in den Cortes und mit den revolutionären Parteien im Lande zu kämpfen hatte. Selbst in Madrid wagten die letzteren, die nach der Verfassung von 1812 riefen, blutige Aufstände und brachten das Leben der Minister in Gefahr. Rosa behauptete sich zwar bis in den Juni 1835 am Ruder, aber mehr als einmal mußte er seine Kollegen wechseln, besonders den im Kriegsministerium, das gerade der gleichmäßigsten Leitung so sehr bedurft hätte. Immer von neuem klagten die Generale, die gegen Zumalacarregui geschickt wurden, über die Unordnung in der Verwaltung; lieber solle man sie absetzen, murrten sie wohl, und wenn man ihnen auch das Quartier in Ceuta (d. h. Festungshaft) bestimmen sollte. Nacheinander erprobten Sarsfield, Valdes, Quesada ihre Geschicklichkeit in dem gefährlichen Berglande, aber selbst gelegentliche Siege halfen ihnen nichts gegen einen Feind, den sie nicht verfolgen konnten. Auch Rodil, der Sieger in Portugal, der im Juli 1834 auf dem Kampfplatz erschien, vermochte den Feinden nichts anzuhaben, zumal die gleichzeitige Ankunft des Don Carlos deren Begeisterung noch höher entfachte. Siegesberichte schickte er wie seine Vorgänger und Nachfolger freilich so massenhaft nach Madrid, daß die amtliche Zeitung binnen drei Jahre 597 gewonnene Schlachten aufzählen konnte, in denen 380 000 Karlisten getötet oder gefangen sein sollten, d. h. beträchtlich mehr, als die baskischen Provinzen Bewohner hatten. Aber Siege oder Niederlagen, es blieb im ganzen stets beim alten; ein neues Gefecht bedeutete für die Gesamtlage kaum mehr, als daß so und so viel Spanier weniger am Leben waren. Nachdem Rodil sich binnen einiger Monate abgenutzt hatte, trat im Oktober 1834 der alte Mina an seine Stelle. Aber krank und gebrochen wie er war, konnte er seine oft bewährte Fähigkeit für den Gebirgskrieg auch nicht mehr recht bethätigen und bat nach einem halben Jahre um seine Entlassung. Ihn zu ersetzen kam der Kriegsminister Valdes um mit Hilfe frischer Truppen ein ganz neues System durchzuführen; statt seine Leute, wie es bisher geschehen, zu zersplittern, gedachte er sie zusammenzuhalten und wenige, aber wuchtige Schläge auszuführen. Das traurigste Mißlingen war die Folge dieses Planes. In den Bergen und Thälern um Estella überfiel und umschwärmte, ermüdete und zersplitterte Zumalacarregui Ende April seine Feinde mit solchem Erfolge, daß die schlimmste Entmutigung und Verwirrung bei denselben einriß und Valdes schleunigst über den Ebro zurückging. Eine ganze Reihe fester Orte, die bisher noch von den Christinos behauptet waren, fiel in die Hände der Karlisten; Pamplona, Vittoria, Bilbao,

Erfolglose Kämpfe.

Zumalacarreguis Siege.

die Hauptstädte und Hauptfesten der Provinzen, hielten sich zwar, wurden aber von jedem Verkehr untereinander und mit Madrid abgeschnitten; es war ein Triumph, wie ihn Don Carlos noch nicht erlebt hatte.

Frankreich und England. Valdes verheimlichte dem Ministerium nicht, wie ernst die Lage sei, und mahnte dringend um französische Hilfe zu bitten. Davon hatte Rosa bisher nichts wissen wollen: aber schlimme Botschaften aus Aragon, wo Cabrera, und aus Kastilien, wo Merino gleichzeitig Fortschritte machten, gaben Valdes' Forderung doppeltes Gewicht. Anspruch auf französischen Beistand konnte man aus dem Quadrupelvertrage nicht herleiten. Zwar waren die beteiligten Mächte am 18. August 1834 übereingekommen ihn auf Spanien auszudehnen, dergestalt, daß Portugal die Christinos mit Truppen, England sie mit Schiffen und Munition unterstützen sollte; Frankreich aber wurde dadurch nur verpflichtet den Zuzug von Karlisten an der Pyrenäengrenze zu verhindern. Auch in der verschlimmerten Lage, die jetzt eingetreten war, wünschte Lord Palmerston die Einmischung Louis Philipps durchaus nicht und lehnte jede Verantwortlichkeit für Verwickelungen ab, die darüber mit den Ostmächten entstehen könnten. Mehr brauchte Louis Philipp, der selbst gar keine Lust zu dem gefährlichen Unternehmen hatte, nicht; obgleich Thiers die Einmischung befürwortete, wurde dem spanischen Gesandten am 8. Juni eine abweisende Antwort zu teil; alles, wozu man sich verstand, war neben der strengen Grenzsperre an den Pyrenäen die Erlaubnis eine in Algier dienende Fremdenlegion in spanische Dienste zu übernehmen.

Zumalacarreguis Tod. In Madrid erwartete man währenddes täglich das Anrücken Zumalacarreguis, im karlistischen Lager wettete man darauf binnen sechs Wochen in der Hauptstadt zu sein. Aber zum erstenmal machte sich jetzt der hemmende Einfluß der Höflinge geltend, die sich um Don Carlos angesammelt hatten. Trotz aller seiner Vorstellungen erhielt Zumalacarregui Befehl nicht gegen Madrid, sondern gegen Bilboa zu ziehen. Er gehorchte und zog in den Tod. Vor Bilbao empfing er am 15. Juni eine Wunde, welcher er am 25. erlag. Der Verlust, welchen die karlistische Sache dadurch erlitt, war kaum zu ermessen. Daß die Belagerung von Bilbao aufgehoben werden mußte, war das kleinere Übel; das größere war die Unsicherheit und Zerfahrenheit, die nun auch bei den Karlisten Platz griff. Eine ernste Niederlage, die sie am 16. Juli bei Mendigorria durch Cordoba, Valdes' Nachfolger, erlitten, konnte für den Wendepunkt im baskischen Kriege gelten. Bis dahin war die Macht der Karlisten stetig gewachsen; jetzt kam sie zum Stehen, und der Zug nach Madrid war zunächst unmöglich geworden.

Wendepunkt des Krieges.

Die Radikalen. Den plötzlichen Umschwung auszunutzen vermochten aber die Christinos nicht. Das Ministerium Rosa hatte die Ablehnung des französischen Hilfegesuchs nicht überlebt, sondern einem liberaleren Kabinett unter dem bisherigen Finanzminister Toreno Platz gemacht. Den Radikalen genügte jedoch auch dieser Wechsel nicht, sie verlangten nach der Verfassung von 1812. Ihre Hauptstärke hatten sie in Andalusien.

Hier bildeten sich im August 1835 in fast allen Städten, Malaga, Cadiz, Sevilla, Granada voran, Regierungsausschüsse, sogenannte Junten, die den Befehlen aus Madrid den Gehorsam versagten. Ähnlich ging es in Aragon, in Catalonien, an der ganzen Ostküste. In wenigen Tagen sah das Ministerium seinen Einfluß auf die mittleren und westlichen Provinzen zurückgedrängt und selbst hier gefährdet. Unter diesen Umständen wußte Toreno keine andere Rettung, als noch einmal Hilfe von Frankreich zu erflehen. Aber es erging ihm nicht besser als seinem Vorgänger; Louis Philipp verweigerte den Beistand, den er gegen die Karlisten versagt, auch gegen die Radikalen. So mußte denn auch Toreno zurücktreten und seinem bisherigen Kollegen Mendizabal weichen, der den radikalen Progressisten nahe genug stand um auf ihre Freundschaft rechnen zu dürfen, und der sich nicht auf Frankreich, sondern auf England zu stützen entschlossen war. Durch versöhnliche Maßregeln und die Beförderung namhafter Parteiführer zu bedeutenden Ämtern beschwichtigte er die Aufregung soweit, daß sich die Junten im Oktober allmählich auflösten. Auch gegen die Karlisten schien der neue Minister viel Entschlossenheit bethätigen zu wollen. Ein Vertrag vom 24. September sicherte ihm die Entsendung eines portugiesischen Hilfskorps; vier Wochen später ordnete ein Dekret die Aushebung von 100000 Spaniern an. Mendizabal entwickelte eine unglaubliche Zuversicht auf den Erfolg seines Regimentes und brüstete sich insbesondere mit seinem „Finanzgeheimnis“ dergestalt, daß Palmerston spöttisch äußerte, er müsse mindestens die Gans mit den goldenen Eiern unter Verschluß haben. Eine Zeit lang imponierte er dadurch Feinden wie Freunden und verfügte in den Cortes über eine unerhörte Majorität; als diese mehr und mehr zusammenschmolz und endlich gar zur Minderheit wurde, löste er die Versammlung kurzweg auf und verschaffte sich dadurch im Januar 1836 eine neue Frist. Im Baskenlande hatte währenddessen Cordoba gegen die karlistischen Führer Maroto, Moreno, Eguia u. a. tapfer Stand gehalten, wenn er auch nicht jeden Verlust abzuwenden vermochte. In Catalonien und Aragon dagegen zog der Karlismus aus den Erhebungen der Radikalen großen Vorteil und operierte mit Massen, wie er sie bis dahin noch nicht zur Verfügung gehabt hatte. Mochte man sich in Madrid durch Mendizabals Schwindeleien täuschen lassen, in den Provinzen ward man seiner großen Worte bald satt. Wenn nicht endlich eine tröstliche Erfahrung die hundertmal versprochenen Thaten zu zeigen anfange, drohten die Aragonesen und Valencianer sich ganz von den Christinos loszusagen und ihre Provinzen selbständig zu organisieren. Die Neuwahlen zu den Cortes lieferten zwar fast lauter fortschrittliche Abgeordnete, aber die frühere unbedingte Herrschaft übte Mendizabal nicht mehr. Unter der Leitung zweier früherer Anhänger des Ministers, Isturiz' und Galianos, bildete sich eine neue Partei, die sich zugleich der Regentin zu nähern suchte. Seine beste Stütze besaß Mendizabal an Lord Palmerston, der ihn auf alle Weise zu fördern suchte. Ganz

Mendizabal.

Portugiesische Hilfe.

Fortgang des Krieges.

im Widerspruch mit seiner bisherigen Politik lud er im März 1836 Frankreich zur bewaffneten Einmischung ein und erteilte, da Louis Philipp auch diese Aufforderung ablehnte, der englischen Flotte unter Admiral Hay Befehl thätigen Anteil am Kriege zu nehmen. Mendizabal suchte sich dafür dankbar zu zeigen und wollte einen ansehnlichen Erfolg, den Hay am 5. Mai in Gemeinschaft mit Evans, dem Kommandeur der englischen Fremdenlegion, vor San Sebastian davongetragen, benutzen um dem letzteren auf Kosten Cordobas eine besondere Auszeichnung zuzuwenden. Allein Maria Christina, die seiner schon längst überdrüssig war und jetzt in Isturiz den Mann der Lage sah, verweigerte ihre Zustimmung und entließ am 14. Mai das ganze Kabinett. Allerdings antworteten die Cortes darauf mit einem Sturm der Entrüstung und erteilten den neuen Ministern Isturiz und Galiano schnell hintereinander ein paar Mißtrauensvoten; aber die Folge war lediglich, daß sie am 23. Mai aufgelöst wurden, und der Ausfall der Neuwahlen schien zu bezeugen, daß das Land dieses kräftige Auftreten billige. Doch schon Ende Juli erhoben sich die Radikalen in Andalusien, riefen die Verfassung von 1812 aus und beherrschten in wenigen Tagen die ganze Provinz, ja bald auch Aragon, Katalonien und andere Landesteile im Norden und in der Mitte. Noch trüber wurde die Lage der Regierung durch ein paar kühne Expeditionen, welche die Karlisten nach Asturien und Kastilien unternahmen; in voller Verzweiflung rief Isturiz noch einmal den Beistand Frankreichs an: eine Provinz nach der anderen entziehe sich dem Gehorsam; bald werde die Regierung auf die Hauptstadt beschränkt sein; ohne französische Hilfe bleibe der Königin nichts übrig als die Verfassung von 1812 anzunehmen. Wirklich ward ihm jetzt das Versprechen zu teil die französische Fremdenlegion auf 8000 Mann alter Truppen zu verstärken; aber diese Hilfe kam zu spät.

Isturiz.

Die Revolution von La Granja.

In der Nacht zum 13. August 1836 drangen zu La Granja, wo sich die Regentin aufhielt, Soldaten des 4. Garderegiments, von dem Unteroffizier Garcia geführt, in das Schlafgemach Maria Christinens und erpreßten von ihr das Versprechen die Verfassung von 1812 wieder einzuführen. Der Sturz des Ministeriums, dessen Neubildung Calatrava übertragen wurde, scheußliche Pöbelscenen in Madrid, denen Quesada zum Opfer fiel, und überdies die vollständige Abwendung Frankreichs waren die Folge. Mit Recht oder Unrecht gab man in Paris diese Vorgänge für eine englische Intrigue aus; der Privatsekretär des englischen Gesandten sollte persönlich Geld unter die Aufrührer verteilt haben. Dem neuen radikalen Ministerium die Hilfe zu leisten, welche Isturiz versprochen war, fühlte sich Louis Philipp nicht verpflichtet. Thiers' Einwendungen und Vorstellungen blieben fruchtlos; 14 Tage nach der Revolution von La Granja mußte er von seinem Posten zurücktreten, und Graf Molé, der ihn ersetzte, machte sogleich die Verstärkung der Fremdenlegion rückgängig und näherte sich in starker Schwenkung der spanischen Politik der Ostmächte.

Aufschwung des Carlismus.

Noch einmal hatten so die Dinge für Don Carlos ohne sein Zuthun eine äußerst günstige Gestalt gewonnen. Eingeschüchtert und um sich selbst besorgt war Maria Christina nicht abgeneigt das Spiel verloren zu geben und sich in ihr Heimatland Neapel zurückzuziehen. Die Gemäßigten unter ihren Anhängern konnten sich nicht verhehlen, daß sie Don Carlos doch eigentlich näher ständen als den Radikalen, die jetzt das Ruder lenkten. Nur einige Zugeständnisse von seiten des Prätendenten und sie erklärten sich für ihn. Auch militärisch waren die Karlisten in großem Vorteil. Blieb die französische Fremdenlegion, zusammengeschmolzen wie sie war, ohne Verstärkung, so brachen in der englischen, die seit Monaten keinen Sold erhalten, gar Meutereien aus. Cordoba, der Befehlshaber der Christinos, hatte seinen Abschied, aber wochenlang keinen Nachfolger erhalten. Kühne Bandenführer, wie Gomez und Garcia, durchzogen die Provinzen südlich des Ebro und bedrohten sogar Madrid; ja selbst nach einer schweren Niederlage, die ihm der christinische General Alaix am 19. September 1836 bei Villarrobledo in der Mancha beibrachte, abenteuerte Gomez weiter, besetzte Cordoba und die Quecksilberstadt Almaden, verspottete den Kriegsminister Rodil, der gegen ihn auszog, und erlag erst Ende November wenige Meilen von Cadiz den entschlosseneren Angriffen des Generals Narvaez, der vorher auch Garcia besiegt hatte; immerhin gelang es ihm auch so noch von seinen 10 000 Mann etwa den dritten Teil durch bewundernswürdige Gewaltmärsche über den Ebro zurückzubringen.

Gomez' und Garcias Streifzüge.

Espartero vor Bilbao.

Don Carlos hatte mittlerweile eine neue Belagerung von Bilbao eröffnet. Seit Ende Oktober lag er vor der Stadt, die ihm vor Jahresfrist seinen besten Feldherrn, Zumalacarregui, gekostet hatte. Jetzt schien sie ihrem Schicksal nicht entgehen zu können. Nur zögernd entschloß sich der neue Befehlshaber in den baskischen Provinzen, Baldomero Espartero, doch wenigstens einen Versuch zum Entsatz zu wagen. Es kam darauf an den Karlisten das Fort Luchana zu entreißen, welches die Verbindung zwischen Bilbao und Portugalete sperrte. Begünstigt von einem furchtbaren Schneegestöber errang Espartero in der Weihnachtsnacht diesen hart bestrittenen Erfolg; die Karlisten, bitter enttäuscht, zogen in wilder Hast von Bilbao ab, und die Christinos, durch Narvaez' Erfolge im Süden noch mehr ermutigt, jubelten maßlos über die glückliche Wendung der Dinge und glaubten jetzt durch einen Hauptschlag dem Kriege ein Ende machen zu können.

In den ersten Tagen des März 1837, so war ihr Plan, sollten Espartero von Bilbao, Sarsfield von Pamplona und Evans von San Sebastian, mit zusammen etwa 50 000 Mann, aufbrechen und sich bei Tortosa in Guipuzcoa vereinigen um gemeinschaftlich dem Feinde den Todesstreich zu versetzen. Aber so gut der Plan ausgedacht war, so kläglich mißlang er. Espartero und Sarsfield vermochten nicht die Feinde aus ihren Stellungen zu verdrängen; Evans erfocht zwar am 15. März bei Oriamendi einen glänzenden Sieg, aber nur um am

Sieg bei Oriamendi.

nächsten Tage von Don Sebastian, Don Carlos' Bruder, ebenso entschieden geschlagen und zum Rückzug gezwungen zu werden. Dennoch wurde der Plan nicht aufgegeben; in etwas veränderter Gestalt sollte er im Mai ausgeführt werden; Espartero begab sich mit dem Hauptteile seiner Truppen zur See nach San Sebastian und brach von da mit 36 000 Mann nach Tolosa auf. Diesmal war ihm der leichteste Erfolg beschieden; auf den wichtigsten Punkten traf er nur kleine Scharen von Verteidigern. In Don Carlos' Kriegsrat hatte nämlich die Partei gesiegt, welche längst schon zu einem Zuge nach Madrid drängte. Um die Mitte des Monats brach das königliche Hoflager von Estella auf und setzte sich mit einem höchst mangelhaft verproviantierten Heere von kaum 14 000 Mann nach Aragon in Bewegung. Den Ebro sofort zu überschreiten und geradewegs auf die Hauptstadt loszugehen konnte man sich nicht entschließen; vielmehr wich die Marschrichtung immer stärker nach Osten aus und nach vier Wochen befand sich Don Carlos statt näher an Madrid hoch im Nordosten, in Salsona, dem Sitz der karlistischen Junta von Catalonien. Nur den dringenden Vorstellungen Cabreras, der in den Bergen von Valencia und von seiner starken Feste Cantavieja aus die karlistische Sache verfocht, gelang es die Expedition endlich zum Ebroübergang bei Cherta (nahe der Mündung) zu bewegen. Aber auch jetzt ward nicht die Straße nach Madrid eingeschlagen, sondern erst das reiche Valencia heimgesucht. Das gab den Christinos Zeit, Truppen heranzuziehen, die sorglosen Feinde bei Chiva am 15. Juli zu überfallen und sie in die Berge von Cantavieja zu werfen. Espartero hatte unterdes in den entblößten baskischen Provinzen die wichtigsten Plätze erobert und rückte nun, zum Oberbefehlshaber aller gegen die Karlisten kämpfenden Truppen ernannt, auch seinerseits über den Ebro heran. Wäre er ein Feldherr im großen Stile gewesen, so hätte Don Carlos nicht mehr entkommen können; allein die Fähigkeit getrennte Truppenteile nach einem Ziele zu lenken ging ihm völlig ab. Die Karlistenführer hingegen, neben Cabrera besonders Zaratiegui, operierten sehr geschickt und wußten die feindlichen Generale teils einzeln zu schlagen, teils sich zwischen ihnen hindurchzuwinden und sich dann in der Richtung auf Madrid zu vereinigen. Am 12. September stand Don Carlos mit 16 000 Mann jenseit des Tajo in Arganda und sein Vortrab sah die Türme der Hauptstadt vor Augen.

Don Carlos gegen Madrid.

Calatrava.

Wenige Wochen vorher war das Ministerium Calatrava zusammengebrochen. In anbetracht der schwierigen Lage, die es nach der Revolution von La Granja vorfand, war seine Amtsführung doch nicht erfolglos gewesen. Obgleich es selbst aus Radikalen bestand und der Anerkennung der Verfassung von 1812 seinen Ursprung verdankte, hatte es doch sofort alle Anstalten getroffen um diese in gemäßigtem Sinne umarbeiten zu lassen und hatte die Cortes für diese Auffassung zu gewinnen gewußt. So war nach langen parlamentarischen Kämpfen die Verfassung vom 8. Juni zustande gekommen, die, immer noch sehr demo-

kratisch gefärbt, doch den Konservativen soviel Gewähr bot, wie nötig war um sie von dem Übergang ins karlistische Lager abzuhalten. Ein triftiger Anlaß für den Rücktritt des Ministeriums lag auch jetzt nicht vor; es fiel vor der mutwilligen Demonstration einer Anzahl von Esparteros Offizieren, die im August, als Zaratiegui die Hauptstadt bedrohte, ungestüm einen Ministerwechsel forderten. Natürlich fiel die Neubildung des Kabinetts nun Espartero zu, der somit die politische und die militärische Leitung in seiner Hand vereinigte. Für ihn hing alles davon ab, daß er den Karlisten den Einzug in Madrid verwehrte. Wider Erwarten gelang ihm das ohne Schwertstreich. Don Carlos wagte nicht es auf einen Kampf ankommen zu lassen, und wandte sich am 13. September zum Rückzug nach Nordosten. Unter großen Mühsalen und schweren Verlusten erreichte er Ende Oktober den Ebro mit dem demütigenden Bewußtsein ein entscheidendes Unternehmen gänzlich gescheitert zu sehen.

Don Carlos' Rückzug.

Guergué und Maroto.

Das war aber nicht das einzige Unglück. Die Parteien in seinem Lager, die sich stets lebhaft bekämpft hatten, gerieten jetzt noch heftiger aneinander. Die eine machte der anderen das Mißlingen zum Vorwurf; die Ultras aber klagten die Gemäßigten überdies noch an, daß sie zu dem Zuge geraten. Es gelang ihnen den Prätendenten ganz unter ihren Einfluß zu bekommen. Wir, so lautete die Parole, die der neue Obergeneral Guergué ausgab, wir, die Dummköpfe, die Finsterlinge, haben Ew. Majestät nach Madrid zu führen, und wer nicht in diese Klasse gehört, ist ein Verräter! Die militärische Unfähigkeit dieses Mannes, der im Laufe des Jahres 1838 mehrere Niederlagen erlitt, obgleich auch Espartero den Krieg sehr lässig führte, schädigte die Interessen Karls aber kaum so sehr, wie das fanatische Treiben seiner Parteigenossen, unter denen der Bischof von Leon und der Höfling Arias Teijeiro hervorragten. Unter den treuesten Anhängern des Prinzen zeigte sich Unzufriedenheit, mehr als ein Regiment murrte und meuterte, die Basken begannen des Krieges überdrüssig zu werden, und auch die östlichen Kabinette wurden stutzig und hielten ihre Subsidiengelder zurück. Dies letztere berichtete dem Prätendenten der Erzbischof von Havana, Cirilo, der nach einer Rundreise an den genannten Höfen sich zu ihm begab und wenigstens soviel durchsetzte, daß an Stelle des fanatischen und unfähigen Guergué, der im Juni das feste Peñacerrada verloren hatte, der gemäßigte und tüchtige Maroto das Oberkommando erhielt. Unmöglich konnte sich dieser aber sicher fühlen, solange seine erbitterten Feinde den vertrauten Rat des Fürsten bildeten und demselben vordemonstrieren durften, die Leute, welche lesen und schreiben könnten, die Generale, die mit Zirkel und Karte arbeiteten, seien keine Freunde der Religion und der Rechte des Prätendenten. Gegen sie, die offen auf seinen Sturz hinwirkten, glaubte Maroto auch seinerseits Gewalt brauchen zu dürfen. Nachdem er lange vergeblich ihre Entfernung aus der Umgebung des Königs und die Befreiung seiner verhafteten Gesinnungs-

genossen gefordert hatte, erklärte er endlich geradezu, es bleibe ihm nichts als Selbsthilfe übrig. Dann ließ er ohne Zögern Guergué, Garcia und zwei andere Generale nach kurzem Kriegsrat am 18. Februar 1839 zu Estella erschießen. Don Carlos antwortete darauf mit einer Proklamation, die Maroto als einen Verräter absetzte und zur Rechenschaft vorlud. Allein als keine Hand sich rührte um diesem Befehle Achtung zu verschaffen, als der Verräter selbst mit seinen Truppen heranrückte, entschlossen seinen Willen durchzusetzen, da mußte sich Don Carlos wohl oder übel fügen, mußte seine Proklamation zurücknehmen und verbrennen lassen, eine neue an ihre Stelle setzen, welche die Hinrichtung der Generale billigte und Maroto eine Ehrenerklärung gab, und endlich gar 35 Mitglieder der Ultrapartei, darunter den Bischof von Leon, den Arias Teijeiro, den Beichtvater Larraga aus seiner Nähe und den ihm anhängenden Landesteilen verbannen. Damit war seine Sache thatsächlich verloren. Nicht als ob die Ultras allein imstande gewesen wären sie zu verteidigen. Aber der Glaube an die Möglichkeit eines Sieges war jetzt vernichtet. Zwischen Don Carlos und Maroto konnte sich ein Vertrauensverhältnis nicht wieder gestalten; Maroto mußte sich sagen, daß der Mann, für welchen er kämpfte, die erste Gelegenheit ergreifen werde um sich seiner zu entledigen. Diese Einsicht trieb ihn zum Verrat. Noch im Februar 1839 ging er auf Unterhandlungen ein, die Espartero ihm anbot. Sie scheiterten freilich fürerst an der Forderung Marotos, daß die junge Königin Isabella den ältesten Sohn des Don Carlos heiraten solle. Ob er diese Forderung werde aufrecht erhalten können, hing wesentlich von dem Ausgang der nächsten Kämpfe ab. Dieser war überall Espartero günstig; eine Reihe von Gefechten im April und Mai häuften neuen Ruhm und neue Auszeichnungen auf den „Siegesherzog“ (Duque de la Victoria), wie sein neuester Titel lautete, und machten Marotos Stellung immer schwieriger. Alle seine Gegner im karlistischen Lager verdoppelten ihre Anstrengungen um ihn zu stürzen, und die furchtbaren Verwüstungen, mittels deren Espartero die Basken einzuschüchtern und dem Frieden geneigt zu machen suchte, erregten auch bei den Truppen neuen Zorn, neue Kampfeslust und mancherlei Meutereien gegen Maroto. So mußte dieser um sich selbst zu retten mit den Verhandlungen Ernst machen und alle unerreichbaren Bedingungen schwinden lassen. Teils mit dem englischen Admiral Hay, besonders aber mit Espartero wurden persönliche Besprechungen und schriftliche Verhandlungen gepflogen, die am 31. August 1839 in dem Vertrag von Vergara endeten, kraft dessen Maroto seine Truppen, 21 Bataillone und 3 Schwadronen, in das christinische Lager überführte, wogegen den Offizieren ihre Grade und Würden, den Basken ihre bisherigen Privilegien gewährleistet wurden.

Marotos Verrat. *Der Vertrag von Vergara.*

Don Carlos' weitere Schicksale.

Der Prätendent gab seine Sache jetzt verloren; am 14. September verließ er nach mehr als fünfjährigem Aufenthalte die baskischen Länder und begab sich nach Frankreich. Hier wies ihm die Regierung Bourges

als Wohnort an und gestattete ihm erst 1845, nachdem er seinen Ansprüchen zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des Grafen von Montemolin, entsagt hatte, sich zu entfernen. Er starb 1855 in Triest. Graf Montemolin (Don Carlos VI.) und sein Bruder Don Fernando machten 1860 einen unglücklichen Versuch, sich den spanischen Thron zu erobern und starben gleich darauf schnell hintereinander, gleichfalls in Triest, beide kinderlos. Ihr dritter Bruder Don Juan verzichtete im Oktober 1868 zu Gunsten seines Sohnes Don Carlos (VII.), der nun sofort mit seinem Bruder Alfonso den Versuch begann, seine Rechte mit den Waffen zur Geltung zu bringen. Die karlistische, d. h. die äußerste ultramontane Partei, hatte nie aufgehört die Regierung der Königin Isabella als unrechtmäßig zu betrachten. Auch als Don Carlos 1839 das Spiel verloren gab, kämpfte sein tüchtigster Anhänger, Cabrera, noch monatelang weiter; erst im Juli 1840 überschritt auch er mit dem Reste der Aufständischen die französische Grenze und beendete dadurch den siebenjährigen Bürgerkrieg. Zur Ruhe kam das zerklüftete Land aber auch dadurch nicht. Von den Anhängern des Prätendenten befreit, begannen die Christinos um so leidenschaftlicher den Parteikampf im eigenen Lager zu erneuern. Die Regentin hielt nach Erlaß der Verfassung von 1837 fest zu den konservativen Moderados, aus deren Mitte sie im Dezember jenes Jahres das Ministerium Ofalia bildete, das sich bis in den September 1838 hielt um dann einem nicht viel anders gefärbten unter dem Herzog von Frias zu weichen, der seinerseits wieder schon im November dem Grafen Perez de Castro seinen Platz einräumte. In sich selbst gespalten, waren die Moderados ebenso unfähig zur Regierung wie die Progressisten, unter denen die leidenschaftlichsten Elemente, die Exaltados, immer mehr die Führung an sich rissen. Trotzdem vereinigten sich die Feinde des Ministeriums unter den Moderados mit ihnen und antworteten auf die Vertagung der Cortes, welche Perez de Castro im März 1839 anordnete, mit einer Steuerverweigerung. Eine Auflösung der Cortes, regierungsfeindliche Neuwahlen und eine zweite Auflösung der kaum zusammengetretenen Versammlung waren die Folge. Dank der maßlosen Beeinflussung, welche das Ministerium sich erlaubte, gelang es ihm dann eine gefügige Mehrheit zusammenzubringen. Aber es sollte sich des Sieges nur kurze Zeit erfreuen. Als ein neues Gemeindegesetz im Juni 1840 den Gemeinden das Recht ihre Obrigkeiten selbst zu wählen entzog, brach ein Aufstand los, der Christinens Stellung völlig erschütterte. Auch ihr Privatleben erregte den größten Anstoß; seit Jahren lebte sie mit einem ihrer Leibgardisten, Muñoz, einem Manne von niederer Herkunft, in einem Verhältnis, das erst 1844 mit der Erhebung des Muñoz zum Herzog von Rianzares als rechtmäßige Ehe anerkannt wurde. Der einzige Mann, der etwa noch eine Versöhnung zwischen der Regentin und den Progressisten herbeizuführen vermochte, war Espartero, den sie mit Ehren überhäuft und dem Ministerium zum Trotz in seinen Ämtern erhalten hatte. Zu ihm, der in Catalonien

Marginalien: Karl VI. — Karl VII. — Cabrera. — Wechselnde Ministerien. — Der Aufstand von 1840.

die letzten karlistischen Scharen bekämpfte, eilte die Regentin und bat um seinen Beistand. Aber die Bedingungen, die er auf einer Zusammenkunft in Barcelona stellte, schienen ihr selbst unter diesen Umständen unannehmbar. Bald belehrte sie der Fortgang der Ereignisse eines Besseren. Das Moderado-Ministerium, welches sie unter dem Schutze des Generals O'Donnell in Valencia bildete, blieb völlig machtlos; die aufständische Regierungsjunta in Madrid beherrschte mehr und mehr das ganze Land. So gab sie denn am 16. September 1840 Espartero die Vollmacht zur Bildung eines progressistischen Kabinetts. Jubelnd wurde dieser in Madrid aufgenommen und verlangte nun von der Regentin, die noch immer in Valencia weilte, die Auflösung der Kammer, die Zurücknahme des Gemeindegesetzes, die Entfernung der Camarilla. Lieber, als daß sie auf diese Forderungen einging, verzichtete Christine auf die Regentschaft. Am 12. Oktober dankte sie ab, übertrug ihre Rechte dem Ministerium und verließ das Land. Die neuen Cortes billigten das Vorgefallene und ernannten am 8. Mai 1841 Espartero zum Regenten. Aber auch ihm war es nicht vergönnt, dem Lande die Ruhe wiederzugeben. Obgleich er die Aufstandsversuche der Moderados O'Donnell, Narvaez, Concha u. a. mit Strenge unterdrückte und den vollen Haß dieser Partei sich aufs Haupt lud, konnte er doch den Ansprüchen der Exaltados nicht genügen und sah seinen Anhang immer mehr zusammenschmelzen. Die günstige Gesinnung, welche Frankreich den Anhängern Christinens und dieser selbst bewies, zwang ihn an England eine Stütze zu suchen, woraus denn seine Gegner nicht ermangelten, sich ein populäres Feldgeschrei zurechtzumachen. Endlich kam es gar zu einem förmlichen Bündnis der extremen Parteien gegen ihn. Die Exaltados mit dem Obersten Prim, die Moderados mit dem General Narvaez an der Spitze, erhoben sich im Juli 1843 wider ihn; eine revolutionäre Regierung, die aus Lopez, Caballero und Serrano bestand, wurde in Madrid eingesetzt, und der Siegesherzog sah sich so von aller Welt verlassen, daß er seine Würde niederlegte und sich am 30. Juli in Cadiz nach England einschiffte. Den verbündeten Parteien war es aber auch nicht möglich auf die Dauer gemeinschaftlich zu regieren, und so war das Endergebnis dieses Aufstandes ein Beschluß der Cortes, welcher die kaum 13jährige Isabella für volljährig erklärte und der langen Regentschaft ein Ende machte. Am 10. November 1843 leistete die junge Königin den Eid auf die Verfassung und begann ihre dem Namen nach selbständige Regierung, die ein Vierteljahrhundert sich hielt um mit dem schmählichsten Sturz zu enden. In schnellem Wechsel folgten sich nun ein progressistisches Ministerium unter Olozaga und ein reaktionäres unter Gonzalez Bravo, bis im Mai 1844 Narvaez, das militärische Haupt der Moderados, das Ruder ergriff und es mit zwei kurzen Unterbrechungen sieben Jahre festzuhalten verstand. Eine neue Verfassung vom 25. Mai 1845, eine zweckmäßige Steuer- und Verwaltungsreform, endlich im Jahre 1849 auch eine allgemeine Amnestie

Esparteros Regentschaft.

Sein Sturz.

führten das Land zu geregelteren und ruhigeren Verhältnissen zurück. Aber eine wahre Versöhnung der Parteien wurde nicht erreicht, und ehe noch die Früchte, welche Narvaez' maßvolle Politik zeitigte, gereift waren, erlag er den erbitterten Angriffen der Absolutisten.

Die Politik der Großmächte und das junge Europa.

Diese spanischen Wirren hatten nun während der dreißiger Jahre die Stellung der großen Mächte zu einander wesentlich beeinflußt. Fest zusammenhielten die drei Ostmächte; selbst die Kongresse der Monarchen und der Minister kamen wieder in Aufnahme. Wegen der Vorgänge auf der Pyrenäenhalbinsel wären dieselben allerdings nicht einmal erforderlich gewesen, so fest konnte Don Carlos auf die Sympathieen der beiden Kaiserhöfe und selbst des Königs von Preußen rechnen. Trotz der bedrängten Finanzverhältnisse Österreichs ließ Metternich Millionen von Gulden in die Kasse seines Schützlings fließen; auch der sparsame Friedrich Wilhelm scheute nicht vor ähnlichen Opfern zurück, und Nikolaus bedauerte lebhaft durch die Entfernung Spaniens an der militärischen Unterstützung des Prinzen gehindert zu sein. Aber wenn die Wahl zwischen Karlisten und Christinos den Ostmächten keinerlei Zweifel verursachte, so verwickelte sich die Sache doch durch die Quadrupelallianz und die Haltung, welche Louis Philipp infolge derselben zu den spanischen Ereignissen einnahm. Metternich hätte mit der Julimonarchie sehr gern ein gutes und enges Einvernehmen unterhalten; er hegte zwar große Bedenken, ob eine so prinziplose Regierung sich dauernd werde behaupten können; allein er wußte, daß es in Louis Philipps Macht stand den revolutionären Parteien im Auslande seine Unterstützung zu gewähren und sie dadurch in unberechenbarer Weise zu fördern. Daß der König schon im Interesse seiner eigenen Dynastie dazu nicht sehr geneigt sei, stand ihm nicht minder fest; aber teils die unversöhnliche Feindschaft, die der Zar gegen die Orleans hegte, teils der Wunsch des französischen Königs sich wenigstens den Schein des Liberalismus zu bewahren verhinderte doch eine wirklich intime Annäherung an die Ostmächte und drängte ihn vielmehr zum Bündnis mit England. Greifbare Vorteile hatte ihm dasselbe bis dahin kaum gebracht. In Belgien hatte er keinen seiner Herzenswünsche erreicht; seine Anconade war von England ebenso scharf verurteilt wie von den Ostmächten; die geplante französisch-englische Intervention zu Gunsten der Polen war gescheitert; selbst der deutsche Bund hatte sich die Einmischung der beiden Mächte in seine Beschlüsse von 1832 nicht gefallen lassen und ebenso nach dem Putsch von 1833 den Protest derselben gegen die Besetzung Frankfurts durch österreichische und preußische Truppen zurückgewiesen; in Spanien lagen die beiden Verbündeten fast ununterbrochen in einem nicht zu verbergenden Kampfe um den vorwiegenden Einfluß am Hofe Maria Chri-

Die Ostmächte.

Louis Philipp.

stinens. Am schwierigsten und widerspruchvollsten aber gestaltete sich das Verhältnis der Julimonarchie zu der radikalen Propaganda des Flüchtlingstums. Während der König schlechterdings nicht umhin konnte den Polen in Frankreich Aufnahme und Unterstützung zu gewähren, mußte er doch gegen die geheimen Gesellschaften ankämpfen, die seinen eigenen Thron untergruben; während er die Schweiz gegen die Drohungen der Ostmächte, welche Ausweisung der Flüchtlinge forderten, in Schutz nahm, konnte er doch nicht verkennen, wie gefährlich das revolutionäre Treiben hart an seinen Grenzen für ihn selber werden müsse. Denn in der That kam es in der Schweiz zu einer förmlichen Organisation des europäischen Verschwörertums. Die Seele desselben war der Italiener Giuseppe Mazzini. 1808 zu Genua geboren, hatte dieser hochbegabte Mann sich mit schwärmerischer Innigkeit die Verfolgung seiner politisch-religiösen Ideale zur Lebensaufgabe gestellt. Durch Geburt und Vermögen wie durch Gemütsstimmung und Sitten war er der Aristokrat unter den Revolutionären. Der Carbonarismus, dessen Mitglied er gewesen war, entsprach seinen hohen Anforderungen nicht; zu viele fremdartige Bestandteile hatten sich in denselben gedrängt, und es gebrach ihm die Stetigkeit und Sicherheit der Leitung, die Mazzini für unentbehrlich hielt. So faßte er den Plan selbst eine neue Gesellschaft zu gründen. Die Folgen der italienischen Aufstände von 1831 trieben ihn ins Ausland; in Marseille gründete er das junge Italien und schuf sich in einer Zeitung gleiches Namens ein Mittel zur Verbreitung seiner Ideen. Auch der Carbonarismus hatte seinen Schwerpunkt nach Frankreich verlegt, und seine oberste Behörde, die Hohe Venta, mit der Pariser zu der Haute Vente Universelle vereinigt. Diesen Versuchen Frankreich zum Mittelpunkt der europäischen Revolution zu machen durfte Louis Philipp unmöglich thatenlos zusehen. Der Hohen Venta freilich ließ sich schwer auf die Spur kommen. Mazzini hingegen, der in der Presse offen seine Ansichten vertrat, war leicht zu erreichen. Eine Fälschung mußte den Stoff liefern, der ein unmittelbares Einschreiten rechtfertigen sollte. Es waren im Mai 1833 zu Rodez in Südfrankreich zwei Italiener von einem dritten ermordet worden; ein Agent der Polizei entdeckte darauf ein von Mazzini unterzeichnetes Todesurteil, welches den Mord als einen politischen erscheinen ließ. Und obgleich nun die Geschworenen von Aveyron die Unterschrift für nachgemacht erklärten und den Angeschuldigten freisprachen, wurde er doch des Landes verwiesen. Gleichwohl verbarg er sich unter falschem Namen noch geraume Zeit in Frankreich um einen Plan auszuführen, den er gemeinsam mit der Hohen Venta verfolgte; denn bis dahin hatte er noch nicht völlig mit den Carbonari gebrochen. Es handelte sich um einen Einfall in Savoyen, mit der Absicht von da aus Italien zum Aufstand zu bewegen. Eigentlich sollte das Unternehmen gleichzeitig mit dem Frankfurter Putsch gewagt werden; allein es verzögerte sich bis Anfang 1834 und erfreute sich nun der Mitwirkung deutscher, polnischer und anderer Flüchtlinge.

Mazzini. — *Das junge Italien.* — *Verfolgung in Frankreich.* — *Der Savoyer Putsch.*

Die militärische Leitung war dem aus der polnischen Revolution bekannten Ramorino übertragen. In der Nacht zum 1. Februar 1834 überschritten die Verschworenen in zwei Abteilungen von Genf aus die Grenze; aber schon am selben Tage mußten sie sich zurückziehen, da sie nicht den geringsten Anklang bei der Bevölkerung fanden. Infolge dieses Mißlingens brach Mazzini offen mit den Carbonari und begann die Bildung des jungen Europa. Die Demokraten jedes Volkes sollten sich zu einem Bunde nach Art des jungen Italien vereinigen, die einzelnen Bünde sich zu einer Gesamtheit verbrüdern. Ein Centralausschuß unter Mazzinis Vorsitz bildete die Spitze, die Verfassungen der Einzelbünde aber wurden von jedem selbständig entworfen. Eifrig ergriffen die deutschen und polnischen Flüchtlinge in der Schweiz diese Gedanken; sie begründeten ein junges Deutschland und ein junges Polen und unterzeichneten mit dem jungen Italien zusammen am 15. April 1834 zu Bern die Verbrüderungsakte, ein Schutz- und Trutzbündnis zur Verfolgung gleicher Ziele unter dem gemeinschaftlichen Symbol: Freiheit, Gleichheit, Humanität. Ein einziger Gott, so lautete ihr Programm: ein einziger Herrscher — Gottes Gesetz; ein einziger Ausleger dieses Gesetzes — die Menschheit. Kämpfen wollte man für die junge Freiheit gegen die alte Sklaverei, für die junge Gleichheit gegen die alten Vorrechte, für die neuen Ideen gegen den alten Glauben. Jedes Volk sollte dabei seine volle Selbständigkeit behalten, keines über das andere die Herrschaft verlangen, ein großer Bruderbund sie alle umschließen. Dieses Programm verscholl nicht ungehört. Ein junges Frankreich bildete sich, eine junge Schweiz, ein junges Spanien. Doch fehlte es trotz der programmmäßigen Eintracht nicht an Entzweiung. Mazzini selbst mußte aus dem Vorstande ausscheiden, und auch in den einzelnen Landsmannschaften gab es Reibereien genug. Nächst dem jungen Italien war das junge Deutschland am thätigsten. Unter seinen Häuptern waren Breidenstein und Stromaier die bekanntesten; doch wechselten die Ausschüsse in rascher Folge; in weniger als zwei Jahren hatte es ihrer sechs gegeben. Die Verbindung beschränkte sich auf die Schweiz und Frankreich. Zur Zeit ihrer größten Blüte hatte sie etwa 300 Mitglieder an 25 Orten. Ihr Einfluß erstreckte sich aber bedeutend weiter. Die Mitglieder stifteten nämlich in den meisten Städten der Schweiz Lesevereine, in welche die deutschen Handwerksburschen aufgenommen und für republikanische Ideen gewonnen wurden. Da las man das Vaser Unser neuer Lesart, das A-B-C-Buch der Freiheit, die Erklärung der Menschenrechte; da sang man das schreckhafte Lied von den hundert Handwerkern, das in jedem seiner Verse die Genossen irgend eines Gewerkes aufforderte, mit Beil, Axt, Hammer oder Strick, je nachdem, die deutschen Fürsten zu beseitigen, oder man lernte die lästerlichen Verse des Frankfurter Sauerwein auswendig, das Lieblingslied der deutschen Flüchtlinge:

Das junge Europa.

Das junge Deutschland.

> Wenn die Fürsten fragen: Was macht Absalom?
> Könnt ihr ihnen sagen: Ei, der hänget schon.

Doch an keinem Baume und an keinem Strick,
Sondern an dem Traume einer Republik.

Wollen sie gar wissen, wie's dem Flüchtling geht,
Sprecht: er ist zerrissen, wo ihr ihn beseht.
Gebt nur eure großen Purpurmäntel her,
Das giebt gute Hosen für das Freiheitsheer.

Fragen sie gerühret: will er Amnestie?
Sprecht, wie sichs gebühret: er hat steife Knie.
Ihm blieb nichts auf Erden als Verzweiflungsstriech'
Und Soldat zu werden für ein freies Reich.

Solche Lieder und Ideen trugen die Handwerksburschen dann über den Rhein ins Vaterland zurück, und aus diesem Gesichtspunkte betrachtet war die Wirksamkeit Jungdeutschlands nicht ganz gering anzuschlagen, besonders da von Paris aus in demselben Sinne gewirkt wurde. Wenn man aber ein thätiges Eingreifen von ihm befürchtete, wenn man besorgte, es werde einen Einfall in Baden zuwege bringen und Deutschland revolutionieren, so war das eine gewaltige Überschätzung; dazu fehlten alle Mittel. Gleichwohl waren die Regierungen entschlossen dem Treiben ein Ende zu machen und setzten ihren Willen auch durch, allerdings nicht ohne Widerstand überwinden zu müssen. Begünstigt wurden sie durch mancherlei Ausschreitungen der Flüchtlinge. Nach dem Savoyerzuge verlangten Rußland, Österreich, der deutsche Bund und Sardinien die Ausweisung aller daran Beteiligten. Zürich als Vorort sagte diese zu, verwahrte sich aber gegen die angedrohten Gewaltmaßregeln. Thatsächlich wurden auch die meisten Teilnehmer des Zuges aus der Schweiz entfernt; aber begünstigt von einzelnen Kantonen, welche diese Nachgiebigkeit gegen fremdländische Einmischung mißbilligten, blieben andere im Lande, unter ihnen Mazzini, der in Bern geduldet wurde, das an der Spitze der Widerstrebenden stand. Thörichterweise ließ die Polizei dort auch eine lebhafte Demonstration der Flüchtlinge zu. Sie versammelten sich am 27. Juli 1834 im Steinhölzli, hielten heftige Reden gegen die Regierungen und verhöhnten deren Landesfarben. Das gab denn zu neuen Drohungen seitens der Großmächte Anlaß; eine förmliche Grenzsperre gegen die Schweiz wurde eingeführt und der diplomatische Verkehr mit Bern abgebrochen. Dennoch hätte dieses sich kaum gefügt, wenn nicht Louis Philipp, auf den es sich meinte stützen zu können, auf die Seite der Ostmächte getreten wäre. Nun erschien weiterer Widerstand unmöglich, die Versammlung im Steinhölzli wurde amtlich als ein bedauerliches Ereignis mißbilligt und es begann die „Flüchtlingshatz", die jetzt, um die frühere Verschuldung vergessen zu machen, um so leidenschaftlicher betrieben wurde. Eine Mordthat, die in Zürich Ende 1835 an einem deutschen Studenten, Lessing, der für einen Spion galt, verübt wurde, schien diesen Umschwung auch moralisch zu rechtfertigen. Die meisten Flüchtlinge mußten die Schweiz verlassen; da ihnen auch Frankreich keine Aufnahme gewährte, blieb in Europa nur England ihnen als Zufluchtsort; viele

Die Reaktion.

Feldzug gegen die Schweiz.

wandten sich nach Amerika. Die aber in Europa blieben, gaben auch jetzt ihre Gegnerschaft wider das Bestehende nicht auf, und wenn auch das junge Europa mit dem Jahre 1836 langsam erstarb, so fehlte es nicht an anderen Gesellschaften, welche seine Tendenzen fortpflanzten.

Die Flüchtlinge in Frankreich.

Diese hatten ihren Sitz fortan besonders in Frankreich. Denn nur den aus der Schweiz kommenden Flüchtlingen wurde hier der Aufenthalt verwehrt; denen, die bereits im Lande verweilten, blieb er gestattet; man schätzte ihre Zahl noch 1838 auf 13000. Schon 1832 hatte sich in Paris ein deutscher Volksverein gegründet, der etwa 600 Mitglieder zählte, aber nicht eigentlich den Charakter einer geheimen Gesellschaft hatte. Nach etwa zwei Jahren machte er jedoch einer solchen Platz, dem Bunde der Geächteten, unter dessen Mitgliedern der Kölner Venedey die Hauptrolle spielte.

Die Geächteten und Gerechten.

Die Genossen traten zusammen in Hütten oder Zelten; die Vertreter mehrerer Zelte bildeten das Lager (oder den Berg); an der Spitze stand die Nationalhütte oder der Brennpunkt. Die Satzungen gaben vor, sie stammten aus den Papieren des Freiherrn von Stein und seien vielleicht dieselben wie die des Tugendbundes. Durch heimkehrende Handwerker wurden auch in Frankfurt und andererorten einzelne Zelte gegründet, ohne jedoch Bedeutung zu erlangen. Ein ähnlicher Bund, der sich von den Geächteten abzweigte, waren die Gerechten, die in Hamburg eine Gemeinde hatten. Beide Vereine gingen endlich um 1840 wieder auf in dem Bunde der Deutschen, der größere Verbreitung als die früheren gewonnen und, wie prahlerisch behauptet wurde, in Frankfurt und Hamburg je 5000 Genossen gezählt haben soll. Das Gefühl der Ohnmacht, das allen diesen Geheimbünden gemeinsam war, verlockte sie zu jedem Mittel zu greifen, das ihnen Bedeutung zu geben versprach, auch wenn sie ihren Grundsätzen dadurch so vollständig ins Gesicht schlugen, wie durch die Verbindung mit dem vertriebenen Herzog von Braunschweig oder dem nachmaligen Kaiser Napoleon III., der 1836 zur Zeit seines Straßburger Attentates auf ihren Beistand rechnete. Viele kräftige und tüchtige Männer, die bei gesunden staatlichen Verhältnissen segensreich im öffentlichen Leben hätten wirken können, verzehrten in diesem Verschwörertum ihre Kraft und gingen elend zu Grunde; mehr als einer endete wie Rauschenplatt schließlich im Irrenhause oder erlag einem langsamen Siechtum. Vielen erschwerte es die Eitelkeit, die in der Geheimnisthuerei stets neue Nahrung fand, von ihrem verkehrten Treiben Abschied zu nehmen, wenige, wie Mathy oder Rochau, bewahrten unter den Stürmen und Verlockungen des Flüchtlingstums die innere Gesundheit, den frischen Mut und den freien Blick um nach dem Umschwunge des Jahres 1848 wieder rüstig in der Heimat mitwirken zu können. Die meisten blieben als Opfer der trüben Zeit und der eigenen Haltlosigkeit auf der Walstatt, und wenn die glücklichere Nachwelt ihrem ruhmlosen Thun und Leiden den Zoll des Dankes, den sie beanspruchten, nur spärlich zu entrichten vermag, so wird sie ihnen die traurige Spende des Mitgefühles doch nicht versagen dürfen.

Die Litteratur.

Auch die deutsche Litteratur hatte sich dem krankhaften Radikalismus der dreißiger Jahre nicht zu entziehen vermocht. Die romantische Schule hatte sich allmählich ausgelebt und gewissermaßen als Erbteil für die folgende Generation nur das in ihr waltende Prinzip der Ironie hinterlassen, dessen negative Tendenz sich nun in maßloser Weise als Satire, Skepsis und Kritik geltend machte. Wohl hatten diese in den damaligen Zuständen eine große Berechtigung, und Männer wie Platen oder Immermann konnten mit ihrem sittlichen Ernste nur gutes wirken, wie derb sie auch die Geißel des Spottes schwangen. Aber dieser sittliche Ernst fehlte bei manchem der einflußreichsten Wortführer und bei anderen, denen man ihn nicht absprechen möchte, wurde er doch durch den übermütigsten Subjektivismus dergestalt überwuchert, daß die großen erhaltenden Ideen der Religion, des Vaterlandes, der Gesetzlichkeit, ja selbst der Moral vor dem launenhaften Belieben des Individuums wie Bagatellen erschienen. Die Bannerträger dieser ätzenden und zersetzenden Kritik des Bestehenden wurden Börne und Heine, jener ein ehrlicher, charaktervoller, aber verbitterter Feind der politischen Misère in Deutschland, für die er doch nach seiner ganzen Denkweise keine fortschreitende Besserung erhoffen, sondern nur den radikalen Umsturz wünschen konnte; dieser trotz seiner genialen Begabung ein charakterloser Cyniker, dessen vergiftender Einfluß dadurch nicht aufgewogen wurde, daß er wie ein heftig wirkendes Ferment die trägen Massen in Gärung brachte. Daß beide Männer Juden waren, wenn auch getaufte, daß beide seit der Julirevolution in Frankreich lebten, entfremdete sie dem positiven Schaffen, das ohnedies nicht in ihrer Natur lag, noch mehr und gab ihrem Spott über Deutschland, ihrem Hohn gegen das Christentum, ihrer Polemik gegen die gefeiertsten Namen der deutschen Litteratur etwas doppelt Verletzendes. Freilich empfand das erst ein späteres Geschlecht mit ganzer Lebendigkeit; die jugendlichen Zeitgenossen staunten voll Bewunderung diese blendende, zermalmende Satire an und vergaßen es, daß diese Keulenschläge und Schwerterstreiche nicht bloß die altmodische und beengende Rüstung des deutschen Volkes, sondern das deutsche Volk selbst trafen. Zugleich lockte die bequeme Feuilletonform dieser Briefe und Reisebilder, die wachsende Leichtigkeit der journalistischen Tagesproduktion zur Nachahmung, und da die augenblickliche Wirkung nicht sicherer erzielt werden konnte als durch auffälligen Radikalismus des Inhalts und durch pikante Extravaganz des Stiles, so wurde der Ehrgeiz auch bedeutenderer jüngerer Talente in diese ungesunde Richtung hineingerissen.

Börne und Heine.

Das junge Deutschland.

Wienbarg, Gutzkow, Laube und einige andere Schriftsteller, die man bald als das junge Deutschland zu bezeichnen anfing, obgleich sie mit dem politischen Bunde dieses Namens nichts zu thun hatten, wetteiferten miteinander in der Verherrlichung des Atheismus und der Emanzipation des Fleisches; der politischen Kritik mußte man freilich enge Grenzen ziehen, da auf diesem Gebiete die Zensur durchaus keine Nachsicht kannte; aber auch diese Beschränkung rettete die Schriftsteller

des jungen Deutschland endlich nicht vor den Streichen des Bundestages, der am 10. Dezember 1835 ihre sämtlichen Schriften, die bisherigen wie die zukünftigen, verbot, so daß jene in den nächsten Jahren nur unter Pseudonymen ihre Werke veröffentlichen konnten.

Hinter dem Bundestage standen jetzt wieder, ebensoeng verbunden wie zur Zeit der Kongresse von Aachen und Verona, die drei Großmächte der Heiligen Allianz. Wie erbittert der russische Zar auch zur Zeit des türkischen Krieges auf Metternich gewesen war, der gemeinsame Kampf gegen die Revolution hatte die Erinnerung daran doch allmählich verwischt. Die Aussöhnung, welche Graf Ficquelmont, der als ständiger Botschafter Österreichs in Peterburg geblieben war, erfolgreich angebahnt hatte, erhielt das Siegel der Bekräftigung in den Konferenzen von Münchengrätz, wo Nikolaus und Kaiser Franz mit ihren Ministern vom 9. bis 19. September 1833 bei einander waren und über die ganze lange Reihe der schwebenden europäischen Fragen sich verständigten. Unerwünscht war es freilich, daß der König von Preußen bei dieser Zusammenkunft fehlte und sich zwar durch den Kronprinzen vertreten ließ, aber keinen Minister gesandt hatte. Anfänglich hatte man auf die persönliche Anwesenheit des Monarchen, der bis Ende August in Teplitz verweilte, rechnen dürfen; als sich aber die Ankunft des Zaren über den festgesetzten Termin verzögerte, erklärte Friedrich Wilhelm der Herbstmanöver wegen nicht länger warten zu können. Trotz des Besuches, den er dann noch dem österreichischen Kaiser in Theresienstadt abstattete, und trotz der Begegnung, die er mit dem Zaren auf dessen Hinreise in Schwedt hatte, wußten die beiden Kaiser recht wohl, daß die friedliche und gemäßigte Richtung des Berliner Kabinetts mit der ihrigen nicht völlig zusammenfiel, daß insbesondere die starkbetonte Verwerfung des Nichteinmischungsprinzips, über die sie sich geeinigt hatten, in des Königs Augen einen Offensivcharakter trug, der den Frieden gefährden könne. Indes war der Beitritt Preußens doch unentbehrlich, und Nesselrode reiste deshalb mit Ficquelmont von Münchengrätz nach Berlin um dort nicht ohne Milderung der Formen schließlich am 15. Oktober zum Ziel zu gelangen und die Unterschrift Preußens zu gewinnen. Man sah von einer förmlichen Mitteilung des geschlossenen Vertrages an die anderen Mächte ab, gab aber doch besonders Frankreich deutlich genug zu verstehen, daß man das Recht der Einmischung auf Anrufen eines bedrohten Souveräns zu wahren entschlossen sei und wenn ein dritter dies verhindern wolle, gemeinsam gegen denselben auftreten werde. Wenn auch die Westmächte, besonders England, die Verabredungen von Münchengrätz überschätzten, so daß Lord Palmerston sogar glaubte, es sei die Teilung der Türkei beschlossen worden, so war das Ergebnis doch bedeutungsvoll genug: die alte Übereinstimmung der drei Ostmächte war wiederhergestellt.

Zwischen Österreich und Preußen waren auch die deutschen Zustände eingehend erörtert worden. Schon Ende August war Metternich

Die Großmächte.

Münchengrätz.

Die Wiener Konferenzen. mit Ancillon in Teplitz übereingekommen, die übrigen Bundesgenossen zur Beschickung von Ministerkonferenzen einzuladen, die im Januar 1834 in Wien eröffnet werden sollten. Von Münchengrätz aus hatte dann der preußische Kronprinz mehrere Höfe besucht um deren Zustimmung zu gewinnen. Natürlich konnte keiner daran denken seine Beteiligung abzulehnen, und die Konferenzen fanden wirklich vom Januar bis Juni 1834 statt. Vor allem wurden Maßregeln gegen die Ständeversammlungen beschlossen; ihrem Steuerbewilligungsrecht wurden enge Grenzen gezogen, jede Beratung über die Gültigkeit von Bundesbeschlüssen sollte unterdrückt, der Versuch einer Budgetverweigerung mit allen verfügbaren Mitteln zurückgewiesen, die Öffentlichkeit und die Veröffentlichung der Verhandlungen beschränkt werden. Bundesschiedsgericht. Für Streitigkeiten zwischen Ständen und Regierungen wurde ein Schiedsgericht geschaffen, auf dessen Erfindung Metternich besonders stolz war. Die siebzehn Kurien des Bundestages sollten von drei zu drei Jahren je zwei Männer bezeichnen, aus deren Mitte die streitenden Stände und ihre Regierung je drei auszuwählen hätten, die sich dann einen Siebenten aus jenen 34 zum Obmann erkören: so war mit scheinbarer Unparteilichkeit dafür gesorgt, daß niemals regierungsfeindliche Schiedsmänner in diesem Gerichte Platz finden konnten. Andere Beschlüsse. Auch der Presse wurden von der Wiener Ministerkonferenz neue Einschränkungen bereitet; die Erlaubnis zur Herausgabe eines Blattes wurde an den Nachweis der Befähigung des Redakteurs geknüpft, über welche natürlich der Regierung das Urteil zustand, und sollte jederzeit widerruflich sein. Gegen die Universitäten wurden die früheren Bestimmungen erneuert und in vielen Punkten noch verschärft; aber auch die Gerichte entgingen der Fürsorge der Minister nicht; doch scheiterte der Versuch, die Geschworenen wieder zu beseitigen, an dem Widerspruche Bayerns. Ein Teil der Konferenzbeschlüsse wurde in Frankfurt 1834, und soweit die Universitäten in Betracht kamen im Juni 1835, zu Bundesgesetzen umgewandelt, ein anderer Teil dagegen geheimgehalten und erst nach zehn Jahren wider den Willen der Regierungen veröffentlicht. Die Ergebnisse, welche sich die Großmächte von all diesen Bestimmungen versprachen, blieben nicht hinter den Erwartungen zurück. Dank denselben und den erneuten Demagogenprozessen gelang es wirklich das politische Leben in Deutschland abermals für einige Jahre niederzuhalten, bis der Verfassungsbruch des Königs von Hannover, der Streit der preußischen Regierung mit dem Erzbischof von Köln und vollends die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. den Anstoß zu einer neuen Regsamkeit gaben, die sich langsam aber stetig bis zur Revolution von 1848 entwickelte.

Franz' I. Tod. Gänzlich bedeutungslos blieb für die deutsche wie für die europäische Politik der Tod des guten Kaisers Franz, dem am 1. März 1835 sein geistesschwacher und körperlich siecher Sohn Ferdinand auf dem Throne folgte. Nur für die innere Politik Österreichs war das Ereignis von einer gewissen Tragweite.

Die Staatskonferenz.

Metternichs Stellung wurde an sich dadurch nicht erheblich geändert. In der auswärtigen Politik behielt er denselben ausschließlichen Einfluß, den ihm der verstorbene Monarch zugestanden hatte; in der inneren war er ja auch bis dahin fast ganz unthätig gewesen. Allerdings hätte er jetzt gern eine regere Wirksamkeit in dieser Richtung entfaltet, stieß dabei aber auf die Rivalität des Grafen Kolowrat, dem in den letzten zehn Jahren dieses Gebiet von Kaiser Franz fast ganz überlassen war und der jetzt mit des Kaisers Bruder Ludwig und Metternich die Staatskonferenz bildete. Die Spannung zwischen den beiden leitenden Staatsmännern erreichte einen sehr hohen Grad, als Kolowrat im Januar 1836 gemeinsam mit dem Finanzchef von Eichhoff zur Deckung des regelmäßig wiederkehrenden Defizits von ca. 30 Millionen Gulden eine bedeutende Verminderung des Militärbudgets vorschlug. Vereint mit dem Kriegsminister Grafen Hardegg und dem Generaladjutanten des Kaisers Clam-Martinitz bekämpfte Metternich diesen Antrag, mußte aber schließlich doch in Ersparnisse von etwa 12 Millionen willigen. Weiter gingen Kolowrats Absichten dann dahin den Zuckerzoll, welcher jede Einfuhr unmöglich machte, auf zehn Prozent herabzusetzen und daraus Einnahmen für die Staatskasse zu ziehen. Die Verordnung wurde auch genehmigt, aber sehr bald ohne Kolowrats Wissen auf die Klage der Zuckerfabrikanten vom Erzherzog Ludwig zurückgenommen. Infolgedessen verlangte Kolowrat im September 1836 seinen Abschied, zumal auch die Zulassung der Jesuiten in ganz Österreich trotz seiner Vorstellungen genehmigt worden war. Eine solche offene Bekundung des Zwiespaltes in den höchsten Regionen wünschte Metternich jedoch zu verhüten, und so kam am 6. Dezember ein Kompromiß zustande, durch das ein geordnetes Zusammenwirken gesichert werden sollte. Erzherzog Ludwig wurde in Vertretung des Kaisers Präsident der Staatskonferenz, in welche auch der Thronfolger Franz Karl eintrat; ordentliche Mitglieder waren außerdem nur Metternich und Kolowrat; als außerordentliche aber sollten auch die Mitglieder des Staatsrates und die Präsidenten der Hofstellen d. h. die Minister zugezogen werden. Thatsächlich erwies sich dieser Organismus als wenig brauchbar. Erzherzog Ludwig liebte weder Reformen noch Debatten, und so wurde es mehr und mehr Regel, daß an die Stelle der Konferenzberatung das schriftliche Votieren trat. So verharrte das Reich auch unter dem neuen Monarchen in jenem Zustande der Stagnation, der es an den Rand des Abgrundes führen mußte. Daß sich vollends in der äußeren Politik nichts geändert habe und insbesondere die enge Verbindung mit Preußen und Rußland fortbestehe, wurde noch im Herbst des Jahres 1835 durch die Begegnungen der drei Monarchen äußerlich kundgethan. Nikolaus nahm an den preußischen Manövern in Schlesien teil, Friedrich Wilhelm an den russischen in Kalisch; beide zusammen besuchten den Kaiser Ferdinand in Teplitz, Nikolaus begleitete denselben auch nach Prag und reiste von da im tiefsten Inkognito nach Wien um der Witwe des verstorbenen Kaisers ritterlich

Die Fürstenbegegnungen in Kalisch und Teplitz.

seine Huldigungen darzubringen, eine Aufmerksamkeit, die bei der Bevölkerung laut dem Preußischen Staatsanzeiger allgemeine Rührung hervorrief. In solchen Äußerlichkeiten versäumte der russische Monarch niemals etwas; auch seinem preußischen Schwiegervater gegenüber war er stets die Liebenswürdigkeit selbst und erntete dafür unbedingte Hingebung. Seine Politik dagegen war keineswegs preußenfreundlich, sondern in jeder Weise darauf gerichtet den Berliner Einfluß an den deutschen Höfen durch den russischen zu verdrängen. Auch das Geld wurde dabei nicht gespart; der Rubel reist im deutschen Land, sang Platen 1833; „sonst gab's nur Einen Kotzebue, jetzt giebt's ein ganzes Schock!" Noch wirksamer aber waren die verwandtschaftlichen Beziehungen mit den Höfen von Stuttgart, Darmstadt, Wiesbaden, Kassel u. s. f., die überall dem Petersburger Kabinett die Wege bahnten. Eine Note von 1834, an die deutschen Mittelstaaten gerichtet, wagte geradezu die Idee eines russischen Protektorates auszusprechen, und einige Jahre später bemühte sich eine Schrift von großer politisch-historischer Gelehrsamkeit, die Europäische Pentarchie (Leipzig 1839), demselben Gedanken im Publikum Anhang zu verschaffen. Wenn die Gruppierung der Mächte äußerlich wieder ganz derjenigen glich, die in den ersten Jahren der Restauration bestanden hatte, so war innerlich doch eine bedeutsame Verschiebung vollzogen: hatte vor zwei Dezennien Metternich den Ton angegeben und trotz gelegentlicher Konflikte den Zaren nach seinem Willen gelenkt, so war jetzt unverkennbar Nikolaus die führende Persönlichkeit geworden und der alternde Staatskanzler mußte zufrieden sein, wenn er noch einen gewissen regulierenden Einfluß üben konnte. Gern hätte er in diesem Sinne Frankreich zu engerem Anschluß an die Ostmächte bewogen, weil er sich überzeugt hielt, daß Louis Philipp seine, nicht aber des Zaren Stellung verstärken werde. Allein selbst diese Hoffnung sollte ihm vereitelt, ja geradezu in das Gegenteil verkehrt werden. Denn im Orient hatten sich Verwickelungen entsponnen, die Frankreich in den schärfsten Gegensatz zu den Ostmächten trieben, England dagegen, dessen Interessen sich doch gerade auf diesem Boden am deutlichsten mit den russischen durchkreuzten, abermals wie in den Tagen Cannings zu einer engen Verbindung mit Rußland veranlaßten.

Russischer Einfluß in Deutschland.

Mehemed Ali und die Türkei.

Für die Pforte war durch den Abschluß der griechischen Frage und durch den Frieden von Adrianopel keineswegs eine Erholungspause eingetreten, in der sie sich innerlich zu neuem Widerstande gegen die von allen Seiten andrängenden Schwierigkeiten hätte stärken können. Vielmehr entwickelten sich unmittelbar aus jenen Ereignissen neue Konflikte, welche die Existenz des Reiches ernstlich zu gefährden drohten.

Beginn des Konfliktes.

Am bedenklichsten war die mächtige Stellung, die Mehemed Ali von Ägypten einnahm. Die bedeutsame Rolle, welche dieser ungewöhnliche

Mann in dem Kriege des Sultans wider das aufstrebende Griechenland gespielt hatte, berechtigte ihn nach seiner Meinung auch einen bedeutenden Preis zu fordern. Die Inseln Kreta und Cypern, die er bekam, genügten ihm nicht; er verlangte auch das Paschalik von Damaskus. Gerade das ihm einzuräumen trug aber die Pforte mit Recht Bedenken; denn der Besitz von Syrien, den von jeher die Beherrscher Ägyptens zur Sicherung ihrer Macht erstrebt hatten, mußte in dem Pascha, wenn er sie nicht schon besaß, die Lust erwecken sich unabhängig zu machen und ihm zugleich einen derartigen Versuch bedeutend erleichtern. Mehemed ließ sich aber durch den ersten Mißerfolg nicht einschüchtern, sondern suchte sein Ziel auf einem anderen Wege zu erreichen. Das südlichste der vier syrischen Paschaliks, das von Akka, wurde von Abdallah verwaltet, einem Manne, der schon häufig in Streit mit der Pforte gelegen hatte. Auch mit Mehemed war er verfeindet: seit lange schuldete er ihm eine ansehnliche Geldsumme und neuerdings gewährte er flüchtigen Ägyptern eine Zuflucht. Beide Klagepunkte machte nun Mehemed bei der Pforte anhängig, in der Hoffnung von ihr ermächtigt zu werden sich selbst Recht zu schaffen. Einmal im Besitz von Akka würde dann, so rechnete er, von einer Rückgabe des wertvollen Landes so leicht nicht die Rede sein können. Indes der Sultan rechnete ebenso und entschied deshalb zu Gunsten Abdallahs. Auch für diesen Fall war aber Mehemed gerüstet. Was er nicht mit Bewilligung seines Oberherrn erreichen konnte, wollte er gegen dessen Willen erzwingen. Seine Armee, europäisch geübt und von seinem Sohne Ibrahim befehligt, harrte nur seines Wortes um die Grenzen zu überschreiten. Die äußeren Verhältnisse waren ungemein günstig. Den Großmächten fehlte es an Muße sich eingehend mit diesem Streite zweier türkischer Paschas zu beschäftigen; ein so alltägliches Ereignis, das in der Geschichte des osmanischen Reiches hunderte von Seitenstücken zählte, konnte wenig interessieren in einem Augenblicke, wo die Anwesenheit französischer Truppen in Belgien lebhafte Besorgnisse wachrief. Und die Türkei ihrerseits war vollauf beschäftigt mit den blutigen Unruhen, die unter den Albanesen und den Bosniern im Gefolge der Unterdrückung der Janitscharen und des russischen Krieges ausgebrochen waren. In Bosnien hatten die mit des Sultans Reformen unzufriedenen Häuptlinge während des Krieges den türkischen Wesir verjagt und als ihren Führer Hussein, den „Drachen von Bosnien", anerkannt, der bald mit dem mächtigen albanesischen Pascha Mustapha von Skutari (gewöhnlich Skodra Pascha genannt) in ein Bündnis trat. Über 60000 Mann stark rückten sie zusammen im Frühjahr 1831 gegen Rumelien vor und nur durch List und Verrat gelang es Reschid Pascha, der gegen sie geschickt wurde, ihrer Herr zu werden. Nachdem er erst den Skodra Pascha durch Zwiespalt, den er in dessen Heere anzustiften wußte, zum Rückzug genötigt hatte, gewann er die Bosnier durch umfassende Zusagen, unter denen sich auch die Erhebung Husseins zum Wesir befand, warf sich dann auf Skodra Pascha,

Mehemed bedroht Akka.

Gunst der Lage.

Bosnien und Albanien.

den er besiegte und gefangennahm, und schlug endlich 1832 auch die Bosnier derart, daß Hussein nichts übrig blieb als über die österreichische Grenze zu fliehen.

Ibrahim vor Akka.

Aber ehe es soweit gekommen war, hatte Mehemed Ali sich diese Wirren zunutze gemacht. Am 29. Oktober 1831 überschritt sein Sohn Ibrahim die syrische Grenze, nahm ohne Kampf die wichtigsten Städte des feindlichen Paschas, Gaza, Jaffa, Jerusalem, und begann die Belagerung des festen Akka, wohin Abdallah sich zurückgezogen. Hier fand er schwerere Arbeit; obgleich ihm die ägyptische Flotte zu Hilfe kam, machte die Belagerung monatelang keine Fortschritte. Dadurch ermutigt, schlug der Sultan das erneuerte Verlangen des Ägypters ihm Akka zu überlassen ab, forderte die Räumung Syriens und enthob, als diese nicht erfolgte, Vater und Sohn ihrer Ämter und Würden, bis sie Gehorsam geleistet hätten. Die Sammlung eines Heeres bei Haleb sollte diesen Schritten Nachdruck geben. Aber Ibrahim ließ sich nicht einschüchtern; ohne die Belagerung Akkas aufzuheben machte er mit einem anderen Teile seines Heeres neue Eroberungen und lieferte Osman Pascha, welchen der Sultan an Abdallahs Stelle zum Statthalter erhob, ein Treffen. Daraufhin erfolgte am 23. April 1832 die Ächtung der beiden Ägypter und Hussein Pascha, der türkische Oberbefehlshaber, rückte mit dem Heere von Haleb vor. Aber nun war die kostbarste Zeit für den Sultan schon verloren. Akka wurde am 25. Mai mit Sturm genommen; der Pascha von Damaskus gab seine Hauptstadt ohne Kampf preis; die Bewohner von Haleb sandten dem siegreichen Ibrahim ihre Unterwerfung entgegen; Mehemed Pascha, ein Unterfeldherr Husseins, erlitt am 9. Juli bei Homs eine gänzliche Niederlage; und als endlich der türkische Oberbefehlshaber selbst sich mit Ibrahim maß, wurde er am 27. Juli bei Beylan vollständig aufs Haupt geschlagen.

Ächtung Mehemeds und Ibrahims.

Ibrahims Siege.

Ibrahim in Klein-Asien.

Nicht Ibrahims Talenten allein wurde dieser Ausgang zugeschrieben, sondern mehr noch der verräterischen Handlungsweise des Seraskiers Chosrew, der Hussein keine Triumphe gönnte und, da er selbst den Oberbefehl zu erhalten wünschte, dessen Niederlage durch die mangelhafte Ausrüstung des Heeres herbeizuführen bestrebt war. Die gleiche Treulosigkeit beging er gegen Reschid Pascha, der an Husseins Stelle trat. Er drängte ihn zu einer Hauptschlacht und wußte doch beim Sultan durchzusetzen, daß ihm die Reservearmee von 25 000 Mann, die er zur Unterstützung verlangte, abgeschlagen wurde. Die Folge war, daß auch Reschid bei Konija am 21. Dezember 1832 völlig besiegt wurde. Ibrahim stand nun mitten in Kleinasien und seiner Armee von über 100 000 Mann hatte die Pforte keine ebenbürtige Streitmacht entgegenzusetzen; der Weg nach Konstantinopel lag offen vor ihm. In dieser äußersten Not erblickte Sultan Mahmud die einzige Hoffnung in russischer Hilfe. Die Haltung des Zaren der Pforte gegenüber war seit dem Frieden von Adrianopel sehr wohlwollend gewesen und hatte den Grundsätzen entsprochen, welche ein zu diesem Zwecke berufener Ausschuß russischer

Sieg bei Konija.

Russische Einmischung.

Diplomaten dem Kaiser empfohlen hatte. Danach sollte die Auflösung der Türkei, da sie für Rußland mehr Nachteile als Nutzen bringe, verhindert werden; sei das nicht möglich, so dürfe Rußland freilich den Zugang zu den Dardanellen keiner anderen Macht überlassen und müsse suchen einen gemeinsamen Beschluß der Großmächte über das Schicksal der übrigen türkischen Gebiete herbeizuführen. Demgemäß hatte sich Nikolaus jetzt von vornherein entschieden gegen Mehemed Ali ausgesprochen und schon vor der Schlacht von Konija dem Sultan Beistand angeboten. Damals hatte Mahmud ihn abgelehnt und vergeblich England um die Entsendung einer Flotte ins Mittelmeer ersucht. Jetzt blieb dem Bedrängten nichts anderes übrig als die von neuem angebotene russische Hilfe im Januar 1833 zu erbitten. Mit Schrecken erkannten die Gesandten der Westmächte die drohende Gefahr, daß der Einfluß Rußlands in Stambul allmächtig werde. Mit lebhaften Farben stellte der französische Botschafter Roussin der Pforte die Gefahr der Abhängigkeit vor, in welche sie sich begebe, versprach die kräftige Unterstützung seiner Regierung und erreichte wirklich, daß der Sultan am 21. Februar die Grundzüge der Übereinkunft mit Mehemed, die Roussin entworfen, genehmigte und den russischen Admiral, der mittlerweile von Sebastopol herbeigesegelt war, ersuchte sich wieder zurückzuziehen. Allein die Ägypter weigerten sich ihrerseits jenen Grundzügen beizustimmen; was ihnen geboten wurde, Akka, Jerusalem, Tripoli, genügte ihnen nicht; Mehemed wies die französische Vermittlung zurück und Ibrahim marschierte weiter. So mußte denn der Sultan seine Bitte um russischen Beistand erneuern; auch jetzt fand er williges Gehör; der Admiral Lasarew ging im Bosporus vor Anker, und Ende April landeten 15000 Russen bei Skutari, während eine größere Armee den Pruth überschritt und auf Konstantinopel zog. Um jeden Preis wollten nun die Westmächte es vereiteln, daß die Russen thatsächlich an dem Kriege teilnähmen. Aber da sie weder Flotte noch Heer zur Hand hatten, da Mehemed Ali starr auf seinen Forderungen: Ganz Syrien und die Provinz Adana mit den Tauruspässen! bestand, was konnten sie thun? Das einzige Mittel war, dem Sultan so große Furcht vor der russischen Hilfe einzuflößen, daß er lieber dem Ägypter alles bewilligte, als sie zur That werden ließ. Darauf waren die eifrigen Bemühungen ihrer Gesandten gerichtet, und mit Erfolg. Denn Österreich unterstützte sie und Rußland arbeitete ihnen nicht entgegen. Mit kluger Berechnung gestattete es dem Sultan den freiesten Entschluß, gleich bereit zu seiner Unterstützung wie zur Rückberufung der Truppen. So war man des Erfolges in jedem Falle sicher. Fügte sich Mahmud den Ratschlägen der Westmächte und gab, Ingrimm im Herzen, dem aufrührerischen Vasallen die verlangten Provinzen, so konnte der Zar sich darauf berufen, daß nicht an ihm die Schuld des schlimmen Ausgangs liege; beharrte die Pforte auf ihrem Widerstande und gelang es den russischen Truppen sodann die Ägypter zu schlagen, so war Nikolaus der edelmütige Retter des Sultans. In

Französische Vermittlung.

Diplomatische Verhandlungen.

beiden Fällen aber hatte fortan sein Einfluß in Konstantinopel das Übergewicht. Die Westmächte sollten das sehr bald erfahren. Fürerst brachten sie jetzt den Frieden glücklich zustande; am 6. Mai 1833 wurde er in Kutahija wesentlich auf die Bedingungen hin geschlossen, die Mehemed gestellt hatte; ganz Syrien wurde ihm, Adana seinem Sohne Ibrahim überlassen, wogegen er die Oberherrschaft der Pforte auch für Ägypten, Arabien, Cypern und Kreta von neuem anerkannte.

Der Friede von Kutahija.

Für die längere Anwesenheit der Russen im türkischen Reiche fiel damit jeder Vorwand hinweg; auch zogen sie mit Heer und Flotte ab ohne Schwierigkeiten zu machen. Aber nachher schloß ihr Gesandter mit der Pforte ein Schutz- und Trutzbündnis auf acht Jahre, welches deutlich zeigte, wie der Sultan nur an Rußland noch einen festen Rückhalt zu besitzen glaubte. Es war der Vertrag von Unkjar-Skelessi vom 8. Juli 1833. Besonders erregte ein geheimer Artikel, der bald bekannt wurde, die lebhafte Besorgnis der Westmächte. Derselbe bestimmte, daß die Pforte, wenn Rußland in Krieg gerate, zu materieller Unterstützung nicht verpflichtet sei, wohl aber die Dardanellen für alle fremden Kriegsschiffe schließen müsse. Deutlicher konnte die Stellung der beiden Verbündeten nicht gekennzeichnet werden; der Schlüssel zum Schwarzen Meere war in Rußlands Hand gegeben. England und Frankreich protestierten heftig gegen diesen Vertrag, aber ohne Erfolg. Sie konnten ihre Politik im Orient jetzt in doppelter Weise einrichten: entweder sie stellten sich auf Mehemed Alis Seite und beförderten die Entwickelung seines Reiches, damit es an die Stelle des morschen, von Rußland beherrschten türkischen trete; oder sie hielten den Ägypter mit Gewalt im Zaume, beförderten die Reform der türkischen Verwaltung und Politik und suchten nach und nach den russischen Einfluß zu vermindern. Den letzteren Weg schlug England ein, den ersten Frankreich, und so trennten sich, wenn auch anfangs unmerklich, ihre Wege gerade in dem Augenblick, wo Rußland und Österreich sich in Münchengrätz zur Erhaltung der Türkei, zur Bekämpfung Mehemed Alis und gegebenen Falls zur gemeinsamen Wahrung ihrer Interessen bei einer Auflösung der Türkei eng verbanden. Der französischen Politik hatte es seit langem nahe gelegen Ägypten zu unterstützen, dort Einfluß zu gewinnen und so die Verwandlung des Mittelmeeres in eine „französische See" vorzubereiten. England dagegen mußte wünschen, den Weg über die Landenge von Suez und durch das Rote Meer weder unter französischen Einfluß noch in die Hände eines Herrschers kommen zu lassen, der in Kriegszeiten ihn hätte sperren können. Mehemed Ali war ihm daher gründlich verhaßt und wurde es noch mehr, als er in den folgenden Jahren seine früher schon begonnenen Eroberungen in Arabien mit Eifer wiederaufnahm. Es war ein notwendiges Erfordernis der britischen Politik jetzt selbst auf dieser Halbinsel festen Fuß zu fassen. Eine Gelegenheit dazu bot 1838 die Plünderung eines gestrandeten englischen Schiffes bei Aden. Palmerston verlangte Genugthuung und nahm, als diese verweigert wurde, 1839 Aden mit

Vertrag von Unkjar-Skelessi.

England und Frankreich.

England besetzt Aden.

Gewalt in Besitz, wodurch er seinem Lande am Roten Meere einen Platz erwarb, der dieselbe Bedeutung hatte, wie Gibraltar am Mittelmeer. Vorher schon war er bedacht gewesen noch eine zweite Überlandstraße nach Indien zu schaffen; er hatte 1835 von der Pforte die Erlaubnis erwirkt auf dem Euphrat eine englische Dampferlinie zu begründen. Trotz Rußlands Einspruch war sie erteilt worden, aber technische Schwierigkeiten machten den Plan zu nichte. Umsohöher stieg die Bedeutung des Roten Meeres, umsomehr galt es Mehemed Ali niederzuhalten. In diesem Punkte trafen die englischen und die russischen Interessen zusammen, wie sehr sie sich auch sonst widersprechen mochten. Ebendeshalb konnte Palmerston ein allzuheftiges Aufeinanderplatzen der Gegensätze nicht wünschen und fühlte sich durch die erbitterte und gründliche Polemik, welche ein englischer Diplomat, David Urquhart, gegen Rußland erhob, nicht wenig behindert. Durch lange Reisen mit den Verhältnissen des Orientes wohl vertraut, veröffentlichte dieser seit 1833 mehrere Schriften, welche das größte Aufsehen erregten, besonders das Portfolio, ein Journal, in dem er vom Herbst 1835 bis in den Frühling 1837 die russische Politik zu entlarven suchte. Das geschah, während er Gesandtschaftssekretär in Konstantinopel war. Palmerston hatte ihn nur ungern auf diesen Posten gestellt, hatte aber dem Andringen des Königs und der öffentlichen Meinung nicht widerstehen können. Es war ihm daher nicht unlieb, daß sich 1837 ein Anlaß bot ihn wieder abzuberufen. Urquhart hatte nämlich in der unbefangensten Weise englische Kaufleute ermuntert an der tscherkessischen Küste Schmuggel mit Pulver und Kanonen zu treiben. Diese Küste hatte Rußland sich im Frieden von Adrianopel von den Türken abtreten lassen, obgleich sie denselben gar nicht gehörte, sondern von unabhängigen Stämmen bewohnt war. Seitdem waren russische Truppen mit ihrer Unterwerfung beschäftigt; die englische Zufuhr erleichterte den Widerstand. Im Herbst 1836 wurde nun ein englischer Schoner von einem russischen Kriegsschiff aufgebracht und als Prise verurteilt. Urquhart wollte die aufflackernde Leidenschaft, welche sich der Engländer infolgedessen bemächtigte, benutzen um zum Kriege zu drängen; Palmerston hingegen erklärte sich mit den Erläuterungen, welche Rußland bereitwillig gab, zufrieden und enthob Urquhart seines Postens. Als Nachfolger schickte er Bulwer nach Stambul, der in Übereinstimmung mit dem Gesandten, Lord Ponsonby, einen ganz anderen Weg einschlug um Englands Stellung in der Türkei zu verbessern: sie betrieben den Abschluß eines Handelsvertrages. In früheren Verträgen war ein Aus- und Einfuhrzoll von je 3 Prozent verabredet worden; durch inländische Abgaben aller Art hatten es die Türken aber dahin gebracht, daß thatsächlich die englische Einfuhr mit 40 bis 60, die Ausfuhr sogar bis zu 100 Prozent besteuert und der Handel fast unmöglich gemacht war. Diese Verteuerungen hingen zumeist mit den zahlreichen Monopolen zusammen, aus denen gerade Mehemed Ali seinen größten Reichtum schöpfte. Wenn sie durch einen neuen Handelsvertrag für das ganze osmanische

England und Rußland.

David Urquhart.

Englisch-türkischer Handelsvertrag.

Mehemeds Stellung dazu.

Reich aufgehoben wurden, so erlitt er die schwerste Einbuße; es ließ sich von ihm also ein entschlossener Widerstand und eine ernstliche Entzweiung mit England erwarten. Diese Berechnung war es besonders, welche den Sultan für den Abschluß des Bulwerschen Vertrages einnahm und ihm, zur nicht geringen Überraschung der übrigen Mächte, die Zustimmung abgewann. Am 16. August 1838 wurde derselbe zu Balta Liman unterzeichnet und seine Abänderungen waren so vorteilhaft, daß die meisten Regierungen sofort, Rußland nach einigem Zögern, sie gleichfalls mit der Pforte vereinbarten.

Seine Rüstungen.

Es war nun die Frage, ob Mehemed den Vertrag anerkennen oder daraus den Vorwand entnehmen werde sich völlig von der Pforte loszusagen. Daß er mit diesem Gedanken sich ernstlich trage, hatte er selbst den Konsuln der Westmächte schon im Frühjahr gerade herausgesagt. England war entschlossen jeden solchen Versuch zu vereiteln und verstärkte seine Mittelmeerflotte; zugleich aber war es bemüht ein gemeinsames Vorgehen der Großmächte anzubahnen, weil es dadurch Mehemed genügend einschüchtern und obendrein den verhaßten Vertrag von Unkjar-Skelessi beseitigen oder doch aus einem russisch-türkischen in ein Schutzbündnis zwischen der Türkei und den sämtlichen Großmächten verwandeln zu können hoffte. Mehemed Ali erkannte die Gefahr rechtzeitig und gab den Vorstellungen, die besonders Frankreich ihm machte, Gehör; er versicherte, daß er gegen den Handelsvertrag keine Einwendungen erheben werde, setzte dabei aber seine Rüstungen fort. Denn es war ihm völlig zweifellos geworden, daß er bei der zornigen Stimmung des Sultans, der nach einem Rachekrieg brannte, das Gehässige des Friedensbruches gar nicht auf sich zu nehmen brauche, sondern den ersehnten

Kriegslust des Sultans.

Krieg auch ohne das haben werde. Das englische Kabinett war nunmehr eifrig bemüht in Stambul Ruhe zu predigen, dem Sultan die Entwickelung der inneren Hilfskräfte seines Reiches zu empfehlen und ihm vorzustellen, daß seine Armee der ägyptischen nicht gewachsen sei. Das wagte freilich keiner der Minister dem Sultan zu sagen und dieser selbst hegte das größte Zutrauen zu seinen Truppen, die er durch preußische Offiziere, unter denen auch Moltke war, hatte umbilden lassen. Seine Siegeshoffnung steigerte sich noch durch die Kunde von der gärenden Unzufriedenheit, welche Mehemeds geld- und soldatenbedürftiges Regiment in Syrien hervorrief, und die in fortdauernden Aufständen der Drusen und anderer Gebirgsbewohner an den Tag trat. Natürlich fehlte es nicht an türkischem Gelde, das diese Unruhen nährte, wie andererseits Mehemed bei den Empörungen, die jahraus jahrein in den weiten Ländern des Sultans ausbrachen, seine Hand im Spiel hatte. Ging er doch so weit, auf eine ansehnliche Partei in der Nähe des Thrones gestützt, einen Gewaltstreich zu planen, der das Szepter dem siebzigjährigen Mahmud entwinden und in die Hände des kaum erwachsenen Thronfolgers Abdul Medjid legen sollte, zu dessen Vormund dann der Ägypter bestimmt war. Unter solchen Umständen konnte die Diplomatie den Aus-

bruch des Krieges höchstens verzögern, zumal da der russische Gesandte in Stambul nur scheinbar die friedfertigen Absichten seiner Kollegen unterstützte. Der Wille des Sultans machte endlich diesem Schwanken ein Ende. Anfang 1839 hatte Hafiz Pascha die Unterwerfung eines Kurdenaufstandes vollendet und die siegreiche Armee befand sich nahe der syrischen Grenze. Zum Kampfe bereit stand Ibrahim ihr gegenüber. Der Befehl des Sultans, daß Hafiz den Euphrat überschreiten solle, gab das Zeichen zum Kriege; als Rechtfertigung diente, daß Mehemed den englischen Handelsvertrag noch immer nicht ausgeführt habe. Nun hatte der Pascha es leicht, den Friedfertigen zu spielen und seinem Freunde Caillé, dem französischen Konsul, gefällig zu sein. Er nahm am 29. April den Handelsvertrag an und ermächtigte Caillé in Ibrahims Lager zu gehen und seinem Vorrücken für den Fall Einhalt zu gebieten, daß auch Hafiz stehen bleibe. Er wußte recht gut, daß dieser Fall nicht eintreten werde, und empfing ohne Zweifel mit geheimer Befriedigung die Nachricht, daß Mahmud ihn und seinen Sohn am 9. Juni aufs neue als Verräter in die Acht gethan habe. Ausbruch des Krieges.

So trafen die Heere denn aufeinander und bei Nissib am Euphrat kam es am 24. Juni zur Entscheidungsschlacht. Hafiz büßte seine Unfolgsamkeit gegen Moltkes Ratschläge mit einer völligen Niederlage. Dem alten Sultan blieb es erspart, die Kunde von diesem neuen Unglück zu vernehmen; noch ehe sie in Stambul anlangte, am 30. Juni 1839, starb er, und der sechzehnjährige Abdul-Medjid folgte ihm nach. Als ob der Schlag von Nissib noch nicht genug wäre, war die erste Erfahrung, welche der junge Fürst machte, ein schnöder Verrat. Am 5. Juli verließ der Kapudan Pascha Achmed Fewzi, geleitet von einem französischen Kriegsschiff, mit der ganzen türkischen Flotte die Dardanellen, segelte nach Alexandrien und trat zu dem Ägypter über. Blieb die Pforte jetzt sich selbst überlassen, so hatte die letzte Stunde der osmanischen Dynastie geschlagen und das Szepter des Orientes ging auf Mehemed Ali über. Der Augenblick war gekommen, wo der Vertrag von Unkjar-Skelessi zur Wahrheit werden und Rußland eingreifen mußte, wenn die anderen Großmächte nicht rasch handelten. Metternich verkannte das nicht und auf seine Veranlassung überreichten die Botschafter in Konstantinopel am 27. Juli eine Note, von der sich auch der russische nicht auszuschließen wagte, während freilich Nikolaus darüber in heftigen Zorn geriet. Die Mächte erklärten darin dem Sultan, sie seien übereingekommen die orientalische Frage in die Hand zu nehmen, und rieten ihm in keine Verhandlungen mit Mehemed sich einzulassen, bis sie ihm den Erfolg ihrer eigenen Bemühungen mitgeteilt hätten. Abdul-Medjid, der die Lage sehr verzweifelt ansah, hatte keinen Grund und keine Möglichkeit dem entgegenzuhandeln, und auch Mehemed fügte sich so weit, daß er Ibrahim stehenzubleiben befahl. Freilich von seiner Forderung des erblichen Besitzes aller ihm unterworfenen Provinzen war er entschlossen nicht abzugehen.

Schlacht bei Nissib.

Sultan Abdul Medjid.

Vermittlung der Großmächte.

Entfremdung zwischen Frankreich und England.

Die Haltung der französischen Diplomatie mußte ihn darin bestärken. Während es bei Palmerston feststand, daß dauernde Ruhe im Orient nur zu erlangen sei, wenn man Mehemed zwinge sich in seine „ägyptische Muschelschale“ zurückzuziehen, weigerte sich die französische Regierung irgend welche Zwangsmaßregeln gegen ihn zur Anwendung zu bringen. Die Folge davon war eine rasch wachsende Entfremdung zwischen den Kabinetten von London und Paris, sowie ein Versuch Rußlands sich mit England zu verständigen. Baron von Brunnow erschien zu diesem Zweck Ende September 1839 in London und fand freundliches Entgegenkommen. Er erklärte die Bereitwilligkeit seiner Regierung den Vertrag von Unkjar-Skelessi aufzugeben und, wenn eine russische Flotte zum Schutz von Konstantinopel erscheinen müsse, auch das Einlaufen einer englischen in die Dardanellen gutzuheißen. Nur in einem Punkte waren anfangs die Ansichten sehr verschieden: Rußland betonte, daß es lieber ohne als mit Frankreich vorgehen werde; England wünschte das französische Bündnis womöglich nicht zu lockern. Doch wurde bald klar, daß dieser Wunsch in Paris keine Erwiderung fand. Die französische Mittelmeerflotte wurde beträchtlich verstärkt, Louis Philipp selbst sprach davon, daß ein Krieg mit England ja doch unvermeidlich sei und Mehemeds Flotte ihm dabei erwünschte Dienste leisten werde; die französischen Gesandten suchten ohne Rücksprache mit den anderen Mächten, der Note vom 27. Juli zuwider, einen Vertrag zwischen dem Sultan und dem Pascha zu vermitteln. Auf den Konferenzen, die in London gehalten wurden und an denen seit dem Februar 1840 auch ein türkischer Gesandter teilnahm, war daher Frankreich nur ein Hemmschuh; das unsinnige Lärmschlagen in der Presse, das Drohen mit einem allgemeinen europäischen Kriege, das Geschrei nach dem Rheine, das besonders zunahm, als am 1. März 1840 Thiers an Soults Stelle trat, schüchterte die Großmächte zwar nicht ein, bestärkte sie aber wohl in der Überzeugung, daß eine Verständigung mit Frankreich nicht möglich sei. Als sie endlich unter der Hand erfuhren, daß Thiers in Konstantinopel geradezu seine einseitige Vermittelung angeboten habe, hielten sie sich jeder Rücksicht auf Frankreich für enthoben und beschlossen unter sich, wie sie schon öfter gedroht hatten, einen Vertrag zur Herstellung des Friedens zu schließen. Der französische Gesandte in London, Guizot, kannte die Möglichkeit dieses Schrittes sehr wohl, hatte aber von seiner Nähe so wenig eine Ahnung, daß er noch am 14. Juli nach Paris meldete, man habe noch Zeit. Am 15. Juli wurde der Vierbundvertrag unterzeichnet. Darin erklärte die Pforte, welche ihm gleichfalls beitrat, sich bereit Mehemed Ali den erblichen Besitz von Ägypten und den lebenslänglichen eines Teiles von Syrien einzuräumen, wenn er sich binnen zehn Tagen füge; wo nicht, solle ihm innerhalb einer zweiten Frist von zehn Tagen als Gegenleistung für die Unterwerfung noch der erbliche Besitz von Ägypten zugesichert werden; lasse er auch diesen Termin verstreichen, so halte sich der Sultan zu nichts mehr verbunden.

Annäherung zwischen England und Rußland. · Londoner Konferenzen. · Der Londoner Vertrag.

Zur Durchführung dieser Maßregeln verpflichteten sich die vier Mächte nötigenfalls Gewalt zu gebrauchen und zunächst zum Schutze von Konstantinopel die Dardanellen und den Bosporus gemeinsam zu besetzen.

Spannung mit Frankreich.

Um eine letzte Rücksicht für Frankreich zu üben teilte man den Vertrag dem Pariser Kabinett vertraulich mit, versicherte, daß man auf seinen Beitritt großen Wert lege, und ersuchte es seinen Einfluß auf Mehemed in diesem Sinne zu verwenden. Wenn man wenig Hoffnung auf einen solchen Umschwung hegen durfte, so war man doch andererseits überzeugt, daß Frankreich sich nicht mit gewaffneter Hand dagegen auflehnen werde. Die Nachrichten der nächsten Tage mußten diese Überzeugung freilich erschüttern. Der König selbst sprach davon, es sei Zeit die Jakobinermütze aufzusetzen; Thiers, der Teufelskerl, wie Palmerston ihn nannte, spie Feuer und Flammen; durch die ganze Presse ging ein tobendes Geheul über die Schmach, welche man Frankreich dadurch angethan, daß man die orientalische Frage ohne seine Mitwirkung lösen wolle. Zu den Worten gesellten sich bald Thaten. Auf eigene Verantwortlichkeit — die Kammern waren nicht versammelt — beschloß das Ministerium die Verstärkung der Flotte, die Errichtung von 18 Linienregimentern, eine Anleihe von 100 Millionen Franken und die sofortige Inangriffnahme der Befestigung von Paris. Besonders die letzte Maßregel sollte die äußerste Entschlossenheit kundthun. Man wollte den Krieg nicht auf den Orient beschränken, sondern einem neuen Kampfe am Rhein trotzen, auf die Gefahr hin die Fremden wieder bis ins Herz Frankreichs vordringen zu sehen. Nicht als ob Ministerium oder Volk einen schlimmen Verlauf des Abenteuers für wahrscheinlich gehalten hätten; vielmehr träumte und prahlte man von nichts als Sieg und Eroberungen; man sah den Rhein schon von neuem als Frankreichs Grenzstrom, man schwelgte in der Wiederkehr der napoleonischen Ruhmeszeit, die erst wenige Wochen vorher, als der Prinz von Joinville nach St. Helena absegelte um die Gebeine des Kaisers zu holen, in frischem Glanze vor die Augen der Nation getreten war. Allein gerade dieses Übermaß der Begeisterung trug dazu bei die Verständigeren zu ernüchtern. Man fing an die großen materiellen Verluste, welche der Krieg bringen mußte, zu berechnen; die Rente fiel langsam, aber unaufhörlich von 86 auf 69 Prozent; man begann die Überlegenheit der vier großen Mächte, denen der Deutsche Bund noch beizurechnen war, in Erwägung zu ziehen und entdeckte überdies in Frankreichs militärischer Ausrüstung einen bedenklichen Mangel an Waffen, Pferden und Dampfschiffen. Der König selbst wurde zuerst stutzig und schickte den Botschafter in Wien, Saint-Aulaire, mit dem Auftrag einzulenken nach Königswart in Böhmen, einem Schlosse Metternichs, wo dieser, von Diplomaten der übrigen Mächte umgeben, einige Wochen zubrachte. Indessen nahmen die Ereignisse ihren Gang. Da Mehemed im Vertrauen auf die französische Begeisterung die Fristen hatte verstreichen lassen, wurde er vom Sultan abgesetzt und geächtet, und die vereinigten Mächte

Französische Drohungen.

Einschreiten gegen Mehemed Ali.

begannen ihre Maßregeln um ihm Syrien zu entreißen. Die Drusen und Maroniten im Libanon wurden zum Aufstande gereizt, der englische Admiral Stopford erschien mit einer englisch-österreichisch-türkischen Flotte an der syrischen Küste und nahm Beirut am 14. September. Bald folgten andere Seestädte nach und die Ägypter mußten sich von der Küste ins Innere Syriens zurückziehen. Dort aber trafen sie auf ein türkisches Heer, geführt von dem Hamburger Jochmus, und erlitten von ihm bei Kaleb Medina am 10. Oktober eine schwere Niederlage. Zwei andere Schläge folgten. Am 4. November erstürmten die Engländer und Österreicher Akka, und kurz darauf blokierte Napier (einst in Dom Pedros Diensten) Alexandrien. Mehemed mußte einsehen, daß Frankreich für ihn, auch wenn es noch zum Kriege schreiten sollte, eine morsche Stütze sei. Sein Übermut war gebrochen und er suchte jetzt durch Anlehnung an England wenigstens die Bedingungen des zweiten Termines noch zu erlangen. Allerdings flackerte die Kriegslust in Paris auf die Kunde von den Vorgängen in Syrien noch einmal in hellen Flammen auf. Die Boulevards wurden nicht still von dem Geschrei und Gesinge der Menge; die Theater widerhallten von dem wahnsinnigen Beifall, der Alfred de Mussets „Deutschem Rhein" gespendet wurde, einem Liede, das in spottender Weise auf die Begeisterung antwortete, die in Deutschland zum Schutze des Rheines wach geworden war. Die Regierung selbst trug sich mit den wundersamsten Entwürfen. Dem Versuche die englischen Schiffswerften anzuzünden stand sie vielleicht fern; aber ernstlich ins Auge faßte sie den Plan einer neuen „Anconade", wie man es damals nannte, d. h. der unvermuteten Besetzung einer türkischen Stadt durch französische Truppen, und noch weiter gediehen war der Plan die neuesten Verwirrungen in Spanien (Königin Christine verließ ebendamals, am 14. Oktober, das Land) zu benutzen um die Balearen wegzunehmen. Es war nicht Thiers' Schuld, daß dieser Plan nicht zur Ausführung kam. Seine kriegerischen Gelüste wurden dem Könige doch nach und nach allzubedenklich. Den Ausschlag gab eine drohende Thronrede, die der Monarch bei der Eröffnung der Kammern halten sollte. Louis Philipp weigerte sich dessen, entließ sein Ministerium am 29. Oktober und beauftragte den friedlich gesinnten Guizot mit der Neubildung des Kabinetts. Darüber kam es in der Kammer zu einer heftigen mehrtägigen Debatte, in welcher Guizot als Freund des Friedens um jeden Preis von Thiers und seinen Anhängern auf das schonungsloseste verarbeitet wurde, endlich aber doch mit 247 über 161 Stimmen den Sieg behielt.

Schlacht von Kaleb Medina.

Neue Kriegswut in Frankreich.

Thiers' Sturz.

Guizots Bemühungen.

Der neue Minister suchte nun als eine Gefälligkeit vom englischen Kabinette zu erbitten, was Thiers durch Drohungen nicht hatte erlangen können. Mehemed Ali den Besitz von Syrien wiederzuverschaffen war jetzt natürlich unmöglich; auch machte sich der alte Pascha selbst keine Hoffnung mehr darauf. Aber es wäre doch immer ein Triumph für Louis Philipp gewesen, wenn die vier Mächte ihm auch nur Ägypten

infolge französischer Verwendung gelassen hätten. Das hatte daher schon Thiers als geringstes Zugeständnis gefordert, allerdings mit dem Hintergedanken dadurch Zeit für Rüstungen gewinnen und den Ausbruch des ersehnten Krieges bis ins Frühjahr 1841 verschieben zu können. Aber Lord Palmerston schlug es rundweg ab, obgleich er materiell mit dem Vorschlag als einem billigen Ausgleich ganz einverstanden war. Er befolgte streng den Grundsatz der französischen Nationaleitelkeit nicht zu Willen zu sein. Schreckschüssen nachzugeben und um des lieben Friedens willen eine sogenannte versöhnliche Sprache zu führen hielt er für eine Politik, die nur Unheil stifte. Ebensowenig wollte er jetzt den Gefälligen spielen; in den Augen der Franzosen würde das doch nur als Furcht erschienen sein. Ganz ähnlich faßte Metternich die Sache auf und hielt es deshalb auch für zweckmäßig den deutschen Bund eine entschiedenere Haltung einnehmen zu lassen. Auf seinen Vorschlag schickte zunächst der König von Preußen Mitte November Grolmann und Radowitz nach Wien um eine Vereinbarung über die Mitwirkung des Bundes im Kriegsfall zu entwerfen; ausdrücklich wurde dabei ein Angriff Frankreichs auf die österreichischen Besitzungen in Italien gleichfalls als Gefährdung des Bundes anerkannt, und Radowitz sowie der österreichische General von Heß erhielten den Auftrag die süddeutschen Höfe davon in Kenntnis zu setzen und für die zu erwartenden Anträge der Großmächte zu gewinnen. Die Mitteilung dieser vorbereitenden Schritte veranlaßte Guizot und den König persönlich umsomehr zu beruhigenden Erklärungen, als inzwischen Mehemed selbst durch Napier, der mit einer Flotte vor Alexandrien erschien, am 27. November zum Nachgeben gezwungen war und sich verpflichtet hatte Syrien völlig zu räumen und die türkische Flotte herauszugeben. Wenn Napier ihm dagegen versprach, daß er Ägypten erblich behalten solle, so wurde diese Zusage zwar von dem Admiral Stopford nicht bestätigt; allein damit, daß so der Standpunkt des Julivertrages formell gewahrt wurde, glaubte Palmerston sich begnügen zu dürfen; thatsächlich war ihm auch jetzt noch das Verbleiben Mehemeds in Ägypten genehm, und der Widerspruch, den er bei seinen Verbündeten und bei der Pforte fand, war nicht sehr nachhaltig. Mehemed Ali mußte sich der Form wegen zunächst bedingungslos unterwerfen; dann aber wurde der Hattischerif, welcher ihn abgesetzt und geächtet hatte, vom Sultan aufgehoben und ihm der erbliche Besitz von Ägypten am 13. Februar 1841 feierlich wieder zuerkannt. Der Aussöhnung Frankreichs mit den übrigen Großmächten stand nun auch kein Hindernis mehr im Wege. Der Quadrupelvertrag vom 15. Juli 1840 wurde von den Beteiligten für erloschen erklärt und dagegen am 13. Juli 1841 der sogenannte Meerengenvertrag geschlossen, der zugleich an die Stelle des eben ablaufenden Vertrags von Unkjar Skelessi trat und die Pforte verpflichtete die Dardanellen und den Bosporus den Kriegsschiffen aller Nationen zu verschließen.

Die deutschen Großmächte.

Mehemed Alis Unterwerfung.

So war der Ausgang der großen Krisis für Frankreich ein sehr

Englands Erfolge.

beschämender, für Rußland und besonders für England aber ruhmvoll und vorteilhaft. Mehemed Ali hatte Achtung vor ihrer Macht bekommen und hielt es für rätlich, fortan sich gut mit England zu stellen. Ein wesentliches Recht, das er dem Londoner Kabinett einräumte, war die Anlage einer Handelsstraße über die Landenge von Suez und die damit verbundene Einrichtung der Überlandpost nach Ostindien. In Konstantinopel hielten sich Rußland und England im ganzen die Wage; bald war der Einfluß des einen, bald der des anderen Staates größer, ein Wechsel, der für die Türkei nichts weniger als segensreich war. Denn auch ohnedies wurde sie schon von einem gefährlichen Kampfe widerstreitender Parteien und Prinzipien heimgesucht. Daß die bisherigen Zustände verbessert werden müßten, dieser Einsicht konnte sich kein türkischer Staatsmann entziehen. Aber sollte die Änderung darin bestehen, daß man zu den alten national-türkischen Einrichtungen, an denen Mahmuds Regierung so vielfältig gerüttelt hatte, zurückkehrte, oder sollte man umgekehrt die Neubildung des Staates auf europäischer Grundlage versuchen und statt wie bisher in einzelnen Fragen fortan in der gesamten Verwaltung mit den alten Grundsätzen brechen? Darüber gingen die Ansichten schroff auseinander, und während die europäische Partei in Reschid Pascha einen geistvollen und arbeitsamen Führer hatte, der im Einvernehmen mit dem englischen Gesandten Stratford Canning (Lord Redcliffe) zu wirken bemüht war, fand die nationale Partei in den Ulemas und in dem Fanatismus des Volkes eine Stütze, die durch den russischen Einfluß noch gestärkt wurde. Für die nächste Zeit hatte Reschid noch das Übergewicht. Das Programm seiner Reformen war in dem Hattischerif von Gülhane enthalten, einer Art von Verfassungsurkunde, die Abdul Medjid bereits am 2. November 1839 auf seinem Lustschloß Gülhane erteilt hatte. Die Lage der Christen und Juden wurde durch dieselbe wesentlich verbessert, die Steuergesetze und die Militärpflicht geordnet und begrenzt, die Todesstrafe ohne richterlichen Spruch und ohne Bestätigung durch den Sultan abgeschafft. Zur Ausführung dieser Urkunde erfolgte dann eine ganze Reihe von Gesetzen, die unter dem Namen der „heilsamen Anordnungen" zusammengefaßt wurden. Selbst eine Art von Landesvertretung, deren Mitglieder freilich der Sultan ernannte, berief Reschid ein; doch war der Erfolg dieses Schrittes nicht geeignet zu einer Wiederholung einzuladen. Der junge Sultan Abdul Medjid war bei alledem eine vollständige Null.

Reformbestrebungen in der Türkei.

Der Hattischerif von Gülhane.

Rußland und England in Asien.

Ähnlich wie in Konstantinopel kämpften der russische und der englische Einfluß in Centralasien und in China miteinander, und wenn diese Rivalität auch keinen unmittelbaren Einfluß auf die politische Lage Europas übte und noch weniger ein lebhaftes Interesse zu erwecken

vermag, so müssen doch diese Kämpfe in ihren Hauptzügen hier erwähnt werden.

Es wurde schon früher der Bemühungen Rußlands gedacht seine Herrschaft im Kaukasus zu befestigen. Wenn es sich dadurch einerseits den Besitz der Ostküste des Schwarzen Meeres sichern und der Verwandlung dieses Meeres in einen russischen Binnensee vorarbeiten wollte, so war sein Augenmerk doch gleichzeitig nicht weniger auf den Kaspisee gerichtet, dessen Bedeutung für den innerasiatischen Handel damals zwar noch gering war, aber in ihrer Entwicklungsfähigkeit wohl erkannt wurde. Schwerlich schwebten der russischen Politik, wenn sie gleichzeitig östlich und westlich dieses ungeheuren Wasserbeckens ihre Grenzen vorzuschieben suchte, so weit entlegene Ziele vor, wie man in England auf Urquharts Zeugnis hin glaubte. Der sah die Russen schon auf dem geraden Wege nach Indien um der englischen Herrschaft dort ein Ende zu machen, und das schlechte Gewissen der ostindischen Kompagnie, der Herrin des Landes, gegen deren Ausbeutungssystem sich heftiger Groll angesammelt hatte, malte dieses Schreckbild noch furchtbarer aus. In der That waren es doch ganz überwiegend die Interessen des Handels, welche die russische Politik in Centralasien leiteten. Dieser Handel war bis dahin genötigt bedeutende Umwege zu machen, die ihn sehr erschwerten. Statt auf dem Kaspisee nach Asterabad (am Südostende desselben) und weiter durch das Atrek-Thal nach Mesched und Herat, oder auf der zweiten natürlichen Route über Khiwa den Amu hinauf nach Balkh zu gehen, umging er die Kirgisensteppe und die Staaten des feindlichen Emirs von Khiwa in großem Bogen und hatte Petropawlowsk in Sibirien zum Ausgangspunkt. Dadurch wurde den Russen die Konkurrenz mit den Engländern in Persien, Afghanistan und den turanischen Chanaten umsomehr erschwert, als die ostindische Kompanie ihre Herrschaft in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts ganz beträchtlich ausgedehnt und bereits den Indus in ihr Machtgebiet eingeschlossen hatte. Früher hatten die kleinen Staaten im Pendschab dem englischen Handel aus Eifersucht alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt und dadurch den russisch-asiatischen Verkehr befördert. Das war jetzt anders geworden. Handelsverträge, welche die ostindische Kompanie 1832 mit diesen Fürsten abschloß, öffneten ihr gegen mäßige Zölle den Weg auf dem Indus bis nach Attok hinauf, von wo der Kabul-Paß nach Afghanistan hinüberführte. Begreiflicherweise suchte Rußland in ähnlicher Weise näher zu rücken und daraus entstand die heftige Eifersucht, die sich besonders in Persien, Afghanistan und Khiwa bemerklich machte.

Am Hofe von Teheran verdankte Rußland seinen Einfluß den glücklichen Kriegen, die es gegen Persien geführt hatte. In den Friedensschlüssen von Gulistan 1814 und Turkmantschai 1828 waren ihm beträchtliche Landesteile, darunter das wichtige Eriwan, abgetreten. England hatte den Persern nicht beigestanden, obgleich es sich den Anschein gab ihr Freund zu sein, und dadurch an Ansehen verloren. So stand es

Der Kaukasus.

Der Kaspisee.

Handelsstraßen.

Die ostindische Kompanie.

Persien.

schon unter dem Schah Feth Ali, der 1834 starb, noch mehr aber unter seinem Enkel und Nachfolger Mohammed Mirza, obgleich dieser den Sieg über einen Oheim, der ihm das Reich streitig machte, zum großen Teil englischem Gelde verdankte und durch englische Offiziere seine Truppen einüben ließ. Der russische Gesandte, Graf Simonitsch, war an seinem Hofe allmächtig. Er war es auch, der den Schah überredete einen Eroberungskrieg gegen Kamran, den Fürsten von Herat, zu unternehmen und sich zu diesem Zwecke mit Dost Mahomed von Kabul zu verbinden.

Dost Mahomed von Kabul.

Dost Mahomed war ein Usurpator. Er hatte die Oheime Kamrans gestürzt und den größten Teil Afghanistans unter seine Botmäßigkeit gebracht. In früheren Jahren suchte er eifrig die Freundschaft der Engländer. Allein die Verhältnisse hatten jene gezwungen sich auf die Seite seiner Feinde zu stellen. Einer der von Dost vertriebenen Fürsten, Schudschah, hatte nämlich Zuflucht und Beistand bei dem mächtigsten Fürsten des Pendschab, Rundschid Singh, gefunden, und da die ostindische Kompanie diesen Mann gebrauchte um die vorhin erwähnten Handelsverträge von 1832 zustande zu bringen, so ergab sich von selbst, daß sie auch Schudschah unterstützen und Dost Mahomeds Freundschaftsanträge ablehnen mußte. So hatte sich dieser denn seit einigen Jahren eng an Persien und Rußland angeschlossen, wodurch er für die Engländer ein sehr unbequemer Nachbar wurde.

Angriff auf Herat.

In ganz Afghanistan gab es nur noch einen Punkt, wo ihr Einfluß den russischen überwog, das war Herat, die Residenz Kamrans. Bei dieser Sachlage war es ebenso begreiflich, daß Rußland den Kamran durch einen Angriff von Persien oder von Kabul aus zu stürzen und Herat in Mohammed Mirzas oder in Dost Mahomeds Hände zu bringen wünschte, wie daß England einen solchen Erfolg zu vereiteln suchte. Im Juli 1837 unternahm der persische Schah seinen Zug gegen Herat. Simonitsch begleitete ihn; Dost Mahomed hielt sich noch zurück. Der englische Gesandte in Teheran, Mac Neill, ein Freund Urquharts, drang in Palmerston energisch dazwischen zu fahren. Aber ehe auf seinen Bericht Weisungen eintreffen konnten, mußte viel Zeit verstreichen und es fragte sich, ob Herat so lange sich halten werde. Simonitsch selbst leitete die Belagerung; doch war auch die Verteidigung bei dem Engländer Pottinger in guten Händen und alle Stürme wurden abgeschlagen.

Englische Einmischung.

Dadurch gewann England die notwendige Zeit. Eine Flotte erschien im persischen Meerbusen und besetzte die Insel Karak; eine drohende Note vom Mai 1838 kündigte Persien den Krieg an, wenn die Belagerung von Herat nicht aufgegeben werde. Ein ganz unglücklicher Sturm auf die Stadt im Juni unterstützte diese Schritte und Mohammed Mirza entschloß sich zu Simonitsch' großem Verdruß den Forderungen Englands nachzukommen. Damit war die dringendste Gefahr vorüber; aber genügende Sicherheit für die britischen Interessen konnte doch nur dann gewonnen werden, wenn man aus der Verteidigung zum Angriff überging. Denn welche Bürgschaft gab es dafür, daß nicht Dost Mahomed plötzlich das Werk fortsetze,

das Mohammed Mirza hatte aufgeben müssen? So entschloß sich England zum Kriege gegen diesen, in der Absicht Schudschah an seiner statt wieder zum Herrn von Kabul zu machen. Lord Auckland, der Gouverneur von Indien, schloß mit dem Gestürzten und dessen Beschützer Rundschid Singh ein Bündnis und erklärte im Oktober 1838 Dost den Krieg. Das Unternehmen war mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft, aber das Glück des Obergenerals Sir John Keane besiegte sie schließlich alle. Kandahar, Ghazna, Kabul, die Hauptstädte des Landes, wurden erstürmt und Schudschah im August 1839 zurückgeführt. Im nächsten Jahre machte Dost, der die Zwischenzeit in halber Gefangenschaft bei dem Khan von Bokhara zugebracht hatte, noch einen Versuch sein Unglück wieder gutzun.achen; allein obgleich er nicht unglücklich kämpfte, sah er doch den Widerstand auf die Dauer als aussichtslos an und benutzte einen Sieg, den er erfochten, um sich den Briten gegen Zusicherung einer Pension und eines Wohnsitzes in Hindostan zu unterwerfen. England hatte also glänzende Triumphe gefeiert. Sie noch zu erhöhen unternahm Rußland um dieselbe Zeit, im November 1839, einen unglücklichen Kriegszug gegen den Emir von Khiwa, der durch den Raub russischer Unterthanen den gerechtesten und erwünschtesten Anlaß dazu bot. Die Leitung des Unternehmens wurde dem General Perowski übertragen, der umfassende Vorbereitungen traf. Allein die Ungunst der Verhältnisse war zu groß. In den wasserlosen Wüsten, durch welche der Zug ging, lieferte nur der Schnee das nötige Getränk; die Kälte stieg bis zu 32° und endlich traten furchtbare Schneestürme ein, die Menschen und Tieren in der offenen Steppe das Grab bereiteten. Mit schwerem Verluste mußte Perowski den Rückzug antreten ohne mit dem Feinde zusammengetroffen zu sein. Aber vergebens war der Zug doch nicht gewesen. Es waren reiche Erfahrungen für die Zukunft gesammelt, und der Khan von Khiwa war doch auch hinreichend eingeschüchtert um freiwillig die russischen Sklaven herauszugeben und zu versprechen, daß ähnliche Räubereien nicht wieder vorkommen sollten. Ein noch besseres Pflaster auf die Wunde, welche die unglückliche Expedition dem russischen Ehrgeiz geschlagen, lieferte aber im nächsten Jahre das Schicksal der Engländer in Afghanistan. Am Hofe Schudschahs residierten als Gesandte Macnaghten und der zu seinem Nachfolger bestimmte Sir Alexander Burnes; ein englisches Heer unter General Elphinstone war im Lande geblieben. Gegen sie erhoben sich am 2. November 1841 die Afghanen; Burnes wurde mit seinem Bruder und anderen Gefährten niedergemetzelt. In wochenlangen Kämpfen, die mit Verhandlungen abwechselten, widerstanden die Engländer mit immer mehr schwindenden Kräften den Empörern; am 23. Dezember ward auch Macnaghten bei einer Besprechung mit Dost Mahomeds Lieblingssohn Akbar Khan treulos und barbarisch ermordet; und als dann endlich Elphinstone am 6. Januar 1842 unter dem Schutze eines Vertrages den Rückzug auf den schneebedeckten Straßen antrat, wurde er doch wiederum angegriffen

Krieg gegen Dost Mahomed.

Rußland gegen Khiwa.

Aufstand der Afghanen.

und sein ganzes Heer, besonders in den Keyber-Pässen, fast vollständig aufgerieben. Von der Besatzung Kabuls, die aus 5000 Mann bestand, entkamen nur zehn. Wenn die Scharte auch im nächsten Jahre wieder ausgewetzt und das Land von den Generälen Nott und Pollock von neuem unterworfen wurde, so war die Niederlage doch ein schwerer Schlag und lehrte deutlich, daß auch der englische Einfluß in Afghanistan auf sehr schwanken Füßen stehe. Schudschah, der während des Aufstandes eine zweifelhafte, nicht aufgeklärte Rolle gespielt hatte, war schon im April von einer Partei der Empörer meuchlerisch ermordet worden. Akbar mußte bei Pollocks Anmarsch fliehen, kehrte aber sofort zurück, als die Engländer im Oktober 1842 wieder heimzogen. Von neuem fiel das ganze Land ihm zu und er nahm es im Namen seines Vaters in Besitz. Die englischen Interessen schienen unter diesen Umständen immer noch am besten gewahrt zu sein, wenn man Dost Mahomed wieder freigab und als Herrn von Afghanistan anerkannte. Dazu entschloß sich denn auch der Nachfolger Aucklands, der Gouverneur Lord Ellenborough, und so war das Ende der blutigen Kämpfe die Rückkehr zu denselben Zuständen, die bei ihrem Ausbruch geherrscht hatten.

Eroberungen im Indusgebiet.

Dagegen wurden in den nächsten Jahren bedeutende Erwerbungen im Indusgebiete gemacht. Schon im Februar 1843 eroberte Sir Charles Napier Heiderabad am Unterlaufe dieses Flusses und unterwarf die ganze Landschaft Sind, deren Statthalter er wurde. Nachdem dann Ende desselben Jahres Gwalior, der letzte Mahrattenstaat, infolge einer Empörung unter den britischen Schutz gezwungen war, brach Ende 1845 der lange gefürchtete Krieg mit den Sikhs im Pendschab aus. Lord Hardinge, der Generalstatthalter von Indien, in dessen Gefolge sich auch Prinz Waldemar von Preußen befand, überschritt nach mehreren Schlachten den Sutledsch, eroberte Lahore und stellte den unmündigen Maharadschah Dhulip Singh unter britischen Schutz; der im März 1846 abgeschlossene Frieden fügte große Länderstrecken, besonders südlich vom Sutledsch, dem Gebiete der ostindischen Kompanie hinzu. Aber nur für kurze Zeit war dadurch die Ruhe gesichert. Anfang 1848 begann einer der Sikhs-Fürsten, Dewan Mulradsch von Multan, neue Feindseligkeiten; das ganze Pendschab folgte seinem Beispiele und auch Dost Mahomed von Kabul trat wieder hervor und besetzte Peschawer. Die Engländer waren anfangs so schwach, daß sie nur auf ihre Verteidigung denken konnten; Hardinges Nachfolger Lord Dalhousie war jedoch von vornherein entschlossen die Gelegenheit zur völligen Unterwerfung der Sikhs zu benutzen und zog deshalb große Truppenmassen heran. Zuerst wurde Mulradsch im Fort von Multan am 4. Januar 1849 zur Übergabe gezwungen, dann warf Lord Gough die Hauptmasse der Feinde, nicht ohne Wechsel des Kriegsglückes, nordwärts zurück; General Gilbert, der unter ihm befehligte, nahm 20 000 Feinde bei Rawalpindi gefangen, überschritt westlich von diesem Orte bei Attok den Indus und trieb Dost

Mahomed nach Afghanistan zurück. Nach diesen Erfolgen erklärte Lord Dalhousie am 29. März 1849 den Dhulip Singh für abgesetzt und das Pendschab für eine Provinz des britischen Reiches, eine Vergrößerung, die beinahe 5000 Quadratmeilen mit drei Millionen Einwohnern und Einkünften von einer Million Pfund betrug. Der Königin Victoria ward als Siegesbeute der berühmte Diamant Kohinur übersandt.

China.

Auch in China rivalisierten Großbritannien und Rußland miteinander, wenngleich ihre Gegnerschaft nicht so augenscheinlich zu Tage trat wie in Centralasien. Rußland erfreute sich schon seit Peters des Großen Zeiten einer recht günstigen Stellung. Es hatte in Peking, allein von allen europäischen Mächten, eine stehende Gesandtschaft und trieb in Kiachta und Maimatschin einen blühenden Handel mit China. England hatte bis zum Jahre 1834 nur durch die ostindische Kompanie mit dem himmlischen Reiche in Beziehung gestanden. Diese besaß das Monopol des chinesischen Handels, durfte ihn aber nur in Kanton und auch dort nur mit der bevorrechteten Kaufmannsgilde der Hongs betreiben. 1834 wurde ihr dies Monopol genommen und allen englischen Kaufleuten der Handel freigegeben; an Stelle des Vertreters der Kompanie trat ein Bevollmächtigter der Regierung. Von dem Augenblicke an begannen die Reibungen mit den chinesischen Behörden ernsthaft zu werden. Die Vertreter der Kompanie hatten sich, freilich auf Kosten des englischen Namens, im Interesse des Handels viel bieten lassen. Die Mandarinen sahen mit Verachtung auf die rotborstigen Barbaren herab; ihre außerordentlichen Gesandtschaften, deren einige nach Peking kamen, wurden als schuldige Beweise der Unterwürfigkeit, die Geschenke, welche sie überbrachten, als rechtmäßiger Tribut betrachtet. Ein Vertreter der englischen Regierung mußte offenbar eine andere Sprache führen als ein Vertreter der Kompanie. Obendrein war nun aber der erste, Lord Napier, persönlich rücksichtslos und nicht geeignet, den bisherigen Ton allmählich in den richtigen hinüberzuleiten. Auch die materiellen Streitpunkte vermehrten sich, seitdem nicht mehr die Kompanie allein den Handel trieb; die meisten entsprangen dem ungesetzlichen Schmuggel mit Opium. Dank demselben überstieg die englische Einfuhr in China die Ausfuhr um 7 Mill. Dollars, während der russische Handel für 5 Mill. Rubel weniger importierte als exportierte.

Der Opiumkrieg.

Die chinesische Regierung hatte, vielleicht nicht so sehr aus Rücksicht auf die physische und moralische Gesundheit ihrer Unterthanen als um den englischen Handel zu schädigen, die Einfuhr von Opium überhaupt verboten. Einige Jahre hindurch begnügte sie sich damit ihre eigenen Unterthanen zur Befolgung dieses Verbotes zu zwingen; sie nahm ihnen das Opium weg und ließ auch einige Opiumraucher hinrichten. Aber diese Maßregeln waren ungenügend; denn nun betrieben die Engländer selbst auf kleinen bewaffneten Boten den Vertrieb ihrer Ware. Allmählich wurde das den Chinesen zu viel; sie griffen auch diese Bote an und das ergab ärgerliche Verwickelungen. Es schien zuletzt besser allen diesen Widrigkeiten

durch einen Hauptschlag ein Ende zu machen. In der englischen Faktorei zu Kanton und auf den Schiffen im Hafen befand sich ein großer Vorrat von Opium, über 20000 Kisten. Im Jahre 1839 verlangten die Chinesen die Auslieferung desselben und erzwangen sie schließlich mit Gewalt. Nun war der Krieg unvermeidlich. Die englischen Kaufleute verließen Kanton, die britischen Kriegsschiffe begannen Feindseligkeiten gegen die chinesische Flotte. Im Jahre 1840 wurde der Krieg förmlich erklärt. Eine Zeitlang zog er sich ohne bedeutendes Ergebnis hin; aber im Mai 1841 gelangten die Engländer in den Besitz von Kanton, etwas später erzwangen sie die Einfahrt in den Kaiserkanal, im Mai 1842 eroberten sie die starke Festung Tschinkiang, an dem Kreuzungspunkte dieses Kanals und des Jantsekiang, und hatten dadurch die Möglichkeit auf dem Kanal nach Peking zu segeln. Um es dahin nicht kommen zu lassen, erklärte sich der Kaiser zum Frieden bereit und erkaufte ihn zu Nanking am 25. September 1842 durch die Abtretung der Insel Hongkong, die Kanton beherrscht, und durch die Öffnung von fünf Häfen für den europäischen Handel: Kanton, Amoi, Futscheu, Ningpo und Schanghai.

Die Whigs in England.

Die Whigs. Die englischen Staatsmänner, welche dieses Unternehmen gegen China eingeleitet hatten, waren bei der glücklichen Beendigung desselben nicht mehr im Amte. Seit der siegreichen Durchführung der Reformbill im Jahre 1832 hatten die Whigs fast ohne Unterbrechung ein Jahrzehnt hindurch am Ruder gesessen. Wenn auch in ihrer Mitte die Umgestaltung des Wahlrechtes nicht wenig Gegner gezählt hatte, so waren diese durch die Erfahrung bekehrt worden. Ihre Befürchtung, das neue Unterhaus möchte zahlreiche radikale Elemente aufweisen, war bis dahin kaum verwirklicht worden. Palmerston meinte vielmehr, es werde allen seinen Vorgängern merkwürdig ähnlich, ungeduldig gegen Narren, unnachsichtig gegen Großmäuler, der Debatte müde und geneigt im allgemeinen der Regierung in allen den Angelegenheiten zu vertrauen, welche seine Mitglieder nicht verstünden oder an denen ihre Wähler kein Interesse hätten. Auch im Torylager fand man bald, daß eine überraschende Ähnlichkeit zwischen dem neuen und allen früheren Parlamenten bestehe, und beobachtete nur mit einer erklärlichen Schadenfreude, daß die alte Geschlossenheit der Whigpartei ersichtlich schwinde und das individuelle Urteil sich gegen die Disziplin des Ministeriums weit kühner als früher auflehne. Im Oberhause hatten die Tories nach wie vor die Mehrheit, und wenn sie auch nicht wagten dieselbe in entscheidenden Fragen zu gebrauchen, so konnten sie doch der Regierung das Leben sauer genug machen und ihr in untergeordneten Punkten eine Schlappe nach der anderen beibringen. Die materielle Lage des Landes war sehr befriedigend, Handel und Industrie in beständigem Aufschwung. Zwei Maß-

Ostindische Kompanie.

regeln von höchster Wichtigkeit griffen tief in das Kolonialwesen und den überseeischen Handel ein. Der einen wurde schon gedacht: sie betraf die ostindische Kompanie, der eine 20jährige Frist zur vollständigen Abwickelung ihrer Geschäfte gegeben wurde; bis dahin blieb die Verwaltung ihrer Besitzungen unter manchen Beschränkungen und staatlicher Aufsicht in ihrer Hand. Von dem Reingewinn durften aber nur 630 000 Pfund jährlich an die Aktionäre verteilt werden; der Rest wurde für die Einlösung der 2500 Aktien bestimmt. Die zweite Maßregel war die Befreiung der Sklaven, für die Männer wie Wilberforce und Buxton seit Jahren gewirkt hatten. Das Parlament bewilligte am 28. August 1833 20 Millionen Pfund für diesen Zweck; dafür erhielten 750 000 Menschen teils sofort teils durch vorsichtige Übergangsmaßregeln ihre Freiheit zurück. Es war in der That ein glänzendes Beispiel von Großmut und Gerechtigkeit, das der Nation, welche ein so beträchtliches Opfer für eine gute That zu bringen bereit war, zur höchsten Ehre gereichte. Nicht minder bezeugte es aber auch den allgemeinen Wohlstand, der im Lande herrschte. Freilich fehlte es auch nicht an schwarzen Punkten. In den Arbeiterkreisen gärte eine große Unzufriedenheit. Seit ihnen durch ein Gesetz von 1824 das Recht gegeben war, sich zu vereinigen und gemeinsam den Arbeitgebern Bedingungen zu stellen, waren zahlreiche Gewerkvereine (Trades-Unions) entstanden, welche eine Verbesserung ihrer Lage durch Aufkündigung der Arbeit (strikes) von den Fabrikherren zu erzwingen suchten. Diese waren nun ihrerseits bedacht Mittel zu finden, welche die Arbeiter auch ohne die Bewilligung höheren Lohnes zufriedenstellen könnten. Diesem Bestreben entsprang einerseits die Gründung von Konsumvereinen, deren Aufgabe es sein sollte dem Arbeiter seine Lebensbedürfnisse zu einem billigen Preise zu verschaffen, und andererseits die Bewegung für eine Ermäßigung der Kornzölle, deren später zu gedenken ist. Als Muster für die Konsumvereine konnte derjenige der „Pioniere von Rochdale“ gelten, der mit einem kleinen Verkaufsladen und etwa 500 Mark Kapital anfing und durch geschickte und vorsichtige Ausdehnung des Betriebes allmählich seine eigene Dampfmühle, Bäckerei, Schlachterei, Dampfspinnerei und Weberei begründete. Dieser Vorgang fand zahlreiche Nachfolge und trug nicht wenig dazu bei die unzufriedene Stimmung auf engere Kreise zu beschränken. Auch das Fabrikgesetz von 1834, das durch die Anstellung von Inspektoren die Arbeiter zu schützen suchte und die Verwendung von Kindern in den Fabriken regelte, erledigte manche gerechte Beschwerden. Doch brennender als diese Fragen war zur Zeit die Beseitigung der Übelstände in Irland. Wenn die katholischen Iren von der Katholikenbefreiung eine Besserung ihrer Lage erwartet hatten, so mußten sie sich bitter enttäuscht fühlen, denn es geschah nichts. Besonders lebhaft empfand dies Daniel O'Connell, der ja selbst im Unterhause saß und deutlich erkannte, daß seine heimische Insel auch bei den Whigs auf freiwillige Zugeständnisse nicht rechnen dürfe. Er begann daher eine neue Bewegung unter seinen Lands-

Die Gewerkvereine.

Die Konsumvereine.

Die irische Repealbewegung.

leuten, deren Losung das Wort: Repeal, Widerruf! wurde — Widerruf nämlich der Unionsakte von 1801, durch welche das irische Sonderparlament aufgehoben und die Rechtsbefugnis des durch Irländer verstärkten englischen Parlaments auf Irland ausgedehnt worden war. Die Repealbewegung gewann bald eine solche Stärke, daß sie von dem Ministerium nicht unbeachtet gelassen werden konnte; eine Gewährung des Verlangens kam selbstverständlich nicht in Frage und wurde selbst von O'Connell schwerlich für erreichbar erachtet; wohl aber ließ sich erwarten, daß die Regierung zur Beschwichtigung der wachsenden Unzufriedenheit die dringendsten Beschwerden der Iren abstellen werde. Über keinen Übelstand wurden lebhaftere und besser begründete Klagen geführt als über die Vorrechte der anglikanischen Kirche. Wenn die Zahl ihrer Angehörigen in einem irischen Bezirke auch noch so gering war, so hatte sie doch in demselben einen Pfarrer und dieser mußte von den Katholiken unterhalten werden: es konnte vorkommen, daß ein Geistlicher eine Pfründe von 20000 Mark erhielt, nachdem er vor ein paar „geborgten" Protestanten einen Gottesdienst gehalten hatte. Das Ministerium Grey verschloß sich der Ungerechtigkeit dieser Verhältnisse nicht; aber der erste Vorschlag zur Erleichterung, den es 1833 aufstellte und der vom Parlamente gebilligt wurde, konnte die Iren nicht befriedigen, denn er gewährte nicht die Aufhebung, sondern nur die allmähliche Ablösung der Kirchenlasten. Der Unwille über die Geringfügigkeit dieser Besserung gab der Repealbewegung neue Stärke und führte zu unruhigen Auftritten und besonders zur Verweigerung des Zehnten, dessen gewaltsamer Beitreibung sich die Bevölkerung ebenso gewaltsam, ja selbst mit Mord und Brand widersetzte. Demgegenüber glaubte nun die Mehrheit des Ministeriums die äußerste Strenge zeigen zu müssen; sie brachte eine Bill ein, welche die Verhängung des Kriegsrechtes in jedem irischen Bezirk, wo Unruhen ausbrächen, gestattete; nur ungern hatte sich die Minderheit dieser Vorlage angeschlossen, und als dieselbe im Parlament heftig bekämpft und der innere Zwiespalt des Kabinetts ans Licht gezogen wurde, brach eine Krisis aus, die mit dem Rücktritt der Anhänger der Zwangsbill, besonders Lord Greys endete (9. Juli 1834). Der bisherige Minister des Inneren, Lord Melbourne, wurde mit der Neubildung betraut, brachte ein liberaleres Ministerium als das vorige zustande und suchte sich mit O'Connell zu verständigen. Die Grundlage dafür bot die Rücknahme der Zwangsbill. Ein Teil der Kabinettsmitglieder, besonders Lord John Russell, wollte aber weitergehende Zugeständnisse machen und den Überschuß der Einnahmen, welche die protestantische Kirche aus Irland zog, für Unterrichtszwecke im Interesse aller Bekenntnisse verwenden. Dieser Überschuß war schon durch Greys irische Kirchenbill, die zehn Bistümer und alle Kirchen, in welchen seit drei Jahren kein Gottesdienst gehalten war, aufgehoben und die Besoldung aller Pfründen herabgesetzt hatte, sehr erheblich geworden. O'Connell war daher mit der Absicht Russells sehr zufrieden und unterstützte das

Die anglikanische Kirche in Irland. — *Die Zwangsbill.* — *Greys Rücktritt. Ministerium Melbourne.*

Ministerium. Allein der König war nicht willens demselben zu folgen und führte selbst einen Kabinettswechsel herbei. Im November 1834 trat nämlich derjenige Minister, welcher die Führung des Unterhauses hatte, Lord Althorp, bei seines Vaters Tode als Earl Spencer ins Oberhaus; keiner von den Ministern kam ihm an Einfluß gleich, wie Grey und Melbourne wiederholt zugestanden hatten; auch waren viele Anhänger des Kabinetts unsicher geworden, die einen, weil ihnen dasselbe zu weit, die anderen, weil es ihnen nicht weit genug ging. Trotzdem glaubte Melbourne sich halten zu können und bot dem Könige seine Entlassung nicht an, wodurch der Monarch sich zu dem ungewöhnlichen Schritte veranlaßt sah, sie ihm zu erteilen. Wellington erhielt den Auftrag ein Kabinett zu bilden. In richtiger Erkenntnis seiner Unbeliebtheit trat er denselben seinem gemäßigteren Parteigenossen Sir Robert Peel ab, der im Dezember 1834 die Zügel der Regierung ergriff. Das überwiegend liberale Unterhaus wurde sofort aufgelöst. Aber der Erfolg war nicht genügend. Die Tories gewannen zwar eine beträchtliche Anzahl Sitze, gegen die vereinigten Whigs, Radikalen und Iren blieben sie aber in der Minderheit. Es half nichts, daß Peel mit Verleugnung der strengen Parteigrundsätze mehrere Bills einbrachte, welche die Reihen der Gegner erschüttern sollten. Nach einigen kleinen Niederlagen, die er ruhig hinnahm, zwang ihn endlich doch die Annahme des oben erwähnten Russellschen Vorschlages, die Überschüsse der irischen Kircheneinkünfte zu Unterrichtszwecken zu verwenden, zum Rücktritt. Kaum fünf Monate nach seinem unfreiwilligen Verzicht trat Melbourne am 8. April 1835 wieder an die Spitze der Regierung. Auch er konnte auf die Mehrheit im Unterhause nur dann zählen, wenn er Iren und Radikale bei guter Laune erhielt. Alles, was er diesen zu Gefallen that, erregte aber im Oberhause den größten Unwillen und steigerte die Erbitterung der Tories. Diese glaubten sich den Anschlägen auf die anglikanische Kirche — denn als solche betrachteten sie die irische Kirchenbill — mit allen Mitteln widersetzen zu müssen. In dieser Absicht belebten sie den Bund der Oranien-Männer (Orange-men) wieder, der einst die Herrschaft Wilhelms von Oranien in Irland durchzusetzen gegründet war. Niemals ganz erloschen, hatte er gegen Ende des vorigen Jahrhunderts einen neuen Aufschwung genommen und wurde jetzt durch den Massenbeitritt der Tories auf 300000 Mitglieder gebracht. An die Spitze trat als Großmeister des Königs Bruder, Ernst August, Herzog von Cumberland, nachmaliger König von Hannover, den seine gut torystische Gesinnung den Orangemännern so sehr empfahl, daß sie sich mit dem Plane trugen, ihn bei Wilhelms IV. Tode anstatt der Prinzessin Viktoria zum Könige zu erheben. Dieser Anschlag geriet ihnen aber zum Verderben. Von den Radikalen wurde 1836 im Unterhause eine Adresse an den König beantragt, welche die Auflösung des Bundes erbat; der König stimmte bei, und nun erwählte der Herzog von Cumberland das klügere Teil und empfahl allen Orangelogen sich aufzulösen.

Lord Althorp.

Ministerium Peel.

Zweites Ministerium Melbourne.

Die Orangemen.

Ernst August Herzog von Cumberland.

Mehr noch als dieser Erfolg versprach der Thronwechsel, der im nächsten Jahre eintrat, das Whigministerium zu stärken. Als König Wilhelm IV. am 20. Juni 1837 starb, folgte ihm in England seine achtzehnjährige Nichte Victoria, die Tochter seines 1820 gestorbenen Bruders, des Herzogs von Kent; in Hannover dagegen, wo die weibliche Erbfolge ausgeschlossen war, bestieg der Herzog von Cumberland den Thron. Victoria war durchaus whigistisch erzogen und verhehlte ihre Gesinnungen keineswegs. Mittelbar hatte jedoch ihr Regierungsantritt eine Erschütterung des Ministeriums Melbourne im Gefolge; denn bei der nach einem Thronwechsel üblichen Neuwahl des Parlamentes verminderte sich die Zahl der eigentlichen Whigs zu Gunsten der Radikalen, die nahezu 100 Sitze einnahmen und deren Heeresfolge um so unsicherer wurde, je weniger Ergebnisse das Kabinett bei dem Widerstande des Oberhauses zu erzielen vermochte. Auch wurde es immer schwieriger sie zufrieden zu stellen, besonders ihren linken Flügel, der sich unter der Führung des Iren O'Connor als „Chartisten", d. h. Anhänger der Volkscharte (the people's charter) von den anderen Radikalen trennte, da der parlamentarische Weg ihnen keine Hoffnung mehr bot, seit die Whigs auch ihrerseits das Gesetz von 1832 für den Abschluß der Parlamentsreform erklärt haben. Demgegenüber war geheime Wahl, allgemeines Stimmrecht, Abteilung der Wahlbezirke nach der Kopfzahl, jährliche Neuwahlen der wesentliche Inhalt der Volkscharte, die 1839 mit $1^1/_4$ und 1842 gar mit $3^1/_3$ Millionen Unterschriften versehen ans Parlament kam und von beiden Parteien natürlich mit seltener Einmütigkeit abgelehnt wurde. Auf den Beistand der Iren war für die Minister auch kein Verlaß; die Zehntenbill, die endlich 1838 im Oberhause durchging, war so verstümmelt, daß sie auf der grünen Insel nur wenig Freude erregte; die anderen irischen Bills, eine Städtebill, eine Armenbill u. s. w. gelangten nicht einmal in verkümmerter Form zur Annahme. Unter solchen Umständen war eine Niederlage des Ministeriums jeden Tag möglich; im Mai 1839 erfolgte sie in einer Frage, die Jamaica betraf. Das Ministerium gab seine Entlassung und die Königin berief Sir Robert Peel. Aber sie that es mit unverhohlenem Widerstreben und benutzte eine persönliche Angelegenheit um die torystische Kabinettsbildung zu verhindern. Peel verlangte von ihr, daß sie einige ihrer Hofdamen aus den alten Whigfamilien durch torystisch gesinnte ersetze. Dessen weigerte sie sich, da ihre Damen nicht im Parlamente säßen, und als nun Peel erklärte in diesem Falle die Geschäfte nicht führen zu können, trat das Ministerium Melbourne sein Amt wieder an. Heutzutage sind die Parteien darüber einig, daß die Handlungsweise der Königin nicht konstitutionell gewesen sei; damals aber verteidigten die Whigs sie und erhöhten dadurch die Bitterkeit der Tories, die für ihre Niederlage in dieser Bedchamber-Question (Hofdamenfrage) sich durch persönliche Unfreundlichkeiten gegen die Königin und ihren jungen Gemahl zu rächen suchten. Dem letzteren, dem Prinzen Albert von Koburg, war es zu danken, daß die Stellung der Partei

Tod Wilhelms IV. — *Königin Victoria.* — *Die Chartisten.* — *Die irischen Bills.* — *Die Hofdamenfrage.* — *Der Prince-Consort Albert von Koburg.*

zu der Monarchin endlich wieder ins rechte Gleis kam. Aus einer ganzen Flucht von Prinzen, die sich seit 1833 um die Hand Victorias beworben hatten, war vornehmlich durch die Bemühungen Leopolds von Belgien Albert endlich auserkoren; im Februar 1840 fand die Hochzeit statt. Unter den Chikanen, welche die Tories gegen den Prinz-Gemahl (Prince-Consort) aussannen und dank den Radikalen durchführten, war die empfindlichste die Herabsetzung der Civilliste von 50 000 £, welche die Regierung forderte, auf 30 000. Albert ließ sich dadurch nicht verstimmen, kam den Tories freundlich entgegen, erwirkte ihnen eine bessere Behandlung bei Hofe und erreichte, zum guten Teil durch die Vermittelung seines Vertrauten Stockmar, daß schon im Juli 1840 die Partei ein Gesetz ohne Widerspruch durchgehen ließ, welches ihm die Regentschaft übertrug, falls die Königin mit Hinterlassung eines minderjährigen Erben sterben sollte.

Zwiespalt im Ministerium.

Mittlerweile verlor das Ministerium immer mehr Boden im Lande und im Parlamente; war es doch auch in sich nicht einig und bereitete seinen tüchtigsten und thätigsten Mitgliedern, Russel und Palmerston, solche Schwierigkeiten, daß letzterer 1840 unmittelbar vor dem Abschluß des Julivertrages seine Entlassung anbot, weil seine eigenen Kollegen ihm entgegenwirkten. Lord Melbourne selbst that sehr wenig und ließ als Lord Pococurante (wie ihn Stockmar nannte) die Sachen gehen. Da auch die Finanzen des Landes sich bedenklich verschlechterten und der Voranschlag des Jahres 1841 einen Ausfall von zwei Millionen Pfund aufwies, erhielt das Kabinett endlich ein förmliches Mißtrauensvotum. Eine Berufung an das Land fiel zu Ungunsten der Whigs aus und vor einer Mehrheit von 91 Stimmen im Unterhause, 72 im Oberhause mußte Melbourne am 28. August 1841 zurücktreten. Die Hofdamenfrage war durch Prinz Albert schon einige Monate früher dahin geordnet, daß die Königin im Fall eines Ministerwechsels einige ihrer Damen bereden sollte freiwillig zu verzichten. Dies geschah jetzt, und Robert Peel konnte ohne Schwierigkeiten sein zweites Ministerium bilden, in das Wellington ohne Amt und Aberdeen als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten eintrat.

Rücktritt des Ministeriums Melbourne.

Ministerium Peel.

Der hannoversche Verfassungsbruch.

Der Herzog von Cumberland.

Der Tod Wilhelms IV. war für England von geringerer Bedeutung gewesen als für Deutschland. Denn er veranlaßte in Hannover Ereignisse, die weit über die Grenzen dieses Königreiches hinauswirkten. Der Bruder Wilhelms, Ernst August, Herzog von Cumberland, den die Erbfolge auf den hannoverschen Thron berief, erweckte durch seine leidenschaftliche Vorliebe für das Torytum, seine Stellung an der Spitze des Orangebundes und die wenig ehrenvollen Mitteilungen der englischen Blätter über seine bisherige Lebensweise von vornherein die Befürchtung,

daß die gute Zeit, deren sich das Land seit 1833 unter dem Herzog von Cambridge erfreut hatte, zu Ende gehen werde. Das, was wirklich geschah, sah jedoch niemand voraus. Kaum vierzehn Tage nach seines Bruders Tod, am 5. Juli 1837, erklärte der neue König in einem Patente, daß er die Verfassung nicht anerkenne, weil er in diesem ihn weder formell noch materiell bindenden Staatsgrundgesetze keine Gewähr für das dauernde Glück seiner Unterthanen finden könne. Er werde die Stände, die schon am 29. Juni vertagt waren, wieder zusammenberufen, sobald die Prüfung dessen, was weiter zu geschehen habe, beendet sei und ihnen dann seine königliche Entschließung eröffnen. Unterzeichnet war dies Patent nicht von den Ministern, sondern von Herrn von Scheele, den der König, wie es in der Urkunde selbst hieß, ohne Verpflichtung auf das Staatsgrundgesetz in Eid und Pflicht genommen hatte.

Patent vom 5. Juli 1837.

Verschuldung des Königs.

Über die Triebfedern zu dieser Einleitung eines Verfassungsbruches war man im Lande kaum in Zweifel. Die Verschuldung des neuen Königs — man sprach von drittehalb Millionen Thalern — war bekannt; nun hatte die Verfassung von 1833 die Domänen zum Staatseigentum gemacht und den König auf eine Civilliste angewiesen; das war es, was Ernst August vor allem verdroß und was er rückgängig zu machen wünschte; denn im Besitze der Domänen konnte er seine Gläubiger leicht befriedigen. Diesem Verlangen mußte die Verfassung zum Opfer fallen. Die Prüfung, welche das Patent vom 5. Juli noch vorbehielt, ging natürlich im geheimen vor sich; ihr Gegenstand war wohl wesentlich die Frage, ob es besser sei, die Konstitution von 1833 als vollständig ungültig zu betrachten und einfach auf die von 1819 zurückzugehen, oder nur einzelne Bestimmungen derselben unter paßlichen Vorwänden zu verwerfen. Der erstere Weg schien der bessere zu sein, und so verkündete ein zweites Patent vom 1. November 1837 dem Lande, daß die verbindliche Kraft des Staatsgrundgesetzes vom 26. September 1833 von jetzt an erloschen und die bereits vertagte Ständeversammlung aufgelöst sei. Alle königlichen Diener wurden ihres Eides auf die Verfassung entbunden und die bevorstehende Einberufung der Stände von 1819 zugleich mit einer Steuerermäßigung von 100 000 Thalern angekündigt.

Stimmung im Lande.

Wohl erregte dieser schmähliche Verfassungsbruch im ganzen Lande den bittersten Unwillen; wohl dämpfte er die Freude darüber, daß, um mit Jakob Grimm zu reden, ein wichtiger Landstrich aus der zwar ehrenvollen, oft ersprießlichen, aber das Nationalgefühl herabdrückenden Verbindung mit einem fremden Reiche in das reine Verhältnis der anderen deutschen Bundesstaaten übergegangen war; aber offenen Widerstand fand er nicht. „Ich unterschreibe alles: Hunde sind wir ja doch!“ Diese Worte eines höheren Beamten waren der richtige Ausdruck einer weit verbreiteten Stimmung. „Das Eis des Schweigens überzog mit seiner Rinde hart und schmählich das ganze Land.“ Es bedurfte erst

Die Göttinger Sieben.

eines kühnen Beispieles um manchem Zagenden Mut zu machen. Sieben Göttinger Professoren gab es. Nach längeren Beratungen mit anderen Kollegen, die sich zuletzt doch ausschlossen, übersandten sie am 18. November dem Kuratorium der Universität eine Verwahrung, in welcher sie, „um nicht als Männer zu erscheinen, die mit Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben", sich dauernd an ihren Eid auf die Verfassung gebunden erklärten. Die Unterschriften, Namen ersten Ranges in der deutschen Wissenschaft, lauteten: F. C. Dahlmann, E. Albrecht, Jakob Grimm, Wilhelm Grimm, G. Gervinus, H. Ewald, Wilhelm Weber. In Hannover erregte dieser Schritt den höchsten Zorn, und nicht bloß beim Könige selbst. Wir haben es nicht gewagt zu widersprechen, und sieben Professoren nehmen es sich heraus! so murrten die hohen Beamten. Vollends die Kollegen der Protestierenden fühlten sich zum Teil sehr unangenehm berührt und fürchteten, der Allerhöchste Zorn werde mit den Schuldigen auch die Unschuldigen, d. h. die ganze Universität, treffen. Dadurch ließen sich der Prorektor Bergmann und die Dekane, unter ihnen Männer wie Herbart und Gieseler, verleiten, bei einer Audienz, welche sie von dem Könige auf dem Jagdschlosse Rothenkirchen erbaten, namens der Universität das Verhalten ihrer Kollegen zu mißbilligen; wenigstens stellte die amtliche Zeitung die Sache so dar und die Deputation wagte nicht öffentlich die falschen Angaben zu berichtigen. Das war für einige Männer, welche sich dem Schritte der Sieben als verfrüht nicht hatten anschließen wollen, doch zu viel; sechs Professoren, Otfried Müller an der Spitze, erklärten am 13. Dezember, daß sie keineswegs, wie aus dem Verhalten des Prorektors geschlossen sei, die Gesinnungen ihrer sieben Kollegen mißbilligten. Aber auch über Göttingen hinaus wirkte die Verwahrung vom 18. November. Dahlmann, Jakob Grimm und Gervinus hatten eine Abschrift derselben an Verwandte geschickt: dadurch oder auf andere Weise kam sie in die Kasseler Zeitung und so in alle anderen Blätter. Diese Veröffentlichung verdroß Ernst August ganz besonders; auf sie berief er sich vorzugsweise bei seinem weiteren Vorgehen. Ein günstiger Zufall schien ihm noch eine Waffe mehr in die Hände zu spielen. Am Tage des Protestes selbst, am 18. November, hatten Pariser Blätter die Nachricht gebracht, daß sieben Göttinger Professoren dem Könige den Huldigungseid verweigerten. Die Zahl stimmte auffallend, aber doch nur von ungefähr; denn noch am Abend des 17. wußte keiner der Unterzeichner, wie groß ihre Zahl sein würde. In den Augen des Königs aber galt dies Zusammentreffen als Beweis, daß die Sieben mit Frankreich in Verkehr ständen. Ihre Verwahrung dagegen, vom 11. Dezember datiert, kam zu spät; an demselben Tage hatte der König mit Umgehung der gesetzlichen Formen ihre Absetzung befohlen und den dreien, welche die Versendung von Abschriften eingeräumt hatten, die Wahl gestellt binnen drei Tagen das Land zu verlassen oder der Abführung an einen anderen Ort des Königreiches gewärtig zu sein. Sie zogen das erstere vor und verließen die Stätte

ihrer Wirksamkeit unter rührenden Ehrenbezeugungen seitens der Studenten, die sich massenhaft an der hessischen Grenze einfanden um Abschied von ihnen zu nehmen oder ihnen bis Kassel das Geleit zu geben, wo sie freilich alsbald von der Polizei zurückgeschickt wurden. Auch Dahlmann und Gervinus duldete man dort nicht, sondern wies sie zur sofortigen Weiterreise an; Grimm, als geborenen Hessen, mußte man sich schon gefallen lassen.

Die öffentliche Meinung.

Wenn irgend etwas die Vertriebenen über ihr persönliches Mißgeschick trösten konnte, so war es die Teilnahme, welche ihnen aus ganz Deutschland entgegengetragen wurde. Alle Kreise, alle Parteien, alle Stämme einigten sich in unbedingter Verdammung des Königs, in lauter Anerkennung der Sieben; die öffentliche politische Meinung, scheinbar schon erstorben, wurde wieder lebendig und trat als Macht auf. In Leipzig bildete sich sogleich ein „Göttinger Verein“ um durch Geldsammlungen die Vertriebenen zu unterstützen; überall, von Königsberg bis Freiburg, entstanden Zweigvereine; mit den großen Handelsplätzen wetteiferten die kleinen thüringischen Flecken; selbst aus den Göttinger Professorenkreisen liefen Gelder ein; aus der Schweiz, aus England, aus Italien sandten dort ansässige Deutsche ihren Beitrag. Bis 1842, wo endlich auch Dahlmann wieder eine Anstellung fand, waren im ganzen über 22000 Thaler zusammengebracht, mehr als man brauchte, so daß der Überschuß zur Unterstützung der Familie des gefangenen Jordan in Marburg verwandt werden konnte. Unter den zahllosen Adressen, welche den Märtyrern der Eidestreue freudige Anerkennung aussprachen, gewann die Elbinger besondere Berühmtheit. Der erste Unterzeichner, Jakob von Riesen, teilte nämlich eine Abschrift dem preußischen Minister des Inneren von Rochow mit. Der aber nahm sie trotz der schmeichelhaften Wendung — in Preußen, wo der Monarch stets das Beispiel der Ehrfurcht vor den Gesetzen gebe, sei ein solcher Gewaltstreich nicht möglich — mit „unwilligem Befremden“ auf, da es „dem Unterthanen nicht gezieme an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht zu legen“. Von diesem Tage, dem 15. Januar 1838, an wurde der „beschränkte Unterthanenverstand“ des preußischen Ministers ein geflügeltes Wort der deutschen Sprache.

Auch dichterische Grüße fehlten den Sieben nicht. „Fürwahr“, sang Anastasius Grün, der Österreicher, „wo solche Männer fort verbannt, landflüchtig, reisen, müßt strafend ihr nicht aus dem Land, nein, in das Land verweisen.“ Aber die Kreise, auf die bei der geringen Macht der öffentlichen Meinung doch alles ankam, die Höfe und Regierungen, waren den Göttingern entweder feindlich, oder wagten doch nicht offen für sie einzutreten. Nur unter den süddeutschen Kabinetten fanden sich mutigere Freunde. Besonders der König von Württemberg bewährte seine unabhängige Gesinnung, indem er Ewald eine Professur in Tübingen verlieh. Der König von Sachsen hatte sich anfangs auch sehr geneigt vernehmen lassen, so daß Dahlmann sich auf eine Anstellung in Leipzig

Die deutschen Regierungen.

Hoffnung machte. Indessen der Monarch wurde bald eingeschüchtert und verhinderte durch seine Zensur sogar den Druck der Rechtfertigungsschriften, welche Dahlmann, Ewald und Jakob Grimm verfaßten; nur die juristische Erörterung Albrechts ging durch; die anderen mußten um zum Druck zu gelangen nach Basel wandern. Von da aus traten sie freilich trotz aller Verbote einen Triumphzug durch ganz Deutschland an und befeuerten durch ihre sittliche Wärme und Kraft nochmals die allgemeine Begeisterung.

Eingaben an den Bundestag.

An moralischer Bedeutung kamen dem Schritte der Göttinger Sieben die Nachahmungen nicht gleich, zu denen er andere hannoversche Beamte und Körperschaften trieb; an praktischer Wichtigkeit aber konnten sie ihn leicht überholen. An die Spitze der Bewegung im Lande selbst stellte sich der Osnabrücker Magistrat, dessen Seele Stüve war. Er leistete die verlangte Huldigung nur unter der Verwahrung, daß er damit nicht auf die Verteidigung des Grundgesetzes von 1833 verzichte, und wandte sich mit einem Proteste an den Bundestag. Einen ähnlichen Schritt that die Mehrheit der Ständeversammlung von 1819, die im Februar 1838 zusammengetreten war, sich für unberechtigt erklärte die Verfassung von 1833 aufzuheben und den Bundestag am 25. Juni ersuchte seinerseits zu entscheiden, welches Gesetz gültig sei, das von 1833 oder das von 1819. Sogleich schickte der König sie erzürnt nach Hause, ohne daß sie das Budget beraten hatte. Daraus folgerte der Osnabrücker Magistrat, daß die Regierung nicht berechtigt sei die Steuern zu erheben; denn beide Verfassungen verlangten dafür die Einstimmung der Stände. Stüve wandte sich daher an die juristischen Fakultäten und bat um ein Gutachten; Heidelberg, Jena und Tübingen entsprachen der Aufforderung und pflichteten der Meinung des Magistrates bei, besonders entschieden Tübingen. Mit seiner gewöhnlichen Unbesonnenheit forderte nun Ernst August von der württembergischen Regierung die Absetzung der Verfasser dieses Gutachtens, natürlich umsonst. Aber damit war für die gute Sache noch wenig gewonnen; die Entscheidung lag bei der hannoverschen Ständeversammlung und beim Bundestage. Der letztere faßte zunächst einen halben Beschluß; er wies am 6. September 1838 die Eingabe der Osnabrücker ab, weil sie nicht zur Beschwerdeführung berechtigt seien, forderte aber die hannoversche Regierung zu Mitteilungen über die Sachlage auf; selbst der österreichische Gesandte erklärte, daß er über den Streitpunkt selbst noch kein Urteil fälle und wünschen müsse, daß sein hannoverscher Kollege diese Verwahrung seiner Regierung mitteile. Immerhin war also noch nicht jede Hoffnung eines günstigen Entscheides geschwunden. Auch das Land hielt sich noch gut; Steuerverweigerungen kamen allerdings nur vereinzelt vor, doch die Wahlen für den Landtag von 1839 fielen durchaus oppositionell aus: von 73 Vertretern stellten sich nur 28 ein. Die Stände mußten also vertagt und Nachwahlen veranstaltet werden. Die Verfassungstreuen enthielten sich nun der Teilnahme; es waren ausgesprochene Minder-

Die hannoverschen Stände.

heitswahlen; hier und da erschien nur ein einziger Wähler; aber trotzdem hatte die Regierung Mühe eine beschlußfähige Zahl von Abgeordneten (37) zusammenzubringen und setzte auch bei diesen nicht mehr durch als eine Adresse, welche die Bereitwilligkeit zu einem Vergleiche aussprach. Ernst August fühlte sich sehr unbehaglich, schimpfte auf das „Federvieh", die Professoren, die ihm soviel zu schaffen machten, titulierte die städtischen Behörden von Hannover Esel und verbot bei einer Krankheit die Ausgabe von Bulletins, weil die — sich ja doch über sein schlechtes Befinden nur freuen würden. Ein wahres Labsal war ihm daher der zweite Bundestagsbeschluß, der ein volles Jahr nach dem ersten, am 5. September 1839, zustande kam. Nicht ohne heiße Kämpfe. Der ganze Bund könne darüber auseinandergehen, meinte im Juli der hamburgische Gesandte Sieveking; hauptsächlich Preußen halte den König, weniger schon Österreich; die anderen seien alle mehr oder minder gegen ihn, Bayern an der Spitze. Es sei eine Spaltung wie in zwei Häuser, Österreich und Preußen stellten gleichsam das Oberhaus vor, die anderen das Unterhaus. Diese zuversichtliche Auffassung behielt aber doch nicht recht; als die Stunde der Entscheidung schlug, besaßen die Großmächte die Mehrheit; nur 6 Stimmen standen zu der guten Sache; die anderen entschieden, es sei keine Veranlassung zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Hannovers vorhanden. Nun konnte es kaum noch zweifelhaft sein, daß auch der Widerstand des Landes bald erlöschen werde. Die Ständeversammlung von 1840 wies eine regierungsfreundliche Mehrheit auf. Ein Verfassungsentwurf, welchen der König vorlegte, erhielt mit geringen Änderungen am 6. August die Zustimmung der Versammlung; die Domänen wurden wieder königliches Eigentum; das Gesetzgebungsrecht der Stände schrumpfte zu bloßer Begutachtung zusammen, ihre Sitzungen büßten die Öffentlichkeit ein, die Ministerverantwortlichkeit wurde aufgehoben. Kurz, der Triumph des verfassungsbrüchigen Monarchen war für den Augenblick vollkommen. Dem schärfer Blickenden aber mochte es nicht entgehen, daß der letzte Erfolg des dreijährigen Kampfes doch der liberalen Sache zu gute kam, daß nicht in Hannover allein das Königtum schweren Schaden gelitten und daß jener Geist des Vorwärtsstrebens, den die Bundesbeschlüsse von 1834 wirksam zurückgedrängt hatten, wieder mächtig an Boden im Volke gewonnen habe.

Die Entscheidung in Frankfurt.

Die Entscheidung im Lande.

Der Ultramontanismus und die Kölner Wirren.

Nicht wenig hatte dazu freilich eine zweite Kette von Ereignissen beigetragen, der seit dem Jahre 1837 entbrannte Kampf zwischen Preußen und dem Ultramontanismus. Während der zwei ersten Dezennien des Jahrhunderts hatte innerhalb des deutschen Katholizismus ein friedlicher und versöhnlicher Geist geherrscht: das Zeitalter der Aufklärung hatte auch in der römischen Kirche seine Früchte getragen. Konnte der Ratio-

nalismus in ihr auch nicht so tiefe Wurzeln schlagen wie in der evangelischen Theologie, so hatte er sich doch ein weites Gebiet auch hier erobert. Erlebte man es doch in Wien, daß ein katholischer Professor vom Katheder herab die Gottheit Christi leugnete; las man doch in einer Zeitschrift, die unter Leitung Wessenbergs, des Generalvikars von Konstanz, erschien, daß die Lehre von der Brotverwandlung ungereimt und die vom Fegfeuer phantastisch, daß die Anrufung der Heiligen Aberglaube und die Verehrung der Bilder Abgötterei sei. Katholische Gelehrte arbeiteten mit protestantischen um die Wette an der Prüfung der Echtheit biblischer Bücher, und katholische Theologen vermaßen sich die Wahrheit der Kirchenlehre nicht aus ihrer Natur als einer geoffenbarten, sondern aus philosophischen Systemen zu erweisen. Unter ihnen galt als Haupt und Führer der Professor Hermes, der bis 1820 in Münster und dann von Bonn aus einen so bedeutenden Einfluß übte, daß alle seine Bonner Kollegen und die Mehrheit der Geistlichen in der Rheinprovinz sich zu seiner Lehre bekannten, daß Erzbischöfe und Bischöfe zu seinen Freunden und Beschützern gehörten. Und nicht bloß in der Wissenschaft machte sich diese reformatorische Richtung geltend; neben ihr her ging eine andere, welche den katholischen Kultus reinigen und eine Annäherung an den Protestantismus suchen wollte. Nicht ganz selten waren die Fälle, daß katholische Theologen, ja ganze Gemeinden, wie die Zillerthaler in Tirol, mit ihren Geistlichen ihren Glauben verließen. Andere begnügten sich damit, auf eine nationalere Form des Katholizismus zu drängen, wie Wessenberg, der den deutschen Kirchengesang, oder die schlesischen Pfarrer, welche die deutsche Messe verlangten. Besonders lebhaft wurde die Ehelosigkeit der Geistlichen angefochten. Einzelne Pfarrer verheirateten sich eigenmächtig, andere forderten öffentlich, z. B. in Schlesien und im Bistum Trier, die gesetzliche Abschaffung derselben; die süddeutschen Kammern erhielten fast in jeder Sitzungsperiode Bittschriften in diesem Sinne, darunter eine von mehr als 150 Priestern unterschriebene, zu deren Gunsten der badische Landtag einen Beschluß faßte. Bei der Einsegnung gemischter Ehen wurde die Forderung des Versprechens, daß alle Kinder katholisch erzogen werden sollten, die Bedingung, unter der allein Rom sie gestattete, fast nirgends mehr streng innegehalten. Auch ein freundschaftlicher Verkehr mit den protestantischen Geistlichen war mehr die Regel als die Ausnahme. Zwischen gleichartigen Richtungen beider Bekenntnisse fanden lebhafte gegenseitige Beziehungen statt, so in den mystisch-pietistischen Kreisen, denen auf katholischer Seite der Regensburger Bischof Sailer angehörte. Auch an solchen Prälaten fehlte es endlich nicht, die ohne religiöses und kirchliches Interesse sich in behaglichem Wohlleben gefielen und zu allem eher bereit waren als zum Märtyrertum für ihre Kirche. Wenn diese dem Katholizismus weder zur Ehre noch zum Segen gereichten, so waren sie andererseits doch auch die letzten, die den Frieden zwischen den Bekenntnissen gestört hätten.

Reformbestrebungen.

Die streng-katholische Partei.

Gegenüber dieser Laßheit in sittlicher, dogmatischer und kirchenpolitischer Hinsicht bildete sich nun ein beträchtlicher und in seinem innersten Kerne ehrenhafter Widerstand heraus, der in mannigfach verschiedenen Farben spielte. So lebten in Münster die Brüder von Droste-Vischering. Der eine von ihnen war Bischof und trotz seiner persönlich strengen Ansichten doch versöhnlich; der zweite, Klemens August, verfocht schon 1817 in einer Schrift die Rechte der Kirche gegenüber dem Staate und berief sich als Generalvikar von Münster bei seinen der Regierung mißliebigen Schritten auf das Gebot des heiligen Geistes in seinem Inneren. Er lebte in fortwährendem Kampfe mit dem Oberpräsidenten Vincke, wo denn ein Eisenkopf gegen den anderen stand, bis der friedfertige Bischof sich einen anderen Generalvikar aussuchte. In den Rheinlanden war der Hauptkämpe des kriegerischen Katholizismus Joseph Görres. In ihm waren Religion und Politik vollkommen zur Einheit verschmolzen, Begeisterung für den Katholizismus und Haß gegen das protestantische Preußen nur die entgegengesetzten Pole desselben Gefühles. Als vorgeschobener Posten stand er in vielfacher Berührung mit dem Hauptquartier der katholischen Preußenfeinde, das sich in Frankfurt am Main gebildet hatte und in seiner Mitte einige bedeutende Konvertiten, wie Friedrich von Schlegel und die Brüder Schlosser, zählte. Diese hatten Fühlung mit allem, was auf die Wiederbelebung des strengen Katholizismus hinarbeitete. Sie kämpften gegen Wessenberg, der eine deutsche Nationalkirche unabhängig von Rom zu gründen strebte, und gegen Sailer, der nach einer Gemeinschaft der Heiligen aus allen Bekenntnissen trachtete. Sie kämpften für äußere und innere Kräftigung der Geistlichkeit durch Begründung von Bibliotheken und Vermehrung ihrer Einkünfte. Sie arbeiteten an dem, was sie Freiheit der Kirche nannten, indem sie die Bistümer direkt unter Rom stellen und so einrichten wollten, daß sie möglichst wenig mit den Landesgrenzen zusammenfielen, so daß ein deutsches Ländchen aus Teilen von drei, vier Bistümern, ein Bistum aus Teilen von drei, vier Ländern bestände. Sie begünstigten ganz

Wunderthäter.

besonders auch das Wallfahrtswesen, die Wunderthäter und Wundererscheinungen, die in nicht geringer Zahl in diesen Jahren zum Troste der Gläubigen ans Licht traten. Die ganze, während der napoleonischen Herrschaft zu Grabe getragene Mirakelwelt mußte wiederauferstehen. Die alten wunderthätigen Muttergottesbilder wurden neu aufgeputzt mit Seide, Wachsperlen, echtem und Modegold, der ganze Reliquienvorrat wiederhervorgeholt und abgestäubt; mit Fahnen und Gesang setzten sich die bisher verbotenen Prozessionen in Bewegung, und die Wallfahrtsstädte und Mirakelorte jubelten Hosianna. Der mystischen Romantik, die in den zwanziger Jahren eine so weite Verbreitung hatte, war solche Umwandlung eine wahre Herzensfreude und ihre Häupter suchten mit Emsigkeit nach Wundern und Wunderthätern um sie zu verherrlichen. Die Gräfin Stolberg vertrieb in Münster ihre Gnadenheller und Wunderpfennige, welche die Mutter Gottes einer Nonne im Traume

übergeben haben und deren Heilkraft sich vom Husten und Schnupfen bis zum Podagra und zur Cholera erstrecken sollte. Clemens Brentano pries die Nonne von Dülmen, die jahrelang von Wasser und geschabten Äpfeln lebte und jeden Freitag — zwei Ärzte bezeugten es — aus den Wundermalen des Herrn blutete. Mehr noch als sie, war das Tiroler Wunderfräulein Marie von Mörl begnadigt; denn an jedem Freitag war es ihr vergönnt, den Todeskampf des Heilandes zu durchleben, um die dritte Stunde zu sterben und mehrere Minuten tot zu bleiben. Das größte Aufsehen von allen Wunderthätern erregte jedoch der Fürst Alexander Hohenlohe mit seinem Begleiter, dem Bauern Martin Michel, der die Gräfin Schwarzenberg von ihrer Lahmheit und den bayerischen Kronprinzen von seiner Schwerhörigkeit heilte, bis endlich die Polizei sich trotz des hohen Patienten ins Mittel legte und dem Unfug ein Ende machte.

Bekehrungen.

Derselbe romantische Zug, welcher dies Mirakelwesen förderte, veranlaßte zahlreiche Bekehrungen von Protestanten zum Katholizismus; neben Dichtern, Gelehrten und Künstlern, deren Zahl nicht gering war, gelang es auch zwei deutsche Fürsten, den Herzog Friedrich von Gotha (noch als Erbprinzen) und den Herzog von Köthen mit seiner Gemahlin, zu bekehren. Der letztere ging dann gar soweit sich in sein protestantisches Ländchen sechs Bettelmönche zu verschreiben, die weitere Bekehrungen herbeiführen sollten. Den vertrauteren Verkehr mit Rom vermittelte der Nuntius in München. Bei ihm liefen alle Klagen über unrömisches Wesen deutscher Prälaten zusammen und er erledigte sich seines Amtes mit so viel Eifer, daß der Erzbischof von Köln die Hilfe des preußischen Gesandten in Rom anrufen mußte um den Anschwärzungen der Nuntiatur zu entgehen. Die Fäden aber, welche in München gesponnen wurden, gingen bis in das preußische Kultusministerium, wo der Geheime Rat Schmedding das eifrige Werkzeug der päpstlichen Partei und zugleich in katholischen Kirchensachen der einflußreichste Mann war.

Die Jesuiten.

Im Hintergrunde dieser ganzen Bewegung standen die Jesuiten, denen offen hervorzutreten noch nicht vergönnt war. Denn obgleich Pius VII. den Orden 1814 wiederhergestellt hatte, so war er doch, außer in Neapel und Sardinien, nur in Spanien und einigen Schweizer Kantonen zugelassen worden, und wurde selbst in Österreich bis 1836 nur in Galizien geduldet. Die Politik der päpstlichen Kurie aber beherrschte er schon jetzt vollkommen und leitete sie im Geiste der anmaßlichsten Rücksichtslosigkeit. Pius VII. selbst hatte eingestehen müssen, daß er den akatholischen Mächten, besonders Rußland und Preußen, zum guten Teil seine Wiedereinsetzung zu danken habe. Gleichwohl lag ihm nichts ferner als durch freundliches Entgegenkommen ihnen seinen Dank zu beweisen. Die Lage der katholischen Kirche in Preußen und in ganz Deutschland bedurfte dringend einer Neugestaltung; denn die alten Formen waren mit dem Untergange des Reiches zu Grabe getragen

Die katholische Kirche in Deutschland.

und konnten nicht einfach wieder ins Leben gerufen werden. Daß der Papst gleichwohl auf dem Wiener Kongreß kurz und gut die Erneuerung des alten römischen Reiches deutscher Nation und die Herstellung der 1803 beseitigten geistlichen Staaten forderte, erregte doch überall nur mitleidiges Lächeln. Auch fügte man sich in Rom in das unvermeidliche und begann mit den deutschen Staaten Unterhandlungen über die künftige Stellung der Staatsgewalten zu der päpstlichen Kirche. Da der deutsche Bund in seiner Gesamtheit mit dieser Frage nichts zu schaffen hatte, so verhandelten Preußen, Bayern und Hannover jedes für sich, während die meisten übrigen Staaten sich im März 1818 auf Konferenzen, die unter Wangenheims Vorsitz in Frankfurt abgehalten wurden, über ein gemeinsames Vorgehen verständigten. Aber die Deklaration, die sie demgemäß in Rom abgeben ließen, stieß bei dem Papste und dem Kardinal Consalvi auf den entschiedensten Widerspruch, und die ablehnende Haltung Preußens und Hannovers zersprengte bald den Bund der kleinen Fürsten. Überall kam man von dem Gedanken eines förmlichen Konkordates zurück, weil man erkannte, daß es ohne die Unterstützung der mächtigeren Staaten rein unmöglich sei von der Kurie die unentbehrlichen Zugeständnisse zu erlangen. Nur Bayern hatte seine Verhandlungen schon 1817 zum Abschluß gebracht, indem es bereitwillig den päpstlichen Forderungen nachgab und durch ein Konkordat der römischen Kirche alle Rechte gewährleistete, die sie nach göttlicher Anordnung und den kirchlichen Satzungen zu genießen habe. So wurde die Erziehung der Geistlichen ohne jede staatliche Überwachung den Bischöfen anvertraut; es wurde ihnen die Aufsicht über die Volksschulen übertragen; ihre Strafgewalt über den Klerus unterlag keinen Beschränkungen; ihr Verkehr mit Rom war jeder Kenntnisnahme der Regierung entzogen; Bücher, die sie für unchristlich und gefährlich erklärten, mußten vom Staate unterdrückt werden, und jede Veränderung irgend einer Bestimmung des Konkordates, ja jede Auslegung und Deutung derselben wurde von der Zustimmung des Papstes abhängig gemacht. Der inhaltsschwere Sinn dieser letzten Verpflichtung trat schon ein Jahr darauf an den Tag, als der Papst gegen die neue bayerische Verfassung Einspruch erhob und den Geistlichen verbot dieselbe zu beschwören, weil durch sie das Konkordat verletzt werde. Gegen solche Anmaßung lehnte sich zwar zuerst selbst der gut katholische König auf, aber nach mehrjährigen Verhandlungen fügte er sich und gab am 13. September 1821 die Erklärung von Tegernsee ab, wonach der Eid auf die Verfassung zu nichts verpflichtete, was den katholischen Kirchensatzungen entgegen war.

Die Cirkumskriptionsbullen.

Solchen Erfahrungen und Beobachtungen gegenüber mußten Preußen und die anderen deutschen Staaten allerdings wohl die Lust zum Abschluß von Konkordaten verlieren. Sie begnügten sich vielmehr damit, Vereinbarungen über Zahl, Umfang, Dotation und Besetzung ihrer Bistümer mit dem Papste zu treffen und die sog. Cirkumskriptionsbullen, in welchen dieser das nötige anordnete, unter Vorbehalt ihrer Hoheits-

rechte und der Rechte ihrer evangelischen Unterthanen zu bestätigen. Preußen that dies hinsichtlich der Bulle de salute animarum vom 16. Juli 1821, Hannover 1824, die übrigen Staaten, welche zu der sog. oberrheinischen Kirchenprovinz vereinigt wurden, 1821 und 1827. Das Ergebnis war die Begründung von 15 Erzbistümern und Bistümern in dem nichtösterreichischen und nichtbayerischen Deutschland. Vier davon fielen auf das westliche Preußen, das Erzstift Köln mit den Bistümern Trier, Münster und Paderborn; vier auf das östliche: Breslau, Ermeland, das Erzstift Posen-Gnesen und Kulm; zwei auf Hannover: Hildesheim und Osnabrück; fünf auf die oberrheinische Kirchenprovinz: Freiburg als Erzbistum und als Bistümer Mainz, Fulda, Limburg und Rottenburg. Die Wahl der Kirchenfürsten wurde fast überall den Domkapiteln überlassen mit der Bedingung, daß sie keine dem Landesfürsten ungenehme Person und keine Ausländer wählen dürften. In der That gelangten denn auch auf fast alle Stühle Männer, die mit ihren Regierungen in friedlichem Einvernehmen zu wirken wünschten und verstanden, so daß beispielsweise Pius VIII. im Juni 1830 an die fünf Bischöfe der oberrheinischen Provinz ein bitteres Klageschreiben zu richten sich veranlaßt fand, weil sie gegen gewisse Übergriffe ihrer Regierungen keine Schritte gethan und ihm nicht einmal davon Anzeige gemacht hätten; ja er schuldigte den einen derselben an, diesen Neuerungen durch Beifall und Beihilfe Ansehen und Kraft verliehen zu haben. In der That waren die Regierungen ungewöhnlich weit gegangen; sie hatten unter anderem die sämtlichen Einrichtungen der katholischen Kirche nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt bestätigt diese Anerkennung jederzeit auf gesetzlichem Wege zurücknehmen zu können ohne darüber erst mit der Kirche zu verhandeln. Dennoch hatte das Ermahnungsschreiben des Papstes nur bei dem Bischof von Fulda soviel Einfluß, daß er sich zu einem Protest bei seiner Regierung verstand; die anderen vier hielten es nicht einmal einer Antwort für wert; ja der besonders scharf getadelte Bischof von Mainz fuhr fort seine Regierung in ihrer Haltung zu bestärken und der von Rottenburg stimmte als Mitglied der württembergischen Kammer gegen den Antrag eines Laien, der die Minister aufforderte jene vom Papste gerügten Neuerungen wiederaufzuheben. Wenn man solche Thatsachen bedenkt oder auch die andere, daß der Bischof von Regensburg 1818 trotz des päpstlichen Verbotes den Eid auf die bayerische Verfassung ablegte, so empfindet man doppelt stark den Umschwung, der seit jenen Zeiten in der Haltung des deutschen Episkopates sich vollzogen hat.

Die Haltung der Bischöfe.

Auch die preußische Regierung stand damals mit allen ihren Bischöfen im besten Einvernehmen; aber auch mit der päpstlichen Kurie hatte sie sich auf einen recht guten Fuß gesetzt. Die Summen, welche sie 1821 für die Ausstattung der Bistümer bewilligte, waren so reichlich ausgefallen, daß sie hinter den kühnsten Erwartungen nicht zurückblieben. Obendrein hatte der König während der Verhandlungen und

Die preußische Regierung und Rom.

bei der Bekanntmachung unumwunden erklärt, daß er diese Bewilligungen nicht als eine der römischen Kirche erwiesene Gnade, sondern als die Erfüllung einer wohlbegründeten Verpflichtung ansehe, und hatte versprochen, vom Jahre 1833 ab, wo ein Teil der preußischen Domänen, wie man hoffte, aufhörte als Hypothek für die Staatsschulden zu dienen, den Bistümern Grundbesitz als Eigentum zu überweisen, damit dessen Ertrag an die Stelle der einstweilen jährlich bar zu zahlenden Unterhaltungssummen trete. Papst Pius VII. nahm denn auch keinen Anstand, das Verhalten des Königs als wunderbar zu bezeichnen und einzugestehen, daß gegen einen katholischen Fürsten, der sich protestantischen Wünschen gegenüber so willfährig gezeigt hätte, das Verdammungsurteil nicht ausbleiben könnte. Auch von seinem Nachfolger Leo XII. erzählt Bunsen, daß er, Hände und Augen zum Himmel erhebend, die besondere Gnade der Vorsehung gepriesen habe, die sich in diesen Maßregeln Preußens kundgebe. Was der König dann weiter im einzelnen für die katholische Kirche besonders in den Rheinlanden that, mußte gleichfalls zum Danke stimmen. So gründete er dort zwei große katholische Priesterseminare; er verbesserte zum Teil aus seiner eigenen Kasse die Gehalte der am schlechtesten bezahlten Geistlichen; das Budget für den katholischen Klerus der rheinischen Lande stieg zwischen 1813 und 1838 von 163 000 auf 259 000 Thaler; der König persönlich steuerte von 1824 bis 1836 165 000 Thaler zum Ausbau des Kölner Domes bei; er genehmigte die Abhaltung der Prozessionen auch in Orten mit gemischter Bevölkerung; er gestattete, daß die Zahl der kleinen Festtage, die in der französischen Zeit auf vier beschränkt war, auf vierzehn erweitert wurde; er verlieh den Bischöfen den Rang der ersten Staatsbeamten; er errichtete und fundierte in der einen Provinz binnen zwanzig Jahren 31 neue Pfarreien; weder den schlesischen Geistlichen, die auf Abschaffung der Ehelosigkeit und Einführung der deutschen Messe drangen, noch dem Professor Hermes in Bonn wurde seitens der Regierung Ermutigung zu teil; ja nach Bonn schickte das Ministerium aus eigenem Antrieb einen Professor von orthodoxer Lehre um diese nicht unvertreten zu lassen — alles Handlungen, die bei dem streng evangelischen Monarchen doppelt zwingend den Beweis führten, wie ernst er es mit seiner Regentenpflicht auch gegenüber den religiösen Bedürfnissen seiner katholischen Unterthanen nahm.

Andererseits war er aber durchaus nicht gewillt, der römischen Kirche auf Kosten seiner Hoheitsrechte oder seiner evangelischen Unterthanen eine Erweiterung ihres Machtgebietes zu gestatten. Streng war er darauf bedacht sich den unentbehrlichen Einfluß auf die Heranbildung des Klerus zu bewahren. Die Gymnasien und Universitäten, auf denen derselbe erzogen wurde, sollten reine Staatsanstalten sein, und bezüglich der geistlichen Seminarien behielt sich der Staat wenigstens die Überwachung vor. Wenn den Bischöfen zugestanden wurde die Priester nach eigenem Ermessen anzustellen und zu entlassen, so bedurften sie doch zur An-

stellung die Genehmigung der Regierung und gegen die Entlassung konnte bei dieser Beschwerde wegen Mißbrauchs des Amtes eingereicht werden. Noch besorgter verfuhr man in den Punkten, wo die katholische Kirchengewalt mit Protestanten in Beziehung trat; hier war man entschlossen um keinen Preis Übergriffe zu dulden und allen Anmaßungen der Geistlichkeit gegenüber das Gesetz hochzuhalten. Die größten Schwierigkeiten erwuchsen in dieser Hinsicht aus den gemischten Ehen. Durch eine Deklaration zum Landrecht war 1803 bestimmt, daß bei diesen die Religion des Vaters für die Erziehung der Kinder maßgebend sein solle, sofern nicht die Eltern etwas anderes vereinbarten; durch Kabinettsordre vom 17. August 1825 wurde diese Bestimmung auch für die westlichen Provinzen, wo das Landrecht nicht galt, eingeführt. Den Anlaß dazu gaben öftere Fälle, wo katholische Geistliche sich weigerten gemischte Ehen anzuerkennen, wenn der ketzerische Teil sich nicht vorher verbindlich machte, die Kinder katholisch werden zu lassen. Solch ein Verfahren wurde nunmehr für rechtsungültig erklärt. Aber die Heißsporne unter dem Klerus gaben keineswegs nach. Da sie das Versprechen nicht mehr fordern durften, so fingen sie an es einfach abzuwarten und die Einsegnung der Ehe ohne weiteres abzuschlagen, wenn die Brautleute nicht die katholische Kindererziehung gelobten. Sie handelten dabei nur nach den strengen Gesetzen ihrer Kirche, welche jede Ehe mit einem Ketzer oder einer Ketzerin verwirft. Freilich war diese starre Befolgung der kanonischen Vorschriften lange schon abgekommen, und daß sie wieder auftauchte und häufiger wurde, war der traurigste Beweis von dem Umsichgreifen ultramontaner Grundsätze. In den altpreußischen Landesteilen am Rhein, in Jülich-Kleve-Berg, trat der Gegensatz nicht so schroff zu Tage. Hier hatte das Bedürfnis längst zu einer anderen Form geführt, der sogenannten passiven Assistenz, bei welcher die Brautleute, die jenes Versprechen nicht leisten wollten, vor dem katholischen Geistlichen und zwei Zeugen ihre Absicht sich zu verehelichen erklärten. Ein Segen der Kirche wurde ihnen dann nicht erteilt, aber die Ehe war gültig und dem katholischen Teile konnte ihretwegen die Absolution nicht verweigert werden. In den neuen Provinzen versagten aber viele Geistliche den gemischten Ehen nicht allein die feierliche Einsegnung sondern auch diese passive Assistenz, ja sie enthielten dem katholischen Teile sogar den Erlaubnisschein (Losschein) vor, welchen der evangelische Prediger fordern mußte, wenn er seinerseits die Trauung vornahm, und verweigerten ihm die Absolution. Das konnte die Regierung unmöglich dulden. Sie forderte also zunächst von den Bischöfen Abhilfe. Trotz des Entgegenkommens, das sie hier traf, konnten diese aber aus eigener Macht nur die Verweigerung der Absolution und des Losscheines ihren Geistlichen untersagen; nicht einmal die passive Assistenz durften sie den Priestern auferlegen, da sie durch die Konstitution Benedikts XIV. vom Jahre 1741 nur für die genannten Bezirke eingeführt war und in den anderen der päpstlichen Billigung entbehrte; die feierliche Einsegnung ausdrücklich zu

Die gemischten Ehen.

gestatten hatte vollends niemals ein Papst sich entschließen können. Die deutschen Bischöfe hatten sich selbst dieses Recht genommen und es in verschiedenem Umfange ausgeübt; aber es ihren Geistlichen aufzuzwingen, wenn diese sich weigerten, dazu waren sie nicht in der Lage, wenn sie nicht eine Berufung nach Rom gewärtigen wollten. Sie erklärten sich indessen der Regierung gegenüber bereit den Papst ihrerseits um Ordnung dieser Fragen zu bitten, und mündliche Äußerungen Leos XII. ließen über dessen Willigkeit keinen Zweifel. Aber die deshalb begonnenen Verhandlungen wurden durch den Tod Leos im Februar 1829 und die weniger günstige Stimmung Pius' VIII. bedeutend verzögert und boten auch in sich große Schwierigkeiten. Zwar erklärte sich der Papst im August 1829 bereit die passive Assistenz überall in den preußischen Staaten als gültige Form anzuordnen; allein da in manchen Landesteilen bisher die feierliche Einsegnung fast allgemein üblich gewesen war, so hielt der preußische Gesandte Bunsen das für einen Rückschritt und verlangte eine Form, welche beide Verfahren zuließ, da sich ein unzweideutiges Gebot des Papstes gemischte Ehen auch ohne das Versprechen katholischer Kindererziehung unbedingt einzusegnen in keinem Fall erwarten ließ; ja er bemühte sich selbst solch eine Form zu suchen und in Vorschlag zu bringen. Das wurde ihm jedoch von Berlin aus untersagt und um ein Verschleppen der Sache zu verhüten am 26. Oktober 1829 ein sechsmonatlicher Termin gestellt, nach dessen Ablauf der König auf eigene Hand vorgehen werde. Infolgedessen erschien am 25. März 1830 ein päpstliches Breve, welches zwar die feierliche Einsegnung ohne das Versprechen der katholischen Erziehung verbot, aber doch in milder Form, indem es sagte, der Geistliche werde sich derselben enthalten müssen; dagegen gestand es die passive Assistenz unbeschränkt zu und erklärte alle gemischten Ehen, die ohne die vom tridentinischen Konzil vorgeschriebenen Formen geschlossen seien, also auch die bloß von einem protestantischen Geistlichen (selbst ohne passive Assistenz des katholischen) eingesegneten für „zwar unerlaubt, aber gültig". Die preußische Regierung wollte sich indes auch damit noch nicht begnügen und das Breve wurde dem Gesandten zurückgeschickt, damit er eine günstigere Fassung erwirke. Mittlerweile war nun aber Gregor XVI. zum Papst erwählt und damit der letzte Rest versöhnlichen Geistes aus der Kurie entschwunden; selbst die geringen Zugeständnisse des Breves wurden jetzt als übertrieben betrachtet. Die wirkliche Herzensmeinung des neuen Papstes konnte man am besten aus einem Breve an die bayerischen Bischöfe ersehen, denen für jeden einzelnen Fall einer Mischehe die ausdrückliche Anfrage in Rom zur Pflicht gemacht wurde. Die preußische Regierung verlor daher durch ihre neuen Verhandlungen in Rom nur kostbare Zeit. Denn so augenscheinlich es war, daß man vom Papste nichts weiter erreichen werde, ebenso sicher war es, daß man bei den rheinischen Bischöfen auf die günstigste Deutung und mildeste Handhabung des Breves rechnen durfte, wenn man sich schnell und ver-

Verhandlungen in Rom.

Das Breve von 1830.

trauensvoll mit ihnen in Verbindung setzte. Durch jede Zögerung erschwerte man ihnen aber das Entgegenkommen und gab den Ultramontanen Zeit sie einzuschüchtern. Trotzdem knüpfte man erst im Sommer 1832, als das bayerische Breve jeden Zweifel über die Unwillfährigkeit des Papstes gehoben hatte, mit jenen an, und überdies durch die Vermittlung jenes Schmedding, der mit dem Erzbischof Spiegel persönlich verfeindet war. Dank seiner Ungeschicklichkeit, wenn nicht seinem bösen Willen, führten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis, obgleich der Erzbischof von Köln durch seinen Domkapitular München ein Gutachten einreichen ließ, welches alle billigen Ansprüche des Staates durch eine freundliche Auslegung des Breves vollkommen befriedigte. Es bedurfte daher nur eines anderen Unterhändlers von seiten der Regierung um das gewünschte Einverständnis zu erzielen. Dieser fand sich in der Person Bunsens. Im Sommer 1834 nach Berlin berufen, schloß er dort mit Spiegel am 19. Juni eine Übereinkunft, welcher auch die Bischöfe von Trier, Paderborn und Münster beitraten. Sie enthielt auch seitens der Regierung einige Zugeständnisse, die den vertrauensseligen Geist, der in Berlin herrschte, deutlich erkennen ließen; das wichtigste war das Versprechen, die Civilehe, die in den Rheinlanden zu Recht bestand, baldigst aufzuheben, weil dieselbe aufhöre ein Bedürfnis zu sein, wenn der Einsegnung gemischter Ehen kein Hindernis mehr in den Weg gelegt werde. Ein Hirtenbrief an die Pfarrer teilte denselben darauf das Breve von 1830 mit, betonte nachdrücklich, wie dasselbe eine mildere Praxis gestatte, und wies die Geistlichen an die passive Assistenz niemals zu verweigern, sich aber nur dann auf sie zu beschränken, wenn eine katholische Braut zur Ehe schreite, obgleich sie bestimmt wisse, daß ihr Gatte entschlossen sei alle Kinder protestantisch zu erziehen. Übrigens sollten sie, jeder einzelne, jeden Fall selbst zu entscheiden das Recht haben und nur unter ausnahmsweise bedenklichen Umständen sich an die Bischöfe wenden. Den Generalvikariaten, welchen dann ihre Anfragen zu beantworten oblag, wurde gleichzeitig die Weisung erteilt ihre Bescheide im versöhnlichsten Sinne abzufassen.

Die Übereinkunft mit den Bischöfen 1834.

Damit schienen alle berechtigten Forderungen des Staates an die Kirche befriedigt zu sein; die neue Ordnung trat ins Leben und bewährte sich ausgezeichnet. Als der greise Bischof von Trier, von Hommer, zwei Jahre später auf dem Sterbebette lag, stattete er „nach dem Genusse des heiligen Abendmahles, im Begriffe aus dieser Zeitlichkeit abzuscheiden", noch einen Bericht an den Papst ab, in welchem er freudiges Zeugnis für die Vortrefflichkeit der neuen Einrichtung ablegte. Aber kaum war der Bischof entschlafen, so verbreiteten die Römlinge ein zweites Schreiben, dessen Unterschrift sie ihm im Todeskampfe abgepreßt hatten und das voller Gewissensskrupel über seine Handlungsweise sich äußerte. Daß diesem Schriftstücke kein Wert beizulegen sei, darüber konnte kein Zweifel obwalten; aber es war ein Zeichen, daß mit dem Ableben der versöhnlichen Bischöfe, die alle noch dem friedfertigen frü-

Rührigkeit der Ultramontanen.

heren Geschlechte angehörten, die jugendlichen Heißsporne den Kampf wiederaufnehmen und das mühsam gewonnene Einverständnis wiederuntergraben würden. Diese Gefahr war um so größer, als die Hetzereien vom Auslande her genährt wurden. Die ultramontane Partei, die in Belgien durch die Revolution ans Ruder gekommen war, hatte in den letzten Jahren tüchtig gearbeitet; auch von Bayern aus war in der Rheinprovinz arg gewühlt worden. Eine Brandschrift, die 1835 in Augsburg erschien, das sogenannte rote Buch, hetzte die Geistlichkeit gegen den protestantischen König und redete ihr wegen der Mischehen scharf ins Gewissen. Gegen Hermes, der inzwischen gestorben war, erwirkte man ein Breve, das ihn als Irrlehrer verdammte, und verbreitete dasselbe von Belgien aus in den preußischen Landen, obgleich es der Regierung nicht zur Genehmigung vorgelegt war. Überdies war im August 1835 der treffliche Erzbischof Spiegel gestorben, an dem die Hermesianer und die Vereinbarung von 1834 die beste Stütze gehabt hatten, und bei der Wiederbesetzung seines hochwichtigen Postens verfuhr die Regierung mit einem unglaublichen Mangel an Vorsicht. Statt einen Prälaten von versöhnlichem Charakter in das bedeutsame Amt zu befördern, verfiel sie auf den starrsten, unzugänglichsten Priester, der aufzutreiben war, auf den ehemaligen Generalvikar, nunmehrigen Weihbischof von Münster, Freiherrn Clemens August von Droste-Vischering. Und das geschah, obgleich dieser Mann durch Eigensinn und Anmaßung den Behörden früher schon unendlich viel zu schaffen gemacht hatte, obgleich selbst unter den Katholiken ihm viele die Fähigkeit, Menschen richtig zu behandeln und Geschäfte gewandt abzuwickeln, durchaus absprachen, obgleich der Kardinalsekretär Lambruschini, als Bunsen ihm die Sache mitteilte, mit naiver Freimütigkeit in die Worte ausbrach: Ist Ihre Regierung denn toll? Aber Droste besaß einen gewichtigen Gönner in dem Kronprinzen, der durch des Mannes mittelalterlich frommen Lebenswandel ganz für ihn eingenommen war. Das Ministerium schreckte freilich anfangs vor diesem Vorschlage zurück, aber es besaß nicht Stärke genug ihn abzuweisen. Um wenigstens eine Bürgschaft dafür zu gewinnen, daß der Kandidat in der Frage der gemischten Ehen nicht von dem Verfahren seines Vorgängers abweiche, ließ es ihm jedoch die Frage vorlegen, wie er in diesem Punkte als Bischof handeln werde. Die schriftliche Antwort lautete sehr befriedigend: er werde sich wohl hüten, die gemäß dem Breve getroffene Vereinbarung von 1834 anzutasten, sondern sie nach dem Geiste der Liebe und Friedfertigkeit anwenden. Auf diese Erklärung hin bezeichnete ihn die Regierung dem Kölner Kapitel als genehme Person, und er wurde einstimmig gewählt. Aber die gegenseitige Zufriedenheit war von kurzer Dauer; bald häuften sich die Klagen der Evangelischen und der Landesbehörden über das rücksichtslose Vorgehen des Erzbischofs, der jede Verständigung zurückweise und die Vereinbarung von 1834 mißachte. Andere Konflikte, die durch das Breve gegen Hermes veranlaßt wurden, kamen hinzu. Da die

Erzbischof Droste-Vischering.

Seine Zustimmung zu der Übereinkunft von 1834.

Der hermesianische Streit.

meisten Theologen in Bonn Hermesianer waren, so wurde ihre Lehre dadurch gleichfalls verdammt. Der Erzbischof hätte nun das Breve der Regierung mit der Bitte um Genehmigung mitteilen und es dann veröffentlichen können. Das that er nicht, handelte aber gerade so, als ob er es gethan hätte, und verbot den Studierenden den Besuch aller Vorlesungen der Hermesianer. Und doch hatte die Regierung aus freien Stücken, wiewohl das päpstliche Breve für sie gar nicht vorhanden war, von sämtlichen Lehrern, die in Betracht kamen, bereits die schriftliche Erklärung gefordert und erhalten, daß sie fortan in ihren Vorträgen von jeder Bezugnahme auf Hermes abstehen wollten. Der Erzbischof sah in diesem weitgehenden Schritt nur ein Zeichen von Schwäche und steigerte seine Kühnheit so weit, daß er endlich 18 Sätze aufstellte, deren Unterzeichnung er von jedem Geistlichen vor der Weihung forderte und deren letzter einen Verzicht auf das Recht enthielt vom Erzbischof anderswohin als an den päpstlichen Stuhl, d. h. also an die Regierung, Berufung einzulegen. Allen diesen Übergriffen trat das Ministerium zunächst mit dem Versuche freundschaftlicher Verständigung entgegen. Es berief Bunsen abermals nach Berlin und veranlaßte, daß auch der päpstliche Unterstaatssekretär Capaccini nach Deutschland kam. Zwischen beiden Männern, denen eine Verständigung sehr am Herzen lag, und den preußischen Ministern fanden im August lange Verhandlungen statt, in denen man zu dem Schlusse kam, daß erst Capaccini vertraulich mit Droste sich bereden und diesen veranlassen solle, die 18 Sätze und seine sonstigen Schritte gegen die Bonner Fakultät zurückzuziehen. Dagegen verpflichtete sich die Regierung nachher das päpstliche Breve zu genehmigen, einige mißliebige Professoren zu versetzen und den Zwang zur Teilnahme an den evangelischen Kirchenparaden abzustellen, dem zur gerechten Beschwerde der Bischöfe die katholischen Soldaten unterlagen. Über die gemischten Ehen zu verhandeln, hatte Capaccini vom Papste keine Erlaubnis erhalten. Seine Besprechungen mit Droste fanden auch wirklich statt und schienen zu einer Verständigung geführt zu haben; Capaccini kehrte nach Rom zurück. Sogleich nach seiner Abreise berief der König den Regierungspräsidenten von Düsseldorf, den Grafen Anton von Stolberg, einen gut katholischen, dem Erzbischof befreundeten Mann, zu amtlichen Verhandlungen um das mit Capaccini vertraulich Beredete verbindlich zu machen und auch über die Mischehen eine Verständigung zu erzielen; neben Stolberg wurde auch Bunsen nach Köln geschickt. Manchmal schien es, als ob ein Vergleich gelingen werde; aber im entscheidenden Augenblicke entzog sich der Erzbischof regelmäßig jedem bindenden Versprechen. Dabei bediente er sich der unzulässigsten Ausreden; bald erklärte er, daß er die Vereinbarung von 1834 nicht gekannt habe, als er sie anzunehmen versprochen; bald betonte er, daß er sie nur „gemäß dem Breve von 1830" anerkannt habe und also selbst darüber urteilen müsse, wieweit sie demselben entspreche. Freiwillig zurückzutreten oder bis zur Entscheidung des Papstes den Forde-

Verhandlungen mit Droste.

rungen der Regierung nachzukommen, lehnte er ab. Ohne Ergebnis mußten die Verhandlungen am 18. September 1837 geschlossen werden, und der Regierung blieb jetzt keine andere Wahl als ihrem Ansehen mit Gewalt Anerkennung zu verschaffen, zumal der Erzbischof die so schon nicht geringe Aufregung im Volke noch geflissentlich steigerte. In Ansprachen an seine Priester stellte er sich als einen Märtyrer dar, welcher die katholische Kirche gegen die Anfeindungen der Regierung schützen werde, und forderte sie auf diese Worte zu verbreiten. Mündlich und schriftlich wandte er sich mit ähnlichen Darstellungen an die Zöglinge seines Seminars, an die Dechanten seines Erzstiftes, an einzelne hervorragende Geistliche der Diözese, immer mit der Bitte für das Bekanntwerden dieser Äußerungen zu sorgen. Dieser planmäßigen Hetzerei gelang es natürlich Stadt und Land heftig gegen die Regierung zu erbittern, deren Volkstümlichkeit noch immer keine sehr tiefen Wurzeln geschlagen hatte. Ein besonders starker Ausbruch der Leidenschaft ließ sich am 23. November erwarten, dem Namenstage des Prälaten. Deshalb stellte die Regierung ihm am 20. November die letzte Wahl, entweder sich jeder Amtshandlung zu enthalten, seinen Aufenthalt außerhalb des Stiftes zu wählen und sich von dort mit Rom ins Einvernehmen zu setzen, — oder gewärtig zu sein, daß die Regierung ihm nach eigenem Ermessen einen Wohnsitz anweise. Da Droste das erste ablehnte, so wurde er noch am selben Tage nach der Festung Minden gebracht; die Beschlagnahme seiner Papiere, die gleichfalls beschlossen war, vereitelte sein Sekretär Michelis dadurch, daß er sie in aller Eile verbrannte.

Verhetzung der Bevölkerung. *Verhaftung des Erzbischofs.*

Aber nun brach ein Sturm los, gegen welchen die bisherige Hetzerei nur ein sanftes Säuseln gewesen war. Es half nichts, daß des Erzbischofs eigenes Kapitel, das ihn vor kurzem erst gewählt hatte, beim Papste Zeugnis gegen ihn ablegte: die Ratschläge der erfahrensten Männer habe er mißachtet, die meisten, besonders die jüngeren Priester hochfahrend und gegen die kanonischen Gesetze behandelt, die von seinem Vorgänger zur Ehre und zum Vorteil der Kirche getroffenen Einrichtungen umzustürzen gesucht. Es half nichts, daß die preußische Regierung in der sogenannten Staatsschrift aus Bunsens Feder klar und ruhig die Sachlage schilderte und aktenmäßig belegte. Eine päpstliche Allokution vom 10. Dezember 1837 klagte Preußen an die bischöfliche Würde verhöhnt, die Freiheit der Kirche verletzt, die Rechte des päpstlichen Stuhles mit Füßen getreten zu haben; sie verwarf jedes Abkommen, das ohne Wissen der Kurie über die gemischten Ehen getroffen sei, und rügte rücksichtslos das Verfahren der Bischöfe, welche dazu mitgewirkt hatten. Die einzige Antwort, welche die preußische Regierung auf diese Kriegserklärung geben konnte, war die Abberufung ihres Gesandten; dazu fand sie aber nicht den Mut, und Bunsen persönlich vergab ihrer Würde aus übergroßer Friedensliebe noch mehr durch beschwichtigende Erklärungen. Als aber der Papst trotzdem sich weigerte vor der Wiedereinsetzung Drostes irgend welche Verhandlungen zu beginnen oder den Gesandten

Sturm gegen die Regierung. *Allokution vom 10. Dezember 1837.*

auch nur zu empfangen, bat dieser selbst um Urlaub und verließ Rom im Frühjahr 1838. Inzwischen hatte der römische Posaunenstoß in den klerikalen Kreisen Deutschlands und der Nachbarländer ein jubelndes Echo gefunden; die katholische Presse bemächtigte sich des dankbaren Stoffes und erfreute sich des lauten Beifalls mancher Liberalen, denen eine Niederlage der verhaßten preußischen Regierung nur erwünscht war. Der alte Görres erschien wieder auf dem Kampfplatze und verspritzte in seinem Athanasius all das Gift, das sich seit 1819 bei ihm angesammelt hatte. Sein Wohnsitz München wurde ein Hauptquartier der preußenfeindlichen Leidenschaft. Hatte doch in demselben Jahre die katholische Partei Bayerns einen glänzengen Sieg errungen, indem das Ministerium Wallerstein dem ultramontanen Abel Platz machen mußte. Da konnte die Phantasie sich in den kühnsten Träumen ergehen; selbst die Losreißung der Rheinlande von Preußen, die Bildung eines Königreichs Rheinfranken unter einem bayerischen Prinzen schien keine Unmöglichkeit mehr. Ein Gefühl der Siegeshoffnung durchzog die ganze Partei; auf allen Schauplätzen begann sie den Kampf; in Sachsen, Hessen, Baden, Württemberg, in der Schweiz entfaltete sie neue Regsamkeit; die historisch-politischen Blätter, von Phillips und dem jüngeren Görres in München herausgegeben, traten in die erste Reihe der Streiter, eine Menge anderer Zeitschriften halfen nach Kräften; französische und belgische Blätter frohlockten über den „bisher unerhörten Geist der Freiheit und Neuerung, der von den Ufern des Rheins bis zu den fernen Gestaden des Orinoko durch die katholische Welt flute“ und priesen die Elemente eines neuen rheinischen Bundes, die nur einem hartnäckig Blinden entgehen könnten. Natürlich schwiegen auch die Gegner nicht; ein lebhaftes Geplänkel in der Tagespresse und in Broschüren begann; über 200 Streitschriften erschienen; aber die Katholiken waren dabei entschieden im Vorteil. Denn der Liberalismus, welcher sie am nachdrücklichsten hätte bekämpfen können, war Jahre hindurch von der Regierung geknechtet worden; ihm konnte es nicht leicht fallen sich jetzt mit Eifer auf die Seite des Staates zu stellen; viel eher mußte sich seiner der Gedanke bemächtigen, daß der Katholizismus sein Leidensgefährte sei und daß der Sieg desselben, wie bedauerlich auch aus anderen Gesichtspunkten, doch dem Polizeistaate gegenüber der Sache der Freiheit nützen werde. Vollends das Verbot des Athanasius und ähnlicher Schriften, der Versuch also den Gegner mundtot zu machen, konnte keinen Liberalen verlocken als Vorkämpfer der Regierung aufzutreten und sich so in das Licht zu setzen, als ob er einen Wehrlosen, an der Verteidigung Gehinderten angreife. Der beste Beistand in dem großen Kampfe ging damit dem Staate verloren; er mußte fast ausschließlich mit seinen Machtmitteln wirken. Diese standhaft und mit Ausdauer zu gebrauchen setzte aber einen Mut voraus, der ohne die Stütze der öffentlichen Meinung schwer zu behaupten war, besonders da die Gärung und Unzufriedenheit durch die Kühnheit der Ultramontanen auch nach dem Osten der Monarchie übertragen wurde.

Die Presse.

Erzbischof Dunin.

Das Breve von 1830 war, wie erinnerlich, nur an die vier westlichen Bischöfe gerichtet; trotzdem verlangte jetzt der Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, die Erlaubnis es auch in seinem Sprengel veröffentlichen zu dürfen und that es im Februar 1838, obgleich ihm diese Erlaubnis ausdrücklich verweigert war. Wegen dieser Auflehnung ließ ihm der König vor dem Kammergerichte in Berlin den Prozeß machen; aber er wagte es schon nicht mehr den strengen Spruch desselben auszuführen. Die Amtsentsetzung, welche über Dunin verhängt wurde, verwandelte er in Suspension; die sechsmonatliche Festungshaft erließ er ihm ganz, unter der einzigen Bedingung, daß der Erzbischof — er befand sich gerade in Berlin — nicht in seine Diözese zurückkehre. In offenem Trotze gegen diese königliche Gnade entwich aber Dunin auf Befehl aus Rom aus der Hauptstadt und erschien am 3. Oktober 1839 in Posen. Nun konnte von Nachsicht keine Rede mehr sein: er wurde verhaftet und nach Kolberg abgeführt. Die Geistlichkeit wollte zeigen, daß sie nicht minder mutvoll sei als ihr Oberhirt; sie ordnete Kirchentrauer für das ganze Stift an; die Glocken verstummten, die Orgeln tönten nicht mehr; die Wirkung auf die Massen konnte nicht ausbleiben, wenn die Regierung nicht kräftig einschritt. Sobald sie aber dazu den Mut faßte, zeigte es sich, daß sie die Zügel in der Hand hielt; sie drohte der übermütigen Geistlichkeit mit der Entziehung der Einkünfte und brachte sie dadurch zum Gehorsam.

Die Mischehen.

Freilich nicht in bezug auf die eigentliche Streitfrage, die bedingungslose Einsegnung der gemischten Ehen. Sowohl in Posen wie am Rhein wurde diese verweigert, wenn der protestantische Teil nicht die katholische Erziehung der Kinder versprach. Aber daran war die Regierung selbst schuld. Sie bestand weder mit Nachdruck auf der Vereinbarung von 1834, noch begnügte sie sich einfach mit der passiven Assistenz, sondern ließ schon im Februar 1838 den Kultusminister von Altenstein einen halben Rückzug antreten, indem er den Priestern „bescheidene Erkundigungen" nach der Willfährigkeit der Eltern in diesem Punkte gestattete. Der eigentliche Ausgangspunkt des Streites verlor dadurch einstweilen seine entscheidende Bedeutung; allein der Streit selbst war nichts weniger als beendet und schon die Personenfragen, das weitere Schicksal Drostes und Dunins, machten die Lösung ungemein schwierig. In dieser Hinsicht war die Geduld des greisen Königs erschöpft; der Erzbischof Droste, so hatte er bereits in Wien erklären lassen, werde den Kölner Dom nicht wieder sehen, und wenn er hundert Jahr alt würde. In den schärfsten Worten versicherte er dem Posener Klerus auf eine „ungebührliche" Immediateingabe, daß er die Religion von der Geistlichkeit und ihren Oberen nicht zur Antastung seiner Souveränitätsrechte werde mißbrauchen lassen. Sein ganzer Herrscherstolz war tief verletzt, und da ihn überdies das Alter unzugänglich machte, so ließ sich voraussehen, daß er die verwickelte Sache ungelöst seinem Sohne hinterlassen werde.

Unerwartet schnell ging diese Voraussicht in Erfüllung. Am 7. Juni 1840 starb Friedrich Wilhelm III. und erwartungsvoll blickten alle Augen auf das neue Gestirn, das in Preußen aufging. Der vielseitige Gegensatz zwischen Vater und Sohn zeigte sich bald auch in der kirchlichen Frage. Wenn Friedrich Wilhelm III. die ungefügen Prälaten zum Gehorsam zu zwingen entschlossen war und dabei die Forderungen des Staates selbst über das erlaubte Maß hinaus festhielt, so bemühte sich sein Sohn jene zum Gehorsam zu begütigen und ließ sich dabei einige Opfer an seiner Machtvollkommenheit nicht gereuen. Es fehlte ihm dabei nicht an einer gewissen überlegenen Würde, durch die er dem Nachgeben in der Sache eine gefällige Form zu geben wußte. So gleich in den ersten Tagen seiner Regierung. Einige polnische Priester verweigerten dem verstorbenen Monarchen das Trauergeläut; die Gemeinde Inowrazlaw beschwerte sich darüber bei dem Könige; und was that dieser? Er antwortete, die Gesinnungen der Liebe und Anhänglichkeit, welche sich in dieser Beschwerde aussprächen, hätten in seinem Herzen einen helleren Klang ertönen lassen als das Trauergeläut, welches ein pflichtvergessener Geistlicher verweigert, hätte hervorbringen können. Offenbar eine würdige Antwort, aber schwerlich eine kluge; denn sie ermutigte die Opposition des Katholizismus, so daß im nächsten Jahre als in Bayern die protestantische Stiefmutter des Königs starb und der Bischof von Augsburg ein feierliches Traueramt für sie abhielt, der Papst sich erdreistete ihm in einem Breve vom 13. Februar 1842 die schärfste Rüge wegen dieses „Ärgernisses“ zu erteilen und ihm aufzugeben, seine Gemeinde „gegen den eitlen Trug jener Ohrenschmeichler zu schützen, welche lügnerisch ausbreiten, daß auch ein Nichtkatholik selig werden könne“. König Friedrich Wilhelm IV. ging aber noch weiter. Zu den wenigen Prälaten, die noch im Spiegelschen Geiste wirkten, gehörte der Fürstbischof von Breslau, Graf Sedlnitzky. Ihn von seinem Platze zu verdrängen, war deshalb der lebhafte Wunsch der Kurie; in Briefen, die ihm nicht durch Vermittelung der Regierung, wie die Ordnung es vorschrieb, sondern auf allerlei Umwegen zugingen, forderte Gregor von ihm, daß er abdanke. Sedlnitzky kämpfte einen schweren Kampf mit sich, aber endlich legte er — und der König billigte das — im August 1840 seinen Hirtenstab nieder. Dem Freiherrn von Droste war es dagegen schon Mitte Juli erlaubt worden seinen Aufenthalt in Minden mit einem anderen zu vertauschen; nur die Rückkehr in seine Diözese blieb ihm untersagt. Daß er seinen erzbischöflichen Stuhl nicht wieder bestieg, hatte er nur seiner eigenen Halsstarrigkeit zuzuschreiben, die ihm jedes halbe Entgegenkommen unmöglich machte. Graf Dunin aber, der mehr weltmännische Klugheit besaß, erreichte durch einige geschrobene Erklärungen die Befreiung aus der Haft und die Wiedereinsetzung in seine Würde. Ein Artikel in der Staatszeitung vom 29. Juli wahrte dabei allerdings den bisherigen Standpunkt der Regierung, die ohne Nachsicht gegen jeden einschreiten werde, der den Gesetzen zuwider

Friedrich Wilhelm IV.

Ermutigung des Katholizismus.

Sedlnitzky.

Droste.

die Eintracht unter den Bekenntnissen zu untergraben trachte; allein das feierliche Gepränge und der laute Jubel, mit welchem der rückkehrende Erzbischof empfangen wurde, lehrte genugsam, daß in katholischen Kreisen dieser Ausgang als großer Sieg empfunden wurde, und zu allem Überfluß erklärte ein Hirtenbrief Dunins schon am 27. August, daß die streitigen Punkte keineswegs erledigt seien, daß er sich erst mit dem Papste in Beziehung setzen werde und daß bis dahin die Geistlichen gemischte Ehen überhaupt nicht einsegnen sollten. Trotzdem behandelte der König diesen wie die übrigen Bischöfe bei der Huldigung mit auserlesener Freundlichkeit und kam ihnen vor Schluß des Jahres noch durch eine folgenreiche Neuerung entgegen, indem er im Kultusministerium einen katholischen Direktor für Kirchen- und Schulsachen anstellte und dadurch den Keim zu der katholischen Abteilung legte, die erst 1871 wieder aufgehoben wurde. Andere Zugeständnisse nicht minder bedenklicher Art folgten nach, so die Aufhebung des Verbotes, daß im Ausland erzogene und geweihte Priester in Preußen angestellt würden, oder die den Bischöfen am 1. Januar 1841 erteilte Erlaubnis direkt mit Rom zu verhandeln. Auch daß in Trier als Nachfolger des 1836 gestorbenen Bischofs von Hommer jetzt ein Fanatiker der schlimmsten Art, Arnoldi, bestätigt wurde, der bald noch viel von sich reden machen sollte, gehörte in den Kreis dieser Zugeständnisse. Nur die Angelegenheit Drostes schien nicht ins gleiche kommen zu wollen, obgleich der König schon bald nach seinem Regierungsantritt den Grafen Brühl nach Rom geschickt hatte um eine Vermittlung anzubahnen. Des Königs Gedanke war, daß der Papst den Erzbischof nach Rom berufen und zum Kardinal machen, ihm in Köln aber einen Koadjutor mit dem Rechte der Nachfolge geben solle. Die Kurie wußte dieses Verlangen des preußischen Monarchen vortrefflich auszunutzen. Sie häufte Bedingungen auf Bedingungen. Jene Zugeständnisse Friedrich Wilhelms an den Katholizismus waren in Wirklichkeit Forderungen, die der Papst gestellt hatte und die der König teils zaudernd, teils zuvorkommend befriedigte. Erschöpft war damit aber die Liste der päpstlichen Wünsche noch keineswegs; nur traten die anderen, wie die Preisgebung der Hermesianer und der Konvention von 1834, nicht so schnell und so greifbar zu Tage. Forderungen wie die, daß der König selbst die Hälfte von Drostes Gehalt als Kardinal bezahlen und daß er demselben eine öffentliche Ehrenerklärung geben solle, gestand Friedrich Wilhelm ganz unbedenklich zu. Nur über einen Punkt konnte man sich lange nicht vereinigen, das war die Frage, ob Droste selbst seinen Koadjutor in Köln weihen solle. Der Papst und der Erzbischof verlangten, der König verweigerte es. Endlich umging man den Streitpunkt dadurch, daß man zum Koadjutor einen Bischof ausersah, der nicht erst geweiht zu werden brauchte. Ludwig von Bayern, welcher eifrig vermittelt hatte, empfahl den Bischof Geißel von Speier; die preußische Regierung willigte ein und durch ein Breve vom 20. September 1841 wurde die Angelegenheit in dieser Weise geordnet. Ein Brief des

Marginalien: Zugeständnisse an die Bischöfe. — Droste. — Der Friedensschluß.

Königs an den Erzbischof sprach diesen vor allem Volke von dem Verdachte revolutionärer Umtriebe frei und der Streit war beendet.

Friedrich Wilhelms IV. Anfänge.

Bedeutung des Thronwechsels.

Nicht bloß für die Erledigung der kirchlichen Wirren war der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. von eingreifender Wichtigkeit gewesen. Ein allgemein verbreitetes Gefühl lehrte, daß er mehr als durchschnittlich sonst ein Thronwechsel zu bedeuten habe. Aber was er bringen werde, das vermochte niemand zu sagen. Der neue Herrscher war für sein Volk noch ein ungelöstes Rätsel, eine Gestalt, die zu den kühnsten Hoffnungen herausforderte und zu ernsten Befürchtungen Anlaß gab. Daß er ein Mann von hochfliegendem Geist, voll idealer Ziele, voll schwärmerischer Begeisterung für Religion, Wissenschaft und Kunst sei, daß er seinen Vater an Gaben des Verstandes, an Biegsamkeit und Geschmeidigkeit der Auffassung, an Empfänglichkeit für alles Große weit überrage, daß er den Ehrgeiz in sich spüre durch Regententugenden und politische Schöpferkraft einen glänzenden Platz in der Reihe der Hohenzollern sich zu erwerben, das bezweifelte niemand. Aber ob er die Festigkeit des Charakters besitze um auf der einmal betretenen Bahn unerschrocken vorzugehen, ob die übersprudelnde Laune und Lebenslust des Prinzen den rechten Eifer und die Gewissenhaftigkeit des Herrschers in ihm nicht ersticken werde, ob seine rege Phantasie, seine überspannten Ideen vom königlichen Amte, seine romantischen Liebhabereien den klaren Blick für die Bedürfnisse der Gegenwart in ihm nicht getrübt hätten, das waren Fragen, auf welche nur die Zeit Antwort geben konnte. Nur das eine war sicher, daß vieles sich ändern werde. Selbst wenn der Gesamtzustand des Staates das nicht mit so zwingender Notwendigkeit erheischt hätte, wenn das zaudernde Alter des an sich schon bedächtigen letzten Herrschers und die pietätvolle Rücksicht, welche die öffentliche Meinung ihm zollte, nicht so manche unabweisliche Reformen zurückgedrängt hätten, die jetzt mit Macht in den Vordergrund treten mußten, so würde allein der Gegensatz zwischen Vater und Sohn einen bedeutsamen Umschwung herbeigeführt haben. Anstatt des gemessenen strengen Ordnungssinnes war hier launenvoll genialisches Treiben, anstatt des nüchternen hausväterlichen Nützlichkeitsstandpunktes ein philosophisch angehauchter, von Poesie durchwärmter Idealismus, statt der biederen verständigen Frömmigkeit eine begeisterte, geheimnisfreudige, mystische Religiösität, statt der zurückhaltenden einsilbigen, aber im tiefsten Grunde wohlwollenden Umgangsformen ein sprudelndes, wortreiches, herzgewinnendes Sichgehenlassen, statt der knappen strengen Soldatennatur eine empfängliche, feingebildete Künstlerseele.

Das Testament Friedrich Wilhelms III.

Den ersten Wochen der neuen Regierung kam diese gewinnende Persönlichkeit des Herrschers vollauf zu statten; seine Anrede an die Deputationen, welche ihn begrüßten, seine schriftlichen Äußerungen, zu

denen sich mehrfacher Anlaß bot, zeigten den Schwung seiner Gesinnung und Ausdrucksweise im Glanz der ersten Morgenfrische. Besonders begeisterten die Worte, mit denen er das Testament seines Vaters veröffentlichte, zwei Aktenstücke, deren eines einen prüfenden Rückblick auf die Regierung des Verstorbenen warf, während das andere — An meinen lieben Fritz überschrieben — ihm besonders ans Herz legte sich ebensosehr vor der umsichgreifenden Neuerungssucht zu hüten wie vor einer zu weit getriebenen Vorliebe für das Alte. Der König ließ diese Schriften seines Vaters dem Volke, das es wert sei solche Worte zu hören, mitteilen; es sprach sich in dieser Verfügung eine Wärme, eine Herzlichkeit aus, die bezaubern mußte. „So, sagte man sich, schrieb kein Sekretär, diesen Stil wagte kein Minister, in diesen gewaltigen, schwungvollen Worten konnte nur der Schmerz eines Sohnes und das Bewußtsein eines Königs sich ergießen." Und denselben Geist atmeten die ersten Thaten des Monarchen. Arndt, seit 1820 suspendiert, wurde wieder in seine Professur eingesetzt; Boyen, der 1819 mit Humboldt und Beyme aus dem Ministerium geschieden war, erhielt eine Berufung in den Staatsrat um später wieder Kriegsminister zu werden; dem alten Turnvater Jahn ward gestattet seinen Verbannungsort Freiburg zu verlassen; die beiden Brüder Grimm, die Opfer des Göttinger Gewaltstreiches, wurden in Berlin angestellt; nach und nach folgte die Berufung anderer Männer, die einen bedeutenden Namen in Wissenschaft und Kunst besaßen: Tieck, Rückert, Schelling, Cornelius, Felix Mendelssohn: freilich waren nicht einmal diese alle der öffentlichen Meinung lieb, geschweige denn Männer wie Stahl und Hassenpflug. „Wir wollen ihn nicht haben den Herrn von Haß und Fluch," so tönte es in den Straßen von Berlin, und diese Verse bereiteten dem Könige nach eigenem Geständnis den ersten schmerzlichen Tag seiner Regierung. Denn sie schonten auch seine älteren Vertrauten nicht; nur der eine Alexander von Humboldt fand Gnade vor den Augen des Volkes: die Bunsen, Radowitz, Thile, Rochow galten für Männer voll mittelalterlicher Ideen, deren Frömmigkeit man vorwarf, daß sie zur Schau getragen und unehrlich sei.

Begnadigungen, Berufungen und Ernennungen.

Wie sehr dem einzelnen dabei auch Unrecht geschah, im ganzen lernte die öffentliche Meinung doch die Lage und die Person des Königs schnell genug mit richtiger Ahnung verstehen. Nur machte sie den gewiß entschuldbaren und selbst rühmlichen Fehler, daß sie zunächst die unliebsamen Seiten in Friedrich Wilhelms Wesen aus ihm heraus zu verlegen und seine Günstlinge dafür verantwortlich zu machen strebte. Alles Erfreuliche wurde ihm voll und ganz angerechnet, besonders die Begnadigung vom 10. August, die neben anderen politischen Verbrechern auch die unglücklichen studentischen Opfer der Untersuchungskommission von 1834 dem Leben wiedergab. Mit Jubel lauschte man der erregten, herzlichen, persönlichen Redeweise, mit welcher der König bei den Huldigungen von Königsberg und Berlin vor sein Volk hintrat; die Herzen der Hörer flogen ihm entgegen, von Staunen und Hoffnung erfüllt über

dies neue, unerhörte Auftreten; selbst wer seine Worte nicht vernehmen konnte wurde hingerissen; denn schon seine Bewegungen zu sehen war ergreifend; man mußte innige kraftvolle Worte hinzudenken. Und doch drängte sich dem schärferen Beobachter wohl gleich die Frage auf, ob diese effektvolle Sprache sich fortsetzen lasse, ob Staatsangelegenheiten nicht eine andere erforderten.

Die Verfassungsfrage.

Jedenfalls konnte solch eine aufregende und belebende, hoffnungweckende Beredsamkeit nur dann segensreich wirken, wenn ihr Thaten folgten. Und die That, welche man von Friedrich Wilhelm verlangte, war die Erfüllung des Versprechens von 1815 und 1820, war die Erteilung einer Verfassung für den ganzen Staat. Mit vollem Ernste trat diese Forderung an den König zuerst auf dem Landtag von Königsberg heran, den er berufen hatte um die Huldigung der Provinzen Preußen und Posen entgegenzunehmen. Auf Antrag des Königsberger Kaufmanns Heinrich beschlossen die preußischen Stände mit 89 gegen 5 Stimmen dem König die Bitte um eine Reichsverfassung vorzulegen. Seine schriftliche Antwort darauf am 9. September war mild und freundlich gehalten, versprach Entwicklung der bestehenden Provinzialstände, erhielt aber durchaus keine greifbare Zusage. Dennoch machte sie einen guten Eindruck und nährte die vorhandenen Hoffnungen. Doch zu stürmischer Begeisterung entflammten die Worte, welche der Monarch am nächsten Tage sprach. Die Stände hatten ihm gehuldigt; 15 000 Menschen füllten den Schloßhof; eine feierliche Stille herrschte. Da erhob er sich plötzlich von seinem Thron, trat an den Rand der Tribüne, streckte den rechten Arm wie zum Schwur empor und gelobte hier vor Gottes Angesicht und vor diesen lieben Zeugen allen, daß er ein gerechter Richter, ein treuer, sorgfältiger, barmherziger Fürst, ein christlicher König sein wolle, wie sein unvergeßlicher Vater es gewesen. Er bat Gott um den Fürstensegen, der dem Gesegneten die Herzen der Menschen zueigne und aus ihm einen Mann nach dem göttlichen Willen mache; er bat Gott um seinen Segen für das teure Vaterland: bei uns, rief er begeistert aus, ist Einheit an Haupt und Gliedern, an Fürst und Volk, herrliche Einheit des Strebens aller Stände nach einem schönen Ziel: nach dem allgemeinen Wohl in heiliger Treue und wahrer Ehre. So wolle Gott unser preußisches Vaterland sich selbst, Deutschland und der Welt erhalten, mannigfach und doch eins, wie das edle Erz, das aus vielen Metallen zusammengeschmolzen nur ein einziges, edelstes ist — keinem anderen Rost unterworfen als allein dem verschönernden der Jahrhunderte!

Die Huldigung in Königsberg.

Erlaß vom 4. Oktober.

Von einer Verfassung war in alledem mit keinem Worte die Rede, und doch glaubte man an sie. Der alte Oberpräsident Schön meinte nach einer Unterredung mit dem König, dieser sei liberaler als er selbst. Um so schlimmer war die Enttäuschung, als ein königlicher Erlaß vom 4. Oktober solche Mißverständnisse ausdrücklich zurückwies. Die Stimmung wurde bitterer und man sah der Huldigung in Berlin, die am

Die Huldigung in Berlin.

15. Oktober stattfand, mit Unbehagen entgegen. Natürlich erwartete man auch hier eine Rede des Königs; aber was konnte sie bringen, da die einzige ernstliche Forderung zum voraus abgewiesen war? Je schwungvoller sie lautete, desto greller mußte der Abstand zwischen Wort und That erscheinen. Der feierliche Akt ging diesmal in zwei Abschnitten vor sich; zuerst huldigten Ritterschaft und Geistlichkeit im Inneren des Schlosses, dann Stadt und Land auf dem Schloßhofe. Vor der Leistung des Eides ergriff hier der König, entblößten Hauptes trotz Wind und Regen, das Wort. Hatte er den Rittern drinnen schon gesagt, daß sie von ihm keine sogenannte glorreiche Regierung mit Geschützesdonner und Posaunenton, sondern ein einfaches, väterliches, echtdeutsches und christliches Regiment zu erwarten hätten, so gelobte er auch draußen dem Volke, soweit seine Macht und sein Wille reiche, Frieden zu halten zu seiner Zeit. Er warb um die Liebe seiner Unterthanen, deren er nicht entraten könne: denn die Wege der Könige seien thränenreich und thränenwert, wenn Herz und Geist ihrer Völker ihnen nicht hilfreich zur Hand gehen. Mit dem schönsten, klarsten Laute der Muttersprache, mit einem ehrenhaften Ja! bat er ihm zu versprechen, daß man durch gute und böse Tage treu mit ihm ausharren wolle, und mit erhobener Rechten wiederholte er dann — so wahr ihm Gott helfe — sein Königsberger Gelübde. Vollenden Sie nun, so schloß er, diese hohe Feier, und der befruchtende Regen Gottes ruhe auf dieser Stunde!

Die Vereinigten Ausschüsse.

Je tiefer der Eindruck war, welchen der König durch seine ganze Erscheinung machte, um so größer mußte die Unzufriedenheit darüber werden, daß er in der Hauptfrage der Zeit von der öffentlichen Meinung so völlig abwich. Denn diese verlangte in der That mit großer Zähigkeit eine Verfassung, und zwar eine Verfassung nach französischem Muster. Nun war Friedrich Wilhelm einer Weiterbildung der Provinzialstände keineswegs abgeneigt; er bewilligte ihnen den Druck der Protokolle, die Veröffentlichung ihrer Eingaben und der darauf erteilten Antworten, den regelmäßigen Zusammentritt in jedem zweiten Jahre, und berief zum 18. Oktober 1842 „Vereinigte Ausschüsse" derselben nach Berlin um dort die Gesetze mit durchzuberaten, welche für die ganze Monarchie bestimmt waren. Auch damit wollte er noch nicht das letzte Wort gesprochen haben, sondern bewegte den Plan eines Vereinigten Landtages, zu dem die Provinzialstände in ihrer Gesamtheit zusammentreten sollten, fortwährend in seinem Herzen. Allein auf der einen Seite konnte er zu keinem festen Entschlusse kommen, stritt sich mit den widerwilligen Elementen seiner Umgebung, zu denen besonders seine Brüder gerechnet wurden, umher und verzettelte sein Interesse an untergeordnete, teilweise lächerliche Fragen, den Ort des Zusammentritts, die Teilung des Landtags in Kurien, die Uniformierung der Mitglieder und ähnliches — und auf der anderen Seite rannte er sich fest in dem eingebildeten Gegensatze historisch gewordener, nationaler Stände und einer aus Frankreich importierten, undeutschen Repräsentativverfassung. Die

Plan des Vereinigten Landtages.

Stände von 1823, so willkürlich, ungeschichtlich und erinnerungsarm sie waren, galten ihm für eine gewordene und daher konservative Grundlage; dafür daß das französische Vertretersystem mehr als französisch, daß es ein Ausdruck des modernen Staatsbewußtseins überhaupt sei, fehlte ihm das Verständnis. Er kämpfte daher mit voller Überzeugung für sein Prinzip und gegen die Ideen der Konstitutionsmänner; aber es fehlte ihm doch wieder der Mut seine Absichten schnell und ganz ins Leben treten zu lassen und dadurch eine Partei für dieselben zu begründen.

Drängen der öffentlichen Meinung.

Um so entschuldbarer war es, wenn allmählich Zweifel aufkamen, ob es dem Könige wirklich ernst mit seinen Plänen sei, ob er nicht das Interesse dafür nur erheuchle; noch entschuldbarer die Meinung, daß man ihn drängen müsse und vielleicht mittels der Presse über den erregbaren und empfänglichen Mann Einfluß genug gewinnen könne um ihn in liberalere Gedankenkreise hineinzutreiben. Zwei Flugschriften waren es besonders, die in diesem Sinne auf ihn hätten wirken können und die auf die Gebildeten im Volke in der That einen mächtigen Einfluß ausübten. Die eine, unter dem Titel: Woher und wohin? hatte den alten Schön, die andere: Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen, einen jüdischen Arzt in Königsberg Johann Jacoby, zum Verfasser. Beide wurden nicht allein massenhaft gelesen und besprochen, sondern riefen Entgegnungen und Bekräftigungen hervor; Jacobys Schrift wurde für die nächsten Jahre geradezu ein Zeughaus für die konstitutionelle Opposition. Je länger, je mehr mußte sich des Königs und seiner Minister die Überzeugung bemächtigen, daß sie auch ihrerseits in der Presse sich eine Waffe bereiten müßten; aber die Ausführung unterblieb. Im Herbst 1842 wurde eine „Deutsche Zeitung“ beabsichtigt, die unter Dahlmanns Leitung im großen Stile die Sache der Regierung führen sollte; aber im letzten Augenblicke scheute man doch vor Dahlmanns eiserner Selbständigkeit zurück und verweigerte ihm die Zensurfreiheit.

Die politische Litteratur.

Das war um so ungeschickter, als man doch darauf verzichten mußte die bisherige Knebelung der Presse aufrecht zu erhalten und durch die Milderungen, welche im Jahre 1842 eingeführt waren, die Schärfe der Opposition vermehrte ohne ihr ein Gegengewicht zu bieten. Um Angriffsstoff brauchten die Gegner nicht verlegen zu sein; selbst die Person des Königs bot denen, welche außer dem Bereiche der preußischen Polizei waren, Blößen genug und Heinrich Heine erging sich mit wahrer Wollust darin, dieses „Mittelding, das weder Fleisch noch Fisch ist, und von den Extremen unsrer Zeit ein närrisches Gemisch ist,“ in mannigfach treffender Satire zu verhöhnen oder im Hinblick auf die Versprechen von 1815 und 1820 spöttisch auszurufen: Ja Königsworte, das sind Schätze, wie tief im Rhein der Niblungshort! ja er verarbeitete auch die dem König zugeschriebene Trunksucht, seine Kinderlosigkeit und ähnliche Dinge in gröbster Weise. Dessen mußte sich nun wohl die preußische Schriftstellerwelt enthalten, aber an mehr oder

weniger verdeckten Hieben auf den „Romantiker" ließ auch sie es nicht fehlen. Und was sich nicht in Berlin sagen ließ, das sagte man im Auslande; die Schweizer Verlagshandlungen druckten und verlegten, was vor der preußischen Zensur nicht bestehen konnte; des Absatzes waren sie doch vollkommen sicher. Im Inlande selbst sorgten über 400 Zeitungen für die Bedürfnisse der Lesewelt; wissenschaftliche Blätter wie die Hallischen Jahrbücher von Ruge und Echtermeyer gaben den liberalen Politikern den Ton an; man eiferte gegen die Schellingsche Philosophie und traf in dem Schützling den königlichen Gönner; man erließ ein Manifest gegen die Romantik und zeichnete in der Romantik die preußische Politik. Einen gewaltigen Einfluß übten die politischen Lyriker, Herwegh besonders mit seiner formenkühnen, beredten Sprache, dann Hoffmann von Fallersleben, Robert Prutz, Dingelstedt, Freiligrath. Geraume Zeit standen sie dem Könige durchaus nicht feindlich gegenüber und manch ermutigendes und anfeuerndes Wort ward ihm zugesungen. Doch einer nach dem anderen wurde des fruchtlosen Zuredens müde; nicht lange währte es, so wandte sich Herwegh ab. „Du konntest Deiner Zeit das Banner tragen, und trägst ihr nur die Schleppe nach", rief er enttäuscht dem Könige zu. Hoffmann, Prutz und andere folgten seinem Beispiel, zum Teil durch persönliche Kränkungen verletzt, und selbst Freiligrath nahm das Wort zurück, das einst Herweghs Zorn erregt: „Der Dichter steht auf einer höhern Warte als auf der Zinne der Partei," und ließ auch seinen Lorbeer von der Partei flechten, die freilich die überwältigende Mehrheit unter den Gebildeten der Nation ausmachte.

Das Bistum Jerusalem.

Durch seine ablehnende Haltung gegen die Forderungen der politischen Dichter, durch die Maßregelung akademischer Lehrer, wie Nauwerk, Hinrichs, Bruno Bauer, durch die Unterdrückung der Hallischen Jahrbücher und ähnliche Schritte entfremdete sich der König thatsächlich zusehends die Gesinnung der gebildeten Kreise, so daß ein Attentat, welches der Bürgermeister Tschech am 26. Juli 1844 gegen ihn ausführte, weit weniger Abscheu und Empörung als eine fast frivole Beurteilung hervorrief. Besonders reichlichen Stoff zum Angriff boten die kirchlichen Dinge, über denen in der That ein sonderbarer Unstern waltete, mochte der König persönlich, mochten seine Günstlinge oder der Kultusminister Eichhorn sie in die Hand nehmen. Vorzüglich dankbar waren für die Spötter zwei Unternehmungen des Königs, denen doch ein tieferer Sinn keineswegs fehlte: das evangelische Bistum in Jerusalem und die Vollendung des Kölner Dombaues. Die Anregung zu dem Gedanken in Jerusalem mit England gemeinsam einen Bischofssitz zu gründen wurde durch die orientalische Krisis von 1840 gegeben. Wenn ein Schwärmer wie der Philhellene Eynard durch sie zu dem Wunsche gedrängt wurde, Ludwig von Bayern möchte mit den anderen christlichen Herrschern auf die Gefahr eines neuen Kreuzzuges hin von der Pforte die Herausgabe des heiligen Grabes fordern; wenn Ludwig diesen Wunsch bei seinem vielgeliebten Schwager, dessen Geist für alles

Edle und Große empfänglich sei, zu befürworten unternahm, dann war es immer noch ein Zeichen von Nüchternheit, wenn dieser den überschwänglichen Plan so beschnitt, wie er es that. Daß an der heiligen Stätte der Protestantismus so gut wie der griechische und römische Katholizismus durch einen hohen Würdenträger vertreten sein möchte, dieser Wunsch konnte einem gläubigen Christen nicht so fern liegen; daß der König dabei sich mit der anglikanischen Kirche zu verbünden trachtete, erklärte sich nicht bloß aus seiner und seines vertrauten Ratgebers Bunsen Vorliebe für dieselbe, sondern auch aus der verständigen Erwägung, daß ohne England das Ziel schwer zu erreichen sei. Aber freilich, abenteuerlich und fremdartig mußte der ganze Plan dem zweifelsüchtigen Geiste der gebildeten Zeitgenossen vorkommen. Und mit dem Kölner Dombau war es zwar etwas, doch nicht viel anders. Als rein künstlerisches Unternehmen gedacht, hätte ihm der Beifall der Nation wohl kaum gefehlt; aber daß es in der Seele des Königs doch auch ein frommes Werk war, daß es ein Sinnbild für die Einigkeit der Bekenntnisse sein und den unparteiisch wohlwollenden Sinn des Herrschers für den Katholizismus bezeugen sollte, das mißfiel. Das Fest der Grundsteinlegung am 4. September 1842 gestaltete sich doch zu einer Art Nationalfeier. In feuriger Rede begrüßte der Monarch die Thore, zu denen er den Grundstein legte, als Thore einer neuen besseren Zeit, durch welche nie das ehrlose Untergraben der Einigkeit der deutschen Fürsten und Völker, das Rütteln an dem Frieden der Konfessionen und der Stände einziehen möge. Durch Zeiten, reich an Menschenfrieden, reich an Gottesfrieden, so rief er aus, rage der Dom von Köln über dieser Stadt und über Deutschland, bis an das Ende der Tage! Von den deutschen Fürsten, die ihn dabei umgaben, brachte der König von Württemberg dem gemeinsamen Vaterlande ein Hoch, und dem Erzherzog Johann von Österreich schob der Volksmund gar den Trinkspruch unter: Kein Österreich, kein Preußen mehr! Ein einiges großes Deutschland, fest wie seine Berge!

Der Kölner Dom.

Wie hier das Volk sich in schmeichlerischem Traum wiegte, so nicht minder der König, wenn er von dem Frieden unter den Bekenntnissen sprach. Nicht einmal in sich, geschweige denn untereinander konnten die einzelnen Konfessionen diesen Frieden bewahren; im römischen wie im protestantischen Lager nahm die unversöhnliche Richtung an Macht und Einfluß zu, und religiöser Hader überwog in den nächsten Jahren den politischen. In der katholischen Kirche gab Bischof Arnoldi von Trier das Zeichen zum Kampf. Im August 1844 verordnete er eine feierliche Ausstellung des ungenähten Rockes Christi, der zu den Schätzen seiner Kirche zählte. Alsbald begann aus den Rheinlanden, aus Belgien und Frankreich eine Massenwallfahrt nach Trier, die ins Unermeßliche anschwoll, als die Freifrau von Droste-Vischering, eine Nichte des Erzbischofs, die auf Krücken hingegangen war den Herrgottsrock anzubeten, ohne Krücken zurückkehrte. Über eine Million Pilger strömten binnen

Der heilige Rock von Trier.

sechs Wochen in der alten Moselstadt zusammen; wenigstens einzelne von ihnen behaupteten gleichfalls Heilung von körperlichen Leiden gefunden zu haben. Der laute Jubel der Klerikalen über diese göttlichen Wundererscheinungen weckte natürlich den Widerspruch der Aufgeklärten. Von protestantischen Gelehrten wurde die Fabel des ungenähten Rockes in ihrer Albernheit nachgewiesen, wurde gezeigt, daß es 20 und mehr Exemplare dieses Wunderkleides gebe, wurde der Aberglaube, der damit sein Spiel trieb, scharf gegeißelt. Aber auch aus dem Schoß der römischen Kirche erhob sich Widerspruch. Ein katholischer Priester, freilich ein suspendierter und nicht im besten Rufe stehender, Johannes Ronge, eiferte in einem offenen Brief an den Bischof Arnoldi, den Tetzel des 19. Jahrhunderts, gegen das Götzenfest zu Trier. Durch die Exkommunikation, welche der Fürstbischof von Breslau über ihn verhängte, noch weiter gedrängt, begann er in Flugschriften für die Reform der Kirche, für eine deutsch-katholische Nationalkirche, zu wirken. Der laute Beifall, welchen er von Protestanten wie von Katholiken erhielt, steigerte seinen Mut; es schien, als ob die Überspannung der ultramontanen Forderungen, die seit 1830 beständig gewachsen war, zu einer neuen Reformation führen sollte. Der Weg, den Ronge zu gehen hatte, war ihm übrigens schon gewiesen. Bereits im August 1844 hatte ein anderer Priester, allerdings wieder ein suspendierter, Czerski von Schneidemühl in der Provinz Posen, sich mit seiner Gemeinde vollständig von Rom losgesagt, nicht weil er die Dogmen der Kirche, sondern weil er ihre Verfassung und die Ehelosigkeit der Geistlichen verwarf. Nach seinem Vorbilde gründete nun Ronge im März 1845 zu Breslau eine christkatholische Gemeinde; in etwa zwanzig norddeutschen Städten geschah binnen wenigen Wochen dasselbe; ein Leipziger Konzil, um Ostern abgehalten, wurde bereits von 15 Orten beschickt. Große Reisen, die Ronge durch ganz Deutschland unternahm, mehrten besonders im Süden seinen Anhang; gewichtige Männer wie Duller und Gervinus erklärten sich für ihn; auch in den Regierungs- und Hofkreisen war man seiner Bewegung nicht abgeneigt; der Prinz von Preußen würdigte ihn einer langen Audienz und der König selbst schien entschlossen, die neue Sekte auf demselben Fuße wie die Altlutheraner zu behandeln. Österreich und Bayern freilich duldeten keine deutsch-katholischen Gemeinden, und in anderen Staaten wie Sachsen, Kurhessen, Württemberg wurde wenigstens ihr öffentliches Auftreten beschränkt. In Leipzig, wo der Theaterkassierer Robert Blum eine ansehnliche Gemeinde gebildet hatte, kam es darüber zu einem blutigen Tumult. Als die Seele des Verbotes, das im Juli 1845 erlassen war, sah man den Prinzen Johann, den späteren König, an, der trotz seiner hohen wissenschaftlichen und künstlerischen Bildung doch in dem Ruf engherzig-kirchlicher Gesinnung stand. Dieser traf am 12. August in Leipzig ein um die Bürgerwehr zu mustern. Die lebhaftesten Kundgebungen zu Gunsten der Deutschkatholiken verfolgten ihn; Lebehochs auf Ronge wechselten mit dem Rufe: Nieder mit den

Der Deutsch-Katholizismus.

Der Leipziger Tumult.

Jesuiten! Die Person des Prinzen selbst schien abends durch Ansammlungen vor seiner Wohnung, durch Einwerfen der Fenster und Andrängen gegen die Thüren gefährdet, so daß die Truppen von ihrer Waffe Gebrauch machten. Nur durch die schleunige Flucht des Prinzen, die Entfernung des Militärs aus der Stadt und besonders durch die Mäßigung **Blums**, der die Menge ganz in seiner Hand hatte, wurden schlimmere Auftritte verhindert und allmählich das Ansehen der Regierung wiederhergestellt. Bedenklicher übrigens als die Feindseligkeit der Staatsbehörden war für die deutsch-katholische Sache der innere Zwiespalt. Während die Czerskische Partei dogmatisch nicht allzuweit von den römischen Satzungen abwich und durch ihren Glauben an die Gottheit Christi auch den orthodoxen Protestanten genehm blieb, so daß ihnen vielfach protestantische Kirchen geöffnet wurden, stellten sich die Rongeaner auf den Standpunkt der kritischen Theologie, verwarfen, wie die freisinnige Partei in der evangelischen Kirche, das apostolische Glaubensbekenntnis, zogen damit aber dieselbe Verfolgung, welche jene traf, auch auf sich herab. Nur mühsam wurde auf den Synoden und Konzilien der neuen Sekte die Einheit aufrechterhalten und es galt mehr als einmal den offenkundig gewordenen Zwiespalt zu vertuschen. Auch ließ sich in nicht zu langer Frist deutlich erkennen, daß eine wirklich religiöse Kraft in dieser neuen Gemeinschaft doch nicht vorhanden sei, daß sie vielmehr zum guten Teil von politisch Mißvergnügten als Deckmantel demokratischer und sozialistischer Bestrebungen benutzt werde. Als das Jahr 1848 einen solchen Deckmantel überflüssig machte, bekannten denn auch viele Führer offen ihre wahre Farbe, und statt daß der Deutschkatholizismus von der Freiheit, deren er nun genoß, Nutzen gezogen hätte, begann vielmehr sein allmählicher Zerfall. Seinen Höhepunkt erreichte er Ende 1846, wo sich etwa 60 000 Gläubige, zur Hälfte in Schlesien, zu ihm bekannten; das Berliner Konzil, um Pfingsten 1847, sah Vertreter von 151 Gemeinden. Wenn er durch seine Verbreitung nach Österreich und Bayern an äußerer Ausdehnung während der nächsten Jahre vielleicht noch zunahm, so verlor er doch völlig seine kirchliche Besonderheit und gestand das auch dadurch ein, daß er im Beginn der Reaktionszeit eine Verschmelzung mit den protestantischen freien Gemeinden auf den Konzilien von Leipzig und Köthen, im Mai 1850, versuchte und dadurch sein und seiner Verbündeten Lebensfähigkeit nur noch mehr untergrub.

Spaltungen unter den Deutschkatholiken.

Trotzdem waren die freien Gemeinden und der Deutschkatholizismus allerdings gleichartige Erscheinungen, insofern beide durch den Geist des Jahrhunderts zur Loslösung von ihrer Mutterkirche gedrängt wurden und in beiden die verneinende Kraft größer war als die schöpferische. Der Protestantismus hatte in dem letzten Menschenalter eine große Krisis durchlebt. Der alte Rationalismus, welcher die Erzählungen der Bibel im Sinne der Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts verstandesmäßig zu begreifen und nüchtern-prosaisch zu erläutern gesucht

Der Protestantismus.

hatte, besaß keine Lebenskraft mehr. Ihm fehlte das eigentlich religiöse Moment so vollständig und er bot doch andererseits dem unbefangen prüfenden Verstande so große Schwächen, daß sein Anhang sich mehr und mehr zerteilte und auf der einen Seite die gläubige Annahme der göttlichen Geheimnisse, mochten sie in Wunderthaten oder in unbegreiflichen Lehrsätzen bestehen, die verlorene Herrschaft wiedergewann, auf der anderen Seite der historisch-kritische Sinn der jüngeren Generation, seit David Strauß' Leben Jesu erschienen war, die Bibel wie ein anderes Buch zu behandeln anfing und in mühsamer, Jahrzehnte erfordernder Gelehrtenarbeit die geschichtlichen Thatsachen des Christentums aus der Einkleidung, in welche die ersten Jahrhunderte sie gehüllt, loszuschälen suchte. Aber gerade weil diese Arbeit kein Kinderspiel war, weil sie nicht mit einem Schlage gesicherte Ergebnisse vorzulegen vermochte, weil sie in dem Für und Wider der Kritik sich selbst nicht selten widersprach und aufhob, besaß sie nicht die Kraft, die große Menge, die dem Rationalismus zugänglich gewesen war, für sich zu gewinnen, sondern verlor dieselbe an die Orthodoxie, die von Jahr zu Jahr kühner ihr Haupt erhob und einen streitlustigen, verfolgungssüchtigen Geist entwickelte. Zwar fehlte es unter denen, welche die übernatürlichen Lehren des Christentums festhielten, nicht an solchen, die damit den Geist der Duldsamkeit und der unbefangenen wissenschaftlichen Prüfung verbanden und als Vermittlungstheologen eine versöhnliche Stellung behaupteten. Aber so sehr sie in anbetracht der Gesamtlage, in welcher sich die evangelische Kirche und die wissenschaftliche Theologie befanden, berufen waren als Leiter an die Spitze zu treten, so wenig eigneten sich die friedfertigen Persönlichkeiten ihrer Führer dazu den kampflustigen Häuptern der streitbaren Orthodoxie die Herrschaft zu entwinden. Am wenigsten einem Manne wie Friedrich Wilhelm IV. gegenüber. Obgleich dieser mit einem der bedeutendsten Vermittlungstheologen, mit Bunsen, im vertrautesten Verkehre stand, neigte er doch in seinen persönlichen Anschauungen zu sehr nach der schärfsten Orthodoxie, als daß er die Berechtigung der freien Forschung innerhalb der evangelischen Kirche hätte einräumen wollen. Er verschloß sich zwar nicht der Notwendigkeit einer Neugestaltung dieser Kirche in ihren Verfassungsformen und wünschte diese so umgewandelt, daß ihre Leitung in berufenere Hände als in die des Landesfürsten gelegt würde; aber solange das nicht geschehen war, hielt er sich nicht für berechtigt durch Gewährenlassen der freieren Anschauungen, wie sein Vater es geübt, den alten Bekenntnisformeln etwas zu vergeben, sondern zog die Zügel straff an. Die Eiferer der Orthodoxie, besonders Hengstenberg in seiner Evangelischen Kirchenzeitung, hetzten nach Kräften, und Eichhorn, der Minister für Kirchen- und Schulangelegenheiten, einst der Freund und Anhänger Schleiermachers, förderte die Interessen dieser Partei unbekümmert um seine Vergangenheit und begünstigte außerdem eifrig, des Königs eigensten Gesinnungen entsprechend, den Pietismus und die äußere Kirchlichkeit. Die Universitäten wurden nicht allein in den theologischen Lehr-

Ministerium Eichhorn.

stühlen immer ausschließlicher mit Anhängern der neugläubigen Richtung besetzt; ihre bisherige Lehrweise sollte geändert, an die Stelle des freien Lehrvortrags schulmäßiger Unterricht mit regelmäßigen Prüfungen gesetzt, die deutsche Einrichtung der Privatdozenten untergraben werden. Dadurch lud der Minister einen ungemessenen Haß auf sich, der um so schrankenloser wurde und in dem Vorwurf der Heuchelei gipfelte, als man von ihm am wenigsten derartiges erwartet hatte und seine Ernennung gerade von den Liberalen mit Freude begrüßt worden war. In kurzer Zeit hatte er alles gegen sich; selbst seine persönlichen Freunde beschuldigten ihn der Verstellung; und den sog. Frommen galt er doch immer noch nicht als zuverlässig; sie meinten, wenn er auch das Wohl der Kirche fördere, so thue er es doch nur „in Schwachheit". Besonders seine Reformpläne für die Kirchenverfassung blieben ihnen ein Stein des Anstoßes, während sie andererseits den Liberalen nicht genügten. Und doch beschritt er gerade hier keinen verwerflichen Weg. Wie Friedrich Wilhelm III. es 1817 schon einmal versucht hatte, schuf der König zunächst Kreis- und Provinzial-Synoden, die aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern gemischt waren, und berief 1846 eine Generalsynode, auf der die vermittelnde Richtung die Oberhand hatte. Sie verwarf mit gewaltiger Mehrheit (48 gegen 14) die verpflichtende Kraft der alten Symbole und stellte ein von Nitzsch und Müller verfaßtes Glaubensbekenntnis ohne dogmatische Bestimmtheit auf. Aber dadurch hatte sie es auch mit dem König und dem Minister verdorben; ihre Beschlüsse wurden nicht bestätigt und eine neue Synode nicht einberufen. Friedrich Wilhelm huldigte vielmehr der Ansicht, daß wer die Verpflichtung auf die Symbole mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, aus der Landeskirche zu scheiden habe und da ein solcher Austritt bisher gesetzlich nicht gestattet war, so ermöglichte er ihn am 30. März 1847 durch das sog. Toleranzedikt, das ihn nur von einer Erklärung vor dem Richter abhängig machte. Wie die Sachen einmal lagen, war dadurch den Freisinnigen allerdings schon ein Dienst geschehen, wenngleich ein schlechter. Sie konnten jetzt eigene religiöse Genossenschaften bilden, sobald sie nur ihr Recht in der Landeskirche aufgeben wollten. Hätten sie einmütig von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, so würde freilich die Landeskirche mit der Zeit den Schlag am schwersten empfunden haben: sie würde immer mehr zu einer starren Sekte zusammengeschrumpft sein, innerhalb deren es für eine andere Art der Gläubigkeit als das Buchstabenbekenntnis von Jahr zu Jahr weniger Raum gegeben hätte. Das geschah nicht, die Zukunft der Kirche wurde nicht gefährdet, weil weitaus die meisten Geistlichen sich entschlossen zeigten ihr gutes Recht zu behaupten und nicht freiwillig auszuscheiden. Nur diejenigen, welche vom Kirchenregimente gewaltsam entsetzt wurden, machten von dem Toleranzedikte Gebrauch, nachdem sie zum Teil schon vorher ihre Anhänger zu Gemeinden vereinigt, denen freilich bis dahin die rechtliche Gültigkeit fehlte. Das hatte zuerst Rupp in Königsberg im Januar 1846 gethan, dann Wis-

Die Generalsynode.

Das Toleranzedikt.

Die freien Gemeinden.

licenus in Halle, Ende 1847 auch Uhlich in Magdeburg, dessen Gemeinde auf 5000 Köpfe stieg. Die Provinz Sachsen, unter deren Geistlichkeit die freiere Glaubensweise stark vertreten war, stand überhaupt an der Spitze der Bewegung. Uhlich, Wislicenus u. a. hatten schon seit 1841 Prediger- und Laienversammlungen besonders in Köthen abgehalten und in den Blättern für protestantische Freunde (oder wie man später sagte: für Lichtfreunde) sich ein vielgelesenes Organ geschaffen. Auch in diesen Kreisen gingen jedoch die Ansichten noch weit auseinander; während manche der freien Gemeinden wie die von Marburg und Halle selbst den Christennamen aufzugeben bereit waren, erklärten die Magdeburger in ihrer Stiftungsurkunde nachdrücklich: Wir bleiben, was wir sind und waren, evangelische Christen, und schließen uns der Kirchenbehörde wieder an, wenn sie zur evangelischen Freiheit zurückkehrt. Doch bewährte sich auch bei ihnen wie bei den Deutschkatholiken die alte Erfahrung, daß im Laufe der Zeit die verneinenden Elemente immer mehr an Stärke gewannen und dadurch die Entwicklungsfähigkeit und Anziehungskraft der freien Gemeinden untergraben wurde. Etwa 40 an der Zahl, ließen sie sich in den Revolutionsjahren auch in politische Dinge ein und wurden in der Reaktionszeit dafür als politische Vereine behandelt und aufgelöst; die Neugründungen, welche nachher stattfanden, blieben ohne Bedeutung.

Die Altlutheraner.

Wenn ganz besonders der Deutschkatholizismus und die freien Gemeinden Zeugnis dafür ablegten, wie die öffentliche Meinung in den vierziger Jahren sich auf religiösem Gebiete zu bethätigen suchte, da ihr das politische noch verschlossen war, so fehlte es doch auch an anderen Erscheinungen nicht, die dasselbe lehrten. Der Kampf gegen die preußische Union wurde von seiten der strengen Lutheraner mit Eifer aufgenommen; die einen schieden aus der Landeskirche und traten zu Breslau 1841 vom Staate anerkannt zu einer besonderen Gemeinschaft zusammen; die anderen blieben im Rahmen der Union und suchten sie von innen heraus zu zerstören.

Der Gustav-Adolf-Verein.

Erfreulicher war die Gründung des Gustav-Adolf-Vereines, der den Protestantismus ohne engherzige Rücksicht auf das Bekenntnis durch Kirchen- und Schulbau überall da zu stützen suchte, wo die katholische Nachbarschaft ihn gefährdete. Aus kleinem Ursprung im Königreich Sachsen hervorgegangen, dehnte er sich seit 1842 über das protestantische nicht-preußische Deutschland aus, nahm 1844 auch den preußischen Sonderverein, den der König hatte begründen wollen, in sich auf und drang 1848 selbst nach Bayern vor, wo König Ludwig damit begonnen hatte einen Tilly-Verein als Gegendrohung auszuspielen. Die Ausschließung des Predigers Rupp, der trotz seiner Suspension von den Königsbergern als Abgeordneter zur Generalversammlung geschickt war, bedrohte zwar 1846 das friedliche Miteinanderwirken der verschiedenen Richtungen, blieb aber auf die Dauer doch ohne schädliche Wirkung.

Die evangelische Konferenz.

Auch die protestantischen Regierungen wollten auf kirchlichem Gebiete sich thätig erweisen und schufen 1846 die evangelische

Kirchenkonferenz, eine Vereinigung von Bevollmächtigten, die alle zwei Jahre zusammentrat um gemeinsame Beschlüsse für alle deutschen Landeskirchen zu fassen, lange Zeit freilich ohne ein irgend erkleckliches Ergebnis zu Lichte zu fördern.

Die Verfassungsfrage.

Alle diese Dinge vermochten indes die Frage, welche recht eigentlich die Aufgabe des Jahrzehntes war, nicht von der Tagesordnung abzusetzen, die Frage, ob Preußens ständische Verfassung eine zeitgemäße Umgestaltung erhalten werde oder nicht. Daß der König persönlich sie im allgemeinen bejahte, stand nicht minder fest, als daß die Form, welche er im Sinne trug, nicht den Forderungen des Liberalismus entsprach. Dieser verlangte ein von dem Volke durch freie Wahlen gebildetes Parlament; der König konnte sich nicht von seinen ständischen Liebhabereien losmachen und wollte daher eine Versammlung, die aus den Provinziallandtagen mit ihren Rittern, Bürgern und Bauern bestände. Gewährte er diese, so mußte es notwendig zwischen ihm und dem Landtage zum Kampfe kommen, eine Aussicht, welche für die Männer der Regierung und des Hofes schlimm genug war um sie zu Feinden jeder Neuerung zu machen. Denn sie besaßen hinlängliche Kenntnis von dem Charakter des Königs um zu wissen, daß ihm die nötige Ruhe und Ausdauer für die siegreiche Beendigung eines solchen Kampfes fehle. An der Spitze der Opposition stand der Bruder und Nachfolger des Monarchen, der Prinz von Preußen, von dem man versicherte, er habe den König beschworen, das Einlenken in die konstitutionelle Bahn ihm, dem Prinzen, oder seinem Sohne zu überlassen, und habe sogar mit einem feierlichen Proteste gedroht. Indes ließ der König sich dadurch von seinem Vorhaben nicht abbringen. Besonders das Jahr 1844 sah die lebhaftesten Verhandlungen. Der König hatte sich von Bunsen, Radowitz, dem Gesandten Canitz in Wien u. a. Verfassungsgutachten ausarbeiten lassen; er war entschlossen zum Werke zu schreiten; er erklärte, daß er durch seines Vaters Versprechungen sich gebunden erachte, daß seines Bruders Widerspruch seinem Herzen weh thue, aber auf seinen Kopf nicht den geringsten Einfluß haben dürfe; er hatte bereits vertrauliche Mitteilungen über seinen Entschluß nach Petersburg und Wien gemacht; ein Schreiben an Metternich beruhigte diesen darüber, daß es sich nicht um eine moderne Konstitution mit periodischem Reichstage und Reichstagswahlen handle. In dem Entwurf, den der Minister von Arnim-Boytzenburg nach dem Plane des Königs ausarbeitete, bestimmte gleich der erste Paragraph, daß die allgemeine Reichsversammlung aus der Vereinigung der acht Provinziallandtage bestehen solle; ihre Berufung hing von dem Ermessen des Königs ab; nur für einen Ausschuß, den sie zu wählen hatte, wurde eine vierjährige Periodizität grundsätzlich festgestellt. Die Versammlung selbst sollte nach den drei Kurien der Ritter, Bürger und Bauern stimmen; aber zu dem gemeinsamen Beschluß zweier derselben mußte noch die Zustimmung der Herrenkurie kommen, die gleichsam als Oberhaus konstituiert und wesentlich aus den mediatisierten

Fürsten gebildet werden sollte. In diesem letzten Punkte war übrigens Arnim anderer Ansicht, er wollte die Herren- und Ritterkurie zum Ober-, die beiden anderen zum Unterhause verschmelzen, überdies auch den Landtag selbst alle vier Jahre berufen, und da er sich hierüber mit dem Könige nicht verständigen konnte, trat er nach einer letzten Erörterung am 21. Mai 1845 zurück. Der Monarch überwies nun die Verfassungsfrage einer besonderen Kommission, die aus Arnims Nachfolger Ernst von Bodelschwingh, den Ministern Savigny, Uhden, Canitz und dem Hofmarschall von Rochow bestand; im September wurden auch die Minister von Thile und Rother sowie der Fürst Solms-Lich zugezogen. Nur von Rochow war ein unbedingter Gegner des ganzen Vorhabens; die übrigen fanden zwar die projektierte Reichsversammlung recht groß und schwer zu lenken, sie hätten deshalb lieber nur die provinzialständischen Ausschüsse weiter ausgebildet und regelmäßig berufen gesehen; aber sie bequemten sich doch am Ende den Ideen des Königs an. Im einzelnen unterwarfen sie sodann den ihnen vorgelegten Plan einer gründlichen Prüfung, die zumeist in eine Beschränkung der Rechte der künftigen Versammlung auslief; doch wurde u. a. auch die Bildung einer Herrenkurie ausdrücklich verworfen. Der umgearbeitete Entwurf wurde dann vom Könige teilweise gebilligt, teilweise abgelehnt und in dieser neuen Gestalt am 11. März 1846 in einer gemeinsamen Sitzung des Staatsministeriums und der Kommission durchberaten. Den Vorsitz führte der Prinz von Preußen, der damals an der Spitze des Ministeriums stand. Er hob hervor, daß es sich bei dieser Frage um die Zukunft, ja um die Existenz des Thrones und des Vaterlandes handle; gewiß sei es nötig von Zeit zu Zeit zu untersuchen, ob die vorhandenen Institutionen noch mit der Fortentwicklung der Zeit im Einklang seien; allein daß man deshalb jetzt zur Bildung einer ständischen Centralversammlung schreiten müsse, davon sei er noch nicht überzeugt; jedenfalls müsse man darauf halten, daß die Macht der Regierung nicht in die Hände der beratenden Versammlung übergehe. Von den anwesenden 16 Mitgliedern, die hierauf einzeln ihr Votum abgaben, erklärten sich nur zwei, der Minister und der Hofmarschall von Rochow, ablehnend; auch der Prinz von Preußen bejahte schließlich das Bedürfnis, wenn er auch mit dem Gesetzentwurf im übrigen nicht einverstanden sei und von dem Einfluß der ständischen Versammlung eine Gefährdung der Wehrverfassung, der Regierungsautorität und der alten Allianz mit den Ostmächten befürchte. In einer Reihe von Ministerialsitzungen wurde dann der Entwurf im einzelnen durchberaten und am 3. Februar 1847 erfolgte endlich durch ein königliches Patent und drei demselben beigefügte Verordnungen über die Bildung des Vereinigten Landtags, über die periodische Berufung des ständischen Ausschusses und über die Bildung der Staatsschuldendeputation die Verkündigung der lange vorbereiteten Maßregel. Wie schon der Name zeigte, war es bei der Vereinigung der Provinziallandtage geblieben, die, wenn es sich um Steuer- und Anleihesachen handelte,

Das Patent vom 3. Februar 1847.

in einer Versammlung tagen, bei anderen Angelegenheiten aber sich in zwei Kurien teilen sollten, von denen die eine, die Herrenkurie, aus den königlichen Prinzen, den Standesherren und einigen anderen Klassen bestand, die zweite, die Dreiständekurie, aus den Vertretern der Ritterschaft, der Städte und der Bauern zusammengesetzt war. In Gesetzgebungssachen stand dem Vereinigten Landtage nur eine beratende Stimme zu, außerdem hatte er das Bittrecht in inneren Angelegenheiten. Sein Zusammentritt sollte von den Umständen abhängen und nur dann erfolgen, wenn Anleihen oder Steuererhöhungen ihn nötig machten. Dagegen sollten die Vereinigten Ausschüsse fortan regelmäßig alle vier Jahre zusammentreten und die ständische Deputation für das Schuldenwesen alljährlich einberufen werden.

Die öffentliche Meinung.

Das waren die Zusagen, welche das Patent vom 3. Februar machte. Sie bezeichneten gewiß einen Fortschritt, aber sie blieben doch gewaltig hinter den Forderungen der Zeit zurück. Mindestens die regelmäßige Wiederkehr und das Beschluß- statt des Beratungsrechtes glaubte man für den Landtag verlangen zu müssen, ganz abgesehen davon, daß seine Zusammensetzung und zahlreiche einzelne Bestimmungen lebhaftes Mißfallen erregten. So begann denn alsbald nach Bekanntwerden des Patentes eine öffentliche Debatte über den Wert der königlichen Zugeständnisse, die von Heinrich Simon zu der Frage: Annehmen oder Ablehnen? zugespitzt wurde. Obgleich der König dieses „schlechte" Buch mit seiner „bösen" Vorrede mit Beschlag belegen und gegen den Verfasser eine Untersuchung einleiten ließ, so that es doch seine Wirkung und wurde durch eine ganze Litteratur ähnlicher Schriften (u. a. von Gervinus, Bülow-Cummerow, Jacoby) unterstützt. Mit Eifer verhandelten die liberalen Ständemitglieder die Frage schriftlich und mündlich, es fehlte der Simonschen Ansicht, daß man ablehnen müsse, nicht an Freunden und mit der größten Spannung sah man dem Tage des Zusammentrittes entgegen.

Eröffnung des Vereinigten Landtags.

Nach einem feierlichen Gottesdienste eröffnete der König am 11. April mit der ersten Thronrede, die ein preußischer König gehalten, die Sitzung des Landtages. Er sprach frei nach seiner Gewohnheit, hinter ihm der Minister von Thile mit dem Konzept der Rede; er sprach über eine halbe Stunde. Es fehlte seinen Worten nicht an schwungreichen Stellen, aber der Eindruck war nicht mehr der von 1840 und 1842. Nicht mehr auf das Wohlthuende wie damals, sondern auf das Verletzende horchte man mit ängstlicher Spannung. Nicht um Zeit- und Schulmeinungen zu verfechten, sondern um die Rechte ihrer Auftraggeber zu wahren, erklärte der König, seien die Stände zusammenberufen; nicht der Wille von Majoritäten, sondern das eigene freie Ermessen werde die Richtschnur seiner Regierung sein; niemals könne er einwilligen sein Verhältnis zu seinem Volke in ein konstitutionelles zu verwandeln; niemals solle sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine Vorsehung eindrängen. Er ver-

wies auf jenes glückliche Land, dessen Verfassung das Werk von Jahrhunderten und einer Erbweisheit sondergleichen sei, als auf ein leuchtendes Vorbild, und erhob sich nach einem starken Angriff auf den Geist des Umsturzes und des Unglaubens, der einen Teil der Presse beherrsche, von seinem Throne um aufrecht stehend die erregte Beteuerung auszusprechen: Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen!

Die Adresse. Diese Thronrede schnitt die Hoffnung auf eine Verständigung mit den konstitutionell-gesinnten Abgeordneten so gut wie ganz ab. „Mit tiefem Schmerze", schrieb Hermann von Beckerath, „schritten wir die Schloßtreppe wieder hinunter und es wird sich nun darum handeln, was wir als Ehrenmänner, als Vertreter geheiligter Volksrechte zu thun haben." Ein großer Teil, besonders der Rheinländer und der Preußen, war geneigt sogleich unter Protest wieder abzureisen; aber diese unpolitische Aufwallung des Unmutes und der Unreife wurde glücklich überwunden. Noch derselbe Tag sah zahlreiche Privatversammlungen der Mitglieder, in denen der Beschluß gefaßt wurde der Thronrede mit einer Adresse zu antworten. Graf Schwerin übernahm es den Antrag zu stellen; es gelte, so sagte er, neben dem Dank für den Schritt, welchen der König gethan, auch einige ehrerbietige Bedenken wegen mehrerer Stellen des Patentes vom 3. Februar auszusprechen. Obgleich nun den Ständen nach diesem Patente das Recht zu einer Adresse gar nicht zustand, so ließ doch der Landtagsmarschall Fürst von Solms-Lich den Antrag zu; er wurde angenommen und eine Kommission erwählt, in deren Auftrag Beckerath die Adresse entwarf. Die zweitägige Beratung derselben führte zu der ersten glänzenden Debatte, in welcher neben Beckerath besonders Hansemann, Camphausen und Mevissen von den Rheinländern, Vincke von den Westfalen, Alfred von Auerswald und Saucken von den Ostpreußen sich hervorthaten. Sie betonten immer und immer wieder, daß alles darauf ankomme einen Rechtsboden zu gewinnen, daß man nicht länger nur von Gnade und Vertrauen leben dürfe, daß dieser Versammlung unweigerlich alle die Rechte zuständen, welche Friedrich Wilhelm III. den künftigen Reichsständen zugesagt habe. Ihnen gegenüber ließ der Minister Bodelschwingh nur das Patent vom 3. Februar als Rechtsboden der Versammlung gelten, wollte von der Berufung auf die Zusagen des verstorbenen Königs nichts wissen und empfahl den Antrag seines Vorgängers Arnim-Boytzenburg, welcher alle jene Versprechen, die Beckerath in seiner Adresse einzeln aufgezählt hatte, einfach strich. Zuletzt kam es zwischen beiden Ansichten doch zu einer Art von Vermittlung, indem auf Antrag Auerswalds zwar jene Aufzählung Beckeraths aufgegeben, aber durch eine allgemeine Wahrung der bereits erworbenen Rechte ersetzt wurde. In dieser Form gewann die Adresse eine Mehrheit von 484 gegen 107 Stimmen, selbst die königlichen Prinzen erklärten sich mit Ausnahme des Thronfolgers dafür. Die Antwort des Königs war gemäßigt; sie hielt zwar an dem Patente als dem einzigen Rechtsboden fest, versprach aber die weitere Ausbildung der Verfassung

und eine neue Einberufung des Landtags innerhalb der nächsten vier Jahre. Auch sonst erreichte die Opposition manches Wünschenswerte, so das Versprechen der Preßfreiheit. Die Regierung befand sich offenbar in peinlicher Lage; sie kannte ihren eigenen Standpunkt nicht und ließ sich oft in den Debatten über Widersprüchen ertappen. Vollständige Niederlagen aber erlitt sie in den beiden wichtigsten Vorlagen, die sie machte. Sie verlangte nämlich die Zinsgarantie von etwa 100 Millionen Thalern für eine Rentenbank, welche den Bauern, die ihren Gutsherren noch die Ablösung für Fronden und andere Lasten schuldeten, das Geld vorschießen sollte. Das Vorhaben verdiente auch vom Standpunkte der Liberalen aus alle Förderung. Allein die Minister erklärten, daß es sich nicht etwa um die Einwilligung, sondern nur um den Rat des Landtages handele, da Zinsgarantien keine Anleihen seien und nur diese der Zustimmung bedürften. Die Folge davon war, daß eine ungeheuere Mehrheit nicht allein diese Vorlage verwarf sondern auch die 30 Millionen Thaler verweigerte, welche zum Bau der Berlin-Königsberger Eisenbahn verlangt wurden; denn, so setzte besonders Vincke auseinander, solange die Rechte der Versammlung bestritten seien, könne diese sie nur dadurch wahren, daß sie Gebrauch von ihnen mache und jede Geldforderung verweigere. So wurden die Debatten je länger desto erbitterter. Auch die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer, die Einführung einer Einkommensteuer wurden abgelehnt; den Juden wurde die Zulassung zu Staats- und Gemeindeämtern mit knapper Majorität bewilligt, die Verleihung ständischer Rechte mit einer Stimme Mehrheit verweigert. Der Landtag wuchs der Regierung immer mehr über den Kopf, ohne daß der König deshalb an Nachgeben gedacht hätte. Alle Talente waren unzweifelhaft in den Reihen der Opposition; auf der Seite der Minister that sich außer Arnim-Boytzenburg fast kein Redner hervor; sie selbst benahmen sich ungewandt und widerspruchsvoll. Aber auch die Opposition konnte keine rechte Stellung gewinnen; auch ihre Haltung war innerlich unsicher; sie blieb auf dem Landtage, weil sie politische Einsicht genug besaß um zu erkennen, daß sie ihren Posten nicht verlassen dürfe; und doch sagte sie sich, daß sie damit den Landtag so wie er war anerkenne, während sie doch mit voller Überzeugung daran festhielt, daß demselben Rechte vorenthalten würden, ohne die er nicht für die von Friedrich Wilhelm III. verheißenen Reichsstände gelten könne. Auf die schwerste Probe wurde ihr ganzes bisheriges Verhalten noch unmittelbar vor dem Schlusse der Session gestellt.

Die sonstigen Verhandlungen.

Die Ausschußwahlen.

Der Landtag hatte nämlich nach gründlichen und sehr versöhnlichen Verhandlungen die Bitte an den König gerichtet, derselbe möge eine bestimmte Periodizität der Sessionen vorschlagen und da in diesem Falle die Vereinigten Ausschüsse überflüssig seien, deren Wahl nicht anordnen. Vincke, von dem dieser Antrag ursprünglich ausging, hatte geradezu die jährliche Berufung gefordert, die in der That durch das Staatsschuldenedikt von 1820 mittelbar schon versprochen war. Da dieser Antrag aber

nicht durchging, hatte Hansemann statt dessen zweijährige Perioden vorgeschlagen und war damit in der Dreiständekurie durchgedrungen. Allein die Herrenkurie verallgemeinerte den Wunsch dahin, daß nur irgend eine feste Periode begehrt werden solle, und auf diese Bitte gingen nun dem Landtage am 24. Juni drei königliche Botschaften zu, durch welche dieselbe abgelehnt und zur Wahl der Ausschüsse wie der Staatsschuldendeputation aufgefordert wurde. Jetzt hieß es: Wählen oder Nichtwählen? Nach langem Hin- und Herberaten in den Parteiversammlungen fand doch nur ein kleiner Teil der Opposition, 58 im ganzen, unter ihnen Hansemann, Mevissen, Vincke, den Mut die Wahl zu verweigern; weit mehrere betraten den bequemeren Mittelweg sie zwar vorzunehmen, aber unter dem Vorbehalt, daß die Ausschüsse keinerlei Schritte thäten, welche die Rechte des Landtages schädigen könnten; an der Spitze dieser Protestwähler — es waren 156 — standen Camphausen und Beckerath; fast alle Ostpreußen gehörten zu ihnen. Die Mehrheit, besonders aus den mittleren Provinzen, wählte, 284 an der Zahl, ohne Verwahrung. Der öffentlichen Meinung entsprach die Handlungsweise der 156 am meisten; die bedingungslose Wahl erschien dem Volke als Feigheit, die Enthaltung als eine fast revolutionäre Maßregel. Der König freilich sah auch den Protest für nichts Besseres an und entließ den Landtag sehr ungnädig. Nicht er selbst hielt die Schlußrede, sondern Bodelschwingh als Kommissar mußte ihn vertreten, während er selbst nach Breslau reiste. In seiner widerspruchsvollen Art hatte der Monarch übrigens schon vor der Wahl deutlich zu verstehen gegeben, daß er zwar in diesem Punkte auf seinem Willen bestehen werde, sonst aber den Wünschen des Landtages entgegenzukommen und insbesondere die regelmäßige Wiederkehr einzuräumen gedenke. Mit diesem Zugeständnis hätte also Bodelschwingh die bitteren Worte, welche er der Opposition zu sagen hatte, versüßen und so den Mißton mildern können, mit welchem die erste parlamentarische Versammlung Preußens am 26. Juni 1847 auseinanderging; aber das ersehnte Wort blieb ungesprochen und man trennte sich mit dem trüben Bewußtsein, daß der König die Männer für seine Feinde halte, die doch die Mehrheit der Nation hinter sich hatten und ihm in ernsteren Stürmen allein als Stütze dienen konnten.

Schluß des Landtages.

Deutschland bis zur Revolution.

Gewiß hatten viele größeres von diesem Landtage erwartet, als er zu leisten imstande gewesen war; aber so blind gegen die Zeichen der Zeit waren doch nur wenige, daß sie nicht den gewaltigen Fortschritt erkannt hätten, der in der bloßen Thatsache einer preußischen Ständeversammlung lag. Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen! Das war recht eigentlich die Signatur des Augenblicks, die nicht allein die Lage Preußens und die Zustände Gesamtdeutschlands und vieler seiner Einzelstaaten kennzeichnete, sondern

über Deutschlands Grenzen hinaus in fast allen Ländern Europas zutraf. Überall hatten in den vierziger Jahren reformatorische Ideen siegreich ihr Haupt erhoben, überall war das Banner des Rückschrittes vor ihnen im Sinken, überall bot sich für den Liberalismus die hoffnungsreiche Aussicht, durch einen friedlichen Triumphzug den langjährigen schweren Kampf gelohnt zu sehen.

Nationaler Aufschwung.

Bedeutsam war es vor allem, daß neben den liberalen Bestrebungen die nationalen wieder stärker als in den dreißiger Jahren in den Vordergrund traten. Für Deutschland hatte in dieser Hinsicht das Jahr 1840 einen denkwürdigen Wendepunkt gebildet. Wenn die Thronbesteigung des neuen Preußenkönigs vorzugsweise den Liberalismus gefördert hatte, so stachelten die kecken Rheingrenzgelüste der Franzosen das Nationalbewußtsein aus seinem Schlummer auf und ohne künstliches Bemühen entstand zwischen beiden Tendenzen gar bald eine stärkende und stützende Wechselwirkung. Auch die Regierungen konnten diesem Zuge der Zeit nicht fern bleiben; denn die kriegerische Begeisterung, welche sich der Nation bemächtigte, als sie den Rhein bedroht sah, forderte unweigerlich den Beifall und die Zustimmung der Fürsten heraus. Die Dichtkunst bemächtigte sich des zündenden Stoffes und kleidete die nationalen Ideen in ein poetisches Gewand. Damals entstand Max Schneckenburgers Wacht am Rhein, die freilich erst dreißig Jahre später ihre historische Berühmtheit gewinnen sollte; damals sang Herwegh sein zündendes Rheinlied:

Wo solch ein Feuer noch gedeiht
Und solch ein Wein noch Flammen speit,
Da lassen wir in Ewigkeit
Uns nimmermehr vertreiben!
Hurrah, hurrah, der Rhein —
Und wär's nur um den Wein —
Der Rhein soll deutsch verbleiben!

Den Preis der Volkstümlichkeit aber trug Nikolaus Becker davon, so wenig seine Muse auch der Herweghschen ebenbürtig war. „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein, bis seine Flut begraben des letzten Manns Gebein," so klang es überall in seinen Weisen wieder. In seiner Person brachten die Fürsten der nationalen Bewegung den Zoll ihrer Anerkennung dar; ihm setzte der König von Preußen für sein Gedicht eine Pension aus; ihm übersandte Ludwig von Bayern den „vergoldeten, silbernen, von ihm selbst angegeben wordenen" Pokal als Ehrengeschenk. Auch nahm wenigstens Friedrich Wilhelm einen Anlauf um die Zeitverhältnisse zur Besserung der deutschen Kriegsverfassung zu benutzen und erreichte das eine, daß endlich die seit einem Vierteljahrhundert verschleppte Frage der Bundesfestungen geordnet und 1843 die Anlage von Ulm und Rastatt beschlossen wurde. Beim Kölner Dombaufest hatte er eine Zusammenkunft mit Metternich um diesen Staatsmann, den er in maßloser Weise überschätzte und dessen Ratschlägen zu folgen er wohl für die erste seiner Pflichten erklärte, für

Die Bundesfestungen.

seine Pläne zu gewinnen. Aber dieser war nur zu einem scheinbaren Eingehen auf dieselben bereit und schob die Sache dann auf die lange Bank, so daß sie schließlich in ein paar unschuldigen Reformen verlief. Die Volksstimmung dagegen beharrte in der eingeschlagenen Richtung und befestigte sich zusehends. Daß die Radikalen der dreißiger Jahre über die Deutschtümelei spöttelten, daß Heinrich Heine und Gesinnungsgenossen sie mit ihrem unflätigsten Hohne übergossen, konnte nur ein Stachel mehr sein. Im großen ganzen aber wirkte die politische Poesie dieser Jahre, wirkten die Herwegh, Hoffmann von Fallersleben, Freiligrath, Prutz und viele andere auch positiv stärkend und belebend ein. Die Litteratur wurde trotz der Beschränkungen, denen sie noch unterlag, wieder eine volkstümliche Macht, der auch die Regierungen

Nationale Bethätigung der Wissenschaft.

die Anerkennung nicht versagen konnten. Selbst die strengen Gelehrten traten aus ihrer Studierstube heraus und ergriffen mit Wärme die Sache der Nation und der Freiheit. Einzelne Bücher wurden zu Ereignissen. Dahlmanns Revolutionsgeschichten, erst die englische, dann die französische, trugen den Stempel der politischen Tendenz an der Stirn und wirkten gewaltig für die Verbreitung richtiger Grundsätze in weiten Kreisen des gebildeten Bürgerstandes. Neben Zeitschriften und Zeitungen wurden politisch-historische Sammelwerke geplant, so eine Geschichte der deutschen Bundesstaaten seit 1815, deren Seele Droysen war und bei der man wohl davon sprach, das deutsche Parlament müsse für jeden Mitarbeiter zur Kabinettsfrage gemacht werden. Selbständige übersichtliche Darstellungen der letzten dreißig Jahre erschienen in großer Zahl und verbreiteten neben historischer Belehrung auch nationale und liberale Anschauungen im Volke. Selbst wissenschaftliche Wanderversammlungen traten mit Erfolg in die politische Arena. Schon seit Dezennien hatten die Naturforscher, seit kürzerer Zeit die Philologen ihre jährlichen Kongresse; zu ihnen gesellten sich im September 1846 die Germanisten, etwa 200 an der Zahl, unter ihnen die gelehrtesten Kenner deutschen Rechtes, deutscher Sprache und deutscher Geschichte,

Germanistentage.

ein Uhland, Arndt, Dahlmann, Grimm, Beseler, Waitz, Lappenberg, Reyscher und so viele andere erlauchte Träger deutschen Gelehrtenruhmes. Ihre Vereinigung nahm sogleich den politischen Charakter an. Die Kaiser im Römersaale zu Frankfurt, wo die erste Versammlung stattfand, schienen, mit Uhland zu reden, aus ihren Rahmen zu springen und die Vereinten mit ihrem Blick anzufeuern oder zu zügeln. Schleswig-Holstein, die Geschworenengerichte, die deutsche Auswanderung wurden hier und 1847 in Lübeck Gegenstand der Verhandlungen und zogen weit über die Kreise der Fachgenossen hinaus die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf diese Germanisten, die in öffentlicher Rede das deutsche Parlament als ein Geschenk der Zukunft zu begrüßen wagten. In kleinerem Bezirk, aber in diesem um so eindringlicher, wirkten andere festliche Versammlungen, besonders die Sängerfeste, die in den vierziger Jahren einen großen Aufschwung nahmen und durch Wort und Lied

die patriotische Stimmung pflegten. Selbstverständlich blieben auch die berufenen Vertreter des Volks in den Ständeversammlungen nicht hinter diesen freien Vereinigungen zurück. Die dumpfe Schwüle, welche seit 1834 über ihren Verhandlungen gelagert hatte, schwand mehr und mehr; freie und kühne Worte wurden wieder laut und weckten das jubelnde Echo der Bevölkerung. Das Beispiel der preußischen Provinzialstände, die doch nicht einmal für voll angesehen werden konnten und deren Debatten gleichwohl häufig einen frischen und kräftigen Geist verrieten, feuerte noch mehr an und ließ bereits vorahnend erkennen, von welchem Einfluß eine Gesamtvertretung des größten deutschen Staates auch für die übrigen Teile des Vaterlandes sein werde. Als nun gar der Vereinigte Landtag zusammengetreten war und seine Verhandlungen durch ganz Deutschland gelesen und besprochen wurden, begann diese Ahnung sich zu verwirklichen; die Helden der Berliner Tribüne, die Hansemann, Camphausen, Beckerath, Vincke, traten ebenbürtig den süddeutschen Volksmännern, den Welcker, Römer, Gagern, zur Seite; zwischen beiden Lagern wurden Verbindungen angeknüpft. Freilich rief diese Annäherung andererseits mit Notwendigkeit eine Entfremdung hervor. Es konnte nicht geleugnet werden, daß der politische Sinn im Süden tiefer im Volke verbreitet war als im Norden; nicht gerade, daß er festere Wurzeln geschlagen hätte und von einer gründlicheren Einsicht begleitet gewesen wäre; aber der Süddeutsche war durch das Verfassungsleben eines Vierteljahrhunderts mit den Formen, den Forderungen und den Schlagwörtern des Liberalismus vertrauter; er drängte ungestümer vorwärts; er glaubte sich weit über den Preußen hinaus vorgeschritten und bemaß danach seine eigenen konstitutionellen Ansprüche. Die verständigeren Politiker des Südens waren weit davon entfernt sich dessen zu freuen; sie erkannten die Notwendigkeit mit der Bewegung im Norden Schritt zu halten; nur wenn dort der Fortschritt siege, glaubten sie an die Dauer und den Bestand ihrer eigenen Errungenschaften; die Erfahrungen langer Jahre zeigten ihnen genugsam, welcher Wert den ruckweisen Bewegungen des „wetterwendischen" Südens beizumessen sei; Sicherung erhofften sie nur von der „nachhaltigen" politischen Arbeit in Preußen. Aber das konnte nicht die Überzeugung der Hitzköpfe sein; auch war es keine Lehre, die sich dem aufgeregten Volke empfahl. Eine Spaltung war unvermeidlich. Und die Keime zu ihr waren ja noch aus den Zeiten des Hambacher Festes und des Frankfurter Putsches vorhanden; schon damals hatte sich der Radikalismus von dem zögernden Liberalismus losgesagt. Jahrelang hatten sodann die Liberalen wieder allein freies Spiel, da die Radikalen im Gefängnis schmachteten oder ins Ausland geflohen waren. Die Begnadigungen der vierziger Jahre riefen manche von ihnen zurück; hatten die einen im Auslande gelernt und ihre thronumstürzenden und himmelstürmenden Gesinnungen gemäßigt, so brachten die anderen ein neues Gift mit, die sozialistischen und kommunistischen Lehren, die in Frankreich im Schwange waren.

Ständeversammlungen.

Nord- und Süddeutschland.

Radikale und Liberale.

An jungem Nachwuchs fehlte es auch nicht, und so stand die radikale Partei bald wieder fertig da, vom Volke, das an allem Entschiedenen Freude hat, auch entschieden begünstigt. Besonders in Baden, dem leicht empfänglichen Grenzlande, trat diese Erscheinung ans Licht. Die alten Führer sanken ein wenig in der Achtung des Volkes, oder sie machten auch wohl, halbunsicher, eine Schwenkung nach links. Rotteck war 1840 gestorben; Itzstein neigte stark zu radikalen Anschauungen; Welcker, Mittermaier und andere hatten gegen die Hecker, Struve, Fickler, Brentano einen harten Stand. Diese machten Mannheim zu ihrem Hauptquartier; auch in Konstanz und Umgegend hatten sie einen starken Anhang, den sie durch geschickte Handhabung der Presse beständig zu mehren wußten. Auch die Liberalen blieben auf diesem Felde nicht unthätig, sondern unternahmen es, das zu schaffen, was Deutschland unzweifelhaft fehlte, ein politisches Preßorgan, das über die einzelnen Länder und Ländchen hinweg die Sache des Vaterlandes und Fortschrittes vertrete. Sie nahmen damit einen Gedanken auf, den auch die Berliner Regierungskreise, soweit sie freisinnigen Tendenzen nachhingen, in Verbindung mit bewährten nationalen Kräften vielfach erwogen hatten. Der Plan, eine „Deutsche Zeitung“ zu gründen, der schon 1842 zwischen Eichhorn und Dahlmann verhandelt war, wurde 1846 wieder hervorgeholt. Das Blatt sollte der Oppositionspresse opponieren, aber vom liberalen und nationalen Standpunkt aus, so daß eine freimütige Kritik der Regierungsmaßregeln keineswegs ausgeschlossen sei. Politisch geschulte Köpfe wie Dahlmann erkannten doch gleich, daß diese Doppelaufgabe unlösbar sei, und so scheiterte der Vorsatz. Allein nun nahmen die Badener die Idee auf und führten sie ins Werk, unabhängig von der preußischen oder sonst einer Regierung. Freilich wurde jetzt der Mittelpunkt des Unternehmens nach Heidelberg verlegt und seine Wirksamkeit dadurch im voraus verengert; aber auch so entfaltete sich die „Deutsche Zeitung“, unter Gervinus' Leitung, im Verlage des bewährten liberalen Buchhändlers Bassermann, unter Mitwirkung der tüchtigsten und gelehrtesten Männer, auf das erfreulichste. „Nie trat eine deutsche Zeitung imponierender vor die Nation“, sagt Gustav Freytag von ihr. „Daß sie auf ganz Deutschland angelegt war und vom Süden aus vor anderem preußische Interessen besprechen sollte, war der größte Fortschritt. Kein Blatt hat so viele Talente namhafter Gelehrter, keines so viele handelnde Politiker unter seinen Gönnern und Mitarbeitern gezählt, wenige haben so reiche Folgen glänzender und kluger Artikel gebracht.“ Hatten damit die Liberalen ihre Sache von dem Radikalismus „sauber getrennt“, so gab es doch nichtsdestoweniger ein breites Gebiet, auf dem beide Richtungen neben- und füreinander wirkten. Wenn die letzten Absichten auch verschieden waren, so blieben die nächsten Ziele doch dieselben, und der Gegensatz beider Parteien gab sich fürerst mehr in der Stellung der Personen und darin kund, daß die Radikalen außer den Forderungen, welche auch die Liberalen mit Eifer vertraten, noch solche ihrem Pro-

Baden.

Die deutsche Zeitung.

gramme einverleibten, denen jene auch wohl hätten zustimmen mögen, die zurückzuhalten ihnen aber klüger schien. Das ließ sich am deutlichsten wahrnehmen, als beide Heereslager im Herbst 1847 Versammlung hielten und ihre Forderungen aufstellten. Die Radikalen gingen voran.

Die Offenburger Versammlung.

Am 12. September beschlossen sie in Offenburg die Aufhebung der Bundestagsbeschlüsse von 1819, 1832 und 1834, ferner Preßfreiheit, Versammlungsrecht, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Progressivsteuer und für ganz Deutschland eine Volksvertretung am Bunde zu fordern. Vier Wochen später, am

Die Heppenheimer.

10. Oktober, tagten dann die Liberalen zu Heppenheim an der Bergstraße, aber nicht in einer großen badischen Volksversammlung, sondern in einem freien Kongreß von Abgeordneten. Neben den Badenern, Itzstein, Welcker, Mathy, Bassermann, Soiron fanden sich Hansemann und Mevissen aus Preußen, Römer und Goppelt aus Württemberg, Heinrich von Gagern aus Darmstadt, Hergenhahn aus Nassau und manche andere ein. Die Besprechung drängte sich auf die eine Frage der Volks-

Volksvertretung am Bunde.

vertretung am Bunde zusammen. Eine lebhafte Diskussion entspann sich darüber; Mathy und ein Teil der übrigen wollte nicht den Bundestag sondern den Zollverein mit der preußischen Spitze als den Organismus, an welchen sich das deutsche Parlament anzuschließen habe, hinstellen. Man einigte sich endlich dahin, diese Frage offen zu lassen und je nach der Strömung der öffentlichen Meinung in dem einen oder dem anderen Sinne Anträge in den Einzelkammern zu stellen, die in der Form verschieden, im Inhalte gleich, ein deutsches Parlament verlangen sollten. Die badische Kammer, welche im Dezember zusammentrat, war die erste, in welcher ein solcher Antrag erscholl: es war der Bassermanns vom 5. Februar 1848; Gagern in Darmstadt folgte ihm am 27. desselben Monats nach; dann aber wurde der Rundgang der Heppenheimer Verabredung durch die Revolution unterbrochen, die im Sturm errang, was die Liberalen bedächtig hatten anbahnen wollen.

Der Bundestag.

Auch in den Regierungskreisen fehlte es nicht an Freunden der Reform, und wenn sie auch in der Minderheit sein mochten, so wurde doch manches auch für Gesamtdeutschland erreicht, anderes wenigstens vorbereitet. Württemberg stellte am Bunde den Antrag auf Anbahnung einer gemeinsamen Gesetzgebung; in Leipzig fanden Konferenzen statt, in denen eine deutsche Wechselordnung beraten und der preußische Entwurf angenommen wurde; Preußen seinerseits beantragte schon im Juli 1846 die Freigebung der Presse, und der Bundestag ließ sich wenigstens so weit darauf ein, daß er am 9. September sich die Äußerungen der einzelnen Regierungen darüber erbat. Aber Friedrich Wilhelm ging noch weiter. Eine gründliche Reform der Bundesverfassung lag ihm wirklich am Herzen. Allerdings fehlte ihm der Glaube an die Willigkeit seiner Mitfürsten, auch nur das geringste Opfer zu bringen. Als Prinz Albert, der Gemahl der Königin Victoria, ihn im Herbst 1847 zu entschiedeneren Schritten anstachelte, bezeichnete er es als une utopie in-

réalisable, daß deutsche Könige, Groß- und Kleinherzoge, Fürsten, Fürstchen und Städte zu Gunsten des Bundes auf irgend welches Recht verzichten würden. Dennoch wagte er noch einen Anlauf und wandte sich aufs neue an Metternich, mit dem er auch 1845 auf Stolzenfels eine Reform der Bundeskriegsverfassung besprochen hatte. Vielleicht angeregt durch jenen Aufsatz des Prinzen Albert, den Bunsen ihm mit noch einem zweiten gleichartigen Gutachten aus England zugesandt hatte, beauftragte der König seinen Freund Radowitz mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über die deutschen Bundesverhältnisse. Am 20. November genehmigte er dieselbe und verfügte ihre Übergabe in Wien. Er empfahl darin eine Reform nach drei Richtungen. Erstens sollten die deutschen Armeen durch Gleichheit des Exerzierreglements und des Kalibers, durch gemeinsame Manöver und Feldzeichen einer einheitlichen Organisation wesentlich näher gebracht werden; zweitens müsse durch ein gemeinsames deutsches Bürgerrecht, durch volle Freizügigkeit, durch Schaffung eines deutschen Handelsrechtes, Strafgesetzbuches und obersten Bundesgerichtes die Einheit Deutschlands gesetzgeberisch und wirtschaftlich zum Ausdruck gebracht werden; drittens endlich seien durch Ausdehnung des Zollvereins auf den ganzen Bund, durch Herstellung der Münz- und Maßeinheit, durch eine gemeinschaftliche Verkehrsgesetzgebung (Eisenbahnen, Posten ꝛc), durch Bundeskonsulate u. dgl. die materiellen Interessen zu fördern. In der That Vorschläge von höchstem Wert und höchster Bedeutung, die, wenn sie ausgeführt, ja wenn ihre Ausführung nur versucht wäre, bald die wichtigsten politischen Folgen, vor allem eine deutsche Volksvertretung, wenigstens für wirtschaftliche Angelegenheiten, hätten nach sich ziehen müssen. Indessen solange Metternich am Ruder war, und solange der König von Preußen an dem Grundsatze festhielt, daß Österreich von Rechtswegen die erste Rolle in Deutschland gebühre, war nicht zu befürchten, daß ernstlich Hand an solch ein Werk gelegt werde, daß ein Fürstenkongreß, wie Friedrich Wilhelm empfahl, zur Beratung der Grundzüge zusammentrete, geschweige denn, daß die Bundesversammlung sich mit Sachverständigen aus allen deutschen Landen, die der preußische Vorschlag nach den freisinnigsten Grundsätzen zu berufen anriet, behufs der Detailberatung umgeben hätte. Die Radowitzsche Denkschrift blieb in Wien unbeachtet, und als der König einige Wochen später seine Vorschläge dringlicher erneuern wollte, überholte auch sie unvermerkt die Revolution.

Preußische Reformpläne.

Bayern.

Wenn so in den Zuständen Alldeutschlands eine bessernde Reformbewegung im Zuge war ohne ihres Ausganges schon sicher zu sein, so ließen auch die Verhältnisse der meisten Einzelstaaten einen erfreulichen Fortschritt nicht verkennen. Am plötzlichsten und unerwartetsten war er in Bayern hervorgetreten. Obgleich König Ludwig durch seine deutsche Gesinnung, die ihm selbst einen feierlichen Dank der Frankfurter Germanistenversammlung erwarb, und durch seine Pflege der Kunst, in der er alle übrigen Fürsten bei weitem übertraf und wirklich großartiges

schuf, eine hervorragende und rühmliche Stellung einnahm, so verdarb er doch mehr, als er dadurch zu verlieren hatte, durch die schmachvolle Fügsamkeit, mit der er sich den Forderungen der ultramontanen Partei unterwarf. Das Ministerium Abel, das seit 1837 die Zügel führte, war im besten Begriff die alte Jesuitenherrschaft in Bayern zu erneuern. Die Kammern hatten ihm jahrelang keinen ernstlichen Widerstand geleistet; es kam wohl vor, daß sie nach einem Anlauf zur Opposition schließlich, „um dem verehrten Monarchen den Dank des Vaterlandes zu bezeugen", alle Regierungsvorlagen genehmigten. Mit der Landtagssession von 1846 änderte sich das; nicht allein in der zweiten Kammer gewann die Opposition die Oberhand, sondern auch der Reichsrat trat mit großer Entschiedenheit gegen das Ministerium auf. Ludwig selbst wurde stutzig über die Tendenzen der Ultramontanen. Trieben sie es doch so weit, daß der Bischof von Augsburg im Reichsrat eine förmliche Abstimmung darüber veranlassen wollte, ob die Verfassung oder das Konkordat in streitigen Fällen den Vorzug verdiene. Erst als die Mehrheit erklärte an einer solchen Abstimmung nicht teilnehmen, sondern den Saal verlassen zu wollen, stand der Prälat von seinem Vorhaben ab. Als der König von dieser Szene Kunde erhielt, meinte er selbst, mit Abel gehe es nicht mehr. Dieser fühlte recht wohl, daß seine Stellung erschüttert sei, und sagte sich mit richtigem Gefühl, daß er nur die Wahl habe, entweder sie durch einen Sieg über den König selbst wieder zu befestigen oder nach einem populären Streitpunkte zu suchen um mit Ehren zu fallen. Dabei war ihm das Glück ungemein günstig. Seit dem Oktober 1846 hielt sich in München eine in Schottland geborene Tänzerin auf, Lola Montez, die trotz ihrer zweideutigen Vergangenheit bei dem für Frauenschönheit empfänglichen König in große Gunst gekommen war. Anfangs hatte die ultramontane Partei daran keinen Anstoß genommen. Als aber im Dezember die kirchlichen Angelegenheiten von den Befugnissen Abels getrennt und dem Freiherrn von Schrenk übertragen wurden, und die Partei dadurch einen vernehmlichen Wink erhielt, daß es mit ihrem Regiment (übrigens gänzlich ohne Verdienst der Maitresse) zu Ende gehe, begann plötzlich ein Murren wider die Fremde in der katholischen Presse. Nun hatte der König die Absicht sie in den bayerischen Adelsstand zu erheben, wozu sie zunächst das Indigenat erhalten mußte, das der König nur mit Zustimmung des Staatsrates verleihen durfte. Abel benutzte die günstige Gelegenheit und verweigerte diese Zustimmung. Statt dessen überreichte er am 11. Februar 1847 im Namen der Minister dem Könige eine Denkschrift, worin die Mißstimmung des Volkes, das sich von einer Fremden beherrscht glaube, der Unwille der Bischöfe, die schmähenden Äußerungen der ausländischen Presse ins Feld geführt wurden um den Nachweis zu liefern, daß die Sache des Königtums auf dem Spiele stehe und daß dem Ministerium, wenn der Monarch auf seinem Willen beharre, nichts übrig bleibe als seine Entlassung zu fordern. Zu allem Überfluß wurde diese Denk-

Lola Montez.

schrift noch „der ausländischen Presse“ zur Veröffentlichung in die Hände gespielt. Des Königs Entschluß war schnell gefaßt; er berief sogleich den protestantischen Staatsrat Maurer zu sich, gab auf dessen Zureden zwar dem Ministerium noch einen Tag Bedenkzeit, entließ es dann aber, da es auf seiner Ansicht bestand, und kündigte seiner Geliebten seelenvergnügt das große Ereignis an: Alle meine Minister habe ich entlassen! Das Jesuitenregiment hat aufgehört in Bayern!

Sturz des Ministeriums Abel.

Ministerium Maurer.

Die Freude der liberalen Partei über diesen gänzlichen Umschwung war groß; aber es ließ sich nicht leugnen, daß die neuen Räte des Königs, unter denen der Freiherr von Zu Rhein und Maurer die bedeutendsten waren, mit einem höchst bedenklichen Schritt ihr Ministerium beginnen mußten; sie unterzeichneten das Indigenatspatent der neuen „Gräfin von Landsfeld“. Den geschiedenen Ministern wurde von ihren Parteigenossen der lauteste Beifall zu teil, und wohl auch mancher sittlich streng denkende Mann, der sonst nicht zu ihrem Anhang zählte, billigte ihren Schritt. Im Senate der Universität München stellte Professor Lasaulx den Antrag Abel die Anerkennung der Universität auszusprechen. Er büßte dafür nach dem raschen Befehle des Königs mit der Versetzung in den Ruhestand; mehrere Kollegen teilten sein Schicksal. Die Studenten aber brachten ihnen feierliche Huldigungen, und der Pöbel bedrohte auch die Maitresse und beleidigte sogar den König auf der Straße. Nach und nach jedoch beruhigte sich die Stimmung; man sah wohl ein, daß Ludwig nicht so Unrecht habe, wenn er meinte: Hieße sie statt Lola Montez Loyola Montez, so würde sie unbehelligt geblieben sein. Auch das neue Ministerium hielt es übrigens seiner Würde angemessen jeden Verkehr mit der Gräfin zu meiden. Damit war denn ein Zankapfel zwischen ihm und dem König von vornherein vorhanden, und schon im Dezember 1847 mußte es zurücktreten. Die Neubildung übernahm der frühere Minister Fürst Wallerstein, im Reichsrate jahrelang ein tapferer Gegner Abels und in allen Hauptpunkten Maurers Gesinnungsgenosse. Gleichsam als Sicherheitsventil nach oben nahm er in sein Kabinett den Staatsrat Berks auf, der mit Recht für eine Kreatur der Gräfin galt, verdarb aber dadurch freilich seine Stellung nach unten vollkommen. Die öffentliche Meinung geriet von neuem in Aufregung; besonders der Studentenschaft bemächtigte sich eine gewaltige Gärung und bei dem Begräbnis des alten Josef Görres, des erbittertsten Gegners der Gräfin Landsfeld, der am 29. Januar 1848 starb, kam es zu Tumulten, in denen diese selbst, da sie sich waghalsig der Menge zeigte, in Lebensgefahr geriet. Der König, wie immer kurz angebunden, glaubte dem ganzen Lärm dadurch ein Ende machen zu können, daß er die sofortige Schließung der Universität befahl. Aber nun wurde es erst recht schlimm. Die Bürger erklärten sich für die Studenten; der Pöbel begann Krawall; es drohte eine wirkliche Revolution. Mehrere Tage trotzte der Monarch ohne doch Gewalt anwenden zu mögen. Endlich am 11. Februar gab er nach, hob die Schließung

Ministerium Wallerstein.

Görres' Tod.

Neue Unruhen.

der Universität auf und erteilte der Gräfin Befehl München zu verlassen.

Das war vierzehn Tage vor der Februarrevolution, die also in der bayerischen Hauptstadt durch Aufregung der Gemüter und Gewöhnung im Tumultuieren die Wege bestens geebnet fand. Dasselbe Ergebnis hatten gründlich verschiedene Verhältnisse im äußersten Norden zustande gebracht. Hier war die deutsche Nation schon zu Anfang des Jahrhunderts in ernstlicher Gefahr gewesen wieder einmal ein lebendiges Glied ihres Leibes zu verlieren. Langsam aber sicher hatten die Dänen es verstanden in Schleswig-Holstein die deutsche Gesinnung zu untergraben und ein dänisches Nationalbewußtsein einzuschmuggeln; die napoleonische Zwingherrschaft, die auf Deutschland lastete, war ihnen dabei trefflich zu statten gekommen. Schon sangen die Schleswiger Skalden: „Ich freue mich, daß Dänenblut in meinen Adern schlägt, daß Dänentreu und Dänenmut in meiner Brust sich regt"; und die Dorfjugend begeisterte sich, indem sie sang: „Dänemark, Dänemark, heil'ger Akford! himmlisches Wort! ich nenne, Dänemark, dich dankentbrannt mein Vaterland!" Schleswig-Holstein.

Da half auch hier die Begeisterung der Freiheitskriege. Aus einem engen Kreise an der Kieler Universität und im Adel verbreitete sich nach 1815 die deutsche Gesinnung wieder durch alle Herzen; vor allem Dahlmann hatte seinen rühmlichen Anteil daran, indem er als Syndikus der Ritterschaft deren alte Rechte zu retten suchte. Wie der Bundestag diese preisgab und wie Lornsen 1830 ein packenderes Stichwort aufstellte, indem er die enge Vereinigung Schleswig-Holsteins und die Lockerung ihrer Verbindung mit dem Königreich zu einer bloßen Personalunion verlangte, ist früher erzählt worden. Allein nachdem sein Versuch gescheitert war, trat ein Rückschlag ein und die nationale Abspannung der dreißiger Jahre, das Vorwiegen der liberalisierenden Tendenzen, führte in Schleswig-Holstein zur Bildung einer Partei, die Schleswig den Dänen preiszugeben bereit war, der sogenannten Neu-Holsteiner, mit Olshausen an der Spitze. Selbst in Holstein blieben diese freilich eine Minderheit, wie sich schon zu Ende der dreißiger Jahre zeigte. Durch königliche Verfügung waren 1834 für die ganze Monarchie Provinzialstände geschaffen, und zwar getrennt für Holstein, für Schleswig, für Jütland und für die Inseln. Die Schleswig-Holsteiner forderten nun die Vereinigung ihrer beiden Versammlungen um dadurch der Zusammengehörigkeit der Herzogtümer staatsrechtlichen Ausdruck zu geben. Fast einmütig erklärten sich die Stände dafür; nur vier Dänen stimmten in Schleswig, acht Neu-Holsteiner in Holstein dagegen. Diese aber fanden eine Stütze an der eiderdänischen Partei, die sich um dieselbe Zeit im Königreiche bildete und die Holstein allenfalls fahren zu lassen oder doch nur mittels der Personalunion festzuhalten bereit war, alles Land bis zur Eider hin aber in einen einheitlichen Verfassungsstaat umwandeln wollte. Was dieser sich ergänzenden Parteibildung bei

Die Neu-Holsteiner.

Die Eiderdänen.

Dänen und Deutschen besondere Bedeutung gab, war die nahe gerückte Möglichkeit eines Aussterbens des Königshauses. Friedrich VI. hinterließ 1839 die Regierung seinem einzigen Sohne Christian VIII., der seinerseits auch nur einen kinderlosen Sohn hatte, den nachmaligen König Friedrich VII. Mit dessen Tode mußte die dänische Monarchie sich auflösen; denn im Königreiche galt ebenso unbestritten die weibliche wie in Holstein die männliche Erbfolge; in bezug auf Schleswig aber nahmen beide Teile die Zugehörigkeit für sich in Anspruch. Die Mehrheit der Dänen freilich dachte auch Holstein keineswegs loszugeben; nur die Eiderdänen waren dazu bereit; und ihnen kamen die Neu-Holsteiner entgegen indem sie für ihre eigene Loslösung Schleswig aufzuopfern geneigt waren. Da erhob sich gegen sie, gleichsam aus dem Grabe, Lornsens Stimme. In der Fremde hatte er, verbitterten Gemütes, durch Selbstmord den Tod gefunden; aber er hatte als Vermächtnis eine Schrift über die Unionsverfassung Dänemarks und Schleswig-Holsteins hinterlassen, die jetzt (1841) von Georg Beseler herausgegeben wurde. Das Buch verfocht den Satz, daß die Schleswig-Holsteiner nichts zu *wünschen* Ursache hätten, was sie nicht zu *fordern* ein Recht besäßen, und sein Eindruck war so gewaltig, daß die Neu-Holsteiner, die *vor* dem Erscheinen eine aufsteigende Partei gewesen waren, *mit* demselben herabzusteigen begannen. Die Dänen thaten das ihre um diese Wirkung zu verstärken. Zunächst arbeiteten sie in der Presse und sonst in der Öffentlichkeit lebhaft für ihre Sache. Die wenigen Dänen, die in der schleswigschen Ständeversammlung saßen, besonders Peter York Lorenzen und Lauritz Skau, wurden bis in den Himmel erhoben, Festmahle zu ihren Ehren abgehalten, Ehrengeschenke ihnen dargebracht. Als die Stimmung so genügend vorbereitet war, schritt man zu einem Hauptschlage. Die Roeskilder Ständeversammlung bat auf Antrag des Bürgermeisters von Kopenhagen, Algreen Ussing, im Oktober 1844 den König um eine Erklärung, daß die weibliche Erbfolge in der gesamten Monarchie zur Anwendung kommen werde. Das erregte in den Herzogtümern lebhaften Widerspruch; die holsteinischen Provinzialstände legten, durch über hundert Adressen aus allen Landesteilen bestürmt, am 21. November Protest dagegen ein und unternahmen den Nachweis, daß auch für Schleswig die männliche Erbfolge gelte. Auf Antrag des Grafen Reventlow-Preetz überreichten sie dem König eine Gegenpetition mit den drei Sätzen, die fortan das Glaubensbekenntnis jedes deutschgesinnten Schleswig-Holsteiners bildeten: 1) Die Herzogtümer sind unabhängige Staaten; 2) sie vererben nach der männlichen Erbfolge; 3) sie sind für immer untrennbar vereint (up ewig ungedeelt). Wie zweifelhaft diese Sache auch vom juristischen Standpunkte sein mochte (denn für die verschiedenen Teile Schleswigs, die erst seit 1779 wieder vereinigt waren, kamen sehr verschiedene Umstände in Betracht), so fand doch dies entschlossene Auftreten in Deutschland begeisterten Anklang, und in allen Kammern wurden die Regierungen aufgefordert für

Die Erbfolge.

die deutsche Sache einzutreten. König Christian übereilte unter diesen Umständen seine Antwort nicht. Er setzte eine Kommission ein, welche die Sache prüfen solle, und erst als sich die Aufregung einigermaßen gelegt hatte, veröffentlichte er das Ergebnis jener Prüfung in dem „Offenen Briefe" vom 8. Juli 1846. Darin wurde mit nackten Worten ausgesprochen, daß für Schleswig durchaus dieselbe Erbfolge zu Recht bestehe wie für Dänemark und Lauenburg; nur für einige Teile von Holstein könne der König das nicht mit derselben Bestimmtheit versichern; aber sein Bestreben werde darauf gerichtet sein die hier bestehenden Hindernisse zu beseitigen und die Fortdauer des Gesamtstaates sicherzustellen. Diese Antwort überbot selbst die schlimmsten Befürchtungen der Deutschen; stellte sie doch sogar die Einheit Holsteins in Frage. Eine gewaltige Volksversammlung trat am 20. Juli in Neumünster zusammen, erklärte die drei Punkte von 1844 für Landesrecht und forderte die Stände zum Protest beim König und beim Bundestage auf. Zahlreiche Versammlungen in anderen Orten bestätigten diese Beschlüsse; eine unermeßliche Aufregung durchzuckte das Land; überall ertönte Chemnitz' Lied, das diesen Tagen der Begeisterung sein Entstehen verdankte und mit Blitzesschnelle zum Nationalhymnus wurde:

Der Offene Brief Christians VIII.

Bewegung in Schleswig-Holstein.

Schleswig-Holstein, meerumschlungen,
Deutscher Sitte hohe Wacht,
Wahre treu, was du errungen,
Bis ein schön'rer Morgen tagt:
Schleswig-Holstein, stammverwandt,
Wanke nicht, mein Vaterland!

Die holsteinischen Stände, welche eben bei einander waren, erhoben schon am 24. Juli mit Einstimmigkeit beim Könige den verlangten Protest; der Landtagskommissar verweigerte die Annahme; da thaten sie den zweiten Schritt und wandten sich am 3. August an den Bundestag. Inzwischen hatte die Bewegung längst die Landesmarken überschritten; ganz Deutschland jauchzte den Bewohnern der Herzogtümer zu; mit überwältigender Einstimmigkeit erklärte sich die Presse für sie; eine Fülle von Broschüren, staatsrechtlichen, geschichtlichen, politischen Inhaltes, suchte den Nachweis des Landesrechtes unter all diesen Gesichtspunkten zu führen; aus Heidelberg, Nürnberg, Leipzig, Breslau, Bremen, Hamburg, aus unzähligen anderen Städten liefen begeisterte Zustimmungserklärungen ein. Auch unter den deutschen Fürsten fand die nationale Sache ihre Anhänger. Man beachtete zunächst nicht, daß wenn die Oldenburger, Glücksburger, Augustenburger ihre Familienansprüche verwahrten, wenn eine Schrift des Professors Helwing preußische Anrechte auf Teile Schleswigs geltend machte, wenn Mecklenburg oder Anhalt ihre Erbrechte auf Lauenburg in Erinnerung brachten, dies alles mit den drei Punkten von 1844 ebenso unvereinbar sei wie mit den angegriffenen dänischen Ansprüchen. Zunächst war jeder Beistand, wie und woher und in welcher Absicht auch geleistet, erwünscht und wurde

in Deutschland.

mit Jubel aufgenommen. Lange konnte diese patriotische Selbsttäuschung jedoch nicht dauern. Der Bundestag war nicht willens sich von dem Taumel mit fortreißen zu lassen. Mit ungewöhnlicher Schnelligkeit faßte er schon am 17. September einen Beschluß, der ohne den fürstlichen Rechten seiner Mitglieder etwas zu vergeben und ohne ihm die Hände für die Zukunft zu binden die Holsteiner doch für jetzt abwies. Der König von Dänemark habe durch eine Erklärung vom 7. September die Erwartung des Bundestages bestätigt, daß der Offene Brief die Rechte des Bundes, der Agnaten und der Ständeversammlung keineswegs anzutasten bezwecke; mithin entbehrten die Beschwerden der Stände zur Zeit der Begründung. Daß die Holsteiner sich damit nicht beruhigen konnten, lag auf der Hand. Die Dänen aber, ermutigt durch diese erste Nachgiebigkeit, begannen jetzt in den Herzogtümern ein System der Unterdrückung und Verfolgung, das für den Augenblick die Opposition mundtot machen konnte, ihr für die Dauer aber nur um so größere Stärke verlieh. Ein paar äußerlich versöhnliche Maßregeln wurden als Deckmantel darüber geworfen. Eine Reise, die der König nach Schleswig-Holstein unternahm um sich populär zu machen, hatte den entgegengesetzten Erfolg; überall harrte seiner der eisigste Empfang. Ein zweiter Offener Brief vom 18. September, der versicherte, daß der „Landesvater" die Rechte der Herzogtümer in keiner Weise antasten wolle, blieb völlig wirkungslos. Andere Maßregeln belehrten die Schleswig-Holsteiner besser über die Gesinnung in Kopenhagen. Nicht einmal der Bundesbeschluß vom 17. September durfte in den Zeitungen abgedruckt werden. Die bisherige Regierung wurde aufgelöst und der verhaßte Baron Scheele zum Statthalter ernannt. Eine große Volksversammlung in Nortorf jagte man mit Gewalt auseinander, ehe sie Beschlüsse fassen konnte. Die Anträge der Schleswiger Stände auf Verleihung einer schleswig-holsteinischen Verfassung, Aufnahme Schleswigs in den Bund und ähnliches verweigerte der Kommissar dem König zu übermitteln. Beseler, Olshausen, Karl Lorenzen, Brockdorff und andere Führer der deutschen Partei wurden verhaftet oder entsetzt oder von ihren Advokaturen suspendiert. Kurz es herrschte das ganze Jahr 1847 hindurch ein wahrer Kriegszustand. So lagen die Sachen als am 20. Januar 1848 Christian VIII. starb und Friedrich VII. als letzter Sproß der königlichen Linie den Thron bestieg.

Der Bundestag. *Der zweite Brief.* *Tod Christians VIII.*

Noch ein zweiter deutscher Volksstamm war in den vierziger Jahren in einen eifrigen und glücklichen Kampf für die Erhaltung seiner Nationalität eingetreten, und wenn seinen Bestrebungen auch das lebhafte politische Interesse abging, welches die Herzogtümer erregten, so fanden sie doch in Deutschland viel patriotische Sympathie. Die belgischen Vläminger hatten durch die Revolution von 1830 den Zwang der holländischen Sprache mit dem der französischen vertauschen müssen; aber ihrer starken Stellung sich bewußt (sie zählten über $2^1/_2$ Millionen, d. h. reichlich $^5/_8$ der Bevölkerung des Königreichs Belgien), begannen sie 1834 den Kampf

Die Vläminger.

für die Gleichberechtigung ihrer Sprache. Gent wurde ihr Hauptquartier, ihr Vorkämpfer der gelehrte Sprachforscher J. F. Willems. „Die Sprache ist das ganze Volk“ wurde ihre Losung. Sie verlangten, daß auf vlämischem Sprachgebiete kein Beamter angestellt werde, der nicht vlämisch sprechen und schreiben könne, daß ihre Sprache in ihrem Gebiete die Gerichtssprache, daß an der Brüsseler Akademie eine vlämische Abteilung errichtet werde. In diesem Sinne wurden 1840 massenhafte Bittschriften — die Antwerpener zählte allein 20 000 Unterschriften — den Kammern überreicht; der Abgeordnete van Decker empfahl sie mit Eifer und Geschick; sie wurden der Regierung zur Beachtung überwiesen und allmählich auch erfüllt. Die vlämische Litteratur nahm einen kräftigen Aufschwung; Willems gründete zu ihrer Pflege ein „belgisches Museum“; über dreißig periodische Blätter erschienen in vlämischer Sprache; einzelne tüchtige Dichter wie Ledegank und van Duyse traten hervor; Hendrik Conscience erwarb sich durch seine Romane auch über die Landesgrenzen hinaus Achtung. Eine Verschmelzung mit dem Holländischen wurde schon aus politischen Gründen ängstlich geflohen; noch weniger Aussicht hatten die Bemühungen, die wohl von deutscher Seite gemacht wurden um dem Hochdeutschen Geltung zu verschaffen; aber die Belebung dieser Mundart, die nun eine feste Mauer gegen das Vordringen des Französischen bildete, war auch so schon ein freudig zu begrüßendes nationales Interesse.

Die nationale Bewegung der Slawen, Ungarn und Italiener.

Ein allgemeiner Aufschwung des deutschen Geistes war somit in den vierziger Jahren eingetreten, und mochte man nun nach Berlin oder Frankfurt, nach München oder Kiel blicken, mochte man die Kammern oder die Presse, die Regierungen oder das Volk in seinen breitesten Schichten ins Auge fassen, kein Sehender konnte leugnen, daß das Jahr 1848 auch ohne Anstoß von außen bedeutende Fortschritte bringen müsse.

Allein dieser Aufschwung war nicht auf Deutschland beschränkt geblieben; fast überall traten kräftige Lebenszeichen zu Tage, selbst in Völkern und Gemeinwesen, wo man fast den letzten Entwicklungskeim schon hätte erstorben glauben können. Die Polen, die Tschechen, die Illyrier, die Ungarn, die Italiener, die Schweizer, sie alle rührten und regten sich und zum Teil mit einer Energie und Erbitterung, gegen welche die Vorgänge in Deutschland fast schwächlich erschienen.

Ganz unmittelbar wurde Deutschland oder doch Preußen von den neuen Zuckungen des polnischen Volksgeistes berührt. Die flüchtigen Patrioten im Auslande, besonders in Paris, sannen unaufhörlich darauf eine neue Erhebung zustande zu bringen. Aber im russischen Polen wo Polen.

Paskewitsch sein eisernes Szepter führte, waren die Aussichten gering; Posen. günstiger lagen die Dinge in Posen und Westpreußen. Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms hatte nicht bloß bei seinen deutschen Unterthanen neue Hoffnungen wach gerufen; auch die Polen, zumal Geistlichkeit und Adel, waren lebhaft durch sie angeregt; im posenschen Provinziallandtage hatten wiederholt starke Debatten stattgefunden; daß die deutschen Vertreter dabei den polnischen scharf entgegentraten, hatte die Unzufriedenheit genährt; kurz wenn irgend ein Teil des alten Polen, so schien der preußische zu einem Aufstandsversuche geeignet. Krakau, das seit 1815 als letzter Rest der altpolnischen Herrlichkeit noch ein selbständiges Scheindasein fristete, konnte als Rückhalt angesehen werden, auch auf Galizien, besonders auf die Krakau benachbarten Bezirke von Tarnow und Sandec, rechnete man; am 21. Februar 1846 sollte überall der Aufstand ausbrechen. Indes die preußische Polizei hatte diese Anschläge entdeckt. Mieroslawski. Mieroslawski, die Seele der Unternehmung, der von Paris nach Posen geeilt war, wurde am 14. Februar, als er die Häupter der Verschwörung zu einer letzten Beratung versammelt hatte, mit diesen von der Polizei überrumpelt und verhaftet. Nun machten hier und da wohl Scharen von Bauern den Versuch auf eigene Hand sich zu erheben; allein sie waren leicht zu überwältigen. Den verhafteten Führern aber, denen in Berlin der Prozeß gemacht wurde, schenkten nicht allein ihre Landsleute die wärmste Teilnahme, sondern auch der deutsche Liberalismus wandte ihnen, die doch gegen das Deutschtum sich verschworen hatten, seine gutherzigen Sympathien zu und grollte mit der Regierung, daß sie den Friedensstörern nicht mehr Nachsicht zeige. Denn diese war allerdings entschlossen durch äußerste Strenge einer Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse vorzubeugen; Rußland und Österreich waren von denselben Gesinnungen erfüllt; ohne große Schwierigkeit verständigten sie sich daher über eine gemeinsame Politik, deren nächstes Ziel Krakau Krakau. sein mußte. Da der Senat der Republik auf die Anfrage ihrer Residenten erklärte, daß er die Aufrechthaltung der Ordnung nicht verbürgen könne, wurde das nächste österreichische Regiment herbeigerufen und besetzte Krakau am 18. Februar. Zwar räumte es die Stadt schon nach drei Tagen wieder, da die revolutionäre Bewegung unter der Leitung des Doktors Tyssowski seine Rückzugsverbindungen bedrohte; allein der Oberst Benedek raffte schnell an Truppen und Bauern zusammen was er finden konnte, schlug die Aufständischen mehrfach in den letzten Februartagen und nahm am 3. März Krakau wieder in Besitz, während in den benachbarten österreichischen Bezirken die ländliche Bevölkerung statt mit den Aufständischen gemeinsame Sache zu machen über die Gutsherren herfiel und sie im Namen des Kaisers unter Plünderung und Brandstiftung totschlug. Russische und preußische Truppen schlossen sich inzwischen den Österreichern in der Besetzung der kleinen Republik an; die drei Kabinette vereinigten sich dahin diesem letzten Reste eines selbständigen Polen ein Ende zu machen und am 16. November 1846 wurde die

Einverleibung in Österreich vollzogen. Über den Einspruch, den England und Frankreich gegen eine solche Verletzung der Verträge von 1815 erhoben, konnte man sich leicht hinwegsetzen, da beide Staaten über die spanischen Angelegenheiten eben im heftigsten Streite lagen und daher ihrem Widerspruch keinen Nachdruck zu geben vermochten.

Die österreichischen Slawen.

Diese Ereignisse waren für die Polen eine neue Mahnung, die Belebung ihrer Nationalität nicht durch Gewalt, sondern durch den sittlichen und geistigen Fortschritt zu erstreben. Auch diese Mahnung ging wirkungslos an ihnen vorüber. Und doch konnte ihnen die Geschichte ihrer slawischen Stammesgenossen in Österreich zeigen, wieviel sich auf dem Wege der friedlichen Arbeit erreichen lasse; nirgends vielleicht in ganz Europa hatte das erstorbene Nationalbewußtsein in den letzten Jahrzehnten einen größeren Aufschwung genommen als bei diesen. Österreich zählte unter seinen Bevölkerungen, von den Polen und Ruthenen in Galizien abgesehen, noch zwei große slawische Gruppen: im Norden die Tschechen, die mit den Hannaken in Mähren und den Slowaken am Tatragebirge etwa 19 Prozent der Gesamtbevölkerung des Kaiserstaates bildeten; im Süden die Illyrier, die zu etwa gleichen Teilen aus Serben, Slawonen und Kroaten zusammengesetzt, auf 13 Prozent geschätzt wurden. Der tschechische Zweig war allgemach ebenso den Deutschen, wie der illyrische den Ungarn gegenüber in Abhängigkeit geraten. Bei beiden wurde die politische Wiedergeburt durch eine litterarische vorbereitet. In Böhmen begann die letztere schon zu Josefs II. Zeit; doch erst im dritten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts geriet sie in schnelleren Tritt und nahm einen politischen Charakter an. Das Ereignis, welches diese Wendung herbeiführte, war die Entdeckung altböhmischer Heldenlieder aus dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts, der von Hanka aufgefundenen sogenannten Königinhofer Handschrift. Daß ihre Echtheit bestritten wurde, entfachte den patriotischen Eifer für diesen Schatz nur umsomehr und mit bewundrungswürdigem Fleiße beuteten die böhmischen Gelehrten ihn aus um Sprache, Altertümer und Mythologie ihrer Vorfahren daraus zu entwickeln. Ein naturgemäßes Ergebnis der eifrigen Sprachstudien war die genauere Erkenntnis der Verwandtschaft zwischen den einzelnen slawischen Stämmen; man entdeckte, daß diese die zahlreichsten in Europa seien; man schloß daraus, daß ihnen die Zukunft gehöre. Das Traumbild des Panslawismus erwachte; man grübelte darüber die verschiedenen Zweige des slawischen Sprachstammes zu einer allslawischen Sprache zu verschmelzen und so den 70 Millionen zunächst eine litterarische Einheit zu schaffen. Aber man versäumte darüber nicht die Pflege der eigenen Mundart; eine lebhafte Agitation suchte der Volkssprache die verlorenen Rechte dem Deutschen gegenüber wieder zu erobern; wer sich daran beteiligte war ein Patriot und dieses Wort galt für den größten Ruhmestitel. Man trat zu Vereinen zusammen, gab tschechische Bücher, schönwissenschaftliche Zeitschriften, politische Blätter heraus und gewöhnte so allmählich nicht allein die eigenen Stammes-

Die Tschechen. Litterarische Wiedergeburt.

Panslawismus.

genossen, sondern auch die Deutschböhmen und die Regierung an das Dasein und die Berechtigung einer eigenen tschechischen Nationalität.

Die Illyrier. Ganz ähnlich war der Gang im Süden bei den „Illyriern", nur daß hier noch größere Schwierigkeiten zu überwinden waren. Denn in der That bestanden zwischen den drei Zweigen derselben, den Slawonen, Kroaten und Serben, so große Verschiedenheiten, daß der Gesamtname kaum mehr als ein leeres Wort war. Die Kroaten, geographisch und sprachlich die Vermittler zwischen den beiden anderen Stämmen, wurden die Träger der Bewegung, die ihre beste Kraft aus dem Haß gegen die Magyaren sog. An die Spitze stellte sich Ljudevit Gaj in der „Illyrischen Nationalzeitung", die er seit 1836 in Agram herausgab. Da die politischen Absichten anfangs nicht in den Vordergrund traten, wurde die Bewegung von Wien aus begünstigt; die Ungarn freilich erkannten gleich die Gefahr und suchten sie im Keime zu ersticken. Das beste Mittel dazu schien zu sein, wenn sie den Feind mit den eigenen Waffen bekämpften und der magyarischen Sprache einen größeren Wirkungskreis erstritten. Das versuchten sie schon auf den früheren Reichstagen, besonders aber auf dem von 1843. Bis dahin war das Lateinische die amtliche Sprache in Ungarn und dem damit verbundenen dreieinigen (illyrischen) Königreich; die magyarische an ihre Stelle zu bringen war ein so natürlicher Wunsch, daß an seiner Erfüllung auf die Dauer nicht zu zweifeln war; zugleich aber mußte es für einen großen Sieg über den Illyrismus gelten, wenn dieser nicht für sich die Gleichberechtigung erstreiten konnte. Und darauf war das Streben seiner Vorkämpfer, der kroatischen Vertreter im Preßburger Reichstage, in erster Linie keineswegs gerichtet; sie forderten einfach die Erhaltung der lateinischen Sprache und boten dadurch den Magyaren erwünschte Gelegenheit sie als Verteidiger eines alten Zopfes zu brandmarken. Ein Beschluß der Ständetafel vom 20. Juni setzte fest, daß fortan im Reichstag nur ungarisch gesprochen werden dürfe, und obgleich die Magnaten wenigstens eine Übergangszeit empfahlen und ein königliches Schreiben es dem Belieben der Vertreter zu überlassen befahl, ob sie magyarisch oder lateinisch reden wollten, so hielt doch die Ständetafel ihren Willen aufrecht und schrie jeden nieder, der mit dem üblichen Excellentissime domine anhob. Die äußerste Nachgiebigkeit, zu der sie sich endlich verstand, war, daß sie die lateinischen Reden anhörte, aber vom Protokoll ausschloß, also als nicht gehalten betrachtete. Die Kroaten waren dieser Willkür gegenüber schutzlos, da die Regierung nachgab und im Januar 1844 das Magyarische als alleinige Reichstagssprache anerkannte; nur in den nächsten sechs Jahren sollte den Kroaten der Gebrauch des Lateinischen noch gestattet sein. Um die Ungarn noch mehr zu gewinnen und den Verdacht zu entkräften, als ob die Regierung die Losreißung des dreieinigen Königreichs von der Stefanskrone begünstige, erging ein paar Wochen später an Gaj der Befehl den Namen seiner „Illyrischen Nationalzeitung" in den einer kroatisch-slawonisch-dalmatinischen umzu-

Streit mit den Ungarn.

wandeln. Allein die Illyrier ließen sich dadurch nicht entmutigen; sie lernten vielmehr von ihren Feinden und forderten jetzt die Erhebung des Kroatischen zur amtlichen Sprache des dreieinigen Königreichs. Gerade nach den Vorgängen in Preßburg konnte dagegen weder die Regierung noch die magyarische Partei auf dem Agramer Landtag von 1845 etwas einwenden. Eine noch viel schwerere Niederlage aber erlitt die letztere durch einen zweiten Beschluß, den der Landtag mit Genehmigung der Regierung faßte: durch die Aufhebung der persönlichen Mitgliedschaft am Landtage, welche die Turopoljer, ein in Kroatien ansässiger magyarischer Bauernadel, der „schlecht gewaschen aber gut bewaffnet" bei den Beratungen zu erscheinen pflegte, besessen hatte. Die Bedeutung dieses Sieges würdigten Illyrier und Ungarn gleich gut. Die letzteren erhoben laute Klage darüber in Wien; und als eine Abordnung des Pester Kreises, welche sich beschweren wollte, dort zurückgewiesen wurde, ergriff eine lebhafte Bewegung das ganze Land, der es auch sonst nicht an Stoff fehlte. Die letzten Reichstage hatten Gegenstände von tiefgreifender Bedeutung, Änderung der Ständeverfassung, des Strafrechts, der Steuergesetzgebung, Geldbewilligungen zur Hebung von Handel und Gewerbe u. s. w. beschäftigt, ohne daß Ergebnisse zustande gekommen waren. Alles dies wurde jetzt in der Presse und in den Kreisversammlungen mit größtem Eifer besprochen. Eine mächtige Bewegung durchzitterte das Land von einer Grenze bis zur anderen. Bedeutende Männer waren dabei mehr und mehr in den Vordergrund getreten, so Stefan Szechenyi, ein aufgeklärter Aristokrat, der die englischen Verhältnisse mit Verständnis studiert hatte, Nikolaus Wesselenyi, ein ungestümer Gegner der Regierung und schon auf dem Siebenbürger Landtag von 1834 ein eifriger Vorkämpfer der Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn, vor allen aber der Advokat Ludwig Kossuth. Bis dahin hatte er vorzugsweise durch die Presse gewirkt; jetzt trat er infolge von Zwistigkeiten von seinem Blatte, dem Pesti Hirlap, zurück und begann seine glänzende Laufbahn als Volksredner. In der schriftstellerischen Thätigkeit ersetzten ihn die Männer, welche seine Stelle einnahmen, Szalay, Eötvös u. a. vollkommen; als Volksredner vermochte keiner mit ihm zu wetteifern. Eigentliche staatsmännische Begabung und Bildung fehlten ihm; er verdankte seine politische Einsicht wesentlich der Augsburger Zeitung; das Ausland war ihm nicht durch eigene Anschauung bekannt; eben in diesen Jahren unternahm er seine erste größere Reise — nach Wien. Aber er war durch und durch Ungar, durch und durch ein Mann des Volkes. Die Kraft und der Wohllaut einer gewaltigen Stimme, die ausdrucksvolle Beweglichkeit eines lebendigen Geberdenspiels unterstützten die populäre Klarheit und doch Prunkhaftigkeit seiner Rede. „Wenn er sprach und solange er sprach vergaßen seine Zuhörer die ganze übrige Welt, erkannten nur ihn als Führer und schwuren nicht höher als auf sein Wort." Den adligen Häuptern der liberalen Partei war sein Auftreten natürlich weniger genehm, und wenn sie gleich-

Erfolge der Illyrier.

Ungarische Forderungen.

Kossuth.

Kampf der Parteien.

wohl in vielen Dingen mit ihm Hand in Hand gingen, so trennten sie doch wichtige Punkte von ihm. Gemeinsam war ihnen besonders die Thätigkeit für den ungarischen Schutzverein, dessen Mitglieder — und er zählte nach acht Wochen 60 000 — es für ein Verbrechen erklärten das, was das heimische Gewerbe biete, von Fremden zu kaufen; was sie voneinander trennte, war vorzüglich die centralisierende Verfassungsänderung, welche Eötvös, Deak und ihre Freunde anstrebten. Kossuth und die Bewegungspartei suchten die Macht der Kreisversammlungen zu erhalten, jene, die Führer der Centralisationspartei, wünschten einen Teil derselben auf den Reichstag zu übertragen. Sie näherten sich damit den Wünschen der Konservativen, an deren Spitze neben Szechenyi der zum ungarischen Hofkanzler ernannte Georg Apponyi stand und die im Einverständnis mit der Regierung gleichfalls eine Stärkung der Centralgewalt anstrebten, wenn auch weniger mittels des Reichstags als in den Händen der Regierung. Alle diese Gegensätze, die schon in den Kreisversammlungen und in der Presse heftig aufeinander platzten, mußten auf dem nächsten Reichstage, Ende 1847, in offenen Kampf geraten und die Spannung auf den Verlauf desselben war um so größer, als durch den Tod des Palatinus Josef, der 50 Jahre diese Würde bekleidet hatte, kurz vorher dieses höchste Regierungsamt in neue Hände gelangte, in die seines Sohnes, des Erzherzogs Stefan, dem der Kaiser vorläufig die Verwaltung des Landes übertrug um dadurch die Erwartung auszudrücken, daß der Reichstag ihn zum Palatinus wählen werde.

Die Deutsch-Österreicher. Von der großen politischen Regsamkeit, die unter den Magyaren und Slawen des österreichischen Kaiserstaates herrschte, stach die Stille in den deutschen Landesteilen gewaltig ab. Allerdings regte sich auch hier in den Landtagen etwas mehr Leben als früher, wie denn z. B. im böhmischen Landtag Fürst Lamberg freiere Bewegung für die Presse, im niederösterreichischen Graf Breunner Teilnahme bürgerlicher Vertreter bei Beratung der Steuern, Ablösung der Feudallasten und Reform des Unterrichtswesens verlangte. Auch in der Litteratur zeigte sich seit 1830 ein erfreulicher Aufschwung; die fade Wiener Lokalpoesie und Raimunds Zaubermärchen mußten kräftigeren Tönen weichen; Grillparzer, Lenau, Anastasius Grün u. a. brachten den österreichischen Namen in der deutschen Dichtkunst wieder zu Ehren, und besonders der letztere wußte Töne anzuschlagen, welche das politische Leben unmittelbar beförderten und die Freiheit als die große Losung priesen, deren Klang die Welt durchjauchze. Aber im ganzen genommen wollten derartige Zeichen hier nicht viel bedeuten, obschon sie Metternich zu beunruhigen anfingen. Weit mehr Sorge aber mußten ihm die italienischen Provinzen bereiten, die ihren vollen Anteil an der Aufregung nahmen, in der die ganze Halbinsel sich befand.

Italien. Auf die verunglückte Erhebung des Jahres 1831 war in allen italienischen Staaten eine Zeit der Reaktion gefolgt, die allerdings im

Vergleich zu der früheren nicht ohne manchen versöhnenden Zug war. Selbst in Lombardo-Venetien hatte Metternich bei der Thronbesteigung Kaiser Ferdinands eine Begnadigung veranlaßt. In Neapel mußte man dem jungen Könige Ferdinand II., der 1830 seinem Vater gefolgt war, manche nützliche Besserung nachrühmen. Er hatte Öffentlichkeit im Finanzwesen eingeführt, übertriebene Besoldungen und Ruhegehalte vermindert, auch für sich selbst auf eine Viertelmillion Dukaten verzichtet. Da auch Handel und Schiffahrt einen beständigen Aufschwung nahmen, so genossen die neapolitanischen Finanzen eines guten Vertrauens; die fünfprozentige Rente stand 1844 auf 108. Aufstände, zu denen die entsetzlich wütende Cholera 1837 in Sizilien Anlaß gab, boten die Gelegenheit die völlige Verschmelzung der Insel mit dem Festlande durchzuführen, was für die Sizilianer zwar ein Grund zur Beschwerde mehr, im übrigen aber ein wesentlicher Fortschritt war. In Toskana hatte die Reaktion niemals ihre volle Wirksamkeit entfaltet; auch in den dreißiger und vierziger Jahren blieb das Regiment des Großherzogs bei der gewohnten Milde. In Sardinien entsprach Karl Albert freilich nicht dem Programm der Carbonari, seiner früheren Bundesgenossen; aber die Klerikalen und österreichisch Gesinnten waren ihm noch weniger hold und der König selbst äußerte wohl, er stehe zwischen dem Dolche der Carbonari und der Chokolade der Jesuiten in der Mitte. Verbesserungen in der Rechtspflege und der Verwaltung der Finanzen (so daß Rothschild eine Anleihe zu 118 Prozent abzuschließen bereit war), sorgsame Pflege des Heeres und der materiellen Interessen erkannte der bedrohte Monarch als die besten Stützen seines Thrones und die Zahl derer war nicht klein, welche in ihm trotz seiner zweideutigen Vergangenheit die Hoffnung Italiens erblickten. In der traurigsten Lage von allen Staaten der Halbinsel befand sich der Kirchenstaat. Gregor XVI. entließ seinen reformfreundlichen Staatssekretär Bernetti schon 1836 und setzte an seine Stelle den Genuesen Lambruschini. Unter ihm erreichte das Priesterregiment und die unglaubliche Verschleuderung der Finanzen den Gipfel; zugleich wußte er den Papst so völlig von den Geschäften fern zu halten, daß diese ganz in seiner Hand lagen. Es war „ein Frieden ohne Ruhe, ein Schlaf ohne Erholung, eine Krone ohne Regiment". Das Land war von Parteien zerwühlt. Auf der einen Seite die Ultrareaktionäre, die Sanfedisten, auf der anderen die Liberalen, die kaum ihren Haß und ihre Rachsucht zu bezwingen vermochten; dazwischen, aber zur Ohnmacht verdammt, die Papalini, die einer Reform nicht abgeneigten Klerikalen, und die Gemäßigten, d. h. Liberale, die zur Verständigung bereit waren. Weit verbreitet war der Glaube das Gefüge des Staates könne nicht lange mehr zusammenhalten; nur die Schweizertruppen des Papstes, die Österreicher in Bologna, die Franzosen in Ankona verhinderten den Zusammenbruch. Mannigfaltige Vermutungen und Pläne über das, was dann werden solle, kamen in Umlauf; in Neapel, in Toskana, in Modena spekulierte man auf Vergrößerung;

Neapel.

Toskana.

Sardinien.

Der Kirchenstaat.

dem Kaiser Nikolaus wurde der Plan zugeschrieben für seinen Schwiegersohn, den Herzog von Leuchtenberg, ein Königreich Mittelitalien zu gründen. Auch die Mazzinisten und andere Flüchtlinge unterließen nicht den Kirchenstaat zum Ausgangspunkt ihrer Versuche zu machen; besonders das Jahr 1845 wies eine ganze Kette solcher Unternehmungen auf. Doch verschmähten sie auch die anderen Teile der Halbinsel nicht; denn neben den hervorgehobenen Lichtseiten ebneten willkürliches Polizeiregiment und verdummende Priesterherrschaft ihnen überall die Wege. Der bedeutendste Aufstandsversuch spielte 1844 in Calabrien. Die Söhne des österreichischen Admirals Bandiera landeten dort mit etwa 20 Genossen. Allein der Verrat eines Korsen machte der Sache ein schnelles Ende; die Führer büßten ihr Unternehmen mit dem Tode, die anderen mit harter Gefangenschaft. Auch von sonstigen Versuchen gelangte keiner zu einiger Entfaltung. Im ganzen ließ sich deutlich erkennen, daß der Radikalismus an Boden verlor und der gesunde nationale Gedanke an Kraft gewann. Daran hatten die patriotischen Dichter und Schriftsteller dieses Jahrzehntes einen großen Anteil. Leopardi, Silvio Pellico, Niccolini, Guerazzi, Giusti, mittelbar auch Manzoni, ganz besonders aber Gioberti, Cesare Balbo und Massimo d'Azeglio, alle drei Piemontesen, gewannen den größten Einfluß. Giobertis „Primat Italiens“, der 1843 erschien, war eine wirkliche That. Italien sei einst der Mittelpunkt der Menschheit gewesen und sei bestimmt es wieder zu werden; zu dem Zweck müsse es die fremden Stoffe ausstoßen und sich gleichsam um das Papsttum kristallisieren; dieses sei die Leuchte der Kultur, die Bürgschaft vernünftiger Freiheit, der wahre Einheitsknoten; gegen und ohne den Papst sei nichts möglich, mit ihm alles; Piemont aber sei der berufene Schirmvogt des Papstes und Italiens. Von dem gleichen Glauben an Religion und Vaterland, von den gleichen Hoffnungen auf Piemont und das Papsttum waren Massimo d'Azeglios Schriften und Cesare Balbos „Hoffnungen Italiens“ durchdrungen. Sie verbreiteten diese Gesinnungen in weiten Kreisen, die bis dahin noch der alten Verschwörungssucht verfallen waren; sie weckten den Glauben an die Möglichkeit der Besserung, der Auferstehung (Risorgimento) und errangen besonders unter den Gebildeten und Gelehrten Geltung, die sich in den Wanderversammlungen der Naturforscher (seit 1839) und in den landwirtschaftlichen Vereinen bereits ähnlich wie in Deutschland Werkzeuge geschaffen hatten.

Mazzinistische Putsche.

Die nationale Litteratur.

Pio Nono.

Ein plötzlicher Umschwung im Kirchenstaate sollte ihnen unerwartet noch größere Bedeutung geben. Am 1. Juni 1846 starb einundachtzigjährig Gregor XVI. Die Hoffnung der Sanfedisten Lambruschini aus der Wahl als seinen Nachfolger hervorgehen zu sehen wurde getäuscht; am 16. Juni wurde Mastai Ferretti, der 54jährige Bischof von Imola, zum Papst erkoren und begann als Pio Nono sein Pontifikat, das längste, welches die Geschichte kennt. Eine freudige Ahnung durchflog die Gemüter: das sei der Mann, welcher Giobertis Ideen ins Leben

ühren werde. Ohne recht einen Grund zu seinen Hoffnungen zu haben am das Volk dem neuen Kirchenfürsten mit den schmeichelhaftesten Be- veisen seiner Liebe entgegen; Rom überstürzte sich in Freudenbezeugungen nd Jubelausbrüchen. Pius, von Natur ein milder Charakter, auch ationalen Gefühlen nicht unzugänglich, sondern ein eifriger Leser von Balbos und Giobertis Schriften, die er zum Konklave mitnahm um sie em künftigen Papst zu empfehlen, fühlte sich durch dies Vertrauen ge- hrt und gehoben. Ohne klares Programm, das ihm als Richtschnur edient hätte, genügte er zunächst nur dem eigenen Herzensbedürfnis, ndem er zum Dank für so viel Liebe vier Wochen nach seiner Wahl ine umfassende Begnadigung erließ. Liberale Zugeständnisse mancherlei Art, die Gestattung der bisher verbotenen Gelehrtenversammlungen, die Begründung von Kinderbewahranstalten und Lesezimmern, die Ersetzung Lambruschinis durch den freisinnigen Kardinal Gizzi, die Berufung von Ausschüssen zum Zweck verschiedener Gesetzesreformen, eine mildere Hand- habung der Zensur befestigten den Glauben an die liberale Gesinnung des neuen Herrschers. Und ließ denn ein Zweifel daran sich überhaupt noch rechtfertigen, wenn man des Papstes Vertrauten, den Pater Ven- ura, von der Kanzel den Bund des Klerus und der Demokratie preisen hörte? Waren das nicht ganz und gar die Ideen Giobertis? Und war nicht Gioberti auch ein Geistlicher? Entsprachen nicht alle Thaten des Papstes diesen Anschauungen? Beehrte er nicht mit seinem besonderen Vertrauen den französischen Gesandten Rossi, den Flüchtling von 1831? So fragte man sich und zweifelte nicht und verbreitete durch ganz Ita- lien die jubelnde Kunde von dem neuen, unerhörten Ereignis, von dem liberal und nationalgesinnten Pontifex. Vollends als nun 1847 noch größere Reformen folgten, als ein Staatsrat aus Vertretern der einzelnen Provinzen berufen, ein förmlicher Ministerrat begründet, die Einrichtung einer Bürgergarde genehmigt wurde, da kannte der Jubel keine Grenzen. Wenn noch etwas nötig war die Beliebtheit des Papstes zu steigern, so thaten es seine Gegner. Kurz vor dem Jahrestage der Begnadigung wurde eine Verschwörung der Priesterpartei entdeckt, die nichts Geringeres bezweckte als Pius gefangenzunehmen. Auch Metternich glaubte dem umstürzenden Treiben in Rom entgegentreten zu müssen und ließ infolge eines geringfügigen Konfliktes die Besatzung von Ferrara durch 800 Kroaten verstärken, die auch die Hauptwache und andere Punkte der Stadt besetzen mußten. Das führte zu einem scharfen Notenwechsel zwischen Wien und Rom und steigerte die Beliebtheit des Papstes noch höher. Da sich auch England und Frankreich auf Pios Seite schlugen, sah Metternich sich im Dezember zu einem Vergleiche veranlaßt, kraft dessen die Österreicher sich wieder auf die Besetzung der Citadelle und zweier Kasernen beschränkten; es war zwar kein glänzender, aber es war doch ein Sieg des Papstes und der nationalen Idee, der ihre Vorkäm- pfer mit neuem Mut erfüllte.

Noch erfreulicher aber war eine Vereinbarung, die zwischen dem Italienischer Zollverein.

Papste, Toskana und Piemont am 3. November 1847 zustande kam, die Anbahnung eines italienischen Zollvereins. Ein Vertrauter Pios, der Prälat Corboli, brachte in Turin und Florenz die Entwürfe zum Abschluß. Um ins Leben zu treten erforderten sie freilich noch die Zustimmung des Herzogs von Modena, dessen Gebiet die sardinische von der toskanischen Grenze schied, und diese Zustimmung war nicht zu erwarten. Allein schon die moralische Wirkung des Vertrages, der mit klaren Worten es aussprach, daß die Verschmelzung der materiellen Interessen die wahre und wesentliche Grundlage der nationalen Einheit sei, war nicht zu unterschätzen, und nicht minder folgenreich mußte es werden, daß Toskana und Piemont sich den Fortschritten Pio Nonos nun auch in ihren inneren Verhältnissen anschlossen. Milderung der Zensur, Begründung von Bürgerwehren, Errichtung eines Staatsrates und ähnliche Maßregeln wurden nach dem Vorbilde des Papstes auch von dem Großherzog Leopold gewährt und Karl Albert kündigte am 30. Oktober 1847 sogar feierlich ein neues Zeitalter der Reformen an. Ja in vertrauten Briefen, die ein öffentliches Geheimnis wurden, jubelte er dem Tage entgegen, wo er mit seinen Söhnen zu Pferde steigen und Italien zum Kriege für die Unabhängigkeit werde aufrufen können.

Reformen in Toskana und Sardinien.

Österreichisches Bündnis mit den Po-Herzogtümern.

Gegen solche Möglichkeiten, die durch die steigende Gärung im Volke immer näher gerückt wurden, suchte Metternich sich zu schützen, indem er dem Erzherzog Rainer, der als Vizekönig in Mailand residierte, den Grafen Ficquelmont zur Seite stellte und durch diesen einerseits in Sardinien den österreichischen Einfluß wieder zu befestigen, andererseits Toskana, Parma und Modena noch enger mit Österreich zu verbinden gedachte. Es bot sich dazu ein bequemer Anlaß. Auf dem Wiener Kongreß war festgestellt worden, daß Parma nach dem Tode der Gemahlin Napoleons an den Herzog von Lucca, hingegen dessen Herzogtum an den Großherzog von Toskana fallen solle; dieser hatte sich in einem Vertrage von 1844 dann weiter verpflichtet einige Bezirke an Modena und Parma abzutreten. Nun verzichtete der Herzog von Lucca, dem die Unruhe in seinem Ländchen unbequem wurde, schon im Oktober 1847 auf die Regierung, zwei Monate bevor er durch den Tod Maria Luisas (am 17. Dezember) in den Besitz von Parma trat. Die toskanische Regierung aber machte Schwierigkeiten die erwähnten Bezirke nunmehr abzutreten, da deren Bewohner sich lebhaft dagegen sträubten. Metternich trat natürlich für die Rechte Modenas und Parmas ein und die Auslieferung der beanspruchten Gebiete geschah denn auch unter Vermittlung des Papstes und Sardiniens. Aber damit noch nicht zufrieden, schloß Österreich überdies mit den beiden Herzögen Anfang Februar 1848 einen Vertrag, der ihre Länder „in die Verteidigungslinie der österreichischen Provinzen" einfügte und Metternich das Recht gab, sobald es ihm rätlich scheine, gegen innere oder äußere Feinde seine Truppen einrücken zu lassen. Der Anfang zu einem antinationalen Bunde war also

gemacht und durch den Zutritt des Königs von Neapel konnte derselbe eine gefährliche Stärke gewinnen.

Aufstand in Sizilien.

Wenn irgend ein italienischer Fürst in der Notwendigkeit war auf auswärtigen Beistand zu rechnen, so war es Ferdinand II. Die Unzufriedenheit in seinem festländischen Königreich war vielleicht nicht gefährlicher als die in anderen Teilen der Halbinsel, obgleich es in Reggio schon im Sommer zu einem Aufstande kam. Aber sehr bedenklich war die Gärung in Sizilien. Die Neapolitaner waren zufriedengestellt, als sie Ende November einen Ministerwechsel und Amnestie erhielten; die Sizilianer bezweckten viel weitergehende Änderungen; in ihren Augen war das letzte Ziel doch immer die völlige Selbständigkeit der heimischen Insel. Auf die Nachricht von den Zugeständnissen, welche der König am 22. November gemacht hatte, begannen in Palermo, Messina und anderen Städten Theaterdemonstrationen, Petitionen, Massenversammlungen und andere Vorbereitungen zur Empörung. Anfang Januar riefen Anschläge die Bevölkerung auf sich am Geburtstage des Königs zu erheben. Alle Welt, auch die Behörden, waren für diesen Tag, den 12. Januar, auf eine Revolution gefaßt; in Wirklichkeit war freilich von einem vorsorglich entworfenen Plane der Unzufriedenen nicht die Rede; aber die allgemeine Erwartung und die Kampfbereitschaft der Truppen, die 6000 Mann stark auf den Plätzen Palermos standen, entfachten in der That den Aufstand. Ein ernstlicher Kampf fand zwar nicht statt; aber überall kam es zu kleinen planlosen Gefechten und zum Barrikadenbau. Während der Nacht ordneten sich die Empörer, und Zuzügler aus den umliegenden Ortschaften trafen ein; die Truppen setzten den Kampf in den Straßen nicht fort, sondern bombardierten die Stadt von dem Castell a mare aus. Daneben wurden Unterhandlungen angeknüpft; der Ausschuß der Aufständischen forderte die Herstellung der Verfassung von 1812; der Statthalter bot wenigstens Begnadigung und Reformen an. Aber seine Stellung verschlechterte sich von Tag zu Tag; am 25. Januar griffen die Palermitaner ihn selbst in der Burg an und schon in der folgenden Nacht entschloß er sich diese zu räumen. Auch die Hauptmacht der Königlichen, etwa 8000 Mann, die außerhalb der Stadt eine feste Stellung behaupteten, gab dieselbe am 27. auf und zog sich unter Kämpfen ostwärts zurück, und da endlich auch die neapolitanische Flotte den Hafen verließ und das Kastell von der Besatzung geräumt wurde, so war Palermo sich selbst überlassen. Eine vorläufige Regierung unter dem Vorsitz des ehrwürdigen Ruggiero Settimo übernahm die Leitung und erstreckte ihre Macht bald über die ganze Insel, einige Kastelle, wie die von Messina, ausgenommen. Vergebens suchte Ferdinand II. durch die Gewährung einer Verfassung für seine gesamten Staaten, die er am 29. Januar verkündete, die Abtrünnigen zu versöhnen; auch die Berufung eines liberalen Ministeriums (Poerio-Bozzelli) erwies sich als fruchtlos; Neapel fand dadurch seine Forderungen zunächst befriedigt, aber Sizilien verharrte im Aufruhr.

Die Westmächte und die Schweiz.

Englands Verhalten.

In sehr auffälliger Weise hatte die englische Regierung für diese Bewegung und überhaupt für den Liberalismus in Italien Partei ergriffen. Ein englisches Linienschiff war es, das sich am 4. Februar 1847 zwischen Palermo und Castellamare legte und so dem Bombardement ein Ende machte. Viel tiefer aber als dies vereinzelte militärische Einschreiten griff die Wirksamkeit der englischen Diplomatie. Nicht zufrieden mit seinen ständigen Vertretern, entsandte Lord Palmerston Ende 1847 einen besonderen Botschafter in der Person des Lord Minto, der nacheinander in Turin, Florenz, Rom, Neapel die Regierungen zu liberalen Schritten ermunterte und zugleich mit den Häuptern der Bewegungspartei in Verkehr trat. Da Frankreich eine große Zurückhaltung beobachtete, so war diese Haltung Englands von bedeutendem Gewicht, und da sie nicht allein in Italien, sondern auch in anderen Ländern der liberalen Partei zu gute kam, so gebührt ihr kein geringer Anteil an der Herbeiführung der achtundvierziger Bewegung, die sich ohne Zweifel langsamer entwickelt hätte, wenn die Tories noch am Ruder gewesen wären.

Ministerium Peel.

Aber Robert Peels Ministerium hatte nach fünfjährigem Regiment im Juni 1846 zurücktreten müssen. Obgleich es ein konservatives Kabinett gewesen war, verdankte ihm England doch mehr als einen Fortschritt. Zunächst hatte Peel den Staatshaushalt, der unter Melbourne mit einem Defizit abschloß, durch einen kühnen Schritt wieder in Ordnung gebracht; er wagte es nämlich eine dreiprozentige Einkommensteuer zu beantragen und drang damit am 5. April 1842 trotz aller Anstrengungen der Whigs durch. Die Überschüsse, über die er nun verfügen konnte, benutzte er zur Herabsetzung der Zölle. Der englische Tarif wies damals noch mehr als tausend verschiedene Positionen auf, die zum allergrößten Teil nur ganz geringfügige Erträge brachten. Hatte doch eine parlamentarische Untersuchung im Jahre 1840 gelehrt, daß zu der Gesamteinnahme aus Zöllen (etwa 460 Millionen Mark) 17 Artikel mit etwa 94 Prozent beitrugen, daß die folgenden vier Prozent auf 29 andere Positionen entfielen und die Hunderte von zollpflichtigen Warengattungen, die außerdem existierten, nur zwei Prozent, also keine halbe Million Pfund aufbrachten. Darin führte nun Peel durch seine Reformen von 1842 und 1845 erhebliche Besserungen herbei, indem er nicht allein viele Zölle ermäßigte, sondern auch die Zahl der Positionen auf 590 verminderte. Am lautesten forderte die öffentliche Meinung jedoch die Befreiung der Getreideeinfuhr von den auf ihr lastenden Abgaben.

Aufhebung der Kornzölle.

Die Bewegung, deren Seele der große Freihandelsmann Richard Cobden war, wuchs beständig und die Anticornlaw-League, die 1838 in Manchester ins Leben gerufen war, bestürmte das Parlament mit Bittschriften durch Beseitigung des Einfuhrzolles dem englischen Volke wohlfeileres Brot zu verschaffen. Sie stieß allerdings auf den entschlossenen Wider-

stand der großen Lords, deren Reichtum wesentlich in dem Ertrage ihrer umfangreichen Ländereien bestand und deren Interesse daher durch die freie Einfuhr des fremden Getreides gefährdet erschien. Die Torypartei war einmütig darin diesen Angriff auf die mächtige Stellung des hohen Adels abzuwehren. Nur ihr Führer Sir Robert Peel war anderer Meinung. Er verschloß sich nicht der Einsicht, daß die Bewegung gegen die Kornzölle eine tiefe Berechtigung habe und er erkannte zugleich, daß es im wohlverstandenen Parteiinteresse liege die gehässige Deutung zu vermeiden, als ob die Tories nur durch Vorrechte auf Kosten der großen Masse des Volkes sich erhalten könnten. Er selbst vertrat daher zur großen Entrüstung seiner Parteigenossen die Abschaffung der Kornzölle und reichte am 9. Dezember 1845 seine Entlassung ein, als das Ministerium ihm nicht folgen wollte. Nun erst gingen den Tories die Augen auf. Übernahmen jetzt die Whigs das Regiment, so wurde das Unterhaus aufgelöst; bei den Neuwahlen konnten die Gegner der Kornzölle mit größter Sicherheit auf den Sieg zählen; die Abschaffung war also nur eine Frage der Zeit und es bedurfte keines großen Scharfsinnes um einzusehen, daß der Gewinn dieser kurzen Frist erkauft werden müsse durch weit ungünstigere Bedingungen, unter denen die Whigs die verhaßten Zölle beseitigen würden. So fügten sich die Gegner denn, bitteren Groll im Herzen, dem unabwendbaren Zwang; Peel erhielt die Gewißheit, daß seine Bill in der nächsten Session durchgehen werde und nahm sein Entlassungsgesuch zurück. Am 16. Mai 1846 genehmigte das Unterhaus, einige Wochen später das Oberhaus die Kornbill und damit eine Maßregel, die an Wichtigkeit der Katholikenbefreiung und der Parlamentsreform an die Seite trat. Peels Stellung aber war trotzdem gründlich erschüttert; die Tories wollten es ihm nicht verzeihen, daß er sie zu diesem Schritte gezwungen und noch in demselben Monat, in welchem das Oberhaus die Kornbill genehmigte, gaben sie ihm im Unterhaus ein Mißtrauensvotum, indem sie eine irische Bill, die er vorlegte, verwarfen. Denn auch seine Politik gegen die grüne Insel war durchaus nicht nach ihrem Sinn. Peel hatte in seiner Weise den Beschwerden derselben in einzelnen Stücken abzuhelfen gesucht. So setzte er die Maynoothbill durch, welche dem katholischen Priesterseminar in Maynooth eine erhöhte Staatsunterstützung gewährte. Dieses Zugeständnis erregte bei eifrigen Protestanten umsomehr Verdruß, als man ein angreifendes Vorgehen des Katholizismus gegen die anglikanische Kirche wahrzunehmen glaubte und in dieser letzteren selbst mit Besorgnis das Wachstum der puseyitischen Bewegung beobachtete. Angeregt von dem Oxforder Professor Pusey und seinem Kollegen Newman verfolgte diese das Ziel alle die Satzungen und Gebräuche aus der römischen Kirche wieder aufzunehmen, welche dem Grundgesetze des Anglikanismus, den 39 Artikeln, nicht widersprachen. Geraume Zeit hindurch wurde ihr von den Bischöfen der Hochkirche kein Hindernis in den Weg gelegt; sobald dies aber geschah, seit 1843, bewiesen zahlreiche Übertritte zum Katholizismus,

Irland und der Katholizismus.

daß allerdings ein starkes römisches Element in der Bewegung thätig war. Kein Wunder also, wenn das alte No-popery-Geschrei wieder zu erwachen begann und die öffentliche Meinung sich weiteren Zugeständnissen an den Katholizismus widersetzte. Irland und Katholizismus waren aber nahezu gleichbedeutende Begriffe. Die Klagen der Iren hingen eng mit dem Katholizismus zusammen; die Hoffnungen des Katholizismus beruhten vorzugsweise auf Irland. Mit doppelter Mißgunst betrachtete daher der protestantische Engländer die Repealbewegung, welche O'Connell unablässig in Fluß erhielt und die in Massenversammlungen (monster meetings) von Hunderttausenden ihren Ausdruck fand. Nicht immer ging es dabei ohne Störung des öffentlichen Friedens ab und im Oktober 1843 wurden O'Connell und neun seiner Anhänger wegen Aufreizung zur Empörung verhaftet. Von den Geschworenen verurteilt appellierte der Agitator an das Haus der Lords, ohne Zweifel mit sehr geringen Erwartungen hier freigesprochen zu werden. Daß dies gleichwohl geschah, kam der irischen Bewegung und seinem Ansehen keineswegs zu gute; die Rolle des Märtyrers würde ihm weit größere Kraft gegeben haben. Überdies fing er an zu kränkeln und mußte seine Thätigkeit einschränken. Ohne dem Ziel seines Strebens näher gekommen zu sein starb er am 15. Mai 1847 zu Genua.

Englisch-französische entente cordiale.

In der auswärtigen Politik hatte die gemeinsame konservative Gesinnung in den letzten Jahren eine enge Verbindung zwischen dem französischen und dem englischen Kabinett herbeigeführt, deren Festigkeit durch freundschaftliche Besuche, die Louis Philipp und Königin Victoria sich gegenseitig abstatteten, noch gewonnen hatte. Das „herzliche Einverständnis", die entente cordiale, zwischen London und Paris war zu einem beliebten Schlagwort geworden und Louis Philipp ermüdete nicht die englische Monarchin unablässig seiner „lebhaften, aufrichtigen und sehr zärtlichen Freundschaft" zu versichern. Es fehlte zwar nicht an manchen Reibereien und bei einigen Gelegenheiten erhitzte sich sogar hüben wie drüben die öffentliche Meinung bis zu einem bedenklichen Grade; aber die Streitfragen waren doch zu unbedeutend, als daß es darüber zu ernstlichem Zwist hätte kommen können. So hatte die französische Regierung am 20. Dezember 1841 einen Vertrag mit den anderen Großmächten geschlossen, durch welchen man sich gegenseitig das Recht einräumte Schiffe, die des Sklavenhandels verdächtig seien, zu durchsuchen. Darin sahen die Franzosen wunderlicherweise eine Beschimpfung ihrer Flagge, obgleich ihre Kriegsschiffe englischen und anderen Kauffahrern gegenüber dasselbe Recht erhielten. Nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten verlangte man die Aufhebung des Vertrages und die Regierung sah sich genötigt dem zu willfahren. Noch leidenschaftlicher wurde ein zweiter Streitpunkt behandelt. Im Jahre 1842 hatte der Admiral Dupetit-Thouars das französische Machtgebiet in Australien zu erweitern begonnen. England sah das ungern, ließ jedoch sowohl die Einverleibung der Marquesasinseln als die Schutzherrlichkeit zu, welche Frank-

Zwistigkeiten.

reich von der Königin Pomare über die Gesellschaftsinseln erwarb. Schon im nächsten Jahre brachen indes zwischen Schützer und Schützling Mißhelligkeiten aus, an denen der englische Konsul Pritchard, der 15 Jahre als Missionär auf Taheiti geweilt und bei der Königin Pomare viel Einfluß hatte, nicht ohne Schuld war. Dupetit ließ sich dadurch verleiten die Königin abzusetzen, die Inseln in Besitz zu nehmen und Pritchard, übrigens erst nachdem er seine Konsulatsflagge eingezogen, zu verhaften und auszuweisen. Darüber kam es nun in Parlament und Presse zu heftigen Erörterungen, die jenseit des Kanales ein gleich leidenschaftliches Echo fanden. Louis Philipp persönlich dachte indes über die Sache sehr kühl, und während die Heißsporne Sammlungen veranstalteten um Dupetit-Thouars durch einen Ehrendegen zu belohnen, bahnte er durch Vermittlung des Königs der Belgier eine Verständigung an. Die französische Regierung sprach mit einigen Vorbehalten ihr Bedauern über das Geschehene aus, Pritchard erhielt eine Geldentschädigung, und Königin Pomare kehrte in ihr Schutzverhältnis zurück. Die entente cordiale war gerettet.

Die spanischen Heiraten.

Etwa um dieselbe Zeit wurde in persönlichen Verhandlungen der Souveräne eine Vereinbarung auch über die schwierigste Frage herbeigeführt, welche die beiden Länder entzweien konnte, über die Vermählung der jungen Königin Isabella von Spanien. Gelegentlich der Besuche, welche Königin Victoria, begleitet von dem Minister des Auswärtigen, Lord Aberdeen, dem französischen Königspaar 1843 und 1845 in Eu machte, erteilten nämlich Louis Philipp und Guizot das Versprechen die Hand Isabellas nicht, wie sie gewünscht, für des Königs Sohn, den Herzog von Montpensier, zu begehren. Dagegen verzichtete England auf die Bewerbung des Prinzen Leopold von Koburg, den Isabellas Mutter Maria Christina begünstigt hatte, und willigte ein, daß Montpensier die zwei Jahre jüngere Schwester Isabellas, Luisa, heiraten solle, sobald die Ehe Isabellas mit Nachkommenschaft gesegnet sei. Als Gemahl dachte man dieser beiderseits einen Bourbonen zu; aber Frankreich begünstigte den Vetter der Königin, Francisco, Herzog von Cadiz, der gleich schwächlich an Körper und Geist war; England arbeitete für dessen Bruder, Don Enrique, Herzog von Sevilla. Den größten Einfluß auf die schließliche Entscheidung mußte naturgemäß Maria Christina üben. Zum großen Verdrusse des englischen Kabinetts bot diese nun im Mai 1846 unerwartet die Hand ihrer Tochter dem von England aufgegebenen Koburger. Auf der Stelle beeilte sich Lord Aberdeen den britischen Gesandten in Madrid, Sir Henry Bulwer, der um diesen Schritt gewußt, zu verleugnen und dem Pariser Kabinett offenherzig die Sachlage mitzuteilen. Da überdies von Koburg nicht einmal eine Antwort auf die Bewerbung einging, so glaubte man in London mit Recht den ganzen Zwischenfall als ungeschehen betrachten zu dürfen. Anders in Paris. Es war gerade in den Tagen, wo Peel und Aberdeen den Whigs Platz machten und Palmerston unter John Russells Vorsitz von neuem die

Leitung der auswärtigen Politik übernahm. Mit einem Eifer, der bei diesem den Verdacht hervorrief, Frankreich selbst habe Maria Christina zu jenem Anerbieten an den Koburger gedrängt um England in eine Falle zu locken, erklärte Guizot die Bewerbung Leopolds für eine wahrscheinliche und drohende Möglichkeit und sagte sich von den Verpflichtungen von Eu los. Wie sehr er dabei wider besseres Wissen handelte, ging daraus hervor, daß er seinen Gesandten in Madrid schon acht Wochen früher (5. Juli) angewiesen hatte für Don Francisco und gleichzeitig für Montpensier zu wirken, und daß bereits vier Tage vorher, am 28. August 1846, die Doppelverlobung Isabellas mit Franz und Luisas mit Montpensier unterzeichnet war. Der jungen Königin war, wie man erzählte, die Einwilligung in der Trunkenheit abgepreßt worden, nachdem sie die Nacht in skandalösen Orgien mit ihrer Mutter, dem französischen Gesandten und einigen Eingeweihten zugebracht hatte.

Bruch zwischen England und Frankreich.

Mit diesem Meisterstück einer wortbrüchigen Diplomatie hatte Guizot das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und England auf einen Schlag zerstört. Auch Louis Philipp fühlte das Schmähliche und Verhängnisvolle dieses Schrittes wohl. Er wagte nicht ihn selbst der Königin Victoria anzuzeigen, obgleich er doch sonst mit ihr in eifrigem Briefwechsel stand; seine Frau mußte es thun. Auf deren gekünstelten Brief folgte eine sehr gemessene Antwort; auch am Hofe in London empfand man die Kränkung bitter. Und selbst im Schoße der orleanistischen Familie war man unglücklich über ein solches Verfahren; des Königs eigener Sohn, Joinville, beklagte den bedauerlichen Ruf der Treulosigkeit, in welchen dasselbe seinen Vater gebracht habe. Mochte dieser im ersten Gefühl des errungenen Erfolges die moralische Schlappe mehr als eine Unbequemlichkeit denn als ein Unglück empfinden; daß er sich bald von der Verderblichkeit dieser Politik überzeugte, beweist sein öfter wiederholtes Wort: Das geht zu weit, das drängt meine ganze Politik in falsche Bahnen!

Eine Annäherung an England lag so bald nicht wieder im Bereiche der Wahrscheinlichkeit. Wo er konnte, widersetzte sich Lord Palmerston den französischen Absichten. Gerade aus dem Wunsche Frankreich Unannehmlichkeiten zu schaffen sog sein Eifer die Revolution auf dem Festlande zu fördern die besten Kräfte. Wie er danach in Italien handelte, wurde oben erzählt; noch offenkundiger wurde der Zwiespalt in den Schweizer Wirren.

Die Schweiz.

In der Eidgenossenschaft war die Bewegung der dreißiger Jahre zwar äußerlich ziemlich erfolglos verlaufen; aber da vorzugsweise der Druck von außen, die Einmischung der Großmächte, dies Ergebnis herbeigeführt hatte, so gewann die Bewegung mit dem Erschlaffen desselben alsbald wieder Kräfte. Den letzten Triumph feierte die konservative Partei 1839 in Zürich. Die liberale Regierung hatte David Strauß, den Verfasser des Lebens Jesu, als Professor an die Universität berufen. Das erregte bei den Altgläubigen die tiefste Erbitterung; in

Der Zürcher Putsch.

Tübingen war Strauß seines Buches wegen des Lehramtes entsetzt worden; nun sollte er um desselben Buches willen in Zürich eine Anstellung finden! Mit dem religiösen Unwillen verbanden sich überdies politische Erwägungen. Wenn irgend ein Anlaß, so war dieser geeignet die Massen gegen die liberale Regierung aufzuregen. Zu spät erkannte diese, daß sie weiter gegangen sei, als die religiöse Anschauung der großen Mehrheit zuließ. Sie lenkte ein und versetzte Strauß, noch ehe er sein Amt angetreten, mit Pension in den Ruhestand. Allein die politische Bewegung war jetzt bereits in Fluß gekommen, und es erübrigte der Regierung nichts als die Gewalt niederzulegen; am 6. September 1839 übernahm die konservativ-altgläubige Partei die Leitung der Geschäfte und behauptete dieselbe bis 1845. Mit weniger Glück suchten ihre Gesinnungsgenossen in Aargau dies Beispiel nachzuahmen. Die Liberalen dieses Kantons hatten im Januar 1841 eine Änderung der Verfassung durchgesetzt; dagegen lehnten sich die konservativen Katholiken, von den Mönchen unterstützt, gewaltsam auf; aber sie wurden nicht allein unterworfen, sondern büßten ihr Unterfangen auch durch die Einziehung alles Klostergutes im Belauf von 7 Millionen Franken. Vergeblich legte Österreich Verwahrung dagegen ein, indem es sich darauf berief, daß ein Teil dieser Klöster von den Habsburgern gestiftet sei; alles was es von Preußen und Frankreich unterstützt erreichte, war, daß wenigstens die drei Nonnenklöster bestehen blieben. Auch der Bundesrat erachtete dieses Zugeständnis für groß genug um nunmehr der Aufhebung der Mönchsklöster, obgleich sie der Bundesverfassung zuwiderlief, seine Zustimmung zu geben.

Der aargauische Klosterstreit.

Die Jesuiten in Luzern.

Um so lebhafter grollten die Ultramontanen über diese Vergewaltigung; um so rücksichtsloser glaubten sie nun auch ihrerseits da, wo sie das Heft in Händen hatten, ihre Macht gebrauchen zu dürfen. Die Zahl der Kantone, in welchen sie die Herrschaft führten, war immerhin nicht klein. Neben Freiburg, Uri, Zug und anderen, die von jeher ihnen angehört hatten, waren Wallis, Schwyz, Luzern, die ihnen in den dreißiger Jahren entrissen oder doch ins Schwanken gekommen waren, mittlerweile wiedergewonnen; Luzern war sogar zum eigentlichen Stützpunkt ihrer Macht geworden und lieferte ihnen in Siegwart Müller und Peter Leu zwei kampflustige und streitbare Führer, von denen besonders der zweite, ein reicher Bauer, durch seinen Einfluß auf die Landbevölkerung von großem Gewicht war. Um sich die Herrschaft auf die Dauer zu sichern beriefen sie trotz des Widerstandes der gemäßigten Parteigenossen, an deren Spitze der Staatsschreiber Bernhard Meyer stand, die Jesuiten, die in Wallis, Freiburg und Schwyz bereits Niederlassungen besaßen, 1844 auch nach Luzern und übertrugen ihnen den Unterricht der Jugend. Da die Bevölkerung des Kantons mit großer Mehrheit am 24. Oktober diesen Beschluß bestätigte, konnte von seiten des Bundes kein Einwand erhoben werden, da er anderenfalls längst schon gegen Schwyz, Freiburg und Wallis hätte geltend gemacht sein müssen. Allein da für

die liberale Partei ihre ganze Zukunft vielleicht auf Menschenalter hinaus auf dem Spiele stand, glaubten ihre Führer einen Gewaltstreich wagen zu müssen und entwarfen den Plan am 8. Dezember 1844 das Zeughaus zu überrumpeln und mit den Waffen in der Hand das Jesuitenregiment zu stürzen; Gesinnungsgenossen aus den Nachbarkantonen würden ihnen, so hofften sie, zum Siege über ihre Mitbürger verhelfen. Aber das Unternehmen scheiterte vollständig, da es vor der Zeit verraten wurde. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, und da die Rache der herrschenden Partei nicht bloß die Führer der Gegner, deren Haupt der Dr. Steiger war, bedrohte, so entzogen sich über 1200 Liberale der Gefahr durch die Flucht. Unter diesen Umständen war der Ausbruch des Bürgerkrieges nur eine Frage der Zeit, denn die Flüchtigen sannen unablässig darauf mit fremder Hilfe in die Heimat zurückzukehren, während die Ultramontanen in Voraussicht eines solchen Versuches sich zum Widerstande bereit hielten. Kaum ein Vierteljahr verging, so trat das Erwartete ein. Freischaren, deren Bildung die Tagsatzung erfolglos verboten hatte, fielen, von dem Berner Ochsenbein und dem Aargauer Rothpletz geführt, am 30. März 1845 in den Kanton Luzern ein und rückten gegen die Hauptstadt vor. Indes die Regierung war zu ihrem Empfange bereit, und schon in der folgenden Nacht wurden die Eindringlinge über die Grenze zurückgeworfen, wobei über 100 das Wagnis mit dem Leben, beinah 2000 mit der Freiheit büßten. Soweit diese letzteren anderen Kantonen angehörten, wurden sie gegen ein Lösegeld, das die Tagsatzung bestimmte, freigegeben; den gefangenen Luzernern aber drohte das schlimmste Schicksal; Steiger wurde zum Tode verurteilt; doch gelang es ihm durch List aus dem Kerker zu entkommen. Nicht dasselbe Glück begünstigte seinen erbitterten Gegner, den Peter Leu, der im Juli desselben Jahres der Kugel eines Meuchelmörders zum Opfer fiel, der traurigste Beweis, bis zu welcher Hitze sich die Leidenschaft bereits gesteigert hatte. Ein weiteres Zeichen dafür war die Wahl, durch welche die Berner keinen Geringeren als den Führer des Freischarenzuges, den General Ochsenbein, an die Spitze ihres Kantons und damit, da diesen 1847 die Reihe traf Vorort zu sein, an die Spitze des ganzen Bundes beriefen. Die Luzerner antworteten auf diese unverhüllte Drohung durch einen nicht minder verständlichen Schritt; sie erneuerten das Sarner Bündnis von 1832, indem sie mit den übrigen strengkatholischen Kantonen, Uri, Unterwalden, Schwyz, Zug, Freiburg und Wallis, einen Vertrag schlossen, welchen die Gegner als „Sonderbund“ brandmarkten, und suchten sich nicht ohne Erfolg durch die Entsendung Meyers nach Turin und Wien Unterstützung an Geld und Waffen zu verschaffen. Es wäre alsbald zum offenen Kriege gekommen, wenn nicht eine ansehnliche Mittelpartei, aus den Kantonen Genf, St. Gallen, Basel-Stadt, Neuenburg und Appenzell bestehend, den Gegensatz zu mildern bemüht gewesen wäre und übereilte Beschlüsse auf der Tagsatzung verhindert hätte. Deshalb beeiferten sich die Radikalen unablässig in einem Teile dieser Kantone selbst

Die Freischarenzüge.

Der Sonderbund.

ans Ruder zu kommen. Mittels eines Aufruhrs unter der Leitung James Fazys gelang ihnen das im Oktober 1846 in Genf und bald darauf auch in St. Gallen. Nun verfügten sie über die Mehrheit der Stimmen und es war vorauszusehen, daß die Tagsatzung von 1847 die Auflösung des Sonderbundes, die Zürich schon 1846 beantragt hatte, beschließen werde. Nur die Einmischung des Auslandes hätte diesen Beschluß und seine unausbleibliche Folge, den Bürgerkrieg, noch hintertreiben können. Aber die Großmächte waren in dieser Frage nichts weniger als einig. Rußland verhielt sich ziemlich gleichgültig; England hingegen nahm entschieden Partei für die Liberalen, während Metternich das Programm aufstellte, die Großmächte sollten zuerst gemeinsam ihre Gesandten abberufen, dann eine drohende Erklärung erlassen und schlimmsten Falls selbst bewaffnet für den Sonderbund einschreiten — ein Vorschlag, der wieder dem französischen Ministerpräsidenten Guizot zu weit ging, obgleich er, der Protestant, im übrigen ganz auf seiten der Ultramontanen stand und auch von Frankreich den Sonderbundskantonen Waffen und Munition überlassen wurden. Preußen endlich war von dem Streite noch in ganz besonderer Weise dadurch berührt, daß Friedrich Wilhelm kraft der Wiener Verträge Souverän von Neuenburg war. Dieser Kanton geriet aber jetzt in die größten Verwicklungen. Er hatte bei überwiegend protestantischer Bevölkerung nicht eben Anlaß den Sieg der Ultramontanen zu wünschen; aber auch die Unterwerfung der Einzelkantone unter die Mehrheitsbeschlüsse der Tagsatzung lag nicht in seinem Vorteil, da gerade für ihn bei seiner eigentümlichen Stellung zu Preußen daraus leicht Verlegenheiten erwachsen konnten. Als nun trotz des Einspruchs der konservativen Großmächte die Tagsatzung am 20. Juli 1847 die Auflösung des Sonderbundes verfügte, befand sich Neuenburg auf seiten der Minderheit ohne doch für den Sonderbund eintreten zu wollen oder zu können. Bald verschlimmerte sich die Lage noch mehr. Die Zwölfermehrheit der Tagsatzung beschloß am 3. September die Vertreibung der Jesuiten aus der gesamten Schweiz. Diesem Gebote verweigerten die sieben Kantone ebensowohl den Gehorsam wie dem vorhergehenden; das äußerste, wozu sie sich verstehen wollten, war die Auflösung ihres Bündnisses, wenn dagegen die Tagsatzung die Jesuitenfrage sowie den Aargauer Klosterstreit dem Schiedsspruch des Papstes unterbreiten wolle. Darauf ging die Mehrheit natürlich nicht ein, und da auch das Verlangen der kontinentalen Großmächte sich dem Ausspruch eines Kongresses zu unterwerfen abgelehnt wurde, so konnten nur noch die Waffen entscheiden. Und diese entschieden schnell. Ende Oktober beriefen die Sonderbundskantone ihre Vertreter von der Tagsatzung ab, am 4. November beschloß diese Gewalt anzuwenden. Mit 30000 Mann setzte sich General Dufour zunächst gegen Freiburg in Bewegung und zwang diesen Kanton zur Unterwerfung; acht Tage darauf mußte auch Zug sich fügen. An der Luzerner Grenze bei Gieslikon und Rothkreuz kam es dann am 23. November zum Entscheidungskampfe, in dem die Sonder-

Die Stellung Neuenburgs.

Der Sonderbundskrieg.

bundstruppen durch die Übermacht zum Rückzuge und Luzern zur Ergebung gezwungen wurden. Ehe noch der Monat zu Ende ging, waren auch Wallis, Schwyz, Uri und Unterwalden besiegt und überall radikale Regierungen, in Luzern mit Dr. Steiger an der Spitze, eingesetzt. 378 Kanonenschüsse hatten ausgereicht den Krieg zu Ende zu führen.

Die Großmächte.

Diese schnelle Entwicklung hatte die Großmächte an einer bewaffneten Einmischung verhindert; das Geschehene rückgängig zu machen war an sich schon schwierig, sehr bald aber, nach dem Ausbruch der Februarrevolution, ganz unmöglich. Eine drohende Note, welche die vier Mächte im Januar 1848 übergeben ließen um die Wiederherstellung der vollen Kantonalsouveränität zu fordern war ein Schlag ins Wasser, und unter dem Schutze der Revolution von 1848 vollzog die Schweiz ungestört

Verfassungsreform.

ihre Umwandlung aus einem Staatenbund zu einem Bundesstaat. Am 12. September wurde eine neue Verfassung angenommen, welche die alte Tagsatzung beseitigte und durch die Bundesversammlung, bestehend aus Stände- und Nationalrat, ersetzte. Bern wurde zum ständigen Vorort bestimmt und die oberste Leitung einem von der Bundesversammlung zu wählenden Bundesrate mit jährlich wechselndem Vorsitzer übertragen.

Abfall von Neuenburg.

Neuenburg trat in dieses Bundesverhältnis nicht mehr als preußisches Fürstentum ein; es hatte sein Verhältnis zu seinem Souverän Anfang März durch eine kurze Revolution gelöst und den preußischen Statthalter General von Pfuel zur Flucht gezwungen. Umsonst war Friedrich Wilhelm bemüht gewesen dem Kanton die Geldstrafe, zu welcher die Tagsatzung ihn wegen seiner Neutralität im Sonderbundskriege verurteilt, zu ersparen und die Herrschaft des Radikalismus von ihm abzuwehren. Wenn eine kleine Partei dem hohenzollerischen Hause auch treu ergeben war, so fühlte die Mehrheit der Bevölkerung sich doch zu sehr als Schweizer um der Verbindung mit der norddeutschen Großmacht Wert beizulegen, und wenn der König seinerseits sich aus allen Kräften sträubte das Geschehene anzuerkennen, so war es doch auch bei ihm nicht das wirkliche Interesse seines Landes, sondern das Überwallen einer krankhaften Gefühlspolitik, was ihn zum Widerstande und später noch zu manchem verkehrten Schritt verleitete.

Darin hatte er allerdings so unrecht nicht, daß er den Schweizer Vorgängen als dem Siege des Radikalismus eine hervorragende Bedeutung für das gesamte Europa zuschrieb. Es war in der That einer der Feuerfunken, welche herumflogen und die große Explosion des Jahres 1848 herbeiführten. Aber daß er diese Wirkung haben konnte, war doch ausschließlich dadurch bedingt, daß er ein Pulverfaß vorfand, welches er entzünden konnte, und dieses Pulverfaß war Frankreich. Die Schilderung der Zustände, welche dort herrschten, wird uns zu den Stürmen des „tollen Jahres“ hinüberleiten.

Frankreich bis zur Februar-Revolution.

Kriegerischen Ruhm hatte das Julikönigtum eigentlich nur in Afrika zu erringen gesucht. Die Kapitulation vom 4. Juli 1830 hatte die Stadt Algier in die Hände der Franzosen gebracht und sie, soweit es auf den Dey ankam, auch zu Herren des ganzen Landes gemacht. Aber es war nicht möglich sich darüber zu täuschen, daß die Abdankung des bisherigen Herrschers und die Bewältigung der Bevölkerung zwei ganz verschiedene Dinge seien. Allerdings erklärten zwei der großen Vasallen des Deys, die Beys von Oran und Tittery (Hauptstadt Bona), im ersten Schreck ihre Unterwerfung und nur der dritte, der von Konstantine, verweigerte sie. Allein eine Schlappe, welche Bourmont sich vor der Stadt Blida holte, fachte überall den Widerstand von neuem an, und nicht einmal in Algier selbst fühlten sich die Franzosen sicher. Die gefährliche Krise, welche eintrat, als nach dem Sturz der Bourbonen Bourmont mit 150 Offizieren seine Entlassung forderte, ging zwar glücklich vorüber. Aber sein Nachfolger, der Marschall Clauzel, blieb zu kurze Zeit am Ruder, als daß er viel hätte ausrichten können, und Savary, der Ende 1831 den Oberbefehl erhielt, fachte durch seine unmenschliche Kriegführung, die vor der Niedermetzelung eines ganzen Stammes nicht zurückschreckte, die Wut der Araber nur noch mehr an. Mühsam hatte er sich gegen einen gewaltigen Angriff der verbündeten Stämme zu verteidigen, und sein Pascharegiment, dem auch die europäischen Ansiedler unterstellt wurden, schreckte überdies von der überaus nötigen Einwanderung ab. Diese nahm etwas zu als General Desmichels mit dem gefährlichsten Häuptling der westlichen Stämme, dem jugendlichen Abdel Kader, im Februar 1834 einen Freundschaftsvertrag schloß und die Regierung unter Zustimmung der Kammern das Land endgültig in Besitz nahm. Aber nicht einmal die Küstenebene war in ihrer Gewalt; von Blida aus bedrohten die Hadschuten die Ansiedler, und Abdel Kaders Freundschaft dauerte kaum ein Jahr. Sieg und Niederlage wechselten in bunter Reihe ab, und kaum die Mauern von Algier und Oran boten leidliche Sicherheit. Clauzel, der von der parlamentarischen Opposition begünstigt im November 1835 zum zweitenmal den Oberbefehl erhielt, vernichtete wenigstens die Hadschuten und unternahm ein paar nicht unrühmliche Züge nach Maskara und Tlemsen gegen Abdel Kader; allein er konnte sich dort nicht halten und auch ein großer Sieg, den in seiner Abwesenheit General Bugeaud am Flusse Sikak über den Emir davontrug (am 4. Juli 1836), war ohne dauernde Folgen; ein paar Wochen später stand der unermüdliche Gegner wieder kampfbereit im Felde. Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse im Westen, wo Achmet Bey von Konstantine ein persönlich zwar unbedeutender, aber durch seine eigene Macht und durch seine Verbindung mit dem Bey von Tunis gefährlicher Gegner war. Seine Hauptstadt, das alte auf hohem Felsen gelegene und an

Kämpfe in Algier.

Abdel Kader.

Achmet Bey.

drei Seiten von einem wilden Bergstrom umflossene Cirta, wollte Clauzel im November 1836 erobern. Aber der Sturm mißglückte völlig; Regenwetter und Mangel an Lebensmitteln erschwerten den Rückzug, und nur der Kriegskunst des erfahrenen Führers war es zu danken, daß nicht die ganze Heeresabteilung zu Grunde ging. Obgleich er sich nichts weniger als unfähig gezeigt, wurde nun auch Clauzel wieder abberufen und noch einmal im Osten und Westen der Weg der Unterhandlungen betreten. Mit Abdel Kader kam auch wirklich ein Vertrag zustande. In einer Zusammenkunft, die er am 1. Juni 1837 mit Bugeaud am Flusse Tafna hatte, verpflichtete er sich zur Zahlung eines Tributes von Getreide und Rindvieh, wofür ihm der Besitz von fast ganz Algier bis auf Konstantine und einige Küstenstriche zugestanden wurde. Ähnliche Bedingungen wurden auch Achmet Bey gestellt, aber er lehnte sie ab.

Erstürmung von Konstantine.

Nun war ein zweiter Zug gegen Konstantine nicht mehr zu umgehen. Glücklich wurden die Schwierigkeiten des Marsches und die Unbill des Wetters überstanden; am 6. Oktober langte der kommandierende General Damrémont vor der Stadt an. Den Sturm zu leiten war ihm nicht beschieden; am Tage vorher streckte ihn eine feindliche Kugel zu Boden. Doch war alles vortrefflich vorbereitet und das Unternehmen glückte, wenngleich mit schweren Opfern. Am 13. Oktober wurde unter Valées Führung die Feste erstürmt; Oberstlieutenant Lamoricière war der erste in der Bresche. Mit dem Mute der Verzweiflung setzten Einwohner und Besatzung den Kampf in Häusern und Straßen fort; hunderte fanden ihren Tod durch den Sturz von den steilen Felsen; andere entkamen mit Hilfe von Seilen, an denen sie sich herabließen. Der Überlebenden wurde geschont, die Stadt aber erbarmungsloser Plünderung preisgegeben.

Kämpfe mit Abdel Kader.

Für ein paar Jahre war damit Ruhe erkauft; aber welche Sicherheit gab es für ihre Dauer, solange Abdel Kader in ungebrochener Kraft dastand und nichts als der Vertrag von der Tafna ihn in Schranken hielt? Bald genug traten Anzeichen hervor, daß er von neuem an Krieg denke, und schneller als man erwartete, loderte ohne besonderen Anlaß im Oktober 1839 die Empörung im ganzen Lande wieder auf. Bis vor die Mauern Algiers und der anderen Küstenstädte drang der kühne Emir und eine bange Zeit verging, bis Verstärkungen aus dem Mutterlande eintrafen, die ihn zurückzutreiben vermochten. Jahrelang wogte nun der Krieg hin und her; fast immer trug die bessere Bewaffnung und der Mut des französischen Heeres den Sieg davon; aber diese Siege auszunutzen machten die List und Ausdauer des Feindes und die Beschaffenheit des Kriegsschauplatzes zur Unmöglichkeit. Auch Valée, dem die Eroberung von Konstantine den Marschallstab eingetragen hatte, büßte über dieser undankbaren Aufgabe seinen Ruhm wieder ein; Anfang 1841 wurde er durch Bugeaud ersetzt. Diesem erwies sich das Glück freundlicher; es gelang ihm im Laufe des Jahres Abdel Kader über die marokkanische Grenze zurückzudrängen; zwar unternahm derselbe von dort aus in den nächsten beiden Jahren in alter Unermüdlichkeit

immer neue Einfälle in das französische Gebiet; allein die Unterstützung, die er von den Marokkanern erhielt, wurde allmählich geringer und am 16. Mai 1843 gelang den Franzosen endlich ein Hauptschlag, der am Hof und bei der Regierung um so größeren Jubel erregte, als ein Sohn des Königs ihn ausführte. Der Herzog von Aumale, der gleich seinen Brüdern Orléans und Nemours an den afrikanischen Feldzügen wiederholt teilgenommen, überfiel und eroberte nämlich die Smalah, das wandernde Hoflager Abdel Kaders, und brach dadurch seine Macht so vollständig, daß ein einziges Treffen seine letzten Hilfsmittel aufrieb. Aber aus dem Kriege gegen den Emir entwickelte sich nun ein Krieg mit Marokko. Die Hilfe, welche jenem von dort zu teil geworden und manche kaum vermeidliche Grenzverletzungen führten im Mai und Juni 1844 zu Gefechten ehe noch der Krieg wirklich erklärt war. Lamoricière und Bugeaud schlugen die Feinde und der letztere, seit seinen Erfolgen über Abdel Kader Marschall, besetzte die marokkanische Stadt Uschda. Niemand war mit diesen Vorgängen weniger zufrieden als das englische Kabinett, das die Befestigung der französischen Macht in Afrika voll Unruhe beobachtete. Durch seinen Konsul in Tanger, Drummond Hay, verlangte und erreichte es deshalb von dem Kaiser Abderrahman, daß er den französischen Forderungen Genüge leiste. Aber diese Nachgiebigkeit kam zu spät, als daß sie den Marokkanern ein paar harte Schläge hätte ersparen können. Anfang August zerstörte Joinvilles Flotte die Festungswerke von Tanger und Mogador, und am 14. schlug Marschall Bugeaud die Feinde am Flusse Isly und erwarb sich dadurch den Herzogstitel. Der Friede, der am 10. September abgeschlossen wurde, war trotzdem ein sehr glimpflicher; Abdel Kader wurde ausgewiesen und die Grenze reguliert; härtere Bedingungen verhinderte England, das infolgedessen den Unwillen der öffentlichen Meinung in Frankreich mit der Regierung Louis Philipps teilen mußte. Die Ausweisung Abdel Kaders war aber leichter zugesagt als in Ausführung gebracht. Der tapfere Emir war entschlossen lieber seinen bisherigen Beschützer Abderrahman seinerseits aus dem Lande zu jagen. Der innere Krieg, welcher darüber in Marokko entstand, dauerte bis 1847; er endete mit Abdel Kaders Niederlage und Flucht auf französisches Gebiet. Hier ergab er sich dem General Lamoricière unter der Bedingung freien Abzugs nach Syrien oder Ägypten. Aber obgleich ihm nicht allein Lamoricière, sondern auch der Herzog von Aumale als Statthalter von Algier die Erfüllung zugesagt hatten, verweigerte doch Louis Philipp die Bestätigung und ließ den Gefangenen nach Frankreich bringen, wo er bis 1852 überwacht und dann endlich nach Brussa in Kleinasien entlassen wurde.

Krieg mit Marokko.

Abdel Kader gefangen.

Endgültig gesichert war der Besitz von Algier auch jetzt noch nicht; aber die Fortschritte waren doch bedeutend; man konnte die kriegerische Eroberung weiter Provinzen als vollendet ansehen; es war Zeit, daß die friedliche Eroberung durch Ansiedlung ihr folgte. Allein auf diesem Felde waren den Franzosen keine Triumphe beschieden; sie bewährten

Bedeutung Algeriens für Frankreich.

von neuem ihr sprichwörtliches Ungeschick in der Kolonisation. Damit ging der Hauptwert der neuen Besitzung verloren und der einzige Vorteil, den ihnen Algier brachte, bestand darin, daß es eine vortreffliche Schule für ihre Armee war. Alle militärischen Namen, die sich in den nächsten Jahrzehnten in den inneren Wirren des Mutterlandes und auf den europäischen Schlachtfeldern einen Klang erwarben, tauchten zuerst in Algier aus dem Dunkel auf. Freilich trug der grausame und barbarische Charakter jener Kämpfe auch viel zur Verwilderung des französischen Heeres bei und mehr als einen berühmten Namen schändet das Brandmal unmenschlicher Roheit, so vor allen Pélissier, der 1845 in der Höhle von Darah 800 Araber durch angelegtes Feuer erstickte. Für die Julidynastie war der Kampf in der afrikanischen Besitzung, so oft er auch zu Unbequemlichkeiten führte, im ganzen doch ein wertvolles Mittel um zunächst im Heere und sodann, durch die Befriedigung der Sucht nach militärischem Ruhm, auch im Lande Beliebtheit zu gewinnen.

für den König. Die Beteiligung der königlichen Prinzen an diesen Feldzügen ließ einen Schimmer kriegerischen Glanzes auch auf das Haus Louis Philipps fallen, der persönlich weder Neigung noch Befähigung hatte ihn zu erwerben. Je sichtlicher aber seine Volkstümlichkeit im Abnehmen begriffen war, umsomehr mußte diese Stütze an Wert gewinnen. Mehrere seiner Söhne erfreuten sich beim Volke einer nicht geringen Beliebtheit, besonders der älteste, der Herzog von Orléans. Seine Vermählung mit der Prinzessin Helene von Mecklenburg und der gute Eindruck, den er als Freier in Wien und Berlin zurückgelassen, machten ihn im vollsten Sinne zur Hoffnung seines Hauses. Es war ein harter Schlag für den alternden König, daß gerade dieser Sohn ihm durch einen jähen Tod entrissen wurde. Im Begriff zu einer Truppenmusterung abzureisen fuhr der Herzog am 13. Juli 1842 von Paris nach Neuilly um sich vom Könige zu verabschieden. Plötzlich scheuten die Pferde und gingen mit dem Wagen durch. Der Herzog wollte sich durch einen Sprung retten, stürzte dabei aber so unglücklich, daß er auf der Stelle das Bewußtsein verlor und ein paar Stunden darauf den Geist aufgab.

Der Herzog von Orléans.

Das Regentschaftsgesetz.

Für die Zukunft des königlichen Hauses war dies Ereignis um so bedrohlicher, als der zweite Sohn Louis Philipps, der Herzog von Nemours, von allen seinen Brüdern der unbeliebteste war und doch auf ihn die Regentschaft übergehen mußte, wenn der König starb, ehe der älteste Sohn des Herzogs von Orléans, der vierjährige Graf von Paris, mündig wurde. Nun konnte man freilich nach altem Brauch die Mutter des Thronfolgers, die Herzogin Helene, zur Regentin ernennen; aber sie war eine Deutsche, eine Protestantin und vor allem eine Frau. Durfte man ihr die Kraft zutrauen in stürmisch bewegten Zeiten, wie sie der Tod Louis Philipps herbeiführen konnte, die Zügel in der Hand zu behalten? Daß aus den Reihen der Opposition Lamartine sich zu ihrem Ritter aufwarf, war auch keine Empfehlung. Die feinfühlende Fürstin bemerkte selbst sehr richtig den wirklichen Beweggrund des

politisierenden Dichters. Herr von Lamartine, so meinte sie, hat zwar für mich, aber er hat gegen die Regierung des Königs gesprochen. Die getreue Mehrheit der Abgeordneten erklärte sich natürlich für den Vorschlag des Ministeriums und übertrug noch im Juli 1842 dem Herzog von Nemours eintretenden Falls die Regentschaft. Wenn man nur auf diese allezeit willfährige Kammermehrheit sah, so mußte man glauben, daß der Thron der Orléans auf den festesten Grundlagen ruhe. Um den Anfang der vierziger Jahre waren die Feinde der neuen Dynastie nur als ein kleines Häuflein unter den Vertretern des Volkes zu finden; auch verrieten sie nur geringe Zuversicht, daß ihrer Wünsche eine nahe Erfüllung harre. Auch das änderte sich jedoch mit dem Tode des Herzogs von Orléans. Schon im nächsten Jahre erhoben die Legitimisten von neuem ihre Fahne, die länger als ein Jahrzehnt tief gesenkt gehalten war. Der Graf von Chambord, oder, wie sie ihn nannten, Heinrich V., ihr 23jähriger Thronprätendent, erschien in London und nahm dort die Huldigungen seiner Anhänger entgegen, die zahlreich zu ihm hinüber wallfahrten. Auch die Abgeordneten der Partei, Berryer an ihrer Spitze, trugen kein Bedenken ihren zukünftigen König zu begrüßen, und der Grimm der Regierung konnte sich nur in ohnmächtigen Zornesausbrüchen Luft machen. Ja als die Kammer in einer Adresse an den König die Reise der Legitimisten als eine Handlung bezeichnete, welche von der öffentlichen Meinung gebrandmarkt werde, da trat die ganze Opposition bis zu den äußersten Republikanern für die Angegriffenen in die Schranken und die „öffentliche Meinung" widersprach dem Urteil der Ministeriellen, indem Berryer und seine Genossen nach ihrem freiwilligen Austritt aus der Kammer sogleich wiedergewählt wurden.

Graf Chambord und die Legitimisten.

Auch die Republikaner rührten sich seit 1842 mit neuem Eifer, geleitet von Ledru Rollin, der in diesem Jahre Abgeordneter wurde und das allgemeine Wahlrecht zu seinem Schlachtruf machte. Und doch schadete er mit seinen Freunden und schadeten die Anhänger Chambords dem Julikönigtum viel weniger als die Männer der Linken, die keineswegs beabsichtigten die Orléans zu stürzen, ja die zum Teil erheblich zu der Wahl Louis Philipps beigetragen hatten. Die dynastische Opposition in ihren mannigfaltigen Schattierungen, die Thiers, Odilon Barrot, Lamartine, nährten durch ihre Angriffe auf Guizot zugleich die Geringschätzung gegen den König. Der heftige Tadel, den sie bei jeder Gelegenheit gegen das „Ministerium des Auslandes" erhoben, reizte den Stolz der Franzosen, die keine abhängige Politik dulden wollten. Die übertriebenen Schilderungen, welche sie von der Unzufriedenheit des Landes gaben, erzeugten oder steigerten diese Unzufriedenheit auch da, wo sie entweder gar nicht oder nur in schwachen Ansätzen vorhanden war. So konnte Lamartine das Schlagwort, das er zuerst ausgab: Frankreich langweilt sich, allmählich getrost in das andere umwandeln: Frankreich gerät in Besorgnis — La France s'ennuie, la France

Die dynastische Opposition.

s'attriste. Auch fehlte es nicht an mannigfachen Anzeichen, die Besorgnis erregen mußten. In den höheren Gesellschaftsklassen zeigten sich Spuren einer tiefen sittlichen Verderbnis, die in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Bestechungssysteme stand, durch welches sich Louis Philipp seit Jahren seine Kammermehrheit sicherte. Bei der Verwaltung der Kriegshäfen und der öffentlichen Getreidemagazine kamen unerhörte Unterschleife an den Tag. Dem Minister des Innern Duchatel wurde von dem Herausgeber der Presse, Emil von Girardin, öffentlich vorgeworfen bei einer großartigen Erpressung mitgewirkt zu haben; er verteidigte sich nicht dagegen. Derselbe Girardin klagte den Abgeordneten Granier von Cassagnac an seine Abstimmungen sich bezahlen zu lassen und behauptete, daß Sitze in der Pairskammer von dem Ministerium verkauft würden; weder der eine noch der andere Vorwurf wurde einer gerichtlichen Prüfung unterzogen. Bedurfte es da noch weiterer Beweise für diese und ähnliche Beschuldigungen? War es nicht natürlich, daß man aus dem Stillschweigen der Angeklagten ihr Schuldbewußtsein folgerte und aus den gerichtlich erhärteten Betrügereien den Schluß auch auf die Fälle zog, die nicht zur richterlichen Entscheidung kamen? Was man den Ministern Louis Philipps zutrauen dürfe, zeigten die Prozesse gegen den ehemaligen Kriegsminister Cubières und den früheren Bautenminister Teste, die von dem Pairshofe für schuldig erkannt wurden einer Bergwerksgesellschaft eine wertvolle Konzession verkauft zu haben. Der Selbstmord, durch welchen Teste seinem Leben ein Ende machen wollte, stand auch nicht vereinzelt da. Graf Bresson, der den Grafentitel den spanischen Heiraten verdankte, die er als Gesandter in Madrid vermittelt, schnitt sich in Neapel den Hals ab. Ungleich schauerlicher noch war die Geschichte des Herzogs von Choiseul-Praslin, der seine Frau, eine Tochter des Marschalls Sébastiani, ermordete und dann im Gefängnis sich selbst vergiftete. Eine arge Fäulnis, das war nicht zu leugnen, drohte sich ansteckend in der höheren Gesellschaft, in den Kreisen, welche fast ausschließlich das Staatsruder lenkten, zu verbreiten, und wer wollte Lamartine Unrecht geben, wenn er den Fall des Königtums prophezeite, das aus einer Nation von Bürgern eine Rotte von Schacherern mache und die mit dem Blute der Väter eroberte Freiheit an den Meistbietenden verkaufe. Leitete doch auch des Königs eigener Sohn Joinville in einem vertraulichen Briefe an seinen Bruder Nemours alles Unglück in der äußeren und inneren Politik allein von seines Vaters Verblendung ab, der keine Gegenvorstellungen annehme, der allein regieren wolle, und dem doch bei seinem hohen Alter die Kraft fehle männliche Entschlüsse zu fassen.

Korruption.

Der Sozialismus.

Aber auch in den unteren Schichten der Bevölkerung wühlten verderbliche Einflüsse. Die sozialistischen und kommunistischen Ideen hatten sich in den letzten zwanzig Jahren in den Arbeiterklassen tief eingefressen. Obgleich in verschiedene Sekten geteilt, die teils nebeneinander bestanden, teils sich ablösten, wirkten doch die Anhänger dieser

Lehre zuletzt alle nach derselben Richtung. Die Unterschiede, welche zwischen ihren Theorien obwalteten, verschwanden in den Augen der Masse gegenüber dem einen gemeinsamen Grundzuge, daß die bestehende wirtschaftliche Ordnung verwerflich sei und daß die Menge der Besitzlosen das Recht und die Macht habe, sich ihren Anteil an den Gütern der besser gestellten Minderheit zu erobern. Auf mehr oder minder weitem Umwege liefen zuletzt alle die verschiedenen Systeme in dem einen Ziele zusammen das persönliche Eigentum aufzuheben und den gemeinsamen Genuß des gemeinsamen Arbeitsertrages an dessen Stelle zu setzen. Ein äußerer Zusammenhang bestand zwischen den meisten dieser Schulen nicht. Buonarotti, Saint Simon, Fourier, Cabet, Proudhon, ein jeder arbeitete sich sein eigenes Ideal der Zukunfsgesellschaft aus und suchte es nach Maßgabe des Anhangs, den er gewann, und der Mittel, die er sich dienstbar machen konnte, ins Leben zu führen. Der schärfste Denker von allen war Proudhon, zugleich aber auch derjenige, welcher dem praktischen Leben am fernsten stand. Mit unerbittlicher Schärfe vernichtete er die Systeme seiner Vorgänger und Nebenbuhler ohne selbst etwas Ausführbares vorschlagen zu können. Dennoch bot er der sozialistischen Bewegung einen der wirksamsten Hebel durch sein Schlagwort: Eigentum sei Diebstahl. — Damit war der oberste Satz aller kommunistischen Glaubensbekenntnisse in faßlicher Nacktheit und ohne verdunkelnde Nebenumstände mit nachdrücklicher Klarheit ausgesprochen und eine Losung ausgegeben, welche die Massen packen und für die Stunde der Revolution vorbereiten konnte, der Revolution, von der allein der Kommunismus sein Heil erwarten durfte. Denn die Versuche auf den Wege der Reform allmählich die gesellschaftlichen Zustände dem erträumten Ideal anzunähern erwiesen sich einer nach dem anderen als unausführbar, auch wenn ihnen anfangs begeisterte und opferwillige Unterstützung aus den Kreisen der Gebildeten und Begüterten entgegengetragen war. Am schnellsten und scheinbar am kräftigsten schoß das erste dieser Systeme, der Saint-Simonismus, empor, freilich erst nach dem Tode seines Stifters, des Grafen St. Simon († 1825). Unter seinen Schülern befanden sich bedeutende Männer wie der Nationalökonom Michel Chevalier, Carnot, der Sohn des bekannten Konventsmannes, oder der später zu großem Reichtum gelangte Bankier Pereire. Sie bildeten eine geschlossene Familie, an deren Spitze zwei „Väter“, Enfantin und Bazard, traten. Ihr Anhang und die Geldmittel, die ihnen zuflossen, waren so bedeutend, daß sie mit dem Könige über die gütliche Abtretung seiner Regierungsrechte glaubten Unterhandlungen anknüpfen zu dürfen. Aber die Zeit des Aufschwungs war kurz genug. Vater Enfantin und ein Teil der Genossen wollten die Gemeinsamkeit des Besitzes von dem Vermögen auch auf die Weiber übertragen und führten dadurch einen Bruch mit Bazard und demjenigen Teil der „Familie“ herbei, der die altväterische Moral in diesem Punkte doch für nicht veraltet hielt. Nur ein kleines Häuflein blieb dem Vater Enfantin

Proudhon.

St. Simonismus.

treu und folgte ihm in seine Ansiedlung zu Ménilmontant bei Paris. Das harmlose Dasein, welches sie hier — mit Ausschluß jeder weiblichen Gemeinschaft — führten, wurde bald durch die Polizei gestört, und die Verurteilung der Häupter wegen gesetzwidriger Verbindung und Verbreitung unsittlicher Lehren zersprengte die Genossenschaft. In den allgemeinsten Umrissen hatten mit diesem Enfantinschen Familiensystem die Projekte Fouriers Ähnlichkeit. Er wollte eine Schar von 1500 bis 1800 Menschen (eine Phalanx nannte er sie) zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Leben in einem einzigen Wohnorte, dem Phalansterium, vereinigen. Wenn es ihm nur gelinge eine einzige Genossenschaft der Art zustande zu bringen, so hoffte er durch die Macht des Beispiels bald alle Staaten in solche Phalansterien aufgelöst zu sehen; aber diesen ersten Schritt zu thun war ihm selbst nicht vergönnt, und die Versuche, welche später in Amerika gemacht wurden, scheiterten vollkommen. Nach Amerika flüchtete sich auch ein dritter Neuerer mit seinen Reformbestrebungen: Cabet, der seinen Idealstaat unter dem Namen Ikarien in der Form einer Reisebeschreibung geschildert hatte. Seine Bürger sollten alle Arbeitserzeugnisse dem Gewerbsausschusse, der die Stelle der Regierung vertrat, einliefern und dieser sie in völlig gleicher Weise verteilen, die Trägen aber, die den Dieben gleich zu achten seien, durch Zwang zur Arbeit anhalten. Er hatte mit seinen praktischen Versuchen kaum größeres Glück als die Fourieristen und stellte sie überdies erst nach 1848 an; aber seine Ideen wirkten schon vorher auf die Massen und auf einzelne überspannte Köpfe. Die einflußreichsten Agitatoren waren indes in dem ersten Jahrzehnt der Julidynastie der Italiener Buonarotti und in dem zweiten der Schriftsteller Louis Blanc. Buonarotti bildete gleichsam das Bindeglied zwischen dem neueren Kommunismus und dem der Revolutionszeit; er hatte schon jener Verschwörung angehört, die Gracchus Babeuf 1796 gegen das Direktorium angezettelt hatte; nach vieljährigem Aufenthalt im Ausland kehrte er nach der Revolution von 1830 nach Paris zurück und erwarb sich einen mächtigen Einfluß unter den französischen und den fremdländischen Handwerksgesellen, die er zu geheimen Bünden vereinigte und als Apostel seiner Lehre in ihre Heimat entließ. Louis Blanc suchte, ebenso wie Proudhon, seine Sache so darzustellen, als ob sie von jeder Verwandtschaft mit den kommunistischen Systemen frei sei. Das persönliche Eigentum und die Heiligkeit der Ehe sollten nicht angetastet werden. Eine Besserung der gesellschaftlichen Zustände lasse sich durch Steigerung des politischen Einflusses der arbeitenden Klassen erzwingen. Mit Hilfe desselben solle die Arbeit organisiert werden. Der Staat müsse große gewerkliche Anstalten begründen und denselben das nötige Kapital unverzinslich darleihen; an dem Gewinn nehme jeder Arbeiter nach dem Maßstabe seiner Bedürfnisse teil. Durch gesetzliche Bestimmungen sollte das Erbrecht der Seitenlinien aufgehoben und nur für Eltern und Kinder beibehalten werden; in jedem anderen Falle trete der Staat als Erbe ein. So ließ

Fourier. Cabet. Buonarotti. Louis Blanc.

sich mit der Zeit eine Vernichtung der großen Privatvermögen und eine Vereinigung alles Kapitals in den Händen des Staates erzielen; es war also der Weg einer Überleitung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände in die künftigen kommunistischen gefunden. Mit dem einen Fuße ruhten diese Pläne — trotz ihrer Unausführbarkeit, die sich später erweisen sollte — auf den vorhandenen Verhältnissen und stellten greifbare Ziele durch packende Schlagwörter in den Vordergrund. Die „Organisation der Arbeit“ war ebenso verständlich wie die Proudhonsche Lehre von dem Eigentum, das nur Diebstahl sei. Auf diese Weise wurden die sozialistischen Gelüste zugleich in den Dienst der politischen Parteien gezogen und ein wichtiges Bündnis zwischen den Republikanern und den Kommunisten angebahnt. Wenn sich ihre Wege späterhin auch trennen mußten, so hatten sie doch als erste Station den Sturz der Monarchie, die Begründung der Republik gemein. Um dahin zu gelangen galt es die Mehrheit in den Kammern zu gewinnen, was nur durch die Ausdehnung des Wahlrechts zu erreichen war. In dieser Forderung vereinigten sich daher fürerst alle oppositionellen Parteien.

Demokraten und Sozialisten.

Und nicht bloß die Ausdehnung, sondern überhaupt die Reform des Wahlrechts, des aktiven und des passiven, verlangten sie. Die Kammern waren mit vollem Recht in tiefste Mißachtung gesunken. Unbedenklich warf man ihnen und der Regierung den Vorwurf der Bestechlichkeit ins Gesicht. An diesem Vorwurf aber hatten auch die Wähler ihren Anteil, die sich häufig genug durch das Versprechen eines Brücken- oder Straßenbaus oder sonstiger Vorteile dazu bestimmen ließen einem der Regierung genehmen Bewerber ihre Vertretung anzuvertrauen. Die Abgeordneten selbst ließen sich ebensogut von dem Ministerium (durch Beförderung im Amte, Lieferungskontrakte u. dgl.), wie von Eisenbahngesellschaften und anderen gewerblichen Genossenschaften (durch Eintritt in den Verwaltungsrat oder sonstige Vorteile) bestechen. Die Versuche der Opposition das zu verhindern blieben erfolglos. In der Session von 1847 wurde weder Rémusats Forderung gewisse Beamtenklassen aus der Kammer auszuschließen, noch Crémieux' Vorschlag die Beteiligung der Abgeordneten an industriellen Unternehmungen zu regeln, noch der Antrag Duvergiers de Hauranne auf eine gründliche Wahlreform angenommen. Dies bewog die Opposition einen regelrechten Feldzug zu eröffnen um die Stimme des Landes für die Reform zu gewinnen. Ein Wahlausschuß trat unter der Leitung Odilon Barrots mit einer Darlegung der herrschenden Übelstände vor das Volk; er zeigte, wie ungleich das Wahlrecht verteilt sei, wie hier 25 000, dort 150 000 Einwohner einen Vertreter zu wählen hätten, wie über 200 Beamte in der Kammer säßen und alle weniger Bemittelten von der Bewerbung ausgeschlossen seien, da keine Diäten gezahlt würden. Auf einem großen Bankett in Chateaurouge bei Paris wurden diese Gedanken in feurigen Reden weiter ausgeführt, und nach diesem Vorbilde in den verschiedensten Gegenden des Landes ähnliche Reform-

Ausdehnung des Wahlrechts.

Reformbankette.

bankette veranstaltet. Die Regierung stellte sich, als fürchte sie, gestützt auf die Kammern, nichts von dieser Bewegung; es sei eine Aufregung, sagte der König in der Thronrede vom 28. Dezember, die von feindseligen und blinden Leidenschaften unterhalten, aber an der Einmütigkeit der großen Staatsgewalten sich brechen werde. Die gesetzgebende Versammlung stimmte diesen Worten in ihrer Antwort auf die Thronrede zu; kaum daß sie aus einem gewissen Anstandsgefühle jene Leidenschaften, die ein so beträchtlicher Teil ihrer Mitglieder hegte und nährte, wenigstens nur als blinde, nicht auch, wie der König, als feindselige bezeichnete. Das Ministerium aber benutzte die Gelegenheit der Adreßdebatte um durch den Mund Duchatels, des Ministers des Inneren, zu erklären, es werde auf Grund eines Gesetzes von 1790, dessen Anwendbarkeit mindestens zweifelhaft war, fortan alle Reformbankette verhindern. Dadurch noch mehr gereizt, beschloß die Opposition in Paris selbst ein solches Bankett zu veranstalten und abzuwarten, ob die Regierung es mit Gewalt zu vereiteln wagen werde. Nicht ohne Besorgnis sahen alle friedlich Gesinnten dem Tage des Festes, dem 22. Februar 1848, entgegen; wenn die Regierung mit bewaffneter Macht einschritt, war ein blutiger Ausgang unvermeidlich. Zwei Abgeordneten von der Rechten, Morny und Vitet, gelang es indes einen Mittelweg zu finden, der beiden Parteien Genüge zu leisten schien. Die Regierung sollte das Bankett zulassen und sich darauf beschränken ein Protokoll des Vorgangs aufzunehmen, auf Grund dessen sie dann bei den Gerichten Anklage wegen Verletzung des Gesetzes von 1790 erheben könne. Noch war dieses Abkommen von dem Könige nicht bestätigt, als am 21. Februar der Ausschuß der Opposition ein Manifest aus der Feder Armand Marrasts erließ, welches nicht bloß die Bevölkerung von Paris, sondern insbesondere auch die Nationalgarde aufforderte am nächsten Tage die Festgenossen in feierlichem Zuge von dem Magdalenenplatze in die Elyseischen Felder zu geleiten. Das durfte die Regierung sich unmöglich gefallen lassen, und auf eine Anfrage Odilon Barrots erklärte Duchatel noch an demselben Tage, daß er solche offenkundige Verhöhnung rechtsgültiger Gesetze verhindern werde. Sollte die Opposition es nun auf einen Kampf ankommen lassen? Dem dynastischen Teile derselben konnte nichts unerwünschter sein: ein Sieg des Volkes war für ihn ebenso verhängnisvoll wie ein Sieg der Regierung. Die Republikaner aber und die Sozialisten waren weit davon entfernt sich mit großen Hoffnungen zu tragen; sie hielten eine Niederlage selbst für wahrscheinlicher als einen Erfolg. Die entschlossene Sprache der Regierung verfehlte daher ihre Wirkung nicht. Gegen wenige Stimmen beschloß die Opposition am Abend des 21. das Bankett aufzuheben und statt dessen in einer Ansprache an das Volk die Absicht anzukündigen das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Die Blätter der Partei brachten in der That am nächsten Morgen diese Erklärung und ermahnten das Volk sich ruhig zu verhalten. Aber es

Das Bankett vom 22. Febr.

war zu spät um zu verhüten, daß nicht doch viele Tausende an dem bestimmten Sammelplatze vor der Magdalenenkirche sich einfanden. Unter diese mischten sich die Hetzer der äußersten Linken, die Mitglieder der geheimen Gesellschaften, die Lagrange, Caussidière, Sobrier u. a. und überredeten die Menge, die allmählich ungeduldig wurde, um Mittag zu einem Zuge nach dem Parlamentsgebäude. Auf die Nachricht hiervon erschien ein Reiterregiment und trieb die Scharen auseinander. Dieser kleine Triumph war ohne Schwierigkeiten errungen, aber er hatte eine steigende Erbitterung der Massen im Gefolge. Hier und da fing man an Barrikaden zu erbauen; sie wurden von den Truppen meist ohne Kampf genommen. Der König blieb vollständig unbesorgt; dergleichen Krawalle hatte er nach und nach genug erlebt. Auch als am 23. morgens dasselbe Spiel sich wiederholte, achtete er es gering. Bald aber kamen ernstere Nachrichten. Die Nationalgarde zeigte sich unzuverlässig; auch aus ihren Reihen erscholl der Ruf: Hoch die Reform! Nieder mit Guizot! die Barrikaden vermehrten sich; die Truppen waren lau. Mehr noch als Louis Philipp empfand Guizot die Verschlimmerung der Lage; er bat nachmittags um seine Entlassung, und der König gewährte sie ihm und ließ Molé zu sich rufen.

Beginn der Unruhen.

Der 23. Febr.

Guizots Rücktritt.

Die Wirkung dieses Schrittes war die allergünstigste; ohne noch den Nachfolger des gestürzten Ministers zu kennen rechnete man doch mit Sicherheit darauf, daß er die Wahlreform betreiben werde, und mehr forderte man im allgemeinen noch nicht. Aber eine große Aufregung herrschte selbstverständlich unter den Massen, die abends die erleuchteten Boulevards durchzogen. Die Führer der geheimen Gesellschaften suchten daraus Vorteil zu ziehen. Auf ihren Antrieb rückten gegen 9 Uhr abends etwa 500 Arbeiter vor Guizots Palais, das durch eine Abteilung Truppen geschützt war. Der kommandierende Offizier suchte sie zurückzuhalten; auch als einer der Arbeiter ihn wiederholt insultierte, verhinderte er die Abwehr durch die Soldaten; endlich aber befahl er das Bajonett zu fällen; ein Sergeant Giacomini drückte los, unwillkürlich folgte die ganze Kompanie dem Beispiel, und im Augenblick lagen 50 Leichen, Männer, Weiber und Kinder, auf dem Platze.

Beginn des Kampfes.

Mord! Verrat! Zu den Waffen! so tönte es nun aus den Reihen der Menge. Die Leichen von sechs Gemordeten wurden auf einen Karren geladen und durch die Straßen geführt. Vor dem Hause des National erhitzte Armand Marrast, anderswo andere Redner die wutschnaubenden Massen noch mehr. Jetzt konnte kein Ministerwechsel die Aufgeregten mehr beschwichtigen. Molé, an dessen Forderungen der König noch zu dingen suchte, lehnte den erneuten Auftrag ab. Thiers, der um Mitternacht in die Tuilerien beschieden wurde, nahm zwar an, forderte und erreichte aber die Zulassung auch Odilon Barrots, so sehr sich auch Louis Philipp gegen diesen Hauptanstifter der „feindseligen und blinden Leidenschaften" sträubte. Der Marschall Bugeaud, den Guizot noch im letzten Augenblick zum Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht ernannt

Ministerium Thiers.

hatte, wurde im Kommando der Nationalgarde durch Lamoricière, ein paar Stunden später auch in dem der Truppen durch Gérard ersetzt. Um 8 Uhr morgens am 24. Februar verkündigte ein Aufruf der neuen Minister die Einstellung der Feindseligkeiten, die Auflösung der Kammer, die Gewährung der Reform. Es war umsonst; über 1500 Barrikaden waren die Nacht hindurch errichtet; jetzt wollte man mehr. Ludwig Philipp läßt auf das Volk schießen wie Karl X.; wohlan, schicken wir ihn seinem Vorgänger nach! So lautete die Losung, die ein Extrablatt der Réforme um 9 Uhr ausgab. Eine Stunde später drangen die Aufständischen in das Palais Royal ein; unmittelbar bedrohten sie die Tuilerien. Wohl standen zu deren Schutze auf dem Karussellplatz mehrere Regimenter, aber ihr Geist war schlecht. Als der König, von seiner Gemahlin gedrängt, um Mittag an ihrer Front entlang ritt, begleitet von seinen Söhnen Nemours und Montpensier, empfingen ihn die Linientruppen stumm, die Nationalgardisten mit dem Gruß: Es lebe die Reform! Niedergeschlagen kehrte er in den Palast zurück. Gleich darauf stürzte unangemeldet der Deputierte Crémieux in das Zimmer. Danken Sie ab, Sire, oder der Thron ist auch Ihrer Dynastie verloren, rief er dem Erschrockenen zu. Nun begann ein heftiges Debattieren; die einen, besonders Montpensier, redeten dem Monarchen zu dem Rate zu folgen; die anderen, vor allem die greise Königin Amélie, beschworen ihn lieber zu Pferde zu steigen und in rühmlichem Kampfe zu fallen. Der König gehorchte der Mehrheit; mit langsamer aber fester Hand schrieb er die Urkunde, durch welche er die Krone seinem Enkel, dem Grafen von Paris, übertrug und ihm wünschte glücklich die große Aufgabe zu lösen, die ihm zufalle. Noch war er nicht fertig, als Bugeaud herbeigeeilt kam und den König abermals umzustimmen suchte. Ein kurzes Schwanken und Louis Philipp beharrte bei seinem Entschluß. Die Regentschaft übernahm auf Grund des Gesetzes von 1842 der Herzog von Nemours; außer ihm blieb die Mutter des neuen Königs, die Herzogin Helene, mit ihren beiden Kindern im Palaste zurück. Die anderen Mitglieder der königlichen Familie schickten sich an dem entthronten Monarchen zu folgen, der sich schnell in bürgerliche Kleidung warf und, gestützt von der Königin, durch den Tuileriengarten nach dem Eintrachtsplatze ging, wo ein Mietwagen bereit stand, der ihn und seine Mappe mit Wertpapieren unter dem Schutz einiger Kürassierschwadronen nach St. Cloud brachte. In einem zweiten und dritten Wagen folgten die übrigen Familienmitglieder.

Abdankung des Königs.

Verhandlungen der Abgeordnetenkammer.

Kurze Zeit darauf verließen auch Nemours und die Herzogin von Orléans mit den beiden jungen Prinzen den Palast und begaben sich in das nahgelegene Sitzungsgebäude der gesetzgebenden Versammlung. Diese befand sich in unbehilflichster Ratlosigkeit und begrüßte deshalb das Erscheinen der Herzogin mit lautem Zuruf. Man hoffte, sie werde das Wort ergreifen, aber mit stummer Dankesverbeugung setzte sie sich mit ihren Söhnen neben der Rednertribüne nieder. Auch der Herzog

von Nemours blieb stumm. Nur der Abgeordnete Dupin, dessen Rat die Herzogin vornehmlich hergeführt hatte, stammelte einige Worte zu Gunsten des Grafen von Paris und empfahl der Herzogin die Regentschaft zu übertragen. Mittlerweile füllten sich die Galerien und selbst der Sitzungssaal mit allerlei Volk, und die Verhandlungen konnten nur mühsam fortgeführt werden. Lamartine schlug vor sie zu unterbrechen, solange die Herzogin anwesend sei. Diese schwankte, ob sie sich entfernen solle; sie verließ ihren Platz, kehrte aber vor der Thüre um und setzte sich wieder. Unbekümmert um ihre Gegenwart schwang sich jetzt Marie auf die Tribüne und beantragte die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Umsonst suchte Odilon Barrot die Teilnahme der Versammlung für diese Frau und dieses Kind zu erwecken, auf deren Häuptern allein jetzt das Schicksal des Julikönigtums beruhe. Wohl fanden seine Worte ein beifälliges Echo, aber höher verstieg sich der Mut der Mehrheit nicht. Mit donnernder Stimme rief ihr der alte Legitimist Larochejacquelin ihr Todesurteil in die Ohren: Jetzt seid Ihr nichts mehr! Crémieux und Lamartine unterstützten die Forderung einer provisorischen Regierung; dringender als ihre Worte verlangten dasselbe die bewaffneten Massen, die jetzt in neuem Schwall in den Saal einstürmten. Schon hatten sie, trunken von dem Wein aus den Kellern der inzwischen geplünderten Tuilerien, den Präsidenten Sauzet gezwungen die Sitzung zu unterbrechen und eine Trikolore auf der Rednertribüne aufgepflanzt; drohend forderten sie die Ausrufung der Republik; das Leben der Herzogin und ihrer Kinder schwebte in der höchsten Gefahr; da entschloß sie sich endlich den Saal zu verlassen, in dem sie vergebens Hilfe zu finden gehofft. Einige Getreue bahnten ihr den Weg durch das Gedränge, aber sie vermochten nicht zu verhindern, daß die Kinder von der Mutter weggestoßen wurden. Der Graf von Paris wurde schon nach wenigen Minuten ihr wieder zugeführt, aber der jüngere Bruder, der Herzog von Chartres, war in der größten Gefahr zertreten zu werden und konnte erst ein paar Tage später der Mutter zurückgebracht werden, die inzwischen nach einem kurzen Aufenthalt im Invalidenhôtel von dem Grafen Montesquiou auf sein Schloß Bligny geleitet worden war.

Gefahr und Flucht der Herzogin von Orleans.

Die provisorische Regierung.

In der Deputiertenkammer war der Tumult schnell auf den höchsten Punkt gestiegen. Lamartines Geistesgegenwart brachte etwas Ordnung in die Verwirrung. Er führte den einundachtzigjährigen Dupont de l'Eure auf den Präsidentenstuhl, verlangte das Wort, erhielt Ruhe und forderte alle Anwesenden, Abgeordnete wie Blusenmänner, zur Wahl einer provisorischen Regierung auf. Aus den abgegebenen Stimmzetteln setzte er kurz entschlossen willkürlich eine Liste zusammen, die unter dem Beifall der Menge von dem Präsidenten verlesen wurde. Sie enthielt die Namen Dupont de l'Eure, Lamartine, Garnier Pagès, Arago, Marie, Ledru Rollin und Crémieux. Ohne sich um die Rufe derer zu kümmern, welche noch Louis Blanc hinzugefügt wissen wollten, erklärte Lamartine,

daß die neue Regierung ihren Sitz sofort in das Stadthaus verlege, und begab sich unter dem Schutz einiger hundert Bewaffneter mit den meisten seiner Kollegen dorthin. Unter großen Schwierigkeiten gelangten sie an und in das Gebäude, das von Tausenden erfüllt war, und geraume Zeit verging, bis man ein abgelegenes Zimmer für die Sitzungen der Regierung eingerichtet hatte. Das erste Geschäft derselben war Louis Blanc, Armand Marrast, den Schriftsteller Flocon, den Verleger Pagnerre und den Schlossergesellen Albert zu Sekretären mit beratender Stimme zu erneunen. Diese fünf Männer befanden sich nämlich auf der Liste einer zweiten provisorischen Regierung, die in den Redaktionszimmern des National und der Réforme entworfen war und die im übrigen mit der Lamartineschen Liste übereinstimmte. Nachdem so ein drohender Zwiespalt beseitigt war, entwarf man einen Aufruf an das Volk um demselben die Auflösung des gesetzgebenden Körpers und die Einführung der Republik, vorbehaltlich einer Bestätigung durch allgemeine Volksabstimmung, anzukündigen. Dann wurden die Ministerien und andere wichtige Ämter besetzt, teils durch Mitglieder der Regierung (Lamartine Äußeres, Ledru Rollin Inneres, Garnier Pagès Seinepräfekt und Maire von Paris 2c), teils durch andere Personen (Courtais Nationalgarde, Caussidière Polizeipräfekt u. s. f.). Diese Maßregeln und eine Fülle von Verfügungen, die von den einzelnen Ministern alsbald erlassen wurden, kamen unter fortwährender Bedrohung der neubegründeten Regierung zustande. Denn unablässig drängten sich die Massen durch die hellerleuchteten Straßen der Stadt, und eine Bande nach der anderen erzwang sich den Eingang in das Rathaus. Nur der Beredsamkeit und Geistesgegenwart Lamartines war es zu danken, daß es zu keiner Gewaltthat kam. Einen Schwarm, der brüllend seinen Kopf begehrte, entwaffnete er mit der ironischen Bemerkung: Wollte Gott, es trüge ihn jeder von euch auf den Schultern, dann würdet ihr vernünftiger sein. Erst nach Mitternacht ließ der Andrang nach, aber nur um sich morgens am 25. zu erneuern. Wieder war es Lamartine, der durch Nachgiebigkeit oder Festigkeit, wie es der Augenblick erheischte, und durch manches glückliche Wort den Sturm beschwichtigte. „Eure rote Fahne“, so rief er denen zu, welche die Trikolore durch das Blutbanner verdrängen wollten, „hat nur den Umzug um das Marsfeld gehalten und ist dabei mit dem Blute der Bürger getränkt; aber die Trikolore ist von der französischen Tapferkeit durch ganz Europa getragen; mit ihr würde die Hälfte von Frankreichs Ruhm im Dunkel der Vergessenheit versinken.“ Die Worte fanden Beifall und das dreifarbige Banner war gerettet; dagegen erkannte die provisorische Regierung ausdrücklich das Recht des Volkes auf Arbeit an und versprach für seinen Unterhalt zu sorgen. Im Laufe des Tages trat nach so langer Aufregung die natürliche Erschöpfung bei den Massen ein; auch beschwichtigte viele die erwünschte Kunde, daß die Forts um Paris von den Befehlshabern übergeben seien und von dort keine Gefahr mehr drohe. Größere Abteilungen der Nationalgarde stellten sich

Lamartine.

Der 25. Febr.

der Regierung zur Verfügung und aus den Banden der Roten selbst bildete Lamartine eine ihm dienstbare Truppe, die Munizipalgarde. Am 27. Februar hatte er es so weit gebracht, daß die Regierung vom Volke feierlich anerkannt wurde. Auf dem Bastilleplatze wurde die Republik ausgerufen und eine Musterung über die bewaffnete Pariser Bevölkerung abgehalten. Einige Wochen der Ruhe benutzten die Minister zur Ordnung der wichtigsten Verhältnisse. Lamartine versicherte den fremden Völkern und Regierungen die friedlichen Gesinnungen Frankreichs; Garnier Pagès, der inzwischen Finanzminister geworden war, half der bedenklichen Leere in den Kassen durch ein Anlehen bei der Bank von Frankreich, durch eine Erhöhung der direkten Steuern um 45 Prozent und andere zum Teil sehr bedenkliche Maßregeln ab; Ledru Rollin räumte auf das rücksichtsloseste unter den Beamten auf und bereitete die Wahlen zur Nationalversammlung vor; Arago brachte die bewaffnete Macht auf eine Stärke von 580 000 Mann und stellte Beobachtungskorps an den Grenzen auf; Marie leitete die Einrichtung der Nationalwerkstätten und Louis Blanc präsidierte einem Arbeiterparlamente, das sich im Luxemburgpalaste versammelte. Äußerlich betrachtet war die Republik im besten Zuge sich zu befestigen; aber unter der Oberfläche wühlten die Gegensätze fort, und jeder Tag konnte neue Kämpfe bringen. Von den Monarchisten war freilich nichts zu befürchten. Die Orléans selbst hatten den Widerstand aufgegeben. Alle Mitglieder der königlichen Familie waren glücklich über die Grenze entkommen, am mühsamsten der König, der sich von St. Cloud nach Dreux und dann an die Küste der Normandie geflüchtet hatte und nach vergeblichem Versuche sich in Honfleur oder Trouville einzuschiffen erst am 2. März von Havre nach England entkam. Hier nahm er seinen Wohnsitz auf Schloß Claremont, das seinem Schwiegersohne, dem König der Belgier, gehörte und vereinigte da die meisten Mitglieder seiner Familie um sich. Auch Joinville, der die Flotte, und Aumale, welcher die Armee in Algerien befehligte, stellten sich dort ein, nachdem sie ihre Ämter niedergelegt hatten ohne den hoffnungslosen Versuch einer Restauration zu machen. Nur die Herzogin von Orléans mit ihren beiden Söhnen kam nicht nach England, sondern begab sich nach Deutschland.

Die Wirksamkeit der provisorischen Regierung.

Nationalwerkstätten und Arbeiterparlament.

Die königliche Familie.

Die vorzüglichsten Diener des gestürzten Königs hielten sich entweder in stiller Zurückgezogenheit oder stellten sich der neuen Regierung zur Verfügung. Von dieser Seite war also nichts zu besorgen. Die Armee murrte wohl über die schlechte Behandlung, die sie erfuhr, und das Landvolk über den vermehrten Steuerdruck; aber es fehlten die Führer, ohne welche die Mißstimmung ungefährlich blieb. Um so bedrohlicher waren die sozialistischen Umtriebe. Seltsamerweise schufen aber gerade die antisozialistischen Mitglieder der Regierung den Roten eine förmliche Organisation, indem sie gegen Louis Blancs Stimme die Nationalwerkstätten einrichteten, teils um jenem seine Anhänger abspenstig zu machen, teils um durch die verkehrte Anlage, an der sie notwendig

Die Sozialisten.

scheitern mußte, die Idee selbst lächerlich zu machen. Die Arbeit wurde nur zum Schein betrieben. Sie bestand vorzugsweise aus zwecklosen Erdarbeiten, die das Geld des Staates verschluckten ohne etwas einzubringen. An 100 000 Menschen wurden so auf öffentliche Kosten ernährt. In Brigaden und Kompanien geteilt zogen sie unter ihren Führern jeden Morgen zur Arbeit und fanden sich abends in den Klubs wieder zusammen um aufhetzende Reden zu hören und zu halten. Die Zahl dieser Klubs stieg bald auf mehrere Hunderte; an der Spitze eines jeden stand irgend ein Verschwörer oder Oppositionsmann, ein Raspail, Barbès, Blanqui, Cabet und wie sie sonst hießen; als Centralpunkt diente der Klub der Klubs, der aus den Vorständen der einzelnen Vereine gebildet war. In diesen Kreisen war Lamartine der bestgehaßte Mann; man wußte recht gut, daß er allein in den stürmischen Februartagen die Verkündigung der sozialen Republik und der Kommune verhindert hatte; man wußte auch, daß niemand eifriger als er die Wahlen zur Nationalversammlung betrieb, von deren Zusammentritt die Klubs nichts wissen wollten, da sie die Beherrschung der öffentlichen Meinung in Paris mit keinem anderen zu teilen Lust hatten. Auch die den Sozialisten zugeneigten Mitglieder der Regierung, wie Ledru Rollin und Louis Blanc, suchten den Wahltag auf alle Weise zu verschieben. Eine lärmende Demonstration der Klubbisten kam ihnen dabei zu Hilfe. Weit über 100 000 Köpfe stark zogen sie am 17. März vor das Stadthaus und machten durch Blanqui ihre Forderungen geltend. Diesmal waren es besonders Ledru Rollin und Louis Blanc, die sie beschwichtigten und zum friedlichen Abzug bewogen. Die Wahlen wurden auf den 27. April verschoben und den Klubs das Recht erteilt in jedes Departement auf Staatskosten ein paar Sendlinge zu schicken um das Volk „aufzuklären". Aber die Provinzbewohner erwiesen sich zum großen Teil als ungelehrige Schüler und trotz aller Anstrengungen durften Kommunisten und Sozialisten sich auf eine Mehrheit nach ihrem Wunsch keine Hoffnung machen. So planten sie denn einen letzten Handstreich um die Wahlen zu hintertreiben und die Regierung durch einen Wohlfahrtsausschuß zu verdrängen, an dessen Spitze sie Ledru Rollin zu setzen gedachten. Dieser war aber nicht geneigt eine solche Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, sondern machte seinen Kollegen rechtzeitig Mitteilung von dem Vorhaben, so daß die roten Scharen, als sie am 16. April gegen das Stadthaus anrückten, dasselbe von ein paar tausend Mobilgardisten unter General Changarnier besetzt fanden und bald durch die in starken Legionen heranziehende Nationalgarde so umzingelt wurden, daß die Führer gute Miene zum bösen Spiele zu machen, jede feindliche Absicht abzuleugnen und der provisorischen Regierung ihre Huldigung darzubringen für rätlich fanden. Es war der erste wirkliche Sieg, den die Ordnung über die Zügellosigkeit davongetragen hatte; der friedliche Bürger fühlte sich wieder als Herr im Hause, und dieses erwachende Selbstbewußtsein wurde noch mächtig gestärkt durch die Muste-

Der 17. März.

Der 16. April.

Das Fest der Verbrüderung.

rung, welche Lamartine mit seinen Kollegen am 20. über die Nationalgarde abhielt. Etwa 350 000 Mann erschienen an diesem „Feste der Verbrüderung“ unter den Waffen und empfingen ihre Fahnen aus den Händen des Kriegsministers Arago; von welchem Geiste sie beseelt waren, zeigte der oft wiederholte donnernde Ruf: Nieder mit den Kommunisten! Acht Tage später fanden dann auch die Wahlen statt und ihr Ausfall gab der Ordnungspartei neue Stärke. Jedes Departement wählte in einem Wahlgange soviel Abgeordnete, daß auf je 40 000 Einwohner einer kam; die Gesamtzahl betrug 900. Lamartine wurde in zehn Departements mit etwa 2 300 000 Stimmen erwählt; in Paris allein erhielt er 260 000 Stimmen, während die Kandidaten der Klubbisten es höchstens auf 20 000 brachten. Ein großer Teil der Neugewählten bestand natürlich aus unbekannten Männern; war die Zahl der Abgeordneten doch jetzt doppelt so groß wie früher; aber viele Häupter der alten Parteien, die Berryer, Larochejacquelin, Odilon Barrot, Duvergier, Montalembert, die Mitglieder der provisorischen Regierung, auch die bekanntesten Führer der Radikalen, wie Barbès, Caussidière, der Dichter Felix Pyat u. s. f. waren doch in der Versammlung; zu den neuen Elementen gehörten zwei Prinzen Bonaparte und ein Murat. Am 4. Mai fand die feierliche Eröffnung statt; Dupont de l'Eure legte die Gewalt der provisorischen Regierung zu Händen der Nationalversammlung nieder und diese erklärte sofort die Republik für die dauernde Staatsform Frankreichs. Ein paar Tage später erstatteten Lamartine und die Minister Bericht über ihre Geschäftsführung; dann schritt man (am 10. Mai) zur Wahl eines Exekutivausschusses. Unwillig darüber daß Lamartine die Präsidentschaft, welche ihm aus den Reihen der Gemäßigten angeboten war, nach langem Besinnen abgelehnt hatte, entzogen ihm viele ihre Stimmen, so daß er unter den fünf Gewählten (außer ihm Arago, Garnier Pagès, Marie, Ledru Rollin) nur die vierte Stelle einnahm und Arago den Vorsitz der Exekutive erhielt. In dem neugebildeten Ministerium ragten Bastide (Auswärtiges), Crémieux (Justiz) und Cavaignac (Krieg) besonders hervor; Maire von Paris wurde Marrast. Die Ordnung des neuen Staatswesens war somit vollzogen; Frankreich hatte durch seine Vertreter die Republik bestätigt, die Kommune verworfen; Paris hatte zu diesem Beschlusse mit ungeheurer Stimmenmehrheit beigetragen. Und dennoch waren die neuen Verhältnisse noch weit davon entfernt gefestigt zu sein. Noch bestanden die Arbeiterwerkstätten, die das Vermögen des Landes vergeudeten; noch bestanden die Klubs, die unverdrossen schürten und wühlten und keine wahrhafte Beruhigung der öffentlichen Meinung zuließen; noch waren Tausende und Zehntausende bereit ihr Leben — und weiter hatten sie nichts — daran zu wagen um den besitzenden Klassen den Besitz und der herrschenden Partei die Herrschaft zu entreißen. Unzugänglich jeder Belehrung und jeder Beschwichtigung, ohne Verständnis für die Pflicht der Unterordnung unter den Gesamtwillen, voll nackter Eigensucht und roher Gleich-

Die Wahlen.

Die Nationalversammlung.

Lage des Landes.

gültigkeit gegen das Wohl anderer, ließen sie zu ihrer Bekämpfung nur das eine Mittel über, das sie selbst gebrauchten, die **Gewalt**. Sie forderten das Schwert heraus, und dem Schwerte sollten sie erliegen.